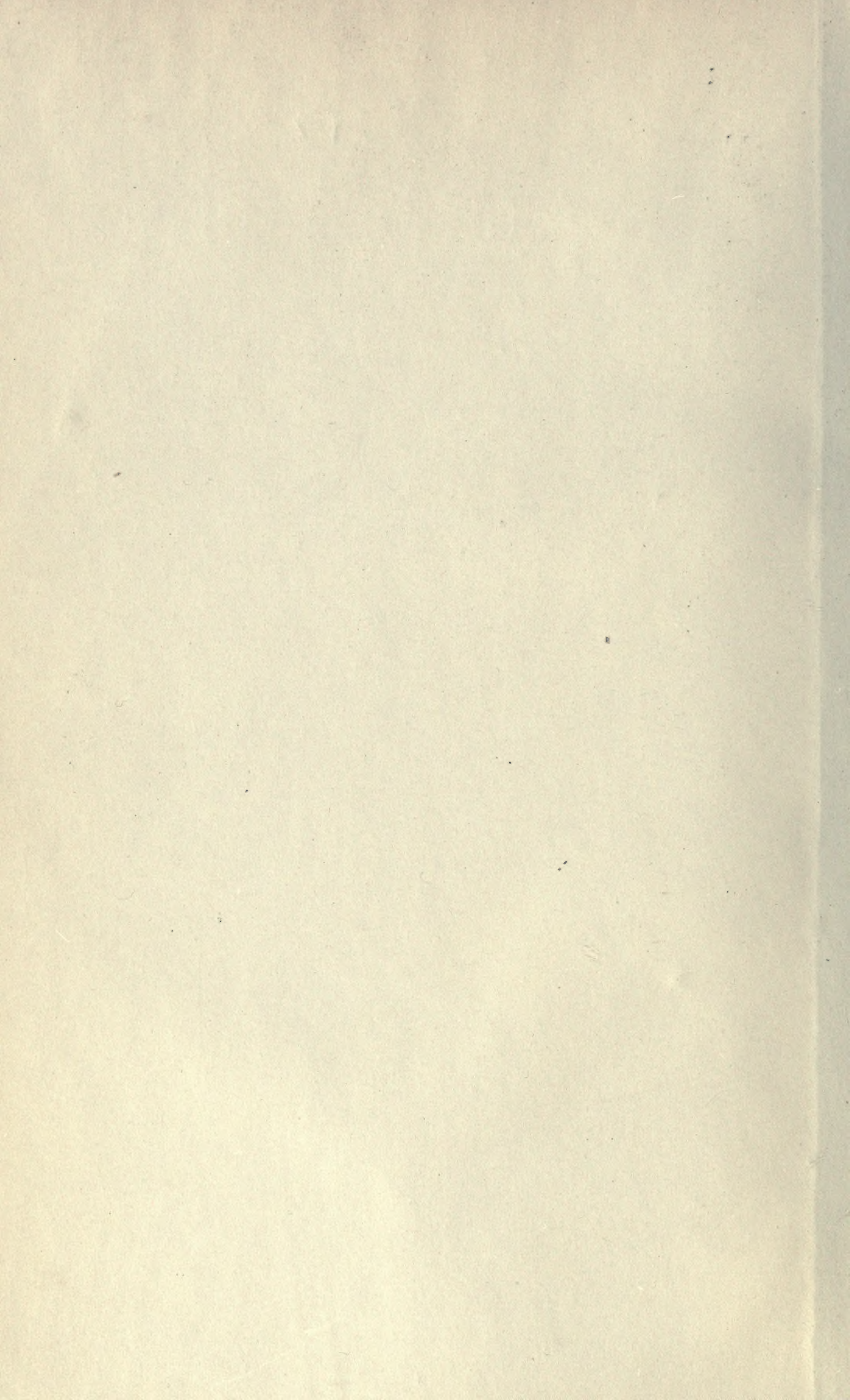
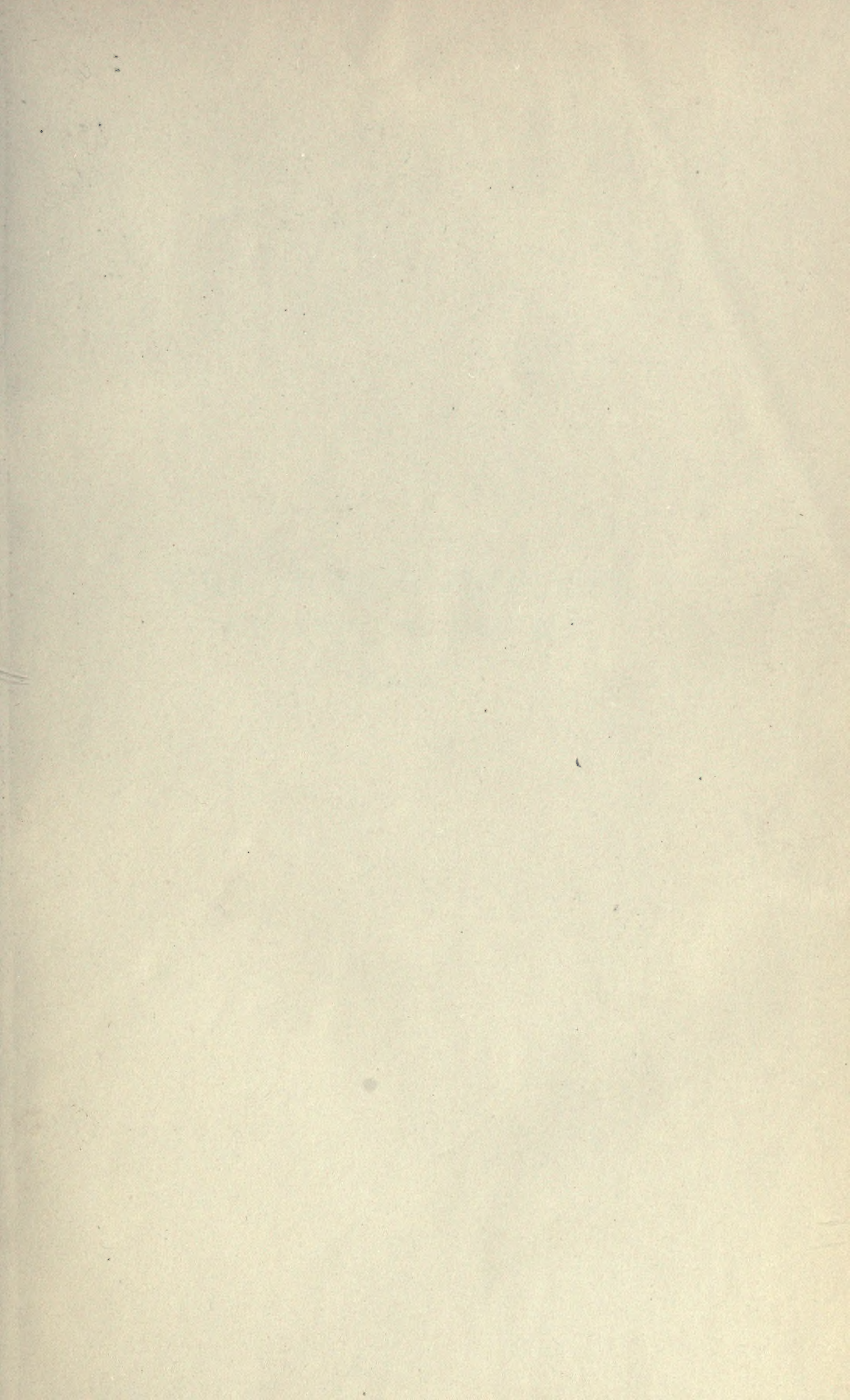
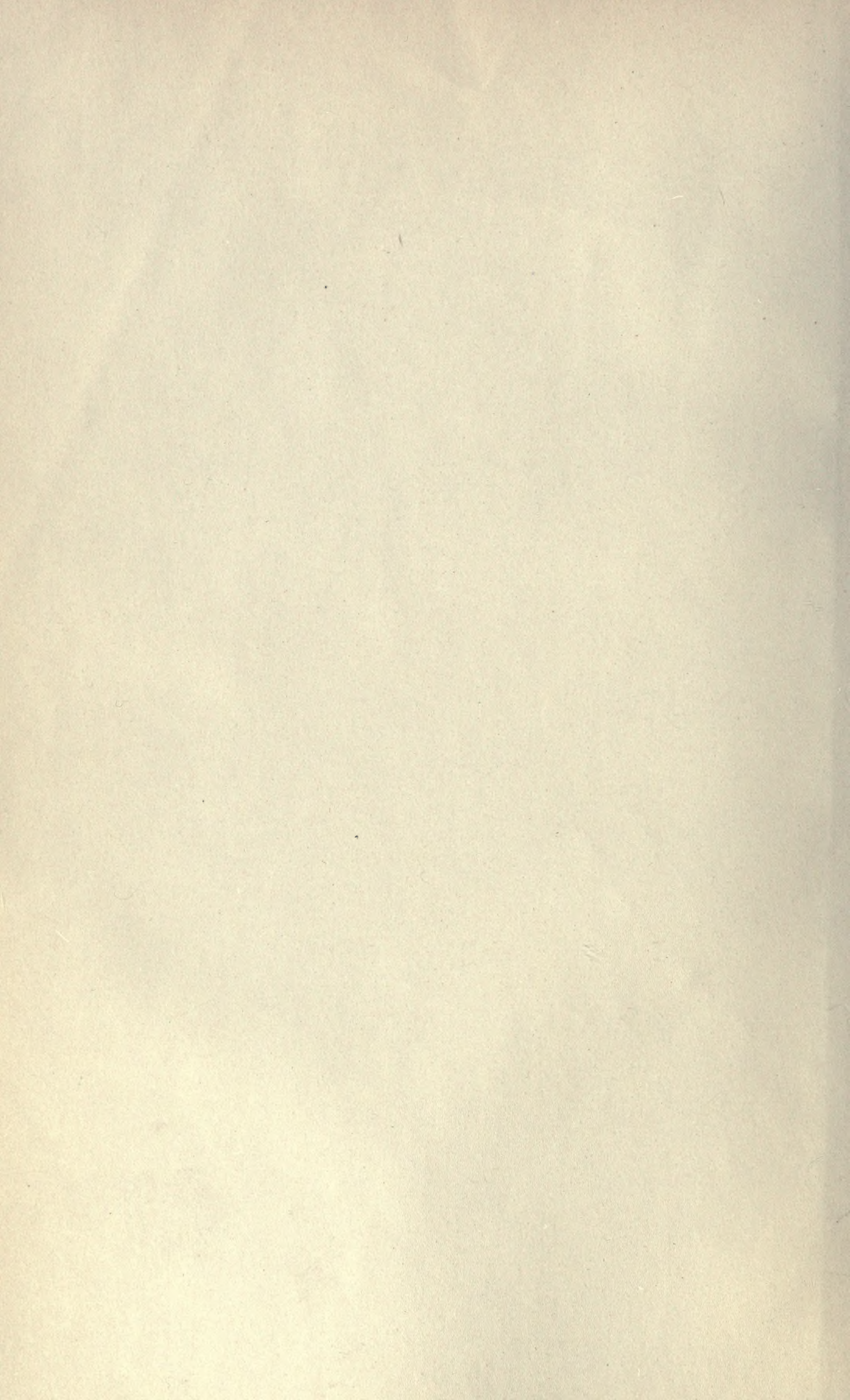










GRAF JULIUS ANDRÁSSY

SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

III. BAND

GRAF JULIUS ANDRÁSSY
SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

NACH UNGEDRUCKTEN QUELLEN

VON

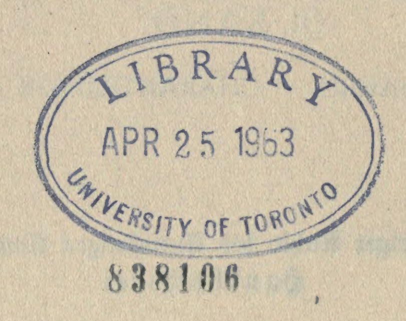
EDUARD VON WERTHEIMER

III. BAND

LETZTE LEBENSJAHRE. — CHARAKTERISTIK ANDRÁSSYS



STUTTGART
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
1913



Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Inhalt

Seite

Vorwort XV

Erstes Kapitel:

Russisch-Türkischer Krieg 1

Andrássy nennt England den Haupturheber des Krieges. — Haltung dieses Staates. — Fortwährendes Schwanken des Zaren. — Kriegs- und Friedensstimmung im russischen Volke. — Kriegsentschluß der Türken. — Die letzten Ziele der russischen Politik. — Kritische Situation Rumäniens. — Anschluß Rumäniens an Rußland. — Besetzung des Šipkapasses durch die Russen. — Niederlage Krüdeners vor Plevna. — Die Russen verlangen Fürst Karls Unterstützung. — Dieser Oberkommandant vor Plevna. — Stimmungsumschlag in Rußland. — Ungarisch-türkische Sympathien. — Schenkung der Corviniana. — Die Softademonstration. — Tisza hierüber an Andrássy. — Er sucht den Földvárischen Beschlußantrag zu verschieben. — Interpellation über die äußere Politik im ungarischen Abgeordnetenhaus. — Beantwortung derselben durch Tisza. — Verletzung der Freiheit der Donauschiffahrt. — Andrássys Weisungen hierüber an Langenau. — Rücksendung des Grafen Zichy nach Konstantinopel. — Turkophile Strömungen in Ungarn. — Gefahren der klerikal-reaktionären Bewegungen. — Der „Pesti Naplo“ über einen Plan Bismarcks. — Andrássys und Bismarcks Ansichten über den Ursprung dieses Artikels. — Bismarck wünscht von Stolberg Aufklärung über die Aussichten der Klerikalen. — Günstiger Situationsbericht Stolbergs an Bismarck; — dessen weniger optimistische Auffassung.

Zweites Kapitel:

Andrássy und England 26

Stütze der Monarchie bei einem etwaigen Wortbruch Rußlands. — Annäherungsversuche Englands. — Geheimhaltung der Konvention mit Rußland. — Absichten und Wünsche Englands. — Notwendigkeit eines Ideenaustausches mit England. — Englisches „Memorandum“ über ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte. — Andrássy lehnt diesen Antrag ab. — Fortführen der Verhandlungen mit England. — Lord Beaconsfield über eine Entente Englands mit der Monarchie. — Andrássy über die verschiedene Situation beider Mächte im Orient. — Er tritt für die Selbständigkeit Rumäniens und Unabhängigkeit Bulgariens von Rußland ein. — Die Besitznahme Konstantinopels als Casus belli. — Mitteilung der russischen Forderungen an England. — Ablehnung derselben. — Festsetzung der Haltung Englands und Oesterreich-Ungarns gegenüber den Eventualitäten der russischen Politik. — Versicherungen Rußlands. — Die „Deklarationen“. — Graf Stolberg über die Haltung Franz

Seite

Josefs und Andrássys. — Unterredung zwischen Bismarck und Andrássy. — Bedeutung dieser Unterredung. — Besorgnisse Tiszas über die Gestaltung der politischen Verhältnisse. — Der Ministerrat beschließt prinzipiell die Aufstellung zweier Armeekorps. — Andrássy über die Notwendigkeit dieser Maßregel. — Gorčakov nimmt dieselbe übel auf. — Verstimmung zwischen England und Oesterreich-Ungarn wegen des serbischen Friedensbruches. — Beaconsfields Mißtrauen gegen Bismarcks Pläne. — Andrássy sucht dasselbe vergebens zu zerstreuen.

Drittes Kapitel:

Der Friede von San Stefano 51

Der Kampf um Plevna. — Regelrechte Belagerung der Festung. — Fall Plevnas. — Vorrücken der Russen. — Verzweiflung in Konstantinopel. — Schwankende Haltung Englands. — Andrássy lehnt ein gemeinsames Vorgehen mit England ab. — Beunruhigender Brief des Zaren an den Kaiser. — Antwort des Kaisers. — Beilage zu diesem kaiserlichen Schreiben. — Entscheidender Moment der Andrássyschen Politik. — Der Kronrat vom 15. Januar. — Bericht des General Beck über die Haltung Andrássys und Erzherzogs Albrecht in dieser Konferenz. — Unwahrscheinlichkeit dieses Berichtes. — Andrássy über die Chancen eines Krieges mit Rußland. — Neuerliches energisches Schreiben des Zaren. — Die Antwort unseres Monarchen. — Die Türkei bittet um Frieden. — Keine Unterstützung durch England. — Antwort Rußlands. — Andrássys steigendes Mißtrauen gegen Gorčakovs Absichten. — Russisch-türkische Verhandlungen. — Unerbittlichkeit der Russen. — Andrássy nimmt die Friedensbedingungen zur Kenntnis. — Bruch aller Abmachungen mit der Monarchie durch Rußland. — Zorn Andrássys. — Verhandlungen mit England. — Haltung Deutschlands. — Bismarck über den richtigen Weg zu einer Verständigung zwischen Rußland und der Monarchie. — Abschluß des Waffenstillstandes. — Entschlossenheit Andrássys. — Rede Bismarcks. — Eindruck dieser Rede. — Zurückhaltung der Weisungen an die türkischen Unterhändler im russischen Lager. — Verschärfung der russischen Bedingungen durch Ignatjev. — Strömungen gegen ein energisches Auftreten der Monarchie. — Wirken Bechtolsheims in russenfreundlichem Sinne. — Der Ministerrat für einen 60 Millionen-Gulden-Kredit. — Bismarck über Deutschlands Lage und das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn. — Er rät Andrássy, Bosnien und die Hercegovina zu okkupieren. — Der Friede von San Stefano. — Unmöglichkeit der Anerkennung dieses Friedens durch die Monarchie.

Viertes Kapitel:

Vorgeschichte des Berliner Kongresses 84

Der Kongreß als einziger Ausweg. — Streit um den Versammlungsort des Kongresses. — Auf Vorschlag Gorčakovs wird Berlin dazu gewählt. — Art der Bekanntgabe des Zusammentrittes des Kongresses. — Der Kongreß und die Mächte. — Forderungen Englands nach Bekanntgabe des ganzen Friedens von San Stefano. — Spannung zwischen England und Rußland. — Rußland sucht die Monarchie von England zu trennen. — Mission Ignatjevs. — Auseinandersetzung zwischen Andrássy und Ignatjev; — dessen

Seite

Ausreden bezüglich Bulgariens. — Memoire Ignatjevs über die Wünsche der Monarchie. — Andrássy lehnt jede Einflußnahme auf das Memoire ab. — Eindruck des Verhaltens Ignatjevs. — Andrássys Zweifel England gegenüber. — Russische Versuche, England für sich zu gewinnen. — Kühnere Sprache Rußlands der Monarchie gegenüber. — Andrássy fordert Bismarck zur Unterstützung der österreichisch-ungarischen Ansprüche auf. — Haltung Bismarcks. — Einladung zum Kongreß. — Volle Uebereinstimmung zwischen Franz Josef I. und Andrássy. — Pessimismus in Oesterreich. — Andrássy entwirft vor den österreichischen Ministern ein Bild der Lage. — Er verlangt einen Mobilisierungskredit. — Haltung der Verfassungspartei. — Bewilligung des Kredits.

Fünftes Kapitel:

Berliner Kongreß 108

Andrássy, Károlyi und Haymerle als Vertreter der Monarchie am Kongreß. — Charakteristik der bedeutenden Staatsmänner. — Ungünstige Auspizien. — Feststellung der Verhandlungsart durch Andrássy. — Die bulgarische Frage auf der Tagesordnung. — Verringerung der Ausdehnung Bulgariens um ein Drittel. — Die Räumungsfrage in der Vorkonferenz und im Plenum. — Taktik Andrássys. — Bismarck wünscht die Beschleunigung der Kongreßarbeiten. — Rolle Gorčakovs am Kongreß. — Die Verhandlungen über Bosnien und die Hercegovina auf der Tagesordnung. — Andrássys Politik Bosnien und der Hercegovina gegenüber. — Seine Abmachungen bezüglich dieser Länder mit England. — Er rät dringend der Pforte, Bosnien und die Hercegovina freiwillig abzutreten. — Haltung der übrigen Mächte in dieser Frage. — Andrássy gibt England den Vorzug, den Antrag zur Okkupation zu stellen. — Annexion oder Okkupation? — Antrag der Türkei auf Verschiebung der ganzen Frage. — Andrássy besteht auf deren Verhandlung. — Er spricht gegen die Autonomie beider Provinzen. — Antrag Englands auf deren Okkupation durch die Monarchie. — Konsternation der Russen. — Zustimmung aller Mächte mit Ausnahme der Türkei. — Verhandlungen über den Sandžak von Novi-Bazar und Montenegro. — Gorčakov und Šuvalov. — Die Türkei für eine direkte Auseinandersetzung mit der Monarchie. — Die geheime Deklaration vom 13. Juli. — Oesterreichisch-ungarisch-russische Abmachungen über Novi-Bazar. — Regelung der übrigen Fragen. — Geringe Entschädigung Rumäniens für Bessarabien. — Englisch-türkischer Vertrag. — Andrássy und Rußland. — Bedeutung des Kongresses. — Andrássys Tätigkeit auf demselben. — Empfang Andrássys in der Heimat.

Sechstes Kapitel:

Okkupation Bosniens und der Hercegovina 143

Franz Josef I. zählt auf die Umsicht Andrássys. — Die öffentliche Meinung im Gegensatz zu Andrássys Politik. — Die Okkupation muß durchgeführt werden. — Tisza und die Okkupation. — Sie soll nicht den Charakter eines Eroberungszuges haben. — Vermeidung jedes größeren Aufgebotes militärischer Macht. — Mobilisierung der 6. und 7. Division. — Andrássy denkt nur an einen „friedlichen Einzug“. — Instruktion für Feldzeugmeister Freiherr

Seite

von Philippović; — dessen Charakteristik. — Jovanović. — Herzog von Württemberg. — Andrássy trachtet mit der Pforte ein friedliches Abkommen zu treffen. — Die Pforte und die ungarische Opposition. — Die Truppen überschreiten die Grenze. — Franz Josef I. und die Okkupation. — Italien gegen die Okkupation. — Beginn der militärischen Operationen. — Verräterischer Ueberfall bei Maglaj. — Hadji Loja. — Niederlagen der Aufständischen. — Mißerfolg Száparys. — General von Beck über den Ernst der Lage. — Angriffe auf Andrássy. — Graf Wedel. — Eine Kompanie Husaren und eine Musikbande. — Die Bürgschaft des Erfolges: rasche Bereitstellung der nötigen Macht. — Die Verzögerung der Vorbereitungen gefährdete die Okkupation. — Die Militärs wollen einen Krieg im großen Stil. — Warum Sarajevo erst am 19. August eingenommen wurde. — Mobilisierung von vier neuen Armeekorps. — Sieg von Majevica Planina. — Bewältigung des Aufstandes. — Feuertaufe der Institution der allgemeinen Wehrpflicht. — Notwendigkeit der Okkupation. — „Chauvinistische" Richtung der Bevölkerung gegenüber der Türkei. — Warum Andrássy gegen die Annexion ist. — Die Okkupation soll keine zeitlich begrenzte sein und nie enden. — Šuvalov empfiehlt die Annexion. — Andrássy lehnt ab. — Verhandlungen mit der Türkei; deren Irrtum. — Sie sucht nach Vorwänden zu Konflikten. — Stillstand in den Operationen gegen Novi-Bazar. — Die Türkei sucht sich den Verpflichtungen des Berliner Vertrages zu entziehen. — Salisbury über die Türkei. — Kopflosigkeit in Konstantinopel. — Abdul Hamids Aeußerung über sich selbst. — Aleko Pascha für die Okkupation. — Andrássy schreitet an die Organisation Bosniens und der Hercegovina. — Philippovićs slawische Richtung. — Becks Mission. — Entfernung des Philippović; an seine Stelle tritt der Herzog von Württemberg. — Andrássy will nötigenfalls auch ohne Zustimmung der Türkei gegen den Sandžak von Novi-Bazar operieren. — Die Pfortenminister rechnen auf eine Krise im Innern der Monarchie. — Andrássy der Türkei verläßlichster Freund.

Siebentes Kapitel:

Andrássys orientalische Politik vor den Legislativen 164

Lord Beaconsfield wird mit Jubel empfangen. — Mit Ausnahme der Slawen und Feudalen grollen alle Parteien Andrássy; er beutet den unfreundlichen Empfang zum Vorteil der Monarchie aus. — Andrássys Aeußerung über Volkstümlichkeit. — Einmütigkeit der Empfindungen gegen Andrássy; er soll zur Verantwortung gezogen werden. — Herbsts Audienz. — Pretis. — Herbsts Rolle gegenüber Andrássy. — Hofmanns Intrigen. — Herbst ohne den scharfen Blick des Realpolitikers. — Adresse der Verfassungspartei. — Unlogische Taktik der Verfassungspartei gegenüber dem Berliner Vertrag. — Als Sühne für dessen Anerkennung soll Andrássy geopfert werden. — Die verfassungstreue Opposition in einer Sackgasse. — Die Delegation soll kein Fait accompli schaffen. — Der Reichsrat soll vorher sein Urteil über den Berliner Vertrag fällen. — Mithilfe der ungarischen Opposition. — Desiderius Szilágyi dafür, daß dem Reichstage das erste Wort gebühre. — Tiefgehende Erregung in Ungarn. — Max Falk gegen Andrássy. — Rücktritt Szélls; — dessen Gründe hiefür. — Széll und Andrássy. — Rück-

tritt des Ministeriums Tisza; — dieser wird mit der provisorischen Fortführung der Geschäfte betraut. — Scharfe Opposition gegen Tisza. — Albert Apponyi. — Tisza stellt sich mit großer Geschicklichkeit in die Bresche. — Aeußerung Novikovs über die Rede Tiszas. — Andrássy erkennt das Kritische seiner Lage; — die Möglichkeit seines Rücktrittes; — er will keine Gefälligkeit von Herbst und dessen Anhang. — Andrássy beruhigt Bismarck über die eventuellen Folgen seines Rücktrittes. — Kein Wechsel der bisherigen Politik. — Bismarck an Andrássy; — er ist beruhigt über den Verlauf der Ereignisse in Oesterreich-Ungarn. — Beusts erfolgreiches Ringen um die Botschaft in Paris. — Andrássy an Bismarck über die Versetzung Beusts nach Paris. — Bismarck an Andrássy. — Graf Károlyi geht als Botschafter nach London. — Bismarck an Andrássy über die Wahl von Károlyis Nachfolger. — Graf Emerich Széchenyi wird Botschafter in Berlin. — Verlangen nach Vorlage des Berliner Vertrags. — § 11 des österreichischen Ausgleichsgesetzes und § 8 des G. A. 1867. — Graf Andrássy will den Berliner Vertrag von den beiden Parlamenten nur zur Kenntnis nehmen lassen. — Vorlage des Berliner Vertrags 2. November 1878. — Verhalten der ungarischen Opposition. — Herbsts rückhältiger Plan. — Dramatischer Verlauf des Kampfes zwischen der verfassungstreuen Opposition und Andrássy. — Erster Zusammenstoß im Budgetausschuß. — Kompetenzfrage. — Andrássy wird durch das bei Dumba geschmiedete Komplott überrascht. — Die Opposition will die Ministerkrisis auf der ganzen Linie. — Andrássy pariert den Anschlag. — Entrüstung des Kaisers über Herbst. — Hofmann in Ungnade. — Die Vorlage des Ministeriums wird zurückgezogen. — Das „Doktorendutzend“ in der Reichsratsdelegation. — Andrássy soll nicht zum Reden in der Delegation kommen. — Andrássy kämpft mit offenem Visier; — er will vor Herbst nicht die Segel streichen. — Doktrinarismus des „Doktorendutzend“. — Herbst bringt die Verfassungspartei um ihren Einfluß. — Bismarck über die Verfassungspartei. — „Herbstzeitlose.“ — Andrássys große Rede vom 30. November; — deren Inhalt. — Wirkung dieser Rede. — Annahme des Budgets des Ministeriums des Aeußern. — Schaups Bericht. — Die Opposition hat die Höhe ihres Widerstandes überschritten. — Widersprüche im Verhalten der Opposition; — sie ist zum „irdenen Topf“ geworden. — Andrássys Rede vom 6. Dezember im Plenum der österreichischen Delegation. — Tiefer Eindruck dieser Rede. — Kein Vertrauensvotum, aber Bewilligung der Mittel. — Kaiser Wilhelm I. über die Vorlage des Berliner Vertrages. — Lange Dauer des Kampfes für und wider den Berliner Vertrag. — Vollkommene Verschiebung im Aufmarsche der Parteien. — Ungers Rede. — Sueß' Rede für Andrássy. — „Bosnische Linke“. — Plener für Andrássy. — Sueß für verfassungsmäßige Genehmigung des Berliner Vertrags. — Dieser Antrag erhält die Majorität. — Herbst und Giskra verzichten auf ihre Mandate in der Delegation. — Ungarische Opposition in der Delegation. — Die Vermehrung des slawischen Elementes ein schwer zu verdauender Bissen für die Ungarn. — Warum Tisza und dessen Partei Andrássy unterstützen. — Andrássys Rede vom 15. Dezember über den Dualismus und die Großmachtstellung. — Szilágyi für die Kompetenzfrage. — Beide Delegationen bewilligen das Pauschale von 20 Millionen Gulden. — Andrássy ist über alle

Seite

Fährlichkeiten hinweg. — Endgültige Erledigung des Budgets des Ministeriums des Aeußern. — Tisza legt den Berliner Vertrag zur Inartikulierung in das Corpus juris vor; — seine Gründe hierfür. — Die Opposition gegen die Inartikulierung. — Ende des letzten Aktes des parlamentarischen Kampfes um die orientalische Politik Andrássys.

Achtes Kapitel:

Der Rücktritt Andrássys 203

Andrássy kann mit stolzem Bewußtsein auf die Anerkennung des Berliner Vertrages zurückblicken. — Andrássys Entschluß zum Rücktritt im Zenit seines Ruhmes. — Schon Juli 1878 beschäftigte er sich ernstlich mit diesem Gedanken. — Ende 1878 setzt er den Monarchen davon in Kenntnis. — Ist Andrássy freiwillig gegangen oder infolge des Vertrauensverlustes des Kaisers? — Streit hierüber. — Fürst Adolf Auersperg über die Undankbarkeit der Verfassungstreuen. — Mission Graf Taaffes. — Deren Scheitern. — Andrássy will den verfahrenen Karren nicht immer aufs neue ins Rollen bringen. — Die strengkonservativen Richtungen erlangen Oberhand. — Dem Kaiser liegt die Aussöhnung mit den Tschechen am Herzen. — Andrássys Haltung. — Motiv zum Rücktritt: er will mit voller Wahrung seiner Grundsätze aus dem Ministerium scheiden. — Unzufriedenheit Andrássys mit den militärischen Kreisen. — Andrássy hat das Gefühl eines an den Pflug gespannten Vollblutpferdes. — Er fiel nicht über die Aprilkonvention; — sie wird von den Gegnern als Sturmbock gegen Andrássy benutzt. — Souveränität des Sultans. — Andrássy und das Eroberungsrecht; — er ist gegen eine militärische Unternehmung nach Salonichi. — Besetzungsrecht des Sandžaks von Novi-Bazar. — „Ausfalltor nach dem Orient.“ — Die hohen Militärs suchen den Kaiser gegen Andrássy zu stimmen. — Der Kaiser hält zu Andrássy. — Die öffentliche Meinung sucht die Ursache des Rücktritts in politischen Umständen. — Persönliche Verhältnisse des Grafen gaben den Ausschlag. — Andrássy hat das Bedürfnis nach Ruhe. — Haymerle soll mit der Stellvertretung betraut werden. — Der Kaiser will nichts vom Rücktritt hören. — Schwere Erkrankung Andrássys. — Nach langem Sträuben willigt der Kaiser in den Rücktritt. — Auf der Suche nach einem Nachfolger. — Die „lachenden Erben“. — Ein Ungar soll Minister des Aeußern werden. — Graf Károlyi lehnt ab. — Haymerle wird Minister des Aeußern. — Wirkung der Nachricht von der Demission Andrássys in Berlin. — Kein Systemwechsel. — Erzherzog Albrecht für die Freundschaft mit Deutschland und sucht Andrássy zum Bleiben zu bewegen. — Andrássy kommt bestimmt wieder. — Salisbury über den Rücktritt. — Freiherr von Chlumecky bedauert diesen. — Alle Parteien haben das Gefühl eines Wendepunktes in der Geschichte der Monarchie.

Neuntes Kapitel:

Entstehungsgeschichte des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses 225

Internationale Lage der Monarchie zur Zeit der Ernennung Andrássys. — Deutschland bedarf der Unterstützung der Monarchie. —

Andrássys Streben nach der Allianz mit Deutschland. — Franz Josef I. Reise nach Venedig. — Rußlands Politik kommt den Plänen Andrássys zustatten. — Wachsender Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland. — Die „Times" und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". — Arapov. — Auftrag an Schweinitz in Petersburg; dessen Bericht vom 8. August. — Alexander II. und dessen Kreis. — Persönliche Politik Alexanders II. — Der Bericht vom 8. August. — Andrássy über die russische Politik. — Die gefährliche Wendung der russischen Politik. — Die persönlichen Gefühle Alexanders sollen geschont werden. — Bismarck über den Rücktritt Andrássys. — Er verlangt eine Zusammenkunft mit Andrássy. — Gastein. — Andrássys Unterredung mit dem Kaiser. — Gastein und Andrássys Nachfolger. — Brief Alexanders II. vom 15. August. — „Brief-Ohrfeige". — Akuter Konflikt zwischen Bismarck und Alexander II. — Bismarck über Alexanders Brief. — Dankbarkeit Deutschlands gegenüber Rußland. — Bismarck sucht Rückendeckung in der Allianz mit Oesterreich-Ungarn. — Antwort Wilhelms I. an Alexander. — „Legs sacré!" — Die russische Tür soll noch offen bleiben. — Andrássy nach Gastein. — Offene Aussprache der beiden Staatsmänner. — Der erste Schritt zur Anregung des Bündnisses ging von Bismarck aus. — Bismarcks großer Bericht vom 31. August; dieser will ein allgemeines Schutz- und Trutzbündnis, Andrássy eine mit der Spitze gegen Rußland gerichtete Allianz. — Befriedigung Andrássys über den Gasteiner Aufenthalt. — Bismarck verlangt die formelle Ermächtigung zur Festlegung der Grundlagen für den Vertrag in Wien. — Bismarcks Sorge. — Bismarck soll nicht nach Wien gehen dürfen. — Manteuffels Sendung nach Warschau. — Bismarck beharrt auf der Reise nach Wien. — Manteuffels Umgarnung in Warschau. — Alexander II. ladet Kaiser Wilhelm nach Alexandrovo. — Bismarck ist außer sich darüber. — Sondierung Gorčakovs im Jahre 1876. — Alexander und Miljutin. — Eindruck des Berichtes vom 31. August auf Kaiser Wilhelm. — Entrevue in Alexandrovo. — Bismarck will kein zweites Olmütz. — Tiefe politische Ueberzeugung drängt Bismarck zur Allianz mit Oesterreich-Ungarn. — Andrássys Brief vom 1. September an Bismarck. — Kronprinz Friedrich Wilhelm. — Otto von Bülows Mission bei Kaiser Wilhelm. — Einfluß Miljutins auf Kaiser Wilhelm. — Dieser will keine Allianz mit der Spitze gegen Rußland. — Rußlands Allianzversuche in Frankreich und Italien. — Antrag Bismarcks bei Kaiser Wilhelm. — Schwere Lage Otto von Bülows. — Der Kronprinz. — Bismarcks und des Staatssekretärs Gesundheitszustand. — Kaiser Wilhelm gibt keine Vollmacht für eine Konvention oder Allianz. — Irreführung des Kaisers durch Manteuffel. — Bismarck mobilisiert auf der ganzen Linie. — Krisis. — Vorkehrungen des Radowitz. — Der Friedensstörer soll nur generell bezeichnet werden. — Bemühungen Ottos von Bülow. — Des Kaisers Leitmotiv; sein Notanker; er sucht der definitiven Entscheidung zu entgehen. — Ein Mitwisser mehr. — Neuer Versuch Bismarcks beim Kaiser. — Deutschland darf nicht zwischen Rußland und Frankreich neben einem besiegten Oesterreich-Ungarn isoliert bleiben. — Verschärfung der Krisis in Berlin. — Die Stolbergsche Formel bewirkt ein günstiges Resultat. — Wien als Schauplatz neuer Unterhandlungen zwischen Bismarck und Andrássy.

Zehntes Kapitel: Seite

Bismarck in Wien und Abschluß des Bündnisses . . 268

„Küsserei“ von Alexandrovo. — Rußlands Werben in Paris und Rom. — Montenegros übermütige Sprache. — Rußland soll ein Riegel vorgeschoben werden. — Besetzung des Limgebietes. — Oberst Raab gegen Graf Zichy. — Die Pforte und die Konvention vom 21. April 1879. — Warum Andrássy nicht den ganzen Sandžak von Novi-Bazar besetzte; — dessen Bedeutung für die Monarchie. — Militärische Besetzung des Sandžaks im Einvernehmen mit der Türkei. — Andrássy will die Türkei solange als möglich erhalten; — er denkt an immerwährendes Festhalten Bosniens und der Hercegowina. — Oesterreich-Ungarn soll die gewaltsame Slawisierung des Balkans hindern. — Andrássy enthüllt vor dem Feldzeugmeister Herzog von Württemberg seine Ideen über den Balkan. — Des Herzogs Operationen im Limgebiete. — Andrássys Befriedigung über die staatsmännische Erfassung des Grundgedankens der Regierung durch den Herzog von Württemberg. — Bismarcks Brief an Andrássy vom 20. September. — Defensivallianz ohne Nennung Rußlands. — Bismarcks Eintreffen in Wien 20. September. — Glänzender Empfang in Wien. — Unterredungen Bismarcks mit dem Kaiser und Andrássy. — Der Kaiser und Andrássy gegen eine generelle Fassung des Vertrages. — Bismarcks Stellung hierzu. — Franz Josef I. stellt jede Absicht eines Angriffskrieges in Abrede. — Beratung vom 24. September. — Andrássy gegen die von Bismarck beantragte Form; — er will Rußland als eventuellen Angreifer genannt wissen. — Bismarck und Andrássy einigen sich über den „Entwurf eines Uebereinkommens“. — Inhalt desselben. — Dramatische Szene zwischen Andrássy und Bismarck; — dieser auf Seite Andrássys; — er befürwortet den österreichisch-ungarischen Vorschlag. — Für den Fall der Ablehnung will Bismarck zurücktreten. — Harter Kampf Kaiser Wilhelms mit sich. — Er will gegen Alexander keine Perfidie begehen. — Graf Moltke für Bismarck und gegen die generelle Fassung des Vertrages. — Auch Moltkes Vortrag ohne Erfolg. — Kaiser Wilhelm verteidigt seine Ansicht gegen die Andrássys. — Der Kaiser will auch Frankreich im Vertrag genannt wissen. — Sitzung der Staatsminister. — Mitteilung an den Kaiser von Bismarcks Demissionsabsicht. — Bismarcks Brief an Andrássy; — dessen Urteil über diesen Brief. — Andrássy wünscht „pure et simple“ Annahme seines Entwurfes. — Saburov in Berlin; — dessen Friedensversicherungen finden bei Bismarck keinen Glauben. — Unter welchen Bedingungen das „Spiel“ gewonnen wäre. — Keine Mitteilung Kaiser Wilhelms I. an Alexander II. vor Abschluß des Vertrages. — „Parallelvorschlag“ Andrássys. — Vor Genehmigung des Vertrages durch Kaiser Wilhelm darf keine Mitteilung hierüber an Alexander II. gemacht werden. — Besorgnisse Bismarcks. — Der Kaiser soll vor eine Alternative gestellt werden. — Notwendigkeit der Entscheidung. — Andrássy will nicht länger im Amte bleiben. — Furcht vor einem Schachzug Rußlands. — Andrássy will nichts von einem „wieder aufgewärmten“ Drei-Kaiser-Bündnis wissen. — Heißes Ringen zwischen Kaiser Wilhelm und Bismarck. — Manteuffel will Bismarck zur Nachgiebigkeit bewegen. — Das Tragische des Kampfes zwischen Kaiser und Kanzler. — Gewissenskämpfe Wilhelms I. — Oesterreich-

Seite

Ungarn soll in einem Kampfe mit Frankreich Hilfe leisten. — Bedingte Anerkennung des Vertrages durch den Deutschen Kaiser. — Schreiben Wilhelms I. an Bismarck vom 2. und 4. Oktober. — Bismarck geht, wenn der Kaiser die Vollmacht für Prinz Reuß verweigert. — Der Kaiser erteilt unter Vorbehalten die Vollmacht. — Bismarck fast zur Verzweiflung getrieben. — Hochgradige Nervosität des Kaisers, Bismarcks und Bernhard von Bülows. — Unterzeichnung des Vertrags in Wien am 7. Oktober. — Fortsetzung der Leidensgeschichte Bismarcks. — Wilhelm I. will die Ratifikation verweigern. — Graf Moltke wird in die Bresche gestellt; — dessen Memoire zugunsten des Vertrages. — Wie Otto von Bülow den Kaiser zur Ratifikation veranlaßt. — Sie erfolgt am 16. Oktober. — Was dem alten Oesterreich nicht gelang, macht der Dualismus zur Tat. — Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen 1854. Erst nach Zusammenbruch des alten Oestereich konnte der Gedanke an ein Bündniß mit Deutschland aufkommen. — Stellung Bismarcks hierzu. — Ueberwindung der Vorurteile in Oesterreich. — Verdienste Andrássys um die Schaffung des Bündnisses. — Andrássy handelt im vollen Einverständnis mit Franz Josef I. — Europa über das Freundschaftsverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. — Bismarck befreit vom „Cauchemar des coalitions“. — Der Vertrag soll auch durch die Parlamente sanktioniert werden. — Andrássy unterzeichnet den Vertrag als demissionierter Minister. — Andrássy an Bismarck. — Handbillett Franz Josefs I. an Andrássy.

Elftes Kapitel:

Andrássys letzte Lebensjahre 311

Schwerer Abschied von der bisherigen Tätigkeit. — Anhänglichkeit der Beamten des Ministeriums. — Andrássy hat die Bahn für die äußere Politik vorgezeichnet. — Haymerle will auf dieser fortschreiten. — Bismarcks Brief an Andrássy; dessen Schreiben an Fürst Karl von Rumänien; dessen Dankgefühle gegenüber Andrássy. — Politik Andrássys gegenüber Rumänien. — Haymerle über den Brief Andrássys an den Fürsten Karl. — Andrássys Kampf in der Delegation mit der ungarischen Opposition. — Haymerles Tod. — Ob Andrássy dessen Nachfolger werden soll? — Andrássys Verhalten zu dieser Frage. — Graf Kálnoky wird Minister des Aeußern; dessen Brief an Andrássy. — Heirat der Gräfin Ilona Andrássy. — Briefwechsel aus diesem Anlaß zwischen Bismarck und Andrássy. — Andrássy und das ungarische Notzivilehegesetz; dessen Rede hierüber im Magnatenhaus. — Agitation der Magnaten gegen das Gesetz. — Andrássys Brief an Baron Nopcsa über das Verhalten der klerikalen Magnaten. — Was er mit diesem Brief bezweckte. — Andrássys richtige Prophezeiung. — Obligatorische Zivilehe. — Anteil Andrássys an der Reform des ungarischen Oberhauses. — Andrássy für eine günstigere deutsche Zollpolitik. — Bismarcks Weisung hierüber an Reuß. — Kálnoky und der bulgarische Staatsstreich. — Andrássy im Gegensatz zur orientalischen Politik Kálnokys. — Andrássys große Denkschrift aus dem Jahre 1886 über die orientalische Frage. — Detaillierte Angabe des Inhaltes der Denkschrift. — Publikation des deutsch-österreichisch-ungarischen Vertrages. — Größte Genugtuung für Andrássy. — Wandlung der

Seite

öffentlichen Meinung zugunsten Andrássys; dessen große Rede vom 5. April 1889 für die gemeinsame Armee. — Ausführliche Angabe des Inhaltes der Rede. — Andrássy und der § 14 des neuen Wehrgesetzes. — Die Rede war Andrássys letzte große staatsmännische Tat. — Krankheit; erste Spuren derselben 1881; sie tritt heftiger 1888 auf. — Andrássys Zustand 1889. — Behandlung der Krankheit. — Andrássys Aeußerung über die Kaiserin und Königin Elisabeth. — Beabsichtigter Besuch Franz Josefs I. in Terebes. — Andrássy möchte weder mit dem Monarchen noch mit Kálnoky über Politik sprechen. — Deswegen bleibt er auch der Delegation von 1889 fern. — Haymerle und Kálnoky „verpfuschten" Andrássys Politik. — Verschlimmerung der Krankheit. — Anziehungskraft der Politik. — Untersuchung mit dem Zystoskop. — Papilloma in der Blase. — Neuerliche Untersuchung. — Angebliche Besserung. — Reise nach Volosca bei Abbazia. — Verschlimmerung des Leidens. — Billroth. — Hoffnungen Andrássys. — Krebsartige Neubildung in der Blase. — Andrássys Tod 18. Februar 1890. — Eindruck der Nachricht. — Begräbnis. — Errichtung der Statue Andrássys auf Staatskosten vor dem ungarischen Parlament.

Zwölftes Kapitel:

Charakteristik 346

Andrássy drückt seinem Schaffen den Stempel seiner Individualität auf; — seine äußere Erscheinung. — Kühnheit, Großzügigkeit und Entschlossenheit. — Andrássys Offenheit und Aufrichtigkeit. — Aeußerungen hervorragender Zeitgenossen. — „Versprechen ist schwer, halten leicht." — Schlauheit. — Praktisch angewandte Menschenkenntnis. — Begeisterung für Freiheit. — Kein Transigieren mit dem Opportunismus. — Franz Josef I. und Andrássy. — Andrássy wahrt seine Unabhängigkeit; — dessen Ansicht über Volkstümlichkeit. — Andrássy eine der populärsten Gestalten der Monarchie. — Ungarn der eigentliche Boden seiner Volkstümlichkeit. — Andrássy der Typus des echten Ungarn. — Er bereicherte den politischen Gedankenschatz Ungarns mit neuen Ideen. — Andrássy Realist in der Politik. — Quintessenz diplomatischer Kunst. — Andrássys Art und Weise des Arbeitens. — Seine Abneigung gegen unpraktisches Gelehrtentum. — Andrássys Belesenheit. — Warum er die Wahl zum Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften ablehnt. — Literarisches Honorar. — Poesie. — Musik. — Andrássy und Munkácsy. — Liebe für die Natur. — Andrássy erfaßt alles gleichsam aus der Vogelperspektive. — Kein Sinn für Verwaltung und geschäftliche Ordnung. — Andrássy und Dumba. — Andrássy im Verkehr mit Diplomaten. — Es geht ein großer Zug durch die äußere Politik. — Andrássys Glücksstern. — Entschlußfähigkeit. — Andrássy im Umgang mit Menschen verschiedenen Standes. — Andrássy als Redner. — Als Familienvater; — als Landsmann. — Andrássys kleine Schwächen. — Warum Andrássy keine Memoiren hinterließ. — Ihm gebührt ein Ehrenplatz in der Ruhmeshalle der Geschichte.

Erstes Kapitel

Russisch-Türkischer Krieg

Gegenüber der Behauptung, daß Rußland seit 1866, nachhaltiger seit 1871 an einen Krieg mit der Türkei gedacht,[1]) wie er jetzt geführt werden sollte, war Andrássy entschieden entgegengesetzter Ansicht. „Ich weiß," — sagte er 1877 — „daß er nicht geplant war und daß beide Teile ihn vermeiden wollten. Es gab" — fuhr er fort — „Stadien, wo es möglich erschien, bei geeignetem Vorgehen der am Statusquo interessierten Mächte, insbesondere durch die Unterstützung Englands, die bosnische Insurrektion zum Abschlusse zu bringen und einem orientalischen Kriege vorzubeugen." [2])

Nicht Rußland, nicht die Türkei, sondern hauptsächlich England machte Graf Andrássy für den Ausbruch der Feindseligkeiten verantwortlich. Die Hoffnung auf Verständigung, die durch des englischen Ministeriums wenn auch zögernde Billigung der Reformnote vom 30. Dezember 1875 erweckt wurde, zerstörte das britische Kabinett sofort wieder durch Verweigerung seines Beitritts zum Berliner Memorandum von 1876.[3]) Ermutigt durch England, wies die Pforte das im Memorandum ausgesprochene Verlangen der drei Kaisermächte zurück. Dagegen ermunterte seinerseits Rußland die Insurgenten zu erhöhten Ansprüchen und trieb Serbien und Montenegro zum Anschluß an die Insurrektion und in den Krieg — an dessen Ausbruch dadurch wenigstens indirekt die russische Regierung mit beteiligt erscheint. Nun taten die englischen Minister das denkbar Unerwarteteste. Anstatt an der von ihnen befürworteten Ablehnung der Forderungen festzuhalten, deren Erfüllung voraussichtlich die Vermeidung des Krieges hätte ermöglichen können, lenkte das britische Kabinett plötzlich in das entgegengesetzte Fahrwasser ein. Mit einem Male übertrumpfte

---

[1]) „La guerre russo-turque d'après des documents inédits" in der „La Nouvelle Revue" 1880, Bd. IV, S. 474.

[2]) Andrássy an Beust, Wien, 29. Mai 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem. „Wir haben damals unsere Befürchtungen nicht verschwiegen, und die Ereignisse haben dieselben bestätigt."

es, zum nicht geringen Erstaunen der Mächte und der Pforte, die Bedingungen des Berliner Memorandums; jetzt heischte es von der Türkei weit mehr als dieses selbst. Deswegen brauchte man noch nicht der Hoffnung zu entsagen, daß es doch mit Hilfe Englands gelingen werde, den „Aufrollungsprozeß“ im Osten hintanzuhalten. Sie wurde erst durch die „atrocity-meetings“ der englischen Opposition vernichtet. Diese Kundgebungen blieben nicht ohne Wirkung auf die offizielle Orientpolitik Englands. Sie verliehen ihr eine christlich-humanitäre, antitürkische Nuance. Die nächste Folge davon war, daß auch Rußland im Wetteifer mit England nicht zurückstehen wollte und seine Ansprüche zugunsten der christlichen Bevölkerung der Türkei noch mehr steigerte. Kein anderes Bild gewährte die Botschafterkonferenz in Konstantinopel.

Andrássy war mit Salisbury übereingekommen, daß man Rußland allein nicht die Initiative zur Verbesserung des Loses der Christen im Orient überlassen dürfe. Der englische Staatsmann ließ sich von Ignatjev verleiten, noch weit über das festgestellte Maß hinaus Forderungen an den Sultan zu stellen, die dieser ohne Selbstvernichtung der Türkei nicht erfüllen konnte. „Ich habe“ — bemerkt hierüber Andrássy — „diese meine Ansicht noch zur rechten Zeit in London wissen lassen, aber wieder war es der k. u. k. Regierung unmöglich, auf einer Position stehenzubleiben, welche England im Vereine mit Rußland aufgegeben hatten, und so traten denn alle Mächte vereint an die Pforte mit Anforderungen heran, welche zu einem Refüs und den damit verbundenen Komplikationen führen mußten.“ [1])

Rußland hatte sich inzwischen bereits zu weit vorgewagt, um ohne Verletzung seines Prestiges und ohne „weltgeschichtliche Blamage“ [2]) in seinem Vorgehen innehalten zu können. Nach vielfachen Schwankungen und wiederholten Friedensversicherungen ließ sich der Zar nun endlich doch von der panslawistischen Strömung das Schwert in die Hand drücken. Lange hindurch galt bisher die jeweilige Stimmung Alexanders als Barometer, sei es der Friedenshoffnungen, sei es der Kriegsbefürchtungen. Von nicht geringem Einfluß auf diesen Umschlag war der sowohl

---

[1]) Andrássy an Beust, 29. Mai 1877. Das Wort „Refüs“ ist von Andrássy selbst unterstrichen.

[2]) Baron Orczy bedient sich dieses Ausdruckes in dem Schreiben an seine Mutter vom 22. März 1877.

physisch als psychisch stark krankhafte Zustand des russischen Kaisers, der im vollen Sinne des Wortes das Bild eines ungemein überreizten, nervösen Menschen bot. In ruhigen Momenten war er entschieden für den Frieden, um so mehr, als er deutlich erkannte, daß ein Zusammenstoß mit der Türkei nur der Revolution im Innern seines Reiches die Wege ebnen würde. Verfiel jedoch der Zar in Aufregung und bemächtigte sich seiner das Gefühl einer Demütigung vor ganz Europa und einer Schädigung der Ehre Rußlands, dann zeigte er sich wieder kriegerisch gesinnt. So schwebte er zwischen einer unaufhörlichen Aufeinanderfolge entgegengesetzter Strömungen, die der russischen Politik jener Tage das Gepräge des Schwankenden und Launenhaften verliehen.[1])

Daraus erklärt es sich denn auch, daß bald die Kriegspartei, bald wieder die Freunde des Friedens das Ohr des Herrschers besaßen. Mit einigem Rechte konnte daher, als stichhaltig für eine gewisse Zeit, behauptet werden, daß Hof und Volk, ähnlich wie 1870 in Frankreich, zum Kriege drängten und die Kriegsidee sich gleich einer ansteckenden Krankheit über alle Schichten der Bevölkerung verbreitete und Volkstümlichkeit erlangte.[2]) Nicht minder begründet waren die das gerade Gegenteil bezeugenden Aussagen von anderen Zeitgenossen. Nach ihnen fehlte es am heiligen Feuer der Begeisterung für die Befreiung der Christen vom türkischen Joche.[3]) Mit geringer Lust sollen die Offiziere in den Kampf gezogen[4]) und dieser den Russen nur als „Va-Banque-Spiel" willkommen gewesen sein, um der unhaltbaren materiellen Lage ein erwünschtes Ende zu bereiten.[5]) So sehr jedoch auch die Anhänger des Kriegs und des Friedens voneinander abwichen, darin waren sie ohne Unterschied alle einig, daß im Falle eines Kampfes mit der Türkei der Sieg unbedingt die russischen Waffen

[1]) Im „Neuen Wiener Tagblatt" vom 26. Januar 1877 erschien ein Artikel „Der kranke Zar", der damals das größte Aufsehen erregte. Graf Stolberg an Bismarck, Wien, 27. Januar 1877, bemerkt, daß der Schreiber des Artikels, entweder von der Wiener russischen Botschaft selbst oder einem Mitgliede derselben inspiriert, aus guten Quellen geschöpft habe.

[2]) Lignitz, „Aus drei Kriegen", S. 100.

[3]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Mais le feu sacré n'y est pour rien, on se soucie des chrétiens comme de l'an quarante."

[4]) Graf von Pfeil, „Erlebnisse eines preußischen Offiziers in russischen Diensten", S. 15 und 31.

[5]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

krönen werde.[1]) Irregeführt durch die von Ignatjev und den Panslawisten genährte Täuschung, war man überzeugt, daß es ein leichtes sein werde, die Türken über den Haufen zu werfen. Bezeichnend genug hierfür sagte Gorčakov: „Wir werden sie mit unseren Mützen totschlagen.“[2])

Sowenig jedoch von Anfang an bei den Russen ein bestimmter Wille zur Fehde vorhanden war, in eben dem Maße fehlte er auch ursprünglich bei den Türken. Sie kannten zu genau ihre finanzielle und militärische Schwäche, um den Strauß mit ihren Todfeinden aufnehmen zu wollen. Erst die Verzweiflung über ihre Lage ließ sie den Entschluß fassen, lieber mit Ehren unterzugehen, als sich den schimpflichen Bedingungen zu fügen, die ihnen zugemutet wurden. Die türkischen Staatsmänner sahen nunmehr im Kriege das letzte Mittel, mit dessen Hilfe es ihnen vielleicht noch vergönnt sein könnte, der ihnen drohenden finanziellen und politischen Krise zu entgehen.

Mit atemloser Spannung verfolgte ganz Europa einen Krieg, der über eines der wichtigsten Probleme der Weltpolitik die Entscheidung herbeiführen sollte. Angstvoll fragte man sich, welches wohl die letzten Ziele russischen Bestrebens in diesem Feldzuge sein werden. Die offizielle russische Proklamation sprach allerdings nur von der Absicht, mit Waffengewalt die längst begehrte Verbesserung des Loses der Christen auf dem Balkan durchzuführen.[3]) War das aber der wirkliche letzte Gedanke, der allein die russische Regierung bei ihren Entschlüssen leitete? Rußland zeigte in diesem Kriege ein doppeltes Gesicht. In feierlichster Weise versicherte Alexander II. und gleich darauf auch der Staatskanzler, daß man nicht im geringsten an die Eroberung Konstantinopels denke.[4]) Mit solchen Versicherungen und der Beteuerung, daß die Rußland stets zugemutete Besitznahme Konstantinopels als eines von Peter dem Großen ererbten politischen Dogmas in den Bereich der „politischen Mythologie“ gehöre,[5]) suchte man die wahre Tendenz des politischen Ehrgeizes des Zarenreiches zu verhüllen. Ehrlicher und durch die späteren Ereignisse bestätigt war es, als der Zar die an ihn gerichtete Frage des Großfürsten

---

[1]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Lignitz, a. a. O., S. 100.

[3]) „Das Staatsarchiv“, Bd. 32, S. 218.

[4]) Ibidem, Bd. 31, S. 210.

[5]) „Das Staatsarchiv“, Bd. 31, S. 216.

Nikolaus, des designierten Oberkommandanten der russischen Armee, nach dem letzten Ziel des Feldzuges mit der lakonischen Antwort: „Konstantinopel“ erledigte.[1]) Im Grunde sollte der Krieg zu einem Triumphzug der slawischen Welt werden und zum Zeichen ihres Sieges die russische Fahne von der Höhe der Hagia Sofia in Konstantinopel flattern. Berauscht von solchen Träumen und überzeugt vom schließlichen Erfolge überschritten am 24. April 1877 die ersten russischen Kolonnen die Grenzen Rumäniens, das mittels einer im tiefsten Geheimnis verabredeten Konvention den Durchzug durch sein Gebiet gestattet hatte. Ohne Zustimmung dieses Fürstentums hätte Rußland nie den Plan, auf friedlichem Wege zu seinem eigentlichen Operationsfelde zu gelangen, verwirklichen können. Nur durch Rumänien vermochte das russische Heer, das im Sinne der Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn weder Serbien, noch Montenegro, noch Bosnien und die Hercegovina betreten durfte, nach der Balkanhalbinsel zu gelangen, wohin es seine Hauptaktion richtete. Hier, wo der Aufstand von dessen Bewohnern den Russen zu Hilfe kam, konnte bei umsichtiger Führung eine rasche Entscheidung herbeigeführt werden, was an der entlegenen kaukasischen Grenze nicht zu gewärtigen war; dort handelte es sich nur um eine Nebenoperation.

Rumänien befand sich, als der Konflikt mit der Türkei ernstere Formen annahm, in einer wahrhaft kritischen Situation, in der förmlich über sein politisches Dasein gewürfelt wurde. Rußland hatte seinen Anschluß verlangt und der Sultan erst recht, dessen Vasall ja Fürst Karl noch immer war. Sollte Rumänien den auch den Wünschen Europas entsprechenden Rat Andrássys befolgen, nach dem Einmarsche der Russen strenge Neutralität zu verkünden, Anlehnung bei Oesterreich-Ungarn suchen, das ihm Sicherung seiner politischen Existenz und die Durchsetzung aller seiner Forderungen bei der Pforte verbürgen wollte?[2]) Die Türkei selbst, die gerade um diese Zeit Rumänien seine Abhängigkeit von ihr zu fühlen gab,[3]) half dem Fürsten Karl, einen dem Vorschlage Andrássys entgegengesetzten Entschluß zu fassen. Der Fürst war nicht nur davon durchdrungen, daß Rumänien sich dem stärkeren Teil, also Rußland, anschließen müsse, sondern auch

---

[1]) „La Nouvelle Revue“ 1880, Bd. 4, S. 477.

[2]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 81.

[3]) Die neue türkische Verfassung stellte den Fürsten Karl als den Chef einer privilegierten türkischen Provinz hin, was diesen in seiner Würde tief verletzte.

davon, daß dieses im Kriegsfalle unbedingt bedeutende militärische Erfolge erringen werde, was zu einer Lösung des nominellen Vasallenverhältnisses zur Türkei führen müsse.[1]) Deshalb wollte er nichts von der Neutralität wissen, durch welche, seiner Meinung nach, die Vernichtung Rumäniens als Staat ausgesprochen würde. Sein Streben ging somit dahin, zur Ehre des Landes mit in die Aktion einzutreten, allerdings unter Wahrung der Selbständigkeit Rumäniens.[2]) Rußland, dem natürlich viel daran gelegen sein mußte, den Fürsten Karl nicht zum Feinde zu haben, verpflichtete sich denn auch, die politischen Rechte Rumäniens aufrechtzuerhalten sowie dessen Integrität zu schützen.[3])

Von großem Vorteil für die Russen war es, daß ihnen freiwillig der Durchzug durch Rumänien gewährt worden und sie denselben nicht erst mit Gewalt erzwingen mußten. Das Kriegsglück zeigte sich ihnen günstig, als sie infolge der fast unglaublichen Nachlässigkeit der Türken, die überhaupt keinen umfassenden, militärischen Gesichtspunkten entsprechenden Plan hatten, am 27. Juni den Donauübergang zwischen Simnica und Sistov vollführen konnten. Nach dem Ueberschreiten des Stromes wurde Gurko, damals der gefeierteste russische Kavalleriegeneral, als Avantgardekommandant zum Vordringen nach den Höhen des Balkans bestimmt. Auf diese zeigend, sagte er zu seinen Bataillonen: „Seht ihr dort den Balkan?“ — „Ja, Euer Exzellenz.“ — „Dort gehen wir hinüber,“ erwiderte kurz Gurko, worauf ihm aus dem Munde der Soldaten der freudige Zuruf entgegenschallte: „Wir freuen uns, uns Mühe zu geben.“ [4]) Jeder hatte das Gefühl, Gurko sei der Mann, das, was er wolle, auch zur Tat zu machen. Unter unsäglichen Schwierigkeiten und nach Bewältigung aller entgegenstehenden Hindernisse gelang es ihm am 19. Juli, den Šipkapaß zu besetzen. Alexander II. war hocherfreut über diesen Erfolg,[5]) zumal auch aus Asien günstige Berichte einlangten. Dort hatte General Loris Melikov durch einen Handstreich Ardahan (in Türkisch-Armenien) weggenommen und Kars umschlossen. Schon bedrohte er die Hauptstadt Erzerum.

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 113.

[2]) Ibidem, S. 117.

[3]) Ibidem, S. 120.

[4]) Lignitz, a. a. O., S. 120.

[5]) Oberst Baron Bechtolsheim an General von Beck, Bjela an der Jantra, 21. Juli 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Kaiser Alexanders allerhöchste Befriedigung über dessen Gelingen spiegelt sich in seinem Auftrage der Mitteilung an Seine Majestät (Franz Josef I.).“

Unter diesen Verhältnissen vermochte die oberste türkische Heeresleitung, die ihre Hauptmacht bei Šumla vereinigt hatte, nicht mehr an eine Offensive zu denken. Sie mußte nun darauf bedacht sein, ihre Kräfte südlich des Balkans zu sammeln. Aus diesem Grunde wurde Osman Pascha schleunigst aus Vidin und Suleiman Pascha aus Montenegro nach dem bulgarischen Schauplatze berufen. Unbeachtet von den Russen konnte Osman Pascha zwischen dem 17. und 19. Juli bei Plevna eintreffen, von wo er über den Šipkapaß nach Kazanlik zu rücken gedachte. Auch die Russen wollten Plevna besetzen, um jedes Vordringen der Türken von dieser Seite nach den Höhen des Balkans zu hindern. Ohne Kenntnis der Ankunft Osman Paschas, ließ der russische General Krüdener Plevna angreifen, wo er sich am 20. Juli eine blutige Niederlage holte.

Mit diesem Schlage trat ein jäher Wechsel des Kriegsglückes ein. Der ungemein energische und tatkräftige Osman Pascha verwandelte Plevna in ein den Russen uneinnehmbares Bollwerk. Jeden Angriff schlug er zurück. Jetzt rächte es sich, daß man in hochmütiger Ueberschätzung der eigenen und in völliger Verachtung der Kraft des Gegners mit unzulänglichen Mitteln den Feldzug unternommen hatte. Der russische Heerführer, Großfürst Nikolaus, der eher alles denn ein Feldherr von großem Blicke war, sah sich außerstande, Plevna zu Fall zu bringen. Nun war man genötigt, an die Hilfe des rumänischen Fürsten zu appellieren, dessen militärische Macht von den Russen absichtlich am linken Donauufer gelassen wurde, um ihr nichts verdanken zu müssen. Höchstens wollte man Fürst Karl die Last aufbürden, die von General Krüdener nach der Einnahme von Nikopoli zu Gefangenen gemachten 5000 Türken zu überwachen. Er lehnte die ihm zugemutete Ehre ab, um nicht sein militärisches Debüt als Gefangenwärter der Türken zu beginnen, was Alexander II. gegen ihn in Harnisch brachte.[1]) Ueberhaupt liebte man es, sich im russischen Hauptquartier über die rumänischen Dorobanzen (Milizen) lustig zu machen. Bei solchen Gefühlen der Verachtung für die Rumänen muß es Alexander II. und dem Großfürsten Nikolaus wohl sehr bitter gefallen sein und ihnen viele Ueberwindung gekostet haben, sich jetzt um Unterstützung an den Fürsten Karl zu

---

[1]) Bechtolsheim an General von Beck, Bjela an der Jantra, 21. Juli 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. Ueber fortwährende Mißhelligkeiten zwischen den Rumänen und Russen enthalten die Berichte Bechtolsheims sehr interessante Details.

wenden, von dem man noch im Monat Mai nichts hatte wissen wollen. Aber man war genötigt, sich zu fügen, da sonst der von den Türken bedrohte rechte Flügel der Russen unfehlbar einer Katastrophe ausgesetzt worden wäre. Auch drohte Gefahr von Suleiman Pascha, der vom Süden her anrückte, General Gurko in seinem Vormarsch aufhielt und auf den Šipkapaß zurückdrängte. Es war höchste Zeit, so rasch als möglich Osman Pascha zur Uebergabe zu zwingen, was man aus eigener Kraft nicht mehr vermochte.

Fürst Karl hatte sich wohl gesträubt, in militärischer Hinsicht dem russischen Kommando untergeordnet zu sein. Das hinderte ihn nicht, persönlich dem Zaren und Großfürst Nikolaus mündliche Versicherungen seiner „gehorsamsten“ Mitwirkung zu geben.[1]) Der wiederholten Aufforderung der Russen gegenüber zeigte er sich jetzt bereit, die gewünschte Hilfe zu leisten, doch beharrte er auf seinem Standpunkte, nur in vollkommen unabhängiger und selbständiger Stellung operieren zu wollen. Nach vielen durch gegenseitige Abgesandte geführten Unterhandlungen erschien Fürst Karl, einer Einladung Alexanders II. folgend, am 28. August im Hauptquartier. Auf die Frage des Großfürsten Nikolaus, ob er sein Korps persönlich zu befehligen gedenke, bezeichnete der Fürst dies als eine selbstverständliche Sache; er vermöge wohl nicht unter dem Kommando eines russischen Generals zu stehen, leicht könnten dagegen zehn russische Generale seinem Befehle unterstellt werden.[2]) Um den Fürsten Karl zu möglichst ausgiebiger Hilfe gegen Osman Pascha zu veranlassen, bot man ihm den Oberbefehl über die vereinigte russisch-rumänische Heeresmacht an, den er auch nach einigem Sträuben annahm.[3]) Nur die äußerste Verzweiflung über die vor Plevna herrschende Lage hatte den Zaren und dessen Bruder zu einem solchen sie in ihren eigenen Augen herabsetzenden Schritte nötigen können. Dem Zaren konnte man den Schmerz über die erlittenen Verluste sowie die Sorge um die Zukunft von seinem auch durch physische Leiden abgehärmten Antlitze ablesen.[4]) Alexander wußte sehr wohl, was für Schicksal seiner und der Dynastie harre, wenn er als

---

[1]) Bechtolsheim, 11. Juli 1877.

[2]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 237.

[3]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 238. Bechtolsheim an Generaladjutant Ritter von Beck, Gorni-Studen, 29. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem, Bd. III, S. 237.

Geschlagener nach Petersburg zurückkehre.[1]) Der Chef der III. Abteilung, Generaladjutant Mezenzov, war darüber sowenig im Zweifel wie sein Kaiser. „Wenn wir," sagte er, „gezwungen sein sollten, 1878 eine neue Kampagne zu beginnen, könnte es Rußland nur Hand in Hand mit der Revolution tun faute de moyens." „Der unselige Krieg!" fügte er noch hinzu, „möchte er doch vor allem jene verschlingen, die ihn hervorgerufen, die Verblendeten aus allen Schichten." [2]) Nun wandte sich alles gegen Ignatjev, den man mit Vorwürfen überhäufte und den man beschuldigte, falsche und irrige Informationen über die Kraft der Türkei gegeben zu haben. Er selbst suchte nach einem Sündenbock, den er für die Mißerfolge vor Plevna verantwortlich machen könnte, um alle Schuld von sich abzuwälzen. Er sei krank — äußerte Ignatjev — infolge der inneren Wut, die ihn wegen der Dummheit der russischen Generale und Führer verzehre.[3]) Nun erst erkannte man im russischen Hauptquartier, welch großer Fehler es gewesen, daß man sich von der Partei Ignatjevs in den Krieg treiben ließ, ohne der Türkei einen letzten Aufschub zu bewilligen, der aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland die Unterstützung Europas gesichert hätte.[4]) Als Andrássy hiervon hörte, äußerte er: „Sie können uns nicht vorwerfen, ihnen dies nicht gesagt zu haben." [5]) Alexander, aufs tiefste durch die Kriegsgreuel erschüttert, wünschte dem Kampfe noch im Jahre 1877 ein Ende bereitet zu sehen;[6]) diese Sehnsucht beherrschte ihn derart, daß er nicht einmal mehr von dem angeblichen Ziele des unternommenen Feldzuges: von der „slawischen Frage" und den „slawischen Interessen" reden hören mochte.[7]) Allein, ohne Erfolg und ohne den Krieg auf eine für Rußland erträgliche und ehrenvolle Weise zu beenden, durfte Alexander um keinen Preis den Frieden eingehen. Deshalb hatte er den schweren Schritt der Uebertragung des Ober-

---

[1]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. „... ein siegloser Krieg könnte hier sehr merkwürdige Folgen haben." (Ung.)

[2]) Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 16. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 16. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Idem ad eundem, 20. August 1877. Ibidem.

[5]) Ibidem. Randbemerkung Andrássys.

[6]) Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 20. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Idem ad eundem, 16. August 1877. Ibidem.

kommandos an Fürst Karl von Rumänien unternommen, mit dessen Hilfe nun ein Sieg bei Plevna errungen werden sollte, der dem Kriege ein jähes Ende zu bereiten hätte.

* * *

Der Kampf Rußlands gegen die Türkei erfreute sich begreiflicherweise keiner Sympathie in Oesterreich, wo das führende liberale Blatt die rumänische Durchzugskonvention vom 16. April eine „Schandsäule in der rumänischen Geschichte" nannte.[1]) Noch weniger begegnete der russische Krieg einer Billigung bei den Ungarn, die ihrem Unmute in stürmischen Demonstrationen zugunsten der Türken Luft machten. Der slawophilen Politik Rußlands sollte eine turkophile Ungarns entgegengehalten werden. Die türkischen Staatsmänner wollten diese Strömung für sich ausbeuten, um mit deren Hilfe einen Druck in russenfeindlichem Sinne auf die äußere Politik Oesterreich-Ungarns auszuüben.[2]) Sie faßten daher den Entschluß, die im Besitze des Sultans befindlichen prachtvollen und zur Zeit der Türkenherrschaft aus der Bibliothek des Königs Matthias entführten Kodizes — Corviniana genannt — der ungarischen Nation zum Geschenk zu machen. Mit deren Uebergabe in Budapest sollte Tahir Bey, der Adjutant des Sultans, betraut werden. Dagegen aber erhob Andrássy Protest. Der Minister des Aeußern besorgte, daß ein festlicher Empfang Tahir Beys als Reaktion davon seine schädlichen Wirkungen in Kroatien und Dalmatien äußern werde. Er befürchtete da und an der südlichen Grenze von seiten der slawischen Propaganda überschäumende russenfreundliche Demonstrationen, die, wie er dem türkischen Botschafter Aleko Pascha sagte, nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern auch der Türkei unangenehm werden könnten. Von der Ueberzeugung ausgehend, allen lärmenden Aeußerungen müsse ein Dämpfer aufgesetzt werden, machte er Aleko Pascha den Vorschlag, daß Tahir Bey nicht nach Budapest gehe, sondern die Corviniana auf dem Wege des Ministeriums des Aeußern nach Ungarn überliefert werden sollten. Andrássy betonte hierbei den allgemein üblichen Vorgang, daß eine fremde Regierung nur mittels des Auswärtigen Amtes mit den inneren Behörden eines anderen Landes in Berührung treten könne. Der türkische Botschafter billigte vollkommen den Standpunkt Andrássys; er ver-

[1]) „Neue Freie Presse", 1. Mai 1877.

[2]) Graf Radolinski an Bülow, Pera, 24. April 1877.

sprach, seiner vorgesetzten Behörde hierüber zu berichten, daß, wie es der österreichisch-ungarische Minister wünschte, die Corviniana an das Ministerium des Aeußern zu senden seien, das diese mittels des ungarischen Ministeriums des Innern an die Budapester Universität gelangen lassen werde.[1])

Mit der gleichen Offenherzigkeit äußerte sich Andrássy gegenüber Aleko Pascha bezüglich des Planes der Pforte, eine Deputation der Softas (türkischer Studenten) auf Staatskosten nach Budapest reisen zu lassen, als Erwiderung des vorjährigen Besuches ungarischer Studenten in Konstantinopel. Andrássy erklärte, er halte eine derartige Absicht zwar nicht für sehr wahrscheinlich, wenn jedoch die Budapester Studenten als solche ihre türkischen Kollegen feiern wollen, habe er nichts dagegen einzuwenden. „Aber," fügte er sofort hinzu, „in Konstantinopel möge nur niemand glauben, daß politische Demonstrationen auf ihn von Wirkung sein könnten. Höchstens vermöchte damit das eine erzielt werden, daß man mich — gegen meine Ueberzeugung — in eine entgegengesetzte Richtung hineindrängt, da eine Regierung es nicht zulassen dürfe, solchen Faktoren Einfluß auf ihre Politik zu gewähren." Er könne, sagte der Minister weiter, die Softas nur als einfache Studenten ansehen; sollten sie demonstrieren, müßte man ihnen gegenüber so vorgehen, wie man in Prag mit Černajev[2]) verfuhr. Falls sich an den Ausschreitungen auch der türkische Generalkonsul in Budapest, Sermed Efendi, beteilige, wäre der Kaiser genötigt, ihm das Exequatur zu entziehen. Der türkische Botschafter meinte, es wäre unmöglich, die Richtigkeit dieser Auffassung nicht anzuerkennen.[3])

Auf den ungarischen Ministerpräsidenten dagegen machte die Mitteilung von dem Verbot der Reise Tahir Beys nach Budapest einen sehr unangenehmen Eindruck. Er hielt die ganze Maßregel entschieden für einen taktischen Fehler. Tisza verhehlte Andrássy nicht, daß sehr viele Leute seiner Partei deswegen auf ihn zürnen und sich von ihm zurückziehen. Der Ministerpräsident mußte die Erfahrung machen, wie gerade die am nüchternsten Denkenden, die bisher entschlossen waren, sich der geplanten Softademonstration entgegenzustellen, nun infolge des Verbotes diese unterstützen wollen. Er war der Meinung, daß Andrássy nach ihrer gegen-

---

[1]) Andrássy an den ungarischen Ministerpräsidenten Koloman von Tisza, Wien, 22. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Černajev wurde aus Prag, als er dort agitierte, ausgewiesen.

[3]) Andrássy an Tisza, Wien, 22. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

seitigen Verständigung über die Richtung der äußeren Politik das Erscheinen Tahirs in der ungarischen Hauptstadt nicht hätte verhindern sollen. Allein, nachdem es geschehen und Andrássy diesen Schritt als im Interesse seines Wirkens für unerläßlich erachtete, werde er jedenfalls auch weiter darauf bedacht sein, nichts zu tun, was die Folgerung gestatten könnte, als stimmten sie nicht vollkommen miteinander überein. Wünsche jedoch Andrássy, daß er auf seinem Platze verbleibe, und glaube er wirklich, niemand vermöchte ihn jetzt besser zu unterstützen als der ungarische Ministerpräsident, so müsse er, Tisza, ihn darum bitten, auf die in Ungarn herrschenden Verhältnisse die nötige Rücksicht zu nehmen. Tisza versicherte dem Grafen Andrássy, daß ihn nicht etwa Furcht vor bedrohenden Beschimpfungen und Verleumdungen seiner Person zu einer solchen Sprache veranlasse; sei er doch an derartiges schon aus der Zeit vor seiner Ministerschaft ausreichend gewöhnt worden. Ihn leite ausschließlich die Ueberzeugung, er könne König und Vaterland weder in der auswärtigen Politik noch in anderen wichtigen Fragen dienen, wenn durch Nichtberücksichtigung der ungarischen Zustände in so nebensächlichen Dingen sein Ansehen und seine Volkstümlichkeit untergraben würden, die doch eine Grundlage des Einflusses bilden.[1])

Tisza war in der Tat nicht der Mann, der sich durch eine augenblickliche Wallung oder Verstimmung von dem Wege abdrängen ließ, den zu gehen er für geboten hielt. Keinen Augenblick zögerte er, Andrássys Politik mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Macht zu fördern. Er störte nicht den in großartigem Maßstabe von allen Schichten der ungarischen Gesellschaft vorbereiteten festlichen Empfang der Softas, da ihm die Arrangeure die Versicherung erteilt hatten, daß es zu keiner politischen Demonstration kommen würde. „Halten sie das ein," schrieb er an den Minister des Aeußern, „können sie sich amüsieren, aber sei überzeugt, daß ich in dem Moment, wo sie anders vorgehen oder sich gar auf Ausschreitungen verlegen, die Herren Softas expedieren werde, falls nötig, auch unter Aufbietung militärischer Gewalt."[2]) Rücksichtlich der Uebernahme der Corviniana hatte der ungarische Ministerpräsident die Anordnung getroffen, daß deren feierliche Uebergabe jedes politischen Anstriches entbehre und einen rein wissenschaftlichen Charakter trage. Auch war er bemüht,

---

[1]) Tisza an Andrássy, Budapest, 23. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Tisza an Andrássy, 28. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

dem im Namen der unabhängigen liberalen Partei von Michael Földváry und Genossen eingereichten Beschlußantrage: Der Reichstag möge seinem Danke gegen den Sultan für die Corviniana protokollarischen Ausdruck verleihen und das Ministerium anweisen, hiervon die türkische Regierung zu verständigen,[1]) die Spitze abzubrechen. Der Ministerpräsident hatte die Absicht, die Verhandlung hierüber auf einen Zeitpunkt zu vertagen, in dem die Annahme des Földváryschen Antrages nicht mehr so leicht, wie in dem gegenwärtigen Augenblick, zu gefährlichen Deutungen Anlaß bieten konnte.[2])

Tisza war es jedoch klar, daß es ihm, käme er auch ungefährdet über diese Klippen hinweg, nicht möglich sein werde, der Beantwortung der im ungarischen Reichstag eingebrachten Interpellationen über die auswärtige Politik der Monarchie auszuweichen.[3]) Die Anfragen der Abgeordneten an ihn über diesen Gegenstand häuften sich.[4]) Er mußte sich daher mit Andrássy in Verbindung setzen, um eine mit dessen Grundsätzen übereinstimmende Antwort erteilen zu können. Am liebsten hätte er eine meritorische Auskunft erteilt. Da er aber einsah, daß dies jetzt vollkommen ausgeschlossen sei, wollte er sich auf mehr oder minder ausweichende Mitteilungen beschränken. Im Interesse der äußeren Politik gedachte er vom Reichstag zu verlangen, daß man ihn, mit Rücksicht auf die Zufälle des Krieges, von bestimmten eingehenden Erklärungen über die künftige Haltung der Regierung entbinde. Wohl sei es bedauerlich, daß die Erhaltung des Friedens mißlang; jetzt obliege den neutralen Mächten die Aufgabe, dahin zu wirken, daß ein allgemeiner Krieg hintangehalten werde. Dies bilde auch das Streben der Regierung, die es nicht unterlasse, sich ihre volle Aktionsfreiheit zu wahren, um jede Gefährdung der Interessen der Monarchie zu verhüten. Tisza wollte außerdem noch im Parlament seine volle Uebereinstimmung mit Andrássy betonen, „was ich," wie er bemerkt, „auf Grundlage unserer neulich gepflogenen Unterredung bestimmt auch tun kann".[5]) In diesem Sinne beantwortete tatsächlich der Ministerpräsident am

---

[1]) Der Beschlußantrag wurde am 28. April eingebracht.

[2]) Tisza an Andrássy, Budapest, 28. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem. „Ganz schweigen kann ich nicht." (Ung.)

[4]) Es interpellierten Chorin und Genossen, Somssich, Irányi.

[5]) Tisza an Andrássy, Budapest, 28. April 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

4. Mai den politischen Teil der Interpellationen. Doch hatte er noch — und dies dürfte auf Veranlassung Andrássys geschehen sein — im Reichstage hinzugefügt, er sei gewiß, daß der Kaiser und König dort, wo es ein Interesse Oesterreich-Ungarns zu beschützen gilt, auf die Hingebung und den Patriotismus der Bewohner der Monarchie mit jener Zuversicht zählen könne, wie es der Besitz einer durch die Voraussicht der Parlamente erfolgreich entwickelten Heeresmacht verleiht. Aus diesen Worten klang die für ganz Europa verständliche Sprache der vollen Bereitschaft heraus, im Nötigungsfall an das Schwert zu appellieren. Zur allgemeinen Beruhigung erwähnte jedoch Tisza gleichzeitig, daß die auf der Basis der Neutralität ruhende Regierung sich noch immer in der Lage befände, der Stimme der Monarchie auch ohne Ergreifung militärischer Maßnahmen die erwünschte Beachtung zu sichern.[1])

Andrássy war glücklich darüber, daß es Tisza gelungen, diese heiklen Interpellationen, auf deren Beantwortung in Ungarn und Oesterreich alle Welt mit spannungsvoller Erwartung hinhorchte, ohne Debatte zu erledigen, „was,“ wie der Minister des Aeußern sagt, „gegenüber den von mir auch jetzt nicht begriffenen Softademonstrationen sehr erfreulich ist“. Andrássy lag es vor allem daran, durch die Erklärungen der Regierungen Oesterreichs und Ungarns in den beiden Parlamenten den bestimmten und ernsten Willen des Ministeriums des Aeußern bekundet zu sehen, unter allen Verhältnissen die Würde und die Interessen der Monarchie zu wahren. Kein Zweifel sollte darüber aufkommen, daß jede wie immer geartete Pression ohne Aussicht sei, den verantwortlichen Leiter der äußeren Politik zu einer Rußland herausfordernden oder unnötig drohenden Haltung zu zwingen.[2]) In dieser Weise wünschte er auch die Interpellation Somssichs über die Verletzung der Freiheit der Donauschiffahrt durch Rußland und die Türkei erledigt zu wissen. Die Erwiderung Tiszas hätte zu zeigen, daß der Minister des Aeußern, ohne erst die Interpellation abzuwarten, es für seine Pflicht erachtet habe, sofort sowohl in Petersburg als auch in Konstantinopel die nötigen Schritte zu unternehmen, um so rasch als möglich wieder den früheren Zu-

---

[1]) „Pester Lloyd“, Abendblatt, 4. Mai 1877. Zu gleicher Zeit erteilte das österreichische Ministerium im Reichsrat eine gleichlautende Beantwortung, mit dem einzigen Unterschiede, daß Tisza eine „Erklärung“ gab, Minister Lasser dagegen von einer „Eröffnung“ sprach.

[2]) Andrássy an Tisza, Wien, 5. Mai 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

stand auf der Donau herzustellen.[1]) In der Tat hatte Andrássy bereits am 6. Mai, in Voraussicht einer „sehr lebhaften“ Anfrage im ungarischen Reichstag, den Botschafter Baron Langenau beauftragt, wegen Unterbrechung der unteren Donauschiffahrt mit Gorčakov Rücksprache zu pflegen. Der russische Staatskanzler sollte ehestens eine im Sinne des IV. Artikels der geheimen Konvention abgefaßte Erklärung nach Wien gelangen lassen, die auch der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden könnte. In dieser hätte Gorčakov zu sagen, die russische Regierung betrachte die Unterbrechung der Donaufahrt nur als „zeitlich“, bedingt durch die Ereignisse des Krieges und ohne jedes Präjudiz für die Zukunft; daß sie außerdem die Verpflichtung übernehme, sich ehestens wegen Herstellung des früheren Zustandes mit dem k. u. k. Ministerium des Aeußern in Verbindung zu setzen. „Wenn wir,“ schrieb Andrássy an Langenau, „einer solchen Aeußerung Wert beilegen, so geschieht es nicht deshalb, als hegten wir den geringsten Zweifel an den Absichten des Petersburger Kabinetts. Es liegt uns daran, durch ihre Verlautbarung die täglich mehr zutage tretende Beunruhigung zu beschwichtigen und derart jeden Vorwand zu den Agitationen zu beseitigen, die sich in dieser Hinsicht bemerkbar machen.“[2]) Um diesem Vorgang allen Anstrich von Feindseligkeit gegen Rußland zu benehmen, hatte Baron Langenau Gorčakov zu verständigen, daß auch an die Türkei eine ähnliche Aufforderung wegen Sicherstellung der unteren Donauschiffahrt ergangen sei.[3])

Andrássy gab sich den Anschein, als hege er die Hoffnung, man werde in Petersburg das Mißtrauen, das in den Softademonstrationen, in den parlamentarischen Interpellationen wie in den heftigen Ausfällen der österreichisch-ungarischen Presse gegen Rußland zutage getreten sei, nicht allzu ernst nehmen.[4]) Eine Beschwichtigung schien schon deshalb geboten, weil damals wegen der Rücksendung des Botschafters Grafen Franz Zichy nach Konstantinopel starke Verstimmung am russischen Hofe herrschte.[5]) Andrássy hatte von Anfang an die Abberufung der Botschafter

---

[1]) Andrássy an Tisza, Wien, 5. Mai 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Langenau, Wien, 6. Mai 1877. Siehe dessen ostensible Depesche an Langenau in „Rotbuch“ 1873—1877, S. 602.

[3]) Andrássy an Langenau, 6. Mai 1877.

[4]) Ibidem.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 30. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

nach völliger Resultatlosigkeit der Konstantinopeler Konferenz mißbilligt. Nachdem sie aber erfolgt war, wünschte er, es möge sein Bewenden dabei haben, um Rußland keinen Anlaß zur Klage zu geben, daß man die Türkei begünstige. Andrássy meinte, die Botschafter sollten sich jedoch in keinem Fall früher als nach Annahme des Londoner Protokolls durch die Pforte nach Stambul zurückbegeben.[1]) Ursprünglich wurde diese Ansicht auch von Bismarck geteilt.[2]) Als jedoch England den bisherigen Botschafter in Madrid, Sir Charles Layard, nach Konstantinopel sandte, wie es hieß, zur Förderung geheimer englischer Sonderinteressen,[3]) da wollte Bismarck aus leicht begreiflichen Gründen nicht hinter dem englischen Kabinette zurückbleiben. Er setzte sich über den Aerger hinweg, den eine solche Verfügung gerade zu Beginn der Feindseligkeiten in Petersburg hervorrufen mußte,[4]) und beredete überdies noch Andrássy, hierin einmütig mit ihm vorzugehen.[5]) Da der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern in diesen kritischen Tagen den größten Wert auf ein volles Einverständnis mit Berlin legte, nahm er keinen Anstand, zu erklären, der Kaiser sei bereit, gleichzeitig mit dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß auch den Grafen Zichy nach Konstantinopel zu beordern.[6]) Das Merkwürdige hierbei war nur, daß man in Petersburg nicht so sehr dem Fürsten Bismarck deswegen zürnte als vielmehr dem Grafen Andrássy, der in dieser Angelegenheit doch nur die zweite Rolle gespielt hatte. Eben deshalb dünkte es ihn wichtig, den schon bestehenden Groll sich nicht noch mehr vertiefen zu lassen. Langenau hatte daher die Aufgabe, Gorčakov zu überzeugen, daß den lärmenden Demonstrationen beim Empfange der Softas in Budapest die ernsten Männer Ungarns fernstanden, daß sie vielmehr das Werk junger, unreifer Leute gewesen seien und die ganze Manifestation von einer Clique ausgebeutet wurde, die stets auf die gute Gelegenheit lauere, den Behörden Unannehmlichkeiten zu bereiten.[7])

* * *

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 1. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Bülow an Kaiser Wilhelm, Berlin, 4. April 1877.

[3]) Graf Radolinski an Bülow, Pera, 19. April 1877.

[4]) Károlyi an Andrássy, 23. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Baron Orczy an seine Mutter, 1. Mai 1877.

[5]) Károlyi an Andrássy, 23. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[6]) Andrássy an Károlyi, 24. April 1877. Ibidem.

[7]) Andrássy an Langenau, Wien, 6. Mai 1877.

Die „Clique", von der Andrássy in ziemlich wegwerfendem Tone sprach, trachtete die turkophile Bewegung in Ungarn für ihre Zwecke auszunützen. Unterstützt von dem der Türkei ganz ergebenen ehemaligen Honvédgeneral Klapka, verbreiteten im Solde der Pforte stehende Leute die ganz unbegründete Nachricht, Kaiser Franz Josef lasse sich ausschließlich von seinen persönlichen Gefühlen für den Zaren leiten und verhindere Andrássy, sich für die Interessen des Osmanenreiches einzusetzen.[1]) In Uebereinstimmung mit der türkenfreundlichen öffentlichen Meinung, die aufrichtig an eine Gemeinschaft der Interessen Ungarns mit denen der Türkei glaubte, blieb auch die konservative Rechte des ungarischen Reichstages den Demonstrationen gegen die auswärtige Politik der Monarchie nicht fern. Es wird sogar versichert, daß einige hervorragende Persönlichkeiten der Rechten mit den Agenten der Pforte in Wien verkehrten und sich Daten zu den von ihnen beabsichtigten, gegen Andrássy gerichteten Interpellationen von der türkischen Botschaft holten.[2]) Der Minister beklagte sich sehr lebhaft über die „törichte Aufregung" seiner Landsleute und die fortwährenden Hetzartikel der ungarischen Blätter, die Rußland die bösesten Pläne zuschrieben und ihn selbst als einen von dieser Macht Düpierten hinstellten. Man könne, meinte er, nicht öffentlich sagen, worin die Sicherung gegen die von den ungarischen Zeitungen geschilderten Gefahren bestehen, und sei genötigt, noch einige Zeit stillschweigend die Vorwürfe zu ertragen. Andrássy äußerte damals zu Max Falk, dem Chefredakteur des „Pester Lloyd", er möge sich doch eine Landkarte anschaffen, diese genau studieren und dann überlegen, ob Rußland seine Armee in der Art, wie es geschehen, hätte marschieren lassen, wofern es feindselige Absichten gegen Oesterreich-Ungarn im Schilde führen würde.[3]) Die ganze turkophile Strömung in Ungarn, ob sie von rechts oder links geführt wurde, blieb ohne nachteilige Folgen für Andrássy. Der deutsche Botschafter war vollauf berechtigt zur Behauptung, daß der Minister, unterstützt von dem „großen Geschick" Tiszas, in entscheidenden Augenblicken keine ernsten Schwierigkeiten von ungarischer Seite zu befürchten habe. Er hatte aber auch allen Anlaß, hinzuzufügen, daß dies freilich einer anderen und namentlich nichtungarischen Persönlichkeit kaum gelingen würde; dazu gehöre das große fest-

---

[1]) Orczy an seine Mutter, 19. September 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Graf Stolberg an Bismarck, Wien, 29. Mai 1877.

gewurzelte Vertrauen, dessen sich der leitende Staatsmann bei seinen aufgeregten, aber für politische Erwägungen empfänglichen Landsleuten erfreue.[1]) Viel bedrohlicher war es schon, daß sich den ultramontanen Heißspornen in Ungarn die tschechisch-klerikale Partei in Oesterreich zu nähern suchte, die, nicht mehr innerhalb der Grenzen des Landes bleibend, ihre Fäden weit über dieselben hinaus nach allen Seiten hin spann, um eine mächtige Koalition zum Sturze Andrássys und des von ihm vertretenen freiheitlichen Systemes zu schaffen. Dieser Angriff kehrte seine Spitze nicht nur gegen den österreichisch-ungarischen Minister, sondern auch gegen Fürst Bismarck, dem man des Kulturkampfes wegen den Untergang geschworen hatte. Die Feinde jeder freiheitlichen Bewegung wußten nur zu gut, daß, solange Andrássy die äußere Politik leite, sie von Oesterreich-Ungarn keine Hilfe gegen den deutschen Reichskanzler zu erwarten hätten. Jetzt sollte seine in Oesterreich und Ungarn verdächtigte Politik gegenüber Rußland den Ultramontanen die erwünschte Handhabe bieten, um Andrássy zu beseitigen, dadurch Fürst Bismarcks Position zu schwächen, wenn nicht zu untergraben. Der Aufmerksamkeit des deutschen Staatsmannes entging es nicht, daß die ultramontanen Kräfte an der Arbeit waren, um ein Bündnis aller katholischen Staaten zustande zu bringen. Es stimmte ihn bedenklich, daß sich in der europäischen, besonders katholischen Presse hartnäckig das Gerücht vom bevorstehenden Sturze Andrássys und der Durchkreuzung von dessen Politik erhielt. Bismarck verübelte es daher dem österreichisch-ungarischen Minister, daß er der Allokution des Papstes und der neuesten ministeriellen Veränderung in Frankreich, wo am 16. Mai 1877 der reaktionär gesinnte Duc de Broglie an die Spitze der Regierung gelangt war, keine weittragende Bedeutung zuerkennen wollte. Es dünkte Bismarck äußerst beachtenswert, daß es bereits gelungen sei, dem eben selbständig gewordenen Thronfolger Erzherzog Rudolf in der Person des Grafen Bombelles einen angeblich ultramontan gesinnten Obersthofmeister an die Seite zu geben, um von vornherein die Gesinnung des künftigen Herrschers zu vergiften. Für Bismarck waren das lauter Anzeichen dafür, daß sich in Wien eine neue mächtige Partei bilde, deren Losungswort laute: Legitimität und Restauration.[2]) Bestärkt wurde er in seiner Besorgnis noch dadurch, daß man die unsinnigsten

---

[1]) Stolberg an Bismarck, Wien, 17. Mai 1877.
[2]) Bülow an Stolberg, Berlin, 5. Juni 1877.

Gerüchte über die deutsche Politik verbreitete, ganz und gar geeignet, Mißtrauen und Feindschaft zwischen Wien und Berlin zu erregen. So wurde wieder das alberne Gerücht in Umlauf gebracht, Bismarck wolle Böhmen annektieren, womit dargetan werden sollte, wie wenig ihm an der Monarchie liege.[1]) Andererseits war man bestrebt zu zeigen, daß, nähere er sich Oesterreich-Ungarn, dies nur aus Haß gegen Frankreich geschehe. Der „Pesti Napló", ein sowohl Andrássy als dem deutschen Kanzler feindlich gesinntes ungarisches Blatt[2]) wußte in aller Ausführlichkeit von einem Plane Bismarcks zu erzählen, der in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregte. Nach den Mitteilungen der ungarischen Zeitung habe der Kanzler dem Grafen Andrássy für den Fall der Neutralität Oesterreich-Ungarns in einem neuerlichen deutsch-französischen Kriege ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Rußland angetragen, das gegen den Willen des Ministers von den Generalen abgelehnt wurde, um nicht vollkommen unter die Oberhoheit Deutschlands zu gelangen.[3]) Die ganze Geschichte war erfunden worden, um Zwietracht zwischen Bismarck und Rußland und zwischen Andrássy und der Militärpartei zu erzeugen. Bismarck säumte nicht, sowohl die ihm zugemutete Beutegier auf Böhmen[4]) als auch den Vorschlag eines Schutz- und Trutzbündnisses in Abrede zu stellen.[5]) Hierin verdient er um so mehr Glauben, als es ja widersinnig wäre, von ihm voraussetzen zu wollen, er habe ohne alle Nötigung dem Drei-Kaiser-Bund, an dessen Schaffung er in so hohem Maße beteiligt gewesen, den Todesstoß versetzen wollen. Bismarck vermutete, daß die Absicht der Täuschung, die durch die angeblich aus Wien stammende Korrespondenz erzeugt werden sollte, nicht so sehr bei der Redaktion als

---

[1]) Hohenlohe an Bismarck, Paris, 4. Juni. Bülow an Hohenlohe, 8. Juni. Stolberg an Bismarck, 18. Juni 1877.

[2]) Stolberg, Wien, 18. Juni 1877.

[3]) „Neue Freie Presse", 17. Juni 1877, behandelt die Mitteilungen des „Pesti Napló" in einem eigenen Leitartikel.

[4]) Bülow an Hohenlohe, 8. Juni 1878. In dieser Weisung, die auch Andrássy mitgeteilt wurde, heißt es, daß keine Bitte Deutschland bewegen könnte, auch nur den kleinsten Teil österreichischen Landes anzunehmen. In Beantwortung der Interpellation, die in dieser Frage am 22. Juni im österreichischen Reichsrat eingebracht worden, erklärte der österreichische Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg am 28. Juni, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort sei. Die Antwort Auerspergs ist abgedruckt in „Das Staatsarchiv", Bd. 32, S. 322.

[5]) An Stolberg, Berlin, 16. Juni 1877.

vielmehr weiter zurück zu suchen sei[1]) — eine Ansicht, die Andrássy nicht teilte. Vielmehr erblickte er in dem ganzen Machwerk nur eine Arbeit des Redakteurs des „Pesti Napló“, des ultramontan gesinnten Baron Ivor Kaas, der an den Softademonstrationen hervorragenden Anteil genommen und dem türkischen Botschafter gesagt hatte, Tahir Bey möge nur ruhig nach Budapest kommen, da die jetzige ungarische Regierung sehr bald durch ihn und seine Partei beseitigt sein werde.[2])

In jedem Falle wollte Bismarck in dem Artikel des ungarischen Blattes einen versteckten Angriff der ultramontanen Kreise gewahren, was ihn noch mehr wünschen ließ, daß in der Monarchie die antiklerikale Richtung Oberhand behalte. Ausdrücklich sagte er damals, daß Deutschland mit einem gegen klerikale Anwandlungen gesicherten Oesterreich viel leichter in vertrauten Beziehungen leben könnte. Jedes österreichische Element, fügte er hinzu, das sich dem Jesuitentum entfremdet, wäre eine Erleichterung, die Intimität mit Oesterreich zu verstärken und dessen Bundesgenossenschaft wertvoller erscheinen zu lassen.[3]) Wie bei früherer Gelegenheit von Schweinitz, wünschte Bismarck jetzt von Graf Stolberg eine eingehende Darlegung darüber, ob die Ernennung des Grafen Bombelles und andere Erscheinungen als Anzeichen einer Kursänderung im ultramontanen Sinne zu gelten hätten.

In seiner Antwort auf die Frage Bismarcks mußte Graf Stolberg zugeben, daß es nicht an Intrigen und Verdächtigungen gegen Deutschland im Innern der Monarchie und von außen her fehle. Als Hauptbrutstätten dieser Agitationen bezeichnete er London, wo Graf Beust schüre, und Rom, wo das Mißtrauen der italienischen Regierung gegen den Wiener Hof nur noch übertroffen werde von der Wut des Vatikans darüber, daß er an Oesterreich-Ungarn keine hilfsbereite Macht mehr besitze für die Durchsetzung seiner ultramontanen Pläne. Zuweilen, so wollte es Stolberg wissen, beteilige sich auch das russische Kabinett an diesen Umtrieben, denen Frankreich nicht fernstehe, das seine Hoffnungen auf einen Umschwung der inneren und äußeren Politik der Monarchie setze. Als Bindeglied zwischen diesen verschiedenen Faktoren diene das päpstliche Rom, dem in Oesterreich-Ungarn

---

[1]) An Stolberg, Berlin, 16. Juni 1877.

[2]) Stolberg an Bismarck, Wien, 18. Juni 1877. Dies erzählte Andrássy selbst dem deutschen Botschafter.

[3]) Bülow an Stolberg, Berlin, 5. Juni 1877.

vorzügliche und sehr ausgedehnte Verbindungen zur Verfügung stehen.[1]) Mit diesen Wahrnehmungen stimmen auch Berichte von anderer Seite überein, wonach alle jene Elemente, die für den Erfolg des Karlistenaufstandes in Spanien ein lebhaftes Interesse an den Tag legten, fortwährend schürten und hetzten. Man hatte den Eindruck, als wäre es auf die Erregung eines Weltbrandes angelegt, um in dem allgemeinen Wirrwarr der Sache des Vatikans zum Siege zu verhelfen. Glaubwürdig versicherte man, Decazes beschäftige sich mit der Bildung einer katholischen Liga zum Zwecke der Wiederaufrichtung der weltlichen Macht des Papstes. Vorerst sollte sie nur Frankreich und Spanien umfassen, dessen König Alfonso man mit einer Prinzessin von Montpensier zu verheiraten gedachte. Der Herzog von Broglie und Decazes rechneten auf ein späteres Eintreten Oesterreich-Ungarns in den katholischen Bund wie auf eine freundliche Haltung Englands, das in letzter Zeit viel Rücksichten für den Vatikan gezeigt. Unter dem Schutze dieser Liga sollte sich Italien eines friedlichen Lebens erfreuen, wofern es geneigt wäre — seine Hauptstadt wieder nach Florenz zu verlegen und Rom dem Heiligen Vater zu überlassen.[2]) Kurz, die Legitimisten in Frankreich, die ultramontanen Heißsporne in England und in anderen Ländern stellten sich mit voller Hingebung in den Dienst des Papstes, nur des Winkes von ihm gewärtig, um unter seine Fahnen zu eilen. Es soll der Plan bestanden haben, in Russisch-Polen eine Revolution anzufachen, um an Rußland für die Verfolgung der polnischen Katholiken Rache zu nehmen. Nicht minder soll die Absicht gehegt worden sein, Oesterreich-Ungarn mit Rußland zu verwickeln und mit Deutschland zu verfeinden, um die Monarchie zu zwingen, ihr Heil in einem Bunde mit Frankreich zu suchen, die beide vereint als Kämpen des römischen Stuhles dessen verlorene weltliche Herrschaft herzustellen hätten.[3])

Trotz alledem glaubte der Botschafter des Deutschen Reiches nicht an die Gefahr eines bevorstehenden Umsturzes. Nach ihm wäre es, wie durch die Aera Hohenwart dargetan worden, eben mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Ungarns ganz unmög-

---

[1]) Stolberg, 17. Juni 1877.

[2]) Keudell an Bismarck, Rom, 28. Juli 1877. All dies hatte der italienische Graf Tornielli aus vertrauenswürdiger spanischer Quelle erfahren und dem deutschen Vertreter Keudell mitgeteilt.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. September 1877. Orczy schöpfte diese Mitteilungen aus diplomatischen Berichten.

lich, eine ultramontane Leitung der Gesamtpolitik der Monarchie zu inszenieren. Jeder derartige Versuch in Oesterreich müßte sehr bald Fiasko machen, was Bismarck den Ausruf erpreßte: „Gebe Gott!“[1])

Die ultramontane Partei in Oesterreich freilich ließ sich nicht von derartigen Erwägungen leiten, sondern bot alle Kräfte auf, ihr Ziel zu erreichen. Nur änderte sie in einem allerdings sehr wesentlichen Punkte ihre Taktik. Während sie ursprünglich auch die äußere Politik Andrássys heftig angriff, um ihn zu Fall zu bringen, stellte sie plötzlich, wenigstens für den Moment, ihm gleichsam eine Gnadenfrist gewährend, den Sturm gegen ihn ein. Noch war für sie nicht der Zeitpunkt gekommen, Andrássy in der Versenkung verschwinden zu lassen. Hierbei wurde sie von der Erkenntnis geleitet, daß es während des orientalischen Krieges doch schwer sein würde, rasch einen Ersatzmann für Andrássy zu finden, der imstande wäre, unter den obwaltenden Umständen das Staatsschiff durch die gefährlichen Klippen, die es von rechts und links bedrohten, glücklich hindurchzusteuern. Man wäre in Verlegenheit gewesen, jetzt einen Minister des Aeußern, gleich Andrássy zu finden. Obgleich Ungar, hatte er kein Kriegsgeschrei gegen Rußland erhoben und, ohne mit den Russen zu gehen, wenigstens offiziell, deren Vertrauen besessen; auch war es ihm bisher gelungen, bei aller Schonung der Finanzen die Monarchie gegen außen hin zu schützen. Ein mehr oder weniger ultramontaner Minister des Aeußern hätte dagegen sofort im Einvernehmen mit der Militärpartei in eine entschieden russenfreundliche und, soweit sich dies damit vertrug, antideutsche Politik einlenken müssen, infolgedessen er wieder Ungarn zum Gegner gehabt hätte. Daher begnügten sich die klerikalen Führer, vorläufig von weiteren Angriffen auf Andrássy abzusehen, dagegen ihre Verdächtigungen gegen Deutschland und das Kokettieren mit Frankreich fortzusetzen, um später bei günstiger Gelegenheit die Früchte ihrer Arbeit zu ernten.

Stolberg war überzeugt, daß nicht nur die Rücksicht auf Ungarn die Wiederinaugurierung der ultramontanen Richtung zur Unmöglichkeit mache. Seiner Ansicht nach habe Franz Josef I. mit dem System der Schwankungen, wie es seit 1848 bis 1867 und einen Moment wieder 1871 üblich gewesen, vollkommen gebrochen. Vielmehr sei jetzt der Monarch von der Notwendigkeit der Verfolgung

---

[1]) Randbemerkung Bismarcks zum Bericht Stolbergs vom 17. Juni 1877.

bestimmter Ziele durchdrungen, wie auch davon, daß undurchführbare Experimente vermieden werden müssen. Mit aller Bestimmtheit trat Stolberg für seine Beobachtung ein, wie an höchster Stelle nichts darauf schließen lasse, daß eine Schwenkung der österreichisch-ungarischen Politik zu erwarten sei. In dieser Annahme bestärkte ihn die Auszeichnung des zum Kardinal vorgeschlagenen, aber vom Papste abgelehnten Erzbischofs Haynald mit dem Großkreuz des St.-Stephans-Ordens — was als ein demonstrativer Akt gegen die kirchenpolitische Haltung des römischen Stuhles aufgefaßt wurde. Auch die Art, wie sich der Kaiser in der Angelegenheit des Erzbischofs Michalović benahm, sprach nicht für ein Verlassen des bisherigen Pfades. Als Pius IX. auch diesen Kirchenfürsten von der Kardinalswürde ausschließen wollte, weil er angeblich ein Revolutionär sei, schrieb der Monarch dem heiligen Vater, er möge nicht kaiserlicher sein als der Kaiser selbst, seine Bedenken nur in spiritualibus äußern, im übrigen aber die Beurteilung der staatsbürgerlichen Eigenschaften des vorgeschlagenen Kandidaten ruhig seiner Regierung überlassen.[1]) Ebenso ablehnend verhielt sich der Kaiser gegenüber dem zur katholischen Kirche übergetretenen Lord Denbigh, der, wie es scheint, eingeweiht in die Pläne des Herzogs Decazes, vielleicht als einer seiner Agenten, vor dem Monarchen in der ihm gewährten Audienz mit besonderer Wärme die Bildung einer katholischen Liga empfahl. Lord Denbigh, der sich als Chef des älteren Zweiges der Habsburger betrachtete und sich auch Graf von Habsburg nannte, hatte für seine Verdienste um die Pflege von Verwundeten im Jahre 1866 das Bild Franz Josefs I. zum Geschenk erhalten und war jetzt nach Wien gekommen, sich für diese Auszeichnung zu bedanken. Als der Kaiser nach der Audienz seinem Minister des Aeußern von der Zumutung des englischen Lords Mitteilung machte, erwiderte Graf Andrássy, wie sehr er sich freue, daß nicht die ältere, sondern die jüngere Linie der Habsburger in Oesterreich herrsche.[2]) Unter solchen Umständen, wo der Monarch allen wie immer gearteten Bestrebungen gegen seine einzig richtige Politik den entschiedensten Widerstand entgegensetzte und er sich mit richtigem Blick für die Bedürfnisse Oesterreich-Ungarns auf der Höhe der Situation hielt, wird man das Wort Andrássys begreifen: „Der Kaiser ist sein eigener Minister des Aeußern und — nicht der schlechteste.“ [3])

[1]) Stolberg, 17. Juni 1877.

[2]) Stolberg, Wien, 29. Juli 1877.

[3]) Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers“, Bd. II, S. 8.

Wohl vermochte Graf Stolberg nicht in Abrede zu stellen, daß die klerikale Partei sofort bemüht gewesen, den Grafen Bombelles als einen der ihrigen für sich in Anspruch zu nehmen, wie sie denn auch in ihrem Organ „Der Volksfreund" verkünden ließ, Oesterreich könne in dieser Beziehung mit Ruhe und Vertrauen der Zukunft entgegensehen.[1]) Allein, das sei nur ein geschicktes Manöver zur Irreführung der öffentlichen Meinung. Bombelles, auf speziellen Wunsch des Kronprinzen Rudolf zu seiner gegenwärtigen Stellung berufen, sei ein offener, loyaler Charakter, der allem Parteigetriebe fernstehe und die für die Leitung des Thronfolgers erforderliche Unbefangenheit und Zuverlässigkeit besitze. In diesem Sinne äußerten sich gegenüber dem deutschen Botschafter der fortschrittlich gesinnte, sehr liberale Fürst Schönburg und der gleichfalls nicht der ultramontanen Partei angehörige Oberststallmeister Fürst Thurn-Taxis. Der deutsche Botschaftsrat Graf Dönhoff, der Bombelles näher kannte, stellte diesem das günstigste Zeugnis aus, und Graf Andrássy selbst meinte, unter allen, die für den Posten um die Person Erzherzog Rudolfs in Betracht kamen, hätte man hierfür keine geeignetere Persönlichkeit als Bombelles finden können, der sich über seine Pflichten als Obersthofmeister des Thronfolgers zu Graf Stolberg in einer denselben höchst befriedigenden Weise äußerte.[2])

Der deutsche Botschafter war jedoch ein viel zu vorsichtiger Diplomat, um sich nicht für alle Fälle den Rücken zu decken. Vermochte er auch momentan keine Anzeichen einer bedenklichen Wendung wahrzunehmen, so meinte er doch, daß man in diesem „Lande der Ueberraschungen" auf alles gefaßt sein müsse und es daher auch weiterhin gespannter Aufmerksamkeit bedürfe, um die auftauchenden Symptome, die für einen Umschlag zeugen, rechtzeitig und ernstlich nach ihrem Werte prüfen zu können.[3]) Fürst Bismarck jedoch teilte nicht die mehr optimistisch gefärbte Auffassung seines Botschafters. Er fühlte sich höchst unangenehm berührt von den ihm unbehaglichen Sympathiebezeigungen, die nicht nur in den Organen der Ultramontanen und der Hofpartei, sondern auch in offiziellen Blättern gegenüber der neuen französischen Regierung zum Ausdruck gelangten.[4]) Es war ein entschiedener Fehler Andrássys, daß er in seinem Ministerium un-

---

[1]) Stolberg, 17. Juni 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Bismarck an Stolberg, Kissingen, 22. Juni 1877.

glaublich verworrene Preßverhältnisse duldete und sich viel zu wenig darum kümmerte, was in den seinem Ressort zugehörigen offiziellen Blättern gesagt und geschrieben wurde.[1]) All das brachte Bismarck auf die Vermutung, es bestehe im Ministerium eine Andrássy und seiner deutschfreundlichen Politik feindliche Unterströmung, von der stets erwartet werden müsse, daß sie Oberwasser erlangen könne. Sie erschien ihm um so gefährlicher, als alle Aeußerungen in den offiziellen, ultramontanen und hofparteilichen Blättern den Verdacht in ihm bestätigten, ein bündnisfähiges Frankreich gehöre noch immer zu den verschwiegenen Wünschen Oesterreichs. Bismarck konnte sich nicht enthalten, zu sagen, er wüßte nie, was man im Hintergrund der Wiener Bühne zu sehen bekommen werde, wenn einmal der Zwischenvorhang Andrássy aufgezogen werden sollte.[2]) Die Besorgnisse des deutschen Reichskanzlers um einen möglichen Szeneriewechsel auf dem Terrain der äußeren Politik erwiesen sich als grundlos. Der Kaiser dachte an keine Veränderung im Ministerium des Aeußern, und Andrássy konnte unentwegt die von ihm eingeschlagene Richtung einhalten, aus der ihn allerdings England in eine kriegerische Aktion zu drängen suchte.

---

[1]) Stolberg, 17. Juni 1877.

[2]) Bismarck an Stolberg, Kissingen, 22. Juni 1877.

Zweites Kapitel
Andrássy und England

In der Konvention vom 15. Januar 1877 hatte Rußland die Verpflichtung übernommen, die Erfolge eines Sieges über die Türken nicht zum Nachteile Oesterreich-Ungarns auszunützen. Dafür verbürgte die Monarchie ihre Neutralität und sicherte dem Zarenreich den Vorteil, Oesterreich-Ungarn nicht als Feind im Rücken zu haben.

Wie aber, wenn die russische Regierung, fortgerissen vom Siegesrausch, der eingegangenen Verbindlichkeiten vergaß und ihr Wort brach? Wo war dann die Macht, auf die sich die Monarchie stützen konnte, um Rußland zur Einhaltung seines Versprechens zu nötigen? Vom Deutschen Reiche, das stets sein geringes Interesse an dem Oriente betonte, war keine aktive Beteiligung zu erwarten. Hatte Bismarck doch ausdrücklich erklärt, nur dann auf den Schauplatz treten zu wollen, wenn Rußland die Integrität der Monarchie gefährden sollte. Frankreich buhlte viel zu sehr um die Gunst des Zaren, als daß es sich dessen Siegeslauf entgegenstellen würde. Italien wieder hoffte gerade mit Hilfe Rußlands ein Stück Land aus dem Leibe Oesterreich-Ungarns herausschneiden zu können. Blieb nur noch England, wo eben jetzt dessen Schatzkanzler Sir St. Northcote das lebhafte Interesse des britischen Reiches an der Regelung des Orientes in fast feierlicher Weise bekundete.[1]) Obgleich die englische Regierung die Türken zum Widerstand ermunterte, wurden sie dennoch von ihr in der Erwartung auf Beistand und Schutz getäuscht. Unmittelbar nach der Ankunft des außerordentlichen Gesandten Layard in Konstantinopel sagte Safvet Pascha zum österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Franz Zichy: „Mr. Layard brachte nichts als Wünsche, ohne uns Versprechungen zu machen und ohne die Wege zu zeigen, auf denen wir aus dieser Situation herauskommen könnten.“ [2])

Die scheinbar passive Haltung des englischen Kabinetts schloß trotzdem keine Preisgebung der Türkei in sich. Vielmehr

---

[1]) Am 23. Juni 1877 hielt Northcote bei einem Bankett im Trinityhouse einen hierauf bezüglichen Trinkspruch.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. April 1877.

war es im stillen bemüht, sich auf dem Kontinente einer Macht für ihre Operationen gegen ein siegreiches Rußland zu versichern. Wohin es zielte, zeigte deutlich der Trinkspruch Lord Derbys, den er am 9. Mai 1877 beim Jahresdiner des „Literary fund“ hielt. Hier gedachte er Oesterreich-Ungarns als eines alten Freundes und Alliierten[1]). Das war um so bemerkenswerter, als man in London in steter Besorgnis vor geheimen Abmachungen zwischen Wien und St. Petersburg lebte.[2]) Immer wieder kam der englische Staatssekretär des Aeußern darauf zurück. Er drängte förmlich, in das Geheimnis als Dritter eingeweiht zu werden. „Wenn Sie uns nur sagen wollten,“ so sprach er zu Graf Beust, „ob Sie bindende Engagements mit Rußland haben? Es ist ja das ganz Ihre Sache, die wir respektieren, aber nur wissen wollen wir es.“ [3]) Andrássy hatte gar keine Lust, den Schleier zu lüften, der über der Konvention vom 15. Januar 1877 schwebte. Im eigenen Interesse Oesterreich-Ungarns hielt er die strickteste Wahrung des Geheimnisses für eine unerläßliche Notwendigkeit. Mußte er doch bei der momentan herrschenden Strömung der öffentlichen Meinung in der Monarchie die größten Schwierigkeiten von der Enthüllung der Verabredungen mit Russland befürchten. Mit voller Beruhigung sah Andrássy dem Bekanntwerden der Konvention nur für den Moment entgegen, wenn die Ereignisse die Opportunität der von ihm eingenommenen Haltung erwiesen haben werden. Da der Minister nicht selbst das Geheimnis gelüftet, mußte sich ihm die Vermutung aufdrängen, daß Rußland einen Vertrauensbruch begangen habe.[4]) Mancherlei sprach dafür. Hatte man doch in St. Petersburg nichts mehr als eine englisch-österreichisch-ungarische Entente zu befürchten! Einen mächtigeren Keil zur Sprengung einer solchen Freundschaft, als er in dem in London erregten Verdacht gegen die Ehrlichkeit Oesterreich-Ungarns lag, konnte man sich gar nicht wünschen. In diesem Falle überwog jedoch bei dem englischen Ministerium das Bedürfnis nach einer Verbindung mit der Monarchie die Besorgnis vor deren etwaigen Abmachungen mit Rußland. Wußte doch das englische Kabinett nichts Positives hierüber und war es ja nur durch von Rußland in Umlauf gesetzte Gerüchte alarmiert!

---

[1]) Beust an Andrássy, 10. Mai 1877. Der hier benutzte Briefwechsel zwischen Andrássy und Beust ist ungedruckt.

[2]) Ibidem.

[3]) Graf Beust an Graf Andrássy, London, 12. Juli 1877.

[4]) Andrássy an Langenau, Terebes, 14. Mai 1877.

Graf Andrássy brachte den Annäherungsversuchen Englands kein besonderes Vertrauen entgegen. Er beargwöhnte die englischen Minister, daß sie sich Oesterreich-Ungarns bei ihrer neuesten Aktion nur bedienen wollen, um durch dessen Mitwirkung auf Rußland den „nötigen Hochdruck“ auszuüben und ein Programm zu schaffen, das dann als befriedigendes Resultat dem Parlamente vorgelegt werden könnte.[1]) Zu jener Zeit hatte Lord Derby in einem Schreiben vom 6. Mai an Šuvalov die Neutralität Englands an Bedingungen geknüpft, die er als endgültig bezeichnete. In keinem Falle sollten Aegypten und der Suezkanal ein Objekt des Krieges bilden dürfen. Ebensowenig könnte England der Uebergang Konstantinopels aus dem Besitze der Türkei in andere Hände gleichgültig lassen. Es war vorauszusetzen, daß das russische Kabinett diesen Forderungen keinen Widerstand leisten würde. Weniger sicher schien das schon betreffs des Anspruches zu sein, daß die Bestimmungen des Pariser Vertrages von 1856 über die Dardanellen und den Bosporus unverletzt bleiben müssen. Unternahm doch Rußland den ganzen jetzigen Kampf hauptsächlich deshalb, um die Folgen des Krimkrieges, wie sie im Pariser Frieden zum Ausdruck kamen, für immer ungeschehen zu machen. Mit diesem Verlangen berührte England auch ein wesentliches Interesse Oesterreich-Ungarns, dem es gewiß nicht einerlei sein konnte, ob russische Kriegsschiffe auf dem nächsten Wege in das Adriatische Meer gelangen durften oder nicht.

Trotzdem bezeichnete der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern eine gemeinsame Aktion in diesem Momente in Petersburg für „überflüssig“. Andrássy hatte überhaupt von den Eröffnungen Lord Derbys den Eindruck empfangen, als würde er absichtlich nur jene Eventualitäten zu Casus belli gestempelt haben, von denen er im vorhinein überzeugt war, daß Rußland an dieselben gar nicht denke.[2]) Das bewies auch die Antwort Gorčakovs vom 30. Mai an Šuvalov, in der ausdrücklich gesagt ward, nie sei es die Absicht des Zaren gewesen, irgend etwas gegen Aegypten und den Suezkanal zu unternehmen und daß die Zukunft Konstantinopels nur im Einvernehmen mit allen Mächten geregelt werden solle.

Obgleich Andrássy nicht daran zweifelte, es sei Lord Derby nur um eine Benutzung Oesterreich-Ungarns für die Sonderbestrebung Großbritanniens zu tun, durfte er schon im eigenen

---

[1]) Andrássy an Beust in London, Tisza-Dob (Ungarn), 11. Mai 1877.
[2]) Andrássy an Beust, 11. Mai 1877.

Interesse nicht jedem Ideenaustausch mit dem englischen Kabinette aus dem Wege gehen. Im Sinne seiner Instruktionen sollte Graf Beust wohl keine Eröffnungen veranlassen, sie aber auch nicht zurückweisen. „Tun Sie dabei nichts," schrieb Andrássy dem Botschafter, „was den Anschein erweckte, als würden wir einer Verständigung mit England ausweichen wollen."[1]) Auch war Beust ermächtigt, die bündige Erklärung abzugeben: jede vertrauliche Mitteilung der englischen Regierung würde allen anderen Kabinetten gegenüber von Oesterreich-Ungarn geheimgehalten werden.

Am 20. Mai erhielt Andrássy ein englisches „Memorandum", in dem es hieß, daß die Unabhängigkeit Konstantinopels und die Sperrung der Meerengen sowohl für Oesterreich-Ungarn als auch für England Objekte seien, die nicht preisgegeben werden dürfen. Unter solchen Umständen schien es den englischen Ministern nicht schwer, die Monarchie dafür zu gewinnen, daß zum Schutz der gemeinsamen Interessen im vorhinein eine gemeinschaftliche Aktion verabredet werde. Die Engländer hielten ihre Seemacht ausreichend stark genug für maritime Vorstöße. Die ihnen mangelnde Landmacht hätte dagegen Oesterreich-Ungarn beizustellen. In London wurde jezt von Andrássy Auskunft darüber verlangt, ob er wohl gewillt sei, über diese Angelegenheit in eine vertrauliche Unterhandlung einzutreten, die um so rascher begonnen werden müßte, als ein gemeinsames Vorgehen, wenn es überhaupt erfolgreich sein solle, nicht lange hinausgeschoben werden könne.[2])

Graf Andrássy stand nunmehr einer formellen Aufforderung zu gemeinschaftlichem Handeln in St. Petersburg gegenüber — keinen Moment zögerte er mit der Ablehnung dieses Antrages. Gerade das Schreiben Lord Derbys vom 6. Mai an Šuvalov benutzte er als Handhabe dazu. Er machte dem englischen Kabinett den Vorwurf, daß es sich in diesem Schreiben beeilt habe, *seine* Interessen zu präzisieren, ohne die Bekanntgabe derjenigen Oesterreich-Ungarns abzuwarten. Jeder neue gemeinsame Schritt beim russischen Kabinette mußte die Monarchie in eine unangenehme Situation bringen. Da die russische Regierung die englischen Vorbehalte bereits kannte, bedurfte es keines allzugroßen Scharfsinnes, jeden weiteren neu hinzukommenden Beschwerdepunkt als einen spezifisch österreichisch-ungarischen zu erkennen. Die nächste Folge davon wäre gewesen, daß sich in den Augen des Zaren die

---

[1]) Andrássy an Beust, 11. Mai 1877.
[2]) Beust an Andrássy, Linton Kent, 20. Mai 1877.

Monarchie mit dem Odium der Einsprache belastet hätte; das wollte Andrássy schon deshalb vermieden wissen, weil Alexander II. sich bisher strenge in den Grenzen der Loyalität gegenüber Oesterreich-Ungarn verhalten hatte.[1] „Eine gemeinsame diplomatische Aktion gegen St. Petersburg," äußerte der Minister, „war also durch das englische Vorgehen im vorhinein unmöglich gemacht."[2]

Ganz mißlang der Versuch der englischen Regierung doch nicht. Wollte Andrássy auch nichts von einem gemeinsamen Schritt in Petersburg hören, so hatte er trotzdem das Bedürfnis, sich die Hilfe Englands zu sichern. Bei dieser gegenseitigen Neigung, die Uebergriffe Rußlands abzuwehren, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zur Vorbedingung der Verständigung hatte unser Minister des Aeußern Bürgschaft dafür gewünscht, daß ein zwischen den beiden Staaten festzustellendes Programm ausschließlich für politische, nie aber für parlamentarische Zwecke verwertet werden würde.[3] Ein solches Verlangen konnte um so leichter erfüllt werden, als ja jetzt in London wirklich der größte Nachdruck darauf gelegt wurde, Graf Andrássy von dem festen Willen Englands zu überzeugen, sich mit Oesterreich-Ungarn ins Einvernehmen zu setzen. Vor allem war dies das Bestreben Lord Beaconsfields, des englischen Premiers, der vollkommen in dem Ideenkreis Palmerstons und aller jener englischen Staatsmänner lebte, deren politisches Dogma die Zurückdämmung Rußlands im Orient gebildet hatte.[4] Im Widerspruch zu Gladstone, der in der Türkei nichts als einen zurückgebliebenen barbarischen Staat sah, der verdiene, vernichtet zu werden, erblickte Beaconsfield in demselben das Bollwerk gegenüber einer weitausgreifenden russischen Eroberungspolitik. Nicht zugeknöpft und zurückhaltend gleich Lord Derby, überließ sich der von einem hohen Ideenfluge getragene englische Premier ohne alle Umschweife dem ungestümen Impulse seiner Natur. Frei und offen, wie es ihm ums Herz war, sprach er sich gegenüber Graf Beust aus. Er sagte diesem: „Unsere Entente mit Oesterreich-Ungarn ist für mich die Frage, die über alles weitere entscheidet. Aber jedesmal, so oft ich im Ministerkonseil darauf zu reden komme, stoße ich auf Zweifel über die volle Freiheit Ihres Kabinettes. Bin ich einmal sicher, daß Graf Andrássy sich uns gegenüber zu irgendeiner

[1]) Andrássy an Beust, 29. Mai 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Froude, „Lord Beaconsfield", 242.

Aktion verpflichten will, so verspreche ich Ihnen, über das Konseil zu verfügen, um auf meinem Wege keinen Schwierigkeiten zu begegnen." Lord Beaconsfield zeigte sich vom größten Mißtrauen gegen die Russen erfüllt. In ihren Aeußerungen fand er nichts als Phrasen und wieder Phrasen. Der englische Premier hielt es für gefährlich, mit der Einsprache gegen Rußlands Pläne bis zum Friedensschlusse zu warten; dann werde man sich vollendeten Tatsachen gegenüber mit bloßen Worten begnügen müssen. Man dürfe nicht länger zögern zu handeln. „Wir müssen," betonte er, „darüber einig sein, daß es Rußland nicht gestattet sein kann, über den Balkan hinauszugehen. Haben dessen Truppen einmal die Donau überschritten, und, was ja leicht möglich wäre, einen der Ehre genügenden militärischen Erfolg errungen, dann müssen wir zusammen auf Frieden dringen, der natürlich nicht ohne unsere Mitwirkung geschlossen werden darf." Sollte sich jedoch Rußland einem Frieden widersetzen und vor dem Balkan nicht haltmachen wollen, dann hätten England und Oesterreich-Ungarn sich selbst die „materiellen Garantien" zur Aufrechterhaltung der Verträge zu verschaffen. Unter „materiellen Garantien" verstand Lord Beaconsfield die Absendung der englischen Flotte nach Gallipoli, das Einrücken österreichisch-ungarischer Soldaten in Rumänien und die eventuelle Besetzung Serbiens. Zwei Tage später fragte Lord Derby den Grafen Beust: „Ist Oesterreich-Ungarn geneigt, die Tatsache einer russischen Okkupation Konstantinopels zu akzeptieren, oder würde es sich, wenn nötig, England anschließen, um diese Besetzung zu hindern?" [1])

Die Reden der englischen Minister machten jedenfalls ein Uebereinkommen zu keiner Unmöglichkeit. Die ernsteste Voraussetzung dafür lag darin, daß beide Monarchien in den Zielen ihrer Politik übereinstimmten, wenn auch nicht in den Mitteln zu deren Verwirklichung. Abweichend von England war Andrássy bemüht, die Interessen Oesterreich-Ungarns im Orient auch ohne Schwertschlag zu schützen.[2]) Mit derselben Geradheit, mit der er dies aussprach, wünschte er überhaupt vor der englischen Regierung helles Licht über den Kurs seiner Richtung verbreitet zu sehen, den er mit den Worten kennzeichnete: „Die

---

[1]) Beust an Andrássy, London, 11. und 13. Juni 1877.

[2]) Andrássy an Beust, Wien, 22. Juni 1877. „Mettre à l'abri nos intérêts sans nous exposer à la nécessité de devoir les sauvegarder les armes à la main, tel a été dès le debut de la crise, tel reste le but constant de nos efforts."

Politik, die wir in dem europäischen Orient von Beginn an konsequent verfolgen, läßt sich in folgendem präzisieren: Erhaltung des Statusquo in der Türkei bei tunlichster Verbesserung der Zustände, solange diese Erhaltung nur immer möglich ist; in zweiter Linie, sobald und insoferne die Erhaltung des Statusquo nicht möglich erscheint, Sorge zu tragen, daß unsere Interessen durch die Ereignisse nicht geschädigt werden können."[1]) Kein Zweifel, daß betreffs des ersten Punktes die österreichisch-ungarischen Bestrebungen mit den englischen einen parallelen Lauf nahmen. Aber das war nicht nach jeder Hinsicht der Fall. Die englische Regierung als Vertreterin einer der größten muselmännischen Mächte, konnte sich ohne Scheu vor materiellem oder moralischem Rückschlag ganz und gar ihren turkophilen Neigungen überlassen. Die Monarchie dagegen befand sich in dieser Beziehung in einer wesentlich verschieden gearteten Lage. Immer mußte Andrássy die Möglichkeit vor Augen haben, daß in jedem Momente eine selbst dem Zaren trotzende mächtige slawische Strömung die Oberhand in Rußland gewinne. Trat dies ein, so kam Oesterreich-Ungarn bei ausschließlicher Bevorzugung turkophiler Gesinnungen leicht in die Situation, gerade durch Bekämpfung der Wünsche der christlichen Slawen, diese zu Werkzeugen einer der Monarchie feindlichen Politik zu machen und sie an die Vorstellung zu gewöhnen, alles Heil einzig und allein von Rußland zu erwarten. Der Minister war zwar weit entfernt von der Illusion, als könnte es ihm gelingen, die christlichen Slawen durch Förderung ihrer Ansprüche zu Oesterreich-Ungarn herüberzuziehen. Doch hoffte er, damit eines zu erreichen, was ihm für seine Zwecke auch vollkommen ausreichend erschien. Von einer nicht entschieden ausgeprägten turkophilen Gesinnung versprach sich Andrássy das nicht gering zu veranschlagende Resultat, daß im Kampfe zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland die christlichen Bevölkerungen des Orients sich nicht sofort in die Arme unseres Gegners werfen, sondern eine zuwartende Haltung beobachten werden, um sich erst nach Austragung des Streites dem Stärkeren anzuschließen. „Diese Rücksicht," sagt Andrássy, „gebietet uns, der Grundfarbe unserer Politik, die im Orient rein konservativ ist, Nuancen beizumengen, welche England vermeiden kann, die jedoch die Identität des Endzweckes in keiner Weise alterieren." Der Minister legte ferner Gewicht darauf, es den englischen Staatsmännern klarzu-

[1]) Andrássy an Beust, Wien, 8. Juli 1877.

machen, wie gerade im Interesse des Friedens zuweilen Oesterreich-Ungarn in die Lage kommen könnte, Hand in Hand mit Rußland zu gehen, während England infolge seiner insularen Lage sich zu isolieren vermöge. Ungeachtet dieser Unterschiede trachtete Andrássy doch auch die gemeinsamen Berührungspunkte hervorzuheben. Sie bestanden vornehmlich in dem Bestreben, der siegreichen Pforte die Früchte ihrer Erfolge nicht bestreiten oder verkümmern zu lassen. Das war keinesfalls gleichbedeutend mit Außerachtlassung des Loses der Christen. Vielmehr müßten, wie es Andrássy wollte, auch nach türkischen Triumphen England und Oesterreich-Ungarn ihre Kräfte vereinen, um die Pforte zur Durchführung der versprochenen Reformen zu nötigen.

Der Minister des Aeußern begnügte sich nicht mit diesen Ausführungen; er wollte der englischen Regierung ein vollständiges Bild seiner politischen Anschauungen über die künftigen Gestaltungen im Orient bieten. Vor allem gedachte er seine Gedanken über die Zukunft Rumäniens zu äußern, dem er in seinem politischen Systeme eine hervorragende Stellung zuwies. Gleich Beust war er der Ansicht, daß das gegenwärtige Verhältnis Rumäniens zur Türkei eine „suzeraineté bâtarde“ genannt zu werden verdiene, die noch weiter zu erhalten, nicht der Mühe lohne. Bisher, solange der Pariser Vertrag Gültigkeit hatte, wurde Rumänien nur verleitet, seine Handlungen und seine Sprache nicht nach den Kräften des Landes, sondern nach der Unterstützung einzurichten, die ihm bald von den Garantiemächten selbst, bald aus deren Uneinigkeit untereinander zuteil wurde. Andrássy war der Meinung, daß auf diesem Gebiete Wandel zur Besserung nur die Unabhängigkeit Rumäniens zu bringen vermöchte. Auf ihre eigenen Hilfsquellen angewiesen, würden sich die Rumänen sehr bald gezwungen sehen, anstatt der zu ihrem eigenen Schaden befolgten „schwindelhaften Politik“ eine Politik der Nüchternheit und Bescheidenheit zu befolgen, die mehr den materiellen Mitteln und den wahren Interessen der rumänischen Nation entspräche. Von der Selbständigkeit Rumäniens versprach sich Andrássy auch die weitere wichtige Wirkung, daß es dem unmittelbaren Einfluß Rußlands entzogen werden könnte. „In dem Momente,“ — äußert er hierüber — „wo die rumänische Nation die Wahrung ihrer Geschicke auf eigene Gefahr und Verantwortung übernimmt, muß sie alsbald ihrer gänzlichen Isolierung inmitten des slawischen Elementes gewahr werden. Sie muß dann instinktiv vor dem slawischen Rußland zurückschrecken, von dem sie nach erlangter Unabhängigkeit nichts zu hoffen, wohl aber zu fürchten

hätte, daß es mit der Zeit, selbst gegen seine Absicht, gezwungen sein würde, die lateinische Rasse der slawischen zu unterordnen.“ Das von der Türkei vollkommen losgelöste Rumänien mußte seine Stütze bei England und Oesterreich-Ungarn suchen, die kein Interesse daran hätten, die rumänische Rasse, welche die Slawen des Balkans von denen Rußlands trennt, den sie umflutenden slawischen Elementen zu opfern.

Graf Andrássy teilte nicht die Meinung Lord Derbys, daß ein vergrößertes Rumänien wirksamer der Aufgabe entsprechen werde, ein Trennungselement zwischen Rußland und den christlichen Slawen des Balkans zu bilden. Der österreichisch-ungarische Minister erblickte die Garantie für die Erfüllung der Mission, als Keil zu dienen, schon allein in der ausgesprochenen Unabhängigkeit des rumänischen Staates. Von seinem Standpunkte aus mußte Andrássy jeden Vorschlag auf Vergrößerung verwerfen. Sie hätte ja doch nur auf Kosten der Bukowina oder Siebenbürgens erfolgen können, was nie zugegeben werden durfte. Ebenso würde ein Zuwachs an bulgarischem oder anderem slawischen Gebiete nicht rätlich gewesen sein. Damit wäre der eigentliche Zweck, der mit der Schaffung eines unabhängigen Rumäniens verbunden werden sollte, vereitelt worden. Sowenig wie eine Vergrößerung, wollte Andrássy auch keine Neutralisierung Rumäniens zulassen. Ein derartiger Zustand schien ihm nur bei den gebildetsten und wirtschaftlich entwickeltsten Völkern zur Wahrheit werden zu können, die, durch ihre eigenen Interessen vollauf in Anspruch genommen, allen abenteuerlichen Plänen nach außen hin abhold sind. Bei dem Ehrgeiz der Rumänen jedoch, ihre Geschichte an die der alten Römer anzuknüpfen, war zu besorgen, daß sie, kulturell und wirtschaftlich noch auf tiefer Stufe stehend, die Neutralität benutzen werden, ungestraft eine expansive Politik zu betreiben, um dadurch zum letzten Ziel: zur Schöpfung eines dakoromanischen Reiches zu gelangen. In Erkenntnis dieser Lage der Dinge hatte Andrássy auch nichts getan, die Rumänen von der Teilnahme am Kriege abzuhalten, „weil“ — wie er sagt — „am wenigsten zu befürchten steht, daß Europa dem Fürstentum die Neutralität in einem Moment garantiere, in welchem dasselbe freiwillig kriegführend auftritt.“[1])

Gleichwie jetzt über Rumänien hatte Andrássy schon vorher seine Gedanken über die künftige Gestaltung Bulgariens entwickelt.

---

[1]) Andrássy an Beust, Wien, 21. Mai 1877.

Von dem wiederholt ausgesprochenen Grundsatz ausgehend, daß in unmittelbarer Nähe der Monarchie kein neuer großslawischer Staat entstehen dürfe, war er doch nicht der Ansicht, jede Ausdehnung Bulgariens über den Balkan hinaus als einen sofortigen Kriegsfall anzusehen. Andrássy hätte es ziemlich gleichgültig gelassen, ob Bulgarien durch einige Distrikte mehr oder weniger vergrößert werde. Die Gefährlichkeit eines bulgarischen Staatswesens lag für ihn ausschließlich darin, ob Rußland nach erfolgtem Abschluß des Krieges seine Truppen dauernd in Bulgarien belassen und dort eine spezielle Oberhoheit ausüben wolle. „Ja oder nein?" sagte Andrássy. „Das ist das Wesentliche." Gegenüber einer stetigen russischen Okkupation würde selbst die ganze intakte Gebirgskette des Balkans allen strategischen Wert für die Türkei verloren und ihr keine wirkliche Verteidigungslinie mehr geboten haben. Bliebe dagegen Bulgarien sich selbst überlassen, nur besetzt durch eine Nationalmiliz und würde auch Rumänien dem russischen Einflusse entzogen, so dünkte Andrássy die Gefahr einer Bedrohung Konstantinopels von seiten der Russen viel geringer. Bei einer Befriedigung der bulgarischen Wünsche und der nicht allzu sparsamen Regulierung der Grenze Bulgariens glaubte Andrássy voraussehen zu können, daß die Bewohner dieser Provinz sehr bald vom Kitzel der Unabhängigkeit ergriffen werden würden, „denn" — wie er sich äußert — „die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele von der Undankbarkeit der Völker." Als ob der Minister nicht den geringsten Zweifel über seine Ansichten in dieser Beziehung aufkommen lassen wollte, schärfte er es nochmals Graf Beust aufs allerentschiedenste ein, daß die Räumung Bulgariens durch die Russen und die volle Unabhängigkeit dieses Landes und Rumäniens von der Herrschaft des Zaren zu den unabänderlichen Punkten seines politischen Programmes gehören, die auch für England maßgebend sein müßten.[1])

Außer Rumänien und Bulgarien gab es noch zwei sehr wichtige Fragen, die den Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Wien und London bildeten. Das englische Kabinett interessierte sich sehr dafür, zu wissen, wie Graf Andrássy über eine Besetzung Konstantinopels durch die Russen denke. Der österreichisch-ungarische Minister hätte es am liebsten gesehen, wenn überhaupt keine russischen Truppen den Boden der türkischen Hauptstadt betreten würden. Höchstens war er geneigt, eine vorübergehende

---

[1]) Andrássy an Beust, 26. Juli 1877.

Besetzung zu gestatten, ohne daß jedoch irgendeine russische Behörde zu Verwaltungsmaßregeln dort schreite, was einer Besitznahme gleichkäme. Davon wollte er in keinem Falle hören und erklärte aufs bestimmteste, einen solchen Akt als Casus belli zu betrachten und demgemäß zu handeln.[1]) Dieser Entschluß erfreute sich des speziellen Beifalls Lord Derbys, der jetzt meinte: „Das ist Ernst."[2]) Sowenig wie eine längere oder dauernde Okkupation Konstantinopels mochte Andrássy auch der Freigebung der Dardanellen zustimmen, gegen die er sich aufs energischste verwahrte.[3])

* * *

Der ganze Komplex dieser höchst wichtigen und fast das gesamte Gebiet der orientalischen Angelegenheiten umfassenden Fragen wurde eigentlich durch Rußland selbst aufgerollt. Obgleich der Zar England wegen seiner „neutralité conditionnelle" zürnte,[4]) hatte er doch am 8. Juni 1877 durch Šuvalov in London die Bedingungen mitteilen lassen, unter denen er noch im letzten Momente bereit sei, nicht zum Aeußersten zu schreiten. Der Zar verlangte: Errichtung eines autonomen Bulgariens unter europäischer Garantie, die auch für eine bessere Verwaltung Bosniens und der Hercegovina in Anspruch zu nehmen sei. Vergrößerung Montenegros und Serbiens, das, gleich Bulgarien, unter der Suzeränität des Sultans verbleibt. Für sich selbst forderte Rußland: Batum und Rückgabe des 1856 von ihm an Rumänien abgetretenen Teiles von Bessarabien. Rumänien könne hierfür entweder durch Anerkennung seiner soeben proklamierten Unabhängigkeit, oder, wenn es weiter ein türkischer Vasallenstaat bleiben wolle, durch Ueberlassung eines Stückes der Dobrudja entschädigt werden. Sollte Oesterreich-Ungarn mit Rücksicht auf diese territorialen Aenderungen eine Kompensation beanspruchen, so hätte Rußland nichts gegen dessen Schadloshaltung in Bosnien und zum Teil in der Hercegovina einzuwenden. Sehr allgemein lautete die Erklärung betreffs Konstantinopels, das man wohl nicht gesonnen sei, dauernd in Besitz zu nehmen, bis vor dessen Mauern zu rücken man jedoch durch

---

[1]) Andrássy an Beust, 22. Juni und 28. Juli 1877.

[2]) Beust an Andrássy, 23. Juni 1877.

[3]) Andrássy an Beust, 22. Juni 1877.

[4]) Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 29. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

die Kriegsereignisse genötigt sein könnte. Uebrigens liege es in der Hand Englands, diese Gefahr zu beschwören; es brauche ja nur seinen ganzen Einfluß bei der Pforte geltend zu machen, um sie zum Frieden zu bestimmen. Die erwähnten Bedingungen müßte jedoch die Türkei annehmen, noch ehe die russischen Heere den Balkan überschritten hätten. Geschehe dies nicht, so werde Rußland den Krieg so lange führen, bis es den Sultan durch die Gewalt der Waffen zum Friedensschlusse gezwungen haben werde.[1])

Ohne Vernichtung seines Ansehens bei der Pforte für die Zukunft konnte es England gar nicht wagen, derartige Vorschläge, wie sie Rußland stellte, in Konstantinopel in Anregung zu bringen. Layard hatte recht, zu sagen, daß Leben und Thron des Sultans gefährdet wären, wenn er nur einen Augenblick daran denken wollte, den russischen Bedingungen Gehör zu schenken.[2])

Im Hauptquartier Alexanders II. war man von der Unannehmbarkeit der russischen Bedingungen durch England sehr unangenehm berührt. Man schien auf Gegenvorschläge zu warten, die dann in weitere Erwägung gezogen werden sollten. „Das Petersburger Kabinett“ — äußerte der russische Staatsrat Hamburger, einer der Vertrauten Gorčakovs, zu Baron Bechtolsheim — „könne unmöglich wieder die Initiative ergreifen und sagen: Bien — si vous ne voulez pas me donner les 10 florins que je vous ai demandés, je me contenterai de 7. Wenn also England eine „konditionelle“ Neutralität beobachten wolle, so solle es zur Herstellung der Urbedingung solcher Neutralität — der Konditionen — beitragen.“ [1])

Vielleicht würde man sich in London weniger abstoßend gegen die russische Friedensneigung verhalten haben, wenn man dort mehr Vertrauen zur strengen Einhaltung des russischen Programmes gehabt hätte. In dieser Beziehung teilte Andrássy vollkommen die Anschauungen des englischen Kabinettes,[2]) das jetzt mehr

---

[1]) Während England bereits am 8. Juni Kenntnis von den russischen Friedensbedingungen erhielt („Das Staatsarchiv“ Bd. 33, S. 219), ist die Mitteilung hiervon an das Wiener Kabinett erst vom 12. Juni datiert. Auch sonst weisen die beiden Aktenstücke sehr einschneidende Abweichungen voneinander auf.

[2]) „Das Staatsarchiv“, Bd. 33, S. 222—224.

[3]) Baron Bechtolsheim an Graf Andrássy, Gorni-Studen, 29. August 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Andrássy an Beust, 16. Juni 1877.

noch als früher zu einem festen Uebereinkommen mit der Wiener Regierung zu gelangen trachtete. Nicht nur auf dem direkten Wege durch Vermittlung des Botschafters Grafen Beust, sondern auch auf Nebenwegen, durch Absendung von vertrauten Leuten, wie des Lord Denbigh und Johnston Buttlers nach Wien,[1]) strebte Lord Beaconsfield sein Ziel zu erreichen. England wünschte die formelle Unterzeichnung eines Protokolles, durch das die gemeinschaftliche Aktion gegen Rußland sichergestellt werden sollte, wofern es die Grenzen des Zulässigen überschreite. Andrássy erklärte sich außerstande, hierauf einzugehen. Der eigentliche Beweggrund, der Andrássy hiebei leitete, ist in den Bestimmungen der Konvention vom 15. Januar 1877 zu suchen. Sie band den Minister gegenüber Rußland für solange, als dieses die getroffenen Abmachungen nicht verletzte, und bis jetzt hatte der Zar wirklich nichts getan, was einen feindseligen Schritt Oesterreich-Ungarns rechtfertigen konnte. Unter diesen Umständen weigerte sich Andrássy, seine Zustimmung zu einer kriegerischen Aktion zu erteilen, die, wie er sagte, der Kaiser und König Franz Josef I., mag sie vor Rußland geheim bleiben oder nicht, mit den Geboten der Loyalität nicht zu vereinbaren vermöchte. Aber auch der Minister selbst wollte nicht in die Lage kommen, eine diesbezügliche an ihn gerichtete Interpellation, sei es des Parlamentes oder der russischen Regierung, mit einer Unwahrheit beantworten zu müssen. Kein Bedenken fand er jedoch dagegen, offen zu erklären, daß Oesterreich-Ungarns Interessen solidarisch mit denen Englands seien und daß man im Falle einer Schädigung derselben bereit wäre, sie mit den Waffen zu verteidigen.[2])

Beaconsfield beharrte entschieden auf dem Wunsche, daß das erzielte Einvernehmen in vertraulicher Weise auch schriftlich festgelegt werde; weiterer Verständigung sollte die Bestimmung des Zeitpunktes für eine spätere Aktion vorbehalten bleiben.[3]) Einen Moment hatte es den Anschein, als würde es wegen der Weigerung Andrássys, sich nicht als „Vogelscheuche" gegenüber Rußland gebrauchen zu lassen,[4]) zum Abbruch der Verhandlungen kommen. Bei ruhigerer Ueberlegung jedoch erkannte Lord Beaconsfield die Notwendigkeit, wenigstens eine „moralische Ueberein-

---

[1]) General Türr an Andrássy, Paris, 27. Juli 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Beust, Wien, 7. Juli 1877.

[3]) Beust an Andrássy, 28. Juni 1877.

[4]) Andrássy an Beust, Wien, 11. Juli 1877.

stimmung" — er nannte es „a moral understandig" — zu konstatieren.[2])

Der Versuch des englischen Kabinettes, Andrássy ins Schlepptau zu nehmen, war mißlungen. Dagegen benützte der Minister Oesterreich-Ungarns die Situation, um mit seinen Vorschlägen hervorzutreten. Er drang auch mit seinem Antrage durch, daß beiderseitige Erklärungen — Deklarationen — auszutauschen seien, wonach „eine gleichmäßige, jedoch gesonderte diplomatische Aktion, eventuell eine später vereinbarte kriegerische Aktion in Aussicht genommen wird".[3]) Andrássy hatte als Grundlage des Uebereinkommens sieben Punkte bezeichnet. Sie enthielten all das, was Oesterreich-Ungarn als unzulässig betrachtete und nunmehr auch von England angenommen wurde. Das Verzeichnis der sieben Punkte besagte: In keinem Falle sei ein ausschließliches Protektorat irgendeiner Macht über die christliche Bevölkerung des Balkans zuzugeben. Kein Staat habe das Recht, eine definitive Regelung der Folgen des Krieges ohne Mitwirkung der Garantiemächte für sich allein zu beanspruchen. Rußland dürfe keine territoriale Erwerbung auf dem rechten Donauufer fordern, ebensowenig Rumänien einverleiben oder dort die Oberhoheit an sich reißen. Weder sei eine russische, noch österreichisch-ungarische Sekundogenitur in diesen Gegenden gestattet. Ausgeschlossen ist ferner die Besitznahme Konstantinopels durch Rußland. Zum Nachteile der Bevölkerung des Balkans kann kein großslawischer Staat geschaffen werden, höchstens die Organisation einer politischen Autonomie mit einem eingeborenen Chef an der Spitze. Die Sperre der Dardanellen bleibt aufrechterhalten; eine Aenderung in dieser Hinsicht bedarf der Zustimmung der Garantiemächte.[4])

In solchen Bestimmungen erblickte Graf Andrássy nichts, was Rußland übelnehmen könnte. Dagegen wäre es beleidigend, diese im vorhinein zu veröffentlichen. Der Minister verlangte strengste Geheimhaltung, da ein voreilig verlautbarter gemeinschaftlicher Schritt die Eigenliebe der russischen Nation verletzen könnte, was um jeden Preis vermieden werden müßte. Wie schon vorher, so wiederholte Andrássy auch jetzt sein Versprechen, sofort ein Uebereinkommen über die Verteidigungsmaßregeln zu treffen, wenn im Laufe der Zeit ein England und Oesterreich-Ungarn gemeinsames Interesse durch Rußland ernstlich bedroht werden sollte,

---

[1]) Beust an Andrássy, 13. Juli 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Beust, 26. Juli 1877.

In diesem Falle, versicherte Andrássy, dürfe die britische Regierung nicht nur auf die diplomatische, sondern auch auf die materielle Mitwirkung Oesterreich-Ungarns zählen.[1])

Zu solchem Vorgehen bot Rußland selbst den unmittelbarsten Anlaß. In ungemein vertrauensvoller Form hatte Andrássy beruhigende Mitteilungen an Alexander II. gelangen lassen, die dieser als „gute Nachrichten" bezeichnete. Sie enthielten die Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn in dem Moment den englischen „Verlockungen" widerstanden habe, als die Verhandlungen zwischen England und Rußland ins Stocken geraten waren.[2]) Aus den Versicherungen Andrássys klang aber doch die Mahnung heraus, der Zar möge der eingegangenen Verabredungen eingedenk sein. Hierauf erfolgte die Antwort, man könne in Wien mit ganzem Vertrauen auf das Wort des russischen Kaisers rechnen; es läge ihm ferne, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, eigenmächtig für sich allein einen definitiven Zustand der Dinge zu schaffen. Der Kaiser — hieß es in der vertraulichen Zuschrift — will keine dauernde Besetzung Bulgariens; kein demokratisches Element soll hier eingeführt werden — kurz, das kaiserlich russische Kabinett wird in nichts von den in Reichstadt ausgetauschten Ideen abweichen.[3])

Hierüber ließ Andrássy auch in London keinen Zweifel bestehen. Man sollte dort aufs bestimmteste wissen, daß Oesterreich-Ungarn keinen Grund habe, von seiner abwartenden Haltung gegenüber Rußland abzugehen und eine drohende Stellung zu beziehen, solange von dessen Seite nichts geschehe, was zur Preisgebung der Neutralität zwinge.[4]) Diese Erklärungen verfehlten nicht ihren Eindruck, es kam zu dem von Andrássy befürworteten Austausch gegenseitiger „Deklarationen", die wohl Oesterreich-Ungarn freie Hand ließen, ihm aber doch für alle Eventualitäten einen mächtigen Bundesgenossen sicherten. Zwischen England und der Monarchie war es zu einer „vollen Entente"[5]) gekommen. „Nach meiner innigsten Ueberzeugung" — lauten hierüber Andrássys Worte — „entspricht die von uns im Verein mit England angenommene Richtungslinie am besten unseren gegenseitigen Interessen. Wenn,

---

[1]) Andrássy an Beust, 26. Juli 1877.

[2]) Bechtolsheim an Andrássy, 11. Juli 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Mitteilung der russischen Regierung an Andrássy, 14./26. Juli 1877.

[4]) Andrássy an Beust, 14. Juli 1877.

[5]) Dieses Ausdruckes bediente sich Derby in seiner Depesche an den englischen Botschafter in Wien, wie aus Andrássys Schreiben vom 29. August 1877 an Graf Deym hervorgeht. Gräfl. Andrássysches Archiv.

wie ich hoffe, Rußland die uns als zulässig erscheinenden Grenzen nicht überschreitet, so wird wohl allerdings unsere Verständigung keine unmittelbare Folgen haben, aber nichtsdestoweniger bleibt sie ein kostbares Zeugnis gegenseitigen Vertrauens, deren heilsame Wirkungen sich vorteilhaft bei der Regelung der Folgen des Krieges zeigen werden.“ [1])

* * *

Von dem wirklichen Inhalt der „Deklarationen“ hatte keine Macht eine Ahnung. Alle Gerüchte, die hierüber in Umlauf waren, beruhten auf Vermutungen. Der kaiserlich deutsche Botschafter in Wien meldete nach Berlin, der englische Vorschlag, Rußland durch ein gemeinsames Vorgehen an der Besetzung Konstantinopels zu hindern, sei von Graf Andrássy abgelehnt worden.[2]) Mehr wüßte er nicht, und vollends nichts von geheimen Stipulationen für die Zukunft.

Ungeachtet der intimen Beziehungen, wie sie damals stärker als je vorher zwischen Berlin und Wien bestanden und die selbst das Scheitern der Zollverhandlungen nicht zu trüben vermochte,[3]) hielt Andrássy doch darauf, kein Wort über die Verabredungen mit London verlautbaren zu lassen.[4]) Ihn scheint hiebei der Wunsch geleitet zu haben, dem deutschen Kanzler keinen Grund zum Verdachte zu geben, als dächte er dem Dreikaiserbündnis den Rücken zukehren. Gerade damals betonte Franz Josef I. gegenüber Kaiser Wilhelm, mit dem er im August in Ischl zusammengetroffen war, die Notwendigkeit der Erhaltung der Dreikaiserentente. Graf Stolberg, der Gelegenheit hatte, jetzt in Ischl mit unserem Monarchen eine längere Wagenfahrt zu unternehmen, empfing aus dessen Reden den Eindruck, daß er sich auf gleicher Linie mit Andrássy bewege. Nur meinte er, daß der Kaiser mehr

---

[1]) Andrássy an Graf Deym, Wien, 29. August 1877.

[2]) Stolberg an Bismarck, 20. Juli 1877.

[3]) Als Ende Juli 1877 die Gefahr des Abbruches der Zollverhandlungen drohte und Andrássy dem Grafen Stolberg gegenüber die Hoffnung aussprach, daß dies die politischen Beziehungen nicht alterieren werde, ließ ihm Bismarck sagen: Die politische Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn werde von dem Ergebnis der Zollverhandlungen nicht berührt werden, so lange er (Bismarck) Einfluß auf die deutsche Politik habe, und daß er für diese Auffassung der Lage auch der Genehmigung des Kaisers Wilhelm sicher sei. Marginalnote Bismarcks zum Berichte Stolbergs vom 28. Juli 1877.

[4]) Andrássy an Beust, 10. Oktober 1877.

innerliche Sympathien für den Erfolg der russischen Waffen hege als Andrássy. Im ganzen hatte Stolberg die Empfindung, daß Herrscher und Minister sich nicht von persönlichen Gefühlen, sondern ausschließlich durch politische Erwägungen leiten lassen, die jeden Gegensatz zwischen ihnen betreffs der Haltung Oesterreich-Ungarns in der orientalischen Frage ausschließen.[1])

Davon konnte sich Bismarck alsbald selbst persönlich überzeugen. Am 18. September traf der deutsche Kanzler in Salzburg mit Graf Andrássy zusammen, wo sich beide Staatsmänner nicht in formeller Behandlung der Weltbegebenheiten, sondern mehr gesprächsweise über die Situation verständigten. Mit gewohnter Schärfe urteilte Bismarck über Gorčakov ab. Ihm schob er alle Schuld an dem Unglück Rußlands zu, der sich aus Eitelkeit an der Macht erhalten wollte und dadurch sein Land an den Rand des Verderbens brachte. Aus allem, was Bismarck sagte, konnte Graf Andrássy deutlich entnehmen, daß es ihm, bei aller Genugtuung über die Niederlage Rußlands, doch höchst zuwider wäre, wenn das Zarenreich dadurch seine Großmachtstellung einbüßen sollte. Graf Andrássy war erfahren genug, um nicht die Ursache dieses Unbehagens zu ergründen. Er wußte, daß dem Fürsten Bismarck jetzt nichts ungelegener käme, als das Verschwinden Rußlands aus der Reihe der Großmächte. In diesem Falle würde das Uebergewicht der Monarchie so hoch gestiegen sein, daß Deutschland um jeden Preis die Freundschaft Oesterreich-Ungarns hätte suchen müssen. Von dieser Sorge geleitet, machte der deutsche Kanzler Anspielungen darauf, ob es denn nicht möglich sei, dem Zaren in irgendeiner Form zu Hilfe zu kommen. Andrássy stellte sich, als hätte er die Andeutung überhört, was Bismarck bewog, nicht weiter darauf zurückzukommen. Andrássy aber empfand es mit einer gewissen Naturnotwendigkeit, durch Sprache und Haltung Bismarck die Ueberzeugung beizubringen, daß er unter allen Umständen auf Oesterreich-Ungarn rechnen könne und nie die Schwächung des russischen Nachbars zu bereuen haben werde. Der deutsche Kanzler begriff sofort den Ton der Rede Andrássys. Bismarck sagte ihm auch: er hege Vertrauen zu Oesterreich-Ungarn, weil er dessen Minister des Aeußern vertraue. Dann fügte er hinzu: „Man behandelt mich wie einen Fuchs, wie einen Schlaukopf erster Klasse. Die Wahrheit aber ist, qu'avec un gentleman se suis toujours gentleman et demi, et que quand j'ai affaire à un corsaire, je tâche

---

[1]) Stolberg, Wien, 10. August 1877.

d'être corsaire et demi", worauf er noch die Bemerkung einfließen ließ, daß er Gorčakov nicht zu den Gentlemen zähle. Der Grundton der Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern war der der gegenseitigen persönlichen Hochschätzung und des Vertrauens. Andrássy ging hierin so weit, daß er jetzt zum erstenmal Bismarck von seinen geheimen Verhandlungen mit England für den Fall Kenntnis gab, als Rußland sich anschicken sollte, uns gegenüber sein Wort zu brechen. Mit großem Wohlgefallen nahm der deutsche Kanzler diese Eröffnung entgegen. Ohne hiezu aufgefordert worden zu sein, versprach er von selbst strengste Diskretion. „Ich werde" — sagte er — „niemand davon reden, besonders meinem Kaiser nicht, denn das ist der indiskreteste Mensch von der Welt." [1]) Obgleich die beiden leitenden Minister stundenlang miteinander verkehrten, verabredeten sie doch kein neues Uebereinkommen. Es wurde nur abermals festgestellt, daß Oesterreich-Ungarn unverändert an seiner bisherigen Neutralität festhalte und weder den einen noch den andern Teil der Kriegführenden unterstützen werde. [2]) Von einer Mediation, die einen Schritt zugunsten der Türkei bedeuten würde, wollte weder Bismarck noch Andrássy etwas wissen. Bereits im Juli hatte der deutsche Kanzler geäußert: Jetzt von Vermittlung sprechen, hieße soviel als auf eine fliegende Kanone schießen wollen. [3]) Im ganzen hatte Andrássy gleich seinem Herrscher — und darin liegt vor allem die Bedeutung der Salzburger Zusammenkunft — noch keine Neigung gezeigt, das Drei-

---

[1]) Bei dieser Gelegenheit erzählte Bismarck dem Grafen Andrássy, er gehe jetzt nach Berlin mit der Absicht, einige Leute, vielleicht auch Minister, mit deren Ansichten er nicht übereinstimme, aus ihren Stellungen zu entfernen. Er besorge nur, deswegen mit dem Kaiser Unannehmlichkeiten zu haben, der stets solche „Opfer" in Schutz zu nehmen pflege. „Der Kaiser", erwähnte Bismarck, „fragt mich immer: „Ja, sagen Sie mir doch, Fürst, was haben Sie gegen den Mann? Er hat Ihnen doch nichts getan!" „Ich habe nichts gegen ihn, antwortete ich Sr. Majestät eines Tages, als daß er dumm ist." „Ah bah," entgegnete der Kaiser, „vor Ihnen ist gleich jeder dumm. Ich weiß sehr gut, daß Sie mich auch für dumm halten, aber ich bleibe doch auf meinem Posten." Dóczi an die Gräfin Katinka Andrássy. Gräfl. Andrássysches Archiv. Siehe auch Dóczi: „Andrássy und Bismarck" in „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906.

[2]) Die ganze Darstellung auf Grundlage eines Briefes Dóczis an die Gräfin Katinka Andrássy (Gräfl. Andrássysches Archiv) und eines Briefes Orczys an seine Mutter vom 22. September 1877.

[3]) Károlyi an Andrássy vom 7. Juli und 16. Dezember 1877. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

kaiserbündnis im Stich zu lassen.[1]) Von diesem Resultat der Uebereinstimmung Bismarcks und Andrássys im Rahmen der Dreikaiserentente war man sowohl in Berlin als auch in Petersburg sehr befriedigt. Alexander bemerkte damals gegenüber Baron Bechtolsheim: er wisse ja, wie tief in ihm sein Vertrauen zur Ehrlichkeit und politischen Loyalität Andrássys wurzle.[2])

Trotzdem wurde es dem Minister nicht leicht, Rußland gegenüber innerhalb der Grenzen der Neutralität zu verharren. Er bedurfte der ganzen überlegenen Ruhe seines Geistes und der Standhaftigkeit des Gemütes, um nicht gegen seinen Willen in eine der von ihm festgelegten Politik entgegengesetzte Bahn hineingerissen zu werden. Nachdem noch Tisza am 26. Juni unter dem Beifalle des ungarischen Reichstages seine volle Uebereinstimmung mit der auswärtigen Politik Andrássys bekundet hatte,[3]) konnte er sich einen Monat später nicht mehr enthalten, Andrássy gegenüber seinen schweren Besorgnissen über die weitere Entwicklung der Dinge unverhohlenen Ausdruck zu leihen. Die Erfolge der Russen im Juli und ihr überraschend schneller Uebergang über den Balkan drängte dem ungarischen Ministerpräsidenten die Frage auf: wird Oesterreich-Ungarn nicht zu spät kommen, wenn man die geplante Aufstellung von 2—3 Beobachtungskorps noch länger hinausschieben sollte? Als Tisza das letztemal mit Andrássy zusammengekommen war, hatte er zugestimmt, die Mobilisierung bis August zu verzögern, falls dies ohne Gefährdung der Interessen geschehen könne. Nach dem siegreichen Vordringen der russischen Truppen beschlich ihn die Sorge, die Türken könnten ihr Heil in einem einseitigen Frieden suchen wollen. Ebenso befürchtete er, das offizielle Rußland werde gegenüber der vom Siege berauschten slawischen Propaganda und den revolutionären Elementen nicht imstande sein, die Oesterreich-Ungarn erteilten Versprechungen zu erfüllen. Tisza zweifelte wohl keinen Augenblick daran, daß die Monarchie die Kraft besitze, alle ihr im Orient unbequeme Gestaltungen zu verhindern. Aber war denn nicht auch die Möglichkeit denkbar, daß Europa einen zwischen Rußland und der Türkei übereilt geschlossenen Frieden als fait accompli hinnehme? Dann wäre Oesterreich-Ungarn ge-

---

[1]) Orczy an seine Mutter, 22. September 1877. Nach Mitteilungen Andrássys.

[2]) Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 1. Oktober 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Die Rede Tiszas findet sich abgedruckt im: „Das Staatsarchiv", Bd. XXXII, S. 317.

nötigt gewesen, sich entweder geduldig zu fügen oder dem Willen Europas zu trotzen. Unter solchen Umständen fühlte der ungarische Ministerpräsident das Bedürfnis, die seit dem Vorrücken der Russen über den Balkan geänderte Situation zum Gegenstand eingehenden persönlichen Verkehres mit Andrássy zu machen.[1])

Für den Minister des Aeußern war es von großem Werte, daß in der äußerst gefahrdrohenden Krise des Orientes in Ungarn an der Spitze der Geschäfte ein Mann von dem Ernste, der Energie und den glänzenden Fähigkeiten Tiszas stand. Ohne die geringste Anwandlung zur Intrigue, die er haßte, vom ehrlichen Wunsche erfüllt, im Interesse der Monarchie die großzügige Politik des ihm homogenen Landsmannes zu unterstützen, stellte er sich mit dem Einsatz seiner ganzen Volkstümlichkeit in den Dienst der von Andrássy verfolgten Ziele. Gleich seinem Kollegen im Ministerium des Aeußern und hierin in voller Uebereinstimmung mit diesem, wollte auch Tisza den Eintritt Oesterreich-Ungarns in die Reihe der Kriegführenden so lange hintanhalten, als dies ohne Schädigung des Ansehens und der Macht der Monarchie nur möglich war. Deshalb konnte er auch jetzt, ohne Furcht mißverstanden zu werden, seine Bedenken äußern; er durfte sicher sein, bei Andrássy stets das der Gewichtigkeit seiner Person zukommende Gehör zu finden. Wenn der Minister niemand mehr vor sich lassen wollte, so stand doch für Tisza die Tür immer offen, so oft ihn dieser zu sprechen wünschte.[2]) Man kann sich eigentlich ein harmonischeres Zusammenwirken, als wie es Andrássy und Tisza einte, gar nicht vorstellen.[3])

Die Frage des ungarischen Ministerpräsidenten, ob nicht bereits der Moment zur Entscheidung über das Aufgebot der militärischen Kraft gekommen, schloß keinesfalls die Absicht in sich, Andrássy unter die Beeinflussung irgendeiner Partei zu setzen. Wie Tisza die turkophilen Demonstrationen einzudämmen gesucht, so war er auch entschlossen, den in Ungarn vorbereiteten antirussischen Meetings als Ausdruck der Besorgnisse vor Rußlands Uebermacht die nötigen Schranken zu ziehen. Getreu seinem Vorsatz, die Ausschreitungen der antirussischen Protestmeetings zu verhüten,[4]) traf er mit den Pester Arrangeuren derselben ein

---

[1]) Tisza an Andrássy, Budapest, 23. Juli 1877 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Mündliche Mitteilung des gewesenen Sektionschefs von Wavrik.

[3]) Tisza an Andrássy, 23. Juli 1877.

[4]) Vortrag Tiszas, Budapest, 2. August 1877. Ungedruckt.

Kompromiß. Den Teilnehmern sollte wohl bei ihren aufreizenden Reden kein Zwang angetan, doch am Schluß der Versammlung eine Resolution gefaßt werden, die dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten keine Verlegenheiten bereite. So geschah es denn auch unter der geschickten Leitung Franz von Pulszkys.[1] Kaiser Alexander II. vermochte nie die feindliche Haltung Ungarns gegen seine Politik zu begreifen. Mit dem ihm eigenen tiefen und stets warmen Brustton, den er im Gespräche anzuschlagen verstand, sagte er zu Baron Bechtolsheim, er bedauere dies um so mehr, als er sehr wohl die Sympathie verstehe, die allseitig der ungarischen Nation entgegengebracht werde, „denn sie (die Ungarn) haben in der Tat" — wie er hinzufügte — „sehr viel Charme."[2] Wollte oder konnte der Zar nicht einsehen, daß seine auf die Zertrümmerung der Türkei lossteuernde Politik leicht Gefahren heraufbeschwor, die Ungarns und im Zusammenhang damit der Monarchie politische Existenz bedrohen mußten? Jedenfalls hatte Rußlands Kriegführung bereits die Folge gezeitigt, daß Oesterreich-Ungarn an Vorsichtsmaßregeln denken mußte.

Noch ehe der Brief Tiszas vom 23. Juli in Wien eintraf, hatte Andrássy dem deutschen Botschafter schon von der eventuellen Mobilisierung zweier Divisionen Mitteilung gemacht. Als Veranlassung hiezu bezeichnete er den bevorstehenden Wiedereintritt Serbiens und Montenegros in den Krieg gegen die Türkei.[3] Es scheint hierfür, wenigstens nach Lord Derby, auch das Verhältnis zu Italien maßgebend gewesen zu sein, von dem man voraussetzte, daß es seine gierigen Blicke auf das dalmatinische Litorale und vielleicht noch auf andere Teile Oesterreich-Ungarns richte.[4] Der Ministerrat, in dem weittragende Entschlüsse gefaßt werden sollten, trat tatsächlich unter dem Vorsitz des Kaisers am 31. Juli zusammen. Hier wurde die Aufstellung von zwei Armeekorps in Aussicht genommen. Die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung der Maßregel blieb dem Gutdünken des Grafen Andrássy überlassen. Unverzüglich sollte sie angeordnet werden, sowie Serbien die Absicht bekunde, in Bosnien einzurücken.[5] Graf Andrássy sagte damals

---

[1]) Stolberg, Wien, 20. Juli 1877.

[2]) Bechtolsheim an Andrássy, Hauptquartier vor Plevna, 30. Oktober 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Stolberg, 27. Juli 1877.

[4]) Brincken an Bismarck, London, 3. August 1877.

[5]) Stolberg, Wien, 2. August 1877.

dem deutschen Botschafter, alles hänge von der weiteren Gestaltung der Dinge am Balkan ab. Einerseits, meinte der Minister, zögert man noch, um sich nicht unnütz in Kosten zu stürzen, anderseits aber bestehe die Notwendigkeit, etwas zu tun, um der Welt zu zeigen, Oesterreich-Ungarn sei entschlossen, seine Interessen auch mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Nötigung leitete Andrássy aus folgenden Erwägungen ab: Ist die Türkei, setzte er dem Botschafter auseinander, zu schwach, so werden die Christen der türkischen Provinzen sich erheben, um die Mohammedaner auszurotten, was wieder Serbien und Montenegro zur Besetzung Bosniens antreiben wird. Sollten jedoch die Russen den Krieg in diesem Jahre nicht beendigen können, so werden die Moslims trachten, den Winter zu benützen, um die Christen niederzumetzeln. Man müsse also, schloß Andrássy seine Ausführungen, auf solche Ereignisse in den Grenzländern gefaßt sein, die zum Schutze der Interessen der Monarchie drängen.[1])

Diese Erklärungen gab Andrássy dem Grafen Stolberg unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Mobilisierung absolut nicht gegen Rußland gerichtet sei, da es bisher nichts getan, was einen Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Zusagen hätte erregen können.[2]) Der russische Botschafter in London, Graf Šuvalov, zeigte sich frei von Verdacht gegenüber den Rüstungen Oesterreich-Ungarns; er meinte vielmehr, die mögliche Besetzung der türkischen Provinzen werde im Einverständnis mit Rußland erfolgen.[3]) Ganz anders und weniger freundlich faßte schon Gorčakov die Sache auf. Er tat wohl so, als würden die militärischen Vorbereitungen der Monarchie „zur Zeit", wie er betonte, noch keinen Grund zur Besorgnis bieten. Doch rühmte er jetzt nicht mehr in so überschwänglichen Worten wie vorher die ausgezeichneten Beziehungen beider Staaten zu einander. Aus jedem seiner Worte drang ungeachtet erkünstelter Zurückhaltung ein starkes Gefühl des Mißtrauens gegen Oesterreich-Ungarn heraus, was Bismarck die Bemerkung entlockte: Das eigene (Gorčakovs) schlechte Gewissen, er traut nur Paris.[4])

---

[1]) Stolberg, Wien, 3. August 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Brincken an Bismarck, London, 3. August 1877.

[4]) Randbemerkung Bismarcks zu einem Berichte Alvenslebens an Bismarck, Bukarest, 8. August 1877. Alvensleben weilte damals als chargé d'affaires bei Gorčakov in Bukarest.

Erregten die in Aussicht genommenen militärischen Vorkehrungen bei dem russischen Staatskanzler Mißvergnügen, so zeigte sich Lord Beaconsfield ärgerlich darüber, daß Graf Andrássy den neuerlich beabsichtigten Friedensbruch Serbiens nicht zum sofortigen Einschreiten gegen das Fürstentum benützte. Der englische Premier war nicht richtig informiert, als er behauptete, die Russen reizen Fürst Milan zur Teilnahme am Kriege, um in Serbien einmarschieren zu können.[1]) Milan erschien allerdings im russischen Hauptquartier, wo ihm jedoch Kaiser Alexander II. den dringenden Rat erteilte, sich ruhig zu verhalten und nicht ein zweitesmal die politische Existenz seines Landes aufs Spiel zu setzen.[2]) Andrássy seinerseits war gar nicht gewillt, Milan daran zu hindern, daß er sich den Russen anschließe. Rußland sollte nicht den Vorwand bekommen, einst sagen zu können, Oesterreich-Ungarn habe ihm seine Hilfsgenossen genommen. Für Andrássy begann die Lage erst dann ernst zu werden, wenn die Aktion Serbiens eine „revolutionäre" Richtung in Form der Besetzung Bosniens nähme, wodurch den Resultaten des Krieges präjudiziert und die Ruhe in den Grenzländern der Monarchie gestört werden könnte. In diesem Falle hätte Andrássy keinen Augenblick gezögert, sofort in Bosnien und sogar selbst in Serbien einzurücken.[3]) Diese in London abgegebene Erklärung befriedigte Lord Beaconsfield ganz und gar nicht. Er sagte zu Graf Beust: „Wenn Sie den Durchmarsch der Russen durch Serbien geschehen lassen, so sehe ich unsere gegenseitige Verständigung für beendet an und werde meinen eigenen Weg gehen"[4]) — eine Drohung, die Andrássy sehr kalt ließ und nicht zu bewegen vermochte, zu dem, was er gesagt, etwas hinzuzufügen oder von demselben etwas zurückzuziehen.

Lord Beaconsfield hatte nur ein Ziel vor Augen: den Krieg ehestens aus der Welt zu schaffen. Ihn leitete die Ueberzeugung, Fürst Bismarck wünschte aus demselben Grunde den Krieg, aus welchem die französische Regierung ihn so sehr fürchtete und alles aufbot, ihn zu verhüten. Der englische Premier war durch-

---

[1]) Beust an Andrássy, London, 15. August 1877.

[2]) Freiherr von Trauttenberg an Andrássy, Berlin, 23. Juni 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Nach Wladan Georgewitsch: „Die serbische Frage" S. 51, habe Gorčakov bereits am 26. April Milan sagen lassen, in der Defensive zu bleiben.

[3]) Andrássy an Beust, 11. August 1877.

[4]) Idem ad eundem, 15. August 1877.

drungen davon, daß der deutsche Reichskanzler Rußland zum Losschlagen ermutigt habe, um von neuem gegen Frankreich vorgehen zu können.[1]) Vergeblich versicherte Andrássy, es sei nicht wahr, daß Fürst Bismarck den Zaren in den Krieg getrieben habe, um Oesterreich-Ungarn und England zu beschäftigen und während dieser Zeit allein oder im Bunde mit Italien Frankreich den Fuß auf den Nacken zu setzen. Es nützte auch nichts, daß der österreichisch-ungarische Minister dem englischen Staatsmann die große Intimität zwischen Deutschland und Rußland vorhielt und ferner bemerkte, daß Kaiser Wilhelm gewiß nie dulden werde, seinen russischen Freund „an eine gefährliche Klippe anlaufen zu lassen". Ebensowenig machte die Vorstellung Eindruck, daß Bismarck, solange Kaiser Alexander II. lebe, keine russisch-französische Allianz zu befürchten habe und der deutsche Kanzler seit dem Versailler Frieden konsequent als Leitstern seiner Politik das Axiom verfolge, für den Fall eines Zusammenstoßes mit Frankreich sich den Rückhalt Rußlands und Oesterreich-Ungarns oder wenigstens der einen oder andern Macht zu sichern. Man dürfe doch, fügte Andrássy noch hinzu, Bismarck nicht die Naivität zumuten, auf einen Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu rechnen.[2])

So oft auch Graf Beust im Sinne dieser Weisung in London sprach, gelang es ihm doch nicht, mehr zu erreichen, als ein beredtes, gewiß nicht ermutigendes Schweigen und ironisches Lächeln. Zuweilen mußte er auch eine boshafte Anspielung auf die Autorität „of your good friend Bismarck" vernehmen. Am 15. August aber ließ Beaconsfield seinem temperamentvollen Ausfall gegen den deutschen Kanzler den freiesten Lauf. Es war, als würde man den in ihm kochenden Zorn förmlich aus seinen Worten emporlodern sehen. Anfangs sprach er noch ruhig: „Ich habe Oberst Wellesley (englischer Militärattaché im russischen Hauptquartier) beauftragt, dem Kaiser Alexander folgendes zu sagen: „Se. Majestät beklagt sich über Lord Beaconsfield. Wer von beiden war aber der bessere Freund des Kaisers, der, welcher sich alle Mühe gab, ja, der so manche von ihm bereute Opfer brachte, um den Krieg zu verhindern, oder der, welcher nachweislich ihn in den Krieg hineingehetzt hat?" Plötzlich entledigte sich der Lord jeder Zurückhaltung; hastig aufbrausend fuhr es wie giftige Galle aus seinem

[1]) Beust an Andrássy, 15. August 1877.
[2]) Andrássy an Beust, Wien, 29. Mai 1877.

Munde heraus: „Nein, das muß einmal ein Ende haben. Ich finde ihn überall auf meinem Weg. Was bedeutet diese eingebildete Omnipotenz, dieses geheimnisvolle und unheimliche Wesen? Der Mann ist eine europäische Plage, ich habe es viel weniger mit Rußland als mit Bismarck zu tun und ich bin entschlossen, ihm entgegenzutreten".[1])

---

[1]) Beust an Andrássy, London, 15. August 1877.

Drittes Kapitel

Der Friede von San Stefano

Der innerste Gedanke, der Beaconsfields Bestrebungen bestimmte, enthüllte sich in dem Wunsche, es zu keinem zweiten Feldzug im Jahre 1878 kommen zu lassen. Zur Erreichung dieses Zieles war er sogar bereit, Rußland beizuspringen, um ihm, wie er sich ausdrückte, mit Anstand aus seiner verzweifelten militärischen Lage herauszuhelfen.[1]) Sie hatte sich von Tag zu Tag verschlimmert. Es schien, als würden sich die russischen Truppen vor Plevna verbluten. Im Hauptquartier herrschte Zerfahrenheit und Kopflosigkeit, die Hauptursachen der fortwährenden Mißerfolge gegenüber den Türken.[2]) Beinahe jeder Angriff auf das allerdings durch Osman Pascha glänzend befestigte, zu einem wahren Sebastopol umgestaltete Plevna mißglückte aus Mangel gehöriger Unterstützung im entscheidenden Moment. Selbst auf Kosten einer richtigen Strategie wurde stets die Ueberzahl der Soldaten nach jener Seite hin beordert, von wo aus Kaiser Alexander die Erstürmung der Redouten mitansehen wollte. Schon um 5 Uhr morgens fuhr er nach seinem Observationsplatz, von wo aus er klopfenden Herzens die vergeblichen blutigen Attacken verfolgte, um abends bei Fackelschein, tief verstimmt, wieder in sein Lager zurückzukehren.[3]) Sowohl die vereinten Russen und Rumänen wie auch die Türken boten das Schauspiel heldenmütigsten Ringens. Mit wahrem Todesmut gingen Skobelevs Mannschaften vor. Nachdem sie mit wechselndem Kriegsglück gekämpft, mußten sie wieder preisgeben, was am Tage vorher erobert worden, aber wegen numerischer Schwäche nicht zu halten war. Stets gewahrte man Skobelev in vorderster Reihe, „und" — wie ein Augenzeuge be-

---

[1]) Beust an Andrássy, London, 15. August 1877. Die auch für dieses Kapitel benützte Korrespondenz zwischen Andrássy und Beust ist ungedruckt.

[2]) Bericht des Oberst Baron Bechtolsheim. Russisches Hauptquartier zu Radenice, 12. September 1877. — Baron Orczy an seine Mutter, 22. September 1877, auf Grundlage eines ihm vorgelegenen Berichtes Bechtolsheims.

[3]) „Aus dem Leben König Karls", Bd. III, S. 274.

merkt — „nur seinem persönlichen Nimbus war es zu verdanken, daß die Russen so lange standhielten und auf Befehl des Armeekommandos so viel verlieren konnten."[1]) Voll Hingebung und Aufopferungsfähigkeit stritten auch die Osmanen. Mit fliegenden Fahnen und begleitet von Musik eröffneten die türkischen Bataillone den Angriff. Voran gingen die Mollas, die laut betend zum Sturme schritten; über jede zerschmettert zurückgewiesene Kolonne drang stets die nächste vor, so lange kämpfend, bis es, mit völliger Aufreibung der Russen, gelang, die verlorene Position wieder zurückzuerobern.[2]) Tausende und Tausende von Toten bedeckten den Kampfplatz, die vergeblich ihr Leben in die Schanze geschlagen hatten. Am 14. September konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es, was Lord Beaconsfield so gerne vermieden gesehen hätte, doch zu einer zweiten Kampagne im Jahre 1878 kommen werde. Kein anderer Ausweg blieb, um, wenigstens halbwegs, zur Rettung der Ehre, unter Aufbietung aller Kräfte, das vorgesteckte politische Programm durchführen zu können.[3])

Nach den die russisch-rumänische Armee fast dezimierenden Mißerfolgen griff man endlich, als dem letzten Rettungsanker, zu dem Auskunftsmittel, das Fürst Karl von Rumänien schon früher vorgeschlagen, aber stets abgelehnt worden war — aus strategischen Gründen. Durch die Not gezwungen, kam man auf den Plan des Fürsten Karl zurück, der in möglichster Einschließung und regelrechter Belagerung des verschanzten Lagers Osman Paschas bestand.[4]) Nun wurde der berühmte Verteidiger von Sebastopol, General Todleben, herbeigerufen, damit er in Verbindung mit dem Fürsten von Rumänien die Belagerungsarbeiten leite, der damals an seine Frau schrieb: „Die Strapazen, Entbehrungen, Mühen und Sorgen sind so unbeschreiblich groß, daß eine Kampagne hier drei Kriegen im Okzident gleichkommt."[5])

Was der versuchten Erstürmung nicht gelang, glückte der regelrechten Belagerung. Abgeschnitten von der erwarteten Hilfe und von gänzlicher Abnahme der Nahrungsmittel bedroht, suchte

---

[1]) Bericht Bechtolsheims, 12. September 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem. „Aus dem Leben König Karls", Bd. III, S. 274.

[5]) „Aus dem Leben König Karls", Bd. III, S. 296.

Osman am 10. Dezember in der Richtung von Widdin durch die Reihen der vereinten Russen und Rumänen durchzudringen. Vergebliches Bemühen. Nachdem der kühne General durch die meisterhafte Verteidigung Plevnas ganz Europa monatelang in fieberhafter Spannung erhalten, mußte er sich jetzt, selbst verwundet, mit der ganzen Armee ergeben.[1]) Damit war das Schicksal des Krieges zugunsten der Russen besiegelt, die Ende 1877 auch den größten Teil des türkischen Armenien eroberten.

Nach dem Falle Plevnas, das die Kräfte Rußlands förmlich an diesen Ort festgebannt hatte, durfte neuerdings an den Uebergang über den Balkan, den man früher aufgeben mußte, gedacht werden. Seine Uebersteigung wurde auch diesmal General Gurko übertragen. Wesentlich gefördert ward das Unternehmen durch das Eingreifen der Serben in den Krieg, an die Alexander II. wiederholt den Ruf zur Hilfeleistung ergehen ließ.[2]) Gleichzeitig aber ließ Andrássy den Fürsten Milan, dessen Teilnahme am Kampfe großen Unwillen in der Monarchie erregte, unter Androhung ernster Maßregeln mahnen, ja nicht in Bosnien einzufallen.[3]) Am 25. Dezember konnte nunmehr Gurko den äußerst beschwerlichen zweiten Uebergang über den Balkan eröffnen, der sechs Tage in Anspruch nahm. Es schien, als würde sich das Kriegsglück vollkommen von den Türken abgewandt haben. Suleiman Pascha, der Adrianopel rasch zu erreichen suchte, mußte, um der Vernichtung zu entgehen, nach dem Rhodopegebirge ausweichen, da mittlerweile auch die Armee Vessel Paschas außer Gefecht gesetzt worden. Die Russen begegneten bei ihrem Vormarsche gegen Konstantinopel keinem nennenswerten Widerstande mehr. Inzwischen erzwangen die Serben, 11. Januar 1878, die Uebergabe von Niš, während sich die anfangs Januar 1878 zur Offensive übergegangenen Montenegriner Antivaris, Dulcignos und der Bojana-Mündung bemächtigten.

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls", Bd. III, S. 366; ferner: P. F. Levaux „Ghazi Osman Pacha"; „Défense de Plevna d'après les documents officiels et privés reunis sous la direction du Ghazi Osman Pacha par Mouzaffar pacha et Talaat bey"; Wonlarlarsky: „Souvenirs d'un officier d'ordonnance".

[2]) Wladan Georgewitsch, „Die serbische Frage", S. 52 u. ff.

[3]) Andrássy an Fürst Wrede in Belgrad, 22. Dezember 1877, mitgeteilt in der Denkschrift: „Zur bosnischen Okkupation". Ungedruckt. In einem Telegramm vom 23. Dezember 1877 an Langenau erwähnt Andrássy, daß die Teilnahme der Serben am Kriege in der Monarchie großen Unwillen errege.

Der Eindruck des Falles von Plevna war von geradezu niederschmetternder Wirkung auf die maßgebenden Kreise von Konstantinopel. Wie sich zu Beginn des Feldzuges der Kriegsminister gerühmt hatte, so stark zu sein, um selbst den Himmel stürmen zu können,[1]) so nahm in der türkischen Hauptstadt die Uneinnehmbarkeit Plevnas die Form der Mythe[2]) an, der man die besten 50000 Mann der türkischen Kräfte geopfert hatte. Um so furchtbarer war jetzt das Erwachen aus der liebgewordenen Illusion. Dazu gesellte sich das Gespenst einer neuen Palastrevolution, mit deren Hilfe der Ex-Sultan Murad wieder auf den Thron erhoben werden sollte.[3]) Ununterbrochen wechselten die Stimmungen im Serail, bald überwog die Friedensstimmung, bald wieder die Kriegslust.[4]) Unmittelbar nach dem Fall von Plevna hielten es die türkischen Staatsmänner für angezeigt, sich am 12. Dezember an die Großmächte wegen einer Friedensvermittlung zu wenden.[5]) Sowohl Bismarck wie auch Andrássy lehnten die Initiative einer Mediation als nicht vereinbar mit der Neutralität der von ihnen vertretenen Staaten ab.[6]) Das englische Kabinett, das den Einmarsch der Russen in Konstantinopel befürchtete und trotzdem vor der Notwendigkeit tatsächlichen Einschreitens zurückscheute, hätte sich gerne aus dieser Sackgasse mit Hilfe Oesterreich-Ungarns herausgewunden. Es wurde daher Andrássy nahegelegt, im Vereine mit England eine Mahnung an Rußland zu richten, nicht bis vor die Mauern der türkischen Hauptstadt zu rücken. Andrássy durchschaute den Zweck dieses Bestrebens: Nichts zu tun und doch vor dem Parlamente eine wohlfeile Energie an den Tag legen zu können. In seiner stets treffenden Weise charakterisierte er mit folgenden Worten die Haltung der Engländer: „Das Kabinett von St. James scheint darin einer Truppe zu gleichen, welche auf den Feind schießt, ehe derselbe in Schußweite kommt. Dies bringt den Feind, anstatt ihn zu entmutigen, leicht auf den Schluß, daß er es nicht mit Kerntruppen zu tun hat."[7])

---

[1]) Reuß, Bujukdere, 17. Juli 1877.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 11. November 1877, nach Berichten aus Konstantinopel.

[3]) Reuß, Bujukdere, 6. November 1877. Baron Orczy an seine Mutter, 11. November 1877.

[4]) Ibidem, Pera, 7. Dezember 1877.

[5]) „Rotbuch" 1877—1878, S. 53 und „Das Staatsarchiv", Bd. XXXIII, S. 234.

[6]) Károlyi, 16. und 17. Dezember 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Rotbuch", 1877—1878, S. 57.

[7]) Andrássy an Beust, 1. Dezember 1877.

Parlamentarische Rücksichten bewirkten ein fortwährendes Schwanken der Entschlüsse in England. Sowohl im Lande selbst als im Schoße der Regierung gab es zwei Strömungen: die der zuwartenden und die der eingreifenden Neutralität. Lord Beaconsfield, im Vereine mit der ihm ungemein gewogenen Königin Viktoria, hatte als Vertreter kriegerischer Politik für die Geltendmachung seiner Ansichten im Kabinette große Schwierigkeiten zu überwinden. Sie nötigten ihn, ehe er die Kriegsfanfare anstimmte, noch einen Mediationsversuch zu unternehmen, um sich vor dem Parlamente rechtfertigen zu können, daß nichts zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung verabsäumt wurde.[1]) Die englische Regierung erbat sich daher die Zustimmung des Sultans zu einer Anfrage in Petersburg, ob man geneigt wäre, sich auf Friedensunterhandlungen einzulassen.[2]) Nachdem der türkische Herrscher seine Einwilligung erteilt hatte, wurde Lord Loftus, der englische Botschafter beim russischen Hofe, mit der Ausführung dieses Auftrages betraut.[3]) Vorher lud die englische Regierung noch Andrássy ein, sich diesem Schritte anzuschließen, den er mit der Begründung verweigerte, daß er bereits seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem türkischen Rundschreiben vom 12. Dezember gekennzeichnet habe.[4])

Graf Andrássy wollte sich bis zum letzten Momente nicht dem Vorwurfe aussetzen, als wäre er Rußland in die Zügel gefallen und hätte sich diesem gegenüber bei seinem nunmehrigen Siegeslauf unfreundlich gezeigt. Wozu er sich verbunden, wollte er auch gewissenhaft einhalten. Zu solcher Haltung bewog ihn auch das Machtgefühl, in jedem Momente zur Unterstützung einer nötigen Einsprache eine Million Soldaten zur Verfügung zu haben,[5]) wie auch das Bewußtsein, daß Deutschlands Gefälligkeiten für Rußland nie „platonische Grenzen" überschreiten werden. Er war überzeugt, daß Bismarck, sollten ernstlich bedrohte österreichisch-ungarische und englische Interessen zu schützen sein, an deren Verteidigung weder die Monarchie noch England hindern würde.[6])

---

[1]) Beust an Andrássy, London, 22. Dezember 1877.

[2]) Andrássy an Beust, 27. Dezember 1877.

[3]) Andrássys zweite Weisung vom 27. Dezember und die Weisung vom 31. Dezember 1877. Derby an Loftus, 27. Dezember. Buchanan an Andrássy, 27. Dezember.

[4]) Andrássy an Károlyi, 31. Dezember 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Idem an Beust, 1. Dezember 1877.

[6]) Idem an Beust, 23. Dezember 1877.

Trotzdem erzeugte das Schreiben Kaiser Alexanders II. vom 27. November/9. Dezember an Franz Josef I. Andrássy einige Unruhe. Der Minister des Aeußern wurde schon immer sehr nervös, so oft der russische Botschafter Novikov bei ihm erschien, um einen wieder in Sicht befindlichen Brief des Zaren anzukündigen. Wußte Andrássy doch, daß Alexander II. — im Gegensatz zur wirklichen Lage — das Bestreben habe, Franz Josef I. durch friedliche Versicherungen über die Endziele der russischen Friedensunterhandlungen zu beruhigen und von Gegenmaßregeln abzuhalten, bis es zu spät sein würde, die Folgen des für uns verhängnisvollen Friedensschlusses mit den Türken abzuwehren. Dem Kaiser fiel es anfangs in seiner Loyalität schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß der Zar nur pro forma seine Ansichten zu hören wünsche, während er im geheimen schon ein unabänderliches Fait accompli schaffe.[1]) In diesem Schreiben erklärte der Zar es für „nützlich", seine „eventuellen Absichten" darzulegen, die er als noch nicht „definitive" bezeichnete. Ihre Entwicklung sollte vom weiteren Verlauf der Kriegsereignisse abhängen. Diese Bestimmungen, meinte Alexander II., entsprechen dem Geiste, wenn auch nicht dem Buchstaben der mit Oesterreich-Ungarn getroffenen Abmachungen, denen er treu bleibe. Nach der Ansicht des Zaren würde eine Kooperation der Monarchie die Verabredungen so vollkommen gemacht haben, wie er es nur hätte wünschen können.[2]) In der dem Briefe Alexanders beigelegten Erörterung seiner Absichten wurde ein Bild der im Plane Rußlands liegenden Aenderungen entworfen; sie entsprachen den später berühmt gewordenen Stipulationen des Friedens von San Stefano. Ein Großbulgarien, das zwei Jahre lang von einem russischen Korps besetzt bleibt, Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens, das Recht, die einzelnen, Rußland verhaßten Bestimmungen des Pariser Vertrags aus der Welt zu schaffen, sowie die Eigenmächtigkeit, mit voller Ignorierung Oesterreich-Ungarns über Teile Bosniens und der Hercegovina zugunsten Serbiens und Montenegros zu verfügen, machten den Inhalt des in Wien bekannt gegebenen Anhanges zum Briefe Kaiser Alexanders aus.[3]) Gar merkwürdig

---

[1]) Auf Grundlage eines rekapitulierenden Briefes Baron Orczys an seine Mutter vom 16. März 1881.

[2]) Alexander II. an Franz Josef I., 27. November/9. Dezember 1877. Ungedruckt.

[3]) Beilage zum Briefe Alexanders II. vom 27. November/9. Dezember 1877. Ungedruckt.

illustrierten diese Mitteilungen das Wort Alexanders, er bleibe den mit Kaiser Franz Josef I. getroffenen Verabredungen „treu“. Sie waren vielmehr das Gegenteil von dem, was sowohl in Reichstadt besprochen, als auch in der geheimen Konvention vom 15. Januar 1877 schriftlich niedergelegt worden war. Man muß annehmen, daß die wieder zur Macht gelangten Panslawisten, an ihrer Spitze Ignatjev, mehr als je Geist und Willen des Zaren beherrschten und ihm einzureden wußten, daß er im Rechte sei, so vorzugehen, wie er vorgehe. Seine Aeußerungen ließen auch nicht daran zweifeln, daß er durchaus von der Korrektheit seiner Handlungsweise durchdrungen sei. Schrieb Alexander an Franz Josef I.: Er könne auf ihn zählen,[1]) so sagte er auch in vertrautem Kreise: Er baue felsenfest auf den Drei-Kaiserbund, wobei er gleichzeitig die Ehrenhaftigkeit und Hingebung Andrássys rühmte, mit der dieser bestrebt sei, die Politik seines Monarchen nach Innen und Außen aufrechtzuerhalten.[2]) Jedenfalls deutet es auf völlige Verkennung der Verhältnisse, wenn sich der Zar einbildete, er wandle noch immer auf der mit unserer Monarchie vereinbarten Linie. Dies scheint er auch damit haben beweisen wollen, daß er wie an Franz Josef I. so auch an Kaiser Wilhelm ein fast gleichlautendes Schreiben über seine künftigen Absichten gelangen ließ. Fürst Bismarck meinte dazu, die russischen Vorschläge enthalten wohl den einen oder anderen Punkt, der in Wien nicht genehm sein werde, daß er aber trotzdem auf eine nicht allzu schwierige Lösung der Differenzen hoffe. Der Reichskanzler bezeichnete sich selbst gegenüber den russischen Propositionen als „Rezipienten“, dem alles recht sei, wenn es von Oesterreich-Ungarn gebilligt werde. In seinem Namen gab jedoch der Staatssekretär von Bülow dem Grafen Károlyi die bündigste Versicherung, „daß seine — Bismarcks — Haltung in dieser wichtigen Frage von dem Gefühl aufrichtiger Freundschaft zur österreichisch-ungarischen Monarchie geleitet sei und er unseren Schwierigkeiten und Interessen Rechnung tragen werde.“[3])

Andrássy wollte jedoch so lange nur möglich die Entscheidung über die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Monarchie

---

[1]) Alexander II. an Franz Josef I., 27. November/9. Dezember 1877. Ungedruckt.

[2]) Prinz Alexander von Hessen an Erzherzog Albrecht, St. Petersburg, 23./12. Dezember 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. Der Erzherzog teilte das Schreiben dem Grafen Andrássy mit.

[3]) Károlyi an Andrássy, 28. Dezember 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

und Rußland verzögern. Noch sollte es zu keinem offenen Bruche kommen. Gemäß seinem Antrage schrieb daher der Kaiser an den Zaren, daß er ihm für seine Offenheit danke und ihm in einigen Tagen seine Antwort zukommen lassen werde.[1] Sie erfolgte am 8. Januar 1878. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit sagte sie dem Herrscher aller Reußen, daß er einen, allen Verabredungen widersprechenden Zustand geschaffen habe. Es sei wohl möglich, hieß es in dem Briefe, die Türkei mit Waffengewalt zu vernichten, aber nie werde sich die öffentliche Meinung Europas überzeugen lassen, daß sie „aus Mangel an Lebensfähigkeit einem natürlichen Tode erlegen sei“.[2] Somit war also für die von Rußland beabsichtigte Neugestaltung nicht der Fall der „natürlichen“ Auflösung der Türkei gegeben, wie er in Reichstadt für deren eventuelle Teilung angenommen wurde.

Eingehender und ausführlicher als der Kaiser selbst setzte eine seinem Briefe beigefügte Beilage[3]) die Unmöglichkeit auseinander, in der sich Oesterreich-Ungarn befinde, den russischen Vorschlägen zustimmen zu können. Zurückgewiesen wurde daher die Schaffung eines Großbulgariens sowie dessen zwei Jahre anhaltende Besetzung durch ein russisches Korps. Das hieße den Kriegszustand in Permanenz erklären, der vor allem den Wohlstand der Monarchie zugrunde richten würde. Dagegen erhob Oesterreich-Ungarn keinen Einspruch gegen die Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens, wozu jedoch die Zustimmung der Großmächte erforderlich sei. Auch sollten russischen Erwerbungen in Asien wie dem Austausche der Dobrudža gegen Bessarabien keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Allein hierzu könnte die Regierung nur dann ihre Einwilligung erteilen, wenn die Interessen Oesterreich-Ungarns gegenüber einer solchen Neugestaltung sichergestellt worden seien. Es müßte als ausgeschlossen gelten, daß sich Rußland vergrößere, vorteilhafte Arrondierungen vornehme, und dafür der Monarchie höchstens die Rolle zumute, Bosnien und die Hercegovina in interimistische Verwaltung zu nehmen unter dem Vorbehalte, diese Provinzen später wieder zu räumen. Mit Recht wiesen die dem Briefe des Kaisers beigegebenen „Observations“ darauf hin, daß in den russischen Vor-

---

[1]) Franz Josef I. an Alexander II., 21. Dezember 1877. Ungedruckt.

[2]) Idem ad eundem, 8. Januar 1878. Ungedruckt.

[3]) „Observations sur les notices“, Annex zum Brief Franz Josef I. vom 8. Januar 1878. Ungedruckt.

schlägen jener Punkt der gegenseitigen Verabredungen übergangen worden, der Oesterreich-Ungarn für den Fall territorialer Aenderungen oder Wiederherstellung der alten Grenzen von Bessarabien die Annexion von Bosnien und der Hercegovina zubilligte.[1])

In ebenso entschiedenem Tone wie die Forderung nach der Besitznahme dieser beiden Provinzen wurde auch der Anspruch auf Teilnahme am Friedensschlusse zwischen der Türkei und Rußland erhoben. Andrássy wollte nicht den Einwurf gelten lassen, daß eine Aehnlichkeit zwischen dem jetzigen Zustande und dem zur Zeit des Französisch-Deutschen Krieges herrsche. Deutschland und Frankreich — sagte er in den „Observations" — seien vollkommen unabhängige Staaten, in deren Verhältnisse sich einzumengen niemand in Europa ein Recht hatte. Anders stünde es jedoch mit der Türkei, die sich unter dem Schutze Europas befände. Seit zwanzig Jahren ist denn auch da keine Veränderung vor sich gegangen, ohne daß hierbei die großen Kabinette ihre Stimme geltend gemacht hätten. Unleugbar war es auch, daß Oesterreich-Ungarn die letzte Macht sein konnte, den unbeteiligten Zuschauer gegenüber den großen Umwälzungen abzugeben, die sich an seiner Grenze vorbereiteten. „Die österreichisch-ungarische Regierung" — schlossen die „Observations" — „hat mit Ergebung den verdienten Tadel hingenommen, daß sie durch ihre Haltung den Marsch der Armeen des Kaisers Alexander begünstigt habe. Sie widerstand allen Anträgen Englands; durchaus unmöglich wäre es ihr jedoch, sich in offenen Gegensatz zu stellen mit ihren wiederholten Erklärungen, als benachbarte Garantiemacht ihren ganzen legitimen Einfluß auf die Friedensbedingungen zu wahren — Erklärungen, die allein sie in den Stand gesetzt hatten, allen englischen Interventionsideen auszuweichen und festen Fußes den Angriffen der öffentlichen Meinung in beiden Teilen der Monarchie zu widerstehen." [2])

* * *

[1]) „Observations sur les notices", 8. Januar 1878. Ungedruckt. „Nous estimons qu'il est de notre devoir de relever à cet endroit l'omission que nous croyons accidentelle de la partie de nos arrangements en vertu desquels la Bosnie et l'Hercégovine pourraient être annéxées à l'Autriche-Hongrie en cas d'un remaniement territorial ou du rétablissement des anciennes frontières en Bessarabie."

[2]) Beilage zum Briefe Franz Josefs I. an Alexander II., 8. Januar 1878. Ungedruckt.

Während dieses schriftlichen Gedankenaustausches von Souverän zu Souverän rückten die Russen unaufhaltsam gegen Konstantinopel vor, um die Türkei zum raschen Abschluß eines Separatfriedens zu drängen. Andrássy befand sich in großer Erregung. Stand er doch vor dem entscheidenden Moment seiner Politik. Jetzt oder nie mußte es sich zeigen, ob er wirklich die Kraft besitze, wie er es wiederholt ausgesprochen, allen Eventualitäten gegenüber die Interessen der Monarchie sichern zu können. Jetzt oder nie mußte es sich zeigen, ob er den Namen eines wirklich voraussehenden klugen Staatsmannes verdiene. Für ihn sowohl wie für die Monarchie gab es im Januar 1878 außerordentlich kritische Tage, von deren Verlauf das künftige Schicksal Oesterreich-Ungarns abhing.

Bisher hatte Andrássy stets den Standpunkt verfochten: Kriegführen und Waffenstillstandsverhandlungen seien Angelegenheiten, die ausschließlich die miteinander Kämpfenden betreffen; dagegen wäre der endliche Friedensschluß eine Sache der europäischen, insbesondere der zunächst beteiligten Mächte.[1]) Erst als in Wien beunruhigende Nachrichten über einen bevorstehenden Separatfrieden eintrafen,[2]) und Rußland Miene machte, entgegen seinem Versprechen, Europa an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen zu lassen, zog der Minister die Möglichkeit eines Waffenganges mit dem Zarenreich in Betracht. In der unter dem Vorsitz des Kaisers am 15. Januar 1878 stattgefundenen Ministerkonferenz soll – nach General Beck – Andrássy die günstigen Chancen eines Krieges für die Monarchie auseinandergesetzt haben. Demgemäß hätte er gesagt: Die russische Armee sei durch den Balkan in zwei Teile getrennt und könne infolge des Eisstandes nur mühsam mittels Kähnen den Verkehr mit dem jenseitigen Ufer der Donau aufrechterhalten. Die Türken hätten zwar große Verluste erlitten, befänden sich aber trotzdem noch immer im Besitze eines großen Gebietes von Bulgarien. Unter diesen Umständen könnte die Bedrohung der russischen Verbindungen und ihrer Rückzugslinien durch die Aufstellung der österreichisch-ungarischen Armee genügen, um, gleich wie 1855, die Russen zur Räumung der Türkei und der Donaufürstentümer zu zwingen. Im Verlaufe seiner Rede habe dann Andrássy noch versichert, er vermöge mit voller Ueberzeugung auszusprechen, daß sich Deutschland nicht gegen uns in bedroh-

[1]) Beust an Andrássy, 9. Januar 1878.
[2]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

licher Weise wenden werde; vielmehr sei es als gewiß anzunehmen, daß mit Ausnahme Kaiser Wilhelms die deutsche Regierung und das deutsche Volk über jede russische Niederlage ein Gefühl der Freude empfinden werden. Wohl — soll der Minister ferner gesagt haben — sei für die Monarchie der Tod König Viktor Emanuels sehr zu bedauern, da er die Parteien zu beherrschen verstand, doch glaube er, daß auch dessen Nachfolger sich zu keiner kriegerischen Handlung gegen uns hinreißen lassen werde. Sollte dies dennoch geschehen, so werde Italien durch die englische Seemacht in Schach gehalten werden, und daher sei auch kein Angriff von italienischer Seite zu befürchten.[1])

Allerdings hätte Andrássy in diesem Sinne sprechen dürfen. Denn mit Bestimmtheit konnte er darauf zählen, daß Deutschland uns nicht in den Rücken fallen werde. Auch der englische Premier machte gerade damals die äußersten Anstrengungen, uns zu einer gemeinsamen kriegerischen Aktion zu bewegen. Einige Tage nach der Konferenz vom 15. Januar äußerte Lord Beaconsfield zu Graf Beust: „Wir wollen mit Oesterreich-Ungarn gemeinschaftlich und nicht gesondert handeln. Will Graf Andrássy den „grand coup" spielen, d. h. mobilisieren, dann schlage ich meinen Kollegen sofort vor, dafür ein Aequivalent zu bieten."[2]) Der österreichisch-ungarische Minister entgegnete: „Wir wollen den grand coup nicht spielen, außer wenn Rußland, was nicht ganz unmöglich ist, uns dazu zwingen würde." Für alle Fälle wünschte er jedoch die Zusicherung Englands, daß es seine Flotte in dem Moment nach den Häfen Italiens entsende, wenn dieses sich anschicken sollte, gegen Oesterreich-Ungarn feindlich aufzutreten.[3])

Wieder nach General Beck, sprach wohl Erzherzog Albrecht in der Konferenz vom 15. Januar nicht gegen den Krieg, soll aber auch von einem Hervorbrechen aus den Pässen Siebenbürgens nichts haben hören wollen. In seinen Augen wäre das ein nicht nur gefährliches, sondern auch beinahe unausführbares Unternehmen gewesen. Er meinte, daß Siebenbürgen, sollte es zu einem Zweikampf mit Rußland kommen, überhaupt nicht in der Lage wäre, große Armeen zu ernähren. Als Beweis hierfür gelte die Leistungsunfähigkeit der siebenbürgischen Bahnen. Dem Erzherzog schien der Aufmarsch in der Bukowina nur allein aus

---

1) Mitteilungen des Feldzeugmeister Graf Beck.
2) Beust an Andrássy, London, 18. Januar 1878.
3) Andrássy an Beust, Wien, 18. Januar 1878.

Galizien möglich und ratsam. Uebrigens vermochte auch er gewisse Bedenken gegen Italien nicht ganz zu unterdrücken. Als entschiedener Gegner selbst nur der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland bekundete sich der gleichfalls in der Konferenz anwesende Vorstand der Militärkanzlei, Generaladjutant Freiherr von Beck. Wenigstens behauptet er, sich da aufs energischste gegen jeden kriegerischen Gang mit Rußland geäußert zu haben. Er wollte gar nicht zugeben, daß unsere allenfallsige drohende Haltung die Russen einschüchtern könnte. Vielmehr würden sie sich auf die Donau basieren, die Donaufürstentümer und die Türkei gar nicht räumen und vielleicht sogar selbst angriffsweise vorgehen. General Beck erzählt, im Gegensatz zu Erzherzog Albrecht betont zu haben, daß der Erfolg, käme es zum Schlagen, einzig und allein von einem raschen Ausbrechen aus Siebenbürgen abhänge.[1])

Nach diesen Angaben Becks muß man wohl fragen: Ist es denn möglich, daß Graf Andrássy in der Konferenz vom 15. Januar unter Hinweis auf die für Oesterreich-Ungarn momentan günstigen Verhältnisse den Krieg mit Rußland befürwortete? Hat er tatsächlich den Krieg gewollt? Nach allem, was wir von Graf Andrássy wissen, wirkt es wie eine Ueberraschung, daß er plötzlich mit dem Säbel gerasselt haben sollte. Zu den grundlegenden Gedanken seiner Politik gehörte ja die Lösung der orientalischen Frage und die Wahrung der Interessen Oesterreich-Ungarns im Osten ohne jeden Schwertschlag. Von Andrássy, der stets folgerichtig und nie rhapsodisch vorging, kann nicht vorausgesetzt werden, daß er unvermittelt seine ganze bisherige Politik aufgegeben und über Bord geworfen haben werde. Es ist daher nur anzunehmen, daß der Minister in der Konferenz allerdings von der Möglichkeit eines in kürzester Zeit bevorstehenden unvermeidlichen Zusammenstoßes mit dem Zarenreich sprach. Ausgeschlossen ist dagegen, daß Andrássy auf eine Kriegserklärung drang. Beck, der ein Russenfreund war und Bosnien gern im Bunde mit dem Zaren erobern wollte, dürfte in der Konferenz vom 15. Januar gegen jeden Zusammenstoß mit dem russischen Reich seine Stimme erhoben haben, also auch schon gegen die bloße Andeutung der Möglichkeit von Feindseligkeiten zwischen uns und Alexander II. Würde Andrássy in diesem Moment — Januar 1878 — den Krieg für unerläßlich gehalten haben, so hätte ihn auch der Einspruch General Becks zu keiner Aenderung seiner Meinung bekehren können.

---

[1]) Auf Grundlage der Mitteilungen des Feldzeugmeisters Graf Beck.

Nach seinem ganzen Charakter würde er lieber sofort seinem Amte entsagt haben, als zu etwas die Zustimmung zu erteilen, was gegen seine Ueberzeugung war. Und aus gewichtigen Gründen perhorreszierte er jede Kriegserklärung an Rußland, so oft ihm auch vorgehalten wurde, er werde zu spät kommen, Rußland die Monarchie ausspielen, falls er die günstige Gelegenheit nicht benütze, um Alexander II. zu befehden. Allen, die ihm in diesem Sinne sprachen, entgegnete Andrássy: er würde gewiß sofort zu den Waffen greifen, wenn ganz Rußland aus einem einzigen Menschen bestünde, der, einmal niedergeschlagen, nie wieder auferstehen könnte. Nie, fuhr Andrássy fort, dürfe er es jedoch darauf ankommen lassen, daß die künftige russische Generation die Niederlage der gegenwärtigen an der Monarchie zu rächen suche. Ein fortwährendes Gerüstetsein gegenüber dem Zarenreiche müßte von schädlichstem Einflusse auf die Machtentfaltung Oesterreich-Ungarns sein. Dagegen war der Minister durchdrungen davon, daß wir infolge der Erschöpfung Rußlands und unserer günstigen strategischen Position auch ohne Krieg imstande sein werden, unsere Interessen im Orient zu verteidigen. Ebenso meinte er, daß nichts so sehr den Russen die Lust zu orientalischen Kriegen nehmen werde, als die Erkenntnis, daß durch solche ihre Machtinteressen nicht die gewünschte Befriedigung fänden. Andrássy glaubte ferner mit voller Sicherheit daran, daß ein Krieg mit der Türkei eine solche Schwächung der inneren Kräfte Rußlands bewirken werde, die unbedingt zur Lahmlegung von dessen Aktionsfähigkeit führen müsse. Auch rechnete er darauf, daß dieser Zustand das Wachstum des Nihilismus und die Unzufriedenheit mit dem russischen Absolutismus fördern werde, der, im Gegensatz zu den heimischen Verhältnissen, andern Völkern die Freiheit verschafft habe. All diese Erwägungen hielten Andrássy von einem Zusammenstoß mit Rußland zurück, und deshalb muß die Angabe General Becks, daß der Minister in der Konferenz vom 15. Januar für den Krieg plädierte, als auf einem Mißverständnis beruhend angenommen werden.

Einige Tage nach der Konferenz — am 19. Januar abends — langte ein vom 16. datiertes Schreiben des Zaren in Wien ein,[1]) das nicht besonders günstig für den Frieden lautete und vom Kaiser seines peremptorischen Tones wegen ein „Ukas" genannt wurde.[2]) In fast brüsker Weise wiederholte da der russische

---

[1]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

[2]) Ibidem.

Herrscher, er vermöge den Degen nicht früher in die Scheide zu stecken, ehe er nicht sein Ziel, die Befreiung der Christen, erreicht habe. Mit aller Lebhaftigkeit trat er für ein wohl tributäres, aber vollkommen autonomes Bulgarien ein, das ohne Heraufbeschwörung „blutiger Anarchie“ nicht mehr den Türken überlassen werden könne, womit er nur die Wünsche ganz Rußlands verdolmetsche. Daher dürfe auch von einer provisorischen Besetzung Bulgariens durch russische Truppen nicht abgegangen werden. Ebenso beharrte der Zar auf Rückgabe Bessarabiens, dessen Abtretung an Rumänien im Jahre 1856, wie er den Kaiser erinnerte, das Werk des Grafen Buol gewesen, der seinen Monarchen durch falsche Berichte hintergangen habe. Deswegen müßte es Franz Josef I. selbst daran gelegen sein, die Folgen des Verschuldens seines damaligen Ministers aus der Welt zu schaffen. Bei solchem Wiedererwerb des einst verlorenen Gebietes empfand es der Zar als eine Unvermeidlichkeit, auch Oesterreich-Ungarn eine Entschädigung zukommen zu lassen. Aber er tat dies in einer geradezu verletzenden, gegen die getroffenen Abmachungen verstoßenden Art. Alexander war bereit, der Monarchie die zeitliche Okkupation Bosniens und der Hercegovina zu gestatten mit dem Zugeständnis, später, erst nach dem Abzuge der Russen aus Bulgarien, die zeitliche Besetzung in eine Annexion zu verwandeln. Franz Josef I. war die Entscheidung über die Opportunität einer solchen Maßregel überlassen, die jedoch auf die Entschlüsse Rußlands keinen Einfluß üben könne. Der Zar sagte diesbezüglich: Wenn der Kaiser auch auf die Vorteile verzichte, die ihm die mit Rußland getroffenen Vereinbarungen geboten haben, so werde er hoffentlich einsehen, daß er, Alexander, dasjenige, was für ihn eine Notwendigkeit sei, nicht demjenigen, was für den Herrscher Oesterreich-Ungarns eine Frage der Angemessenheit bilde, unterordnen könne. Im übrigen erklärte sich Alexander II. bereit, ein vollständiges Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn herzustellen. Der erste Schritt hierzu sei ja bereits durch die erfolgte Mitteilung seiner Absichten nach Wien und Berlin gemacht worden. Und als wenn kein Reichstadt vorausgegangen wäre und auch keine geheime Konvention vom 15. Januar 1877 bestünde, wurde die österreichisch-ungarische Regierung von Alexander aufgefordert, nach hergestellter Uebereinstimmung, nachträglich in einer gemeinschaftlichen Beratschlagung ihre Interessen geltend zu machen. Der Augenblick ist schwer — erklärte der Zar dem Kaiser. Auf ihnen beiden laste eine große Verantwortung. Seine, Alexanders,

Entschlüsse seien unwiderruflich. Wolle Gott, daß auch Kaiser Franz Josef, dessen Hände noch nicht gebunden sind, solche Entscheidungen treffe, die geeignet seien, die Entente zwischen ihren Reichen von neuem inniger uud fester zu knüpfen.[1])

Zehn Tage später, am 26. Januar, erteilte unser Monarch seine Antwort. Mit Berufung auf die schon nach St. Petersburg bekannt gegebenen „Observations" über die russischen Absichten, erwiderte Franz Josef I., daß er in keinem Falle eine Okkupation Bulgariens durch Truppen Rußlands gutheißen könnte. Sollte dies dennoch geschehen, so würde die Besetzung zu einer Kollision der Interessen führen, was vermieden werden müsse. Dagegen wolle der Kaiser, soweit es von ihm abhänge, gerne den Herzenswunsch Alexanders II. nach Rückerwerbung Bessarabiens unterstützen. Der Monarch unterließ es nicht, gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck zu geben, daß alle sich auftürmenden Schwierigkeiten zu überwinden sein werden.[2]) Noch aber war die Unterschrift Franz Josefs I. auf diesem Schreiben nicht getrocknet, als man in Wien auch schon zur Kenntnis der Bedingungen gelangte, unter denen von St. Petersburg aus Großfürst Nikolaus, der Höchstkommandierende der russischen Armee, zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Türkei ermächtigt wurde.[3])

Zuerst hatte sich am 9. Januar der Kriegsminister Reuf Pascha an den Großfürsten Nikolaus um Bewilligung eines Waffenstillstandes gewandt.[4]) Dann bat der durch den beschleunigten Anmarsch der Russen gegen Konstantinopel eingeschüchterte Sultan um die Gewährung des Friedens.[5]) Abdul Hamid tat dies im selben Moment, als er auch England aufforderte, seine Flotte zum Schutz der türkischen Hauptstadt zu entsenden.[6]) Rechnete der Sultan, als er diesen Schritt unternahm, noch auf wirksame Hilfe Großbritanniens, so sollte die Thronrede der Königin Viktoria vom 17. Januar alle seine Illusionen zerstören.[7])

---

[1]) Alexander II. an Kaiser Franz Josef I. St. Petersburg, 16./1. Januar 1878. Ungedruckt.

[2]) Franz Josef I. an Alexander II., 26. Januar 1878. Ungedruckt.

[3]) Nachschrift vom 29. Januar zum Schreiben Franz Josefs I. vom 26. Januar 1878.

[4]) „Nouvelle Revue", 1880, Bd. IV, S. 754.

[5]) „Staatsarchiv", Bd. 33, S. 261.

[6]) Beust an Andrássy, London, 15. Januar 1878. Nach einer Mitteilung Beaconsfields an Beust.

[7]) Reuß an Bismarck, Pera, 22. Januar 1878.

Die zwiefache Strömung, wie sie im englischen Kabinette herrschte, einerseits durch den jedem kräftigen Auftreten abholden Lord Derby und anderseits durch den tatenlustigen Lord Beaconsfield vertreten, lähmte jedes energische Vorgehen Englands. Mochte der englische Premier in noch so kriegerischem Sinne zu Graf Beust sprechen, so ward er jetzt doch durch die Thronrede der Königin Viktoria selbst desavouiert. Sie unterließ es, vom Parlamente Gelder zu Rüstungen zu verlangen und war nur vom Wunsche nach Herstellung friedlicher Verhältnisse zwischen Rußland und der Türkei beseelt, so daß Andrássy mit Recht sagen durfte: Die Thronrede habe nicht nur in Oesterreich-Ungarn, sondern auch in ganz Europa eine „sehr schädliche Beurteilung" gefunden.[1]) Sie erzeugte denn auch einen niederschlagenden Eindruck in Konstantinopel. Unter dem Vorsitz des Sultans wurde in einem Ministerrat beschlossen, weiter keine Rücksicht auf England zu nehmen und sich ausschließlich von den eigenen Interessen leiten zu lassen. Abdul Hamid war jetzt nur von einem Wunsch und dem einen Gedanken beherrscht: um jeden Preis den Feindseligkeiten ein Ende zu machen.[2]) Zu seinem Bedauern hatte der Zar seinem Verlangen nicht entsprochen. Die Antwort lautete kurz und bündig: Großfürst Nikolaus sei mit allen nötigen Vollmachten zur Unterhandlung ausgestattet, doch könne während derselben von Einstellung der Feindseligkeiten nicht die Rede sein.[3]) Dem fügte noch der russische Höchstkommandierende hinzu: Die Annahme seiner Vorschläge müsse die Vorbedingung des Waffenstillstandes bilden. Rußland, wo jetzt wieder der ganze Heerbann der Panslawisten die erste Rolle spielte, verfolgte damit die geheime Absicht, die Pforte raschestens zu einem direkten Frieden zu zwingen, mit Ausschluß Europas, vor allem Oesterreich-Ungarns und Englands.[4])

Nach den ersten vertraulichen Mitteilungen über das übermütige Verhalten Rußlands, hatte Andrássy sofort die Empfindung, daß die Monarchie durch die Präliminarien von der Mitwirkung am künftigen endgültigen Frieden ferngehalten werden solle. Er beschwor Gorčakov, kein Fait accompli zu schaffen, dessen Folgen nicht einfach ermessen werden könnten. Hierauf versicherte der russische Staatskanzler, Andrássys Besorgnisse seien übertrieben.

[1]) Andrássy an Beust, Wien, 20. Januar 1878.
[2]) Reuß an Bismarck, Pera, 22. Januar 1878.
[3]) „Staatsarchiv", Bd. 33, S. 261.
[4]) Andrássy an Beust, 14. Januar 1878.

Nichts läge ihm ferner als eine Außerachtlassung Oesterreich-Ungarns; komme doch den Präliminarien nur der Charakter allgemein grundsätzlicher Natur zu. Die gleichen Beteuerungen wiederholte auch Novikov persönlich dem Grafen Andrássy.[1]) Der Minister des Aeußern ließ sich jedoch durch die „feierlichen Versicherungen" Gorčakovs nicht irreführen; er nahm dessen Antwort für das, was sie infolge seines Warnungsrufes war: für eine bloße Entschuldigung. Das geringe Maß von Vertrauen, das er zur Aufrichtigkeit Gorčakovs hegte, minderte sich immer mehr, insbesondere als er aus dessen ganzem Vorgehen entnehmen konnte, wie der russische Staatsmann nichts eifriger erstrebe, als die von ihm so sehr gefürchtete Eintracht zwischen Oesterreich-Ungarn und England zu stören. Es war ein verwerfliches Spiel, das Gorčakov damals mit uns trieb. Nicht nur mit England wollte er uns verfeinden. Auch der Pforte gegenüber trachtete er uns als deren Widersacher erscheinen zu lassen. Er bemühte sich, von Andrássy eine prinzipielle Zustimmung zu seinen Friedensbasen zu erlangen, um dann der Pforte sagen zu können, auch Oesterreich-Ungarn billige sie. Um jeden Preis sollte das Wiener Kabinett zum Mitwisser der russischen Vorschläge gemacht werden. Andrássy, dem hierüber bereits von Konstantinopel verläßliche Angaben zugekommen waren, entzog sich beharrlich jeder offiziellen Verständigung durch Novikov. Als der hierüber erstaunte, ja fast bestürzte russische Botschafter ihm wieder, aber vergeblich, sein Anliegen vorbringen wollte, bedeutete ihm Andrássy, man möge nur ohne weiteres die Präliminarien der Pforte bekannt geben; Oesterreich-Ungarn wolle sich nicht mit der Verantwortung belasten, das Zustandekommen des Waffenstillstandes gehindert zu haben.[2])

Mittlerweile wurde von den seit dem 19. Januar in Kazanlik weilenden türkischen Bevollmächtigten mit Nelidow, dem früheren Botschaftsrat Ignatjevs in Konstantinopel, über die von Großfürst Nikolaus diktierten Bedingungen unterhandelt. Den ganzen Ernst der Situation drücken die Worte des einen Unterhändlers, Namyk Paschas, aus, die er an Nelidow richtete: „Seien Sie nicht unbarmherzig gegen uns."[3]) Wie wenig die Russen geneigt waren, ihren besiegten Gegnern Pardon zu gewähren, sollten die Türken nur allzu rasch erfahren. Sie waren wie versteinert, als sie von der

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 28. Januar 1878.

[2]) Andrássy an Beust, 23. Januar 1878.

[3]) „Nouvelle Revue", 1880, Bd. IV, S. 763.

Errichtung eines nationalen und autonomen Bulgariens hörten, wie daß alle europäischen Provinzen der Türkei ihre Autonomie erhalten sollten. Alle Bitten um Milderung wurden vom Großfürsten mit der Erklärung erwidert: jede Zögerung werde nur eine Steigerung der Forderungen Rußlands zur Folge haben. Er machte kein Hehl daraus, daß diese Bedingungen schon vor der Einnahme Plevnas unwiderruflich festgesetzt wurden und seine Regierung den Pariser Vertrag von 1856 überhaupt als nicht mehr bestehend betrachte. Ebensowenig ließ der Großfürst die türkischen Abgesandten darüber im unklaren, daß die Räumung der Donaufestungen von türkischen Truppen nicht als eine vorübergehende Maßregel betrachtet werden dürfe. Mit Rücksicht auf die Errichtung eines autonomen Bulgariens könnte nie wieder ein türkischer Soldat den Boden der Donaufestungen betreten. Der russische Oberkommandant drängte auf raschen Abschluß. Er hatte Eile. Denn wie er den beiden Paschas offenherzig eingestand, wünsche man durch eine sofort in Kazanlik unterzeichnete Konvention jeder Einmischung Europas, besonders Englands, in die Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei vorzubeugen. Server Pascha und Namyk Pascha waren über die Härte der Bedingungen, die für die Türkei den Todesstoß bedeuteten, derart entsetzt, daß sie es nicht wagten, auf eigene Verantwortung die von Großfürst Nikolaus vorgeschriebenen Bedingungen anzunehmen. Sie wandten sich daher an den Großwesir um die Erteilung neuer Vollmachten.[1]) Nach einem Ministerrat sandte Safvet Pascha am 24. Januar um 3 Uhr nachmittags an die beiden Paschas die Ermächtigung, sich allen Forderungen des Großfürsten Nikolaus zu fügen. Schon in Kazanlik wurde nebst Errichtung eines autonomen Bulgariens die Unabhängigkeit Montenegros, Rumäniens und Serbiens anerkannt, wie auch die autonome Administration Bosniens und der Hercegovina. Außerdem verpflichtete sich die Pforte zur Leistung einer Kriegsentschädigung, deren Form später bestimmt werden sollte. Ferner versprach die türkische Regierung die Wahrung der Rechte Rußlands am Bosporus und den Dardanellen. Mit so teuern, die Lebenskraft der Türkei an der Wurzel erschütternden Zugeständnissen wurde der Waffenstillstand von dem siegreichen Rußland erkauft. Zum Beweise der Annahme der Bedingungen sollten sich unmittelbar nach deren Unterzeich-

---

[1]) Bericht Server Paschas und Namyk Paschas an den Großwesir Safvet Pascha, Kazanlik, 21. Januar 1878.

nung türkische Bevollmächtigte nach Odessa oder Sebastopol begeben, um dort mit den Abgesandten Rußlands über die Friedenspräliminarien ins reine zu kommen.[1]) Unter der Androhung noch schärferen Vorgehens wurde den Türken von den Russen tiefstes Stillschweigen über die in Kazanlik getroffenen Abmachungen auferlegt.[2])

Am 26. Januar suchte Novikov dem Grafen Andrássy die Mitteilung der Friedensbedingungen förmlich aufzudrängen — gerade an dem Tage, an dem Kaiser Franz Josef I. sein Schreiben an Alexander II. unterfertigt hatte. Der russische Botschafter tat dies mit der Bemerkung, daß auch England die Zurkenntnisnahme nicht abgelehnt habe.[3]) Nun gab Andrássy seinen Widerstand auf, vermied es jedoch aufs sorgfältigste, sich in irgendeine Aeußerung hierüber einzulassen.[4])

* * *

Anstatt sich auf einen militärischen Waffenstillstand zu beschränken, umfaßten die Vereinbarungen von Kazanlik ein ganzes politisches Programm von definitivem Charakter. Damit war, wie der Kaiser an Alexander II. schrieb, ein neues, unerwartetes Faktum geschaffen worden,[5]) das auf Andrássy einen schmerzlichen Eindruck machte.[6]) Im Gegensatz zu den Oesterreich-Ungarn erteilten Versicherungen, daß die Unabhängigkeitserklärung Serbiens, Montenegros und Rumäniens nur im Einvernehmen mit uns und mit Europa erfolgen dürfe, trat jetzt Rußland allein als deren Verkünder, wie überhaupt als einziger Beschützer der Christen des Balkans auf. Ebenso eigenmächtig verfügte es über die künftige Verwaltung Bosniens und der Hercegovina. Für Gorčakov existierten plötzlich alle Versprechungen, alle Verträge und die in den Briefen Alexanders II. an Franz Josef I. gemachten Zusagen nicht mehr.

---

[1]) Safvet Pascha an Server Pascha und Namyk Pascha in Kazanlik. Konstantinopel, 24. Januar 1878, 3 Uhr nachmittags.

[2]) Andrássy an Langenau, 28. Januar 1878.

[3]) Die Bedingungen wurden von Graf Šuvalov dem Lord Derby am 28. Januar mitgeteilt. („Staatsarchiv", Bd. 33, S. 263.) Novikovs Angabe entsprach nicht der Wirklichkeit. Wie Beust am 27. Januar berichtete, war die Mitteilung nur „als eine private angeboten" und „als solche angenommen" worden.

[4]) Andrássy an Beust, 26. Januar 1878.

[5]) Franz Josef I. an Alexander II., 26. Januar 1878. Ungedruckt.

[6]) Andrássy an Baron Langenau, 28. Januar 1878.

Andrássy war erbittert über den Staatskanzler, der in Gemeinschaft mit Ignatjev ein solches Machwerk zustande gebracht. Ungehindert ließ er seinem Unmute hierüber die Zügel schießen. „Rußland hat also falsch gespielt!" rief er aus. „Fürst Gorčakov scheint die ganze Orientfrage mit einem ähnlichen Coup wie 1871 die Pontusfrage[1]) erledigen zu wollen. Uns ist das Unterschreiben und die Erniedrigung vorbehalten. In einer solchen Situation kann sich kein Minister weder vor dem österreichischen noch vor dem ungarischen Parlamente halten; ich am wenigsten." [2]) Der Minister des Aeußern bestritt wohl nicht die Befugnis der Türkei zur Verzichtleistung auf ihre eigenen Rechte. Nur wollte er nicht zulassen, daß europäische Verträge durch einzelne Mächte willkürlich gelöst werden könnten. In keinem Falle gedachte Andrássy die der Pforte aufgedrungenen Bedingungen anzuerkennen, insofern sie auch die Interessen der Monarchie als Nachbar- und Signatarmacht betrafen. Vorerst müsse Oesterreich-Ungarn in der Lage gewesen sein, sein gleichberechtigtes Votum bei einer Neugestaltung der Zustände im Orient sicherzustellen. Für Andrássy gab es jetzt nur einen Ausweg: Bruch mit Rußland oder Ueberprüfung der Friedensbedingungen auf einer Konferenz der Mächte. „Die russischen Präliminarien" — äußert er — „lassen uns als übergangen und dupiert erscheinen. Die Konferenz ist notwendig, um die Schädigung unseres Ansehens vor der öffentlichen Meinung zu sanieren. Sie wäre eine Satisfaktion, die uns Rußland gibt, die tatsächliche Anerkennung unseres Rechtes. Ist diese Sühne erfolgt, dann läßt sich die Kluft überbrücken." [3])

Nach den gemachten Erfahrungen hatte Andrássy allen Grund, den beschwichtigenden Worten Gorčakovs keinen Glauben mehr zu schenken. Auf alle Fälle mußte er auf die Möglichkeit eines Zerwürfnisses mit dem Zarenreich bedacht sein und sich rechtzeitig der Hilfe Englands versichern. An den neuen Botschafter, Lord Elliot, richtete er die Anfrage: Ob seine Regierung gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn zu einer bewaffneten Intervention gegen einseitige Abmachungen des St. Petersburger Kabinettes mit der Pforte bereit sei? [4]) England war entschlossen, keine Verletzung

---

[1]) Anspielung auf Gorčakovs Rundschreiben vom 31. Oktober 1870. Siehe I. Band dieses Werkes, S. 617.

[2]) Andrássy an Károlyi, 28. Januar 1878.

[3]) Andrássy an Graf Károlyi, 28. Januar 1878.

[4]) Beust an Andrássy, London, 28. Januar 1878. Nach einer Mitteilung Lord Derbys.

der Verträge von 1856 und 1871 zu dulden. Die endgültigen Entscheidungen des britischen Kabinettes hingen nunmehr von den Berichten Lord Elliots ab. Rückhaltlos sprach Andrássy mit dem englischen Botschafter über die Situation; er war überzeugt, daß seine Darlegungen volle Befriedigung gewähren müßten.[1]) Allein, so sehr er auch ein bewaffnetes Einvernehmen mit England betrieb, wünschte er doch ein kollektives Auftreten, an dem die übrigen Signatarmächte nicht teilnehmen würden, zu vermeiden. Leicht hätte sich ja ein solches Vorgehen Englands und Oesterreich-Ungarns vor den Augen Europas als englisch-österreichisch-ungarische Allianz „entpuppen" können, die eine Zurückhaltung der übrigen Staaten zur Folge gehabt hätte. „Gehen wir hingegen," sagte Andrássy, „gesondert, aber übereinstimmend vor, so erscheint unser Standpunkt als ein europäischer und die anderen Signatare können denselben nicht gut zurückweisen, weil hierzu Stillschweigen allein nicht genügt, sondern direkter Widerspruch erforderlich wäre." [2]) Doch wie eifrig auch zwischen London und Wien über die nötigen kriegerischen Vorkehrungen beraten wurde, ja Andrássy bereits von der Landseite her Maßregeln in Aussicht stellte, welche die Entscheidung „mit einem Schlage" verbürgen sollten,[3]) kam man trotzdem über den toten Punkt nicht hinweg. Andrássy wollte so lange von keinem offenen Bekenntnis der Allianz mit England wissen, ehe dieses nicht die Waffen ergriffen habe; das englische Kabinett dagegen sträubte sich, zur Tat überzugehen, bevor nicht Oesterreich-Ungarn die Allianz abgeschlossen.[4])

Andrássy hatte das natürliche Bestreben, sich nicht nur des britischen, sondern auch des deutschen Kabinettes zu vergewissern, über das Graf Károlyi meldete, daß es weder auf Rußland noch auf Oesterreich-Ungarn einen Druck ausüben wolle, überhaupt ein Eingreifen seinerseits noch nicht für gekommen erachte.[5]) Hierzu bemerkte der Minister des Aeußern: „Ganz, wie ich es dachte, und bei meinen bescheidenen Prätensionen genügend." [6]) Schon den folgenden Tag, 25. Januar, kamen noch beruhigendere Nachrichten über Bismarcks Auffassung der Lage. An den Staats-

---

[1]) Andrássy an Beust, 28. Januar 1878.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem.
[4]) Beust an Andrássy, 21. Januar 1878.
[5]) Károlyi an Andrássy, 24. Januar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[6]) Marginalnote Andrássys zur Depesche Károlyis vom 24. Januar 1878.

sekretär von Bülow hatte der Kanzler geschrieben, die Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn bleibe auch ferner ein Hauptziel seiner Politik. Gerade deswegen könne er den von den beiden Mächten bisher eingeschlagenen Weg für keinen richtigen erachten. Bismarck fand es nicht richtig, daß sich Alexander II. und Franz Josef I. in eine direkte Korrespondenz miteinander eingelassen hätten, die den unbestreitbaren Nachteil habe, daß sie zu persönlicher Natur sei, leicht Empfindlichkeiten auslöse und sich überdies der geschäftlichen Kontrolle entziehe. Er schlug dagegen die amtliche diplomatische Behandlung vor, die darin zu bestehen hätte, daß Andrássy, Novikov und Stolberg die russischen Friedensbedingungen gemeinsam überprüfen. Vorher sollte Andrássy noch mit Stolberg den Statum controversiae Punkt für Punkt durchnehmen, um zu einem klaren Bilde der obschwebenden Differenzen zu gelangen. Wenn dies geschehen, meinte Bismarck, wären in Gegenwart eines unparteiisch vermittelnden Zeugen, also des deutschen Botschafters Grafen Stolberg, die strittigen Punkte zu diskutieren — ein Modus, von dem er sich Erfolg versprach. Wie sehr sich aber auch Bismarck um die Ausgleichung der Gegensätze bemühte, verschonte er Rußland doch nicht mit seinem Tadel. Die so hochgepriesene Klugheit des Petersburger Kabinettes, meinte er, bewährte sich diesmal nicht. Die gewöhnlichste Klugheit hätte es gebieten müssen, daß Rußland den türkischen Frieden mit Oesterreich-Ungarn abschließe.[1] Den Grafen Andrássy berührten diese Gesinnungen des deutschen Kanzlers äußerst angenehm. „Danken Sie ihm“ — telegraphierte der Minister noch am 25. Januar an Károlyi zurück — „für seine Erklärungen und bitten Sie ihn, überzeugt zu sein, daß wir nach Kräften bemüht sein werden, ihn nicht in die Zwangslage einer Wahl zwischen uns und Rußland zu bringen. Wir werden vielmehr“ — wie er erläuternd hinzufügte — „unsere Haltung so einrichten, daß Deutschland nicht vorzeitig und ehe es selbst will, zu seinen Entschlüssen gedrängt werde.“ [2])

Allein die Ereignisse zwangen Bismarck sehr rasch, aus seiner Reserve herauszutreten. Lange hatten sich die türkischen Unterhändler gesträubt, ihre Unterschrift unter die vom Großfürsten Nikolaus als unabänderlich bezeichneten Bedingungen zu setzen. Die Nachricht vom Fall Adrianopels brach endlich ihren Wider-

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 25. Januar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Andrássy an Károlyi, 25. Januar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

stand. Voll Verzweiflung rief Namyk Pascha aus: „Wir bestehen nicht mehr! Die Türkei ist verloren! Sie können jetzt“ — sagte er, indem er seine Worte an Nelidov richtete — „verlangen, was Sie wollen, aber haben Sie Mitleid. Sie sind siegreich, erinnern Sie sich jedoch, daß Großmut den Sieger ehrt.“[1]) Davon waren die Russen weit entfernt. Am 31. Januar mußten Server Pascha und Namyk Pascha in Adrianopel, wohin sich Großfürst Nikolaus mit ihnen nach der Besitznahme dieser Stadt begeben, die Friedenspräliminarien, wenn auch schweren Herzens, unterzeichnen.[2])

Am 3. Februar traf die Nachricht vom Abschlusse des Waffenstillstandes in Wien ein.[3]) War Andrássy noch in den letzten Tagen in außerordentlich gereizter Stimmung gewesen, wie sie in dem Grade noch selten an ihm zu beobachten war, so zeigte er sich jetzt ruhig und zuversichtlich.[4]) Nach schwerem inneren Kampf, wie ihn das Gefühl großer Verantwortlichkeit erzeugt, hatte er sich zu jenen Entschlüssen durchgerungen, die ihm als die einzig heilsamen für die Monarchie erschienen. Jetzt war es sein fester Vorsatz, die Friedenspräliminarien nie zur Tat werden zu lassen. Würde er auf Baron Bechtolsheim, den Militärbevollmächtigten in Petersburg, gehört haben, den man dort zu umgarnen verstand und der nun bona fide von allem Widerspruch gegen die russischen Ansprüche abriet, so hätten wir, wie Andrássy sagt, uns in alles fügen müssen. Unter dem Einflusse der Berichte Bechtolsheims, deren Richtigkeit Andrássy als sachlich nicht begründet bestritt, wäre unser Protest gegen die Teilung des Sandžak von Novi-Bazar zwischen Serbien und Montenegro unterblieben; überdies würden noch Bosnien und die Hercegovina diesen zwei Balkanländern zugefallen sein.[5]) Zu Andrássys Entschlossenheit und Zuversicht, die ihm die Ruhe des Gemütes wieder gab, trug nicht wenig sein Vertrauen auf Bismarck bei, von dem er überzeugt war, daß er, in einem etwaigen Kriege mit Rußland, der Monarchie nicht störend in die Arme fallen werde.[6])

---

[1]) „Nouvelle Revue“, Bd. IV, 1880, S. 766.

[2]) Das Protokoll über die Friedensbasen und die Waffenstillstandskonvention ist abgedruckt im „Das Staatsarchiv“, Bd. 33, S. 287—292.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. Februar 1878.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 31. Januar und 3. Februar 1878.

[5]) Vortrag Andrássys vom 28. Juni 1879. Ungedruckt. Dieses Faktums gedenkt Andrássy in diesem Vortrage.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. Januar 1878.

Die große Rede, die der deutsche Reichskanzler am 19. Februar im Reichstage hielt,[1]) rechtfertigte die Voraussetzungen Andrássys. Es war eine Rede von entschieden friedlicher Tendenz, erfüllt von der Absicht, auf allen Seiten besänftigend und beschwichtigend einzuwirken. Darauf deuteten Bismarcks Aussprüche, nicht der Schulmeister Europas sein zu wollen, sondern die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu spielen. In keinem Falle sollte sich das russische Volk berechtigt fühlen, sagen zu dürfen, Deutschland habe hinter seinem Rücken den Dolch gegen dasselbe gezückt. Manche Stelle der Bismarckschen Ausführungen konnte wohl dahin ausgelegt werden, als hafte ihnen eine russophile Färbung an. Das wollte aber Graf Károlyi durchaus nicht zugeben. Wenn wir — meinte er — Bismarcks ganze Stellung als deutscher Staatsmann in Betracht ziehen, haben wir allen Grund, mit seinen Erklärungen nicht unzufrieden zu sein.[2]) Mit dieser Beurteilung der Rede hatte er auch nicht Unrecht. Besonders tiefen Eindruck mußten in Wien wie in der ganzen Welt die Worte des Kanzlers über die von gegenseitigem Vertrauen erfüllten Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn machen. Nicht minder sein Ausspruch, daß Andrássy ihm glaube und er, Bismarck, wieder vollen Glauben dem schenke, was ihm unser Minister des Aeußern sage. Für den Standpunkt Deutschlands war es ferner von Bedeutung, daß selbst der so russenfreundlich gesinnte Kaiser Wilhelm ausdrücklich in einem Gespräch mit Graf Károlyi auf dem Ball des deutschen Kronprinzen zugab, Rußland sei in den Präliminarien zu weit gegangen und habe insbesondere die Oesterreich-Ungarn gemachte Zusage nicht eingehalten, wonach es die Bildung eines großslawischen Staates nicht begünstigen werde.[3]) Auch die öffentliche Meinung Deutschlands, obgleich nicht türkenfreundlich, war der Ansicht, daß Rußland seinen Sieg

---

[1]) Abgedruckt bei Horst Kohl, „Die Reden des Fürsten Bismarck", Bd. VII, S. 80—108.

[2]) Graf Károlyi an Andrássy, 23. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Károlyi an Andrássy, 2. Februar 1878. Ibidem. In Petersburg, wo dieses Gespräch sehr unangenehm berührte, behauptete Gorčakov gegenüber Baron Langenau, daß Kaiser Wilhelm sich vielmehr bei dieser Gelegenheit zugunsten Rußlands geäußert habe. (Andrássy an Károlyi, 20. Februar 1878.) Károlyi bestritt dies und hielt seinen Bericht über das stattgefundene kurze Gespräch in seiner Gänze aufrecht. Károlyi an Andrássy, 23. Februar 1878.

zu sehr ausnütze und seine militärische Stellung zu rücksichtslos verfolge.[1])

Eine Klärung der Situation hatte jedoch auch die Rede Bismarcks nicht gebracht. Die Russen hielten zähe daran fest, ihre unerwarteten Erfolge bis zur äußersten Anspannung auszubeuten. Sie wollten bis zu den Toren Konstantinopels vordringen und aller Wahrscheinlichkeit nach durch dieselben auch in die türkische Hauptstadt einmarschieren. Es steht fest, daß den türkischen Bevollmächtigten schon am 24. Januar der Befehl erteilt worden war, alle Bedingungen zu unterzeichnen, damit der Waffenstillstand ermöglicht und die Gefahr einer Bedrohung Konstantinopels vermieden werde. Im russischen Hauptquartier hielt man die hierauf bezüglichen Weisungen des Sultans einfach zurück, um die Feindseligkeiten nicht einstellen zu müssen und vor Konstantinopel erscheinen zu können. Nur diese Unterschlagung der türkischen Depeschen macht es erklärlich, daß die Russen bis nach San Stefano gelangten.[2]) Hier sollte, wenn schon nicht der Untergang, so doch die völlige Demütigung der Türkei besiegelt werden. Ignatjev, der am 3. Februar, mit allen Vollmachten eines Unterhändlers ausgestattet, im russischen Hauptquartier eintraf, war gewiß nicht der Mann, um seine Gegner zu schonen. Selbst in der Umgebung des Großfürsten Nikolaus soll die Ansicht vorgeherrscht haben, daß er den Bogen allzu straff anspanne.[3]) Der türkische Minister des Aeußern klagte denn auch unserem Botschafter, Grafen Zichy, daß Ignatjevs Bedingungen weit härter lauten als die Präliminarien. Auch wußte er, daß russischerseits beabsichtigt sei, sie unbedingt bis zum 3. März, dem Thronbesteigungstag Alexanders II., unterzeichnet zu sehen.[4]) Von der Verschärfung der russischen Forderungen bekam Andrássy eine genaue Vorstellung aus dem Memorandum, das ihm jetzt Novikov überreichte. Der Minister fand, daß es ausgesprochener als je den „orthodox-russischen Standpunkt" vertrete, alle schriftlichen Abmachungen außer acht lasse, „als ob sie nie existiert hätten", kurz, das ganze

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 31. Januar 1878. Er sagt, wir wissen, daß der Befehl zur Unterfertigung am 24. Januar erteilt wurde. Die Depesche des Sultans wurde im russischen Hauptquartier absichtlich unterschlagen.

[3]) Lignitz, „Aus drei Kriegen", 1866—1878, S. 285.

[4]) Andrássy an Károlyi, 19. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Schriftstück war in einem Tone gehalten, daß es „Aksanov selbst diktiert haben könnte". „Ich muß dasselbe" — telegraphierte Andrássy an Károlyi — „als schlechthin inakzeptabel erklären."[1])

Andrássy rüstete sich, jede Verletzung österreichisch-ungarischer Interessen mit voller Energie zu bekämpfen.[2]) Er zählte auf die Mitwirkung Englands, dessen Flotte eben zum Schutze Konstantinopels in See gestochen war — eine Sache, die Alexander II. so sehr in Harnisch brachte, daß er erklärte, entschlossen zu sein, diese Ohrfeige nicht ruhig hinnehmen zu wollen.[3]) Andrássy wurde es jedoch nicht leicht gemacht, die ganze Autorität der Monarchie für die Wahrung der Machtsphäre Oesterreich-Ungarns im Oriente einzusetzen. Er fand für solche Bestrebungen kein Verständnis bei den parlamentarischen Führern, die Bedenken gegen die Bewilligung für die zu einem bewaffneten Eingreifen nötigen Geldmittel äußerten. Die maßgebenden Parlamentarier hielten es für eine ausgemachte Sache, daß im Falle eines Krieges Deutschland dem russischen Reiche Rückendeckung gewähren werde. Zur Begründung dieser Ansicht beriefen sie sich auf die Rede Bismarcks vom 19. Februar, namentlich auf jene Stellen, die von der zusammenhängenden Aufstellung der russischen Armee von der Donau bis zum Marmarameere und von den „beati possidentes" handelten.[4]) Sie folgerten daraus, daß jede Kraftanstrengung Oesterreich-Ungarns ja doch vergeblich sein werde, insbesondere nachdem es versäumt worden, gleich zu Beginn des Krieges Rußland energisch entgegenzutreten.[5])

Nebst den parlamentarischen Kreisen machte sich auch in der unmittelbaren Nähe des Monarchen eine dem Kriege mit Rußland abholde Stimmung bemerkbar. Der Kaiser war wohl im höchsten Grade indigniert über das eigenmächtige und wortbrüchige Vorgehen Rußlands. Doch nur schwer vermochte er sich an die Idee eines Krieges mit Alexander II. zu gewöhnen, weswegen ihm das energische Auftreten, wie es Andrássy empfahl, nicht sehr sympathisch war.[6]) In dieser Abneigung, gegen Rußland

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 24. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Graf Stolberg an Bismarck, 28. Februar 1878.

[3]) General Werder an Kaiser Wilhelm, Petersburg, 16. Februar 1878.

[4]) Horst Kohl, „Reden Bismarcks", Bd. VII, S. 82 und 88.

[5]) Graf Stolberg an Bismarck, Wien, 28. Februar 1878. Dieser äußerst wichtige Bericht beruht durchaus auf Mitteilungen Andrássys.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1878.

die Waffen zu ergreifen, bestärkten den Monarchen Einflüsse seiner nächsten militärischen Umgebung, auf die der zu jener Zeit gerade auf Urlaub in Wien weilende Petersburger Militärbevollmächtigte, Baron Bechtolsheim, in russenfreundlichem Sinne einwirkte. Wie fast alle aus Deutschland in die Armee eingetretenen Offiziere war auch Bechtolsheim ein Feind des neuen Deutschen Reiches und vor allem des Fürsten Bismarck. In seinen Berichten spielte er sich als getreuen Vertreter der Politik Andrássys auf. Diese Meinung suchte er auch dem Botschafter Baron Langenau beizubringen. Das hielt ihn nicht ab, hinter dessen Rücken gegen die herrschende Richtung unserer auswärtigen Politik zu intrigieren. Die Zeit seines Wiener Aufenthaltes benützte Bechtolsheim, um den Vorstand der Militärkanzlei, General Beck, und dessen Stellvertreter, General Krauß, mit Mißtrauen gegen die Neutralität des deutschen Kabinettes zu erfüllen. Man könne sicher sein, sagte er diesen Militärs, im Kampfe gegen Rußland isoliert zu bleiben. Mit solchen Anwürfen hatte er leichtes Spiel, da tatsächlich in weiten Schichten die Meinung verbreitet war, Deutschland werde im geeigneten Augenblick Oesterreich-Ungarn hindern, seine eigenen Interessen energisch zu verfolgen.[1] Es blieb ohne Wirkung, daß sich Bismarck gegen die „provokatorische" Auslegung seiner am 19. Februar gemachten Aeußerungen verwahrte.[2] Gewiß ist es, daß seine Rede mehr enttäuschte als befriedigte. Man hatte von ihr eine entschiedenere Stellungnahme für die Monarchie erwartet. Baron Bechtolsheim, den Andrássy als den einzig gefährlichen Mann bezeichnete, der Besorgnis einzuflößen vermöge,[3] und in dem auch Bismarck seinen und Andrássys Feind erblickte,[4] bot alles auf, um seine Freunde beim Kaiser in Aktion zu setzen. Wie im Januar 1878, so sollte auch jetzt dem Monarchen Abneigung gegen einen Krieg mit Rußland eingeflößt werden. Man kann den ehrlichen Glauben des Vorstandes der Militärkanzlei nicht in Zweifel ziehen, als er jetzt vor dem Throne militärtechnische Bedenken geltend machte, um den Zusammenstoß mit Rußland zu verhüten. An seine und des Generals Krauß Seite traten noch andere Persönlichkeiten, um gemeinsam mit

---

[1]) Stolberg, Wien, 28. Februar 1878.

[2]) Randbemerkung Bismarcks zum Berichte Stolbergs vom 28. Februar 1878.

[3]) Stolberg, 1. März 1878.

[4]) An Stolberg, 5. März 1878.

ihnen die kriegerischen Anwandlungen Andrássys zu bekämpfen. Unter ihnen befand sich auch der Obersthofmeister Prinz Hohenlohe, ein Mann, der sich sonst ferne von den Staatsgeschäften hielt und übrigens auch deutschfreundlich gesinnt war. Jetzt aber griff er ein, da er von der Richtung der Andrássyschen Politik Gefährdung seiner großen, in Rußland gelegenen Güter besorgte.[1]) Den vereinten Vorstellungen dieser Männer gelang es für einen Augenblick, den Monarchen gegenüber den Anträgen seines Ministers des Aeußern zaudernd zu machen.[2])

Unerschütterlich fest war dagegen Andrássys Ueberzeugung, daß Rußland sofort gelindere Saiten aufziehen und sich nachgiebig erweisen werde, sobald es merke, daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, Ernst zu machen und selbst vor einem Kriege nicht zurückschrecke. Das Heil der Monarchie schien ihm davon abzuhängen, daß in dieser kritischen Zeit keine Schwäche gezeigt werde. Er für seinen Teil war entschlossen, lieber zurückzutreten, als die Demütigung zu erdulden, Rußlands Wortbruch ungeahndet hinzunehmen. Andrássy stand unter dem Zwange, unbedingt wissen zu müssen, ob er auch fernerhin auf die Unterstützung des Herrschers zählen könne.[3]) Solange er das Vertrauen des Kaisers besaß, traute er sich die Kraft zu, es mit allen ihm entgegengesetzten Elementen aufzunehmen. Ohne dieses wollte er jedoch keinen Augenblick länger das Steuer des Staatsschiffes lenken. Schwere Stunden mag er durchlebt haben, bis in ihm der Vorsatz, seine Demission zu geben, zur Ausführung reifte. Leicht wurde ihm gewiß die Abfassung des Entlassungsgesuches nicht. Sollte er den Monarchen mitten in der Krisis verlassen? Mußte er doch andererseits im Falle der Annahme mit halber Arbeit enden; auch war er sicher, daß dann erst recht der Ruf ertönen würde, er allein wäre der Urheber der Bedrängnis, in die Oesterreich-Ungarn geraten sei. Doch er sah keinen andern Ausweg, um Klarheit zu schaffen. Andrássy schrieb daher an den Kaiser, daß er ihm, wofern er sein Vertrauen nicht mehr in dem bisherigen Ausmaße genieße, sein Portefeuille zur Verfügung stellen müsse. Kaum hatte der Kaiser und König Franz Josef dieses Schreiben

---

[1]) Stolberg, 1. März 1878. Das sagte Andrássy selbst dem deutschen Botschafter.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1878. Stolberg, 28. Februar 1878.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1878.

erhalten, als er den Minister auch schon zu sich berufen ließ, um ihn seines vollsten, unerschütterlichen Wohlwollens zu versichern. Das geschah in einer Form, die in Andrássy die Ueberzeugung begründete, daß das Zutrauen des Monarchen zu ihm nicht ins Wanken gekommen und seine Stellung gefestigter denn je sei, besonders nachdem der Kaiser allen seinen Vorschlägen zustimmte.[1]) Der Herrscher konnte das mit um so ruhigerem Gewissen tun, als mit Ausnahme der erwähnten Generale alle höheren Militärs, selbst der russenfreundlich gesinnte Erzherzog Albrecht, sich auf die Seite Andrássys stellten. Auch die Kaiserin und Königin Elisabeth, die in Wien erst eintraf, als das Mißverständnis schon beseitigt war, nahm Partei für den Minister.[2])

Der Kaiser schien jetzt sogar geneigt, sofort die Abberufung Baron Bechtolsheims aus Petersburg zu verfügen, wo er sich förmlich als Organ Gorčakovs und nicht als das seiner eigenen vorgesetzten Behörde gebärdete. Andrássy widerriet jedoch diesen Schritt, um in Rußland nicht unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen.[3])

Nach dieser Episode, die leicht zu einer Krise im Ministerium des Aeußern hätte führen können, ward unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat abgehalten, an dem nur der österreichische

---

[1]) Baron Orczy ist jedenfalls im Irrtum, wenn er in einem aus späterer Zeit stammenden Briefe an seine Mutter vom 16. März 1881 sagt, daß Alexander II. von Franz Josef I. die Entlassung Andrássys als des Friedensstörers ihrer guten Beziehungen verlangt hätte, und daß dies der Grund zur Eingabe des Entlassungsgesuches des Ministers des Aeußern gewesen. Orczy, der in diesem Briefe auch erwähnt, daß er das Demissionsgesuch Andrássys persönlich dem Kaiser überbracht habe, begeht hier jedenfalls einen Gedächtnisfehler, wenn er die Ursache der damaligen Rücktrittsabsicht mit dem Brief Alexanders II. in Verbindung bringt. Das Schreiben des Zaren, in dem er die Forderung nach Entlassung Andrássys vorgebracht haben soll, liegt nicht vor. Es erscheint kaum glaublich, daß Alexander II. eine solche Zumutung gewagt haben sollte. Solange der Brief des Zaren nicht selbst bekannt wird, muß man das von Orczy erwähnte Faktum bezweifeln. Jedenfalls steht es fest, daß die Ursache der angeregten Demission eine andere war, als sie Orczy am 16. März 1881 angibt. Seine eigenen Briefe aus dem Jahre 1878 stehen dem entgegen.

[2]) Berichte Stolbergs vom 28. Februar und 1. März 1878. Nach Mitteilungen Andrássys.

[3]) Stolberg an Bismarck, 1. März 1878. Als in einem späteren Zeitraum Prinz Reuß den Baron Langenau auf die fortgesetzte Deutschland feindliche Haltung des Bechtolsheim aufmerksam machte, erwiderte der Botschafter, er werde den Militärbevollmächtigten ermahnen, „seine Zunge etwas zu mäßigen“. Reuß an Bismarck, St. Petersburg, 16. Juni 1878.

Finanzminister Depretis und der österreichische Handelsminister Chlumecky nicht teilnahmen. In diesem Kronrat wurde nach eingehenden Besprechungen dem Antrage Andrássys zugestimmt, von den parlamentarischen Vertretungen der Monarchie einen Kredit von 60 Millionen Gulden zu fordern. Der Minister schmeichelte sich mit der bestimmten Hoffnung, daß er nach Darlegung der politischen Lage und der Versicherung der deutschen Neutralität den beanspruchten Kredit auch bewilligt erhalten werde.[1])

Diese Bekräftigung des unbedingten Vertrauens auf die Verläßlichkeit Deutschlands berührte Stolberg äußerst angenehm. Wußte er doch, daß Bismarck nicht frei von der Besorgnis sei, daß, während er Andrássys Politik fördere, mit dessen plötzlicher Entlassung eine Schwankung eintreten und Oesterreich-Ungarn sich Rußland nähern könnte, um, mit diesem vereint, gegen das Deutsche Reich loszugehen.[2])

Bismarck war daher gleichfalls hocherfreut, als er von der glücklichen Lösung der letzten Ministerkrisis hörte, wie auch von der Herstellung des früheren Verhältnisses zwischen dem Kaiser und seinem Minister des Aeußern, worauf der Kanzler den größten Wert legte. Nur konnte er nicht begreifen, daß sich überhaupt in Oesterreich und Ungarn ein größeres Publikum fand, das an der Loyalität der deutschen Politik und der ehrlichen Neutralität Deutschlands zweifelte. Bismarck bestritt aufs entschiedenste, auch nur den entferntesten Anlaß zur Voraussetzung geboten zu haben, daß er Deutschlands Macht zur Durchsetzung der Absichten Rußlands gebrauchen wolle. Ebenso kräftig widersprach er dem Argwohn, Oesterreich-Ungarn daran zu hindern, dem Zarenreich gegenüber seine Interessen mit voller Energie zur Geltung zu bringen. Er lehnte sich nur gegen die Zumutung auf, daß Deutschland für die Monarchie Krieg gegen Rußland führe. Wie könne, fragte er, derartiges beansprucht werden, nachdem Oesterreich-Ungarn selbst bisher keinen Finger zur bewaffneten Wahrung seines Standpunktes rührte. Bismarck betonte, daß für Deutschland in seiner Stellung gegenüber Frankreich immer ein Faktor existiere, der es zur Zurückhaltung nötige — ein Umstand, dessen Bedeutung ihm Andrássy nicht genügend zu würdigen schien. Aufs nachdrücklichste legte der deutsche Kanzler Protest auch dagegen ein, daß man ihm uns feindselige Tendenzen unterschiebe.

---

[1]) Stolberg, 28. Februar 1878.
[2]) Ibidem.

Längst hätte sich jeder Staatsmann in Oesterreich-Ungarn sagen müssen: zu fürchten haben wir Deutschland nicht, positiv zu hoffen von ihm nur das eine, daß es nie die Zerstörung der Monarchie durch Rußland zulassen werde. In diesem Satze, äußerte Bismarck, liegt die allen verständliche Wahrheit. Mehr könne er öffentlich zugunsten der Interessen Oesterreich-Ungarns nicht sagen, ohne vor ganz Europa wie derjenige Mann zu erscheinen, der seine beiden Freunde zum Kriege hetze. Nicht oft genug, ließ Bismarck in Wien erklären, könnte wiederholt werden, daß das Hauptziel der deutschen Politik dahin gerichtet sei, so lange nur irgend möglich, den Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu erhalten. Deutschland werde es daher mit Genugtuung begrüßen, wenn Rußland die Mittel zur Befriedigung und Beruhigung der österreichisch-ungarischen Wünsche finde. Aber nie dürfe man von ihm, Bismarck, fordern, daß er den einen Teil dränge und angreife, damit dieser dem andern zu Willen sei; das würde Deutschland, wie er ja auch schon in der Rede vom 19. Februar hervorgehoben, den Anschein geben, sich die Rolle des Richteramtes in Europa anzueignen. Aus diesem Grunde widerstrebte es ihm auch, mit einem der beiden Teile einen engeren Vertrag einzugehen: unter den obwaltenden Verhältnissen würde das sofort als ein Akt der Feindseligkeit gegen die andere Macht ausgelegt werden. Sollte — ließ der Kanzler den Grafen Stolberg in Wien sagen — Graf Andrássy an ähnliches gedacht haben, so möge er doch nicht übersehen, daß Deutschland auch Rußland Neutralität zusicherte und daß dieses, hätte es nicht die gleiche Stellung des Deutschen Reiches gegenüber Oesterreich-Ungarn gekannt, seinen Angriff vielleicht eher auf Galizien als auf die Türken gerichtet haben würde. Bismarck glaubte Andrássy einen Beweis seiner politischen Freundschaft zu geben, wenn er ihm jetzt zuredete, rasch zur Besetzung Bosniens und der Hercegovina zu schreiten, wozu die beabsichtigte Vergrößerung Serbiens die passendste Handhabe biete. In diesem Schachzug vermeinte der deutsche Kanzler aller Wahrscheinlichkeit nach auch den besten Zug für die Erhaltung des Friedens unter den drei Kaisermächten zu sehen.[1])

Gerade der endlich am 3. März in dem zwei Wegstunden von Konstantinopel entfernten San Stefano geschlossene und den Türken unter allerlei Drohungen aufgezwungene Friede war nicht

---

[1]) An Stolberg, 5. März 1878.

geeignet, die zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn gestörte Harmonie wieder herzustellen. Die Russen taten alles denkbar mögliche, uns zu schwächen. Der Friede rechtfertigte das schlimmste, dessen man sich von Rußland versehen konnte. Das durch den Vertrag von San Stefano ins Leben gerufene großbulgarische Reich, die mit Hilfe von Rußland unabhängig und größer gewordenen Länder Serbien, Montenegro und Rumänien würden sich fernerhin blutwenig um ein Oesterreich-Ungarn gekümmert haben, das nicht die Macht besessen hätte, sein Veto gegen einen die Existenz der Monarchie untergrabenden Frieden durchzusetzen. Auch ließen sich die Russen von den Türken die Abtretung von Batum, Kars, Andahar, Bajasid sowie die Bessarabiens gegen den Austausch der Dobrudža verschreiben — lauter Gebiete, die der Zar im Sinne der geschlossenen Verträge nur als Aequivalent für den Fall der Erwerbung Bosniens und der Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn beanspruchen konnte. Ignatjev hatte dafür gesorgt, daß die Monarchie leer ausging und das Nachsehen haben sollte. Für sein Land schuf er allerdings „une belle paix"; um so demütigender wäre er für uns gewesen, wenn der maßgebende Faktor der Monarchie den Frieden von San Stefano ruhig hingenommen hätte. Wie er in Rußlands Geschichte einen Merkstein des Erfolges bedeutete, so würde seine Anerkennung für uns zum Zeichen der Niederlage und des Schimpfes geworden sein. Nie konnte und durfte ein Andrássy seinem Monarchen und dem Staate, dessen äußere Geschäfte er leitete, die Zustimmung zu einem solchen Frieden anraten, der damals mit Recht wie ein Faustschlag empfunden wurde. So sah der Dank Rußlands dafür aus, daß wir ihm freie Hand gegenüber den Türken gelassen, die Erkenntlichkeit dafür, daß wir getreu dem gegebenen Worte während des Krieges volle Neutralität beobachteten und selbst dann noch nicht zum Schwerte griffen, als der von Gorčakov und Ignatjev gegen die Lebensinteressen der Monarchie geplante Verrat immer deutlicher zutage trat. Unter solchen Umständen mußte es in Wien wie schneidiger Hohn in die Ohren gellen, daß Alexander II. in einem nicht chiffrierten Telegramm an Erzherzog Albrecht auf die bedenklichen Wege hinwies, die Oesterreich-Ungarn im Begriffe stehe, einzuschlagen. Der Erzherzog empfand das Telegramm, mit dem er sofort zum Kaiser eilte, als einen Affront, der ihm in seiner doppelten Eigenschaft als Erzherzog und Soldat zugefügt worden. Er antwortete nicht direkt dem Zaren, sondern schrieb an die Königin Olga von

Württemberg, der er unverblümt, für die Adresse Alexanders II., seine Meinung über diesen unerhörten Vorgang sagte.[1])

In Rußland hätte man gerne den Eindruck hervorgerufen, als würde der Friede von San Stefano nur das natürliche Ergebnis der im Kampfe gegen die Türkei aufgebotenen Kraftmittel sein. Anders dachte man hierüber in Wien und London, wo die Bestimmungen von San Stefano ungeheure Aufregung erzeugten. An beiden Orten herrschte die Empfindung vor, daß man einer Zeit folgenreicher Entschlüsse entgegengehe, die für die ganze Zukunft entscheidend werden könnten.

---

[1]) Stolberg an Bismarck, 1. März 1878. Nach Mitteilungen Andrássys.

Viertes Kapitel

Vorgeschichte des Berliner Kongresses

Ungeachtet seiner entschiedenen Abneigung gegen alle „Konferenzarbeit“ [1]), wie es Andrássy nennt, war er diesmal doch davon überzeugt, daß nur eine solche zur Verhütung des Konfliktes mit Rußland und zur Wahrung der Würde wie der Interessen Oesterreich-Ungarns zu führen vermöge. In dem Zusammentritt einer „europäischen Konferenz“ erblickte er das einzige Mittel, wodurch noch das mit dem russischen Kabinett vereinbarte Programm gerettet, der der Monarchie gebührende Einfluß auf den Orient ersichtlich gemacht, kurz, die ganze orientalische Krise mit dem Scheine der Erhaltung der Drei-Kaiser-Entente beendigt werden könnte. Der Petersburger Botschafter war beauftragt, hierüber keinen Zweifel im Geiste des Fürsten Gorčakov aufkommen zu lassen. Klar sollte er ihm heraussagen, daß Andrássy im entgegengesetzten Falle zum Rücktritt gezwungen und sein Nachfolger nicht mehr in der Lage sein würde, die mit Rußland eingegangenen Abmachungen aufrechtzuerhalten.[2])

Anfangs hatte Andrássy nur an eine Konferenz gedacht und noch nicht an einen aus den leitenden Ministern der Großmächte bestehenden Kongreß. Ausgeschlossen schien es ihm aber von vornherein, daß die Versammlung der führenden Staatsmänner, die über die russischen Friedensbedingungen zu Rate sitzen sollten, wo anders als in Wien [3]) oder Berlin tagen könnte. In erster Reihe mußte sich jedoch die Monarchie der Zustimmung Rußlands zur Einberufung der Konferenz versichern. Gorčakov zögerte nicht, seine Zustimmung zu erteilen. Nur Wien als Versammlungsort vermochte sich nicht seines Beifalls zu erfreuen. Er war

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 28. Januar 1878.

[2]) Andrássy an Langenau und Károlyi, 28. Januar 1878.

[3]) Danach beruht es auf einem Irrtum, wenn behauptet wurde, Fürst Bismarck habe die Anregung zur Abhaltung der Konferenz, respektive des Kongresses in Wien gegeben. (Dóczi, „Andrássy an Bismarck“, in „Neue Freie Presse“, 2. Februar 1907.) Sie ging, wie aus Andrássys Weisung an Károlyi vom 28. Januar 1878 zu ersehen, ausschließlich von Andrássy aus.

nicht gewillt, Oesterreich-Ungarn auf diese Weise das Vorrecht einzuräumen, auf den Gang der Verhandlungen einen überwiegenden Einfluß auszuüben. Unter dem Vorwande, daß die Konferenz nach keiner Stadt der Signatarmächte einzuberufen sei, plädierte er für Baden-Baden, Dresden, Bern oder Brüssel. Außerdem schlug er vor, daß die Beratungen, mit Rücksicht auf deren große Wichtigkeit, nicht Botschaftern, sondern den leitenden Ministern anvertraut werden sollten.[1])

Gorčakov sagte jedoch nicht die volle Wahrheit, als er sich nur aus den von ihm angeführten Gründen für eine kleine, außerhalb des Gebietes der Signatarmächte liegende Stadt einsetzte. In Wirklichkeit leitete ihn der geheime Wunsch, die Minister der Großmächte zu einem Kongreß in Petersburg um sich zu versammeln. Da hätte er dann den Vorsitz geführt und die erste Rolle gespielt.[2]) Wegen Nichterfüllung seines Verlangens, das zugleich seiner Eitelkeit geschmeichelt hätte, lehnte er nun auch die Kaiserstadt an der Donau als Beratungsort ab. In jedem Falle wäre es demütigend für Rußland gewesen, gerade Wien den Vorzug geben zu sollen. Außerdem stellte sich das russische Kabinett, als sähe es dem Wirken der Konferenz mit wenig Zuversicht entgegen. Mit einem so betrübten Gesichte, wie es der deutsche Militärbevollmächtigte, General Werder, noch selten an Alexander II. beobachten konnte, sagte der Zar zu diesem: Er hege keine Hoffnungen auf ein günstiges Resultat, die Konferenz würde gewiß gleich der von Konstantinopel endigen.[3])

Andrássy beharrte zuerst auf der Wahl von Wien, der mit Ausnahme Rußlands alle übrigen Großmächte bereits zugestimmt hatten.[4]) Sie sollte eine Genugtuung für Oesterreich-Ungarn bedeuten und dessen öffentliche Meinung günstig beeinflussen. Um jedoch den Beginn der Beratungen, denen der russische Herrscher so wenig Vertrauen entgegenbrachte und die Andrássy für den

---

[1]) Gorčakov an Novikov, 24. Januar 1878. Das hier angegebene Datum kann nicht richtig sein. Andrássy erließ die Einladung zur Konferenz am 3. Februar 1878. („Rotbuch“, 1877—1878, S. 61.) In einer Depesche an Langenau vom 13. Februar (Ibidem, S. 68) sagte er noch, daß ihm Novikov am 12. Februar die Depesche überreichte, die Gorčakovs gegen Wien gerichtete Motivierung enthielt. Die Weisung Gorčakovs kann daher nur kurz vor dem 12. Februar abgefaßt worden sein.

[2]) Andrássy an Károlyi, 4. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) General Werder an Kaiser Wilhelm, St. Petersburg, 4. Februar 1878.

[4]) Siehe die Beitrittserklärungen im „Rotbuch“, 1877—1878, S. 62, 63, 68.

6. oder 10. März plante,[1]) durch nichts zu stören, ließ der Minister Wien als Ort der Zusammenkunft fallen und schlug dafür Brüssel oder Baden-Baden vor.[2]) Bestimmend für diesen Entschluß war die Rücksicht auf den möglicherweise schädlichen Einfluß, den die stark oppositionell gefärbte Wiener Presse auf den Gang der Verhandlungen der Konferenz zu nehmen vermöchte. Andrássys Nachgiebigkeit ging jetzt sogar so weit, daß er bereit war, den von ihm dem deutschen Kanzler zugedachten Vorsitz dem russischen Staatskanzler zu überlassen — um dessen grenzenloser Eitelkeit Rechnung zu tragen. Der Minister sah allerdings voraus, daß er für seine Person in diesem Falle dem russischen Präsidium gegenüber auf einem, wie er sagt, „Oppositionsbänkchen“ Platz werde nehmen müssen.[3])

Der 80jährige russische Staatskanzler, der zuerst vor der weiten Reise nach Baden-Baden nicht zurückscheute, erklärte plötzlich, nicht fahren zu wollen. Als er hörte, daß weder Bismarck noch Lord Beaconsfield an den Beratungen teilnehmen würden, kündigte auch er sein Fernbleiben an — Gorčakov hätte gemeint, sich etwas zu vergeben, wenn er nur mit Botschaftern und nicht mit den leitenden Ministern zu verhandeln gehabt hätte. Nunmehr schien das ganze „Kongreßprojekt mit den Kabinettchefs“ gefährdet zu sein.[4]) Andrássy aber hielt unverrückt fest an dem Vorsatz seiner persönlichen Teilnahme.[5]) Im letzten Moment besann sich jedoch Gorčakov eines besseren. Mit Umgehung Andrássys machte er direkt dem Fürsten Bismarck den Vorschlag, der Kongreß solle in Berlin in Anwesenheit aller leitenden Staatsmänner stattfinden.[6]) Der deutsche Kanzler war über diese Aussicht gar nicht erfreut. Einerseits fürchtete er Einflüsse des russischen Hofes auf den deutschen, an dem eigentlich nur Kaiserin Augusta antirussisch gesinnt war,[7]) und anderseits drückte schwer auf ihn das Gewicht der Verantwortung rücksichtlich des Ausganges des Kongresses.[8]) Doch glaubte Bismarck nicht ab-

---

[1]) „Rotbuch“ a. a. O., S. 70.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Károlyi, 18. Februar 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem, 20. Februar 1878. Ibidem.

[5]) Dritte Weisung Andrássys vom selben Tag. Ibidem.

[6]) Andrássy an Károlyi, 4. März 1878. „Rotbuch“ a. a. O., S. 73.

[7]) Károlyi an Andrássy, 2. März 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[8]) Idem ad eundem, 11. März 1878. Ibidem.

lehnen zu dürfen, hatte ihm ja Gorčakov, wie er äußerte, sozusagen ins Gewissen geredet und ihm vorgehalten, daß durch die Abhaltung des Kongresses in Berlin dieser beschleunigt und manche Schwierigkeit beseitigt würde. So fügte sich der deutsche Kanzler der Pflicht gegenüber Europa und der Freundschaft für seine Freunde. Andrássy, dem nur Petersburg als Sitz des Kongresses zuwider gewesen wäre, erhob weiter keinen Einspruch gegen den neuesten Vorschlag Gorčakovs. Er schrieb hierüber an Károlyi: „Es war immer mein Gedanke, daß, wenn die Wahl, worüber ich jetzt sehr froh bin, nicht auf Wien fallen könnte, Berlin als der zweckmäßigste Ort für den abzuhaltenden Kongreß erscheinen würde.“[1]) Im ersten Augenblick hatte Andrássy gemeint, der russische Staatskanzler nehme zu diesem Manöver nur deshalb Zuflucht, um das Recht der Einladung zum Kongreß an sich zu reißen. Wegen des höchst üblen Eindruckes, den ein solcher Vorgang in Oesterreich-Ungarn hervorrufen mußte, hielt es der Minister nicht für zulässig, dem nachzugeben. Er selbst wollte den Mächten im Namen der Monarchie die Mitteilung machen, daß keine Konferenz nach Baden-Baden, sondern der Wichtigkeit der Verhandlungen wegen ein Kongreß nach Berlin einberufen werden solle. Erst wenn dies von den Großstaaten zur Kenntnis genommen worden, hätte die förmliche Einladung von seiten des Deutschen Reiches zu erfolgen.[2])

Nachdem der deutsche Kanzler diesen modus procedendi gebilligt, ermächtigte Andrássy am 6. März die Botschafter zu dessen Bekanntgabe an die Höfe von London, Paris und Rom. Der italienische Ministerpräsident Depretis nahm die Eröffnung des Freiherrn von Haymerle zustimmend entgegen.[3]) Bot sich doch jetzt die schönste Gelegenheit, das neubegründete junge italienische Königreich zum erstenmal seit seinem Bestande auf einem Kongresse im Rate der ersten Minister der Großmächte erscheinen zu sehen. In einer ungleich heikleren Lage befand sich Frankreich. Während der Verhandlungen über den Frieden von 1856 in Paris hatte es die vornehmste Rolle gespielt, die jetzt an seinen mächtigen Gegner übergegangen war. Sollte sich jedoch deswegen Frankreich in den Schmollwinkel stellen und nicht den günstigen

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 4. März 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem. Die im „Rotbuch“ a. a. O., S. 73, veröffentlichte Weisung vom 4. März ist nicht vollständig.

[3]) „Rotbuch“, S. 75.

Moment ergreifen, der es ihm ermöglichte, aus seiner Isolierung herauszutreten und wieder als gleichberechtigte Macht neben den anderen großen Staaten den ihm gebührenden Platz einzunehmen? Klug war es daher von Waddington, dem damaligen französischen Minister des Aeußern, sich über alle entgegenwirkenden Einflüsterungen hinwegzusetzen und die Mitwirkung seines Landes auf dem Kongresse zuzusagen. Doch stellte er die Bedingung, daß auf demselben nur die durch den Krieg zwischen Rußland und der Türkei aufs Tapet gelangten Fragen behandelt werden dürfen. Als er hierfür die Garantie Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beanspruchte,[1]) ward sie ihm auch bereitwilligst gegeben.[2])

Von der größten Wichtigkeit war es, wie sich England zur Frage der Beschickung des Kongresses verhalten würde. Am 9. März traf die englische Antwort auf das Zirkular Andrássys vom 3. März ein. Wenig verheißungsvoll für das Zustandekommen des europäischen Areopags. Die Engländer stellten eine Forderung auf, die Rußland höchst unangenehm sein mußte. Das englische Kabinett knüpfte seine Anteilnahme an den Beratungen des Kongresses an die Bedingung, daß diesem der Friedensvertrag von San Stefano in seiner Gänze vorgelegt werde. Europa sollte dadurch in die Lage versetzt werden, prüfen zu können, inwiefern die Bestimmungen von San Stefano sich im Einklange mit den Verträgen von 1856 und 1871 befänden. Jede Abweichung von denselben sollte nur erst dann völkerrechtliche Gültigkeit erlangen, wenn sie die europäische Sanktion erhalten habe.[3]) Gorčakov suchte sich diesem berechtigten Verlangen dadurch zu entwinden, daß er erklärte, alle Bestimmungen von europäischem Interesse könnten auf dem Kongreß verhandelt werden.[4])

Bei dieser diametral entgegengesetzten Auffassung der Lage war an ein Nachgeben von keiner Seite zu denken. Dem stand schon die feindliche Haltung Englands entgegen, das unter dem Vorwande des Schutzes englischer Untertanen bereits im Februar seine Schiffe nach dem Bosporus gesandt hatte, um die türkische Hauptstadt vor einer Ueberrumpelung durch die russische Heeresleitung zu behüten. Die große Erregung, die dieser Vor-

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 7. März 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) „Rotbuch“ a. a. O., S. 75 u. 77.
[3]) Ibidem, S. 77 u. 78.
[4]) Ibidem, S. 79.

gang in St. Petersburg erregte, verdolmetschte Alexander II. gegenüber General Werder mit den Worten: Er sei entschlossen, diese Ohrfeige nicht ruhig hinzunehmen.[1]) Es bestand die Gefahr, daß der Russisch-Türkische Krieg seine Fortsetzung in einem russisch-englischen Feldzuge finden werde. In London herrschte eine Stimmung, die an die bewegten Tage aus der Zeit des Krimkrieges erinnerte. Das englische Kabinett selbst war in zwei Lager geteilt, von denen das eine für Aktion, das andere für Mäßigung eintrat. Lord Derby und Lord Carnarvon, die einer friedlichen Austragung zuneigten, nahmen ihre Entlassung.[2]) An Stelle Lord Derbys, des bisherigen Ministers des Aeußern, trat Lord Salisbury, der sich ganz und gar mit Lord Beaconsfield identifizierte. Die neue Regierung verlangte vom Parlamente einen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling. Lord Hartington, der jetzige Führer der Opposition, bezeichnete diese Vorkehrung als „vernünftige Versicherung gegen mögliche Gefahren",[3]) Gladstone jedoch als „törichten und schädlichen Vorschlag".[4])

Dem kriegerischen Auftreten der englischen Regierung, die auch die Einberufung der Reserven beantragte, setzte Rußland einen Schachzug entgegen, durch den Oesterreich-Ungarn von England getrennt werden sollte. Das Zarenreich brauchte das militärische Aufgebot Großbritanniens erst dann zu fürchten, wenn dieses durch die Macht Oesterreich-Ungarns auf dem Kontinente unterstützt wurde. In Petersburg scheint man gewußt zu haben, daß Franz Josef I., wohl empört über den Frieden von San Stefano, sich doch nur höchst ungerne zu einem Kriege mit Rußland entschließen würde.[5]) Diese Stimmung trachtete man nun auszunützen. Kaiser Alexander II. hatte schon den Versuch unternommen, durch seinen Schwager, den Prinzen Alexander von Hessen, in einem für seine Sache günstigen Sinne auf unseren Monarchen einzuwirken.[6]) Als aller Wahrscheinlichkeit nach der hessische Prinz die ersehnte Botschaft von der friedlichen Gesinnung Franz Josefs I. nach St. Petersburg übermittelte, richtete Alexander II. ein eingehendes Schreiben an den Kaiser. Es über-

---

[1]) General Werder an Kaiser Wilhelm I., St. Petersburg, 16. Februar 1878.

[2]) Lord Carnarvon trat im Januar und Lord Derby im März zurück.

[3]) Fitzmaurice, „Life of Granville", Bd. II, S. 173.

[4]) John Morley, „The life of Gladstone", Bd. II, S. 573.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. März 1878.

[6]) Ibidem.

floß von den friedfertigsten Gesinnungen. Der Zar versicherte, kein höheres Streben als die Ausgleichung der Gegensätze zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu kennen — ein Werk, das auf dem Kongresse seiner Lösung zugeführt werden könne, das aber Englands übler Wille störe, woraus schwere Folgen für ganz Europa zu besorgen seien. Hier vermöge nur allein das Einvernehmen zwischen den drei Kaiserhöfen Abhilfe zu schaffen. Zu diesem Behufe sandte Alexander II. den General Ignatjev nach Wien, der beauftragt war, der österreichisch-ungarischen Regierung alle nötigen Aufklärungen zu erteilen, um eine Annäherung der beiden Kabinette zu erzielen. Ihn, den ehemaligen Botschafter in Konstantinopel, den Schöpfer des Friedens von San Stefano, hielt Alexander II., merkwürdig genug, geeigneter als irgendeinen seiner Staatsmänner für die ihm übertragene Aufgabe. Behauptete doch der Zar, Ignatjev sei von dem Bestreben erfüllt, die Interessen Rußlands mit denen Oesterreich-Ungarns in Einklang zu bringen.[1])

Als Andrássy am 24. März aus Petersburg die Nachricht erhielt, Ignatjev habe sich am selben Tage in außerordentlicher Mission nach Wien begeben, war er von der ohne vorhergängige Ankündigung erfolgten Sendung des intrigantesten der russischen Diplomaten sehr überrascht. Im ersten Moment glaubte er sogar, daß damit Absichten in Verbindung ständen, die eine Vereitlung des Kongresses bezwecken.[2]) Auch in Berlin tappte man im Dunkeln über dieses unerwartete hochpolitische Ereignis. Sonderbarerweise ließ Gorčakov in Berlin kein Wort über das eigentliche Ziel der Reise Ignatjevs verlauten; vielmehr verlangte er, daß man dessen noch unbekannte Aufträge in Berlin unterstütze.[3]) Nicht lange dauerte es, bis der russische General selbst Graf Andrássy in das Geheimnis seiner Mission einweihte. Sie bestand darin, volle Klarheit über die Stellung der Monarchie gegenüber der kriegerischen Haltung Englands zu gewinnen; ferner Gewißheit zu erlangen, ob Aussicht vorhanden sei, das gestörte Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn neuerdings befestigen zu können. Andrássy bezeigte guten Willen, in die dargebotene Freundeshand einzuschlagen. Doch ließ er dem russischen Abgesandten keinen

---

[1]) Alexander II. an Kaiser Franz Josef I., 11./23. März 1878. Ungedruckt.

[2]) Andrássy an Károlyi, 24. März 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Károlyi an Andrássy, 25. März 1878. Ibidem.

Zweifel darüber, daß die Basis, auf der sich nunmehr die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kabinetten zu bewegen hätten, eine ganz andere geworden sei, als sie es vor dem Frieden von San Stefano gewesen. Denn darüber könne niemand im unklaren sein, daß die Ziele, die Rußland durch diesen Friedensvertrag anstrebe, weder mehr mit dem Geiste noch mit dem Buchstaben der zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Konventionen vom 15. Januar 1877 übereinstimmen. Ignatjev hatte demgegenüber die Kühnheit, zu behaupten, daß er die Friedensbedingungen mit voller Rücksicht auf die Interessen Oesterreich-Ungarns und gemäß den zwischen der Monarchie und Rußland getroffenen Abmachungen verfaßt habe. Er sei jedoch neugierig, meinte der russische General, die Punkte kennen zu lernen, deren Abänderung in Wien gewünscht werde, um das gute Einvernehmen wieder herzustellen. Wie bereits den Prinzen Alexander von Hessen, so verwies Graf Andrássy auch Ignatjev auf die Landkarte, auf der die durch den Frieden von San Stefano bestimmte und so viel Unbehagen erzeugende Abgrenzung Großbulgariens eingezeichnet war. Gleich dem hessischen Prinzen las der Minister auch dem russischen Vertreter jene Stelle aus dem 3. Artikel der „Convention additionnelle“ vor, der die Bildung jedes kompakten slawischen Staates ausschloß,[1]) womit das neugeschaffene Bulgarien in schreiendstem Widerspruch stehe. Getrost, sagte Andrássy, unterwerfe er dem Spruche welchen Schiedsrichters immer, sei es des Kaisers Wilhelm oder des Kaisers Alexanders selbst, die Entscheidung darüber, ob ein Bulgarien, wie es der Friede von San Stefano umgrenze, nicht einen großen, kompakten slawischen Staat darstelle, der im Sinne der Konventionen nie zustande kommen durfte. Nun versuchte Ignatjev, von Andrássy in die Enge getrieben, seinen guten Glauben zu beweisen, von dem er sich bei der Abgrenzung Bulgariens leiten ließ. Er beging die Ungeheuerlichkeit, sich auf eine Karte zu berufen, die Novikov Andrássy nach Abschluß der Konvention übergeben haben sollte, auf der die Westgrenze des zukünftigen Bulgarien durch einen roten Strich ersichtlich gemacht worden sei und gegen die Oesterreich-Ungarn keinen Einspruch erhoben hätte. Die Karte, be-

---

[1]) Der Artikel lautet: „En cas d'un remaniement territorial ou d'une dissolution de l'empire ottoman l'établissement d'un grand état compact slave où autre est exclu; en revanche la Bulgarie, l'Albanie et le reste de la Roumelie pourraient être constituées en états indépendants.“ Ungedruckt.

hauptete Ignatjev, habe ihm als Leitfaden bei den Bestimmungen des Friedens gedient; er hätte gar nicht glauben können, man werde in denselben eine Verletzung österreichisch-ungarischer Interessen erblicken. Das war denn doch mehr, als selbst ein Ignatjev sich erlauben durfte, der nie in Verlegenheit geriet, wenn es sich darum handelte, die Situation durch eine Lüge zu retten. Andrássy blieb ihm auch die Antwort nicht schuldig. Es war ja richtig, daß Novikov dem Minister eine Karte der Türkei mit einigen begleitenden Zeilen übersandt hatte. Aber nicht mit einem einzigen Worte war darin der Abgrenzung Bulgariens gedacht worden. Die auf der Karte in der Richtung gegen Thessalien gezogene rote Linie hielt Andrássy vielmehr für die Absteckung der Grenze, die für die beabsichtigten griechischen territorialen Veränderungen geplant war. In Petersburg, wohin Andrássy jetzt das Schreiben Novikovs zur Einsicht gelangen ließ, konnte man sich sehr bald überzeugen, daß in demselben von allem möglichen, nur nicht von Bulgarien die Rede war. Weder die vertrauliche Korrespondenz zwischen Alexander II. und Franz Josef I., noch der schriftliche Meinungsaustausch der beiden Regierungen nahm Bezug auf die von Ignatjev erwähnte Karte. Ebenso bezeichnend ist es, daß Novikov in den langen und eingehenden Unterredungen mit Andrássy über die Abgrenzung Bulgariens nicht einmal gesprächsweise die mit dem roten Striche versehene Karte erwähnte. Ganz gewiß würde der russische Botschafter das getan haben, wenn er in diesem roten Striche die zukünftige Westgrenze von Bulgarien und in der Entgegennahme der Karte die stillschweigende Zustimmung Oesterreich-Ungarns zu jener Abgrenzung erblickt hätte. Diesen triftigen Gründen gegenüber fand Ignatjev keine andere Entgegnung, als daß man ihm die bewußte Karte als eine mit Oesterreich-Ungarn verabredete Instruktion mit auf den Weg gegeben und er infolgedessen danach in gutem Glauben die Abgrenzung Bulgariens vornahm. Das möge — antwortete hierauf Andrássy — für ihn, Ignatjev, als Entschuldigung seiner Regierung gegenüber gelten, zwischen den Kabinetten jedoch bestehe diese Tatsache nicht. Nochmals wies der Minister nachdrücklichst auf die sowohl in Oesterreich-Ungarn wie in England erzeugte große Erregung hin, welche durch die auf Kosten der nichtslawischen Elemente des Balkans erfolgte Ausdehnung Bulgariens erzeugt worden sei. Nur in dem Falle wäre ein Handinhandgehen mit England hintanzuhalten, wenn die österreichisch-ungarische Regierung die Erklärung abzugeben vermöchte, die

Interessen der Monarchie seien vollkommen gewahrt und gesichert, daher auch keine Nötigung bestehe, sich dem englischen Standpunkt anzuschließen und von der Drei-Kaiser-Entente abzuweichen.[1])

Nachdem Andrássy hierauf die Abänderungen gekennzeichnet hatte, die an dem Vertrage von San Stefano vorgenommen werden müßten, verfaßte Ignatjev auf Grundlage des Vernommenen ein Memoire. Es sollte ein summarisches Bild der Wünsche Andrássys enthalten. Hier hieß es: Oesterreich-Ungarn verbleibt auf der Basis des Drei-Kaiser-Bundes und wird in einem Kampfe zwischen Rußland und England eine der ersteren Macht wohlwollende Neutralität beobachten. Die Monarchie besetzt nach vorheriger Verständigung der Türkei Bosnien und die Hercegovina, deren Okkupation vom Verlaufe der Verhandlungen des Kongresses abhängt. Sollte dieser jedoch nicht zustande kommen, so erfolgt die sofortige Besetzung. Sie wird auch Novi-Bazar umfassen. Oesterreich-Ungarn, das sich Aenderungen betreffs der Vergrößerung Montenegros und Serbiens vorbehält, stimmt der Abtretung Bessarabiens an Rußland zu. Außerdem wünscht die Monarchie die Schaffung einer autonomen, von Bulgarien gänzlich unabhängigen Provinz „Mazedonien" mit Salonichi als Hauptstadt. Nach der Räumung Rumeliens dürfen die nicht mehr als 20 000 Mann zählenden russischen Truppen nicht länger als sechs Monate in Bulgarien verbleiben.[2])

Ignatjev, der ausdrücklich betonte, daß er zu eigentlichen Unterhandlungen nicht befugt sei, legte dem Grafen Andrássy sein Memoir vor, damit er daran die ihm nötig erscheinenden Verbesserungen vornehme. Das lehnte der Minister aufs entschiedenste ab. Andrássy gab wohl zu, daß die Aufzeichnungen Ignatjevs im allgemeinen den Standpunkt Oesterreich-Ungarns widergeben, trotzdem vermöge er weder direkt noch durch etwaige Aenderungen den Text als von ihm aus-

---

[1]) Andrássy an Freiherrn von Langenau in St. Petersburg, Wien, 2. April 1878.

[2]) Memoire Ignatjevs vom 17./29. März 1878, beigelegt der Weisung Andrássys an Langenau vom 2. April 1878. Hanotaux a. a. O., Bd. IV, S. 341, gibt ein ganz kurzes Resumé der Unterredungen zwischen Andrássy und Ignatjev nach den Aufzeichnungen Karatheodory Paschas, das aber nicht dem wahren Sachverhalte entspricht. Davon war keine Rede, daß „Mazedonien" unter die österreichisch-ungarische Einflußsphäre gestellt werden müsse. Auch von einem Zollverein der Balkanländer des Westens mit Oesterreich-Ungarn findet sich im Memoire Ignatjevs keine Spur.

gehend zu bestätigen. Was der russische General in seinem Memoir sagte, war ganz nach dessen russischer Auffassung entworfen worden. Andrássy und Ignatjev trennte jedoch ein großer prinzipieller Unterschied, der in dem russischen Memoir gar nicht zum Ausdruck gelangte. Ignatjev gab der ganzen Angelegenheit absichtlich die Färbung, als würde Oesterreich-Ungarn die bisherigen Verabredungen mit Rußland außer acht gelassen haben. Damit entfernte sich der russische Diplomat nur wieder vom Wege der Wahrheit. Vielmehr war es Rußland, das durch den Frieden von San Stefano eine ganz neue politische Situation geschaffen hatte. Wohlweislich hütete sich Andrássy, durch etwaige Mitarbeiterschaft an dem Memoir den Behauptungen Ignatjevs den geringsten Schein von Glaubwürdigkeit zu leihen. Darüber sollte in St. Petersburg volle Klarheit herrschen. „Ew. Exzellenz" — schrieb der Minister an Langenau — „wollen sich, wenn Sie in die Lage kommen, mit dem Fürstkanzler (Gorčakov) über die Sache zu sprechen, stets davon leiten lassen, daß wir auf dem Boden der Abmachungen stehen und nur, um eine Verständigung auch auf der von Rußland geschaffenen neuen Basis zu ermöglichen, ihm auch über dieses Terrain hinaus zu folgen gezwungen sind." [1])

Am 31. März verließ Ignatjev Wien.[2]) Gleich damals hat es kein Geringerer als der sich der besonderen Gunst des Zaren erfreuende General Todleben höchst unpassend gefunden, daß man gerade Ignatjev, den Schöpfer des „Machwerkes" von San Stefano, zu der „konzilianten" Mission ausersehen habe.[3]) Ignatjev freilich stellte sich, als kennte er kein höheres Ziel, denn Freundschaft zwischen uns und seinem Vaterlande. Noch unmittelbar vor seiner Abreise sagte er zu Baron Orczy, er werde sein möglichstes tun, damit wir beruhigt würden. Novikov zog das sofort in Zweifel.[4]) Und mit Recht, wie das Gespräch Ignatjevs mit dem preußischen Diplomaten, Baron Ring, beweist. Zu diesem äußerte er: „Wenn ich noch einige Zeit keinen Erfolg erringen kann, so werde ich Andrássy springen lassen." — „Herr Botschafter," — entgegnete hierauf Ring — „Sie vergessen dabei nur, daß Andrássy kein Großwesir und Seine k. und k. Majestät kein Sultan ist, und wenn

---

[1]) Andrássy an Langenau, 2. April 1878.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 31. März 1878 (ung.).

[3]) Oberst Bechtolsheim, Petersburg, 18. April 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 31. März 1878 (ung.).

Sie es wagen würden, auch nur ein Wort über die Entfernung des Ministers des Aeußern zu sagen, Sie sich der Gefahr aussetzen, selbst wenn der Kaiser mit Andrássy unzufrieden wäre, noch am selben Tag zwischen zwei Gendarmen Wien verlassen zu müssen." [1])

War Ignatjev auch nicht der richtige Friedensbote, so ist es doch gewiß, daß in Wien trotzdem ernste Neigung zu einem Vergleich mit Rußland bestand. Freilich nur unter der Bedingung, daß es den Ansprüchen entsage, die die Interessen der Monarchie gefährden. Franz Josef I., der, gleich seinem Minister des Aeußern, den schleunigsten Zusammentritt des Kongresses wünschte, bedauerte nichts mehr, als daß dieser durch das jüngste Verhalten Englands wieder in Frage gestellt worden. Der Monarch teilte die Ansicht des Zaren, die Entente zu stärken, und hoffte, daß es möglich sein werde, auf Grundlage der von Andrássy dem General Ignatjev bezeichneten Abänderungen ein friedliches Uebereinkommen zu treffen.[2])

Obgleich Andrássy in fortwährender Verbindung mit dem englischen Kabinette stand, mit diesem über die Teilnahme der Monarchie an einem Kriege gegen Rußland verhandelte, hatte er doch kein rechtes Vertrauen zu dem Ernste der kriegerischen Absichten Britanniens. Er war stets davon durchdrungen gewesen, daß England niemals ernstlich den Krieg mit Rußland gewollt,[3]) von dem er wie von einem Kampf zwischen Haifisch und Wolf sprach.[4]) Die militärischen Mittel Albions imponierten ihm auch nicht sehr. Mit großen Kosten hatte das englische Kabinett 7000 Mann aus Indien herangezogen und in Zypern gelandet, eine Truppenzahl, mit der, wie Andrássy ganz richtig bemerkte, wir uns nicht getraut hätten, von Metković nach Konjica zu gehen.[5]) Immer besorgte der Minister, daß England nur einschüchternde Demonstrationen bezwecke, Oesterreich-Ungarn als Mauerbrecher für seine egoistischen Zwecke gebrauchen wolle, um es dann im Stich zu lassen. Scheute sich doch die englische Regierung nicht, das gleiche Spiel in Konstantinopel aufzuführen, wo es jetzt die bereits zu Tode verwundete

---

[1]) Kállay an Andrássy, Philippopel, 11. November 1878. Ring selbst machte Kállay diese Mitteilung. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Kaiser Franz Josef I. an Alexander II., 2. April 1878. Ungedruckt.

[3]) Andrássysche Aufzeichnungen über den Ministerrat vom 24. August 1878.

[4]) Orczy an seine Mutter, 24. März 1878.

[5]) Andrássysche Aufzeichnungen über den Ministerrat vom 24. August 1878.

Türkei von neuem zu einem Bündnisse mit England zu drängen und in den Krieg mit Rußland hineinzuhetzen trachtete. Es ist interessant, wie die drei Vertreter Englands, Oesterreich-Ungarns und Frankreichs, Layard, Graf Franz Zichy und Fournier, den Pfortenministern Mut einzuflößen versuchten, weshalb man sie die „Kriegsbotschafter" nannte.[1] Gewiß aber handelte Graf Zichy in dieser Beziehung auf eigene Faust, ohne Aufträge aus Wien. Eine stark impressionable Natur,[2] paßte er seine Meinung stets der desjenigen an, der ihm durch das Gewicht seiner Persönlichkeit zu imponieren verstand. Wie früher ganz im Bann Ignatjevs,[3] so holte er sich jetzt täglich seine Parole vom englischen Botschafter Layard, der ihn ganz beherrschte.[4])

Erschien Andrássy die Kriegslust des britischen Kabinettes nie stark genug, um sie zu einem Faktor weitausgreifender Pläne zu machen, so war sie als Drohung zur Einschüchterung Rußlands immerhin sehr erwünscht. Mochte er nun vom Kesseltreiben der drei Botschafter in Konstantinopel Kenntnis haben oder nicht, in keinem Falle konnte es ihm unangenehm sein, daß auch die Türkei Neigung zeigte, im Vereine mit den Engländern wieder die Waffen gegen die vor ihren Toren stehenden russischen Truppen zu ergreifen. All diese Bestrebungen paßten in sein System, den russischen Hochmut, wie er in dem Vertrage von San Stefano zutage getreten war, in seine Schranken zurückzuweisen. Wie richtig Andrássy die Situation beurteilte, als er dem Feuereifer der englischen Staatsmänner keine allzu lange Dauer zumutete, dafür lieferten ihm die gerade jetzt im Moment der höchsten Spannung zwischen dem Londoner russischen Botschafter Šuvalov und Lord Salisbury eingeleiteten Verhandlungen den unwiderleglichsten Beweis. Die russische Politik befolgte in London die gleiche Taktik, die sie bereits in Wien durch die Sendung Ignatjevs zur Anwendung brachte: auch der neueste Schritt sollte einen mächtigen Keil zwischen die Freundschaft Oesterreich-Ungarns und Englands hineintreiben. Ungeachtet des scharfen, den Frieden von San Stefano verurteilenden Rundschreibens Lord Salisburys, des neuen englischen Ministers des

---

[1]) Reuß, Pera, 2. April 1878.

[2]) Andrássy an Beust, 17. Januar 1878.

[3]) Przibram a. a. O., Bd. II, S. 38.

[4]) Reuß, Pera, 2. April 1878.

Auswärtigen, vom 1. April 1878,[1]) benützte es der schlaue russische Staatskanzler trotzdem zur Eröffnung einer Türe, durch die man zur Verständigung mit England gelangen könnte. In fast harmloser Weise warf er in seiner Entgegnung auf das englische Rundschreiben die Worte hin: Salisbury sagt uns wohl, was er nicht will, aber nicht, was er will. Damit war der Weg zur gegenseitigen Aussprache eröffnet. Nach den angeführten Worten Gorčakovs ist es kaum glaublich, daß Šuvalov, wie behauptet worden,[2]) auf eigene Faust, ohne Ermächtigung von St. Petersburg aus, die Initiative zu einem Gedankenaustausch mit Salisbury ergriffen habe. Tat er es dennoch, so wußte er sehr wohl, daß Kaiser Alexander II. seine damit verbundene friedliche Absicht nicht verleugnen werde. Kannte er doch genau die Gesinnung des Zaren, der nicht lange vorher mit bewußter Tendenz zum englischen Botschafter gesagt hatte, daß er immer seinen Beziehungen zu England sehr große Wichtigkeit beigelegt habe und ein Bruch derselben sehr bedauernswert wäre.[3]) Unter der Bedingung gegenseitiger Geheimhaltung wurden die Verhandlungen zwischen Šuvalov und Salisbury betrieben. Sie ergaben das überraschende Resultat, daß Rußland auf die Forderung Englands eingehe, den Umfang Bulgariens bis zum Balkan einzuschränken und Südbulgarien (Ostrumelien) der Türkei zu lassen, wenn sich England verpflichte, gegen die russische Erwerbung Batums und der armenischen Gebiete keinen Einspruch zu erheben, sowie auch der Wiedereinverleibung Bessarabiens in Rußland keine Schwierigkeiten zu bereiten. Da Šuvalov derlei, die ganze Lage von Grund aus ändernde Abmachungen nicht ohne die bestimmte Ermächtigung Alexanders II. unterfertigen durfte, entschloß er sich, sie persönlich in Petersburg zu vertreten. Auf dem Wege dahin wollte er noch bei Bismarck in Friedrichsruh vorsprechen, um den deutschen Kanzler in das Geheimnis der russisch-englischen Verständigung einzuweihen.

Wie sehr diese ganze Aktion gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet war, geht wohl am schlagendsten daraus hervor, daß Rußland sofort beim ersten Schimmer einer Annäherung an England einen sehr hochmütigen Ton gegenüber der Monarchie anschlug. Die üble militärische Lage, in der sich damals das Zarenreich be-

---

[1]) „Das Staatsarchiv“, Bd. 34.

[2]) Hanotaux a. a. O., Bd. IV, S. 337.

[3]) Schweinitz, St. Petersburg, 12. März 1878.

fand, berechtigte es allerdings keineswegs zu einer derartigen Haltung. Man glaubte aber, auf diese Weise seinem Verdrusse über die rückhaltlose Sprache Andrássys gegenüber Ignatjev die Zügel schießen lassen zu sollen. Gorčakov ließ daher in Wien ein „Promemoria" überreichen, das in keiner Weise dem Begehren Andrássys Rechnung trug, ja in manchen Punkten den Interessen Oesterreich-Ungarns noch abträglicher war als selbst der Friede von San Stefano. Hatte Andrássy zur Sicherung der Handelsverbindungen Novi-Bazar gefordert, so verlangte jetzt Rußland, daß dieses Gebiet zur Gänze zwischen Montenegro und Serbien geteilt werde. Das war weit mehr, als selbst im Frieden von San Stefano festgesetzt worden, wo wenigstens über einen Teil des Landstriches zwischen Serbien und Montenegro noch nichts verfügt wurde. Gleichsam wie Hohn nahm es sich aus, daß die russische Regierung uns wegen Sicherung unserer Verkehrsinteressen auf Unterhandlungen mit — Serbien und Montenegro verwies. Die Einwendungen Andrássys gegen den Anschluß des Küstengebietes bis zur Bojana an Montenegro fanden keine Beachtung. Dagegen stellte man an unsere Regierung die Zumutung, sich schriftlich mit den Bestimmungen des Friedens von San Stefano solidarisch zu erklären.[1])

Für Andrássy, der im ersten Augenblicke nicht wußte, ob das Ganze, wie er sagt, im „Spaß oder Ernst" gemeint sein solle,[2]) war es eine ausgemachte Sache, daß all dies von der Monarchie nicht angenommen werden könne und sie nicht nachgeben dürfe.[3]) Bereits unterrichtet davon, daß in London Besprechungen zwischen Šuvalov und Salisbury stattgefunden hätten, vermochte er sich nicht von der Besorgnis loszuringen, man trachte England weitgehende Konzessionen in Asien zu machen, um uns zu isolieren.[4]) Andrássy legte daher das größte Gewicht darauf, daß Bismarck genau von dem Verlauf der Erörterungen zwischen uns und Rußland im Moment der Ankunft Šuvalovs in Friedrichsruhe unter-

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 9. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern. In dem „Promemoria", 8. Mai 1878, heißt es: „Si l'accord ne faisait sur ces nouvelles bases entre les deux cours, le gouvernement austro-hongrois s'engagerait par un ache écrit à se rendre solidaire avec la Russie sur le terrain diplomatique quant aux autres clauses du traité préliminaire de San Stefano."

[2]) Marginalnote Andrássys zum russischen „Promemoria" vom 8. Mai 1878.

[3]) Andrássy an Károlyi, 9. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

richtet sei, „damit nicht etwa“ — wie es in der Weisung an Károlyi heißt — „das Petersburger Kabinett durch die Aussicht auf eine Verständigung mit England sich zum Festhalten an einem Standpunkt ermutigt fühle, den wir in keiner Weise zuzugeben gesonnen sind.“[1]) Andrássy wollte es Bismarck nahegelegt wissen, daß die zum Nachgeben gegenüber England genötigte russische Regierung eine Ablenkung suchen werde für den deswegen hervorgerufenen Groll der russischen Chauvinisten, der sich dann in noch größerer Rücksichtslosigkeit als schon bisher gegen die Monarchie äußern würde. Auch das sollte dem deutschen Reichskanzler nicht vorenthalten bleiben, daß die öffentliche Meinung ihn für das ohne Berücksichtigung der österreichisch-ungarischen Interessen zustande gekommene englisch-russische Separatabkommen verantwortlich machen werde. Wie könnte es auch anders sein, nachdem alle Welt davon überzeugt sei, die Vermittlung zwischen England und Rußland wäre Bismarcks Werk, der im Einverständnis mit dem russischen Kabinett diesem die Interessen der Monarchie geopfert habe. „Ich würde“ — schreibt Andrássy hierüber — „einen solchen Ausgang sehr beklagen, nicht sowohl wegen der immediaten Folgen, gegen welche wir uns auch isoliert jedenfalls wehren müßten, als wegen der Unterstützung, die aus einer solchen irrigen Auslegung der deutschen Aktion den Gegnern unserer Entente mit Deutschland und für die Zukunft erwachsen würde.“[2]) Nach Andrássy war dieser „unliebsamen“ Situation nur zu entkommen, wenn Bismarck sich entschlösse, die „ohnehin sehr moderierten Punkte“ der Monarchie jetzt in Petersburg oder seinerzeit auf dem Kongresse entschieden zu befürworten.[3])

Dem Wunsche Andrássys entsprechend, wurde die Depesche, in der er den Stand der Verhandlungen skizziert hatte, vom Staatssekretär von Bülow sofort an Bismarck nach Friedrichsruhe gesandt. Sie lag auf dem Tische des Kanzlers, als Šuvalov bei ihm eintrat, um ihn von seinem Uebereinkommen mit dem englischen Kabinett in Kenntnis zu setzen. Die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns tat Bismarck unrecht, als sie seiner Vermittlung die Verständigung zwischen England und Rußland zuschrieb. Šuvalov selbst erzählt in seinen nachgelassenen „Erinnerungen“, daß Bismarck im höchsten Grade von seiner Eröffnung überrascht

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 9. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem, Wien, 17. Mai 1878. Idem.
[3]) Ibidem.

war, es ihm sogar mißfiel, daß man, anstatt mit Oesterreich-Ungarn, mit England über den Frieden unterhandelt hatte.[1]) Nach dem, was Bülow dem Grafen Károlyi im Namen Bismarcks sagte, daß er vollkommen unsere Ablehnung der russischen Vorschläge billige,[2]) ist wohl anzunehmen, der Reichskanzler werde auch Šuvalov gegenüber mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge gehalten haben. Bülow versicherte auch ausdrücklich, daß Bismarck Andrássys Auffassung gegenüber dem russischen Staatsmanne vertreten und das Verlangen Rußlands, Novi-Bazar zwischen Montenegro und Serbien aufzuteilen, direkt als frivol bezeichnet habe. Der Staatssekretär verwahrte sich auch dagegen, als hätte sich Deutschland je für ein Großbulgarien ausgesprochen.[3]) Das deutsche Kabinett habe sogar die wiederholt ausgesprochene Zumutung Rußlands, in dessen Interesse sein Wort in Wien zu erheben, entschieden abgelehnt und deutlich zu verstehen gegeben, es würde manche Bemerkungen gegen die russischen Vorschläge zu machen in der Lage gewesen sein, wenn es hierüber früher befragt worden wäre.[4]) Wie sehr sich aber auch Bismarck persönlich der Haltung Andrássys wohlwollend gesinnt zeigte, so vermied er es dennoch, diese auch diplomatisch zu der seinigen zu machen. Graf Károlyi faßte seine Eindrücke in die Worte zusammen: „Das Gewicht der offiziellen Sprache des Berliner Kabinettes wird immer bloß schüchtern und tropfenweise zu unseren Gunsten in die Wagschale gelegt, um sich vor dem Vorwurfe einer zu großen Parteinahme für unsere Interessen zu schützen.“[5]) Nicht nur allein die Rücksicht auf Rußland, das schon die geringste Aeußerung zu unserem Vorteile sehr übel nahm, sondern auch die auf Kaiser Wilhelm I. selbst legte Bismarck Zurückhaltung auf. Hatte doch

---

[1]) Hanotaux a. a. O., Bd. IV, S. 339, der die ungedruckten „Souvenirs“ Šuvalovs einsehen durfte. Wenn aber Hanotaux, ibidem 340, den Ausruf Bismarcks: „Oesterreich würde den Krieg nur im Verein mit Alliierten erklärt haben,“ dahin auslegt, daß dieser Alliierte „notwendigerweise“ nur Deutschland sein konnte, so irrt er. Bismarck, der von den Unterhandlungen Oesterreich-Ungarns mit England Kenntnis hatte, dachte nur an England als Alliierten, ohne das, nachdem es jetzt seinen Frieden mit Rußland machte, unsere Monarchie den Krieg allein nicht beginnen konnte. Von Deutschland als Bundesgenossen im Kampfe gegen Rußland war nie die Rede.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Ibidem.

[4]) Idem ad eundem, 18. Mai 1878. Ibidem.

[5]) Károlyi an Andrássy, 16. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

erst vor kurzem der Deutsche Kaiser an den ihm durch die innigsten Freundschaftsbande verbundenen Zaren geschrieben, daß, so verworren auch immer die politischen Verhältnisse sich gestalten, er immer noch auf eine friedliche Lösung derselben hoffe und es auch an seinem Bemühen nicht fehlen soll, dies Ziel zu erreichen.[1]) Ungeachtet des Strebens, „formell“ nicht die Grenzen der Parteilichkeit für den einen oder anderen Freund zu überschreiten, glaubte Graf Károlyi als aufmerksamer Beobachter doch einen, wenn auch noch nicht vollkommen sichtbaren Schritt Deutschlands im Interesse der Monarchie gegenüber Rußland wahrnehmen zu können.[2]) Eine Bestätigung fand dies in den Worten, die Bülow im Auftrage seines Chefs dem Grafen Károlyi zu übermitteln hatte und die lauteten: „Fürst Bismarck läßt den Grafen Andrássy bitten, überzeugt zu sein, daß sich in unseren Gefühlen zu Ihnen nichts geändert hat, wir bleiben die Alten.“[3])

* * *

Nicht um den Kongreß zu ermöglichen, streckte Rußland dem englischen Gegner die Hand entgegen. Dem Petersburger Kabinette lag sehr wenig am Kongresse. Vielmehr wäre es zu großen Opfern bereit gewesen, hätte es der Notwendigkeit entgehen können, den Frieden von San Stefano einer Versammlung der ersten Staatsmänner Europas zur Ueberprüfung vorlegen zu müssen.[4]) Aber sowohl Andrássy als England forderten dies. Nach der vorläufigen Anbahnung einer Verständigung mit dem britischen Kabinette konnte sich Rußland nicht weigern, den einzuberufenden Kongreß der Signatarmächte zu beschicken. Bereits am 25. Mai vermochte Graf Károlyi nach Wien zu melden, die Wahrscheinlichkeit des Zusammentrittes des Kongresses rücke immer näher heran.[5]) Nicht wenig trug dazu die Rückkehr Šuvalovs aus St. Petersburg nach London bei. Er hatte in seiner Heimat soeben einen Sieg über die jedem Frieden feindlichen Tendenzen errungen. An sein Erscheinen in London knüpften sich sofort gesteigerte Friedenshoffnungen. In aller Stille wurde denn auch am 30. Mai zwischen Šuvalov und Salisbury eine ver-

---

[1]) 29. April 1878.
[2]) Károlyi an Andrássy, 16. Mai 1878.
[3]) Károlyi an Andrássy, 20. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern
[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 2. Mai 1878 (ung.).
[5]) K. u. k. Ministerium des Aeußern.

trauliche Uebereinkunft getroffen, die als Grundlage für die Haltung beider Mächte auf dem Kongresse dienen sollte.[1])

Am 3. Juni erließ Bismarck die Einladung zum Kongreß in Berlin, der für den Fall der Zustimmung aller daran beteiligten Mächte in der deutschen Hauptstadt am 13. Juni eröffnet werden sollte. Für Andrássy bedeutete es einen großen moralischen Erfolg, daß er mit seinem Antrage auf Berufung eines Kongresses das siegreiche Rußland genötigt hatte, vor dem Forum ganz Europas eine Revision des Friedens von San Stefano vornehmen lassen zu müssen. Es war ihm geglückt, zu erreichen, was seine Absicht gewesen: Rußland sollte gleichsam auf die „Bank des Angeklagten" gesetzt werden.[2]) Die Russen freilich hatten sich in der Illusion gewiegt, daß sich sowohl unsere Monarchie als auch England vor einem durch sie geschaffenen Fait accompli beugen und jeden Widerspruch gegen dieses aufgeben würden. Sie mußten sich jedoch vom Gegenteil überzeugen. Insbesondere war Alexander II. höchst erstaunt über die Offenheit, mit der sich Andrássy gegenüber Ignatjev ausgesprochen hatte. Mochte der Zar einen Augenblick geglaubt haben, Franz Josef I. denke hierüber vielleicht doch anders als sein Minister, so hatte ihm der Brief des Kaisers an ihn vom 2. April eine arge Enttäuschung bereitet.[3]) Es gab keinen Zwiespalt in der höchsten Leitung der auswärtigen Geschäfte, und in Petersburg mußte man darauf gefaßt sein, Andrássy im vollsten Besitze des Vertrauens seines Herrschers in Berlin erscheinen zu sehen.

Der Minister war auch darauf bedacht, sich eine starke Position zu verschaffen, um seinem Worte im Rate der Minister der Signatarmächte ein entscheidendes Gewicht beimessen zu können. Zu Hilfe kam ihm dabei, daß endlich Juni 1878 das Gesetz über den Ausgleich zwischen den beiden Parlamenten sanktioniert wurde, der die Monarchie nach langen Streitigkeiten im Innern vor dem Auslande wieder in sich gefestet zeigte. Dagegen erfüllte Andrássy die Wahrnehmung eines in Oesterreich immer mehr um sich greifenden Pessimismus mit großer Sorge. Während Ungarn unter der Einwirkung des Ministers des Aeußern und des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza eine freundlichere Haltung gegenüber der äußern Politik Andrássys einzunehmen begann, faßte in Oesterreich das Mißtrauen

---

[1]) „Das Staatsarchiv" Bd. 34, S. 79.

[2]) Tagebuch Orczys, 12. April 1878.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 6. April 1878.

gegen diese immer tiefere Wurzeln. Die öffentliche Stimmung rechnete auf keinen Erfolg gegenüber dem herausfordernden Auftreten Rußlands. Vor einem Kriege scheute man zurück, wegen der damit verbundenen finanziellen Opfer, und war bereit, alles über sich ergehen zu lassen. Andrássy, der die große Gefahr erkannte, die in solcher Ergebung lag und die leicht die beste Situation in ihr Gegenteil verwandeln konnte, drang bei dem österreichischen Ministerium darauf, daß es mit allen Mitteln und aller Kraft einem so verhängnisvollen Pessimismus entgegenwirke. Andrássy unternahm es daher, vor den österreichischen Ministern ein Bild seiner bisherigen Politik zu entwerfen. Er wollte den Beweis erbringen, unter wie günstigen Verhältnissen Oesterreich-Ungarn zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf dem Kongresse erscheine und wie schädlich es für dieses wäre, wenn Europa von vornherein wüßte, die Monarchie sei entschlossen, für die Verteidigung ihrer Interessen keinen Heller zu verausgaben und keinen Mann zu mobilisieren. Es wäre in der Tat der größte Fehler gewesen, die Oesterreich-Ungarn jetzt so vorteilhafte Stimmung des Auslandes ungenützt vorübergehen zu lassen. Rußland hatte allerdings den Feldzug glorreich beendet, sich dadurch aber eher geschwächt als gestärkt. Anstatt Freunde hatte es sich Feinde geschaffen. Rumänien war von tiefstem Mißtrauen und Haß gegen das Zarenreich erfüllt. Es bewahrheitete sich somit, was Andrássy von Anbeginn vorausgesagt, daß alles möglich sei, nur nicht dauernde Freundschaft zwischen einem kleinen Lande und einem großen Staate, mit dem es sich zu kriegerischen Zwecken verbündet hatte. Die Erbitterung im rumänischen Volke und Heere gegen Rußland war so groß, daß rumänische Delegierte nach Wien kamen, um Andrássy das Anerbieten zu machen, ihm für den Fall eines Krieges mit Rußland 50000 Mann zur Verfügung zu stellen und Widdin durch unsere Truppen besetzen zu lassen. Andrássy hoffte auch Serbien zu gewinnen durch Unterstützung von dessen Wünschen auf Abtretung eines Stückes von Altserbien. Der Minister wußte ferner, daß sich die Russen bei den Bulgaren, über die Großfürst Nikolaus den Ausspruch gefällt: „Ce sont des brutes“, keiner besonderen Sympathie erfreuen. War es doch bekannt, daß seit Jahren, gerade wegen der Vorgänge bezüglich des Exarchates, ein entschiedener Gegensatz die bulgarische Bevölkerung, die nicht dem Panslawismus anhing, von Rußland trenne. Auch Montenegro, dieses im eminentesten Sinne des Wortes russische Protektionskind, suchte jetzt bereits Annäherung an unsere Monarchie.

Der Fürst hatte Andrássy benachrichtigt, er werde behufs einer Verständigung seinen Oheim nach Wien senden und sei bereit, auf jene ihm zugedachten Gebietsvergrößerungen zu verzichten, die uns nicht genehm wären. Selbst in der Meeresfrage wollte er sich nachgiebig erweisen. Andrássy zählte darauf, Montenegro durch dessen mit unserer Zustimmung erfolgte Vergrößerung noch mehr an uns zu fesseln.

Und wie waren unsere Beziehungen zu den Großmächten beschaffen?

Andrássy hatte die feste Ueberzeugung, daß Deutschland gewisse Interessen mit uns teile und in den vitalsten Fragen sich auf einer Linie mit uns bewegen werde, solange es dessen versichert sei, daß wir nicht die Absicht hegen, es durch ein Bündnis mit Frankreich zu bedrohen. Für die Unterstützung Deutschlands sprach auch die berechtigte Voraussetzung, daß Kaiser Wilhelm I. einem entstehenden großslawischen Reiche kaum Sympathien entgegenbringen dürfte. Italien, das anfangs auf der Lauer gestanden und nach verschiedenen Seiten herumtastete, schien nach allem, was man von dort erfuhr, eine Schwenkung in der Richtung seiner Politik vorgenommen zu haben. Dazu trug wesentlich die Erkenntnis eines möglichen Zusammenstoßes mit Oesterreich-Ungarn bei, und daß es infolge gewisser Winke aus Berlin von der Sorge beschlichen wurde, es könnte zwischen zwei Stühle zu sitzen kommen. Von nicht geringem Einfluß auf die italienischen Staatsmänner war die Erwägung der Möglichkeit, daß eine russisch-slawische Macht in das Mittelländische Meer eindringen könnte. Diese Eventualität veranlaßte denn auch Italien, wegen der Dardanellen Fühlung mit England zu suchen. Bei solcher Lage der Dinge war die Annahme berechtigt, die italienischen Politiker würden sich uns gegenüber auf dem Kongresse nicht feindselig bezeigen.

Ein gleiches durfte von Frankreich vorausgesetzt werden. Die französische Republik hatte wohl Jahre hindurch mehr oder minder offen ihre Sehnsucht nach einer russischen Verbindung an den Tag gelegt, war jedoch allmählich von derartigen Versuchen abgegangen, als sie merkte, daß zur Verwirklichung solcher Bestrebungen bei Lebzeiten Alexanders II. und Wilhelms I. wenig Aussicht vorhanden sei. Von dem französischen Minister des Aeußern, Waddington, wußte Andrássy zuversichtlich, daß er eher zu uns und zu England als zu Rußland hinneige.

An Englands guter Gesinnung für uns konnte kein Zweifel aufkommen. Hatten wir doch auf dem Kongresse für gleiche

Interessen, die Rückdämmung der russischen Macht, zu kämpfen.

Allein von Andrássy war nicht zu erwarten, daß er seine Politik, wie wichtig dies auch sein mochte, ausschließlich auf das Wohlwollen der Mächte für die Monarchie begründe. Ein zu guter Kenner menschlicher Verhältnisse, wußte er, daß auf die Dauer Vertrauen nur kraftvollen Staatswesen entgegengebracht werde, von denen man voraussetzen dürfe, daß sie in der Stunde der Gefahr ihr alles für ihre Rettung einsetzen werden. Könnte man aber, fragte Andrássy die österreichischen Minister, von Deutschland irgendeine Unterstützung erhoffen, wenn es merke, daß in Oesterreich eine pessimistische Stimmung herrsche, daß man sich auf Gnade und Ungnade Rußland ergeben müsse? Mehr als natürlich sei es, daß Fürst Bismarck sich in einem solchen Falle hüten werde, für uns einzutreten. Vielmehr könnte mit Bestimmtheit angenommen werden, daß er sich dann mit jener Macht abfinden werde, der unter solchen Umständen früher oder später die Herrschaft im Orient zufallen müsse. Andrássy warnte davor, durch ganz unbegründete Mutlosigkeit sich um die Hilfe Deutschlands zu bringen, dessen Freundschaft für uns in Verbindung mit der Anwesenheit der englischen Schiffe in der Nähe Konstantinopels bereits das große Ergebnis zeitigte, daß sich Rußland isoliert zu fühlen beginne und danach auch schon sein Verhalten einrichte.

Man wird es begreifen, wenn nunmehr der Minister des Aeußern nach dieser Schilderung der Situation von den österreichischen Ministern wissen wollte, inwieweit er bei seinem Auftreten am Kongresse auf sie rechnen könne. Haben sie, sagte er ihnen, nicht den Mut, sich gegen eine Lösung der Orientfrage im slawisch-russischen Sinne zu wehren, und lassen sie das im Kampfe gegen Rußlands Eroberungstendenzen begriffene England im Stich, dann versetzen sie damit der Monarchie den Todesstreich, der nur als Großstaat bestehen könne. Wollen sie aber die Monarchie erhalten, dann müßten sie offen die durch Votierung von etwa 100 Millionen Gulden unterstützte Erklärung abgeben, daß man entschlossen sei, für eine unseren Interessen entsprechende Lösung mit voller Entschiedenheit einzutreten. Bei solcher Haltung werde es kein Russe wagen, sich gegen uns in Bewegung zu setzen, um so weniger, als man in St. Petersburg sehr wohl wisse, daß England mit uns sei. Andrássy verwahrte sich dagegen, als wolle er den Krieg um jeden Preis. Vielmehr verfolge seine

Politik den Zweck, zu verhindern, daß es zum Kriege komme. Doch vor der Existenzfrage, um die es sich jetzt handle, müssen alle anderen Rücksichten in den Hintergrund treten. Aus diesem Grunde dürfe auch vor der eventuellen Mobilisierung nicht zurückgeschreckt werden. Solle man vielleicht deswegen nie wieder mobilisieren, fragte Andrássy, weil 1854 mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen Gulden gerüstet wurde, ohne ein Ziel zu erreichen. Andrássy wünschte, daß die Delegationen einberufen werden, vor denen die von ihm beantragte Erklärung abzugeben und von ihnen die Votierung von 100 Millionen Gulden für eine eventuelle Mobilisierung zu verlangen wäre.[1]) Andrássy wollte in jedem Falle in Berlin mit der Ermächtigung in der Tasche erscheinen, wenn unbedingt nötig, auch an die Waffen appellieren zu können.

In diesem Sinne hatte der Leiter unserer auswärtigen Politik zu den österreichischen Ministern gesprochen, als man noch die Einberufung des Kongresses für den März erwartete. Das österreichische Ministerium scheint aber 100 Millionen Gulden für zu hoch befunden zu haben. Tatsächlich verlangte Andrássy im März 1878 von den Delegationen nur einen Kredit von 60 Millionen Gulden. Ehe er dies tat, versammelte er die verfassungstreuen Delegierten zu einer vertraulichen Konferenz in seinem Ministerpalais. Als Andrássy ihnen seine Pläne auseinandersetzte, bemerkte plötzlich der in sein Thema ganz vertiefte Hausherr, daß seine Zuhörerschaft nur mehr aus den wenigen Delegierten bestand, die ihm zunächst saßen, und aus einigen Mitgliedern der Herrenhausdelegation. Die Verfassungstreuen, unter ihnen in erster Reihe Herbst, Giskra, Kuranda, hatten sich sans adieu in aller Stille fortgeschlichen, um nicht Ja oder Nein sagen zu müssen.[2])

Aus diesem Vorgehen konnte Andrássy ermessen, auf wie geringes Entgegenkommen er von seiten der Verfassungstreuen zu rechnen habe. Während Professor Eduard Sueß im Namen einer sehr bescheidenen Anzahl von Verfassungstreuen in der Delegations-

---

[1]) Das Ganze nach Andrássys Aufzeichnungen. Undatiert. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ludwig Dóczi: „Andrássys Feinde“ in „Neues Pester Journal“, 16. Februar 1908. Wie mir Exzellenz Freiherr von Plener, der gleichfalls an der vertraulichen Konferenz teilnahm, versicherte, war Herbst in derselben anwesend. Dóczi sagt nämlich nur, er glaube, daß auch Herbst zu den Teilnehmern an derselben gehörte.

sitzung vom 21. März 1878 für die Bewilligung des 60-Millionen-Kredites mit den Worten eintrat: „Wir wollen, daß Oesterreich ein entscheidendes Wort auf dem Kongresse spreche, und wir wollen nicht, daß unser Minister als ein Baum dort erscheine, der seiner Wurzeln nicht sicher ist,“ [1]) verhielten sich Herbst und dessen großer Anhang ablehnend. Der Führer der Verfassungstreuen begriff nicht, daß Andrássy des 60-Millionen-Kredites nur bedurfte, um ohne Krieg zu siegen, um zu drohen, ohne auch nur ein Wort der Drohung auszusprechen. Im Gegensatz zu der Verfassungspartei bewilligte die Majorität der österreichischen Delegation sowie auch die des ungarischen Reichstages den 60-Millionen-Kredit. Am 28. Mai 1878 [2]) beanspruchte dann Andrássy diesen Kredit zur Durchführung der nötigsten militärischen Vorkehrungen. Das hieß noch immer nicht den Krieg wollen. Der Gegner sollte nur wissen, daß wir für alle Fälle Bereitschaft halten. Aus einer Denkschrift Erzherzog Albrechts wußte Andrássy nur zu gut, daß ein im Spätherbst gegen Rußland unternommener Feldzug für uns wenig aussichtsreich sei. [3]) Noch einige Tage vor Eröffnung des Kongresses sagte ihm der Erzherzog, daß, wenn schon der Krieg unvermeidlich wäre, es Aufgabe der österreichisch-ungarischen Diplomatie sei, den Beginn der Feindseligkeiten jedenfalls bis zum nächsten Frühjahr hinauszuschieben; erst zu dieser Zeit könnte ein Feldzug für uns mit Erfolg geführt werden. [4])

Andrássy rechnete aber gar nicht mit einem Kriege; er vertraute darauf, daß das völlig isolierte Zarenreich es nicht auf einen Bruch mit ganz Europa werde ankommen lassen.

---

[1]) „Protokolle der neunten Session der Delegation des österreichischen Reichsrates.“

[2]) Rede Andrássys vom 28. Mai vor den Delegationen.

[3]) Denkschrift Erzherzog Albrechts, Wien, 7. Juni 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

Fünftes Kapitel

Berliner Kongreß

Am 11. Juni konnte endlich Andrássy nach Berlin abreisen. Er unternahm die Fahrt voll guter Hoffnung und in bester Laune. Er wollte einen Tag vor Eröffnung des Kongresses in der deutschen Hauptstadt eintreffen, um noch vorher mit Bismarck und dem bereits dort anwesenden Lord Beaconsfield in Berührung zu treten.[1]) Ursprünglich sollte der in orientalischen Angelegenheiten gründlich bewanderte Ritter von Haymerle, Botschafter am italienischen Hofe, neben Andrássy als zweiter Kongreßbevollmächtigter fungieren. Graf Károlyi machte dagegen Bedenken geltend. Er stellte vor, daß hierdurch seine Position als eines außerhalb des Kongresses stehenden Botschafters leiden müßte und erklärte, lieber während der Dauer der Verhandlungen auf Urlaub gehen zu wollen, anstatt zur Rolle eines untätigen Zuschauers verurteilt zu sein.[2]) Da jedoch der Minister des Aeußern auf die Mitwirkung des Berliner Botschafters nicht verzichten wollte,[3]) nahm er noch im letzten Moment eine Aenderung vor. Károlyi ward zum zweiten und Haymerle zum dritten Bevollmächtigten ernannt.[4]) Der Botschafter konnte nicht genug Worte des Dankes finden, um seiner Befriedigung über diese Lösung der heiklen Angelegenheit Ausdruck zu verleihen.[5])

---

[1]) Andrássy an Károlyi, ohne Tag und Datum, 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Tagebuch des Baron Orczy, 11. Juni 1878 (ung.).

[2]) Károlyi an Andrássy, 25. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Andrássy an Károlyi, 29. Mai 1878. Ibidem.

[4]) Ibidem. Hier sagt Andrássy über Haymerle: „Es ist mir bekannt, daß Haymerle dort (Berlin) keineswegs sehr beliebt ist und zum unmittelbaren Verkehre mit den deutschen Staatsmännern wäre er sicherlich nicht die geeignete Persönlichkeit."

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 5. Juni 1878. Ibidem. „Der Kongreß wird hoffentlich ein so großes Blatt in der Geschichte einnehmen, die Konferenzen werden durch die Anwesenheit der ersten Staatsmänner der Gegenwart ein so fesselndes Interesse gewähren, daß ich es als eine günstige Wendung meiner Laufbahn betrachten muß, wenn es mir vergönnt wird, an Deiner Seite, wo es Dir, so Gott will, gelingen wird, einen neuen und gesicherten Grundstein zu legen für unsere Machtstellung überhaupt und insbesondere für unsern Einfluß im Orient, an diesem großen Werk persönlich teilzunehmen."

Am 13. Juni versammelten sich in dem zu einem Konferenzsaal umgewandelten großen Tanzsaal des Radziwillschen Palais in der Wilhelmsgasse die ersten Staatsmänner Europas. Die Gestalten Bismarcks, Andrássys, Beaconsfields, Gorčakovs, Šuvalovs fesselten die Blicke. Der eiserne Kanzler des Deutschen Reiches, der sonst aus seinen gewaltigen, von buschigen Brauen beschatteten Augen vernichtende Blitze zu schleudern verstand, war jetzt als Hausherr des Kongresses von den liebenswürdigsten, bezauberndsten Formen. Um jeden Preis wollte er sein Palais, in dem der Kongreß tagte, zu einer Stätte des Friedens machen. Man lernte ihn, der durch gewaltige Kriege die Welt umgeformt hatte, von einer neuen Seite kennen: zu seinem sonstigen Ruhme sollte sich noch der eines Friedensstifters gesellen. Neben dem Fürsten Bismarck erregte große Aufmerksamkeit der englische Premier, Lord Beaconsfield. Als gefeierter Romandichter und bedeutender Staatsmann besaß die Erscheinung Beaconsfields einen ganz eigentümlichen Reiz. Das einst schöne Antlitz, jetzt gelb gefärbt und voll Runzeln, ließ einen Charakter von unbeugsamer Entschiedenheit erkennen, getragen vom Bewußtsein, der Premier eines der mächtigsten Staaten der Erde zu sein. Diesen Eindruck vermochte auch das greisenhafte Auftreten des langen, hageren Mannes nicht zu schwächen, der mit stark vorgeneigtem Körper, auf der einen Seite auf einen Stock, auf der andern auf seinen getreuen Sekretär gestützt, sich nur langsam nach vorwärts schob. Anders repräsentierte sich der 80jährige russische Staatskanzler Fürst Gorčakov, den man, da er keine Treppen mehr zu steigen vermochte, in den im ersten Stock befindlichen Konferenzsaal hinauftragen mußte. Der Anblick des trotz seines hohen Alters noch immer sehr beweglichen, glattrasierten Mannes, dessen klug blickende Augen von großen Gläsern bedeckt waren, rief die Erinnerung an einen Staatsmann des 18. Jahrhunderts hervor. In jedem Moment durfte man gewärtig sein, daß sich sein von einem sarkastischen Lächeln umspielter Mund zu einem fein zugespitzten Bonmot öffnen werde, wie sie für die Diplomaten jenes Zeitalters so charakteristisch waren. Wie sehr stach der förmlich nach ununterbrochenem Lob und Schmeicheleien dürstende russische Staatskanzler von Lord Beaconsfield ab, in dem jede höfliche Redensart den Verdacht erregte, „man wolle ihn hineinlegen“.[1]) Von anderem Schlage war der zweite russische Bevollmächtigte, Graf Šuvalov, der, mehr als Gorčakov, jetzt der wahre

[1]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 233.

Repräsentant des Willens Alexanders II. war. Trotz seiner 60 Jahre machte der Vertreter der russischen Friedenspartei durch seine hohe, schöne Gestalt und seine vornehmen, lebhaften Gesichtszüge einen beinahe jugendlichen Eindruck. Von den elegantesten und liebenswürdigsten Formen, ein großer Freund gesellschaftlicher Genüsse und ebenso großer Verehrer schöner Frauen,[1]) erweckte der geschickte und schlaue, stets lächelnde Russe das Gefühl, daß er nach nichts als Versöhnung strebe. Nach dem maßgebenden Urteile Bismarcks schien er, den auch Andrássy sehr hoch einschätzte, wie geschaffen, der Mann des Friedens zu sein.[2])

Neben Waddington, dem höflichen, loyalen französischen Minister des Aeußern, dessen ehrlicher Gesichtsausdruck ihm sofort Zuneigung erwarb, kam als Vertreter der lateinischen Rasse noch Graf Corti, der italienische Minister des Aeußern, in Betracht. Ein ruhiger, gemäßigt denkender Staatsmann,[3]) war er durch und durch Realpolitiker, der die Bedürfnisse seines Vaterlandes genau kannte. Als an ihn nach Konstantinopel, wo er den Botschafterposten bekleidete, der Ruf erging, das Ministerium des Aeußern zu übernehmen, erklärte er, dies nur unter der Bedingung zu tun, daß Italien jeder abenteuernden Politik entsage und Freundschaft mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn pflege.[4]) Obgleich er mit seinen kleinen stechenden Augen und mit der infolge eines Falles gebrochenen Nase einen entsetzlich häßlichen Eindruck machte, hatte er doch die Eitelkeit, sich für unwiderstehlich zu halten.[5]) Die blitzenden Einfälle seines Geistes sowie die Originalität seiner Konversation ließen in der Tat rasch an sein unschönes Aeußere vergessen. Die Türkei hätte keine glücklichere Wahl treffen können, als die, den jugendlich schönen Phanarioten Karatheodory auf den Kongreß zu senden. Der elegante, kraftvolle Hellene mit dem edelgeschnittenen, von einem Vollbart umrahmten Gesichte, den scharfblickenden schlauen Augen, erwarb sich wie im Fluge das Wohlwollen der europäischen Bevollmächtigten. Zu

---

[1]) Cumming, „The secret history of the Treaty of Berlin" in: „The Nineteenth Century", 1905, July, S. 90.

[2]) Busch, „Bismarck some secret pages of his history", Bd. II, S. 395. — Lord Loftus, „The diplomatic reminiscences", second series, Bd. II, S. 104.

[3]) Mittnacht, „Erinnerungen an Bismarck", Neue Folge, S. 11.

[4]) Reuß an Bismarck, Pera, 20. März 1879.

[5]) Lord Loftus, „The Diplomatic reminiscences", Bd. I, S. 308. — Auch Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten", bezeichnet ihn als häßlich.

seinem Schmerze mußte er jedoch sehr bald erfahren, daß er als Staatsmann einer besiegten Macht ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung der Verhandlungen des Kongresses bleiben werde. Kein einziger dieser Diplomaten, auch selbst Bismarck nicht, konnte den Grafen Andrássy verdunkeln, an dessen Erscheinung sich das Berliner Publikum förmlich „weidete". In seiner von Gold strotzenden scharlachroten Uniform hatte er mehr das Aussehen eines kühnen Reitergenerals als das eines Diplomaten. Seine dunkeln, geistsprühenden Augen verliehen dem von Kämpfen durchwühlten Gesichte, dessen Stirne stets von einer tiefschwarzen Haarlocke beschattet wurde, einen eigenartig fesselnden Ausdruck. Neben diesen und Lord Salisbury in erster Reihe stehenden Staatsmännern des Kongresses gab es noch eine große Anzahl bedeutender Diplomaten, von deren Tätigkeit und Wirksamkeit die Beratungen der Kommissionen zu erzählen wußten.[1])

* * *

Unter nicht sehr fröhlichen Auspizien wurde der Kongreß eröffnet. Am 11. Mai hatte der Klempnergeselle Hödel auf Kaiser Wilhelm I. geschossen, ohne ihn zu treffen. Einige Zeit hernach — 5. Juni — verübte Nobiling, und diesmal mit Erfolg, ein Attentat auf den greisen Herrscher, dessen Folgen mit Rücksicht auf das hohe Alter des Kaisers sehr ernster Natur werden konnten.[2]) Da Wilhelm I. in seinem Zustande die Mitglieder des Kongresses nicht selbst zu empfangen vormochte, wurde mit seiner Stellvertretung der Kronprinz betraut. Bismarck hatte die Absicht, den Gang der Verhandlungen aufs äußerste zu beschleunigen.[3]) Schon Ende April hatte er zum französischen Botschafter Graf St. Vallier geäußert: Er stelle sich vor, der Kongreß werde nur eine Dauer von drei Tagen haben; denn nachdem man über alle wichtigeren Fragen vorher ins reine gekommen sein müsse, bleibe ihm nichts zur Beratung, und seine Aufgabe bestände lediglich im Beschließen.[4]) Andrássy hatte nichts gegen einen solchen modus procedendi einzuwenden. Aber er meinte, daß trotzdem noch vielerlei Dinge auf

---

[1]) Für die Charakteristik wurden auch Mouys „Souvenirs d'un diplomate" benützt.

[2]) Kaiser Franz Josef I. schrieb damals eigenhändig an Andrássy: „Bitte ein Telegramm an den Kaiser (Wilhelm) unter meinem Namen und per „Du" zu expedieren."

[3]) Károlyi an Andrássy, 5. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Andrássy an Károlyi, 1. Mai 1878. Ibidem.

dem Kongreß selbst zur Erörterung gelangen werden; es war ihm nicht recht begreiflich, wie dieser seiner Mission in dem kurzen Zeitraum von drei Tagen genügen sollte können.[1]) In der Tat blieb der Kongreß anstatt drei, dreißig Tage zusammen.

Gleich die erste am 13. Juni stattgefundene Sitzung war von einschneidender Bedeutung. Dem Wunsche Bismarcks entsprechend, schlug ihn Andrássy zum Präsidenten vor, worauf auch sofort die Bildung des Bureaus vorgenommen wurde. Kaum hatte der Kanzler für das ihm erwiesene Vertrauen gedankt, als er den Vorschlag machte, daß man sich bei den Beratungen nicht an die Reihenfolge der einzelnen Paragraphen des Friedens von San Stefano halten, sondern den wichtigeren Gegenständen desselben den Vorzug geben solle. Daher hätten sich die Mitglieder des Kongresses vor allem mit Bulgarien zu befassen.[2]) In einer vertraulichen Unterredung mit Bismarck hatte Andrássy diesen Vorgang befürwortet. Ihm war es darum zu tun, daß die Diskussion der Oesterreich-Ungarn betreffenden Fragen nicht gleich an den Beginn gesetzt, noch aber auch bis ans Ende des Kongresses verschoben würde. Er wollte ihnen die richtige Mitte angewiesen sehen.[3]) Erst sollte nur die heikle bulgarische Angelegenheit in friedlicher Weise erledigt sein, um dann die hierdurch erzeugte bessere Stimmung zur Erledigung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten zu verwerten. Sowohl der auf Bulgarien bezügliche, wie auch der gleichfalls schon vorher mit Andrássy vereinbarte Antrag, über keinen Gegenstand sofort die meritorische Verhandlung zuzulassen, sondern dessen formeller Lösung durch vorangehende vertrauliche Vorbesprechungen den Weg zu ebnen, fanden die stillschweigende Billigung der Kongreßmitglieder. Obgleich der Kanzler über die Schwierigkeit klagte, in französischer Sprache zu präsidieren,[4]) stellte ihm doch Andrássy das Zeugnis aus, daß er die Debatte „mit allgemein anerkannter Ruhe und Umsicht“ geleitet habe.[5])

Andrássy benützte jeden freien Moment, für seine Ansichten Propaganda zu machen. In eingehender Unterhaltung suchte er

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 1. Mai 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Protokoll Nr. 1, im „Rotbuch“, April 1877. November 1878. S. 19.

[3]) Telegramm Andrássys vom 13. Juni und dessen Vortrag vom 14. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 234.

[5]) Vortrag Andrássys vom 14. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Waddington und Salisbury für die Auffassung zu gewinnen, daß in den der Türkei verbleibenden Provinzen ihre politische und militärische Autorität soweit nur möglich und als dies die Sicherheit der Christen zulasse, gewahrt werden solle; dagegen müsse die Pforte jene Gebiete opfern, die sie nicht mehr zu halten vermöge.[1])

Am 17. Juni — in der zweiten Sitzung — gelangte der VI., Bulgarien betreffende Artikel des Friedens von San Stefano auf die Tagesordnung. In dieser Frage durfte England auf die volle Unterstützung Andrássys rechnen. Bereits am 6. Juni war zwischen der englischen und österreichisch-ungarischen Regierung eine Konvention über Bulgarien zustande gekommen, die den Balkan als Grenze des neuen Fürstentums bezeichnete. Gestützt auf diese Abmachung erhob jetzt Salisbury Einspruch gegen die Fassung des VI. Artikels. Er sagte: Die ganze Tendenz des Friedensvertrags von San Stefano gehe dahin, die Türkei in volle Abhängigkeit von Rußland zu bringen; das aber könnte England nie zugeben. Der englische Minister erblickte ein wirksames Mittel gegen die angestrebte Oberherrschaft des Zarenreiches in der Beschränkung des von diesem geschaffenen Bulgarien. Das autonome, tributäre Fürstentum sollte sich daher nur bis zum Balkan erstrecken, während dessen anderer, südlich vom Balkan gelegener Teil unter der Oberhoheit der Türkei zu verbleiben hätte, wobei auf Garantien für die administrative Autonomie der Christen Bedacht zu nehmen wäre.[2]) Ueber diesen Punkt konnte keine Einigung erzielt werden, indem Šuvalov das, was England anbot, als zu gering bezeichnete. Da machte Bismarck den Vorschlag, die Engländer und Russen sollten trachten, in Privatkonferenzen zu einer Verständigung zu gelangen, um in nächster Sitzung mit einem fertigen Projekt vor den Kongreß zu treten. Andrássy war jedoch nicht geneigt, in einer so wichtigen Angelegenheit, die auch Oesterreich-Ungarn so nahe berührte, eine Entscheidung über den Kopf der Monarchie hinweg treffen zu lassen. Er forderte daher, daß, wenn zur Schlichtung der bulgarischen Frage ein Subkomitee eingesetzt werden sollte, auch Oesterreich-Ungarn wünschen müsse, in demselben vertreten zu sein. In liebenswürdigster Form entgegnete Salisbury, Oesterreich-Ungarn hätte nicht nur an den Besprechungen — auf Antrag

---

[1]) Telegramm Andrássys, 15. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Protokoll Nr. 2 und hierzu Telegramm Andrássys vom 17. Juni 1878. Ibidem.

Cortis wurde der Gedanke an ein Subkomitee fallen gelassen — teilzunehmen, die Einladungen hierzu müßten vielmehr in dessen Namen erfolgen, womit auch die Russen einverstanden waren. Ein greifbares Resultat ergab die zweite Konferenz nicht, was Andrássy zur Bemerkung veranlaßte: „Die Physiognomie der Sitzung war nicht sehr angenehm, insofern Bismarcks Leitung heute nicht so glücklich war und eigentlich nichts vorwärts gebracht wurde.“ [1])

In den Vorbesprechungen kam es über die Annahme der Balkangrenze für Bulgarien zu einem, wie Andrássy sagt, bloßen „Scheingefecht“. Schon bestand die Absicht, zu einer Vereinbarung in dieser strittigen Angelegenheit zu gelangen. Andrássy und Salisbury hatten sich dafür ausgesprochen, daß die Bezeichnung „Südbulgarien“ ganz verschwinde und dafür der Ausdruck „Rumelien“ gewählt werde, was den Russen nicht gefiel. Um der Pforte die Oberherrlichkeit in dem neuen Rumelien zu sichern, fanden es die Engländer angemessen, ihr daselbst das freie Garnisonsrecht zu wahren; desgleichen sollte ihr die Befugnis zur Befestigung der ganzen Balkanlinie und der Seeküste von Rumelien zukommen. Davon wollte wieder Šuvalov nichts hören, indem ja gerade die Undiszipliniertheit der türkischen Truppen stets den Anlaß zu Unruhen geliefert habe. Anfangs hatte Andrássy die Engländer wirksam unterstützt. Da er jedoch wußte, daß es einen persönlichen Wunsch Alexanders II. bilde, Rumelien von allen türkischen Truppen frei zu wissen, ferner die Veröffentlichung der russisch-englischen Abmachungen im „Globe“ [2]) darauf hinzuweisen schienen, daß die Engländer an ihren Forderungen nicht allzu zähe festhalten würden, [3]) glaubte er vermittelnd eingreifen zu sollen. Unter stillschweigender Zustimmung der Beteiligten wurde hierauf der allgemeine Grundsatz von der politischen und militärischen

---

[1]) Telegramm Andrássys vom 17. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Orczy ist der Ansicht, daß die Russen es waren, die die Indiskretion der Veröffentlichung im „Globe“ begingen, um die englische Regierung dadurch vor dem Lande zu kompromittieren.

[3]) In seiner ungedruckten Denkschrift aus dem Jahre 1886 sagt Andrássy, daß er den Widerstand gegen ein suzeränes Bulgarien und das autonome Ostrumelien so lange fortsetzte, bis er nicht zur vollen Ueberzeugung kam, daß zwischen England und Rußland ein vorhergehendes Einvernehmen zustande gekommen war. Dieser Umstand wie die Rücksicht auf England, dessen Andrássy zur Erreichung anderer wichtigerer Ziele auf dem Kongresse bedurfte, nötigten ihn, seinen widerstrebenden Standpunkt aufzugeben.

Hoheit des Sultans über Rumelien angenommen. Im letzten Moment machte Rußland noch den allerdings vergeblichen Versuch, die Fälle näher zu bestimmen, in denen der türkischen Regierung das Recht zustünde, die an den Grenzen stationierten türkischen Truppen zur Erhaltung der Ruhe im Innern Rumeliens herbeizurufen.[1]) Dem aber widerstrebte England. Nur mit dem Vorbehalt und der Betonung der Notwendigkeit, neue Instruktionen einholen zu wollen, fügte sich Šuvalov dem englischen Vorschlage. Bei jeder Gelegenheit jedoch offenbarte sich die tiefe Kluft, die noch immer Engländer und Russen voneinander trennte. Beaconsfield legte wohl in einer vertraulichen Vorbesprechung Protest gegen den von Šuvalov erhobenen Vorwurf ein, als wollte England durch seine Haltung Rußland demütigen. Vielmehr habe es bereits sehr bedeutende Konzessionen gemacht, und nicht zum geringsten aus Verehrung für die persönlichen Wünsche des Zaren. Nun war die Reihe an Šuvalov, seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß er sich im Eifer der Debatte zu dem gerügten Ausspruche habe hinreißen lassen. Er sei bereit, die mit England verabredeten Punkte aufrechtzuerhalten, über dieselben hinauszugehen, habe er keinen Anlaß. Die Russen erlitten, ungeachtet ihres Einspruches, in der Frage der Ausdehnung und Begrenzung eine Niederlage. Der Kongreß beschnitt das Bulgarien des Friedens von San Stefano fast um ein Drittel. Selbst dieses verkürzte Bulgarien wurde noch vom Aegäischen Meere abgedrängt und ihm am Schwarzen Meere Varna als einziger verwendbarer Hafen zugesprochen.[2])

Fast in eben dem Maße als die Beschränkung des Umfanges des neuen Fürstentumes besaß in Andrássys Augen die Frage Wichtigkeit: Innerhalb welcher Zeit die von den Russen okkupierten Gebiete wieder von ihnen geräumt sein sollten. In der Konvention vom 6. Juni hatten England und Oesterreich-Ungarn vereinbart, daß sich in Bulgarien, vom Friedensschluß an gerechnet, innerhalb

---

[1]) Vortrag Andrássys vom 20. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Cumming erzählt nach angeblichen Mitteilungen Lord Rowtons, des Sekretärs Lord Beaconsfields, eine Geschichte, auf welche Art, durch eine plötzlich inszenierte Abreise, der englische Premier die Russen einzuschüchtern versuchte. Das ganze Geschichtchen, so amüsant es auch klingt, scheint nicht recht glaubwürdig und macht mehr den Eindruck, post festum zur Glorifizierung Beaconsfields erfunden zu sein. (Cumming, „The secret history of the Treaty of Berlin“, The Nineteenth Century, July 1905, S. 187.) Tatsache ist nur, daß es scharfe Gegensätze gab, wie Bismarck ja selbst berichtet, daß er am Krankenbette Lord Beaconsfields erscheinen mußte, um schwere Konflikte, die den friedlichen Ausgang des Kongresses bedrohten, zu verhüten.

sechs Monaten, und nach weiteren drei Monaten auch in Rumelien kein russischer Soldat mehr befinden dürfe.[1]) Nicht in der Plenarversammlung, sondern in einer vertraulichen Vorkonferenz sprach sich Šuvalov dahin aus, daß ein Drittel der Russen gleich nach dem Frieden Bulgarien verlassen solle, ein zweites Drittel nach Ablauf einer festzusetzenden Frist, der Rest erst dann, wenn die Ruhe und Sicherheit des Landes verbürgt sein werden. Mit Recht warf Andrássy dagegen ein, daß weder nach zwei noch nach mehr Jahren die Organisation Bulgariens so weit vorgeschritten sein könne, um Rußland jeden Vorwand zu dessen Okkupation zu benehmen. Entschließe man sich nicht — betonte Andrássy —, einen kurzen Termin für die Räumung zu bestimmen, so werde Europa immer das Gefühl haben, der Friede sei noch nicht hergestellt; auf Rußland aber falle die Verantwortung für alle Unruhen, die daraus entstehen müßten. Die Bulgaren — fuhr er fort — seien daran zu gewöhnen, auf eigenen Füßen zu stehen und ihr Leben nach den in ihrem Lande bestehenden Verhältnissen zu regeln. Europa habe auch Rumänien gegenüber die Verpflichtung, dessen Unabhängigkeit und freie Bewegung einer nicht allzulangen Besetzung durch fremde Truppen preiszugeben. Als Andrássy in diesem Sinne sprach, verhehlte er sich nicht die Notwendigkeit, daß auch nach dem Abrücken der Russen in Bulgarien Zustände herrschen könnten, die leicht fremden Schutz erforderlich machen würden. In diesem Falle, äußerte er, sei es an den Großmächten, „die europäische Fahne zu entfalten“, womit der Minister die Bildung einer europäischen Truppe unter dem Befehle einer europäischen Kommission verstand.[2])

Nach diesen Vorgängen kam die Räumungsfrage vor das Plenum des Kongresses. Die Engländer und Franzosen schlossen sich sofort dem Antrage Andrássys an. Für den Šuvalovschen Vorschlag, der wohl Andrássys Prinzip annahm, aber für den Abmarsch die Dauer eines Jahres beanspruchte, trat zuerst Italien ein, das dann hierin Unterstützung bei Bismarck fand. Am schärfsten opponierten den Russen die Franzosen. „Da hier“ — berichtete Andrássy an den Kaiser — „eine militärische Frage für den Kaiser von Rußland im Spiele ist und für mich die Hauptsache in der Bestimmung eines fixen, unabänderlichen Termines

---

[1]) Konvention vom 6. Juni 1878. Ungedruckt.

[2]) Vortrag Andrássys vom 23. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

für die Räumung liegt, so zeigte ich mich zu einem gewissen Entgegenkommen geneigt, indem ich drei Monate hinzufügte."[1]) Andrássys Bereitwilligkeit gab Anlaß zur Erörterung, ob diese drei Monate bloß für Bulgarien oder auch für Rumelien Geltung haben sollten. Šuvalov trat sehr drängend dafür ein, daß die Festsetzung sich auf beide Länder beziehen solle. Davon wollten wieder die Franzosen nichts wissen. Lord Beaconsfield dagegen erklärte, er gehe in jedem Falle mit Oesterreich-Ungarn, mag dieses weigernd oder zugestehend sich verhalten. „Ich entschied mich schließlich," — telegraphierte Andrássy an den Kaiser — „daß neun Monate für Bulgarien und Rumelien zu gelten hätten, und so wurde beschlossen, nachdem auch Waddington sich akkommodierte. Die Türken schwiegen. Die Sitzung machte mir einen guten Eindruck, da Beaconsfield sehr entschieden das Zusammengehen mit uns betonte, ich den Russen ein kleines Zugeständnis machen konnte und doch unseren Zweck vollständig erreichte."[2])

Bei allen Gelegenheiten zeigte sich dieser Kontakt zwischen Andrássy und den Engländern, in deren Namen Salisbury erklärte: „Wir werden noch manches Jahr mit den Herren Russen zu sprechen haben, wir müssen uns vorsehen."[3]) Mit Englands Unterstützung gelang es auch Andrássy, einen sehr wesentlichen Punkt aus dem Frieden von San Stefano auszumerzen. Infolge seines Antrages wurden an Stelle der im Vertrag von San Stefano vorkommenden russisch-türkischen europäische Kommissionen angenommen, die nicht mehr nach dem einseitigen Standpunkte der Russen vorgehen konnten.[4]) Bismarck aber ging es wider den Strich, wenn man bei Verhandlung der einzelnen Artikel allzusehr ins Detail einzugehen und alle möglichen Fälle zu erschöpfen suchte. Schon seit der fünften Sitzung offenbarte sich in immer bestimmterer Form die Richtung, die er eingeschlagen sehen wollte. Nach ihm wäre es des Kongresses nur würdig, sich mit den

---

[1]) Telegramm Andrássys an den Kaiser, 24. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Telegramm Andrássys an den Kaiser vom 24. Juni sowie dessen Vortrag vom 25. Juni 1878. Ibidem. Protokoll der fünften Sitzung vom 24. Juni 1878.

[3]) Vortrag Andrássys, 25. Juni 1878. Ibidem.

[4]) Telegramm Andrássys, 25. Juni 1878. Ibidem. Protokoll der fünften Sitzung. Im Vortrage vom 27. Juni sagt Andrássy, er lenke die Aufmerksamkeit des Kaisers auf die Bestimmung, „daß innerhalb der europäischen Kommission die Majorität maßgebend sein wird, so daß das geeinte Europa dem isolierten Rußland gegenübergestellt ist".

eigentlichen Kriegs- und Friedensfragen zu befassen, über die dann auch sofort entschieden werden sollte. Alle Nebendinge, wie die bulgarische Verwaltung, Eisenbahnen usw., seien den Kommissionen zu überlassen. Wiederholt wies der deutsche Kanzler auf seine geschwächte Kraft und Gesundheit hin, die es ihm nicht mehr lange gestatten werden, die Lasten der Kongreßleitung zu tragen. Nach all dem war nicht zu zweifeln, daß er einer raschen Beendigung der Verhandlungen zusteure.

Bisher hatte man Gorčakov nur selten im Konferenzsaal des Kongresses gesehen. Wie es hieß, fühle er sich nicht wohl genug, um an dessen Beratungen teilzunehmen, was bei dem alten Manne, der sich ja erst unlängst nach einem Schlaganfall vom Krankenlager erhoben, nicht unglaublich erschien. Bismarck allerdings schob seinem Fernbleiben ein anderes Motiv unter. Nach der Angabe des deutschen Kanzlers mied sein russischer Kollege den Kongreßsaal, um jede Verkürzung der Errungenschaften, wie sie im Frieden von San Stefano eklatanten Ausdruck fanden, auf die Schultern seines Rivalen, des Grafen Šuvalov, überwälzen zu können. Wenigstens folgerte dies Bismarck daraus, daß Gorčakov, so oft er unter dem Vorwande des Unwohlseins nicht im Kreise der Kongreßmitglieder erschien, sich doch am Parterrefenster seiner „Unter den Linden" gelegenen Wohnung zeigte, um dadurch seine Gesundheit zu manifestieren.[1]) Etwas Wahres mag ja daran sein, aber voller Verläßlichkeit dürfte die Erzählung Bismarcks doch entbehren. Merkt man es doch jeder Zeile seiner auf Gorčakov bezüglichen Darstellung an, wie gerne er diesem eines am Zeuge zu flicken sucht, wie der Groll, den er gegen ihn im Jahre 1875 gefaßt, noch immer in seiner Brust lebendig ist. Mit Behagen übermittelt der deutsche Kanzler der Nachwelt in seinen Memoiren die Kunde, daß Gorčakov nur gegen den Willen Alexanders II. als russischer Vertreter nach dem Kongresse von Berlin gehen konnte.[2]) Ein Ausspruch Šuvalovs läßt dagegen vielmehr vermuten, daß der Staatskanzler eher aus Rücksicht auf sein hohes Alter und seine geschwächte Gesundheit zu Hause bleiben wollte. Šuvalov sagte: Er werde Gorčakov tot oder lebendig nach dem Kongresse schleppen; da er den Vertrag von San Stefano gemacht, möge er ihn auch verteidigen.[3]) In der siebenten Kongreßsitzung trat

---

[1]) Bismarck a. a. O., Bd. II, S. 106.

[2]) Ibidem, Bd. II, S. 216.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 5. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Gorčakov denn auch, nachdem er es Šuvalov überlassen, in den früheren Konferenzen Zugeständnisse zu machen, als Hüter des Friedens von San Stefano auf. Steigere man — rief er den anwesenden Diplomaten zu — die Anforderungen an Rußland ins Maßlose, dann werde es sich der glorreichen Taten seiner Söhne erinnern müssen, und nicht Rußland werde es sein, auf welches die Verantwortung des Mißerfolges zurückfällt.[1]) Das war eine seiner pathetischen Auslassungen, an denen der russische Kanzler so viel Gefallen fand, an denen er sich förmlich berauschte und bei deren Diktat der verständnisvolle Sekretär stets einen bewundernden Blick auf den hierfür sehr empfänglichen Chef richten sollte.[2])

In derselben Sitzung, in der Gorčakov seine hochtrabende Rede hielt, wurde auch die Beratung über Bulgarien geschlossen, die gewiß nicht zum Vorteil Rußlands verlaufen war. Andrássy schien es am zweckmäßigsten, nunmehr an die Erledigung der Oesterreich-Ungarn so nahe berührenden bosnisch-hercegovinischen Angelegenheit zu gehen.

Auch diesmal bewährte sich die von Andrássy für die Dauer des Kongresses angenommene und für Oesterreich-Ungarn sehr vorteilhafte Taktik: nicht stets selbst bei jedem Punkte mit Anträgen in den Vordergrund zu treten, sondern diese auf Grundlage seiner Ausarbeitungen von anderen Mitgliedern des Kongresses vorbringen zu lassen.[3]) So gewann er auch Bismarck dafür, zum Dolmetsch seiner Absicht zu werden, daß die Verhandlung über Bosnien und die Hercegovina auf die Tagesordnung der Sitzung vom 28. Juni gesetzt werde.[4])

Schon am 25. Juni konnte der Minister an den Kaiser telegraphieren: „Sobald Bulgarien beendet ist, kommen die Territorialfragen und hiermit Bosnien an die Reihe, vielleicht Freitag.“ [5])

* * *

---

[1]) Vortrag Andrássys vom 27. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Dieser Passus der Rede ist ins offizielle Protokoll nicht aufgenommen worden.

[2]) Bismarck a. a. O., Bd. II, S. 108.

[3]) Vortrag Andrássys, 25. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Ich gedenke diese Taktik, die sich als sehr nützlich erwiesen hat, auch künftig festzuhalten.“

[4]) Vortrag Andrássys, 27. Juni 1878. Ibidem.

[5]) Ibidem.

Für Andrássy begann jetzt eine gleichzeitig bedeutende wie gefahrvolle Periode seiner ministeriellen Wirksamkeit. Nicht nur sein Ruf, sein Ansehen und die Stellung dem Kaiser gegenüber hingen davon ab, ob es ihm gelingen werde, vom Kongreß die Betrauung für die Monarchie zur Besetzung Bosniens und der Hercegovina zu erlangen. Viel wichtiger als all dies war die Rücksicht auf die Monarchie, deren Interessen die Besetzung der beiden türkischen Provinzen erforderte und die im Falle des Nichtgelingens der schwersten Schädigung ausgesetzt waren. In der Uebertragung des Mandates für die Okkupation mußte außer dem realen auch noch der ideale Wert dieser Vertrauensbezeigung Europas zum sichtbaren Ausdruck gelangen. Wünschte Europa, daß wir in Bosnien und der Hercegovina einmarschieren, so zeigte es damit, daß es sich nicht allein mit unserer führenden Rolle im Oriente befreunde, sondern diese geradezu verlange, weil es in der dominierenden Stellung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan die einzig wirkliche Bürgschaft des europäischen Gleichgewichtes erkenne.[1]) Vermöchte aber Andrássy das europäische Mandat nicht zu erhalten und erlitt er in dieser Frage eine Schlappe, so war sein ganzes Bemühen für den Zusammentritt des Kongresses ein zweckloses gewesen. Es mag auch hier wiederholt werden, daß er nicht mit Freuden daran ging, Bosnien und die Hercegovina der Monarchie einzuverleiben. Hatte er doch mittels seiner Reformnote in der Türkei solche Zustände schaffen wollen, die ihr die Kraft verleihen sollten, ihr Gebiet unverkürzt zusammenzuhalten. Bei jeder Gelegenheit sagte er es den Russen: Die Monarchie strebe keine Eroberungen an und lege nur dann auf Bosnien und die Hercegovina die Hand, wenn die Auflösung der Türkei unvermeidlich sei und der Gefahr vorgebeugt werden müßte, die beiden Provinzen in die Gewalt Serbiens und Montenegros gelangen zu lassen. Als jedoch dieser Moment eingetreten war und aus dem Labyrinthe der orientalischen Krisen kein anderer Ausweg als die Okkupation Bosniens und der Hercegovina hinausführte, tat er das möglichste, ihn nicht verrammeln zu lassen.

Bisher war die öffentliche Stimmung in Oesterreich-Ungarn wie in Europa dagegen, daß sich die Monarchie mittels Gewalt, gleichsam als Eroberer, der beiden Provinzen bemächtige. Sowohl in Oesterreich als in Ungarn hatte man von Andrássys staats-

---

[1]) Diese Ansicht äußerte Andrássy in seiner noch ungedruckten Denkschrift aus dem Jahre 1886.

männischer Kunst schier Unglaubliches gefordert. Er sollte sich jeder Aktion Rußlands gegen die Türkei widersetzen, ohne daß es deswegen zum Kriege käme; auch ohne einen solchen sollte er Ansehen und Einfluß im Osten Europas wahren. Nicht genug damit, erwartete man noch von ihm, daß er Serbien und Montenegro an der Besetzung Bosniens und der Hercegovina hindere, ohne daß jedoch diese Gebiete von uns okkupiert würden. Was aber sollte Andrássy nach dem Frieden von San Stefano machen, in dem der Sieger die Türken zur Auslieferung der beiden Provinzen gerade an Serbien und Montenegro zwingen wollte? Würde jetzt auf den Rat Andrássys die Monarchie sich Bosnien und die Hercegovina mit Waffengewalt angeeignet haben, so wäre diese Tat von Europa und nicht zum geringsten Teil von der öffentlichen Meinung Oesterreichs und Ungarns als der letzte Schritt zu der von Rußland eingeleiteten Zerstörung der Türkei verurteilt worden. Trotzdem mußte nach dem Frieden von San Stefano die Monarchie die beiden Provinzen in ihre Machtsphäre ziehen, wollte sie diese, die von der Türkei nicht mehr zu halten waren, nicht zur Beute der Feinde Oesterreich-Ungarns werden lassen, sich nicht um jede Autorität auf der Balkanhalbinsel bringen und das Prestige Rußlands auf derselben zu einem ausschließlichen machen. Aus diesem Hohlpaß heraus half nur die Betrauung Europas; dieses mußte auf die Monarchie das Mandat zur Besetzung Bosniens und der Hercegovina übertragen. Ein solches aber vermochte nur der Kongreß zu gewähren.

Hatte Andrássy einmal die Ueberzeugung gewonnen, daß Oesterreich-Ungarn nur als Mandatar Europas seine Aufgabe im Oriente erfüllen könne, setzte er auch alle Hebel in Bewegung, ihr vollkommen zu entsprechen. Vor allem suchte er sich der Zustimmung Englands zu vergewissern. Bereits im April 1878 ließ er dem englischen Ministerium ein ausführliches Memorandum[1]) zugehen, in dem er die Ansicht begründete, die bosnisch-hercegovinische Frage sei nur durch eine Besitzergreifung der beiden Provinzen durch Oesterreich-Ungarn zu lösen. Lord Beaconsfield und Lord Salisbury, die früher einem solchen Plane gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, gaben nunmehr unter dem Drucke der von Andrássy ins Treffen geführten Beweisstücke ihren Widerstand auf. Mittels derselben Konvention vom 6. Juni, durch die die künftige Grenze Bulgariens im vor-

---

[1]) Das Memorandum lag mir nicht vor. Erwähnt wird es in der „Denkschrift zur bosnischen Okkupation". Ungedruckt.

hinein geregelt worden war, übernahm das englische Kabinett die Verpflichtung, jeden Bosnien und die Hercegovina betreffenden Vorschlag der Monarchie auf dem Kongresse zu unterstützen.[1])

Bald nach Absendung seines Memorandums an die englischen Minister benutzte Andrássy die Frage der Repatriierung der bosnisch-hercegovinischen Flüchtlinge zur Anknüpfung direkter Verhandlungen mit der Pforte, um deren freiwillige Zustimmung zur Besetzung Bosniens und der Hercegovina durch die Monarchie zu erwirken. Das Betreten dieses Weges war um so ratsamer, als es ihm mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns daran gelegen sein mußte, jeder Kollision mit dem Osmanentum auszuweichen. Mit großer Sorgfalt unternahm er es daher, den Sultan zu überzeugen, wie dessen eigenstes Interesse gebiete, die zwei Provinzen freiwillig zu opfern, um dadurch seinem Reiche eine zusammenhängende, dauerhafte Form zu geben, die Sammlung aller Kräfte desselben zu ermöglichen. In beredter Weise entwarf er ein Bild der großen Unkosten, die der Türkei aus der ihr auferlegten Entschädigung der beiläufig 230000 Köpfe betragenden Masse von Flüchtlingen erwachsen würden. Ebenso anschaulich schilderte er die Unzufriedenheit der Mohammedaner mit der Autonomie, die nur ihnen Opfer auferlege, während die Christen auf dem Gebiete der Agrarreformen nicht eher ruhen werden, als bis alle mohammedanischen Grundbesitzer ihr Land verlassen hätten. Andrássy prophezeite den voraussichtlichen vereinten Kampf der besitzungslosen Christen und der heimkehrenden Flüchtlinge gegen das mohammedanische Element. Eingekeilt zwischen Serbien und Montenegro, würde die mohammedanische Bevölkerung mit dem Mutterlande nur durch eine vom guten Willen Bulgariens abhängige Militärstraße verbunden sein und gerade dadurch für das Osmanentum rettungslos verloren gehen. Der Minister machte ferner die Pforte auf die Folgen aufmerksam, die ein derartiger, von steten Erschütterungen begleiteter Zustand auf die Politik des benachbarten Oesterreich-Ungarn ausüben müßte. Könnte die Monarchie, fragte er, ein ruhiger Zuschauer gegenüber der an ihren Grenzen entbrennenden slawischen Frage bleiben? Jedenfalls wäre sie genötigt, sich auf die Sicherung ihrer eigenen Interessen zu beschränken; sie müßte es sich versagen, der endgültigen Konstituierung eines Großbulgarien ent-

---

[1]) Konvention vom 6. Juni 1878. Ungedruckt. „Le gouvernement de Sa Mté Britannique s'engage à soutenir toute proposition concernant la Bosnie que le gouvernement austro-hongrois jugera à propos de faire au congrès."

gegenzutreten, so sehr es auch gewiß sei, daß eine solche Schöpfung die Auflösung der Türkei nach sich ziehen werde. Gegenüber der hieraus entspringenden Slawisierung der Balkanhalbinsel vermöchte Oesterreich-Ungarn ein Gegengewicht nur in der Unterstützung der nicht-slawischen, also der griechischen und albanischen Elemente, zu suchen, müßte aber trotzdem in erster Linie Bosnien und die Hercegovina mit Gewalt besetzen. Zu dieser Maßregel werde es durch den Umstand gezwungen, daß sich sonst daselbst Serben und Montenegriner festsetzen, deren Wühlereien möglicherweise sogar zum Verluste Dalmatiens führen könnten. Nur allein der ausgesprochenste Wille, dem panslawistischen Treiben in jenen Gegenden den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen, leite die österreichisch-ungarische Politik in jene Bahnen, auf denen sie von den schwachen Kräften der Türkei keine Unterstützung zu erwarten habe. „Wollte sie (die Türkei)“ — bemerkt hierüber Andrássy — „versuchen, alle widerstrebenden Elemente, die bulgarischen, serbischen, griechischen und albanischen, allein zu bewältigen, so sei zu fürchten, daß sie ihren Besitz nach keiner Richtung hin zu sichern imstande sein werde.“ [1]) Die Pforte, die jetzt auf den Schutz der Monarchie angewiesen war, hatte nicht den Mut, einen direkt abschlägigen Bescheid zu erteilen. Ebensowenig aber wollte sie ihre Zustimmung geben. Die eingeleiteten Verhandlungen wurden daher mit der gegenseitigen Erklärung abgebrochen, die Entscheidung über diese Frage dem Kongresse vorzubehalten.[2])

Andrássy entsagte aber noch nicht der Hoffnung, daß es ihm doch gelingen werde, durch einen Druck von seiten Europas die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Schon während der Besprechungen mit der Pforte hatte er Schritte getan, um sich der Mitwirkung Bismarcks zur Erzielung eines Erfolges zu versichern. Gerade vom deutschen Kanzler durfte er ausgiebige Unterstützung erwarten, da ja dieser uns stets zur Erwerbung der beiden türkischen Provinzen ermuntert hatte.[3]) Andrássy verlangte denn auch

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 13. April 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Denkschrift zur bosnischen Okkupation. Ungedruckt.

[3]) Ristić erzählt, Suvalov habe ihm gesagt, der eigentliche Urheber der Okkupation sei Bismarck gewesen. Denn der deutsche Kanzler habe Andrássy bei der Zusammenkunft in Salzburg bewogen, seinen Widerstand gegen die Okkupation aufzugeben und sich dem Wunsche seines Herrschers und der militärischen Kreise zu fügen, wofür zweifellose Beweise vorhanden seien. Ristić „Diplomatische Geschichte Serbiens 1875—1878“ (serbisch) Band II, S. 251—252. Andrássy hat sich aber nicht infolge Zuredens Bismarcks für die Okkupation entschieden, sondern als er die Notwendigkeit dieser Maßregel erkannte.

von Bismarck, daß er das britische Kabinett zu einer Aktion bei der Pforte zugunsten des österreichisch-ungarischen Projektes veranlasse. Die Handhabe hierzu sollten die in letzter Zeit durch unsere Intervention gebesserten Beziehungen zwischen Deutschland und England bieten.[1]) Von dem englischen Ministerium brauchte Andrássy keine Absage zu befürchten, da Salisbury bereits seinen Widerstand gegen die Okkupation aufgegeben und nunmehr selbst äußerte, daß die Besitzergreifung Bosniens und der Hercegovina durch die Monarchie „sowohl im Interesse Europas als auch in dem der Türkei selbst liege.[2]) Bismarck zögerte wirklich nicht, die Betätigung seines Einflusses in London zur Befriedigung unserer Wünsche in Aussicht zu stellen. Aber er verhehlte auch nicht, wie schwer es sein werde, die Pforte zur freiwilligen Aufopferung ihr gehöriger Länder zu veranlassen.[3]) Am selben Tage, als Andrássy und Elliot in Wien die Konvention vom 6. Juni unterschrieben, gewann Graf Károlyi aus einer vertraulichen Unterredung mit Bismarck den Eindruck, wie der Reichskanzler nicht daran zweifle, daß der Kongreß Oesterreich-Ungarn Bosnien und die Hercegovina mit dem Landstrich bis Mitrovica zuerkennen müsse.[4]) Auch aus Frankreich erhielt Andrássy günstige Nachrichten. Von dort kam die vertrauliche Mitteilung, daß das französische Ministerium keine Einwendungen erheben werde.[5]) Ueber Rußland wußte man, daß es nur die Besitznahme des Sandžaks von Novi-Bazar mißbillige.[6]) Zum Ueberflusse beruhigte Bismarck auch über die freundliche Gesinnung Šuvalovs gegenüber der Monarchie.[7]) Davon konnte sich Andrássy gerade in diesen Tagen in einem Gespräche mit dem russischen Staatsmanne überzeugen. Doch auch davon, daß die russische Politik in einem Punkte: der Vereinigung Antivaris mit Montenegro, unnachgiebig sein werde. Unter gewissen Bedingungen der Sicherstellung für unsere Grenzen war Andrássy wohl bereit, diesen Herzenswunsch der Russen zu erfüllen. Der Kaiser und König Franz Josef I. billigte dies Entgegenkommen seines Ministers unter dem Vorbehalte, daß die Grenzlinie auf dem Kongresse selbst festgesetzt werden müsse. Dafür sollte Rußland seinen Widerstand

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 17. Mai 1878. K. u. K. Ministerium des Aeußern.
[2]) Andrássy an Károlyi, 17. Mai 1878. Ibidem.
[3]) Károlyi an Andrássy, 20. Mai 1878. Ibidem.
[4]) Károlyi an Andrássy, 6. Juni 1878. Ibidem.
[5]) Denkschrift zur bosnischen Okkupation. Ungedruckt.
[6]) Ibidem.
[7]) Károlyi an Andrássy, 6. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

gegen den Heimfall der beiden türkischen Provinzen an Oesterreich-Ungarn aufgeben. „Lassen wir uns aber zu dieser Konzession, zu dieser Vergrößerung Montenegros herbei," — schrieb der Monarch an Andrássy — „so tritt die Notwendigkeit des Besitzes von Bosnien und der Hercegovina inklusive des Enklaves zwischen Serbien und Montenegro um so stärker hervor."[1])

Zweifel konnten noch über die Haltung Italiens bestehen, in dessen Namen Crispi im Jahre 1877 dem Fürsten Bismarck erklärt hatte, sein Vaterland werde niemals der Erwerbung der beiden türkischen Provinzen durch Oesterreich-Ungarn zustimmen.[2]) Auch jetzt trachtete Crispi, den neuernannten italienischen Ministerpräsidenten Cairoli zur Bekämpfung der Absichten unserer Monarchie auf dem Kongresse zu veranlassen. Cairoli ging hierauf nicht ein.[3]) Konnte denn auch Italien allein isoliert bleiben und sich in Gegensatz zu den übrigen Großmächten stellen? Bei einigermaßen geschicktem Vorgehen durfte Andrássy erwarten, Italien für sich zu gewinnen. Aber ganz ohne Betonung seines Standpunktes wollte das italienische Ministerium die Sache doch nicht hingehen lassen. Der italienische erste Bevollmächtigte, Graf Corti, eröffnete denn auch Andrássy, daß ihn die Rücksicht auf die öffentliche Meinung seines Landes sowie auch seine eigene Stellung im Ministerium Cairoli nötigen, die Angelegenheit nicht mit Stillschweigen zu übergehen; er werde wohl keine Schwierigkeiten machen, jedoch in der Sitzung des Kongresses durch irgendeine Phrase markieren, daß er nicht sofort seine Zustimmung gegeben habe. Graf Corti war entgegenkommend genug, noch vor der entscheidenden Abstimmung dem Grafen Andrássy den Text seiner beabsichtigten Interpellation bekannt zu geben.[4])

Nun hatte der Minister nur noch ein Bollwerk aus dem Wege zu räumen: die ausgesprochene Abneigung der Türken gegen eine Okkupation der beiden Provinzen. Die türkischen Kongreßbevollmächtigten wiegten sich in der Illusion einer mit Oesterreich-Ungarn gemeinschaftlichen Besetzung; auch hatte man sie von Konstantinopel aus absichtlich ohne zureichende Instruktionen für ihr Verhalten gelassen. Andrássy bemühte sich, ihnen, unter Hinweis auf die Dienste, die Oesterreich-Ungarn der Türkei in der

---

[1]) Franz Josef an Andrássy, Wien, 15. Juni 1878. Ungedruckt.

[2]) Palamenghi-Crispi: „Francesco Crispi. Politica extera", 25.

[3]) Ibidem, 73.

[4]) Vortrag Andrássys, Berlin, 29. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

bulgarischen Frage geleistet, eingehendere Weisungen zu verschaffen.[1]) Seinen stärksten Trumpf, um die Türken zur Nachgiebigkeit zu bewegen, meinte er jedoch in dem Hinweis darauf zu besitzen, daß die ganze Kongreßarbeit an ihrer Ablehnung scheitern würde, woraus nur für sie selbst sich die schlimmsten Folgen ergeben müßten.[2]) Ein klares Ja oder Nein vermochte Andrássy trotzdem nicht von den türkischen Bevollmächtigten zu erhalten.

Noch blieben vor der Entscheidung zwei sehr wichtige Punkte zu erledigen. Welche Macht sollte den Antrag auf Betrauung Oesterreich-Ungarns mit dem Mandat Europas in der Sitzung vom 28. Juni einbringen? Deutschland oder England? Denn nur diese beiden Staaten konnten bei ihrem freundschaftlichen Verhältnis zur Monarchie für diesen Zweck in Betracht kommen. Wie Andrássy selbst sagt, wäre es das einfachste gewesen, daß Fürst Bismarck im Namen Deutschlands die Mission erfülle. In diesem Falle aber hätte man sich leicht der Mißdeutung ausgesetzt, daß man die zwei Provinzen gewissermaßen als Geschenk aus der Hand des mächtigen Nachbarstaates empfangen habe. Das mußte vermieden werden. Aus diesem Grunde gab Andrássy England den Vorzug.[3])

Die zweite zu lösende Frage bestand darin, ob das Mandat Europas in Form von Annexion oder Okkupation erfolgen sollte. Ursprünglich war nur von Annexion die Rede. Allein schwere, sich dagegen auftürmende Bedenken ließen Andrássy den Gedanken an die Annexion aufgeben. In dem von ihm ausgearbeiteten und Salisbury zum Zweck der Beantragung übergebenen Schriftstücke wählte Andrássy anstatt Annexion die Bezeichnung: „Okkupation und Administration". Doch geschah dies in einer solchen Form und solcher Textierung, daß dadurch der Charakter der Beständigkeit gewahrt blieb und Europa nie das Recht zukam, die Monarchie zur Aufgabe der Okkupation zu nötigen. Andrássy hatte sich für den Ausdruck „Okkupation" nur aus Zweckmäßigkeitsgründen entschieden: dem Sultan sollte durch die Wahl dieses Wortes sein Beitritt erleichtert werden. War Andrássy doch nicht unbekannt, daß es dem Padischah aus religiöser Ursache unmöglich wäre, ein Gebiet förmlich an eine andere Macht abzu-

---

[1]) Telegramm Andrássys, 15. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Denkschrift zur bosnischen Okkupation. Ungedruckt.

[3]) Andrássys Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878. Ungedruckt.

treten, das er nicht im Kriege verloren. Wäre es ratsam gewesen, deswegen einen Krieg mit der Türkei zu beginnen? Kein Zweifel, daß unsere Heere aus diesem Kampfe siegreich hervorgegangen wären. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden wir nicht die einzigen Sieger geblieben sein. Rußland hätte sofort die Gelegenheit benützt, die Balkanländer nicht zu räumen, um womöglich, parallel mit uns, seine Truppen neuerdings gegen die Türkei aufmarschieren zu lassen. Alles, was bisher mühsam erreicht worden, wäre in Gefahr gewesen, wieder zunichte zu werden. Andrássy mußte aber auch die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns berücksichtigen, die sich bisher aufs entschiedenste gegen die Eingliederung Bosniens und der Hercegovina in den Körper der Monarchie ausgesprochen hatte. Schon in staatsrechtlicher Hinsicht war „Okkupation und Administration“ der „Annexion“ vorzuziehen. Die bloße Okkupation beseitigte die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die mit der Annexion verbunden gewesen wären. Durch die Okkupation, die die Quotenfrage unberührt ließ, wurden Bosnien und die Hercegovina zu einer gemeinsamen Angelegenheit und der für sie kompetente Vertretungskörper die Delegation.[1])

Am 28. Juni, dem Tage der entscheidenden Sitzung, meinte Andrássy Herr der größten Schwierigkeiten zu sein. Die ganze Angelegenheit war in der Tat bereits so weit gediehen, daß sich Bismarck noch am Vormittag durch Radowitz von Andrássy Argumente zur Unterstützung des vorbereiteten englischen Antrages erbat.[2]) Nur über die Haltung der Türken bestand weiter der Zweifel. Noch an der Schwelle des Beratungssaales behaupteten

---

[1]) Andrássys Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878.

[2]) Wenn behauptet worden ist, daß Bismarck noch im letzten Moment Andrássy davon abraten ließ, sich durch den Kongreß die Besetzung Bosniens und der Hercegovina zusprechen zu lassen, und daß die Monarchie sich erst nach Beendigung des Kongresses der beiden Provinzen auf eigene Faust bemächtigen solle (Dóczi, „Andrássy und Bismarck“ in „Neue Freie Presse“, 2. Februar 1907), so klingt das, nach allem, was wir über die Haltung des deutschen Kanzlers auf dem Kongresse gegenüber Andrássy wissen, schier unglaublich. Welchen Grund auch hätte Bismarck gehabt, Oesterreich-Ungarn sozusagen in letzter Stunde von der Okkupation abzuhalten! In seiner ungedruckten Denkschrift aus dem Jahre 1886 erwähnt Andrássy, daß sich Bismarck in den orientalischen Dingen „unserer Leitung willig überließ und jede Definition unserer Interessen im Oriente sich anzueignen geneigt war“, was er gewiß nicht hätte sagen können, wenn ihm der Kanzler in einer so wichtigen Frage wie der Okkupation Schwierigkeiten in den Weg hätte legen wollen.

die türkischen Bevollmächtigten, ohne Instruktionen zu sein. Erst im Saale selbst trat Karatheodory auf Andrássy zu, um ihm die Eröffnung zu machen, er hätte soeben bestimmte Weisungen erhalten. Sie lauten: Die Pforte habe, nach Anhörung geistlicher und weltlicher Würdenträger, ihn, Karatheodory, zur Erklärung ermächtigt, daß sie den Einmarsch fremder Truppen ablehne und selbst die Kraft besitze, die nötigen Reformen und die Repatriierung der Flüchtlinge durchzuführen. Nach Erledigung dieses Auftrages forderte Karatheodory den Grafen Andrássy auf, die Diskussion über Bosnien zu vertagen; er hoffe, daß inzwischen ein vermittelnder Ausweg gefunden werden würde. Mehemed Ali Pascha fügte diesen Worten die Bemerkung hinzu: Oesterreich-Ungarn hätte sich mit der Abtretung der Hercegovina begnügen sollen, nunmehr scheine ihm Verzögerung das beste zu sein. Das Vorgehen der Türken schuf eine Situation, die an die Entschlußfähigkeit Andrássys die höchsten Anforderungen stellte. Wie ein von der Richtigkeit seiner Sache vollständig durchdrungener Mann, machte er rasch aller Unentschiedenheit ein Ende, indem er nichts von einem Aufschub wissen wollte. „Der Moment," telegraphierte hierüber Andrássy dem Kaiser, „war kritisch. Die Sitzung sollte eröffnet werden. Ich erwiderte, wir stünden einmal vor dem Graben, wir würden also springen." Salisbury, der gleich Bismarck auch erst im Beratungssaale von der türkischen Weisung Kenntnis erhalten, wandte sich an Andrássy mit der Frage, ob er unter diesen Umständen auf der Behandlung der auf der Tagesordnung befindlichen Angelegenheit beharre. Der Minister beantwortete diese Frage mit einem entschiedenen Ja.[1])

Sofort nachdem Bismarck die Diskussion über den vierzehnten, sich mit dem künftigen Schicksal Bosniens und der Hercegovina befassenden Artikel des Friedens von San Stefano eröffnet hatte, meldete sich Graf Andrássy zum Worte. Er verlas ein Memoire, in dem er die von Rußland im Vereine mit der Türkei und Oesterreich-Ungarn in Aussicht genommene Regelung der Verhältnisse der zwei türkischen Provinzen für undurchführbar bezeichnete. Aus schon bei früheren Gelegenheiten angeführten Gründen verwarf er auch jetzt den russischen Plan einer autonomen Organisation für Bosnien und die Hercegovina, die nur den Wühlereien freien Spielraum gewähren würde. Mit Nachdruck hob Andrássy hervor, daß die Monarchie nur einer solchen Ordnung der Dinge

---

[1]) Andrássy an den Kaiser und König Franz Josef I., 28. Juni 1878.

zustimmen könnte, die Dauer für die Zukunft verbürge und die Wiederkehr von Ereignissen verhindere, die Oesterreich-Ungarn große Opfer und bedeutende materielle Verluste auferlegt haben. Deutlich genug wurde es vom Minister ausgesprochen, daß die Erfüllung dieser Aufgabe von der Türkei nicht zu erwarten sei. Immer mußte Andrássy besorgen, daß die Autonomie die Selbständigkeit Bosniens nicht sichere und eines schönen Tages die Verschmelzung dieser Provinz mit Serbien vor sich gehen werde.

Wie es vorher zwischen Andrássy und den englischen Bevollmächtigten verabredet worden, meldete sich unmittelbar nach unserem ersten Bevollmächtigten Lord Salisbury zum Behufe eines Antrages zum Worte. Auf Grundlage der ihm von Andrássy an die Hand gegebenen Argumente legte er in sehr scharf pointierter Weise die Unfähigkeit der Türken dar, in den zwei einzigen Provinzen ihres Reiches, wo religiöse und Besitzfragen so enge miteinander verbunden sind, wie in Bosnien und der Hercegovina, die Ordnung herzustellen. Hierzu sei nur ein mächtiger, über die nötige Kraft verfügender Staat berufen. Weder Serbien noch Montenegro dürften in den Besitz dieser Provinzen gelangen, denn es könnte sich sonst da eine Kette slawischer Staaten bilden, welche die anderen Rassen bedrohen und deren Freiheit gefährden würden. Für die Pforte selbst haben Bosnien und die Hercegovina weder einen materiellen noch strategischen Wert. Von der Türkei wäre es daher ein Akt weiser Selbsterkenntnis, wenn sie nunmehr selbst freiwillig beide Provinzen dem mächtigen Nachbarstaate überlassen würde. Er stelle daher, sagte Salisbury, den Antrag, der Kongreß wolle beschließen, daß Bosnien und die Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet würden.[1]

Nach dem Ausspruch Andrássys waren die Russen nicht nur aufs peinlichste berührt, sondern geradezu konsterniert, als sie aus dem Munde des englischen Staatsmannes diesen Vorschlag vernehmen mußten.[2] Sie waren hierauf in keiner Weise vorbereitet gewesen. Ebensowenig dürfte es ihnen angenehm gewesen sein, als auch Bismarck die englische Motion sehr entschieden unterstützte und darauf hinwies, daß es sich hier um kein spezifisch österreichisch-ungarisches, sondern um ein europäisches Interesse

[1]) Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 1878.

[2]) Andrássys Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878. Ungedruckt.

handle. Als auch Frankreich und Italien den englischen Antrag zu dem ihrigen gemacht hatten, konnte Rußland nicht recht gut hinter diesen Staaten zurückbleiben. Es mußte daher notgedrungen gleichfalls seine Einwilligung erteilen.

Nur die Türken verhielten sich weiterhin ablehnend. Ihre Sprache beruhte auf vollkommener Verkennung der Lage. Sie behaupteten, die in Aussicht genommene Maßregel wäre absolut überflüssig. Die Türkei sei stark genug, um mit moralischer Unterstützung Oesterreich-Ungarns die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und die Flüchtlinge zu repatriiren.[1]) In ziemlich scharfer Weise bekämpfte Andrássy die Ausführungen Karatheodorys, indem er entgegnete: Für die Monarchie sei es ganz unmöglich, ihre Sicherheit an die Illusion zu knüpfen, welche die Türkei betreffs der künftigen Gestaltung Bosniens und der Hercegovina hege. Oesterreich-Ungarn sei bereit, das ihm übertragene Mandat zur Okkupation und Administration der beiden Provinzen anzunehmen.

Als es zur Abstimmung kam, traten mit Ausnahme der türkischen Bevollmächtigten alle Mächte dem englischen Antrage bei.[2]) Der Widerstand der Türken reizte Bismarck zu einem scharfen Ausfall gegen diese. Der Zweck des Kongresses sei, führte er aus, den Frieden Europas sicherzustellen. Die Pforte müsse wissen, daß sie durch den Kongreß große, bereits verlorene Provinzen (Ostrumelien mit den benachbarten Gebieten) zurückerlange.[3]) Die Entscheidungen der Mächte bilden der Pforte gegenüber ein Ganzes; sie könne nicht nach den sich ihr darbietenden Vorteilen greifen, ohne auch das zuzugestehen, was für sie von Nachteil sei. Die Türkei, meinte er weiter, habe kein Interesse, die Kongreßverhandlungen zum Scheitern zu bringen und die Mächte in die Lage zu bringen, ihre eigenen Interessen zu Rate zu ziehen. Nachdem Bismarck die formelle Einmütigkeit des Beschlusses der

---

[1]) Wie irrig diese Annahme der Türken war, beweist am besten die Tatsache, daß sie nicht einmal imstande waren, die Ordnung in Mazedonien herzustellen, das doch viel näher zu Konstantinopel liegt als Bosnien.

[2]) Wie Sir Drummond Wolff erzählt, soll nach der Sitzung, in welcher der Artikel XXV angenommen wurde, Graf Corti zu Graf Andrássy gesagt haben: „But, my dear Count, your occupation of Bosnia and Herzegowina is nothing but an annexation badly disguised,“ worauf von seiten des Grafen die Antwort erfolgte: „Very badly disguised.“ „Rambling recollections“, Bd. II, S. 194.

[3]) Damals soll Karatheodory, wie Vambéry erzählt, geäußert haben: „Das kommt mir ungefähr so vor, wie wenn man ein Huhn, das geschlachtet werden soll, fragen wollte, ob es lieber gebraten oder gekocht sein wolle.“ „Pester Lloyd“, 28. Januar 1906. Vambéry, „Karatheodory Pascha“.

Mächte konstatiert hatte, erklärte er, bis zum Eintreffen neuer Instruktionen für die Bevollmächtigten der Türkei „das Protokoll offen zu halten".[1])

Ueber den Sandžak von Novi-Bazar kam es in der Sitzung vom 28. Juni zu einem Nachspiel. Vor Beendigung der Debatte und ehe Bismarck seine Schlußworte gesprochen, hatte Graf Andrássy die Mitteilung gemacht, daß sich die Besetzung Bosniens und der Hercegovina nicht auf die Enklave zwischen Serbien und Montenegro, das ist den Sandžak von Novi-Bazar, erstrecke, daß somit dieser Landstrich weiter in türkischer Verwaltung verbleibe. Dagegen aber sei Oesterreich-Ungarn gezwungen, zur Sicherung seiner Verkehrswege sich das Recht vorzubehalten, daselbst Garnisonen zu halten und über Militär- und Handelsstraßen zu verfügen. Diesem Vorbehalt des ersten Bevollmächtigten Oesterreich-Ungarns gegenüber erwiderte Šuvalov, er müse sich im Namen Rußlands bezüglich des beanspruchten Garnisonsrechtes Bedenkzeit erbitten. Hierauf entgegnete Fürst Bismarck, es wundere ihn zwar, daß Šuvalov noch Bedenkzeit in einer Angelegenheit bedürfe, über die bereits seit sechs Monaten verhandelt werde, doch soll in diesem Punkte das Protokoll für Rußland offen gelassen werden.[2]) Als im Anschluß hieran die Verhandlung über Montenegro auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden sollte, erhob Andrássy Einspruch dagegen. Seiner Meinung nach, ließ er sich vernehmen, hänge die Begrenzung Montenegros so innig mit der Regelung der Enklave zusammen, daß über Montenegro früher keine Beschlüsse gefaßt werden könnten, ehe die Enklavenaffäre nicht erledigt sei.[3]) In diesem Sinne fiel auch die Entscheidung.

Nach der Sitzung gab es dann noch eine kleine köstliche Szene, die im höchsten Grade bezeichnend für die damaligen russischen Bevollmächtigten ist. Fürst Gorčakov nahm den Grafen Andrássy beiseite, um ihm die vertrauliche Mitteilung zu machen, er habe sich *für* unseren Anspruch auf die beiden Provinzen erklärt, trotzdem seine Kollegen *dagegen* sprechen wollten. „Das-

---

[1]) Protokoll über die Sitzung vom 28. Juni 1878 und das hierauf bezügliche Telegramm Andrássys vom 28. und ein Vortrag vom 29. Juni.

[2]) Telegramm Adrássys vom 28. Juni 1878. Davon steht nichts im offiziellen Protokoll.

[3]) Ibidem. Auch davon erwähnt das offizielle Protokoll nichts. Es heißt da nur, daß infolge von „observations" Šuvalovs und Andrássys die Beratung über Montenegro auf eine spätere Sitzung verschoben wurde.

selbe" — fügt Andrássy seinem Berichte hierüber hinzu — „sagte mir seinerzeit Šuvalov von Gorčakov." [1]) Weit tragischer waren die Vorwürfe, die sich die türkischen Bevollmächtigten nach der Verhandlung vom 28. Juni von Andrássy und Beaconsfield zuzogen. Der englische Premier ließ es sogar an Drohungen nicht fehlen. Direkt beschuldigte er die Türken, was noch schwerer ins Gewicht fiel, daß sie die Projekte Englands durchkreuzen und es ihm dadurch unmöglich machen, das Osmanische Reich sowohl gegen slawische wie griechische Ansprüche zu verteidigen. [2])

Gebrochen wurde jedoch der Widerstand der Türken auch damit nicht. Bismarck glaubte wohl, Oesterreich-Ungarn brauche sich um denselben weiter nicht zu bekümmern; es solle einfach auf Grund des europäischen Mandates in die beiden Provinzen einmarschieren. [3]) Konnten solche Ratschläge, von denen sie Wind bekamen, ferner die Drohungen Lord Beaconsfields und die Vorbereitungen der Monarchie zur Okkupation ganz ohne Eindruck auf die türkischen Bevollmächtigten bleiben? Wäre es klug gewesen, all das nicht zu beachten? Berichte über die sich hinter den Kulissen abspielenden Vorgänge müssen diese jedenfalls zu einer Sinnesänderung bewogen haben. Denn am 4. Juli eröffnete Karatheodory in der an diesem Tage stattgefundenen Sitzung: die hohe Pforte bringe den Beschlüssen des Kongresses volles Vertrauen entgegen, doch mache sie den Vorbehalt, sich mit Oesterreich-Ungarn „directement et préalablement" über Bosnien und die Hercegovina zu verständigen. Hierauf bemerkte Bismarck, daß mit der Einschaltung der türkischen Erklärung ins Protokoll das Einvernehmen der Mächte in dieser Frage hergestellt sei. Auch Andrássy erschien das Vorgehen der türkischen Bevollmächtigten von größter Bedeutung. „Hiermit" — äußerte er sich gegenüber dem Kaiser — „ist die Gefahr eines faktischen Widerstandes der Türken überwunden, und ich bin glücklich, alleruntertänigst melden zu können, daß das Programm, welches Eure Majestät gebilligt haben, sich erfüllt." [4])

Allein Graf Andrássy hatte doch zu früh triumphiert. Vom europäischen Standpunkte aus war die Sache erledigt, aber nicht

---

[1]) Telegramm Andrássys vom 28. Juni 1878. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

[2]) Hanotaux a. a. O., Bd. 4, S. 368.

[3]) Ibidem.

[4]) Telegramm Andrássys vom 4. Juli 1878. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

von dem der Türkei. Wenn diese einen Vorbehalt machte, so hieß das so viel, als sich aus ihm ein Hinterpförtchen schaffen, durch das sie gelegentlich entschlüpfen könne. Als in der Tat die „entente directe et préalable" nicht zustande kam, sagte Karatheodory dem Grafen Andrássy, er sei beauftragt, die Kongreßakte nur für den Fall zu unterschreiben, wenn die türkischen Bevollmächtigten von ihm eine schriftliche Erklärung über den provisorischen Charakter der Okkupation und die grundsätzliche Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans erhalten. Graf Andrássy befand sich vor der Alternative, entweder die geforderte Deklaration zu unterfertigen oder aber geschehen zu lassen, daß das ganze Kongreßwerk über die Frage der Okkupation in die Brüche gehe. Der österreichisch-ungarische Minister wußte sehr wohl, daß die türkischen Delegierten bei fortgesetzter Weigerung seinerseits keinen Augenblick zögern würden, die Ursache ihrer Nichtunterzeichnung der Kongreßakte bekannt zu geben. Es war ihm klar, daß alsdann die ganze Welt ihn für das Scheitern der Verhandlungen in Berlin und für den aller Wahrscheinlichkeit nach hieraus entstehenden Krieg zwischen uns und der Türkei verantwortlich gemacht hätte.[1]) In dieser Lage entschloß sich Graf Andrássy am 13. Juli zur Unterfertigung der von den türkischen Bevollmächtigten verlangten geheimen Deklaration.[2]) Ehe diese am 13. Juli erfolgte, wandte sich Karatheodory vor der Sitzung vom 10. Juli an Andrássy mit der Bemerkung, es scheine ihm wünschenswert, ohne jedoch damit dem Kongreßbeschlusse entgegentreten zu wollen, daß darin dem Vorbehalte der Türkei betreffs der mit Oesterreich-Ungarn zu vereinbarenden Maßregeln in irgendeinem Passus Ausdruck verliehen werde. Während der Sitzung brachte er auch etwas Aehnliches ziemlich zögernd und in murmelndem Tone hervor. Obgleich Andrássy in diesem Begehren nichts erblickte, was er zurückweisen hätte müssen, zog er es doch vor, auf die Sache nicht weiter einzugehen. Den Türken muß aber

---

[1]) Denkschrift über die bosnische Okkupation.

[2]) Wie mir Exzellenz Freiherr von Schwegel erzählte, der zu dem diplomatischen Stabe Andrássys in Berlin gehörte, wären dessen Räte dafür gewesen, daß er den Türken nicht nachgebe. Schwegel will sogar in den Beratungssaal gegangen sein und Andrássy in ein Nebenzimmer gerufen haben, um ihm die Ansicht seiner Räte mitzuteilen. Schwegel gesteht jetzt selbst, wie er dies mir gegenüber tat, daß Andrássy die Situation richtiger beurteilte, als er nachgab. Denn im entgegengesetzten Falle hätte Rußland die Gelegenheit benutzt, die orientalische Frage in neue Verwirrung zu bringen, und die ganze kostbare Arbeit des Kongresses wäre vergeblich gewesen.

sehr viel daran gelegen gewesen sein, daß ihrem Wunsche willfahrt werde, denn am nächsten Tage, 11. Juli, erschien Karatheodory bei Andrássy, um an ihn das Ersuchen zu stellen, er möge zulassen, daß dem Artikel der Kongreßakte über Bosnien und die Hercegovina noch folgender Schlußpassus angereiht werde: „A cet effet les gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se reservent de s'entendre sur les détails." — „Ich stimmte" — heißt es im Berichte Andrássys hierüber — „diesem mir nicht nur unbedenklich erscheinenden, sondern, da er das Prinzip vollkommen bestätigt, eher sogar nützlichen Zusatzpassus ohne Zögern bei." [1])

Nichts stand somit mehr der definitiven Festlegung des Artikels XXV der Kongreßakte im Wege, der sich ausschließlich mit dem künftigen Schicksal der beiden türkischen Provinzen befaßt. Er verfügte im Namen Europas über die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn. Der Sandžak Novi-Bazar, der sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis über Mitrowica hinaus erstreckt, verbleibt in türkischer Administration. Nur zur Sicherstellung des Verkehres behält sich Oesterreich-Ungarn in diesem Teile das Garnisonsrecht, wie auch Militär- und Handelswege vor. Hieran reihte sich der von Karatheodory im letzten Moment beanspruchte Zusatz über die gegenseitige Verständigung betreffs der Details.

Der Artikel XXV enthüllte jedoch nicht den vollen Tatbestand rücksichtlich des Sandžaks von Novi-Bazar. Hatte Šuvalov schon in der 10. Sitzung angekündigt, daß er seinen Vorbehalt über das Garnisonsrecht der Monarchie zurückziehe, so war unmittelbar vor der letzten Sitzung des Kongresses ohne Wissen der Türkei zwischen den österreichisch-ungarischen und russischen Bevollmächtigten ein Abkommen getroffen worden, das noch im letzten Moment über die Zukunft des Sandžaks von Novi-Bazar entschied. In der Absicht, die Entente zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu erleichtern, hatte Gorčakov den Auftrag, im Namen Alexanders II. zu erklären, Rußland verpflichte sich, keinerlei Einwendung zu erheben, wenn infolge etwaiger aus der türkischen Verwaltung entstehender Mißhelligkeiten Oesterreich-Ungarn gezwungen sein könnte, den Sandžak von Novi-Bazar ebenso endgültig zu besetzen wie das übrige Bosnien und die Herce-

---

[1]) Vortrag Andrássys, 11. Juli 1878. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

govina.[1]) Als Entgelt hierfür versprach Oesterreich-Ungarn Rußland seinen diplomatischen Beistand zu leihen, um alle aus der Durchführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages entstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.[2])

* * *

Alle Fragen, die den Kongreß während seiner Dauer beschäftigten, treten zurück vor der Bedeutung der glücklichen Lösung der Begrenzung des bulgarischen Fürstentums und der bosnisch-hercegovinischen Angelegenheit. Insbesondere war dies mit Bosnien und der Hercegovina der Fall. Hatte Europa unsere Monarchie mit der Besetzung und Verwaltung der beiden türkischen Provinzen betraut, so war auch die Gefahr beseitigt, daß diese, wie es Rußland beabsichtigt hatte, zwischen Serbien und Montenegro aufgeteilt würden. Nun brauchte uns das Gespenst der Entstehung großer slawischer Staaten an unseren Grenzen nicht mehr zu schrecken. Damit fiel auch der Grund zur Einsprache gegen die Unabhängigkeitserklärung Serbiens[3]) und Montenegros und deren etwaiger Arrondierung hinweg. Oesterreich-Ungarn unterstützte jetzt die Befreiung der beiden Länder von der türkischen Oberhoheit. Montenegro behielt sogar mit unserer Zustimmung Antivari samt dem dazugehörigen Küstenstrich, wogegen Spizza an Dalmatien gelangte.[4]) Für Serbien rettete nur das Eingreifen Andrássys die Bezirke Vranje, Niš und Pirot.[5])

---

[1]) Konvention vom 1./13. Juli 1878. „Le gouvernement impérial de Russie s'engage de son côté à n'élever aucune objection si, à la suite des inconvénients pouvant résulter du maintien de l'administration ottomane dans le Sandjak de Novi-Bazar l'Autriche-Hongrie se voyait amenee à occuper définitivement ce territoire comme le reste de la Bosnie et de l'Herzégovine." Siehe Fournier a. a. O., S. 74.

[2]) Ibidem.

[3]) Als Ristić den Russen, Baron Jomini, fragte, welcher Trost Serbien bleibe, wenn Rußland der Okkupation zustimme, erwiderte dieser: sie werde höchstens 15 Jahre dauern, und nach dieser Zeit werden wir mit Oesterreich-Ungarn abrechnen. Aehnlich, behauptet Ristić, hätte sich ihm gegenüber auch Šuvalov geäußert, was aber schlecht mit dem stets betonten friedlichen Charakter des russischen Diplomaten stimmen würde. Ristić, „Diplomatische Geschichte Serbiens 1875—1878", Bd. II, S. 250—251 (serbisch). Es bedarf jedenfalls weiterer Zeugnisse, um diese Angabe des Ristić für glaubwürdig halten zu können.

[4]) Montenegro durfte jedoch auf der Adria keine Kriegsschiffe halten, und die Seepolizei daselbst stand Oesterreich-Ungarn zu.

[5]) Ristić erzählte auf seiner Heimreise von Berlin einem ihm befreundeten Arzte, dem Dr. Georg Lazarević in Pancsova, daß Fürst Gorčakov selbst ihn an

Am schlechtesten kam Rumänien fort, das Rußland im Kampfe gegen die Türkei die größten Dienste geleistet und die russischen Truppen vor Plevna vom sicheren Untergang gerettet hatte. Gleich Serbien und Montenegro ward auch Rumänien für unabhängig erklärt.[1]) Nicht, worauf eben Andrássy das größte Gewicht legte, durch Rußlands Gnade, sondern im Namen Europas.[2]) Freilich vermochte die erlangte Selbständigkeit Rumänien nur schwer für die Enttäuschung zu trösten, die ihm Rußland damit bereitete, daß es auf der Rückgabe des 1856 abgetretenen Bessarabiens beharrte. Der Erwerb der wenig fruchtbaren Dobrudža war ein geringer Ersatz für den erlittenen Landentgang. Und selbst da noch hatte es Rumänien nur einer Verabredung zwischen Andrássy und Waddington zu danken, daß die Entschädigung für Bessarabien gegen den Süden zu mit der Begrenzung Silistria—Mangalia größer ausfiel, als Rußland ursprünglich beabsichtigt hatte.[3])

Das Zarenreich war somit zum Wiederbesitz Bessarabiens gelangt, dessen Verlust im Jahre 1856 es nie verschmerzt und stets als eine unüberwindliche Schädigung seiner „Staatsehre“ betrachtet hatte. Außerdem mußte die Türkei an den Zaren noch Batum, Ardahan und Kars abtreten. Rußland verpflichtete sich jedoch, Batum zu einem unbefestigten Freihafen zu machen, wodurch seiner Herrschaft über das Schwarze Meer ein Riegel vorgeschoben wurde. Griechenland erhielt die Zusicherung eines Zuwachses in Thessalien und Epirus, worüber es sich mit der Pforte zu verständigen hatte. Der Artikel XXIII befaßte sich mit dem künftigen Schicksal der

---

Andrássy mit den Worten gewiesen habe: „Serbien ist von nun an ganz auf die österreichisch-ungarische Monarchie angewiesen, muß mit ihr gute Freundschaft pflegen und kann nichts mehr für die madjarischen Serben tun.“ Mitteilung des Dr. Georg Lazarević in Pancsova. Ganz unabhängig von Dr. Lazarević lautet eine andere Mitteilung, nach welcher Gorčakov während des Berliner Kongresses zu Ristić gesagt habe: „Gehen Sie zu Graf Andrássy; was dieser Ihnen verspricht, das werden Sie bekommen, auf uns können Sie nicht rechnen.“ In dem bereits erwähnten Werke des Ristić, Band II., findet sich kein derartiger Ausspruch Gorčakovs erwähnt. Dagegen heißt es daselbst S. 186, daß ihm Šuvalov geraten habe, unter jeder Bedingung mit Oesterreich-Ungarn ein Einvernehmen zu treffen. Siehe auch ibidem. S. 188.

[1]) Serbien, Montenegro und Rumänien erhielten ihre Unabhängigkeit unter der ausdrücklichen Bedingung, allen ihren Untertanen religiöse und politische Gleichberechtigung zu gewähren — eine Begünstigung, die besonders auf die zahlreichen rumänischen Juden gemünzt war.

[2]) Andrássysche Aufzeichnungen.

[3]) Vortrag Andrássys vom 2. Juli 1878. „Ich hatte mit Waddington diese Inszenierung der Entschädigungsfrage besprochen.“

christlichen Bevölkerung des Balkans, die weder zu Oesterreich-Ungarn noch zu Rumänien, Montenegro oder Serbien geschlagen wurde, sondern weiterhin zum Besitzstande der europäischen Türkei gehörte. Dieser Artikel des Berliner Vertrages bestimmte, daß zur Regelung der Verhältnisse der bei der Pforte verbliebenen Christen besondere Kommissionen einzusetzen wären, in denen auch das einheimische Element reichhaltig vertreten sein müsse. Die Arbeiten der betreffenden Kommissionen sollten der Türkei vorgelegt und von der für die Ordnung Ostrumeliens bestellten europäischen Kommission überprüft werden.[1])

Von besonderer Bedeutung war der vorletzte Artikel des Berliner Vertrages, der besagte, die Bestimmungen der Verträge von 1856 und 1871 bestehen aufrecht, sofern sie nicht durch neuerliche Verfügungen abgeändert würden. Demnach blieben die Meerengen zwischen Europa und Asien in Friedenszeiten auch weiter für fremde Kriegsschiffe verschlossen, und der Sultan behielt unangetastet sein Recht, im Notfalle die Flotte einer ihm befreundeten Macht herbeizurufen. Große Wichtigkeit kam der Neutralitätserklärung der Donau zu und der Erstreckung des Wirkungskreises der europäischen Kommission, als Flußpolizei, bis Galatz. Das ausdrückliche Verbot, es dürften künftig keine Befestigungen an den Ufern der Donau errichtet werden, konnte als Bürgschaft dafür gelten, daß sich Bulgarien nicht unter dem Schutz Rußlands in einen Gendarm der Donau verwandle.

England hatte wohl keinen direkten Vorteil durch den Kongreß selbst erlangt, aber einen indirekten, der in der Erhaltung der Türkei bestand. Noch vor der Tagung des Kongresses, gleichsam unter dem Einflusse seines Zusammentrittes, hatte jedoch das britische Kabinett getrachtet, sein Schäflein ins Trockene zu bringen. In aller Stille schlossen der englische Botschafter Layard und der türkische Minister des Aeußern, Safvet Pascha, ein Defensivbündnis zum Schutz der vorderasiatischen Besitzungen der Türkei gegen etwaige Eroberungsgelüste Rußlands. Um England die nötigen Mittel zur Ausführung der eingegangenen Verpflichtung zu sichern, überließ der Sultan die Insel Zypern an Großbritannien, von dem

---

[1]) Das Resultat der Arbeiten der Kommissionen diente als Grundlage für das türkische Reformgesetz von 1880, das bisher aber nicht in Anwendung gebracht wurde. Sir Henry Drummond Wolff sagt in seinen 1908 veröffentlichten „Rambling recollections“, II. Band: „My belief is that, had the Treaty (Berliner) been observed in this respect, much might have been avoided of what has since happened in Macedonia.“

sie besetzt und verwaltet werden solle.[1]) Besteht vielleicht ein innerer Zusammenhang zwischen dem Defensivbündnis vom 4. Juni und der im Vertrag vom 6. Juni ausgesprochenen Bereitwilligkeit Englands, die Ansprüche der Monarchie auf Bosnien und die Hercegovina auf dem Kongreß zu unterstützen? Wollte England dadurch seine Okkupation Zyperns, wenn sie bekannt würde, in milderem Lichte erscheinen lassen? Wie dem immer sei, ob Beaconsfield an die Okkupation Bosniens und der Hercegovina als an eine Maßregel von europäischem Interesse dachte oder nicht, gewiß ist nur das eine, daß das Defensivbündnis vom 4. Juni, von dessen Existenz die Mitglieder des Kongresses sehr überrascht wurden, eine stete Drohung gegen Rußland in sich schloß, es nicht weiter zu wagen, seine Hand nach dem Besitzstande der Türkei auszustrecken.

Für Frankreich und Italien war dagegen die Besitznahme Zyperns durch England ein Schlag ins Gesicht. Es bestand die Gefahr, daß die französischen Bevollmächtigten deswegen Berlin verlassen würden und der Kongreß gesprengt werden könnte. Dies gab den Anlaß zur späteren Herrschaft der Franzosen in Tunis. Als die Engländer von Waddington wegen Zypern zur Rede gestellt wurden, sagte Lord Salisbury zu diesem: „Machen Sie da unten, was Ihnen gut dünkt, das geht uns nichts an.“[2]) Frankreich wurde somit von England eingeladen, in Tunis seine Entschädigung für Zypern zu suchen. So ward auch diese für den Kongreß kritische Frage glücklich aus der Welt geschafft.

Am 12. Juli hatte der Kongreß seine meritorischen Arbeiten beendet. Nachdem er am 13. Juni eröffnet worden, beschloß er genau nach einem Monat am 13. Juli seine Tätigkeit. Die ominöse Zahl veranlaßte die Fürstin Bismarck zur Bemerkung, das werde dazu dienen, den Aberglauben bezüglich der von Gebildeten und Ungebildeten gefürchteten „Dreizehn“ zu beseitigen.[3]) Graf Andrássy fiel die Aufgabe zu, dem Fürsten Bismarck im Namen der anwesenden Staatsmänner den Dank abzustatten für seine treffliche Leitung der Kongreßarbeiten und für die Opferfreudigkeit, mit der er sich in den Dienst des Friedenswerkes gestellt hatte.

---

[1]) „Staatsarchiv“, XXXV, S. 216. Siehe hierzu die richtigen Bemerkungen Fourniers, a. a. O., S. 63, Anmerkung.

[2]) Hanotaux, a. a. O. Bd. IV, S. 387.

[3]) „Erinnerungen an den Berliner Kongreß“ von F. v. Winternitz in „Neue Freie Presse“, 10. Juni 1908.

Unstreitig gebührt Bismarck ein sehr großes Verdienst daran, wenn der Kongreß, wie man es ihm prophezeit hatte, nicht wieder zum Krieg,[1]) sondern vielmehr zum Frieden geführt hatte. Auch alle anderen Mächte hatten wesentlich dazu beigetragen. So war der Kanzler des Deutschen Reiches im Rechte, als er im Schlußwort am 13. Juli den guten Willen aller Diplomaten zur Beseitigung der trennenden Momente hervorhob. Alexander II. irrte auch sehr, als er meinte, Andrássy dränge zum Kriege, und als er im Unmute hierüber die Drohung ausstieß: „Wenn man mich in die Enge treiben will und mir keinen anderen Ausweg als Krieg oder Erniedrigung Rußlands läßt, so ist meine Wahl getroffen."[2]) Andrássy war mit der entschiedenen Absicht nach Berlin gekommen, jeden Anlaß hintanzuhalten, aus dem die Gefahr eines Weltbrandes erwachsen könnte. Doch wollte er nicht so weit gehen, deswegen das Uebergewicht Rußlands im Orient zu dulden. Vielmehr sollte Oesterreich-Ungarn die ihm dort gebührende Rolle gesichert werden. In Rußland freilich hat man Andrássy wegen dieser Bestrebungen treulos und einen Verräter genannt. Hierin stimmte selbst der sonst Oesterreich-Ungarn wohlgesinnte Novikov ein.[3]) Der russische Domänenminister Valujev beurteilte die Lage richtiger, als er all diese Beschuldigungen mit den Worten abfertigte: Es wäre doch unmöglich, auf die Mitspieler ärgerlich zu sein, wenn man selbst eine Renonce mache.[4]) Nicht dem offiziellen Rußland, aber dem vom Panslawismus durchwühlten Zarenreiche hatte Andrássy auf dem Kongresse im Bunde mit England und unterstützt von Bismarck eine harte Lektion zuteil werden lassen. Damit leistete er dem von den Völkern Europas so sehnsüchtig herbeigewünschten Frieden einen größeren Dienst, als wenn er sich den Phantasmagorien eines Ignatjev nicht entgegengestellt hätte, von dem Kaiser und König Franz Josef I. sagte, er wäre der unglückseligste Ratgeber, dem Alexander II. zu seinem größten Nachteil Vertrauen geschenkt habe. Andrássy fand Unterstützung bei Graf Šuvalov, der das Werk des ehemaligen Botschafters von Konstantinopel aufs schärfste mißbilligte.[5]) Selbst Gorčakov anerkannte in gewissem Sinne den großen Wert dieses Kongresses, sonst hätte er nicht, allerdings vergeblich, den Antrag

---

[1]) „Nationalzeitung" vom 13. Juli 1878.
[2]) Schweinitz, Petersburg, 24. Juni 1878.
[3]) Graf Berchem, Petersburg, 16. August 1878.
[4]) General Werder an Kaiser Wilhelm, Carsko-Zeló, 21. August 1878.
[5]) Reuß an Kaiser Wilhelm, Wien, 1. August 1878.

wegen europäischer Sicherstellung der Durchführung des Berliner Kongresses gestellt. Freilich war es dem schlauen russischen Staatskanzler dabei weniger um eine Verherrlichung des Kongreßwerkes als um die merkbare Schaffung eines Gegensatzes zwischen Europa und der Türkei zu tun. Auf diese Weise sollte das Mißtrauen der europäischen Mächte gegenüber der Pforte einen besonders eklatanten Ausdruck bekommen. Aber auch ohne diese feierliche Sanktion Europas bewährte das Werk des Kongresses seine Lebensfähigkeit. Seine lange Dauer seit seinem Bestande strafte den Fürsten Dondukov-Korsakov, den Generalgouverneur Bulgariens, Lügen, als er äußerte: „Was, Berliner Vertrag! Das ist Offenbachsche Musik, wie die ‚Großherzogin von Gerolstein' oder ‚Blaubart'. Wer wird sich daran kehren!" [1])

In der Geschichte der europäischen Kongresse wird der Berliner Kongreß immer seinen hervorragenden Platz behaupten. Abgesehen davon, daß durch ihn ein die Welt verheerender Krieg verhütet wurde, ist er denkwürdig noch dadurch, daß er die Gruppierung der Staatenbildung auf dem Balkan nach nationalen Grundsätzen vornahm. Er hat aber auch das Prinzip der Religionsfreiheit zur unerläßlichen Bedingung der Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros gemacht und damit einer der größten Kulturforderungen unserer Zeit Genüge getan.

Gorčakov allerdings dürfte mit keinem besonderen Gefühl der Befriedigung auf den Verlauf des Kongresses zurückgeblickt haben. In seiner Gänze repräsentierte er für ihn die Summe aller von ihm in den letzten Jahren begangenen Fehler. Anstatt mit Oesterreich-Ungarn unter deutscher Vermittlung eine Verständigung über den künftigen Frieden zu suchen, der bessere Ergebnisse als der Kongreß verbürgt hätte, trachtete er hinter dem Rücken Andrássys und Bismarcks die Vergrößerung Rußlands zu erwirken. Bis zum Friedensschlusse von San Stefano konnte Oesterreich nie mit Sicherheit in Erfahrung bringen, wo die definitive Grenze der russischen Erfolge endigen würde. Selbst durch das Medium des deutschen Kabinetts war hierüber keine Gewißheit zu erlangen, da dieses noch weniger als das Wiener Ministerium des Aeußern über die letzten Ziele der russischen Regierung unterrichtet war. Diese Rückhältigkeit und das unwahre Wesen der russischen Politik zwangen endlich Andrássy, in nähere Fühlung mit England zu treten, um auf

---

[1]) Winternitz, „Erinnerungen an den Berliner Kongreß" in „Neue Freie Presse", 10. Juni 1908.

diesem Wege das zu erreichen, was ihm das Drei-Kaiser-Bündnis nicht mehr bot: die Rettung der Lebensinteressen der Monarchie.[1])

Graf Andrássy erzielte dieses seinen staatsmännischen Ruhm für immer verherrlichende Werk auf dem Kongresse und durch ihn.[2]) In dem Zweikampf Rußland gegen Oesterreich-Ungarn war die Monarchie Sieger geblieben. Bedeutete der Friede von San Stefano den Höhepunkt russischer Politik, so der Kongreß von Berlin deren Tiefpunkt. Bulgarien war um ein Drittel seines Gebietes verkürzt, die Räumung dieses neu errichteten Fürstentums und Rumäniens von den russischen Truppen eine beschlossene Tatsache. Dagegen wurde Oesterreich-Ungarn zum Mandatar Europas in Bosnien und der Hercegovina erkoren und die Türkei noch im letzten Momente vor dem Zusammenbruch bewahrt. All das war das Werk eines Mannes: Andrássys. Seiner Anregung entsprang der Kongreß, auf dem er mit Ausdauer, Zähigkeit und der nötigen diplomatischen Kunst für die unversehrte Erhaltung der Großmachtstellung der Monarchie kämpfte. Andrássy verhandelte nach rechts und links, bald mit einem, bald mit mehreren. Er war Diplomat und Feldherr in einer Person. Einzeln, im geheimen gewann er sich Bundesgenossen, die er dann gegen den Feind führte, um ihn aufs Haupt zu schlagen. Jedem wußte er es mundgerecht zu machen, daß es sein eigenstes Interesse erfordere, gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn vorzugehen. Ohne je der von ihm vertretenen Monarchie etwas zu vergeben, wußte er doch im geeigneten Momente Rußland gegenüber den Nachgiebigen zu spielen, um dadurch noch sicherer seinen Vorteil zu verbürgen. Nicht sofort verstand die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns diese Leistung des Ministers des Aeußern nach Gebühr zu würdigen. Während Lord Beaconsfield wegen der Erwerbung Zyperns bei seiner Heimkehr aus Berlin mit Jubel begrüßt wurde, empfing man Andrássy, wie er selbst sagt, mit einer „Gattung Katzenmusik".[3]) Es kennzeichnet jedoch die ganze Größe dieses Staatsmannes, daß er sich leichten Herzens über diese Verkennung seiner Wirksamkeit mit der Erwägung hinwegsetzte, daß selbst der ihm zuteil gewordene unfreundliche Empfang noch der Monarchie zum Vorteile gereichen werde. Er hatte die Ueber-

---

[1]) Diktat Bismarcks, Kissingen, 17. August 1878.

[2]) In seiner großangelegten Rede, die Andrássy am 30. November in der österreichischen Delegation hielt, entwarf er eine detaillierte Schilderung der mit dem Berliner Kongresse verbundenen Errungenschaften.

[3]) Andrássysche Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878.

zeugung, Europa und vor allem Rußland würden dadurch den Eindruck erhalten, nur die Haltung Englands auf dem Kongresse sei entscheidend für alles gewesen, daß infolgedessen das ganze Odium für die Vereitlung der russischen Ansprüche nicht auf Oesterreich-Ungarn abgelagert würde.[1] Mochte ihn auch die „Gattung Katzenmusik", mit der man ihm zu Hause lohnte, geschmerzt haben, so gewährte ihm gewiß berechtigte Genugtuung die Anerkennung des Kaisers und Königs, der damals zu Baron Orczy äußerte: Obgleich er Andrássy keine detaillierten Instruktionen mit auf den Weg gegeben, so müsse er doch mit größter Befriedigung bestätigen, daß er sich während der ganzen Zeit des Kongresses mit den Ansichten des Ministers des Aeußern im vollsten Einklang befunden habe. Auch entsprach, wie der Monarch noch hinzufügte, der Verlauf des Kongresses durchaus seinen Erwartungen.[2] Gleich dem Herrscher sparte auch Erzherzog Albrecht nicht mit seinem Lobe, der aus Trouville folgende Worte an Andrássy richtete: „Empfangen Sie, lieber Graf, meine herzlichsten Glückwünsche bei der Heimkehr von einem glänzend geführten Feldzuge, welcher größere Resultate erzielte, als es in diesem Falle blutige Schlachten gekonnt hätten, und welcher weder Hunderttausenden unserer Völker das Leben gekostet noch die Finanzen ruiniert hat. Beides ist aber das Schicksal unseres politischen Gegners der letzten Monate gewesen." [3]

---

[1]) Andrássysche Aufzeichnungen, 24. August 1878.

[2]) Baron Orczy an Andrássy, 11. Juli 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) 15. Juli 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Sechstes Kapitel
Okkupation Bosniens und der Hercegovina

„Sowenig ich auch die Schwierigkeiten verkenne," — hatte Franz Josef I. Juni 1878 an den in Berlin weilenden Grafen Andrássy geschrieben — „die sich der Inszenierung der bosnischen Frage entgegenstellen können, zähle ich doch auf Ihre Umsicht und Gewandtheit, somit auf ein günstiges Ergebnis Ihrer Bemühungen." [1]) Der Minister hatte auch nicht die Erwartungen seines Herrschers getäuscht. Mit welch ganz anderen Hoffnungen schmeichelte sich dagegen die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns! Im entschiedensten Gegensatz zum Throne und der Leitung der äußern Angelegenheiten, hatten sich die Völker der Monarchie in der Illusion gewiegt, die Okkupation Bosniens und der Hercegovina werde auf dem Berliner Kongreß gar nicht zur Sprache gelangen. Machte aber nicht schon die Grenzregulierung Serbiens und Montenegros die Lösung der bosnisch-hercegovinischen Frage zur unausweichlichen Notwendigkeit? Und wie erst der Umstand, daß Serbien und Montenegro die Türkei nie zu Atem kommen lassen würden, solange der Sultan anerkannter Souverän der beiden Provinzen sei! Nur allein deren Besitznahme durch Oesterreich-Ungarn vermochte der ewigen Beunruhigung des Ottomanischen Reiches ein Ende zu bereiten.

Ueberhaupt gab es kein Zurückweichen mehr, nachdem Europa die Monarchie mit der Okkupation betraut hatte. Für immer wäre ihr Ansehen geschädigt gewesen, wenn man jetzt mit Rücksicht auf gegenteilige Strömungen im Innern erklären hätte wollen: wir sind nicht in der Lage, die Mission des Berliner Kongresses zu vollführen. Ein solches Zeichen der Schwäche würde Oesterreich-Ungarn unmittelbar auf die Stufe einer Macht zweiten oder dritten Ranges herabgedrückt haben. Der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza war einsichtig genug, dies zu erkennen. Nie hatte er ein Hehl daraus gemacht, daß er die Okkupation, zumal wenn es dadurch zur Annexion kommen sollte, „als ein Uebel und eine Gefahr betrachte". Doch war er zu klug,

---

[1]) Franz Josef I. an Andrássy, Wien, 15. Juni 1878. Ungedruckt.

um nicht einzusehen, wie, nach seinem eigenen Ausdrucke, der Zwang der Lage gebieten könnte, „zwischen den beiden Uebeln das kleinere zu wählen". Sollte er sich abseits halten, wenn die Unhaltbarkeit der türkischen Herrschaft über Bosnien und die Hercegovina durch die Türkei erwiesen worden und die Monarchie vor die Entscheidung gestellt würde, die zwei Provinzen Serbien und Montenegro zu überlassen oder selbst zu besetzen? Neben diesen durch die äußere Politik verursachten Erwägungen konnte Tisza auch die innere Situation nicht außer acht lassen. Mit Recht besorgte er, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die oppositionelle Taktik gewiß in sehr geschickter Weise die Okkupation zum Schaden der Regierungspartei ausbeuten werde. Es schien fast sicher, daß diese in der Minderheit bleibe, falls die Besetzung vor den zwischen dem 5. und 14. August stattfindenden Wahlen vor sich ginge. Tisza befürchtete, daß unter solchen Umständen in den Reichstag eine Majorität gelangen könnte, die es nicht für nötig halten werde, sich vor den aus der Zwangslage abgeleiteten Argumenten zu beugen. Er wünschte daher, daß der Einmarsch der Truppen erst nach den Wahlen erfolge. Freilich vermochte der ungarische Ministerpräsident nicht zu übersehen, daß auch nach Erfüllung dieses Verlangens der Eindruck der Okkupation noch immer in Ungarn sehr übler Natur sein werde. Unerläßlich dünkte es ihn deshalb, daß mit allem Nachdruck dem in Umlauf begriffenen Gerüchte entgegengetreten werde, als sei die Besitzergreifung der beiden türkischen Provinzen der Preis für Zugeständnisse, die die Monarchie an Bulgarien gemacht habe. In aller Form wollte Tisza verkündet wissen, wie gerade Oesterreich-Ungarn es war, das am energischsten die „russische Machtausbeutung" bekämpfte. Ein ebenso großes Gewicht legte er darauf, daß die Okkupation als eine nicht *gegen* die Türkei gerichtete Maßregel erscheine, sondern als ein Unternehmen, das das sichtbare Ziel verfolge, den Uebergriffen Serbiens und Montenegros, somit indirekt der Ausbreitung der Machtsphäre Rußlands, einen Damm zu setzen. Vor allem aber kam es ihm darauf an, und hierin befand er sich in voller Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, daß die Besetzung nur *mit Zustimmung* und nie *gegen* den Protest oder gar *bewaffneten* Widerstand der Türkei durchgeführt werden dürfe. „Ein solches Ereignis" — schreibt er an Andrássy — „würde in Ungarn auch die besonnensten Elemente geradezu empören und, um von anderem zu schweigen, solche inneren Konvulsionen hervor-

rufen, daß die Verantwortlichkeit für die Zustimmung zu einem solchen Vorgehen weder ich und meiner Ansicht nach auch kein anderer Chef der ungarischen Regierung übernehmen könnte." [1])

In dieser Hinsicht vereinigten sich die Wünsche des ungarischen Ministerpräsidenten mit denen Andrássys, der alles vermeiden wollte, was der Okkupation den Charakter eines Eroberungszuges zu geben vermöchte.

Aus dieser Ursache hatte der Minister des Aeußern stets im Rate der Krone die Ansicht verfochten, daß für den Fall der Okkupation so lange als möglich jedes größere Aufgebot militärischer Mittel hintangehalten werde.[2]) Immer hoffte er noch, mit den Türken zu einer Verständigung über eine freiwillige Inkorporierung der beiden Provinzen in Oesterreich-Ungarn zu gelangen. Ende Juni 1878 gab er seinen bisherigen Standpunkt auf. Als der Kaiser es aus militärischen Gründen für gewagt hielt, bloß mit der 18. und 20. Division in Bosnien und der Hercegovina einzurücken und sofort auch die 6. und 7. Division, als das Minimum der in Aussicht genommenen Macht, unter die Waffen rufen wollte, um mit einiger Sicherheit auftreten zu können,[3]) schloß sich auch Andrássy dieser Anschauung des Monarchen an. Am 27. Juni, einen Tag vor der Mandatsbetrauung durch Europa, rechnete Andrássy noch mit der Möglichkeit, daß die Pforte im letzten Augenblick sich dem Votum der Großmächte fügen oder schlimmstenfalls eine freiwillige Erhebung der muselmännischen Bevölkerung gegen unsere Truppen nicht unterstützen werde. Als unbedingt verläßlich wagte es Andrássy doch nicht, eine derartige Entwicklung der Dinge zu verbürgen. Dagegen rechnete er damit, daß die Entfaltung einer größeren Truppenmacht von vornherein jeden Gedanken an Widerstand im Keime ersticken und als unnütze Kraftanstrengung erscheinen lassen werde. Auch deshalb stimmte er zu, daß nunmehr die 6. und 7. Division zu mobilisieren seien. Trotzdem wollte der Minister daran festgehalten wissen, daß es sich um keinen „Feldzug", sondern nur um einen „friedlichen Einzug" handeln könne. Zu dieser Haltung bewogen ihn finanzielle und parlamentarische Rücksichten. Andrássy besorgte, daß eine weitere Bedeckung als der bereits vom 60-Millionen-Kredit in Anspruch genommenen 31 Millionen finanzielle und politische Unannehm-

[1]) Tisza an Andrássy, Budapest, 30. Juni 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Vortrag Andrássys vom 30. Juni 1878. Ungedruckt.

[3]) Franz Josef I. an Andrássy, Wien, 28. Juni 1878. Ungedruckt.

lichkeiten im Gefolge haben müßte. Angesichts des friedlichen Resultates des Kongresses stand zu befürchten, daß die öffentliche Meinung eine Mehrausgabe gar nicht begreifen werde. Der Minister des Aeußern war überzeugt davon, daß ein Hinausgehen über den Antrag von 31 Millionen die Regierung des Vorteiles berauben würde, die Okkupation und Organisation von Bosnien und der Hercegovina bloß auf dem Wege ministerieller Verantwortlichkeit, ohne Einsprache der gesetzgebenden Körper, ins Werk zu setzen. Er bat daher den Kaiser, bei der Ausführung der militärischen Verfügungen die äußerste Beschränkung anzubefehlen. Im innigsten Zusammenhang mit diesen Maßnahmen stand die Bestimmung des Zeitpunktes, an welchem die Grenzüberschreitung stattfinden solle. Noch befand sich Andrássy nicht in der Lage, ein bestimmtes Gutachten hierüber abzugeben. „Die Haltung der Pforte" — sagte er dem Monarchen — „dürfte hierüber entscheidend sein. Tritt der Sultan dem Protokoll bei, so ist ein Aufschub möglich — wenn nicht, so könnte möglicherweise noch vor Ablauf der 18tägigen Mobilisierungsfrist ein tatsächlicher Schritt sich als nötig erweisen; und ich glaube, daß in diesem Falle ein einfaches Ueberschreiten der Grenzpunkte als eine Art „prise de possession" dem Zwecke entsprechen und auf keinen tatsächlichen Widerstand stoßen würde." [1])

Der Kaiser, der nunmehr den Befehl zur Mobilisierung der 6. und 7. Division erließ, war sehr erfreut, sich in voller Uebereinstimmung mit Andrássy darüber zu befinden, daß die ganze Okkupation im Lichte einer friedlichen Handlung erscheinen sollte. Der Monarch versicherte noch überdies dem Minister, daß er es dem Oberkommandanten der Okkupationstruppen, Feldzeugmeister Freiherrn von Philippović, „eindringlichst" anempfehlen werde, sich diese Auffassung vor Augen zu halten und überall zur Geltung zu bringen. [2]) In diesem Sinne lautete denn auch die von General von Beck für Freiherrn von Philippović verfaßte Instruktion. „Es kann Ihnen" — hieß es da — „nicht genug ans Herz gelegt werden, wie wünschenswert es sei, sowohl der Monarchie als Europa gegenüber darzulegen, daß die Besetzung der genannten Gebietsteile als eine friedliche Aktion und nicht als Eroberung durchgeführt werde." Der Feldzeugmeister hatte den Auftrag, womöglich jedem gewaltsamen Zusammenstoß aus dem Wege zu

---

[1]) Vortrag Andrássys vom 30. Juni 1878. Ungedruckt.

[2]) Franz Josef I. an Andrássy, Schönbrunn, 3. Juli 1878. Ungedruckt.

gehen und jede Provokation der Bevölkerung zu meiden. Wo es jedoch die Umstände erforderten, sollte er allerdings entschiedenen Ernst zeigen und jede feindliche Bewegung sofort unterdrücken.[1])

Philippović war nicht der Mann, sich derartiges zweimal sagen zu lassen. Von eisernem, unbeugsamem Charakter, zeigte er sich rücksichtslos in der Verfolgung seines anzustrebenden Zieles. Ungeachtet dieser für einen Feldherrn unerläßlichen Eigenschaften, war es vielleicht doch ein Mißgriff, gerade ihn an die Spitze der Okkupationsarmee zu stellen. Unter der bosnischen Bevölkerung war es nicht unbekannt geblieben, daß Philippović von Mißtrauen und Abneigung gegen die Mohammedaner erfüllt sei. Diese zahlten ihm mit gleicher Münze heim und waren überzeugt, daß sie von dem leitenden General nichts Gutes zu erwarten hätten. Dagegen blickten die Christen mit Bewunderung zu dem Oberkommandierenden empor, in dem sie den Erlöser von langer Sklaverei sahen.[2])

Von anderem Schlage war Feldmarschalleutnant Jovanović, der, ohne feindselige Gefühle gegen die Osmanen, Strenge mit Leutseligkeit zu paaren wußte, und ebenso der Herzog von Württemberg, der sogar große Sympathien für die Mohammedaner bekundete.[3]) Trotzdem billigte es Andrássy nicht, daß mit der Führung der Truppen und der Organisation der zu besetzenden türkischen Provinzen fast nur Slawen und Deutsch-Oesterreicher betraut wurden. Er ahnte mit Recht den bösen Eindruck solcher Verfügungen in Ungarn. Diese Verschiedenheit der Anschauungen bildete den ersten Anlaß zum Konflikt zwischen dem Minister des Aeußern und der Militärkanzlei des Kaisers.[4])

Während der Vorbereitungen zum Einmarsch suchte Andrássy mit der Pforte zu einem Abkommen zu gelangen, das die von ihm beabsichtigte friedliche Besitznahme Bosniens und der Hercegovina durch die Monarchie sicherstellen sollte. Er hielt fest an dem Grundsatze, keine „Politik des Kniebrechens" zu betreiben, die den ganzen Erfolg des Berliner Kongresses wieder gefährden könnte. Es war freilich eine Illusion, wenn er es für möglich hielt, von den Türken die Zustimmung zur Okkupation zu erhalten. In Konstantinopel trachtete man dieser Notwendigkeit

---

[1]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

[2]) Mitteilung eines sehr hochstehenden Militärs.

[3]) Mitteilungen eines hochstehenden Militärs.

[4]) Graf Stolberg, Wien, 19. August 1878.

zu entgehen. Der nicht genügend unterrichtete Sultan lebte in dem Wahne, nur allein von ihm hänge die Besetzung ab, er könne sie gestatten oder verbieten.[1] Er und seine Ratgeber wagten zwar keine direkte Ablehnung, aber sie verlegten sich auf die Taktik der Verzögerung. Die türkischen Unterhändler wurden zuerst ohne Instruktion gelassen. Dann wieder knüpfte die Pforte ihre Einwilligung an vollkommen unannehmbare Bedingungen.[2] Merkwürdigerweise hegte sie auch die Hoffnung, daß wir schließlich ganz und gar der Okkupation entsagen würden.[3]

Zu dieser Meinung gelangte die türkische Regierung durch die Haltung der ungarischen Opposition, von der sie erwartete, daß sie den Einmarsch in die beiden Provinzen zu hindern wissen werde. Man sprach damals davon, daß ein Teil der ungarischen Linken mit der Wiener türkischen Botschaft in sehr regem Verkehr stehe.[4] Allein in Stambul irrte man, wenn dort geglaubt wurde, den Kaiser und Andrássy in dem einmal gefaßten Entschluß erschüttern zu können. Die Pfortenminister bedachten einfach nicht, wie schon die Wahrung der Ehre es der Monarchie zur Pflicht mache, das ihr von Europa übertragene Mandat wirklich durchzuführen. Schon zeigten sich auch in Bosnien die ersten Anzeichen von Unruhen, die ein rasches Handeln geboten. Es wurde daher, ohne weitere Rücksichtnahme auf die Pforte, am 28. Juli der Befehl zur Ueberschreitung der Grenzen Bosniens und der Hercegovina erteilt. Sie erfolgte am 28. Juli bei Kostajnica, Alt-Gradiska, Brod und Šamac und am 1. August bei Imoski und Vrgorac. Der Kaiser selbst sagte es dem neuernannten deutschen Botschafter Prinzen Reuß, daß ihn die Türken zu diesem Entschluß gezwungen hätten, ohne noch weiter das Ergebnis der mit ihnen schwebenden Unterhandlungen abzuwarten. Die bereits in Sarajevo ausgebrochenen Unruhen — fügte der Monarch hinzu — beweisen es zur Genüge, daß mit dem Einmarsch nicht länger gewartet werden konnte.[5] Franz Josef I. sah mit Zuversicht dem Unternehmen entgegen, und er zweifelte nicht daran, daß die aufgebotene Kriegsmacht die Okkupation glücklich beenden werde. Diesen Eindruck empfing Prinz Reuß, als er dem Kaiser am 1. August sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Er möchte

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. Juli 1878 (ung.).
[2]) Ibidem, 19. und 25. Juli.
[3]) Ibidem, 19. Juli.
[4]) Ibidem, 13. Juli 1878 (ung.).
[5]) Prinz Reuß an Kaiser Wilhelm, Wien, 1. August 1878.

behaupten — berichtete der Botschafter an Kaiser Wilhelm — man könne es dem Monarchen vom Gesicht ablesen, daß es ihm vergönnt gewesen ist, Erfolge in seinen Regierungsannalen aufzeichnen zu können. Es wollte Reuß scheinen, als wenn der melancholische Ausdruck seiner Züge verschwunden wäre, der sonst jedermann auffiel.[1])

* * *

Mit nicht weniger scheelen Augen als die Türkei verfolgte Italien die Besetzung der beiden Provinzen. Obgleich der italienische Minister des Aeußern, Graf Corti, auf dem Berliner Kongreß keinen Protest dagegen erhoben hatte, glaubte man sich doch in Italien durch die nunmehr bevorstehende Vergrößerung Oesterreich-Ungarns förmlich benachteiligt. Schon seit der ersten auftauchenden Möglichkeit, daß sich die Monarchie an dem Kriege Rußlands gegen die Türkei beteiligen und vielleicht im Oriente Eroberungen machen könnte, entstand in Italien eine eifrige Agitation, um sich für die etwaige Annexion Bosniens und der Hercegovina durch die Erwerbung von Triest und Trient bezahlt zu machen.[2]) Das stand freilich in schroffem Gegensatz zu der Aeußerung Nigras, der am 3. Februar 1877 den Legationsrat Okolicsányi mit der Botschaft betraute: „Sagen oder schreiben Sie dem Grafen Andrássy, daß nie eine italienische Regierung so töricht sein wird, die trientinische Frage aufzuwerfen.“[3]) Und nun geschah es doch von Leuten, die allerdings nicht dem Kabinette angehörten, sich jedoch in hervorragender Stellung befanden. Der am 19. Mai 1878 in Mailand unter dem Vorsitz des Senators Marchese G. Pepoli abgehaltene Friedenskongreß („comizio per la pace“) bildete den ersten Schritt zur Verwirklichung des vom „Kongresse der Republikaner Italiens“ gefaßten Beschlusses, in verschiedenen Städten Demonstrationen zur Befreiung Triests und Trients zu veranlassen.[4]) Die in Neapel bestehende „Associazione per l'Italia irredenta“ galt als ein Zentralpunkt für Gründungen von Komitees, die sich die Annektierung der erwähnten Gebiete zum Ziele setzten.[5]) In Triest selbst fand man in der Nacht vom 2. Juni

---

[1]) Reuß an Kaiser Wilhelm, 1. August 1878.

[2]) Akten des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[3]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 18. Februar 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Akten des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[5]) Ibidem.

Aufrufe mit den Worten: „Viva l'Italia libera, viva Trieste", die die Unterschrift trugen: „Il comitato triestino per le alpi giulie." [1]) In Italien ertönte die Frage: Warum sollen wir nicht nach fremdem Gute greifen, wenn Oesterreich-Ungarn sich Bosnien und die Hercegovina aneignet? Und es blieb nicht bei derartigen Aussprüchen. Bald ging man zu Gewaltakten über. Die erhitzten Gemüter rissen in Venedig das österreichisch-ungarische Konsulatswappen herab und warfen es in den Kanal. In fast allen größeren italienischen Städten kam es zu antiösterreichisch-ungarischen Kundgebungen. Die ärgste ereignete sich in Rom selbst, wo man vor der Privatwohnung des Botschafters Freiherrn von Haymerle unter den Rufen: „Nieder mit Oesterreich!" zischte und pfiff, heulte und johlte, was so lange dauerte, bis Militär die tobende Menge auseinandertrieb. [2]) Der ganze Haß, der in diesen Demonstrationen gegen die Monarchie zum Ausbruche gelangte, hätte sich eigentlich mit viel größerer Berechtigung gegen England richten müssen, denn nicht wir, sondern die britische Macht bildete seit der Besetzung Zyperns eine schwere Bedrohung für den italienischen Handel und die Stellung Italiens im Mittelmeere. Dafür aber schien man in Italien nicht das Verständnis zu besitzen und wandte sich in blinder Wut gegen Oesterreich-Ungarn. Sehr richtig kennzeichnet ein Brief aus jenen Tagen die Situation in Italien: „Was Corti in Berlin für sein Land in der Achtung der europäischen Kabinette gewonnen, hat Italien gründlich verspielt. Die Regierung der Linken (das Ministerium Cairoli) läßt das revolutionäre Unkraut wuchern, und dasselbe wird sie verschlingen. Niemand hat Italien etwas angetan, ihm etwas genommen: die Leute bilden sich ein, eine Ohrfeige bekommen zu haben, und wenn dieselbe ihnen auf der Wange brennt, so gönne ich ihnen das prickelnde Gefühl." [3])

Diese im Grunde gleichzeitig antidynastische Bewegung konnte ebensowenig wie die Haltung der Türken hemmend auf die Entschließungen unseres Ministers des Aeußern einwirken. Feldzeugmeister Freiherr von Philippović führte das ihm unterstellte 13. Armeekorps nach Bosnien und der Hercegovina, um dort nach Beendigung des Russisch-Türkischen Krieges so rasch als möglich eine europäisch gestaltete Verwaltung zu begründen. Der Ober-

---

[1]) Akten des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[2]) Nach damaligen Zeitungsberichten.

[3]) Brief vom 26. Juli 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

kommandant, der 75 000 Mann befehligte, hatte die Absicht, mit dem Gros seines Korps im Bosnatale nach Sarajevo zu marschieren; dort, in der Hauptstadt Bosniens, wollte er die Vollendung der Okkupation proklamieren.[1]) Die Besetzung der Hercegovina oblag der 18. Division unter dem Befehle des Feldmarschalleutnants Jovanović. Unter unsäglichen Mühen, auf den schlechtesten, ungangbarsten Wegen, wo weit und breit oft kein Tropfen Wasser zu finden war, ging es staffelweise vorwärts im Bosnatale. Anfangs schien es wirklich, daß sich die Bevölkerung ruhig verhalten werde. Da brachte der Ueberfall auf eine Husareneskadron bei Maglaj[2]) (2. August) den bewaffneten Widerstand zum Ausbruche. Nun war es vorbei mit der friedlichen Durchführung der Okkupation, zumal der Aufstand immer mehr um sich griff und der fanatische Hadji Loja in Sarajevo ein wahres Schreckensregiment begründete und laut verkündete: er werde mit 100 000 Mann gegen die österreichisch-ungarischen Truppen ausziehen.

Nach diesem verräterischen Ueberfall bei Maglaj sah sich Philippović genötigt, die weitere Vorrückung in Form von Gefechtsmärschen ins Auge zu fassen. Die erlittene Schlappe bei Maglaj wurde denn auch bald glänzend gerächt. Am 7. August erlitten 7000—8000 Aufständische eine empfindliche Niederlage bei Žepče, ebenso 5000—6000 Insurgenten bei Jaice, wo auch reguläre türkische Truppen mitfochten. Bereits sprach man davon, daß die beiden Gefechte die siegreiche Durchführung der Okkupation zur Folge haben werden. Diese Annahme war doch verfrüht. Noch hatte erst die 20. Infanterietruppendivision unter Graf Szápáry schwere Kämpfe mit Aufständischen zu bestehen, die einen Moment sogar die Besetzung Bosniens gefährdeten. Szápáry vermochte nicht, die ihm gestellte Aufgabe: bis Zvornik vorzurücken, zu erfüllen. Als der Feldmarschalleutnant den Marsch von Gračanica im Sprečatale nach Dolnja Tuzla,[3]) dem Herd des Aufstandes in Nordost-

---

[1]) Eine übersichtliche Darstellung der militärischen Operationen bietet Vinzenz von Haardt in seinem Buche: „Die Okkupation Bosniens und der Hercegovina“, Wien 1878. Eingehender, aber weniger leicht faßlich ist das Werk des österreichisch-ungarischen Generalstabes: „Die Okkupation Bosniens und der Hercegovina durch die k. k. Truppen im Jahre 1878“, Wien 1879; ferner: „Kriegschronik Oesterreich-Ungarns“, III, verfaßt im k. u. k. Kriegsarchiv, S. 538—583.

[2]) Maglaj ist ein zwischen dem Bosnaflusse und den Abfällen der Lisnja-Glava gelegener Marktflecken mit etwa 1800 Einwohnern.

[3]) Dolnja Tuzla ist der bedeutendste Handelsplatz des nordöstlichen Bosniens und liegt am rechten Ufer des Jalaflusses.

Bosnien, bewerkstelligen wollte, erlitt er am 10. August eine sehr empfindliche Niederlage. Nicht Graf Szápáry war der angreifende Teil, sondern die Insurgenten, die nicht nur mit gewaltigen Massen, sondern auch mit Geschützen gegen unsere Truppen stritten. Die 20. Division mußte ihren Rückzug von Dolnja Tuzla nach Gračanica antreten. Sie bedurfte eines zweitägigen Kampfes, um sich förmlich durchzuschlagen. Aber auch in Gračanica vermochte sie sich nicht zu halten und war genötigt, weiter bis Doboj zurückzugehen. Groß war das Mißgeschick, von dem die Truppen des linken Flügels in Bosnien ereilt wurden. Denn in der Nähe von Doboj standen die Insurgenten, hart an der Straße, die für die Soldaten des Feldzeugmeisters Philippović als Nachschubs- und Rückzugslinie galt. Von entscheidender Bedeutung für das Schicksal des 13. Armeekorps mußte es werden, ob Graf Szápáry noch imstande sein werde, dem weiteren Vordringen der Insurgenten Halt zu gebieten, ob er in der Lage sein werde, Doboj sowie das südlich davon liegende Bosnadefilee zu verteidigen und die nach Zenica führende Straße offenzuhalten. Den ganzen Ernst der Situation kennzeichnen die Worte, die damals General von Beck niederschrieb und folgend lauten: „Ich war in diesen Tagen in einer peinlichen Aufregung und konnte beinahe niemals schlafen, weil ich die ganze Tragweite eines Unglücks bei Doboj übersah.“[1]) Im letzten Momente wußte Graf Szápáry das Aergste zu verhüten. Es gelang ihm, alle Angriffe auf Doboj abzuschlagen und sich zu halten, bis neue Verstärkungen kamen.

Das Mißgeschick des Feldmarschalleutnants Grafen Szápáry hatte die Folge, daß nun die Zeitungen Beschwerde darüber erhoben, warum man eigentlich mit unzulänglichen Kräften in Bosnien und die Hercegovina einmarschiert sei. War es denn nötig, hieß es, sich derartigen Demütigungen durch die Aufständischen auszusetzen? Nicht die Heeresverwaltung, wurde gesagt, trage die Schuld daran, die von Anfang an die doppelte Anzahl der Streiter, als ihr bewilligt worden, beanspruchte. Die Verantwortung für den Mißerfolg treffe ausschließlich den Grafen Andrássy, der ein Gegner jedes größeren Aufgebotes gewesen und in dem Wahne lebte, es werde ein leichtes sein, mit geringen Kräften die Okkupation durchzuführen. Der General Andrássy — lautete der Schluß — habe sich ebenso getäuscht wie der Diplomat Andrássy.[2]) Gleich den anderen Zeitungen, stimmte

[1]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

[2]) „Neue Freie Presse“, 20. August 1878.

die militärische Presse in die Verurteilung des Ministers des Aeußern ein. Ja, es hatte schon den Anschein, als wäre das Kriegsministerium bestrebt, alle Verantwortung gegenüber der öffentlichen Meinung von sich auf die Schultern Andrássys zu überwälzen. „Es bedarf" — bemerkt hierzu Major Graf Wedel, der Militärattaché der deutschen Botschaft — „kaum der Erwähnung, daß eine Kritik wie die vorerwähnte geradezu unberechtigt ist."[1]) Diejenigen, Militärs wie Zeitungen, die jetzt einander in scharfen Worten über die ungenügende Stärke des Okkupationskorps überboten, waren es aber, die vor Ueberschreitung der Grenze in lobendster Weise die imponierende Kraft rühmten, mit der von Hause aus die Aktion unternommen worden. Erst als nach dem Mißerfolge Szápárys der „erträumte unaufhaltsame Triumph" nicht eintrat, suchte sich jeder einzureden, er habe von vornherein wegen ungenügender Ausrüstung das Unglück prophezeit. Das Kriegsministerium selbst hatte stets das 13. Armeekorps und die 18. Division als vollkommen ausreichend bezeichnet.[2])

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Andrássy unter dem Eindruck der ihm noch am 14. Juli aus Sarajevo zugekommenen Berichte, wonach man unsere Truppen mit offenen Armen empfangen würde,[3]) der Ansicht war, der ganze Einzug in Bosnien werde einem Parademarsch gleichen. Damals tat er auch scherzweise den Ausspruch: er getraue sich mit einer Kompagnie Husaren und einer Musikbande die Okkupation durchzuführen.[4]) Der Minister erblickte nicht in der viel Zeit beanspruchenden Mobilisierung von sechs Armeekorps die Bürgschaft des Erfolges, sondern in der *raschen* Bereitstellung der in Aussicht genommenen Kräfte. Solange noch Ruhe im Lande herrschte, sollte die Okkupation begonnen und damit nicht gewartet werden, bis Agitatoren von dem Schlage Hadji Lojas, der mehr einem Banditen als einem Volkstribun glich,[5]) alles in Feuer und Flamme setzen

---

[1]) Major Graf Wedel, Wien, 1. September 1878.

[2]) Ibidem.

[3]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Grafen Beck. Die im „Rotbuche" 1877 bis November 1878, S. 101 u. ff., mitgeteilten Berichte zeigen nur die wohlhabende Klasse als der Okkupation günstig. Koetschet, „Aus Bosniens letzter Türkenzeit", äußert S. 78 die Vermutung, daß Andrássy durch schöngefärbte Berichte seiner Agenten über die öffentliche Stimmung irregeführt worden. Koetschet lebte damals in Bosnien.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 19. Juli 1878 (ung.).

[5]) „Rotbuch", April 1877 bis November 1878, S. 133.

konnten.[1]) Ausdrücklich sagte es Andrássy dem deutschen Botschafter, daß, wenn die Armee zu der Zeit schlagfertig gewesen wäre, als er den Einmarsch verlangte, seine Berechnung sich auch als richtig erwiesen hätte; freilich nachdem man drei wichtige Wochen verpaßt, während deren sich der Widerstand organisierte, konnte auch die von ihm vorgeschlagene Stärke der Okkupationsarmee nicht mehr ausreichen. Andrássy fügte dieser Mitteilung noch die weitere Bemerkung hinzu, er könne versichern, daß auch der Kaiser vollkommen seine Ansicht teile.[2]) Anstatt daß man also getrachtet hätte, rechtzeitig mit geringeren, aber kampfbereiten Truppen dazustehen, mit denen aller Wahrscheinlichkeit nach eine friedliche Besetzung erzielt werden konnte, verzögerten sich die Vorbereitungen für den Einmarsch bis zu dem Moment, wo er ohne Gefährdung der ganzen Unternehmung nicht mehr hinausgeschoben werden durfte. Das war allerdings nach dem Geschmack Philippovićs und seiner Offiziere, die keine friedliche Okkupation wünschten, wo keine Lorbeeren zu holen waren, sondern sich nach dem Krieg im großen Stil sehnten, mit all dem, was damit in Zusammenhang zu stehen pflegt. Man darf auch annehmen, daß er über die blutige Wendung, die die Dinge in Bosnien nahmen, gar nicht ungehalten war. Jetzt bot sich Gelegenheit zur Auszeichnung auf dem Felde der Ehre. Nunmehr begann der eigentliche Feldzug.

Während Graf Szápáry seine Stellung bei Doboj verteidigte und Feldmarschalleutnant Baron Jovanović die Besetzung der Hercegovina durchzuführen trachtete, beschloß Feldzeugmeister Freiherr von Philippović, am 14. August nach Sarajevo vorzudringen. In zwei Gruppen sollte die Erstürmung der Hauptstadt Bosniens vollführt werden: die eine unter der Leitung des Oberkommandanten selbst, die andere unter der des Feldmarschalleutnants von Tegetthoff. Diesem gelang es bereits am 17. August, sich unmittelbar vor Sarajevo eine so vorteilhafte Position zu erkämpfen, daß er noch an demselben Tage in die Stadt als Eroberer hätte einziehen können. Nun wollte sich aber Philippović nicht den Ruhm entgehen lassen, selbst Sarajevo einzunehmen, weshalb er,

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. Juli 1878 (ung.).

[2]) Stolberg an Bismarck, Wien, 6. Oktober 1878. Koetschet, a. a. O., S. 78, schreibt: „Tatsächlich genügten die 24 Tage, welche vom 3. Juli bis zum Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen verstrichen, vollkommen, um einen Widerstand zu organisieren, welcher nur nach blutigen Kämpfen sollte gebrochen werden können."

der mit dem Gros der Truppen noch weiter zurück stand, Tegetthoff den Befehl erteilte, mit der Erstürmung zu warten.[1]) Obgleich der Oberkommandant am 18. August an den Kaiser telegraphiert hatte, er hoffe, an dessen Geburtstag — 18. August — sich Sarajevos zu bemächtigen,[2]) konnte er doch erst am 19. seinen Einzug in die Stadt halten.

Gerade an dem Tage der Eroberung Sarajevos wurde in Wien unter dem Vorsitze des Monarchen ein Ministerrat abgehalten, in dem die Mobilisierung von vier weiteren Armeekorps verfügt wurde. Mit verstärkten Kräften sollte raschestens jeder weitere Widerstand der Insurgenten unterdrückt werden. Die Mobilisierung neuer Armeekorps war um so nötiger, als die zweideutige Haltung der Türkei den Leitern des Aufstandes gleichsam als Billigung ihres Vorgehens galt. Am 10. September gelangte der Aufmarsch sowie die Neugruppierung der verschiedenen Divisionen zum Abschluß. Nun wurde an die Niederwerfung der Revolte im äußersten Norden, im nordwestlichen und nordöstlichen Bosnien geschritten. Durch den Sieg an der Majevica Planina (21. September) wurden die Insurgenten im nordöstlichen Teile niedergerungen. Graf Szápáry vermochte wieder nach Dolnja- und Gornja-Tuzla vorzurücken, am 22. September Zwornik zu besetzen, um sich über Kladanj und Vlazenica mit den in Sarajevo stehenden Heeresteilen zu verbinden. Mit der Besetzung Livnos (in der Nähe von Travnik) durfte die Insurrektion in Bosnien und der Hercegovina als beendet angesehen werden. Am 4. Oktober telegraphierte Feldzeugmeister Freiherr von Philippović an den Kaiser: Der Aufstand sei niedergeworfen und das Land in den Händen der Armee.[3]) Eigentlich aber gelangte die Okkupation erst mit dem Falle der Festungen von Bihać an der oberen Unna und des Felsennestes Kladuša in der Nähe der kroatischen Grenze (20. Oktober 1878) zum definitiven Abschlusse.

Die Armee hatte ihre Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen, in einem Lande ohne Kultur, fast ohne gangbare Straßen, glänzend gelöst. Die Institution der allgemeinen Wehrpflicht erhielt in dem bosnisch-hercegovinischen Feldzuge ihre Feuertaufe. Graf Andrássy ließ seinen älteren Sohn Theodor als Freiwilligen nach Bosnien gehen, was der Monarch freudig zur Kennt-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 19. August 1878 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) Major Graf Wedel, Wien, 13. Oktober 1878.

nis nahm. Dem Beispiele folgten andere junge Aristokraten, deren Regimenter nicht mobilisiert worden waren.[1]) Die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns, die sich der Okkupation wenig freundlich gezeigt und zuerst über die Kosten der Institution des Einjährigenfreiwilligendienstes gemurrt hatte, bekundete jetzt doch eine große Befriedigung über den errungenen Erfolg der seit 1868 neu organisierten Armee. Diese ersten Siege nach 1859 und 1866 waren jedenfalls geeignet, das Ansehen des Heeres wieder im Auslande zu heben. Oesterreich-Ungarn hatte nunmehr einen schlagenden Beweis seiner Lebenskraft und Energie gegeben. Seit 1866 kannte man die Monarchie nur nach den wortreichen parlamentarischen Debatten. Würde die Monarchie jetzt gezögert haben, der ihr gestellten Aufgabe zu genügen: durch die Okkupation den Herd der Orientkrise zu ersticken, so hätte sie sich unfehlbar um allen Kredit gebracht. Europa wäre berechtigt gewesen, zu sagen, Oesterreich-Ungarn sei ein Reich von redseligen Advokaten, die vermeinen, durch Parteikämpfe und langatmige Ausführungen eine Großmacht vorstellen zu können. Ohne Vollführung der Okkupation würde der weitere Verlauf der Orientkrise seine Spitze gegen uns gekehrt haben. Rußland und Italien im Verein mit Serbien und Montenegro hätten dann mit Ausschluß der Monarchie im Orient die Hauptrolle gespielt. Für immer wäre die Gelegenheit verpaßt worden, den Schlüssel zur einstigen definitiven Lösung der orientalischen Frage in unsere Hände zu bekommen. Auf Kosten Oesterreich-Ungarns wären deren Gegner die Herren des Ostens geworden, und wir hätten das Nachsehen gehabt. Oesterreich-Ungarn mußte, wollte es nicht zu den Toten gezählt werden, das europäische Mandat übernehmen und auch unter allen Umständen durchführen.

* * *

Seit dem erfolgreichen Vordringen der Truppen und insbesondere dem Fall Sarajevos hatte sich der Bevölkerung eine Richtung bemächtigt, die der Kaiser selbst eine „chauvinistische“ nannte. Jetzt erschallte das Schlagwort: „Keine Abmachung mit der Pforte; wir haben sie besiegt und können ihr gegenüber keine Verpflichtung mehr eingehen.“ Unter dem Vorwande, die Diplomatie hätte nichts geleistet, dagegen das Schwert der Soldaten alles erreicht, wollte man nur noch das Recht der Eroberung gelten

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 1. und 7. September 1878.

lassen, jede Verständigung verwerfen und einfach zur Annexion Bosniens und der Hercegovina schreiten. Dieser Strömung der öffentlichen Meinung gegenüber, die von sehr einflußreichen Kreisen unterstützt wurde, erhob Graf Andrássy im Ministerrate vom 24. August Einspruch. Er vertrat die Ansicht, daß weder über den Berliner Vertrag hinausgegangen noch hinter demselben zurückgeblieben werden dürfe. Andrássy verwarf aufs entschiedenste jeden Gedanken an Annexion. Er besorgte, daß im Falle von deren Verwirklichung beide Staaten der Monarchie Bosnien und die Hercegovina für sich beanspruchen könnten, woraus eine neue Ausgleichsfrage mit allen ihr anhaftenden stacheligen Nebenfragen entstehen würde. Vor allem aber scheute Andrássy vor den Gefahren zurück, die unfehlbar eintreten müßten, falls Oesterreich-Ungarn das Signal zum Verlassen des durch den Berliner Vertrag vorgezeichneten Weges gäbe. Keinen Augenblick würde Rußland zögern, daraus die ihm geeigneten Konsequenzen zu ziehen und sich vor allem weigern, Bulgarien, wie es festgesetzt worden, nach neun Monaten zu verlassen. „Dann hätten wir selbst," sagte er, „die ungünstige Situation, wie sie für Rußland in Berlin geschaffen worden, in eine durchaus günstige umgewandelt und in den Frieden von San Stefano zurückrevidiert." Sei aber überhaupt, fragte Andrássy, ein Anlaß geboten, den Berliner Vertrag im Stich zu lassen? Die Haltung der Türkei sei wohl von manchen Zweideutigkeiten und Doppelzüngigkeiten erfüllt, ein offizieller Widerstand lasse sich jedoch nirgends nachweisen. Im Falle der Ablehnung einer Vereinbarung würde sich die Pforte jedenfalls an die Mächte wenden und die Anklage erheben, daß Oesterreich-Ungarn das Gebiet des Berliner Vertrages verlassen und eigenmächtig die Annexion proklamiert habe. Dann träte ein, was eben zu vermeiden sei: die Anwendung der durch den Berliner Vertrag für Territorialabtretungen festgesetzten Bestimmungen auch Oesterreich-Ungarn gegenüber. Danach wäre dann die Monarchie genötigt, einen Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen und gleichzeitig das Recht der Pforte auf das in Grundbesitz bestehende Krongut und Moscheengut des Vakuf anzuerkennen. „Wir würden schließlich," heißt es in der drastischen Ausdrucksweise Andrássys, „den bosnischen Knochen ohne Fleisch erhalten." Der Minister erwog allerdings auch die Möglichkeit, daß der Sultan jedes Einvernehmen ablehne und es auf einen Krieg mit uns ankommen lasse. Keinen Augenblick zweifelte er daran, daß die Monarchie aus dem Streite als Sieger hervorgehen werde, aber aller Wahr-

scheinlichkeit nach, wie er bezeichnend bemerkt, nicht als der einzige. Es würde seiner Meinung nach das geschehen, was die öffentliche Meinung in beiden Staaten der Monarchie bisher immer perhorreszierte: die Parallelaktion (mit Rußland) ohne jeden Vorteil, post factum und gegen den Berliner Vertrag.

Ließ Andrássy nur die vom Berliner Kongreß gutgeheißene Okkupation und Administration als die einzig richtige Maßregel gelten, so folgerte er daraus keineswegs, daß sie eine zeitliche Begrenzung erhalte. Nur dann könnte die Besetzung ihr Ende erreichen, wenn deren Zwecke erfüllt seien: einerseits die Sicherstellung Dalmatiens und Kroatiens gegen die Gefahren, die von Bosnien und der Hercegovina drohen, und andererseits die Durchführung von Reformen in diesen beiden Provinzen. „Wenn wir selbst erklären," schloß Andrássy seinen Vortrag, „daß Dalmatien und Kroatien sichergestellt seien, daß die Reformen zur Verbesserung des Loses der Bevölkerung in Bosnien und der Hercegovina durchgeführt, alle wirtschaftlichen Konsequenzen aus diesem Verhältnis durch die Handelsverträge usw. für uns gezogen seien — wenn wir dies alles tun und die Pforte Bürgschaften dafür bietet, daß sie diese Provinzen nach ihrer Uebernahme nicht wieder deterioriert, dann, d. h. niemals, könne von dem Ende der Okkupation die Rede sein. Das sei offene, klare, rechtschaffene, auf dem internationalen Rechtsboden stehende Politik." [1]) Diesen Standpunkt hielt Andrássy auch fest, als ihn der im September zum Besuche seines kranken Bruders in Wien weilende Graf Peter Šuvalov bereden wollte, dem Provisorium der Okkupation ein Ende zu machen und so rasch als möglich Bosnien und die Hercegovina der Monarchie einzuverleiben. Keine Macht der Welt, sagte der Londoner russische Botschafter, werde jetzt etwas gegen die Annexion einzuwenden haben; eine so günstige Konjektur müsse Oesterreich-Ungarn benutzen. Šuvalov empfahl die Annexion auch vom russischen Gesichtspunkte aus, indem durch sie dem Panslawismus für immer die Hoffnung benommen werden solle, je wieder die ehemaligen türkischen Provinzen zum Spielball seiner Agitationen zu machen. Kaum dürfte es wahrscheinlich sein, daß Andrássy sich diesen Ausführungen nicht verschlossen und geäußert habe, er gedenke binnen sechs Monaten

---

[1]) Andrássys Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878. Ungedruckt.

die Okkupation in Annexion umzuwandeln.[1]) Es ist nicht anzunehmen, daß Andrássy, der noch am 24. August in Gegenwart des Kaisers und der Minister in so beredter Weise für die Beibehaltung der Okkupation eingetreten war, bereits nach ein paar Wochen anderen Sinnes geworden sein sollte. Šuvalov muß den Minister, der sowohl ihm als auch dem deutschen Botschafter die Gründe mitteilte, die gegen eine Annexion sprächen,[2]) mißverstanden haben. Der weitere Verlauf der Ereignisse bezeugt auch aufs deutlichste, daß Andrássy die Annexion nicht als erstrebenswertes Ziel seiner Politik betrachtete, sondern deren endgültige Lösung der Zukunft überließ.

Eines ist jedenfalls sicher, daß der Minister die volle Besitznahme Bosniens und der Hercegovina nur im Einvernehmen mit der Pforte durchzuführen gedachte. Auch während des Kampfes mit den Insurgenten wurde der Faden der Unterhandlungen nicht fallen gelassen, die jedoch immer wieder stockten, da Karatheodory erklärte, keine Instruktionen zu besitzen.[3]) Die täglich sich häufenden Schwierigkeiten verstimmten Andrássy sehr. Würde doch ein friedliches Uebereinkommen mit der Pforte Millionen erspart und harte Kämpfe vermieden haben. Allein in Konstantinopel gehörte es zu den religiösen und staatsrechtlichen Anschauungen, der Sultan dürfe kein Stück Landes abtreten, das ihm nicht durch Waffengewalt entrissen worden.[4]) Die Pforte war entschlossen, durch ihre Vertreter an die Großmächte die Mitteilung gelangen zu lassen, daß die muselmanische Bevölkerung an den Grenzen mit den Waffen in der Hand sich jeder Losreißung von Gebiet widersetzen wolle und die Regierung dagegen nichts zu tun vermöge.[5]) Die ottomanischen Staatsmänner hatten in dem Wahne gelebt, Oesterreich-Ungarn werde es nicht wagen, seine Truppen in Bosnien und die Hercegovina einmarschieren zu lassen. Eine unangenehme Ueberraschung bereitete es ihnen daher, daß es trotzdem geschehen. Noch mehr waren sie verblüfft über den raschen Gang der militärischen Aktion, die, ungeachtet des Widerstandes, kaum zwei Monate in Anspruch genommen hatte. Plötz-

---

[1]) Reuß an Bismarck, Wien, 12. September 1878. Dies erzählte Šuvalov dem Prinzen Reuß.

[2]) Ibidem.

[3]) Reuß, 1. August 1878.

[4]) Graf Franz Zichy an Andrássy, Konstantinopel, 15. Oktober 1878. Ungedruckt.

[5]) Radolinski an Bismarck, Bujukdere, 4. August 1878.

lich befanden sie sich vollendeten Tatsachen gegenüber, die sie um die Gelegenheit brachten, wie es ihre Absicht gewesen, sich mit Gewalt der Okkupation zu widersetzen. Beide Provinzen waren verloren, noch ehe die Türkei ihr bewaffnetes Veto aussprechen konnte. Trotzdem wollte sie sich noch immer nicht dem faktischen Zustande fügen. Sie suchte vielmehr im stillen nach einem Vorwand zu Konflikten, um nachzuholen, was sie sich durch ihre Saumseligkeit entgehen ließ. Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Franz Zichy war überzeugt davon, daß die Pforte den geeigneten Anlaß zum Streite mit uns in dem etwaigen Vorrücken unserer Truppen gegen Novi-Bazar erblicke. Er war deswegen dafür, daß vom Marsche nach dem Sandžak abgesehen werde, um der Pforte jeden Grund zur Steigerung der ohnehin genügend gereizten Stimmung zu nehmen.[1] Schon Ende August war Andrássy geneigt gewesen, einen Stillstand in den Operationen gegen Novi-Bazar eintreten zu lassen, um Raum für die Verständigung mit der Pforte zu schaffen.[2] Dazu war er auch jetzt bereit.[3] Sein Entgegenkommen zeitigte keine Früchte. Die Verhandlungen rückten nicht von der Stelle, und die Türkei trachtete überhaupt, sich allen Verpflichtungen des Berliner Vertrages zu entziehen. Nur mit Mühe konnte sie bewogen werden, in der Person Mehemed Assim Paschas, eines äußerst furchtsamen, unentschlossenen Mannes, einen Vertreter in die ostrumelische Kommission zu entsenden.[4] Ueberall erregte das Verhalten der Pforte Befremden. Lord Salisbury erfüllte ihre Weigerung gegenüber Oesterreich-Ungarn mit Sorge und Bedauern. In einem vertraulichen Briefe nannte er die Türkei ein mit Wasser gefülltes Schiff, das sich weder bewegen noch segeln könne.[5] Kopflosigkeit herrschte in Konstantinopel. Der Großwesir Safvet Pascha war ein alter, gebrochener Mann, der den Ernst der Lage gar nicht zu erfassen schien, im übrigen jedoch vollkommen vom Sultan abhing.[6] Abdul Hamid selbst aber glaubte jetzt sein Heil in der Durchführung von Reformen und nicht im Frieden mit Oesterreich-

---

[1]) Die ganze Darstellung auf Grundlage des Privatbriefes Zichys an Andrássy, Konstantinopel, 15. Oktober 1878.

[2]) Graf Franz Zichy an Kosjek, Konstantinopel, 30. August 1878.

[3]) Graf Franz Zichy an Andrássy, 15. Oktober 1878.

[4]) Kállay an Andrássy, Philippopel, 11. November 1878. Ungedruckt.

[5]) Ibidem. Der englische ostrumelische Kommissär, Sir Henry Wolff, hatte den an ihn gerichteten Brief Salisburys Kállay gezeigt.

[6]) Graf Hatzfeld an Bismarck, Bujukdere, 18. September 1878.

Ungarn zu erblicken. Er verglich sich mit einem Grundbesitzer, dessen Haus abgebrannt sei und der erst den Schutt abräumen und Kräfte sammeln müsse, ehe er zu dem Wiederaufbau des Gebäudes schreiten könnte.[1]) Jetzt wollte er das tun, was zur Zeit der Reformnote Andrássys hätte geschehen müssen. Nur einen türkischen Staatsmann gab es, der sich wirklich auf der Höhe der Situation befand und tatsächlich erkannte, was seinem Lande fromme. Dieser Mann war Aleko Pascha, der frühere Wiener und nunmehrige Pariser türkische Botschafter. Er sah die Notwendigkeit der Okkupation ein und war durchdrungen davon, daß die Pforte, anstatt darüber zu klagen, sich vielmehr beglückwünschen sollte, daß Oesterreich-Ungarn und nicht irgendeine andere Macht die beschwerliche Last der Besetzung Bosniens und der Hercegovina auf sich genommen habe. Aleko Pascha schrieb damals an Andrássy: „Ich hege die aufrichtigsten Wünsche für den Erfolg der Okkupation und für den Triumph der von Ew. Exzellenz befolgten voraussehenden Politik, überzeugt davon, daß diese Besitzergreifung das größte Glück für Europa, für die ganze Menschheit und ganz besonders für die Türkei ist, der sie als Barriere gegen ihren Erbfeind dienen wird. Möge es Gott gefallen, daß die besser erleuchtete Hohe Pforte endlich aufhöre, ihre wahren Interessen zu verkennen."[2])

Am Goldenen Horn war man weit entfernt, die „wahren Interessen" zu erkennen. Es mangelte an der Einsicht, so rasch als möglich nach dem Erfolge unserer Waffen ein friedliches Abkommen mit der Monarchie zu treffen. Andrássy mußte daher daran denken, auch ohne Zustimmung der Türkei an die Organisierung der beiden soeben eroberten Provinzen zu schreiten. Für die richtige Lösung dieser heiklen Angelegenheit, die ebenso schwierig wie die Okkupation selbst war, erblickte Andrássy bald nach dem Einmarsch der Truppen in Freiherrn von Philippović geradezu ein Hemmnis. Der Feldzeugmeister, ein ausgesprochener Slawe, gehörte jener Richtung an, die es auf die Ausrottung der Mohammedaner in den neuerworbenen Provinzen abgesehen hatte. Die Aufgabe der Regierung mußte vielmehr darin bestehen, zu bewirken, daß das türkische Element, in erster Reihe die türkischen Grundbesitzer, also die Aristokratie des Landes, sich zur

[1]) Graf Hatzfeld an Bismarck, Bujukdere, 10. November 1878.

[2]) Aleko Pascha an Andrássy, Paris, 9. August 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

österreichisch-ungarischen Politik in ein freundliches Verhältnis stelle. Dies war das einzige Mittel, den Wühlereien der Südslawen den Boden zu entziehen, die durch Verjagung der Muselmänner aus Bosnien und der Hercegovina ungehinderten Spielraum gewinnen wollten. Da Philippović viel zu sehr Slawe war, um den Bestrebungen seiner Freunde aus der ehemaligen Militärgrenze entgegenzutreten, mißtraute ihm Andrássy.[1]) Der Oberkommandant tat auch alles, um die Kluft zwischen sich und dem Minister des Aeußern zu erweitern. Er ließ seinem Unmute über Andrássy freien Lauf, sagte ganz laut, daß dieser die Armee ins Verderben gesandt, sich durch ungenügende Konsularberichte täuschen ließ und in der Beurteilung der Mohammedaner einem unverantwortlichen Optimismus huldige. Andrássy erachtete es für nötig, den Bericht über die Aeußerungen Philippovićs dem Kaiser vorzulegen.[2]) Der Monarch erkannte die Notwendigkeit, den Feldzeugmeister des Oberkommandos zu entheben. Nicht leicht fiel es dem Monarchen, Philippović mitten im Zenith seines Ruhmes vom Schauplatze seiner Erfolge nach Prag zu versetzen. General von Beck, der Chef der Militärkanzlei, wurde am 24. Oktober mit der delikaten Mission betraut, dem Oberkommandanten seine Abberufung aus Bosnien mundgerecht zu machen. Beck entledigte sich zur vollsten Zufriedenheit seines kaiserlichen Herrn des schonend vorgebrachten Vorschlages, das Oberkommando in die Hände des obersten Kriegsherrn zurückzulegen. Ohne Zögern fügte sich der Feldzeugmeister dem ihm übermittelten Wunsche des Kaisers.[3]) An seine Stelle trat der Herzog von Württemberg, den Beck, laut seiner Instruktion, über den weiteren Teil der militärischen Operationen zu unterrichten hatte. Vorläufig sollte in denselben ein Stillstand eintreten. Der Vormarsch nach Novi-Bazar wurde aus militärischen und finanziellen Gründen für den Moment aufgegeben. In aller Form auf dem Berliner Vertrag fußend, hielt die Monarchie das Recht, aber nicht die Verpflichtung zur Besetzung des Sandžaks aufrecht. Oesterreich-Ungarn wollte erst nach erzielter Verständigung mit der Pforte in Novi-Bazar einrücken, genau so, wie es vorher nur im Einvernehmen mit dem Sultan die

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 31. August 1878. Nach anderweitigen mündlichen Mitteilungen eines hohen Offiziers begünstigte Philippović die griechische Geistlichkeit und ging mit großer Willkür gegen die Mohammedaner vor.

[2]) Orczy an seine Mutter, 4. September 1878.

[3]) Nach Mitteilungen eines hohen Offiziers.

Okkupation durchzuführen gedacht hatte. Doch war Andrássy entschlossen, nötigenfalls auch ohne Zustimmung der türkischen Regierung die Operationen gegen den Sandžak fortsetzen zu lassen.[1])

Noch zeigte sich wenig Aussicht, mit der Pforte zu einem Einvernehmen gelangen zu können. Sie wies auch weiterhin den Abschluß einer Konvention mit uns von sich. Dafür zählte sie auf Verwicklungen, die aus der Haltung der Legislativen Oesterreichs und Ungarns einerseits gegenüber der Okkupation und andererseits gegenüber der Kenntnisnahme des Berliner Vertrages entstehen könnten. Die Pfortenminister rechneten auf eine Krise im Innern der Monarchie, die nicht nur zur Aufgabe der Okkupation, sondern auch zum Sturze Andrássys führen werde. Nichts spricht jedoch mehr für die Unzulänglichkeit der damaligen osmanischen Politiker als diese ihre Kombinationen. Die Türkei hätte allen Grund gehabt, Andrássy dankbar zu sein, in dem sie, wie dies Aleko Pascha während seiner Wiener Gesandtschaft stets nach Konstantinopel berichtete,[2]) ihren verläßlichsten und uneigennützigsten Freund besaß. Wer war es denn anders als Andrássy, der dem Osmanischen Reiche 1875 aus der ihm drohenden Katastrophe den Ausweg zeigte? Ihm gebührt das Verdienst, den Kongreß angeregt zu haben, auf dem der Friede von San Stefano einer Revision unterworfen wurde, die allein der Türkei ihr Dasein rettete. Der Sultan hätte nichts Klügeres tun können, als sich raschestens durch den Abschluß der von ihm begehrten Konvention die Freundschaft Oesterreich-Ungarns zu sichern. Abdul Hamid aber erwartete, verblendet genug, sein Heil von Verwicklungen, die er überschätzte und aus denen Andrássy bald als Sieger hervorging.

---

[1]) Nach der ungedruckten Instruktion für General von Beck.

[2]) Aleko Pascha an Andrássy, Paris, 9. August 1878.

Siebentes Kapitel

Andrássys orientalische Politik vor den Legislativen[1])

Während Lord Beaconsfield bei seiner Heimkehr aus Berlin für die Erwerbung Zyperns brausenden Jubel einheimste, wurde Graf Andrássy ein sehr übler Empfang zuteil. Mit Ausnahme der Slawen und Feudalen grollten ihm gerade die Parteien in Oesterreich und Ungarn, auf die er sich bisher gestützt. Sie zürnten ihm, daß er sich vom Berliner Kongreß das Mandat zur Okkupation von Bosnien und der Hercegovina hatte übertragen lassen. Es kennzeichnet jedoch diesen Staatsmann, daß er sich über die Verkennung seiner Wirksamkeit auf dem Kongresse damit tröstete, daß selbst noch der ihm zuteil gewordene unfreundliche Empfang der Monarchie zum Nutzen gereichen werde. Würde doch sonst, meinte er, das ganze Odium für die Vereitelung der russischen Ansprüche auf dem Kongresse auf Oesterreich-Ungarn abgelagert werden. So aber bleibe die Auffassung Europas unerschüttert, daß in den Verhandlungen in Berlin die Haltung Englands und Deutschlands den Ausschlag zum Nachteil Rußlands gegeben habe.[2]) Von solchen Erwägungen war jedoch die öffent-

---

[1]) Ich weiß sehr wohl, daß die Delegationen, die ich hier als Legislativen bezeichne, keine gesetzgebenden Körper sind. Der Kürze des Ausdruckes halber nehme ich sie jedoch hier als solche. Noch möchte ich bemerken, daß ich mich hier nur auf die Hauptmomente beschränke, denn wollte ich eine eingehende Darstellung des parlamentarischen Kampfes gegen Andrássy geben, müßte ich ein Buch für sich schreiben.

[2]) So äußerte sich Andrássy selbst im Ministerrat. Andrássysche Aufzeichnungen über die Ministerratssitzung vom 24. August 1878. Im Jahre 1886 schreibt Andrássy in einer Denkschrift: „Ich habe seinerzeit mich gehütet, die erzielten Resultate der Oeffentlichkeit gegenüber in ihr wahres Licht zu stellen, weil ich befürchtete, dadurch die Empfindlichkeit Rußlands zu wecken; aus dem gleichen Grunde habe ich die einfältigen Angriffe auf diese Politik nicht nur ruhig, sondern lange mit innerer Befriedigung ertragen. Ich habe dies getan, weil es während und nach dem Orientkriege eine unserer schwersten, zugleich aber wichtigsten Aufgaben war, die die russischen Aspirationen schwer treffenden Resultate unserer Politik in solcher Weise zur Durchführung zu bringen, daß nicht die Ranküne Rußlands die Monarchie allein treffe." Gräfl. Andrássysches Archiv.

liche Meinung weit entfernt. Man sah in dem Leiter der äußern Politik Oesterreich-Ungarns nur den Mann, der die Monarchie in ein kostspieliges Abenteuer gestürzt, aus dem ihr unerschwingliche Lasten erwuchsen und durch das sie noch in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden würde. Ein weniger seelenstarker Mensch wie Andrássy hätte sich von dem Sturm hinwegfegen lassen, der über seine Politik dahinbrauste. Er aber hielt stand und ließ sich nicht entwurzeln. Andrássy, den seine Volkstümlichkeit in Ungarn zur höchsten Stufe der Macht emporgetragen, sah nun von allen Seiten feindliche Geschosse auf sich gerichtet. Unbeirrt durch alle Angriffe, glaubte er mit solcher Sicherheit an die Richtigkeit seiner Politik, als wenn ihr Hosiannarufe entgegengeschallt hätten. Erfüllt vom Bewußtsein, im Interesse der Monarchie das einzig Mögliche getan zu haben, soll der Minister des Aeußern damals mit wahrhaft prophetischem Blicke in die Zukunft geäußert haben: „Vor fünf Jahren war ich der populärste Mann in Ungarn, nach weiteren fünf Jahren werde ich es wieder dort und in Oesterreich sein.“ [1]) Vorläufig befand er sich in der Lage eines heftig befehdeten Staatsmannes, der gegenüber den parlamentarischen Körpern Oesterreichs und Ungarns seine bisher befolgte Politik mit dem Aufgebot seiner ganzen geistigen Kraft und Beredsamkeit verteidigen mußte.

* * *

Es hatte den Anschein, als würde die Monarchie durch die Okkupation in ihren Grundfesten erschüttert. All die Leidenschaftlichkeit, mit der man schon in einem früheren Stadium der Entwicklung der orientalischen Frage für die Türkei und gegen Rußland Stellung genommen, schien sich jetzt verdoppeln zu wollen. Wie mit einem Schlage zeigte sich jetzt dies- und jenseits der Leitha eine Einmütigkeit der Empfindungen, wie man sie bisher nicht gekannt und die sich nunmehr gegen Andrássy kehrte.

In Oesterreich freilich führte die Schlacht gegen die Leitung der auswärtigen Politik eine in sich zerklüftete, in viele Fraktionen aufgelöste Majorität, die sich überdies noch einem seit dem 4. Juli demissionierten Ministerium gegenüber befand. Die verfassungstreue Mehrheit wartete nur auf den Zusammentritt des für den 19. Oktober 1878 einberufenen Reichsrates, um sofort von

---

[1]) „Gegenwart“, XIV. Band 1878: Neményi, „Graf Andrássy“.

dessen Hallen aus die Kampagne gegen Andrássy eröffnen zu können. Der Minister des Aeußern sollte zur Verantwortung dafür gezogen werden, daß er die Okkupation Bosniens und der Hercegovina ohne vorher eingeholte Zustimmung der österreichischen Abgeordneten unternommen hatte.

Noch ehe der Reichsrat seine Sitzungen begann, wurde Herbst, der Führer der Linken, vom Kaiser in einer nahezu zweistündigen Audienz empfangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat ihm der Monarch in dieser Audienz die Bildung des neuen Ministeriums übertragen wollen. Gewiß ist, daß das geistige Oberhaupt der verfassungstreuen Linken das Arbeitszimmer des Herrschers nicht als erkorener Chef der Regierung verließ. Wie jedoch Graf Andrássy dem neuen deutschen Botschafter, Prinzen Reuß, erzählte, habe sich Herbst dem Kaiser gegenüber sehr gemäßigt über die äußere Politik ausgesprochen. Der Minister glaubte daraus die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß demnach seine Politik keinen Gegenstand der Beratungen des Reichsrates bilden und dieser auch nicht der Kompetenz der Delegationen vorgreifen werde, in deren Wirkungskreis allein die Beurteilung der äußeren Angelegenheiten gehöre.[1]) War dies die wirkliche Ueberzeugung Andrássys, so sollte er bald eines Bessern belehrt werden. Sehr rasch zeigte es sich, daß Herbst zum äußersten Kampf gegen jedes Kabinett entschlossen war, das sich mit dem Programm Andrássys einverstanden erkläre. Aus diesem Grunde verhinderte er die Bildung eines neuen Ministeriums durch den bisherigen Finanzminister Freiherrn von Pretis. In einer Vorkonferenz soll er die Bedingung gestellt haben, daß Pretis sich verpflichte, man werde bei einem Einmarsche in Bosnien nicht au delà Mitrovitza gehen. Als nun in der eigentlichen Konferenz bei Pretis dieser eine derartige Erklärung schuldig blieb, wäre Herbst sehr erregt von seinem Sitze aufgesprungen und hätte gesagt, daß er ein Ministerium, das sich in dieser Richtung nicht binde, auch nicht unterstützen könne.[2]) Für ihn bestand die Gesundung der Lage nur im Rücktritt Andrássys.[3]) In seinen Augen gab es für die am Reichsrat begangene Versündigung keine andere Sühne als Sturz des Ministers des Aeußern, wobei wir es dahingestellt sein lassen wollen, ob hier wirklich auch noch persönlicher, vom gemein-

[1]) Prinz Reuß an Bismarck. Wien, 13. Oktober 1878.
[2]) Mündliche Mitteilung Seiner Exzellenz des Freiherrn Ernst von Plener.
[3]) Prinz Reuß an Bismarck, Wien, 24. Oktober 1878.

samen Finanzminister Hofmann genährter Groll gegen Andrássy mit im Spiele gewesen sein soll.[1]) Tatsache ist, daß Hofmann jetzt genau wie in früheren Tagen die Situation zu seinem Vorteile benutzen wollte. Andrássy suchte er einzuschläfern, indem er ihn zu überreden trachtete, alles gehe gut. Andererseits umschmeichelte er die Gegner des Ministers, mit deren Hilfe er entweder Auerspergs oder Andrássys Nachfolger zu werden hoffte. Ausdrücklich wird Baron Hofmann beschuldigt, Herbst und dessen Clique sofort von allem, was im Schoße der Regierung vorging, verständigt zu haben. „Traurig ist es," bemerkte hierzu der Sektionschef Baron Orczy, „daß man mit ihm immer das Gefühl habe, daß unter den Dienern im Hause ein Hausdieb sei."[2])

Ein so scharfer Geist Herbst auch sonst war, zu der Höhe des Standpunktes vermochte er sich doch nicht emporzuschwingen, von der aus allein die orientalische Politik Andrássys beurteilt werden mußte. Es fehlte ihm, wie so vielen mit ihm, das Verständnis dafür, daß Andrássy nicht Eroberungsgier leitete, sondern daß für ihn das Vordringen nach Bosnien und der Hercegovina, wie dies Bismarck treffend ausdrückte, nur eine durch die panslavistischen Bestrebungen Rußlands in Serbien und Montenegro aufgezwungene Defensivmaßregel war.[3]) Nebst seiner allerdings berechtigten Furcht vor dem Anwachsen des slawischen Elementes in Oesterreich infolge der Besitzergreifung der beiden türkischen Provinzen, war in Herbst die konstitutionelle Doktrin mächtiger ausgebildet, als der klare scharfe Blick des Realpolitikers.[4]) Daher klammerte er sich auch mehr an die Form als an das Wesen der Dinge. Dies kam denn auch in der an den Kaiser gerichteten Adresse der Verfassungspartei zum Ausdrucke, die dem österreichischen Reichsrate am 22. Oktober 1878 zur Annahme vorgelegt wurde. In dieser führten die Liberalen bittere Klage über die mit „unersetzlichen und unerschwinglichen Opfern an Blut und Geld"[5]) durchgeführte Okkupation, und all dies geschah, wie es weiter heißt, „bevor die Vertretungskörper den Berliner Friedensvertrag der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen konnten". Im Gegen-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. November 1878.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. November 1878; ferner dessen Briefe vom 3. und 6. November.

[3]) Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Gastein, 15. September 1879.

[4]) So charakterisiert Ernst von Plener Herbst, ohne dessen Namen zu nennen, in seiner Rede vom 21. Januar 1879. Siehe Pleners „Reden", S. 104.

[5]) Die Adresse ist abgedruckt bei Kulmer, II. Band, S. 445.

satz zu Graf Hohenwart und dessen Freunden wurde bei namentlicher Abstimmung die Adresse der Verfassungspartei mit 160 gegen 70 Stimmen angenommen.[1])

Keine logische Taktik war es jedoch, die von der Verfassungspartei gegenüber Andrássy befolgt wurde. Eigentlich hätten die Gegner der Okkupation sie unter allen Umständen verwerfen müssen, nachdem sie von ihnen mißbilligt worden. War es aber möglich, den Vertrag nicht anzunehmen, ohne die Monarchie vor ganz Europa einer ewig lächerlichen Blamage auszusetzen? Was taten nun Herbst und die ihm folgenden Abgeordneten? Sie verlangten auch nicht die Aufgabe der Okkupation, doch als Sühne hierfür die Vorlegung des Berliner Vertrages und den Sturz des Mannes, der ihn als Vertreter Oesterreich-Ungarns in der deutschen Hauptstadt unterzeichnet hatte. Anstatt also, gemäß der ganzen bisherigen Haltung, zu sagen, wir erkennen diesen Vertrag nicht an, für den die Regierung allein die Verantwortung tragen möge, verirrte man sich durch die Forderung der Unterbreitung des Berliner Vertrages in eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gab. Die Gegner Andrássys übersahen, daß mit der Erreichung ihres Zieles sie auch genötigt sein würden, den Berliner Vertrag anzuerkennen, womit sie selbst die gesetzliche Grundlage für die Billigung der Okkupation schufen.[2])

Herbst fing sich selbst in seiner List. Denn nicht um den Berliner Vertrag zur Kenntnis nehmen zu können, drang die Verfassungspartei in ihrer Adresse auf dessen Mitteilung an den Reichsrat. Man wollte auf diese Weise, höchst schlau, es unmöglich machen, daß die Delegation, in der Andrássy der Majorität sicher war, ein Fait accompli schaffe, dessen Machtspruch sich dann auch der Reichsrat hätte fügen müssen. Deshalb sollte zuerst dieser sein Urteil fällen. Hatte sich der Reichsrat vernichtend über die Politik Andrássys geäußert, so war auch die Delegation, als Ausschuß des ganzen Parlaments, zu einem gleichen Vorgehen bemüßigt. Es war dies ein auf gesetzlicher Basis beruhender, fein ausgeklügelter Plan, von dem Herbst einen durchschlagenden Erfolg seiner eigenen Diplomatie erwartete, aber nicht einheimsen sollte. Die ungarische Opposition unterstützte

---

[1]) „Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses", XII. Band, 5. November 1878.

[2]) Siehe hierüber Pleners Rede vom 21. Januar 1879 in dessen „Reden" S. 104.

die Verfassungspartei in dem Bestreben, Andrássy daran zu hindern, daß er sich in den Delegationen vernehmen lasse, noch ehe die beiden Parlamente in Wien und Budapest über ihn zu Gericht gesessen. Im Gegensatz zur Thronrede vom 30. Oktober 1878, die eingehende Erklärungen Andrássys in der deswegen einzuberufenden Delegation in Aussicht stellte, wünschte Josef Madarász, daß dies nicht früher geschehe, als bis das Unterhaus seine Adresse dem Könige unterbreitet hätte. Niemand Geringerer als Desiderius Szilágyi, einer der hervorragendsten Redner und bedeutendsten Männer des modernen Ungarn, machte sich zum Wortführer dieser Richtung. Unter den außerordentlichen Umständen, in denen sich das Land infolge der Okkupation befinde, sagte er, möge man den Monarchen bitten, zu gestatten, daß das erste Wort in einer Sache, „die unsere eigenen Angelegenheiten, unser Dasein, unser Weiterbestehen betrifft, uns gebühre, nicht aber einem gewählten Ausschusse des Reichstages“.[1])

Die Erregung in Ungarn war tatsächlich eine sehr tiefgehende, die gemäß dem Temperamente und den freieren Formen des ungarischen Verfassungslebens auch viel stürmischer als in Oesterreich zum Ausdruck gelangte. Vom Szabolcser Komitat ausgehend, erscholl bald fast durch das ganze Land der Ruf: die Regierung solle zur Verantwortung gezogen und in Anklagezustand versetzt werden.[2]) Selbst Max Falk, der so lange Zeit Andrássy im „Pester Lloyd“ Gefolgschaft geleistet, war von ihm abgefallen. Schon in der letzten, noch vor der Besetzung Bosniens und der Hercegovina stattgefundenen Delegation hatte er eine Rede gegen die Okkupation gehalten. Als unmittelbar hierauf Dóczi ihm gegenüber bemerkte: „Na, Sie haben vor dem Grafen schön die Tür nach Bosnien zugeschlagen,“ entgegnete Falk: „Vor dem Grafen, nein, denn was ich auch immer sage, so kann er deshalb doch hineingehen, nur ich kann dabei nicht mittun.“[3])

Nach erfolgter Okkupation trat der Chefredakteur des „Pester Lloyd“ nicht nur in Artikeln gegen den Minister auf, auch in einem Privatschreiben drückte er ihm seine schweren Bedenken über dessen Politik aus. Ganz offen sagte er es ihm heraus, daß

---

[1]) Szilágyis „Reden“, herausgegeben von Dr. Julius Fayer, I. Bd., S. 248 (ung.).

[2]) Diarium des Reichstages von 1878, Bd. I. Daselbst sind auch alle beistimmenden Zuschriften der Komitate mitgeteilt.

[3]) Max Falk an Andrássy, Budapest, 24. September 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

er nicht anders könne, als den Standpunkt der Opposition zu dem seinigen zu machen. Falk versicherte Andrássy, es gebe in der Regierungspartei kein nur halbwegs beachtenswertes Mitglied derselben, das nicht genau so dächte wie er und nicht gleichfalls die jetzigen Ereignisse mißbilligen würde.[1])

Verwickelt wurde die Lage erst recht, als der ungarische Finanzminister Koloman von Széll am 28. September 1878 um seine Entlassung einkam. Vermöge des bedeutenden Ansehens und des großen Vertrauens, dessen sich Széll in Ungarn erfreute, erregte sein Schritt ungeheures Aufsehen. War man doch fest überzeugt davon, daß durch sein Ausscheiden aus dem Ministerium der ungarische Kredit empfindlichen Schaden erleiden werde.[2]) Allgemein wurde damals angenommen, Széll habe sein Amt wegen der großen Ausgaben niedergelegt, die durch die Okkupation verursacht wurden. Man hat ihn daher vielfach angegriffen, daß er gerade im entscheidenden Moment, als die Strömung gegen die Okkupation immer mächtiger anschwoll, seiner Stelle entsagte und dadurch Andrássys orientalischer Politik sehr bedeutende Schwierigkeiten bereitete. Széll selbst gibt eine davon wesentlich abweichende Darstellung und versichert mit aller Bestimmtheit, daß von „Fahnenflucht" oder die „Flinte ins Korn werfen"[3]) nicht die Rede sein könne. Er behauptet, daß es ihm nie in den Sinn gekommen, die Okkupation zu hindern oder sie gar rückgängig zu machen. Nach seiner Aussage war er stets bereit, die hierfür nötigen Summen zur Verfügung zu stellen. Einmal fragte er Andrássy, ob 23 Millionen von den bewilligten 60 Millionen zur Bestreitung der Kosten genügen werden. Als bald darauf ein neuer, höherer Betrag gefordert wurde, erkundigte er sich wieder bei Andrássy: „Wird das auch ausreichen?" so daß der österreichische Finanzminister Pretis zu Széll äußerte: „Sie drängen ihm ja das Geld förmlich auf," was dieser mit den Worten ablehnte: „O nein, aber ich muß klar sehen, wieviel man noch will, und ich kann nicht ins Unendliche gehen." Széll hat in der Tat bis Ende 1878, bis zu seinem Rücktritt, die von ihm gewünschten Summen zur Deckung der Ausgaben für die Okkupation herbeigeschafft. Er ist dabei sogar über den 60-Millionen-Kredit hinausgegangen.

---

[1]) Falk an Andrássy, 24. September 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Reuß, 3. Oktober 1878.

[3]) Diese Ausdrücke kommen in einem Briefe Orczys an seine Mutter vom 12. Oktober 1878 vor.

Nach diesen Angaben des ungarischen Finanzministers hätten ihn also nicht ausschließlich finanzielle Rücksichten zur Ueberreichung seines Entlassungsgesuches bewogen. Viel bestimmender für seinen Entschluß sollen politische Gründe gewesen sein. Erst als die militärischen Kreise mit immer neuen Anliegen kamen und Széll denselben entnehmen konnte, daß man an weitgehende Pläne denke und sich nicht mehr mit der Besetzung Bosniens und der Hercegovina allein begnüge, sondern bis nach Salonichi vordringen wolle,[1]) glaubte der Finanzminister Protest einlegen und seine Stellung von der Durchsetzung seines Vetos abhängig machen zu müssen. Mit seinem Einspruche beabsichtigte Széll eine Aktion zu hindern, die, seiner Meinung nach, die Monarchie unvermeidlich in einen Krieg mit Rußland und der Türkei verwickeln, vielleicht die Existenz Oesterreich-Ungarns und der Dynastie aufs Spiel setzen könnte. Szélls unerschütterliche Ueberzeugung war, daß nur allein seine Verweigerung der nötigen Mittel und die Androhung seines Rücktrittes die waghalsige Unternehmung zu hindern vermöchten, die die finanzielle Kraft der Monarchie gefährde. Dieses Verhalten des Finanzministers sollte aber nicht bedeuten, daß er sich mit jenen Gegnern der orientalischen Politik Andrássys identifiziere, die Preisgebung der bereits besetzten türkischen Provinzen forderten und das ganze Ministerium in Anklagezustand versetzen wollten. Er gedachte nur, die militärischen Kreise, hinter denen angeblich Erzherzog Albrecht stand, von etwas abzuhalten, das seiner Ansicht nach die Monarchie in gefährliche Abenteuer stürzen mußte. Wie Széll versichert, teilte Andrássy seine Besorgnisse über die weitreichenden militärischen Ziele. Nur meinte der Minister des

---

[1]) Ein damaliger Hauptmann des österreichisch-ungarischen Generalstabes, der es dann zu sehr hoher Stellung in der Armee gebracht, bestritt mir gegenüber die Möglichkeit solcher Pläne. Nach ihm wären absolut keine hierauf bezüglichen Vorkehrungen getroffen worden. Er gibt zu, daß sich sehr viel Truppen in Bosnien und der Hercegovina befanden, die man da angesammelt hatte, um nach den ersten bittern Erfahrungen eine bedeutende Anzahl von Truppen zur Hand zu haben. Der militärische Gewährsmann behauptete gleichzeitig, daß es am Train und anderen nötigen Truppenkörpern fehlte, um nach Salonichi vordringen zu können. Auch die Geldmittel, selbst in der Höhe, wie man sie von Széll forderte, hätten zu einem solchen Vormarsche nicht genügt. Eines ist sicher, daß Andrássy nie an Salonichi gedacht, und daß ohne seine Zustimmung, selbst wenn maßgebende militärische Persönlichkeiten gerne den Marsch unserer Truppen dorthin gesehen hätten, keine wie immer gearteten Maßnahmen geschehen konnten.

Aeußern, daß Széll bleiben solle, da sie im vereinten Kampfe, Schulter an Schulter, weit erfolgreicher die Bestrebungen der militärischen Kreise niederringen könnten. Kein Zureden, von welcher Seite es auch immer kam, erschütterte den Entschluß des ungarischen Finanzministers. Allen wiederholt erneuten Aufforderungen, auf seinem Platze auszuharren, setzte er, wie schwer es ihm auch fallen mochte, ein entschiedenes Nein entgegen. Selbst auf die Gefahr hin, wie es ja auch geschehen, in Ungnade entlassen zu werden, blieb er standhaft und ließ sich zu keiner Aenderung seiner Denkweise herbei. Széll schöpfte, wie er selbst sagt, die Kraft zu solch unbeugsamer Haltung aus der von ihm betonten Erkenntnis, daß nur seine Weigerung allein die Militärs bewegen werde, auf der schlüpfrigen Bahn innezuhalten, und daß sie die große, in Bosnien und der Hercegovina angesammelte Militärmacht nicht zu einem Eroberungszuge bis nach Salonichi benützen werden. Der ehemalige ungarische Finanzminister hegt noch heute die feste Ueberzeugung, daß nur allein sein Rücktritt die militärischen Kreise veranlaßte, dem Marsche auf Salonichi zu entsagen und demgemäß ihre übermäßigen Geldforderungen herabzusetzen. Man hatte vor seiner Demission um achtmal mehr beansprucht, als womit man sich nach seiner Entlassung begnügte.[1]) Hier scheint jedoch Széll, der mit seiner Aktion die Politik Andrássys zu unterstützen getrachtet haben dürfte, eine gewiß nicht zu unterschätzende Tatsache zu übersehen. Sollte Andrássys Demission, wenn er damit gedroht hätte, in sich allein nicht schon von genügend starkem Gewichte gewesen sein, um allenfallsige ehrgeizige Absichten der militärischen Kreise zum Stillstand zu bringen? Oder sah der Minister des Aeußern die Dinge nicht in so düsterem Lichte wie der ungarische Finanzminister, und hielt er es daher auch nicht für nötig, die Vertrauensfrage zu stellen?

Leicht war es vorauszusehen, und Széll war mit sich darüber vollkommen im reinen, daß sowohl Andrássy[2]) als auch Tisza dem Finanzminister sein Verhalten in diesen kritischen Tagen sehr

[1]) Ich habe es für nötig und gerechtfertigt gefunden, über ein damals so großes und berechtigtes Aufsehen erregendes Ereignis hier Koloman von Széll selbst zu Wort kommen zu lassen. Was ich im Texte über seine Motive mitteile, ist getreu nach einer Unterredung mit Széll von mir wiedergegeben worden. Mehr allgemein gehalten sind dessen Erklärungen gegenüber dem Herausgeber der Reden Szilágyis, I. Band, S. 289 u. ff. (ung.).

[2]) Mündliche Aeußerung Szélls.

verübeln würden.[1]) Bewirkte doch sein Rücktritt auch den des Ministeriums Tisza, das mit der provisorischen Fortführung der Geschäfte betraut wurde. Ebenso mußte die von Széll erzwungene Entlassung naturgemäß den Widerstand der Opposition stärken, die hieraus für ihren Kampf gegen Andrássy und Tisza neue Waffen schmiedete. Am 5. November forderte sie tatsächlich wegen der von Tisza während der orientalischen Krisis begangenen Verfassungsverletzungen die Versetzung des Ministeriums in Anklagezustand, die jedoch mit 179 gegen 95 Stimmen abgelehnt wurde. Aus den Reihen der Opposition wurden trotzdem auch weiter die schwersten Beschuldigungen erhoben. Dieser Stimmung gab die an den König zu richtende, von Graf Albert Apponyi verfaßte Adresse der gemäßigten Opposition Ausdruck, in der eine gründliche Aenderung der bisherigen Richtung der äußeren Politik verlangt wurde.[2]) Aber auch die Adresse der Regierungspartei machte sich zum beredten Dolmetsch der durch die Okkupation hervorgerufenen allgemein herrschenden Beunruhigung.[3]) Mit einer auch vom Monarchen bewunderten Energie, mit kaltem Blute und großer Geschicklichkeit stellte sich Tisza in die Bresche, um die Verteidigung der Politik Andrássys zu übernehmen. Ein sehr kluger Schachzug des ungarischen Ministerpräsidenten war es, daß er sich die Adresse seiner Majorität zu eigen machte. Es sei ja berechtigt, erklärte er, das Vorhandensein von Besorgnissen vor dem Throne nicht zu verheimlichen. Sie entstehen immer bei großen Umwälzungen. Nur müsse die Frage entschieden werden: ob die Besorgnisse die natürlichen Folgen der Ereignisse oder der befolgten Politik seien. Und da hielt er es für geboten, einige scharfe Worte auch gegen Rußland zu richten. Er sprach von Zurückdämmung der Uebergriffe der nordischen Macht, der Oesterreich-Ungarn nicht allein die führende Rolle im Orient überlassen dürfe. In den Christen des Balkans, sagte er, müsse die Ueberzeugung wachgerufen werden, daß nicht Rußland, sondern Oesterreich-Ungarn auf ihr künftiges Schicksal den größten Einfluß ausüben könne.[4])

Eine solche Sprache, wie sie hier Tisza führte, war nötig, um die umherschwirrenden Gerüchte von einer russenfreundlichen

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 12. Oktober 1878.

[2]) Fayer, „Reden Szilágyis" Bd. I, S. 273 (ung.).

[3]) Ibidem, S. 269.

[4]) Ibidem, S. 275.

Politik Andrássys zum Schweigen zu bringen. Wußte doch die Regierung, daß die ungarische Opposition bereits mit den polnischen Abgeordneten Oesterreichs Fühlung genommen hatte, um aus dieser angeblichen Russenfreundlichkeit eine gemeinsame Waffe zur Bekämpfung Andrássys zu schmieden. Der russische Botschafter Novikov begriff diesen Machinationen gegenüber sehr wohl das Vorgehen Tiszas. Er nahm es nicht weiter übel und faßte es als das auf, was es in Wirklichkeit war: als ein „notwendiges parlamentarisches Manöver“, worüber er das Petersburger Kabinett auch nicht im Zweifel ließ.[1])

* * *

Niemand verkannte das Kritische seiner Lage in diesen schweren Tagen weniger als Andrássy selbst. Er fühlte aber die Kraft in sich, mit seinen Gegnern fertig zu werden und ihnen beweisen zu können, daß die von ihm befolgte orientalische Politik die einzige war, die der Würde, dem Ansehen und dem Vorteil der Monarchie entspreche. Ebenso glaubte er dartun zu können, daß aus einer Weigerung der Uebernahme des Mandates im Frühjahr 1879 ein europäischer Krieg entstehen werde. Jeder Blutstropfen, meinte er, der jetzt vergossen worden und den man ihm vorwerfe, würde sich dann verhundertfachen und anstatt jeden Guldens, den die Okkupation kostete, wäre man dann genötigt, Hunderttausende von Gulden zu zahlen.[2])

Trotz dieser lebhaften Ueberzeugung von der Richtigkeit seines Vorgehens dachte Andrássy an die Möglichkeit des Rücktrittes. Zum Prinzen Reuß äußerte er, es sei schwer, mit Bestimmtheit vorauszusehen, was die Ereignisse bringen werden. Sei es doch nicht ausgeschlossen, daß ihm die Parlamente bei der herrschenden Stimmung Schwierigkeiten bereiten oder gar „solche Grobheiten“ sagen, die er nicht ruhig hinzunehmen vermöchte.[3]) Das schien um so begreiflicher, als der Minister des Aeußern, wie Baron Orczy bemerkt, gegen seine Feinde „sehr scharf geladen“ war.[4]) Auch wollte er aus dem Amte scheiden, wenn die Zustimmung der Delegationen zu seiner Haltung im Oriente nur

---

[1]) Reuß an Bismarck, 4. November 1878.

[2]) Reuß an Bismarck, Wien, 6. Oktober 1878. Nach mündlichen Aeußerungen Andrássys.

[3]) Ibidem.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 6. November 1878.

um den Preis eines Tadelsvotums zu erreichen wäre. In keinem Falle gedachte Andrássy es zuzulassen, daß seine Politik zum Spielball der „persönlichen Ressentiments einer Clique von Intriganten" werde. Fände, meinte er, sein Vorgehen die Rechtfertigung in den zwingenden Verhältnissen der europäischen Lage, dann solle ihn auch kein Tadel oder Mißtrauen treffen. Vermöge man ihn jedoch zu überführen, daß er persönliche Politik getrieben oder die Interessen der Monarchie schädigen ließ, dann solle man ihn verdammen und das Budget verweigern. Alles wollte der Minister des Aeußern über sich ergehen lassen, nur keine Gefälligkeit von Delegierten annehmen, die, wobei er auf Herbst und dessen Anhang zielte, ein aus persönlicher Rankűne entspringendes Tadelsvotum über ihn auszusprechen beabsichtigen.[1])

In dem Augenblick jedoch, da Andrássy mit seinem Rücktritte aus „persönlichen Gründen" rechnete, hielt er es für seine vornehmste Pflicht, Fürst Bismarck volle Beruhigung über die Folgen eines so ernsten Schrittes zukommen zu lassen. Er bat daher den Prinzen Reuß, dem deutschen Kanzler in seinem Namen die Versicherung zu erteilen, daß der Wechsel im Ministerium des Aeußern keine Aenderung der bisherigen Richtung nach sich ziehen werde. Der Kaiser sei entschlossen, unerschütterlich an der von ihm begründeten Politik festzuhalten, die er, Andrássy, stets aus tiefster Ueberzeugung vertreten habe und deren Devise laute: festes und aufrichtiges Zusammengehen mit Deutschland. Aber nicht nur in der äußeren, sondern auch in der inneren Politik werde weiterhin der gleiche Kurs wie bisher befolgt werden. Eine Bürgschaft hierfür biete die Hoffnung, daß Tisza auch ferner die Geschäfte Ungarns leiten werde. Möglich, — sagte Andrássy — daß in Oesterreich eine Aenderung in den Personen vorgenommen wird, sicher nicht im System. Kein tschechisches, kein ultramontanes noch reaktionäres Kabinett werde die Stelle des Ministeriums Andrássy einnehmen.[2])

Bismarck, der die Vorgänge in Wien und Budapest sehr aufmerksam verfolgte, wünschte nichts eifriger, als daß Andrássy Herr der ihm widerstrebenden Elemente werde. Bereits am 7. Oktober hatte er eigenhändig an Andrássy geschrieben: „Ich freue mich mit Ihnen, daß der militärische Teil der bosnischen Aufgabe in der Hauptsache erledigt ist, und wünsche Ihnen Erfolg

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 6. November 1878.

[2]) Prinz Reuß an Bismarck, Wien, 6. Oktober 1878.

und Geduld in dem zivilistischen Nachspiel."[1]) Niemand schien dem Kanzler vermöge seiner Eigenschaften, Stellung und Erfahrung mehr berufen als Andrássy, durch mäßigenden Einfluß nach allen Seiten hin den richtigen Weg aus den jetzigen verwickelten Verhältnissen herauszufinden. Im Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Beziehungen Deutschlands zu ihr hielt Bismarck an der Hoffnung fest, daß der Minister aus den ihn augenblicklich umbrandenden Schwierigkeiten gekräftigt hervorgehen werde. Mit Befriedigung entnahm er daher den Berichten des Prinzen Reuß die Mitteilung, daß des Ministers Verbleiben im Amte, wenn auch noch nicht vollkommen gesichert, so doch viel wahrscheinlicher geworden, als dies vorher der Fall gewesen. Der deutsche Kanzler fühlte sich somit einigermaßen befreit von den Besorgnissen, mit denen ihn der Verlauf der Ereignisse in Oesterreich-Ungarn erfüllte.

Nicht nur das Widerstreben der Parlamente, sondern auch das erfolgreiche Ringen Beusts um die Botschaft in Paris mit seinem Chef hatten Bismarck Anlaß zu sehr ernsten Befürchtungen gegeben.[2]) Einen Moment schien es sogar, als könnte dadurch ein Schatten auf die Beziehungen zu Deutschland fallen. Diese Sache — sagte Andrássy zu Calice, dem zweiten Sektionschef im Ministerium des Aeußern — wäre ihm ungleich unangenehmer und setze ihn in weit größere Verlegenheit als alle ungarischen Ministerkrisen und alle Angriffe, denen er in den Delegationen entgegengehe.[3]) Wußte Andrássy doch, daß Bismarck die Versetzung Beusts von London nach Paris höchst unerwünscht sei.[4]) Allein nach seinen Intrigen in London gegen die offizielle Politik Oesterreich-Ungarns durfte Beust nicht länger in der englischen Hauptstadt belassen werden. Der Skandal, daß der Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung gegen sein eigenes Ministerium frondiere, konnte ohne Verletzung des Ansehens der Monarchie nicht mehr geduldet werden. Was Andrássy schon seit dem Jahre 1876 geplant hatte, mußte nunmehr durchgeführt werden: Beust von London abzuberufen oder ihn zu pensionieren. Welche Botschaft aber sollte ihm übertragen werden? Berlin und

---

[1]) Bismarck an Andrássy, Berlin, 7. Oktober 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bismarck an Reuß, 19. Oktober 1878.

[3]) Reuß, 5. Oktober 1878. Nach den Mitteilungen Calices.

[4]) Bismarck an Reuß, 30. September 1878.

Petersburg waren ausgeschlossen, da er weder dem deutschen noch russischen Kabinett genehm war. Unter den herrschenden Verhältnissen wollte ihn der Kaiser nicht nach Rom senden lassen. Das einfachste wäre wohl seine Pensionierung gewesen. Da machten sich aber, wie es scheint, sehr mächtige Einflüsse, insbesondere der des Königs von Sachsen, zu Gunsten Beusts geltend. Auch der Monarch selbst soll, wie behauptet wurde, von Dankgefühl für die im Jahre 1866 geleisteten Dienste gegen die Versetzung in den Ruhestand gewesen sein. Man erzählte sich damals, und auch Bismarck glaubte daran, daß Andrássy in diesem Kampfe unterlegen sei und den kürzeren gezogen habe.[1]) Kein Zweifel, daß Andrássy ursprünglich die Absicht hatte, den ihm untergebenen frondierenden Londoner Botschafter zu pensionieren.[2]) Aber er dürfte gleich bei dem ersten Widerstand, den Beust dagegen erhoben,[3]) davon abgekommen sein. Nichts konnte ja auch Andrássy bei dem bevorstehenden Sturmlauf gegen seine Politik zuwiderer sein, als einen so erbitterten Feind, wie es Beust war, in den Reihen seiner Gegner zu sehen, denen sich dieser im Falle der Pensionierung sofort offen in Wien zugesellt hätte. Ausdrücklich hat es ja Andrássy dem französischen Minister des Aeußern erklärt, daß er Beust um keinen Preis in Wien haben wolle. Mit diesen Worten lehnte er den Einwand Waddingtons gegen die Versetzung Beusts nach Paris an Stelle des Grafen Wimpffen ab.[4])

Nachdem dieser Ausweg in der heiklen Situation gewählt worden, mußte Andrássy jeden Argwohn in Berlin zerstreuen, als wären mit dieser Ernennung irgendwelche deutschfeindliche Pläne verbunden. Andrássy wünschte nichts sehnlicher, als daß Bismarck die schwierige Lage, in der er sich befunden, würdigen möchte.[5]) Er schrieb auch selbst an den Kanzler, um ihm jedwede Beruhigung über die künftige Tätigkeit Beusts in Paris zu gewähren, der vollkommen damit einverstanden war, daß in Berlin für seine Gesinnung Bürgschaft geleistet werde. „Vorher," heißt es in dem Briefe Andrássys an Bismarck, „habe ich Beust für jede Trübung verantwortlich gemacht, welche sein Auftreten in unseren Beziehungen hervorrufen könnte. Graf Beust hat mich gebeten, Ihnen

---

[1]) Reuß, 5. Oktober 1878.

[2]) Siehe meinen Artikel: „Graf Andrássy und Graf Beust" in der „Neuen Freien Presse".

[3]) Ibidem.

[4]) Graf Wehsdelen an Bismarck, Paris, 20. Oktober 1878.

[5]) Reuß, 6. Oktober, Postskript zum Bericht vom 5. Oktober 1878.

zu erklären, daß er die Pflege des besten Verhältnisses zu Deutschland als seine Aufgabe betrachten und ebensowenig auf journalistischem als auf politischem Gebiete etwas tun werde, was Anlaß zu Klagen geben könnte. Indem er mir gegenüber die Gewähr hierfür übernahm, legte er mir selbst nahe, zu erklären, daß er im entgegengesetzten Falle seine sofortige Abberufung als selbstverständlich betrachten würde." [1]) Der deutsche Kanzler kannte die Umstände, unter denen die Sendung des ehemaligen Ministers des Aeußern nach Frankreich erfolgte, zu gut, um sie übelzunehmen. Vielmehr lautete seine eigenhändige Antwort an Andrássy: „In kollegialischem Mitempfinden Ihrer amtlichen Mühen und Sorgen wünsche ich Ihnen von Herzen, daß Graf Beust in Paris Ihnen die Fügsamkeit und Verläßlichkeit bewähren werde, welche ihm in London mitunter zu mangeln schien. Das persönliche Vertrauen, welches uns verbindet, und mein Eifer für die Pflege der Freundschaft unserer Monarchen und ihrer Reiche werden durch diese Personalien nicht berührt." [2])

Infolge der Versetzung Beusts nach Paris war aber noch eine andere sehr wichtige Angelegenheit mit Bismarck ins reine zu bringen. Wie schwer es auch Andrássy geworden, so hatte er sich doch entschlossen, anstatt Beusts den bisherigen Berliner Botschafter, Grafen Károlyi, mit der Vertretung der Monarchie in London zu betrauen. In Wien wußte man sehr genau, welcher Beliebtheit und welchen Ansehens sich Károlyi in Berlin erfreue und wie ungern ihn Bismarck von dort scheiden sehen würde. Nicht leicht war es, für Károlyi einen geeigneten Ersatzmann zu finden. Andrássy gab sofort zu erkennen, daß jede Person von der Wahl ausgeschlossen bleibe, die nur im geringsten im Verdacht stehe, zur klerikalen Partei hinzuneigen. Graf Wenckheim schien ihm sehr geeignet für den Berliner Posten, gegen ihn aber sprach, daß er in den europäischen Verhältnissen wenig bewandert war. Günstiger lagen die Umstände für Graf Trauttmansdorff, der in keiner Verbindung mit den Klerikalen stand und den Ruf genoß, ein begeisterter Anhänger des Zusammengehens mit Deutschland zu sein. Das gleiche war der Fall mit Graf Emerich Széchenyi. Auch Graf Sigismund Thun kam in Betracht, der persönlich

---

[1]) Andrássy an Bismarck, 30. September 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bismarck an Andrássy, Berlin, 7. Oktober 1878. Gräfl. Andrássysches Archiv.

bei Bismarck sehr gut angeschrieben war. Zum deutschen Botschafter äußerte Andrássy: Vor allem sei es des Kaisers und sein eigener Wunsch, nur eine Persona gratissima nach Berlin zu senden.[1] Bismarck wollte auf die Auswahl des für Deutschland bestimmten Botschafters absolut keinen Einfluß üben. Jeder österreichisch-ungarische Diplomat war ihm genehm, der das Vertrauen des Kaisers und Andrássys besaß. Nur den einen Wunsch hegte er — und hierin stimmte er vollkommen mit unserem Minister des Aeußern überein —, daß kein der ultramontanen Richtung Angehöriger nach Berlin komme, weshalb er sich auch gegen Chotek ablehnend verhielt.[2] Indem der Kanzler seinen „Schmerz über den nunmehr imminenten Verlust von Károlyi“ vor Andrássy nicht verhehlte, fügte er dem eigenhändigen Schreiben, in welchem er das tat, noch folgende bezeichnenden Worte hinzu: „Wenn Sie die Güte haben, mich um meine Meinung über die Wahl seines (Károlyis) Nachfolgers zu fragen, so kann ich, bei mangelnder Erfahrung im persönlichen Geschäftsverkehr mit den einzelnen Kandidaten, nur der allgemeinen Empfindung Ausdruck geben, daß eingeborene Herren von vornehmer österreichisch-ungarischer Familie den guten Beziehungen beider Reiche in der Regel besser dienen als die geschultesten Adoptivkinder der Monarchie. Eine Ausnahme,“ setzt er fort, „machen natürlich unsere gemeinsamen Gegner von der tschechisch-klerikalen Opposition, deren Programme uns an die Vorstellung gewöhnen, daß Prag das Hauptquartier der bittersten Feinde, die wir haben, sein muß. Die beiden von Ihnen genannten Herrn, Graf Széchenyi und Graf Trauttmansdorff, würden danach, wie ich glaube, von meinem allergnädigsten Herrn mit Vertrauen aufgenommen werden und sich unter Ihrer Leitung in diesem Vertrauen bald befestigen.“[3] Andrássy war äußerst befriedigt vom Briefe Bismarcks, mit dem er ihm, wie er sagte, einen wahren Freundschaftsdienst erwiesen hatte.[4] Nach längerem Schwanken zwischen Trauttmansdorff und Széchenyi fiel die Wahl schließlich auf diesen.

Mit der glücklichen Erledigung der Botschafterfrage in Paris, London und Berlin war eine der heikelsten Angelegenheiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland aus der Welt ge-

---

[1]) Reuß, Wien, 19. September 1878.
[2]) An Reuß, Berlin, 21. September 1878.
[3]) Bismarck an Andrássy, Berlin, 7. Oktober 1878.
[4]) Reuß, Weidlingau (bei Wien), 13. Oktober 1878.

schafft. Nun konnte sich Andrássy, befreit von der Sorge eines Zerwürfnisses mit Bismarck, vollkommen dem Kampfe um die Billigung seiner Orientpolitik durch die Legislativen widmen.

* * *

Gleich dem österreichischen Reichsrat hatte auch der ungarische Reichstag das Verlangen nach Vorlegung des Berliner Vertrages ausgesprochen. Die österreichischen Abgeordneten beriefen sich zur Begründung einer solchen Forderung auf den § 11 des Ausgleichsgesetzes vom 21. Dezember 1867,[1]) und die ungarischen auf den § 8 des G. A.: 1867.[2]) Ursprünglich hatte Andrássy, wie er sich noch während des Kongresses in Berlin äußerte, die Absicht, den Parlamenten nur den Artikel 29 des Berliner Vertrages vorzulegen, der bestimmt, daß Spizza der Monarchie einverleibt wird. Nebenbei hätte er auch den übrigen Inhalt des Vertrages mitgeteilt. Angesichts des drohenden Sturmes änderte jedoch Andrássy seinen Vorsatz. Teils wollte er den Ungarn eine wenn auch ganz kleine Genugtuung gewähren, andererseits scheint er es der parlamentarischen Taktik angemessen und wegen der Sicherung des Erfolges für nötig befunden zu haben, den ganzen Berliner Vertrag zur Kenntnis der beiden Volksvertretungen zu bringen. In keinem Falle aber gedachte er von dem Grundsatze abzugehen, daß derartige internationale Verträge wie der Berliner von den Parlamenten weder nachträglich angenommen noch von ihnen abgelehnt werden könnten, sondern einfach zur Kenntnis genommen werden müßten.[3]) In diesem Sinne ließ der Minister des Aeußern denn auch den Berliner Vertrag am 2. November 1878 dem ungarischen Reichstag und zwei Tage später dem Reichsrat vorlegen.

Die ungarische Opposition benutzte die Mitteilung des Berliner Vertrages, um Tisza durch den Vorwurf zu entwurzeln,

---

[1]) § 11 lautet: „Es gehören zum Wirkungskreis des Reichsrates a) die Prüfung und Genehmigung der Handelsverträge und jener Staatsverträge, die das Reich oder Teile desselben belasten, oder einzelne Bürger verpflichten, oder eine Gebietsänderung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zur Folge haben."

[2]) Der § 8 lautet: „Die internationalen Verträge teilt jedes Ministerium seiner eigenen Gesetzgebung mit." Dieser Paragraph ist nicht so ausführlich wie der § 11 des österreichischen Ausgleichsgesetzes.

[3]) Reuß, 4. November, und ein Bericht des deutschen Auswärtigen Amtes an Kaiser Wilhelm vom 16. Dezember 1878.

daß er von seinem Rechte der Ueberwachung der äußeren Politik keinen Gebrauch gemacht habe. Im übrigen begnügten sich die ungarischen Gegner Andrássys mit dem Ausdruck ihrer Bedenken betreffs seiner orientalischen Politik noch vor dem Zusammentritt der Delegationen, jenes Forums, vor dem der Minister des Aeußern seine bisherige Aktion rechtfertigen wollte. Sie taten dies mit weit mehr politischem Verständnis und weit weniger Doktrinarismus als der österreichische Reichsrat.[1]) Es fiel ihnen nicht ein, die Tagung der Delegationen so lange zu verhindern, bis der Reichstag sein Verdikt über die auswärtige Politik gefällt hätte. Einen solchen, Andrássy gleichsam im Rücken fassenden Plan hatte Herbst im Verein mit seinen intimsten Anhängern ausgeheckt. Die deutsche Verfassungspartei unter der Führung dieses wenig wohlwollend gesinnten Abgeordneten fürchtete nichts mehr, als daß die für Andrássy infolge ihrer Zusammensetzung ziemlich sichere Delegation die bisherige Richtung der äußeren Politik billige. War dies geschehen, so standen naturgemäß die Beratungen des Reichsrates unter dem Votum der Delegation, dessen Einfluß er sich kaum entziehen konnte. In eben dem Maße jedoch, als Herbst einem günstigen Urteil der Delegation durch ein Verdikt des Reichsrates zuvorzukommen trachtete, mußte das augenscheinliche Bestreben Andrássys dahin gerichtet sein, diese Absicht durch den schleunigen Zusammentritt der Delegationen zu durchkreuzen. War es ihm gelungen, von diesen die für die Okkupation erforderlichen Gelder zu erhalten, so hatte er ein Fait accompli geschaffen, vor dem sich auch der Reichsrat beugen mußte. Es war fraglich, ob dann noch ein Deputierter den Mut aufbringen werde, nachträglich das zu verweigern, was bereits die Delegation bewilligt hatte. Um diesen Punkt drehte sich der dramatisch bewegte Verlauf des Kampfes in der österreichischen Delegation, die Andrássy für den 7. November einberufen hatte.

Mit großer Ungeduld sah der Minister des Aeußern dem Beginne der Verhandlungen entgegen. Hier, wo sich der Block seiner enragiertesten Gegner befand, mußten die Würfel nicht nur über sein Schicksal, sondern auch über das der Okkupation fallen. Obgleich er den ganzen Ernst der Lage ermaß und genau wußte, daß seine Stellung gegenüber den Delegierten eine „dornenvolle“ sein werde, verlor er doch keinen Augenblick weder die Zuver-

---

[1]) So urteilt Reuß, 4. November 1878.

sicht noch den Glauben an den endlichen Triumph seiner Politik.[1]) Aeußerlich ruhig, mag es in seinem Innern doch sehr gegoren haben bei der Empfindung, daß über ihn Männer zu Gericht sitzen sollten, die sich nicht ausschließlich von sachlichen Erwägungen leiten ließen, sondern deren Urteil auch durch leidenschaftliche persönliche Gefühle getrübt war.[2])

Zum ersten Zusammenstoß kam es im Budgetausschuß, der über die „Vorlage des gemeinsamen Ministeriums wegen Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredite von 60 Millionen Gulden" zu entscheiden hatte. Der Budgetausschuß war, nicht entsprechend der Majorität der Delegation, in der überwiegenden Mehrheit aus Andrássy übelwollenden Mitgliedern dieser Körperschaft zusammengesetzt. Hier herrschte Herbst mit wahrer Machtvollkommenheit, die sogar, nach dem Ausdruck eines Zeitgenossen, in Terrorismus ausartete. Mochte Herbst zuweilen vor den äußersten Folgen seines Vorgehens zurückschrecken und schwankend werden, so kam ein Druck von außen, um ihn auf der betretenen Bahn zum Fortschreiten zu drängen. Diese nicht der Delegation angehörende Persönlichkeit war Etienne, der auf Herbst den größten Einfluß ausübte[3]) und sich in seinem publizistischen Organ der schärfsten Sprache gegenüber Andrássy bediente.[4]) Unter solchen Umständen wurden im Hause des Delegierten Dumba geheime Konventikel zur Festsetzung der gegenüber dem Minister zu befolgenden Taktik abgehalten. Die da erschienenen 23 Delegierten faßten einen einstimmigen Beschluß, von dem es heißt, daß er selbst die heftigsten Gegner Andrássys befriedigte.[5])

In der Sitzung des Budgetausschusses vom 24. November loderte gemäß der bei Dumba getroffenen geheimen Verabredung der Konflikt in hellen Flammen empor. Im Namen des Aus-

---

[1]) Reuß, 1. und 4. November, und Baron Orczy an seine Mutter, 6. November 1878.

[2]) Orczy an seine Mutter, 10. November 1878.

[3]) Mitteilung eines damaligen Mitgliedes der Verfassungspartei, das von allen internen Angelegenheiten derselben genaue Kenntnis besaß.

[4]) Am 23. November 1878 heißt es in der „Neuen Freien Presse": „Seine (Andrássys) orientalische Politik ist zahlungsunfähig geworden. — Rauh und herrisch gegen die Türkei, gefällig und nachgiebig gegen Rußland, so erscheint der magyarische Politiker, der angeblich das russische Uebergewicht im Orient bekämpfen will. — Das Ergebnis seiner Politik ist nicht die Schwächung Rußlands, sondern die Zerrüttung unserer Finanzen."

[5]) „Neue Freie Presse", 24. November 1878.

schusses, der sich mit 14 gegen 6 Stimmen dafür entschieden hatte, lehnte es Herbst ab, in die Beratung der Nachtragsforderung der Regierung zu dem 60-Millionen-Kredit früher einzugehen, bis nicht der Reichsrat den Berliner Vertrag, auf dessen Grundlage die Ausgaben gemacht wurden, verfassungsmäßig genehmigt habe.[1]) Damit war die Kompetenzfrage aufgeworfen und der Beginn einer Reihe von erbitterten Kämpfen zwischen der Regierung und der österreichischen Delegation eingeleitet. Vergebens erhob Andrássy sein mahnendes Wort gegen jeden übereilten Beschluß. Wenn der Standpunkt, sagte er, der heute hier angenommen wurde, zur Geltung gelangte, hätte man die Vertreter der Regierung gar nicht zum Kongresse zugelassen. Denn nach ihrer Erklärung: der Kongreß könne wohl beschließen, aber die rechtzeitige Ratifizierung des Souveräns sei nach der Verfassung Oesterreichs nicht möglich, hätte der Kongreß einfach unverrichteter Sache auseinander gehen müssen. Der Minister berief sich auf das Beispiel anderer Länder, wo der Vertrag einfach zur Kenntnisnahme, aber nicht zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt wurde. Ihm liege es, setzte er fort, ganz fern, den Wirkungskreis der Vertretungskörper zu beschränken, aber er müsse fragen, ob die Rechte der Parlamente auf dem eingeschlagenen Wege gewahrt werden? „Nein!“ lautete seine Antwort. „Sie machen diese illusorisch. Sie würden mich an die äsopische Fabel erinnern, wo man dem Schatten zuliebe das Fleisch fallen läßt.“ [2])

Andrássy wurde durch das in der geheimen Vorversammlung bei Dumba geschmiedete Komplott vollständig überrascht. Es war ein Coup aus dem Hinterhalt, der den Minister unvorbereitet traf. Er hatte sich in der letzten Zeit fast ausschließlich mit der Abfassung des Exposés beschäftigt, mit dem er seine Politik vor den Delegationen verteidigen wollte, so daß er für alle anderen Vorgänge weder Sinn noch Aufmerksamkeit hatte. Nun aber war ihm durch den Herbstschen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung die Gelegenheit genommen, seine bisher befolgte Politik vor den Delegierten zu rechtfertigen. Eben das aber war die Absicht Herbsts, der sehr wohl wußte, daß, wenn Andrássy zu Wort käme, er mit seinen Argumenten gewiß, wie immer, die Mehrheit der Delegierten auf seine Seite ziehen würde. Wie man

---

[1]) Bericht des Budgetausschusses in den „Stenographischen Sitzungsprotokollen der Delegation des Reichsrates“, 11. Session 1878, S. 145.

[2]) Rede Andrássys vom 24. November 1878.

sich damals erzählte, sollte durch den Coup auch auf den Kaiser der Zwang ausgeübt werden, ein neues österreichisches Ministerium zu ernennen, das Andrássys Politik verleugne.[1]) Jedenfalls ist es sicher, daß mit der Weigerung, in die Beratung des Nachtragskredites einzugehen, eine äußerst verwickelte Situation geschaffen wurde. Schon gab es in Oesterreich und Ungarn zwei demissionierte Ministerien, von denen die Geschäfte provisorisch geführt wurden. Jetzt hieß es, auch Andrássy werde sich nicht halten können, womit die Ministerkrisis auf der ganzen Linie zum Ausbruch gekommen wäre. Vorläufig wußte jedoch niemand zu sagen, wer Andrássy im Falle seiner Demissionierung ersetzen solle.[2]) Auch bestand die Gefahr, daß es in dem Kampfe Andrássys mit der österreichischen Verfassungspartei zu einem Gegensatz zwischen den beiden Delegationen kommen könnte.

Die verfassungstreue Opposition freute sich ihres Erfolges, und man hörte schon sagen, daß es Andrássy diesmal nicht gelingen werde, der ihm von Herbst gestellten Falle zu entrinnen.[3]) „Der Stein“ — hieß es im Organ der Opposition — „ist ins Rollen gekommen und eilt unaufhaltsam seinem Ziele zu. Er wird entweder das Ministerium aufs Haupt treffen oder die Vertretungskörper, welche dieses Ministerium sich gefallen lassen.“[4]) Selbst Mitglieder des Reichsrates, die nicht zu den Gegnern Andrássys gehörten, begrüßten die Vorgänge in der österreichischen Delegation als „gesunde Krisis“. Sie meinten, damit sei Andrássy ein Wink gegeben, daß er vorsichtiger handle und, anstatt Kabinettspolitik zu treiben, sich mehr nach den Wünschen der Bevölkerung richte. Unser Land, sagten diese Abgeordneten, verurteilt jede Politik, die Anlaß zu äußeren Verwicklungen geben könnte.[5])

Allein die irrten, die sich einbildeten, Andrássy sei so leicht in Verwirrung zu bringen. Das erste, was er tat, um den Anschlag zu parieren, war, daß er den beanstandeten Gegenstand von der Tagesordnung absetzen und für eine der nächsten Sitzungen anberaumen ließ. Mittlerweile berief er die Minister Auersperg und Pretis nach Budapest, wo damals die Delegationen tagten, um mit ihnen über die Maßregeln gegenüber der neuen Situation schlüssig zu werden. Die beiden österreichischen Minister hatten

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. November 1878.

[2]) Reuß, 10. November 1878.

[3]) Idem, 27. November 1878.

[4]) „Neue Freie Presse“, 26. November 1878.

[5]) Reuß, 27. November 1878.

den Auftrag, inzwischen die österreichischen Delegierten zu bestimmen, unter Vorbehalt der Genehmigung des Berliner Vertrages durch den Reichsrat, die Okkupationsvorlagen zu votieren.[1]) Herbst und sein Anhang glaubten den Sieg über Andrássy schon so sicher in ihren Händen zu halten, daß sie von keinem Vergleiche hören wollten. Allen Anträgen gegenüber zur Begütigung lautete der letzte Refrain ihres Liedes nur immer: Andrássy muß gestürzt werden, wenn sich der Reichsrat mit der Okkupationspolitik versöhnen soll.[2]) War aber vom Kaiser, der noch kurz vorher Andrássy seiner vollen Gunst versichert hatte,[3]) zu erwarten, daß er seinen Minister des Aeußern fallen lassen werde, gerade jenen Minister, der eine von ihm unterstützte und von ihm vollkommen gebilligte Politik im Orient zur Geltung gebracht hatte? Der deutsche Botschafter urteilte sehr richtig, als er meinte, das sei schwer denkbar.[4]) Solange Andrássy sich nicht selbst aufgab, konnte er mit aller Bestimmtheit auf den Monarchen rechnen. Das zeigte sich auch sofort im Ministerrate, der am 27. November unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand und wo Beschlüsse über das weitere Verhalten gegenüber der durch Herbst geschaffenen Lage gefaßt werden sollten. Der Kaiser war in hohem Grade entrüstet über das Gebaren der Herbstschen Clique, deren Vorgehen er in sehr scharfer Weise verurteilte. Auch der Finanzminister Leopold von Hofmann, der im Verdachte stand, mit Herbst in geheimer Verbindung zu stehen, bekam die kaiserliche Ungnade zu fühlen.[5]) Im Ministerrate aber wurde der Antrag angenommen, die Vorlage, die Herbst als Sturmbock gegen Andrássy hatte benützen wollen, zurückzuziehen und später nachträglich wieder der Delegation in veränderter Form vorzulegen.[6]) Die Beratung über die Kreditvorlage wurde daher bis zu dem Zeitpunkte verschoben, an dem das österreichische Abgeordnetenhaus über den Berliner Vertrag entschieden haben werde.

---

[1]) Reuß, 27. November, und Baron Orczy an seine Mutter, 26. November 1878.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. November 1878.

[3]) Idem, 10. November 1878.

[4]) Reuß, 10. November 1878.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. November 1878. In diesem Briefe erzählt Orczy, daß Hofmann, als er nach dem Ministerrat ins Budapester Kasino zum Diner kam, sich demonstrativ nicht an den Tisch setzte, an dem Andrássy, Auersperg, Trauttmansdorff Platz genommen hatten, sondern an einen Nebentisch, wo er diesen Personen ostentativ den Rücken kehrte.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. November, und Reuß, 29. November 1878.

Diese allerdings nicht erwartete Wendung, hinter der die Opposition sofort die Vorbereitung einer für sie unliebsamen Ueberraschung witterte, verdroß, wie Baron Orczy bemerkt, das „Doktorendutzend in der Reichsratsdelegation“, ohne es jedoch zu entmutigen.[1] Nach dem Vorspiel in der Sitzung vom 24. November war es ja vorauszusehen, daß die Gegner Andrássys ihre Angriffe nicht so leicht einstellen und das Sturmlaufen wider den gehaßten Minister mit neuen Waffen versuchen würden. Ihr Streben ging hauptsächlich dahin, Andrássy vor der Delegation nicht zum Reden kommen zu lassen, um ihm die Möglichkeit abzuschneiden, vor der Monarchie und der ganzen Welt Licht über seine Politik im Orient zu verbreiten. Es scheint die Absicht bestanden zu haben, die Zeit bis zur neuerlichen Tagung des Reichsrates zu verzetteln, wo dieser dann, wie es schon verlautete, durch Verweigerung der Genehmigung des Berliner Vertrages den Stab über Andrássy brechen sollte.[2] All diese Pläne wollte Andrássy zuschanden machen. Er war entschlossen, sich um jeden Preis in der Delegation Gehör zu verschaffen; deswegen sollte am 29. November der Budgetausschuß aufgefordert werden, das Budget des Ministeriums des Aeußern auf die Tagesordnung zu setzen. Je weniger Andrássy vorher auf den hartnäckigen Widerstand der österreichischen Delegation vorbereitet gewesen,[3] desto direkter ging er jetzt auf sein Ziel los, die Gegner mit offenem Visier zu bekämpfen. Jeder Zug, der Entmutigung hätte offenbaren können, war ihm fremd und widerstrebte seinem Charakter. Ihm war es nicht um Erhaltung seiner Person im Amte zu tun, sondern um die Durchsetzung der Politik, wie sie der Berliner Vertrag versinnlichte. Hätte er diesen mit der Preisgebung seiner Stellung retten können, würde er keinen Augenblick gezögert haben, seiner Würde zu entsagen. Doch wußte er, daß nur allein er die Vertretung seiner orientalischen Politik wirksam vor den gesetzgebenden Körpern auf sich nehmen könne und den Monarchen gerade in diesem Augenblicke nicht im Stiche lassen dürfe. Auch war ihm der Gedanke unerträglich, vor Herbst und dessen Anhang die Segel streichen zu müssen.[4]

Was mochte Graf Andrássy empfunden haben, als er sich jetzt von jenen Männern befehdet sehen mußte, deren freisinnige Be-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. November 1878.

[2]) „Neue Freie Presse“, 29. November 1878.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 29. November 1878.

[4]) Idem ad eandem, 29. November 1878.

strebungen er sein ganzes Leben unterstützt hatte, während nunmehr an seiner Seite jene als seine Bundesgenossen standen, von denen er bisher bekämpft worden! Aber auch Herbst und dessen Getreue mochte es höchst sonderbar anmuten, sich von der ungarischen Opposition gefeiert zu sehen, von der sie eine tiefe Kluft trennte. Doch das „Doktorendutzend" war viel zu sehr vom Doktrinarismus verblendet, um die Gefahren zu ermessen, die sie über ihre Partei, ihre Nation, die junge Freiheit und die junge Verfassung durch ihr Verhalten heraufbeschworen. Sie dachten nicht daran, noch im letzten Moment einzulenken. Nicht einmal das sonderbare Schaustück, daß sich ihre grimmigsten Feinde, die Klerikalen und Feudalen, an die Rockschöße Andrássys hängten, vermochte sie zur Besinnung zu bringen und zur Umkehr zu bewegen. Es war ein Unglück, daß die damalige Verfassungspartei von Herbst geführt wurde, der sich große Verdienste um die Verfassung und das Deutschtum in Oesterreich erworben, im übrigen aber eher alles denn ein weitblickender großzügiger Staatsmann war. Noch in der Erinnerung an die traurigen Ereignisse von 1866 lebend und nicht völlig orientiert über die Ziele Andrássys, war er ausschließlich von der Besorgnis beherrscht, Oesterreich-Ungarn könnte neuerdings in eine für dessen Bestand katastrophale Politik hineingetrieben werden — was allein zur Entschuldigung für sein Verhalten angeführt werden mag. Aber war es nicht gerade der Führer der Verfassungspartei, der allen Aufklärungen Andrássys schroff aus dem Wege ging? An Herbsts Andenken haftet für immer die schmerzliche Erinnerung, daß er, gewiß nicht zum Vorteile der Monarchie, schrittweise die deutsche Verfassungspartei in Oesterreich um die ihm gebührende Stellung gebracht und zur Machtlosigkeit verdammt habe. Sie, die schon lange gerade wegen der Fehler ihrer Führer das Vertrauen der Krone eingebüßt, hätte nichts Klügeres tun können, als sich die Bundesgenossenschaft Andrássys zu wahren, der stets in der Nähe des Thrones ihr wärmster Fürsprecher gewesen und sorgsam darauf achtete, daß die Reaktion nicht zur Geltung gelange. Anstatt dessen eröffnete die Verfassungspartei aus konstitutionellen Gründen einen kleinlichen Kampf gegen den Minister des Aeußern, der nicht allein auf diesen beschränkt bleiben konnte. Schon allein die Drohung, wenn auch nicht die ernste Absicht hierzu bestand, den Berliner Vertrag zu verwerfen, mußte den Monarchen im höchsten Grade verletzen. Franz Josef I., der den Berliner Vertrag bereits ratifiziert hatte, sollte sich eventuell plötzlich vor ganz Europa die Blöße geben, seine Unter-

schrift für ungültig zu erklären. Herbst mußte voraussehen, daß dies Fingerziehen mit der Krone von unseligen Folgen für die liberalen Deutschen in Oesterreich begleitet sein werde. Umbrandet von allen möglichen Gefahren, war die Verfassungspartei gewiß nicht stark genug, um sich jeder Rücksicht auf den Monarchen zu entäußern. Vielmehr hätte sie, wie es ihr Bismarck wiederholt angeraten, nach der innigsten Harmonie mit dem Herrscher streben sollen. Von Unwillen über den Widerstand erfüllt, den er bei der Verfassungspartei fand, sah sich der Kaiser zur Durchsetzung der von Andrássy befolgten Politik nach neuen Bundesgenossen um, die auch schon auf der Lauer standen, um im geeigneten Augenblick wieder die Führung des Staates an sich zu reißen, die immer mehr den Händen der deutschen Liberalen entglitt. Kein Zweifel, daß Andrássy das drohende Gewölk heranziehen sah, dessen Heraufbeschwörung Herbst von Fürst Bismarck das Spottepitheton: die „Herbstzeitlosen“ eintrug, das sich dann wie ein tiefer Schmerz in sein Herz einbrannte, um ihm den Rest seines Lebens zu verbittern und zu vergällen.[1]) Alles Bemühen des Ministers war vergeblich, die gegen ihn Rasenden zum Stillstand zu bringen. Nur mit Mühe vermochte er es durchzusetzen, daß er in der Ausschußsitzung vom 30. November die seit langem vorbereitete Rede über seine Orientpolitik halten konnte.

* * *

Als Andrássy am 30. November vor der österreichischen Delegation das Wort erhob, war es ihm darum zu tun, vor dem Forum der ganzen Welt alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu widerlegen. Er mußte die Anklage wirkungslos machen, daß er das europäische Mandat zum Nachteile und zur finanziellen Schädigung Oesterreich-Ungarns übernommen habe. „Jede Politik,“ — sagte Andrássy — „die sich gegenüber der Macht der Tatsachen auf bloße Negation beschränkt, die, statt die Strömungen zu leiten, sie zurückdämmen will, ohne ihnen mit einem positiven Programm zuvorzukommen, gleicht dem Kampf des irdenen Topfes gegen den eisernen.“ Abgesehen davon, daß Dalmatien ohne Sicherung durch Bosnien und die Hercegovina für die Monarchie verloren gewesen wäre, beruhe es, nach der Ansicht des Ministers, auf einer groben Täuschung, daß man ohne die Gefahr großer Komplikationen diese

---

[1]) „Die Herbstzeitlosen“, von einem Verehrer Eduard Herbsts, in „Neue Freie Presse“, 1. Dezember 1907.

beiden Provinzen bei der Türkei hätte belassen können. Den Staatsmann, führte der Minister weiter aus, der eine solche Politik befolgt hätte, träfe schwere Verantwortung gegenüber dem von ihm geleiteten Staat. Es wäre die größte Kurzsichtigkeit gewesen, nicht vorauszusehen, daß Bosnien und die Hercegovina auch weiterhin der Herd von Unruhen bleiben und schließlich die Monarchie zum Einschreiten und in einen Krieg verwickeln werden. Ein Staatsmann, der dies nicht wahrgenommen, müßte wie ein Schiffskapitän beurteilt werden, der, nachdem er mit schwerer Mühe das Wasser, das sein Schiff bedrohte, ausgepumpt, vergessen hätte, gerade das Loch zuzustopfen, durch welches das Wasser eingedrungen sei. Die Okkupation, betonte Andrássy, war daher notwendig, aber sie durfte nicht früher und auch nicht später durchgeführt werden, als dies geschehen. War sie aber im Interesse des Weltfriedens und speziell der Ruhe Oesterreich-Ungarns unerläßlich, so durfte sich die Monarchie nicht der Uebernahme des ihr von Europa übertragenen Mandates entziehen. Nur die Okkupation bot noch die Garantie dafür, die Türkei in dem Umfang, in dem sie der Berliner Vertrag belassen, zu erhalten. Ganz entschieden unbegründet sei auch der Vorwurf, daß die Monarchie mit der Okkupation von den Traditionen früherer Politik abgewichen sei. „Die Politik," — rief Andrássy seinen Gegnern zu — „die wir befolgt haben, ist gut österreichisch und gut ungarische Tradition. Es ist die Tradition eines Eugen von Savoyen, die Tradition der Hunyadys in Ungarn, nur mit dem Unterschiede, daß, während die Waffen dieser Männer gegen die Türkei gerichtet waren, heute der nämliche Weg, der zur Wahrung unserer Interessen nötig war, durch die Veränderung der Machtverhältnisse zugleich der einzige war, der es der Türkei möglich machen kann, sich wenigstens in ihrem jetzigen Bestande zu erhalten." Mit fast an Hohn klingender Schärfe mahnte er die Delegierten daran, daß sie, nach ihrer gegenwärtigen Stimmung zu urteilen, ihn bei entgegengesetztem Vorgange wahrscheinlich von jeder Verantwortung freisprechen würden, wofür er jedoch die Verurteilung durch die Geschichte zu erwarten hätte. Ihn erfülle aber das Bewußtsein, seine Popularität den Interessen des Staates, nicht aber diese seiner Volkstümlichkeit geopfert zu haben.

Voll stolzer Befriedigung, wie sie nur ein ehrlich erworbener Erfolg einzuflößen vermag, wies Andrássy auf das Werk des Berliner Kongresses, durch den der Vertrag von San Stefano vernichtet und der ganzen Welt der Friede bewahrt wurde. Mit nicht ge-

ringerer Berechtigung durfte sich der Minister des Aeußern auf das Ansehen berufen, dessen sich das vor noch nicht allzulanger Zeit isolierte Oesterreich-Ungarn in Berlin erfreute. „Ich konstatiere," bemerkte Andrássy gegenüber den Delegierten, „daß Sie in der Stellung der Monarchie, wie sie in diesem Kongresse zutage getreten ist, das hauptsächlichste Resultat meines Wirkens seit sieben Jahren zu erblicken haben. Ist dieses Resultat für die Monarchie ein schlechtes zu nennen, dann lohnt es die Mühe nicht, mich gegen Vorwürfe über irgendein Detail zu verteidigen." [1])

Hört man nur auf die Gegner Andrássys, dann hat seine Rede vom 30. November selbst seine Freunde bitter enttäuscht. [2]) Nach der Aussage des deutschen Botschafters dagegen hat sie auf allen Seiten tiefe Wirkung erzielt. Andrássy selbst schrieb an seine Frau, daß ihm alle Diplomaten sofort aufs wärmste gratulierten und ihm beteuerten, daß man seit langem in Europa eine so bedeutende Rede nicht gehört habe. [3]) Prinz Reuß und Baron Orczy sind gleicher Ansicht, daß die Anhänger Andrássys nach der Rede vom 30. November wieder Mut schöpften, die Zweifler sich von seinen Feinden trennten und diese selbst wenigstens einen Teil ihrer Zuversicht einbüßten. [4]) Gewiß ist, daß das Budget des Ministeriums, dessen Anberaumung auf die Tagesordnung Andrássy durchgesetzt hatte, fast ohne Debatte votiert wurde. Doch wäre es verfehlt gewesen, daraus auf eine Abrüstung der „Unversöhnlichen" zu schließen. Der von dem Delegierten Schaup verfaßte und am 2. Dezember zur Verlesung gelangte Bericht über die Sitzung des Budgetausschusses zeigte, daß die Annahme des Budgets des Ministeriums des Aeußern nicht als Vertrauensvotum aufzufassen sei. Niemand täuschte sich hierüber weniger als Andrássy selbst. Keinen Moment zögerte er, diesen mit 12 gegen 6 Stimmen genehmigten Bericht Schaups als Mißtrauensvotum zu bezeichnen. „Dieses Schriftstück," sagte der Minister, „ist nach Form und Inhalt eine Anklage und keine Berichterstattung; es ist eine Anklageschrift und ein Mißtrauensvotum, und ich heiße das Opus in dieser Richtung von ganzem

---

[1]) Ich unterlasse es hier, näher auf die Details der Andrássyschen Rede einzugehen, da sie nur Argumente für seine Politik bringt, die im Laufe meiner Darstellung bereits vorgebracht wurden.

[2]) „Neue Freie Presse", 1. Dezember 1878.

[3]) Andrássy an seine Frau, ohne Datum. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[4]) Reuß an Bismarck, 2. Dezember, und Baron Orczy an seine Mutter, 1. Dezember 1878.

Herzen willkommen. Ich erkläre, daß ich es als einfaches Mißtrauensvotum betrachte und gesonnen bin, demselben gegenüber meine konstitutionelle Gesinnung, die zu zeigen ich stolz bin, an den Tag zu legen." [1]) Dieser Zwischenfall, von dem sich Herbst einen großen Effekt versprochen zu haben scheint, verlief ohne die erwartete Wirkung. Vielmehr führte dies Vorgehen der Opposition die noch lauen Freunde in die Arme der Regierung. Mit der nachdrücklichen Erwähnung der „konstitutionellen Gesinnung" aber wollte Andrássy der damals vielfach verbreiteten Ansicht entgegentreten, als klammere er sich um jeden Preis an sein Portefeuille. [2])

Gerade in derselben Ausschußsitzung, in der man über ihn den Stab brach, wurde Andrássy doch die Genugtuung, daß die Opposition die Höhe ihres Widerstandes bereits überschritten hatte. Nachdem sie zuerst die ganze Okkupationsfrage auf das Gebiet formeller Kompetenz hinübergespielt hatte, worin tatsächlich ihre Stärke lag und sie auch auf festem Boden ruhte, verließ sie diesen wieder, um sich zu ihrem Schaden aller bisher errungenen Vorteile zu begeben. Zur Beratung stand die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums über den „Voranschlag über das außerordentliche Heereserfordernis für die Okkupation Bosniens und der Hercegovina im Jahre 1879". Folgerichtig wäre es nur gewesen, gleich dem Vorschlag für 1878 auch den für 1879 abzulehnen. Ausdrücklich betonte dies auch Herbst mit der ihm angeborenen scharfen Logik. Konnte man sich aber der Tatsache verschließen, daß ein Teil der Wehrmacht in Bosnien und der Hercegovina lagerte, für den vorgesorgt werden mußte und den man nicht verhungern lassen durfte? Herbst glaubte sich damit helfen zu können, daß er anstatt der angesprochenen $33^1/_2$ Millionen Gulden ein Pauschale von 15 Millionen bewilligte. Damit aber beraubte sich die Opposition ihrer stärksten Waffe, der Kompetenzfrage, gegenüber Andrássy und verlegte die Entscheidung über die Okkupation in die Delegation, von der sie ja ferngehalten hätte werden sollen. War im Sinne Herbsts der Reichsrat das

---

[1]) In dem Berichte übte Schaup die abfälligste Kritik an der Politik Andrássys und verurteilte in scharfer Weise dessen inkonstitutionelle Methode. Gegen den Schaupschen Bericht stimmten: die Fürsten Czartorisky, Khevenhüller, Liechtenstein, Baron Widmann, Graf Latour und Ceschi; dafür waren: Bareuther, Dehne, Demel, Dumba, Giskra, Kuranda, Neuwirth, Ritter, Ruß, Schaup, Sturm und Walterskirchen.

[2]) Reuß, 8. Dezember 1878.

einzig berechtigte Forum, das den Berliner Vertrag anzunehmen oder zu verwerfen hatte, so mußte auf Grundlage dieser Anschauung die Vorlage für 1879 ebenso unbedingt zurückgewiesen werden, wie es mit der für 1878 geschah. Mit der Aufgabe dieses Standpunktes verließ die Opposition die feste Burg, die sie sich aus ihren Prinzipien erbaut hatte. Sehr richtig wurde gleich damals bemerkt, es gehöre in das Kapitel der Unbegreiflichkeiten, in einem Atemzuge ablehnen und doch zugleich im selben Moment den entgegengesetzten Weg der Bewilligung zu betreten.[1]) Das war eine schlechte Umgehungstaktik, eine juristische Haarspalterei und Spitzfindigkeit, die niemand recht begreifen konnte. Bestand doch kein erheblicher Unterschied, ob man der Regierung für die Erhaltung der Truppen in Bosnien und der Hercegovina 15 oder $33^1/_2$ Millionen gewährte. Dagegen unterlag es keinem Zweifel, daß mit der Bewilligung des Pauschale von 15 Millionen die Opposition bereits in der Delegation die Tatsache der Okkupation anerkannte. Ebenso verfehlt war der Angriff durch den Schaupschen Bericht, womit gleichfalls schon ein Verdikt in der Delegation über die Andrássysche Politik gefällt und dem Urteile des Reichsrates vorgegriffen wurde.

Mit allen ihren Spitzfindigkeiten hatte sich die Opposition aus der starken Stellung, die sie bezogen, selber hinausmanövriert. Während sie früher für einen Augenblick der „eiserne Topf“ gewesen, ward sie nunmehr zum „irdenen“, der leicht in Scherben zerschlagen werden konnte. Der Beschluß Herbsts war unter allen Umständen eine Halbheit, die in der Außenwelt die Meinung erzeugen mußte, daß die Opposition selbst nicht mehr an ihre eigene Kraft glaube. Als Widerspruch mußte es ferner erscheinen, daß man den Truppen für 1879, wenn auch in beschränktem Maße, die Mittel zu ihrer Erhaltung gab, aber sie durch Verwerfung der Vorlage für 1878 bis zum 1. Januar 1879 der Gefahr des Verhungerns aussetzte. Die ganze schwankende Haltung erklärt sich aus der Furcht, den Tadel auf die Opposition heraufzubeschwören, daß sie kein Verständnis für die in Bosnien und der Hercegovina bewiesene Tapferkeit der Armee besitze. Man sah sich daher genötigt, seine Fürsorge für das Heer zu beweisen, dessen Pflichterfüllung man doch nicht mit dem Hungertode entlohnen konnte. Oder sollte die Opposition bereits von dem Bewußtsein angekränkelt gewesen sein, daß das Plenum der Delegation doch

---

[1]) „Neue Freie Presse“, 3. Dezember 1878.

alles bewilligen würde? Hat diese Empfindung Herbst zu seinem Schritte der Schwäche genötigt? Andrássy konnte es nur recht sein, daß die Entscheidung über seine Politik schließlich doch, und durch Herbst selbst, in die Delegation verlegt wurde, wo ihm Gelegenheit geboten wurde, sich gegen alle Angriffe verteidigen zu können. Er zögerte auch nicht am 6. Dezember, als die Vorlagen seines Ministeriums vor das Plenum der Delegation gelangten, der Opposition gewaltig an den Leib zu rücken. An diesem Tage — es war in einer Abendsitzung — hielt Andrássy eine seiner besten Reden. Anfangs sprach er leise, aber allmählich ward seine Stimme heller, er wurde wärmer, seine Geste lebendiger und sein ganzes Wesen beweglicher. Insbesondere schien sich der Minister bei den polemischen Sätzen in seinem Elemente zu fühlen. Man konnte die Wirkung jedes seiner Worte von den Gesichtern der Zuhörer ablesen.

Scharf und klar legte er dar, daß die Okkupation nie sein Streben, nie sein Endzweck gewesen, er aber stets mit der Möglichkeit einer solchen rechnen mußte. Ebenso bündig verteidigte er sich gegen den Vorwurf des Schaupschen Berichtes, daß er inkonstitutionell gehandelt, tendenziös die Vertretungskörper entfernt hielt, um Ideen durchzuführen, über die er keine Rechenschaft ablegen wollte. „Ich kenne,“ sagte er, „das politische Ziel nicht, das ich wert erachten würde, um es auf solchem Wege zu erschleichen.“ Groß war der Eindruck, als er meinte, daß seine Zärtlichkeit für die vom Delegierten Kuranda empfohlene Konservierung der alten Mauer — die Türkei — nie so weit gehen konnte, sie so lange stehen zu lassen, bis sie uns auf den Kopf gefallen wäre. Andrássy wies auch die Beschuldigung zurück, als hätte der Berliner Vertrag irgend jemand das Recht zur Entschädigung für Bosnien und die Hercegovina gegeben. „Niemand,“ betonte er, „hat es verlangt und niemand kann es verlangen.“ Geradezu vernichtend lauteten seine Worte, als er Herbst entgegenhielt, er sei wohl „stark im Zersetzen“, habe aber noch nie gezeigt, welcher Weg eigentlich einzuschlagen gewesen wäre; nicht einmal das tat er dar, wie die Okkupation hätte vermieden werden können. Mit voller Ueberzeugung reklamierte Andrássy für sich die Anerkennung, ungeachtet aller trüben Prophezeiungen, die Monarchie in keinen Krieg verwickelt, dafür aber Rußland in freundschaftlicher Art genötigt zu haben, die politischen Resultate seines Friedensschlusses mit der Türkei einem europäischen Areopag vorzulegen. Anspielend auf die Verluste von 1859 und 1866 äußerte er: „Dies-

mal haben wir keinen Krieg gehabt mit irgendeiner Macht, und wir haben trotzdem zwei Provinzen in den Machtbereich unserer Monarchie einbezogen. Ich glaube, es ist vielleicht der größten Eloquenz unmöglich, zu beweisen, daß Siegen und Geschlagensein dasselbe seien, daß Provinzen verlieren und gewinnen gleiche Begriffe seien, daß die Monarchie, die den Verlust von Provinzen überdauert hat, über die Okkupation von zwei Provinzen zugrunde gehen muß." Seine Rede schloß Andrássy in der Ueberzeugung, daß auch Europa den Anschauungen des Berliner Kongresses und dessen Beschlüssen Recht geben werde, und nicht denen des Ausschußberichtes.[1])

Nach dem Beifall zu schließen, den die Ausführungen des Ministers ernteten, hätte man der Meinung sein dürfen, daß ihm von den Anhängern seiner Politik ein Vertrauensvotum zuteil werden würde. Er bekam es nicht; die noch schüchternen Freunde der Regierung konnten sich nicht entschließen, so offen für Andrássy einzutreten. Einerseits hegten sie Besorgnisse, eventuell mit ihrer Haltung im Reichsrat in Widerspruch zu geraten, andererseits schienen die Polen nicht zuverlässig genug, um den Antrag eines Vertrauensvotums zu riskieren.[2]) Man stritt wohl darüber, ob Andrássy einen Sieg oder eine Niederlage erlitten hätte. Wenn er von der Delegation auch kein Vertrauensvotum erhalten konnte, so hatte er doch erreicht, wonach er gestrebt: die Bewilligung der nötigen Mittel. Sie wurden ihm auch von der ungarischen Delegation zugestanden, deren Opposition sich weit weniger ungebärdig zeigte als die österreichische.

* * *

Noch war nicht alle Gefahr überwunden. Mit dem vorläufigen Schlusse der Delegationen ward das Schwergewicht in die beiden Parlamente verlegt, die sich nun anschickten, über die Genehmigung oder Verwerfung des Berliner Vertrages zu beraten. Als Kaiser Wilhelm I. davon hörte, fragte er: Wie war es denn möglich, daß der Berliner Vertrag den Parlamenten Oesterreich-Ungarns anders als zur bloßen Kenntnisnahme vorgelegt wurde?[3]) Hierauf wurde dem Deutschen Kaiser erwidert, daß eine derartige,

---

[1]) „Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates. 11. Session 1878. 11. Sitzung, 6. Dezember.

[2]) Reuß, 8. Dezember 1878.

[3]) Randbemerkung Kaiser Wilhelms, 15. Dezember 1878.

in der belgischen Verfassung enthaltene Bestimmung sowohl von Preußen als auch von Oesterreich übernommen worden sei, die jedoch in die deutsche Reichsverfassung keinen Eingang gefunden habe.[1])

Vom 10. Dezember 1878 bis zum 27. Januar 1879 dauerte der Kampf für und wider den Berliner Vertrag — ein Kampf, von dem der deutsche Botschafter bemerkt: Wenn jemand, was die auswärtige Politik betrifft, hierbei eine Niederlage erlitt, so war es nur das derzeitige parlamentarische System, das seine Aktion ins Blaue richtete, sicherlich aber nicht Graf Andrássy.[2]) Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob, wie Prinz Reuß meint, bei den schleppenden, in der Sache selbst gegenstandslosen Debatten wirklich verletzte Eitelkeiten, getäuschte Hoffnungen auf Ministerportefeuilles und Wahlrücksichten keine geringe Rolle spielten. Unstreitig bildete jedoch das interessanteste Moment die vollkommene Verschiebung im Aufmarsche der Parteien. Das allerdings bereits demissionierte Ministerium Auersperg fand seine Bundesgenossen nicht mehr in den Reihen seiner ehemaligen Anhänger, den Verfassungstreuen, sondern in der sehr bedenklichen Waffenbrüderschaft eines Greuter, Weiß von Starkenfels, Dunajevski und Grocholski.[3]) Im Namen der Regierung selbst verteidigte Josef Unger als Sprechminister deren Standpunkt. In einer von Geist sprühenden Rede suchte er den Beweis zu führen, daß der Berliner Vertrag zu seiner Gültigkeit gar nicht der Zustimmung des Reichsrates bedürfe. Er bestritt, daß der § 11 des Ausgleichsgesetzes vom 21. Dezember 1867, wonach in den Wirkungskreis des Reichsrates alle jene Staatsverträge gehören, die das Reich oder Teile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten, überhaupt auf den Berliner Vertrag anwendbar sei. Wenn — sagte er — „belasten“ so viel bedeutet als „verpflichten“, dann müßten alle Staatsverträge ohne Unterschied vor das Parlament gebracht werden, da es gar keinen internationalen Vertrag gebe, der nicht irgendeine Last, irgendeine Verpflichtung auferlege. Das geschehe aber nicht und kann nicht geschehen. „Die auswärtige Politik,“ führte er aus, „ist im monarchisch-konstitutionellen Staate jene Sphäre, innerhalb deren die Krone ohne vorhergehende

---

[1]) Bericht an Kaiser Wilhelm, 16. Dezember 1878.

[2]) Reuß, 27. Januar 1879.

[3]) Auf dieses Moment lenkte Reuß (27. Januar 1879) ganz speziell die Aufmerksamkeit Bismarcks.

Zustimmung des Parlamentes zu handeln berechtigt ist.“ Uebrigens, meinte er weiter, sei, abgesehen davon, daß auswärtige Verträge rasch, ohne langes Herumfragen abgeschlossen werden müßten, in dem vorliegenden Falle gar nicht der § 11, sondern der Art. VI des Staatsgrundgesetzes ausschlaggebend und entscheidend. In diesem Artikel werden unter jenen Verträgen, die zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung des Parlamentes erfordern, solche Staatsverträge, die eine Gebietsveränderung zur Folge haben, nicht erwähnt.[1]) In seiner ätzend-scharfen Weise zog Herbst gegen die Argumentierung des Ministers Unger zu Felde, und, wie schon bei früheren Gelegenheiten, malte er auch jetzt die finanziellen und staatsrechtlichen Wirren, als sichere Begleiterscheinungen der Okkupation, mit sehr düsteren Farben. Doch schreckte er vor der gänzlichen Verwerfung des Berliner Vertrages zurück. Daher entschloß er sich, ihm zuzustimmen, aber trotzdem die bisher befolgte äußere Politik zu verurteilen, womit Andrássy zu Falle gebracht werden sollte.[2])

Einen ungemein beredten Anwalt fand im Reichsrate der Minister des Aeußern an der Person des berühmten Naturforschers Professors Eduard Sueß, der ja auch schon seine Stimme zugunsten des 60-Millionen-Kredits erhoben hatte. Von Beginn der orientalischen Wirren an erkannte dieser hervorragende Gelehrte die Notwendigkeit einer aktiven Politik, um die Machtstellung der Monarchie im Orient zu erhalten. Er war bereit, Andrássys Politik zu unterstützen. Gegenüber dem Terrorismus, den Herbst und seine Getreuen ausübten, gehörte wahrlich viel Mut dazu, offen mit einer von der Ansicht des Führers der Verfassungspartei abweichenden Meinung hervorzutreten. Im Verein mit Ernst von Plener, Wolfrum und einigen wenigen Gesinnungsgenossen, die man die „bosnische Linke“ nannte,[3]) unternahm es Sueß, für den Standpunkt der Regierung einzutreten, was diesen Männern viel Angriffe und Verdächtigungen eintrug. Noch vor Sueß war schon Plener der Opposition sehr scharf zu Leibe gerückt. Mit Recht hob er hervor, welcher Aufschrei der Entrüstung sich erhoben hätte, wenn Andrássy von dem Kongresse zurückgekommen wäre,

---

[1]) Rede Ungers vom 18. Januar 1879.

[2]) Herbsts Rede vom 27. Januar und der in derselben Sitzung zur Abstimmung gebrachte Antrag der Minorität des Ausschusses.

[3]) Ernst Freiherr von Plener, „Zum achtzigsten Geburtstag Eduard Sueß“ in der „Neuen Freien Presse“, 20. August 1911.

ohne die Neubildung eines oder zweier südslawischer Staaten an den Grenzen der Monarchie gehindert zu haben. Mit ebensoviel Berechtigung warf er den Gegnern deren Inkonsequenz vor, daß sie in einem Atem den Kredit für die Okkupation aus konstitutionellen Gründen ablehnen und den für das Jahr 1879 bewilligen. Es war ja gewiß eine Ungeheuerlichkeit, sich, wie Plener betonte, gegen die Zumutung der Rückberufung der Truppen zu verwahren und dabei doch fort und fort die Okkupation zu verdammen. Von staatsmännischer Einsicht zeigten die Worte des Redners, womit er auch den Kern der ganzen strittigen Frage traf, als er sagte: „Die Verwerfung dieses Vertrages würde für uns die dauernde Ausscheidung aus dem europäischen Völkerkonzert, ein völliges Preisgeben unseres Einflusses im Orient und eine dauernde Isolierung herbeiführen.“ [1]) Auf die gleiche Höhe der Erfassung des tatsächlichen Zustandes stellte sich auch Sueß als Berichterstatter der Majorität, nachdem er in treffender Weise dargelegt hatte, daß es der Opposition außer der Verdammung der Andrássyschen Politik an jedem politischen Programm fehle. Die Kosten für die Okkupation, meinte er, mögen zwar eine Wunde im Budget sein, aber das Aufgeben des politischen Einflusses der Monarchie im Orient würde eine dauernde und unheilbare Krankheit bedeuten. Sueß betonte, daß Oesterreich-Ungarn heute infolge seiner Politik so angesehen sei wie seit langem nicht. Und den größten Erfolg des Berliner Vertrages erblickte er darin, daß die Monarchie, die durch viele Jahre und in vielen blutigen Feldzügen die schwere Lehre erfahren mußte, was es heiße, in Europa isoliert zu sein, nunmehr diese Isolierung nicht mehr zu befürchten brauche, weil sie eben nicht mehr bestehe. Nicht gering schlug es Sueß an, daß ein solcher Erfolg ohne Krieg, ohne Blutvergießen und allzu große Schädigung der Finanzen erreicht wurde. „Es ist“ — fügte er hinzu — „gewiß viel von uns verlangt, daß wir es jetzt bedauern sollen, daß der Friede gekommen ist.“ Sueß schloß seine Rede mit dem Antrage auf die verfassungsmäßige Genehmigung des Berliner Vertrages, womit jeder Abgeordnete seinem Vaterlande einen Dienst erweise.[2])

Aus der Sueßschen Rede und aus manchen andern Vorfällen noch glaubte Andrássy die Anzeichen einer sich vollziehenden Wandlung zum Besseren im Reichsrat ableiten zu können. Wenn,

---

[1]) Rede Pleners vom 21. Januar 1879.

[2]) Rede des Sueß vom 27. Januar 1879.

sagte er zum deutschen Botschafter, das österreichische Abgeordnetenhaus sich auch in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung abgelebt habe, kämen in demselben doch allmählich gesündere Ideen zum Durchbruch. Er persönlich könne nur befriedigt auf das endliche Resultat der Debatten blicken, die damit endigen würden, seiner Politik eine ziemlich bedeutende Majorität zu verschaffen.[1]) Zu dieser Erwartung berechtigte ihn die Wahrnehmung, daß die unfruchtbare Polemik Herbsts gegen seine auswärtige Politik, an deren Stelle dieser nichts Richtigeres vorzuschlagen verstanden, immer weniger Eindruck mache. Dem deutschen Botschafter schien es, als wenn die Art des Kampfes, mit der Herbst und dessen Anhänger die Politik Andrássys befehdeten, ungeachtet aller zugemuteten Opfer, im Lande großes Mißtrauen gegen die Verfassungspartei erzeugt hätte.[2])

Die am 27. Januar stattgefundene Abstimmung ergab eine Niederlage aller jener Gegner Andrássys, die teils eine einfache, teils eine motivierte Tagesordnung befürworteten. Das gleiche Schicksal ereilte die Verfassungspartei. Den Sieg errang mit 42 Stimmen Majorität (154 gegen 112) der Antrag auf Erteilung der verfassungsmäßigen Zustimmung zum Berliner Vertrag.

Mit der staatsrechtlichen Erledigung dieser so tief in das Schicksal der Monarchie eingreifenden höchst wichtigen Angelegenheit hatte in Oesterreich vorerst die orientalische Debatte ihren Abschluß gefunden. Auf Grundlage der erteilten verfassungsmäßigen Zustimmung zum Berliner Vertrage war für die Delegation, die demnächst einberufen werden sollte, die Basis geschaffen, auf der die Delegierten zur Bewilligung der von Andrássy geforderten Summen schreiten konnten. Es war nur natürlich, daß Herbst und Giskra, die mit ihrer verhängnisvollen Opposition um jeden Preis die Segel hatten streichen müssen, jetzt auf ihre Mandate in der Delegation verzichteten. Sie wollten nicht genötigt sein, gegen ihren Willen die zur Erhaltung der Okkupation nötigen Gelder dem von ihnen gehaßten Minister zu gewähren. Damit verschlossen sie sich selbst das Forum, vor das die Beurteilung der äußeren Politik gehörte.

An kräftigen Vorstößen der Opposition gegen Andrássy fehlte es auch in der ungarischen Delegation nicht. Im Grunde jedoch erregte sie nach den vorhergegangenen Debatten im

---

[1]) Reuß an Bismarck, 22. Januar 1879.

[2]) Ibidem.

Reichstage, in der österreichischen Delegation und im österreichischen Reichsrat nicht mehr jenes Interesse, das ihr zuteil geworden wäre, wenn sie mit ihren Angriffen nicht eine Nachlese des bereits Vernommenen gewährt hätte. Trotzdem hatte der Minister des Aeußern einen wahren Hagelschauer von Tadel über sich ergehen lassen müssen. August Pulszky meinte, die Okkupation habe uns, anstatt den slawischen Ring zu brechen, der sich zu bilden drohte, mit einer neuen beschwerlichen Aufgabe beglückt: der Führung des Südslawentums. Apponyi warf der Leitung der auswärtigen Politik vor, daß ihre Grundidee die Parallelaktion mit Rußland sei, wodurch dem Vordringen des Panslawismus Vorschub geleistet würde. Bosnien und die Hercegovina, sagte er, seien der Sold für unsere Rußland bei der Zerstörung der Türkei geleisteten Dienste. Andrássys Politik nannte er eine riesige Täuschung oder eine plumpe Heuchelei, und das Resultat von all dem erblickte er darin, daß die Monarchie ihren sogenannten Alliierten erzürnte und das Vertrauen der übrigen Mächte verlor. Er und seine Freunde griffen zur extremsten Waffe der Opposition: der Verweigerung der verlangten Nachtragskredite.[1]) Selbst aus dem Munde Graf Szécsens, der nicht die Okkupation an sich verwarf, erklang starker Tadel. Er erklärte, daß er die Form der Okkupation in der Art, wie die Monarchie vom Berliner Kongreß damit betraut wurde, nicht billigen könne. Wenn er schon, fügte Szécsen hinzu, prinzipiell das Mandat als einen verhängnisvollen Mißgriff bezeichnen müsse, so gelte dies in noch viel höherem Maße von der Durchführung. Andrássy habe sich in finanzieller Hinsicht getäuscht; er hätte die ungünstigsten Chancen in Voraussicht nehmen müssen. Ungeachtet dieser Kritik stellte sich Szécsen auf den Standpunkt, daß man die gegebene Situation nicht außer acht lassen und überhaupt internationale Fragen nicht ausschließlich aus dem Gesichtskreis nationaler Besorgnisse beurteilen dürfe.[2]) Unbedingtes, ein wahrhaft enthusiastisches Lob erntete Andrássy von Haynald,[3]) dem gelehrten und volkstümlichen Erzbischof von Kalocsa. Der Beifall, der der Rede des Kirchenfürsten von der Majorität gespendet wurde, konnte als ein beredtes Zeichen dafür gelten, daß die ungarische Delegation Andrássy kein Haar krümmen werde. Soll

---

[1]) Rede vom 14. Dezember 1878.
[2]) Rede vom 12. Dezember 1878.
[3]) Rede vom 13. Dezember 1878.

er doch angeblich im Kreise seiner Intimen geäußert haben, daß er sich in der ungarischen Delegation wohler als in der österreichischen fühle, da er in der ersteren nicht zu befürchten habe, daß ihm — mit einem Seitenhieb auf Herbst — hinterrücks „Fallstricke“ gelegt werden.[1])

Kein Zweifel, daß die Okkupation ebensowenig volkstümlich bei der Regierungspartei wie bei der Opposition war. Die durch die Besetzung von Bosnien und der Hercegovina bewirkte Verstärkung des slawischen Elementes blieb, so nennt es der deutsche Botschafter, nach wie vor ein schwer zu verdauender Bissen für die Ungarn. Allein Tisza und seine Partei überwanden das unangenehme Gefühl, das in ihnen diese Erkenntnis erzeugte. Sie verschlossen ihre Augen nicht gegenüber der Tatsache, daß sich das Ansehen der Monarchie gehoben und das Vertrauen Europas zu ihr von dem Augenblick an gewachsen sei, seitdem Andrássy an der Spitze der äußeren Angelegenheiten stehe. Der ungarische Ministerpräsident und sein Anhang unterstützten auch Andrássy um jeden Preis, weil sie ihren großen Landsmann am Steuer der Monarchie erhalten wollten, weil sie an seinen guten Stern glaubten und überzeugt waren, er werde es zu verhindern wissen, daß die Okkupation Ungarn zum Schaden gereiche.[2]) In seiner Rede vom 15. Dezember suchte denn auch Andrássy alle Besorgnisse zu zerstreuen, als vermöchte die Besetzung Bosniens und der Hercegovina den Dualismus zu erschüttern. Nach ihm wäre eine Gefahr für dieses System nur dann entstanden, wenn er eine entgegengesetzte Politik befolgt hätte. Erforderten, sagte er, die europäischen Interessen wie die Sicherheit der Monarchie gebieterisch die Okkupation und würde sie nur aus Furcht für den weiteren Fortbestand des Dualismus unterlassen worden sein, dann wäre daraus mit voller Klarheit nur das eine hervorgegangen, daß der Dualismus nicht jene Form sei, welche den Interessen der Monarchie, ihrer Existenz und ihrer Großmachtstellung entspreche. Zum Glücke beweisen die Tatsachen das Gegenteil. Während damals — betonte der Minister mit allem Nachdruck — als die Rechte Ungarns von so vielen Seiten in Zweifel gezogen wurden, die Monarchie eine Provinz und zur Zeit des Zentralismus eine zweite verlor, ist es dem dualistischen System unter den gegenwärtigen

---

[1]) Diese angebliche Aeußerung wird von der „Neuen Freien Presse“, 15. Dezember 1878, zitiert.

[2]) Graf Stolberg an Bismarck, Wien, 19. August 1878.

sehr schwierigen Verhältnissen gelungen, einen politischen und militärischen Sieg zu erringen. „Ich habe“ — schloß Andrássy — „diese Politik in der Ueberzeugung gemacht, daß sie Ungarn, welches Jahrhunderte hindurch seine Rechte zu bewahren wußte, nicht in Gefahr stürzen werde. Die gemeinsame Verwaltung von zwei kleinen Provinzen kann nicht jene Gefahr sein, die geeignet wäre, die Grundlage der Monarchie zu erschüttern.“

Dieses Bewußtsein von der vollen Verläßlichkeit des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten, mit dem Andrássy die Regierungspartei zu erfüllen wußte, macht es verständlich, daß Szilágyis Vorschlag bei der Majorität der ungarischen Delegation keinen Anklang fand. Gleich Herbst hatte auch Szilágyi die Kompetenzfrage aufgeworfen, wonach über die Kosten für die Okkupation so lange nicht beraten werden solle, ehe der ungarische Reichstag nicht entschieden habe, ob der Berliner Vertrag als Basis mit allen verfassungsmäßigen Erfordernissen gelten könne. Mit großer Mehrheit lehnte die Regierungspartei den Antrag Szilágyis ab und bewilligte, hierin den Vorgang der österreichischen Delegation befolgend, ein Pauschale von 20 Millionen.

Mit dem von beiden Delegationen gebilligten Pauschale und der am 27. Januar 1879 im österreichischen Reichsrate durchgesetzten Kenntnisnahme des Berliner Vertrages in der Tasche, war Andrássy glücklich über die größten Fährlichkeiten hinweggekommen, die seiner Politik von den gesetzgebenden Körperschaften drohten. In der für Ende Februar einberufenen österreichischen Delegation handelte es sich nicht mehr um die prinzipielle Frage: ob überhaupt die Kosten für die Okkupation zu bewilligen seien, sondern nur noch darum: wieviel und von wem sie zu gewähren seien. Wohl äußerte der oppositionelle Referent Sturm noch immer: er halte die Okkupation für das größte Unglück, das Oesterreich seit vielen Jahren, vielleicht seit dem Jahre 1811 betroffen habe.[1]) Aber er war loyal genug, sich jetzt auf den Boden des Berliner Vertrages zu stellen, und so nahmen die Verhandlungen über die endgültige Erledigung des Budgets des Ministeriums des Aeußern im ganzen einen glatten Verlauf.

Im ungarischen Reichstag legte am 1. März der seit dem 7. Dezember 1878 neuerdings zum Ministerpräsidenten ernannte Tisza den Berliner Vertrag zur Inartikulierung in das Corpus juris vor. Die ungarische Verfassung enthält keine klare Bestimmung,

---

[1]) Rede vom 3. März 1879.

in deren Sinne Staatsverträge der Genehmigung des Reichstages bedürften.[1]) In Ungarn jedoch sagte man, der Reichstag könne unmöglich weniger Rechte besitzen als der Reichsrat. Diesen Standpunkt der Parität machte sich auch Tisza zu eigen, als er am 18. Februar im Parlament erklärt hatte: er werde, nachdem in Oesterreich über den Berliner Vertrag verhandelt worden, die erste günstige Gelegenheit benützen, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Gegenstand zu lenken. In der Motivierung sagte der Ministerpräsident, er halte die Inartikulierung mit Rücksicht auf die zwischen den beiden Staaten der Monarchie bestehenden Verhältnisse und zur Zerstreuung auftauchender verfassungsmäßiger Besorgnisse für zweckmäßig."[2]) Den von Tisza eingereichten Gesetzentwurf bekämpfte die äußerste Linke mit einer Verwerfungsresolution, während Szilágyi im Namen der gemäßigten Opposition den Beschlußantrag einreichte, daß das Parlament den Gesetzentwurf ablehne.[3]) Derselbe wurde jedoch mit einer Majorität von 54 Stimmen angenommen.

Nach der Inartikulierung des Gesetzentwurfes und der Veröffentlichung der Zustimmung des Reichsrates zum Berliner Vertrag[4]) wurden auch die Beschlüsse beider Delegationen über das gemeinsame Budget kundgemacht.

Damit endete der letzte Akt des parlamentarischen Kampfes in Oesterreich und Ungarn um die orientalische Politik Andrássys.[5])

---

[1]) Die Gesetze von 1848 enthalten nichts über internationale Verträge. Im § 8 des G. A. XII: 1867 heißt es nur: „Die internationalen Verträge teilt jedes Ministerium seiner eigenen Gesetzgebung mit."

[2]) Tisza war für die Kundmachung im Reichsgesetzblatt nicht sehr eingenommen. „Wenn aber," — schreibt er an Andrássy — „die erwähnte Art der Kundmachung (in Wien) gewählt werden sollte, dann wäre ich aus Rücksichten der Parität auch meinerseits gezwungen, die Notwendigkeit der Gesetzesartikulierung anzuerkennen, doch wäre es mir lieber, wir würden zu diesem Vorgang nicht gedrängt." Tisza an Andrássy, Budapest, 19. Februar 1878 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Siehe hierüber: „Die Reden Szilágyis", I. Bd., S. 372—423.

[4]) Als Anhang zu dem im Reichsgesetzblatt Nr. 43 vom 30. März 1879 publizierten Berliner Vertrag findet sich der Passus: „Dieser Staatsvertrag wird nach erfolgter Zustimmung beider Häuser des Reichsrates kundgemacht."

[5]) Für die Politik Andrássys erschien damals eine Broschüre: „Das Verdikt der Tatsachen. Studie über die Orientpolitik des Grafen Andrássy. Von einem Oesterreicher." 1878. Erwähnt soll noch werden: „Graf Andrássy auf der Anklagebank der Delegationen." 1878. Vom Verfasser der „Fünf Jahre Andrássy'scher Staatskunst". 1876.

Achtes Kapitel

Der Rücktritt Andrássys

Mit dem stolzen Bewußtsein, Großes vollbracht zu haben, durfte Andrássy auf den Berliner Vertrag und dessen nach mühevollen Kämpfen bewirkten Anerkennung durch die gesetzgebenden Körper Oesterreichs und Ungarns zurückblicken. Er durfte sich sagen, daß er sein den Delegationen verpfändetes Wort getreu eingelöst habe: die Monarchie heil und ohne Krieg mit irgendeiner Macht aus den Wirren der orientalischen Krise herauszuführen. Andrássy hatte das Ansehen Oesterreich-Ungarns auf eine Stufe erhoben, auf der es sich seit langem nicht mehr befunden. Man darf wohl behaupten, daß Andrássy zu dieser Zeit im Zenit seines Ruhmes und Erfolges stand. Und gerade diesen Moment benützte er, um mit sich darüber zu Rate zu gehen, ob er die Zügel aus der Hand legen und sich zur Ruhe setzen solle. Andrássy hat eigentlich stets an die Möglichkeit seines Rücktrittes gedacht im Gegensatz zu jenen Staatsmännern, denen es im Besitze der Macht nie einfällt, daß es je damit zu Ende gehen werde. Schon im Jahre 1875 äußerte er einmal: niemals werde er es darauf ankommen lassen, daß, so wie zu Beust, auch zu ihm der Kabinettsdirektor Braun kommen könnte, um ihm zu sagen, der Kaiser möchte es gerne sehen, daß er um seine Entlassung ansuche. „Ich ginge," fügte er hinzu, „in dem Momente, wo ich nur ahnen würde, des Kaisers Vertrauen nicht mehr unbedingt zu besitzen."[1]) Bereits während seines Aufenthaltes in Berlin im Juli 1878 war er im reinen mit sich, daß er nicht länger Minister des Aeußern Oesterreich-Ungarns bleiben wolle.[2]) Ende 1878 setzte er den Monarchen zum erstenmal in Kenntnis von seiner

---

[1]) Siehe S. 146 dieses Bandes.

[2]) Graf Andrássy an den Grafen Károlyi in London. Wien, 6. August 1879. Gräflich Andrássysches Archiv. „Schon in Berlin (Károlyi war damals Botschafter und erster Bevollmächtigter beim Berliner Kongreß) habe ich Dir — und Dir allein — mitgeteilt, daß ich die Absicht habe, nach Schluß des Kongresses zurückzutreten... Die Gründe habe ich Dir damals gesagt, Du hast sie gutgeheißen, ich will sie hier nicht wiederholen."

Absicht, sich demnächst von der Leitung der äußeren Angelegenheiten zurückzuziehen.[1])

Bis zum heutigen Tage ist man unorientiert darüber, weshalb Andrássy das Ministerpalais auf dem Wiener Ballplatz verließ. Die forschende Neugierde hat es in hohem Grade angeregt, die Ursachen des Rücktrittes zu ergründen. Man fand es merkwürdig, daß der Minister, der sich in so ausgiebigem Maße der Gnade des Herrschers erfreute, plötzlich von dem bisherigen Felde seiner triumphreichen Wirksamkeit verschwinden wollte. Zur Erklärung dieser ebenso rätselhaften als auffallenden Tatsache griff man zu den mannigfaltigsten Deutungen. Vorzüglich schwebte auf den Lippen aller die Frage: Ist Andrássy freiwillig gegangen oder fiel er darüber, daß ihm der Herrscher sein Vertrauen entzog? Der verschiedensten Anlässe bedurfte es, um den Minister sowohl zur Ueberraschung der Kabinette als auch der Oeffentlichkeit seinen langgehegten Vorsatz verwirklichen zu lassen.

Die Feinde Andrássys freilich haben es in alle Welt hinausposaunt, daß er gestürzt worden. Je nach ihrer Parteischattierung war es in den Zeitungen zu lesen, der Minister sei wegen der Regelung der kirchlichen Fragen Bosniens gefallen.[2]) Andere wieder behaupteten, er gehe, weil ihm der Kaiser die von ihm beantragte Dekorierung des Botschafters in Konstantinopel, des Grafen Franz Zichy, verweigert hätte. Der größere Teil der Gegner vereinte sich in der Annahme, Andrássy müsse aus dem Amte scheiden, da des Monarchen Vertrauen zu seiner Führung der Politik erschüttert wäre. Alle diese Gerüchte stammten aus dem Lager jener Gegner des Ministers, die über die wahren Motive seines Entschlusses zum Rücktritte zwar sehr gut unterrichtet waren, es aber ihren Zwecken entsprechender fanden, die öffentliche Meinung vom richtigen Weg abzubringen und irrezuführen.

---

[1]) Zum Briefe an seine Mutter vom 19. Dezember 1878, in dem er ihr Nachricht von einer an diesem Tage stattgefundenen zweistündigen Audienz Andrássys beim Kaiser gibt, machte Baron Orczy nachträglich folgende schriftliche Bemerkung: „Bei dieser Gelegenheit eröffnete Andrássy dem Kaiser seine Demissionsabsicht.“

[2]) Man verbreitete damals, die römische Kurie weigere sich, wegen der in der Konvention vom 21. April 1879 anerkannten Souveränität des Sultans mit der österreichisch-ungarischen Regierung in Verhandlungen bezüglich der Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Bosnien und der Hercegovina einzutreten. Wie die „Politische Korrespondenz“ vom 18. Juni 1879 ausführte, war das gerade Gegenteil die Wahrheit. Die römische Kurie hat selbst im schriftlichen Wege die Anregung zu diesbezüglichen Verhandlungen gegeben.

Sie wollten um jeden Preis recht behalten, daß Andrássy eine verfehlte Politik betrieben und darum nicht mehr an seinem Platze geduldet werden könne.[1]) In diesem Bemühen verband sich die Majorität der deutschen Verfassungspartei mit hochgestellten Militärs und Anhängern der tschechisch-feudalen Kreise, denen der Ungar von jeher ein Dorn im Auge gewesen.

Diese heterogenen Elemente unterließen in der Tat nichts, um Andrássy die Lust zum Weiterverbleiben im Amte zu verleiden. Die Verfassungstreuen schoben ihm die Wirren im parlamentarischen Leben Oesterreichs in die Schuhe. Laut beschuldigten sie ihn, daß seine orientalische Politik allein die Ursache der Zersetzung ihrer Partei und ihrer feindlichen Stellung zum Ministerium Auersperg sei. Freilich übersahen oder wollten sie dabei den von ihnen selbst begangenen Kardinalfehler übersehen, daß sie sich in Widerspruch zu einer Politik gesetzt hatten, die unbedingt zur Geltung kommen mußte, sollte die Monarchie nicht in die gefährlichste Lage gebracht werden. Nicht Andrássy erzeugte die inneren Schwierigkeiten, sondern vielmehr die Verfassungstreuen unter der Führung Herbsts, der für die Notwendigkeiten der großen Politik absolut kein Verständnis an den Tag legte. Vergeblich bemühte sich Andrássy, das letzte verfassungstreue Ministerium im Sattel zu erhalten. Der Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg war wütend über die Undankbarkeit seiner ehemaligen Parteigenossen, die ihm die Hoffnung raubten, doch noch weiter die Leitung der österreichischen Angelegenheiten in der Hand zu behalten.[2]) Ihr eigenes Interesse hätte sie bestimmen müssen, entweder Auersperg beizustehen oder aber dem Kaiser die geeigneten Männer aus ihrer Partei zur Verfügung zu stellen, um mit deren Hilfe ein neues Kabinett zu bilden. Da dies nicht geschah und in der allgemeinen Zerfahrenheit niemand die Neugestaltung des Ministeriums übernehmen wollte, sah sich der Monarch gezwungen, an seinen Jugendfreund, den Grafen Taaffe, zu appellieren. Von diesem verlangte der Herrscher als Beweis persönlicher Freundschaft, daß er an die Spitze der Regierung trete.[3]) Andrássy bemühte sich mit seinem ganzen Einflusse, jenen Mann zu stützen,[4]) von dem Auersperg dem deutschen Botschafter sagte, er sei ein Talent, dem es, obgleich ohne Redner-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. Juni 1879.

[2]) Idem, 14. Februar 1879.

[3]) Reuß an Bismarck. Wien, 8. Februar 1879.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 6. Februar 1879.

gabe, doch nicht an der Fähigkeit mangle, sich in schwierigen Lagen zurechtzufinden und sich mit den verschiedensten Personen auf guten Fuß zu setzen. Graf Taaffe war damals noch vollkommen davon überzeugt, daß man nur streng verfassungsmäßig regieren könne; gleichzeitig zeigte er sich auch davon durchdrungen, daß ein Vergleich mit den Tschechen gesucht werden müsse. Auf eine an ihn deswegen gerichtete Anfrage antwortete er: Man müsse den Tschechen die Salontüre weit öffnen, ihnen aber nicht bis ins Vorzimmer entgegengehen.[1]) Bei dieser Gesinnung Taaffes, die ein Experiment à la Hohenwart ausschloß, ließ ihm Andrássy bei dessen Versuchen, ein parlamentarisches Kabinett ins Leben zu rufen, seine Mithilfe zuteil werden.[2]) Er tat dies um so freudiger, als Taaffe sich selbst der Erkenntnis nicht verschloß, es wäre unmöglich, eine klerikale Regierung zu bilden, da schon der geringste Verdacht einer solchen Absicht bei den bevorstehenden Neuwahlen eine große Anzahl radikaler Abgeordneter in den Reichsrat bringen würde.[3]) Ungeachtet aller Förderung scheiterte Taaffe. Er vermochte aus der Majorität, die schließlich für den Berliner Vertrag eintrat, kein lebensfähiges Ministerium zu schaffen. Die Männer, mit denen Taaffe unterhandelte, bekannten sich wohl zur auswärtigen Politik Andrássys, im übrigen war jedoch von ihnen kein einmütiges Zusammengehen mit der gemeinsamen Regierung zu erlangen.[4]) Das aber bildete einen der wesentlichsten Punkte der Mission des präsumtiven Ministerpräsidenten.[5]) Graf Taaffe konnte den ihm gewordenen Auftrag nicht vollführen, und Graf Andrássy ward es müde, den verfahrenen Karren immer aufs neue ins Rollen zu bringen.[6]) Gleichzeitig mußte er die ihm keineswegs erfreuliche Wahrnehmung machen, wie infolge der begangenen Fehler der Verfassungstreuen die strengkonservativen Richtungen immer mehr die Oberhand erlangten.[7]) Der Kaiser

---

[1]) Reuß an Bismarck, 8. Februar 1879.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 11. Februar 1879.

[3]) Reuß an Bismarck, 14. Februar 1879.

[4]) Nach einem Berichte des deutschen Botschafters Reuß, Wien, 14. Februar 1879, forderten diese Männer Reduktion des Armeebudgets um mindestens 7 Millionen Gulden; ferner klare staatsrechtliche Stellung zur bosnischen Okkupationsfrage. Auf all dies durfte Taaffe nicht eingehen.

[5]) Reuß, Wien, 8. und 14. Februar 1879.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 14. Februar 1879: „Er (Andrássy) ist müde, den Stein immer zu rollen, und wird endlich dieses undankbaren Werkes überdrüssig."

[7]) Reuß, Wien, 22. Januar 1879.

wünschte eine Aussöhnung mit den Tschechen, wie es ihm stets am Herzen gelegen, ohne daß damit, wie ausdrücklich betont wurde, eine Aenderung des herrschenden Systems verbunden sein solle. Da der tschechische Ausgleich im Bunde mit der Verfassungspartei nicht erreicht werden konnte, neigte der Monarch augenscheinlich den konservativeren Elementen zu, die sofort für ein derartiges Ziel zur Verfügung standen. War aber vom Ausgleich mit den Tschechen, an dessen Zustandekommen den feudalklerikalen Kreisen ein Hauptanteil zufiel, nicht mit der Zeit auch ein Rückschlag auf Ungarn zu besorgen? Nach seiner ganzen Vergangenheit hätte Andrássy nicht mit Ministern zusammenwirken können, die einer ausgesprochen konservativen Strömung huldigten und deren Grundsätze in greller Weise den seinigen widersprachen. Vor allem aber befürchtete er, eines Tages die Aufforderung zu erhalten, er möge die Hand zur Befriedigung der tschechischen Wünsche bieten, die er schon einmal, im Jahre 1871, bekämpft hatte, und denen zum Siege zu verhelfen er auch jetzt nicht geneigt war.[1]) Er sah, daß es, vorläufig wenigstens, unmöglich wäre, aus dem Kreise der deutschen Verfassungspartei ein Ministerium zu bilden. Ebenso klar sah er aber auch, daß der Kaiser deswegen entschlossen war, es nunmehr mit den Slawen zu versuchen. Diesen Versuch zum Scheitern zu bringen, schien Andrássy nicht tunlich, weil er an dessen Stelle in Ermanglung der Möglichkeit eines verfassungsmäßigen deutschen Kabinettes nichts anderes zu empfehlen hatte. Auch mochte er nicht die Verantwortung dafür übernehmen, aus bloßem Gegensatz gegen die Slawen deren Ausschließung von der Regierung zu fordern. Ihnen in den Sattel zu helfen, dazu freilich zeigte er absolut keine Lust. Wie zur Zeit Hohenwarts war Andrássy auch jetzt davon überzeugt, daß man ihm einst, wenn er hindernd dazwischen träte, den Vorwurf machen könnte, er habe den Monarchen bewogen, einen mit dem süßesten Tokaier gefüllten Pokal auszuschütten, noch ehe sich die Gelegenheit geboten, davon zu kosten und die Probe auf die Minderwertigkeit seines Inhaltes zu machen.[2]) In diesen Verhältnissen ist eine der wesentlichsten Ursachen zu erblicken, die dem Minister des Aeußern den Gedanken zum Rücktritt nahelegten und ihn mit veranlaßten, nicht zu warten, bis es nicht mehr in seiner Macht

---

[1]) So stellt Baron Orczy in einer nachträglichen Tagebuchanmerkung den Sachverhalt dar. Auch vom verstorbenen Minister des Aeußern, Grafen Aehrenthal, wurde mir dieser Umstand als einer der Gründe der Demission bezeichnet.

[2]) Mitteilung einer Persönlichkeit, die Andrássy nahegestanden.

läge, aus dem bisherigen Wirkungskreise mit voller Wahrung seiner Grundsätze zu scheiden.[1])

Ein weiterer Grund zu seiner Demission lag in seiner Unzufriedenheit mit den militärischen Kreisen. Im Bewußtsein dessen, daß selbst die beste äußere Politik zum Schiffbruch führen könne, wofern das Heer infolge seiner Führung nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stehe, war er nicht geneigt, die Last weiterer eventueller Verantwortlichkeiten zu tragen.[2]) Ueberhaupt erscheint es schwer, den Rücktritt Andrássys vollkommen zu begreifen, wenn man ihn mit dem Maßstab mißt, den man sonst an Staatsmänner anzulegen pflegt. Bismarck hat es nie recht einleuchten wollen, wie ein Mann von der Bedeutung Andrássys mitten in der Fülle der Macht und im Zenith derselben freiwillig von seinem Posten scheiden konnte. Der deutsche Kanzler bedachte eben nicht, daß Andrássy, ungeachtet seines Ehrgeizes, nie die Stellung eines Ministers gesucht, sondern daß ihn nur allein Verhältnisse und sein Pflichtgefühl zwangen, sowohl 1867 das Amt eines ungarischen Ministerpräsidenten als 1871 das eines Ministers des Aeußern zu übernehmen. Als höchster Beamter des Staates hatte er das Gefühl eines an den Pflug gespannten Vollblutpferdes.[3]) Immer wieder trieb es ihn, die Stränge zu reißen und seine Freiheit zurückzuerobern, nach der er sich so sehr sehnte. Er pflegte zu sagen, daß er in seinem Leben stets die Erfahrung gemacht habe, daß Schauspielerinnen, Tänzerinnen, schöne Frauen sowie Staatsmänner und Diplomaten sehr lange auf dem Podium der Oeffentlichkeit verweilen und es nie verstehen, sich im passenden Momente zurückzuziehen; deren Beispiel wolle er nicht befolgen.[4])

Vollkommen erfunden ist es jedoch, daß Andrássy fiel, weil der Kaiser mit ihm aus Anlaß des Abschlusses der türkischen Konvention unzufrieden war. Richtig ist nur, daß diese Abmachung mit der Pforte sofort nach ihrer Veröffentlichung von den Feinden des Ministers als Sturmbock gegen seine Stellung benützt wurde. Vor allem sprachen jene Personen, die kaum mehr die volle Annexion Bosniens und der Hercegovina erwarten konnten, ihren bitteren Tadel darüber aus, daß überhaupt eine Konvention auf

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 12. Mai 1879.
[2]) Mitteilung einer Persönlichkeit, die Andrássy nahegestanden.
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem.

Grundlage des Berliner Vertrages geschlossen wurde.[1]) Sie kümmerten sich nicht darum, daß jedes unbedachte Hinausgehen über den Berliner Vertrag eine ungeahnte Reihe von schweren Komplikationen hätte heraufbeschwören müssen, deren Hintanhaltung eben das Ziel der Politik Andrássys war! Besonders in militärischen Kreisen, in denen die Politik gerade nicht immer am besten gemacht zu werden pflegt, zog man sehr scharf gegen die Konvention los. Sie erklärten es als eine des Kaisers unwürdige Sache, daß in ihr ausdrücklich die Souveränität des Sultans gewahrt wurde.[2]) Im Gegensatz zu Andrássy, der dies für eine falsche Politik erklärte, wollten die Militärs bis Salonichi vordringen und machten es dem Minister zum Vorwurfe, daß er nicht auf der Annexion von Bosnien und der Hercegovina bestanden, was ihm, nach ihrer Ansicht, bei einigem starken Willen auch hätte gelingen müssen.[3]) Dementsprechend sagten sie jetzt: Da wir genötigt waren, die beiden Provinzen mit Gewalt zu besetzen, wäre Oesterreich-Ungarn auch berechtigt gewesen, die Forderung nach Anerkennung der Souveränität des Sultans, wie sie in der Konvention zum Ausdruck kam,[4]) einfach zurückzuweisen.[5]) Hier wurde wieder nur der sehr gewichtige Umstand übersehen, daß unsere Truppen gar nicht Bosnien und die Hercegovina vom Sultan eroberten, sondern dort einen Aufstand unterdrückten, der ebensogut gegen den Padischah als gegen uns selbst gerichtet war. Hätte Andrássy das Eroberungsrecht zur Geltung bringen wollen, so würde er damit den Protest des ganzen Auslandes wachgerufen haben. Mit voller Berechtigung würde man sich darauf berufen haben können, daß solch ein Vorgehen in schreiendem Gegensatz zum Berliner Vertrag stehe. Rußland und dessen Anhänger auf dem Balkan hätten den erwünschten Anlaß zu gleichen Verletzungen des neuesten europäischen Vertrages gefunden. Das aber beirrte nicht im geringsten die Kritiker der Andrássyschen Politik. Ihnen lag nur daran, in der öffentlichen Meinung die Ueberzeugung zu erwecken, daß die Konvention vom 21. April einen sehr schlechten Eindruck bewirkte und infolgedessen der

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. Mai 1879.

[2]) Reuß, Wien, 21. Juni 1879.

[3]) Mündliche Mitteilung des Grafen Aehrenthal.

[4]) Im zweiten Artikel der „Konvention“ vom 21. April 1879 hieß es: „Le nom de Sa Majesté le Sultan continuera à être prononcé dans les prières publiques des muselmans comme par le passé. Entant qu'il serait d'usage de hisser le drapeau ottoman sur les minarets cet usage sera respecté.“

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. Mai 1879.

Minister des Aeußern sich bemüßigt gesehen habe, um seine Entlassung einzukommen.[1])

Mit aller Beflissenheit waren überhaupt die Gegner Andrássys bemüht, der Oeffentlichkeit den Glauben beizubringen, daß zwischen dem Monarchen und dessen Minister des Aeußern ein unüberbrückbarer Gegensatz wegen der Aprilkonvention herrsche. Nichts aber entsprach weniger der Wahrheit. Andrássy selbst versicherte dem deutschen Botschafter, daß der Monarch vollkommen mit dem ganzen Inhalte der Konvention einverstanden sei und das Geschrei der Tadler derselben mißbillige.[2]) Mit der Herabsetzung des Wertes der Aprilkonvention war ein doppelter Zweck verbunden. Der Teil der hohen Militärs, der mit ihr unzufrieden war, wünschte, daß die auf Novi-Bazar bezüglichen Abmachungen vom 21. April 1879 sofort auszuführen seien und zu diesem Behufe eine große Expedition ins Werk gesetzt werden müsse. Das Ziel dieser militärischen Unternehmung wäre Salonichi gewesen. Andrássy jedoch hielt es für unnötig und äußerst bedenklich, durch solche Maßregeln die irrige Meinung zu befestigen, als strebe die Regierung nach dem Besitz von Salonichi. Dem Minister war es nur darum zu tun, die Eisenbahnverbindungen nach diesem Hafen frei zu haben, was durch das Besetzungsrecht einiger Punkte im Sandžak von Novi-Bazar durchaus gesichert schien.[3]) Andrássy wollte nur, wie er sich in der Instruktion für den Herzog von Württemberg äußerte, das „Ausfalltor nach dem Orient" offen haben, um beim eventuellen Zusammensturz der Türkei in unmittelbarster Nähe des Schauplatzes zu sein und die Interessen der Monarchie dort wahren zu können. Auch in dieser Hinsicht erfreute er sich der Zustimmung des Kaisers, den er vollkommen von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt hatte.[4]) Es mag da zuweilen manch schweren Kampf im Arbeitszimmer des Monarchen gegeben haben, da die hohen Militärs, die für eine weitumfassende Aktion schwärmten, es nicht unterließen, den obersten Kriegsherrn für ihre Anschauung gewinnen zu wollen.[5]) Sie ließen es die Sorge anderer sein, die Kosten für die Ausrüstung einer im großen Stile geplanten Unter-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. Mai 1879.

[2]) Reuß an Bismarck, Wien, 21. Juni 1879.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. Mai 1879.

nehmung herbeizuschaffen. Der damalige Kriegsminister Graf Bylandt-Rheydt, eine etwas ängstliche Natur, scheute jedoch davor zurück, ein derartiges, viele Millionen von Gulden verschlingendes Unternehmen vor den Delegationen zu vertreten, womit er nur Andrássy zu Hilfe kam.[1]) In erster Reihe war jedoch der Kaiser selbst zu einsichtig und erfahren genug, um sich nicht den Gründen anzuschließen, die der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten für seine Politik ins Treffen führte.[2]) Bedauert wurde allerdings das Unterlassen des Aufgebotes einer ansehnlichen Truppenmacht im Sandžak von Novi-Bazar von denjenigen Gegnern Andrássys, die die Besetzung dieses Gebietes gerne zu seiner Diskreditierung mißbraucht hätten. Mit einiger Berechtigung hätten sie dann sagen können, daß auch der Einmarsch in den Sandžak von Novi-Bazar, gleich dem in Bosnien und die Hercegovina, ungeheure Opfer an Gut und Blut in Anspruch nehmen werde.[3]) Um diesen Trumpf gegen seine Stellung brachte Andrássy rechtzeitig seine Tadler, indem gerade er jede umfangreichere Ausrüstung bekämpfte.

Ein um so leichteres Spiel hatten die Antagonisten des Ministers des Aeußern mit ihren Behauptungen von dessen Sturze, als die öffentliche Meinung nur zu sehr geneigt war, die Ursache des Rücktrittes politischen Umständen zuzuschreiben. Man dachte gar nicht daran, den wahren Grund in persönlichen Verhältnissen, in dem Seelenzustand des Grafen zu suchen. Und doch war dieser in erster Reihe die einzig ausschlaggebende Veranlassung. Andrássy fühlte sich bis in die Knochen hinein ermüdet. Wie er selbst sagte, hatte er während der letzten Delegation[4]) das Gefühl, er sei nahe daran, „zusammenbrechen" zu müssen.[5]) „Nach dreizehnjähriger angestrengter Tätigkeit schien es mir an der Zeit," schrieb er an Graf Károlyi, „mich nicht vom politischen Leben, wohl aber von der Stellung und Verantwortlichkeit eines Ministers

---

[1]) Wie wenig man damals über die wirklichen Verhältnisse unterrichtet war, beweist am schlagendsten die Tatsache, daß man Graf Bylandt-Rheydt es so darstellte, als gäbe es zwischen Andrássy und ihm ernstere Differenzen, weil er zum Einmarsch in den Sandžak von Novi-Bazar eine namhaftere Truppenmacht aufbieten wolle und Andrássy die Nötigung hierzu bestreite. „Neue Freie Presse", 14. August 1879, „Zur Andrássy-Krise".

[2]) Reuß an Bismarck, 21. Juni 1879.

[3]) Ibidem.

[4]) 11. Delegation vom 27. Februar bis 15. März 1879.

[5]) Reuß an Bismarck, Wien, 13. August 1879.

zurückzuziehen."[1]) Körperliche und psychische Ermattung erzeugten in ihm eine Stimmung, die ihn förmlich gleichgültig gegen alles machte, was nicht in unmittelbarer Beziehung zu den noch zu erledigenden Angelegenheiten seines Ressorts und der Durchführung des Berliner Vertrages gehörte. Entschlossen, abzudanken, ging Andrássy jetzt mit voller Absichtlichkeit allem aus dem Wege, was ihn für die Zukunft binden könnte. Er mied es, politische Fäden für längere Zeit vorauszuspinnen. Kurz, seine ganze Wirksamkeit war nicht mehr die Tätigkeit eines Ministers, der einen auf eine unbeschränkte Periode politischen Schaffens gegründeten Plan verfolgt, sondern nur die eines Mannes, der die vorhandenen Schwierigkeiten noch zu beseitigen sucht, um rasch zu einem Abschluß zu gelangen.[2]) Vor allem beschäftigte ihn jetzt die Idee eines längeren Landaufenthaltes auf seinen Gütern, dessen Genüsse er sich in seiner lebhaften Phantasie aufs herrlichste ausmalte. Jetzt erfüllte ihn nur die Sehnsucht nach Ruhe und das Verlangen, endlich auch an die Pflege seiner Gesundheit denken zu dürfen, wobei er das Bewußtsein hatte, diese bisher dem Wohle des Staates zum Opfer gebracht zu haben.[3]) Keinen Augenblick verließ ihn die Ueberzeugung, daß die von ihm befürwortete Politik die einzig richtige gewesen und unter den gegebenen Verhältnissen auch keine andere gemacht werden konnte.[4])

* * *

Ursprünglich dachte Andrássy nicht an völligen Rücktritt, sondern nur an einen längeren Urlaub. In den Kreisen, die Andrássy damals nicht scheiden lassen wollten, wurde der Gedanke erwogen, für die Zeit seines Urlaubes Freiherrn von Haymerle, den Botschafter am italienischen Hofe und gewesenen zweiten Bevollmächtigten beim Berliner Kongresse, mit der Stellvertretung des Ministers des Aeußern zu betrauen. Als infolge einer unliebsamen Indiskretion die erste Nachricht von diesem Plane in die Oeffentlichkeit drang, erzeugte sie naturgemäß das größte Auf-

---

[1]) Andrássy an Graf Károlyi in London, 6. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. In diesem Sinne hatte er sich bereits zur Zeit des Berliner Kongresses gegenüber Károlyi geäußert.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 30. April 1879.

[3]) Ibidem, Wien, 6. Juni 1879.

[4]) Ibidem.

sehen.[1]) Er entsagte wohl dem Gedanken der interimistischen Leitung durch Haymerle, die Absicht aber, sich in irgendeiner Weise der Geschäfte selbst zu entledigen, hatte er nicht aufgegeben. Immer wieder kam er darauf zurück.[2])

Andrássy schien der Gefangene seines Vorsatzes zu sein. Im Sommer 1879 war es ihm schon nicht mehr um einen Urlaub zu tun. Jetzt wollte er nur von völligem Abschied wissen. Im Monat Mai beauftragte er denn auch den Minister a latere, Baron Béla Wenckheim, den Herrscher zu sondieren, wie er sich dazu verhalten würde. Der Kaiser erklärte sofort, Andrássys Rat weder in der äußern noch in der inneren Politik entbehren zu können; er sei wohl bereit, ihm einen Urlaub von mehreren Monaten zu gewähren, doch nicht den Rücktritt.[3]) Kaum hatte Wenckheim seinem Freunde diese Botschaft überbracht, als sich Andrássy auch schon selbst zum Monarchen begab.[4]) Die Aussprache zwischen dem Kaiser und dessen Minister hatte nicht den Erfolg, diesen in seinem Entschlusse wankend zu machen. Andrássy fürchtete, den günstigen Moment zu verpassen, indem nach Abzug der russischen Truppen aus Rumelien und Bulgarien verhältnismäßige Ruhe in den europäischen Angelegenheiten eintreten würde. Er besorgte, daß nach Verlauf einiger Monate neue Ereignisse auftauchen könnten, die dann sein Verbleiben im Amte erfordern würden. Die jetzige Lage jedoch betrachtete Andrássy als einen Abschluß der orientalischen Wirren, die in Bosnien und der Hercegovina begonnen und in Berlin ihre Lösung gefunden hatten. Mit diesem Ruhepunkte in den politischen Verhältnissen Europas wollte er auch das Ende seiner ministeriellen Tätigkeit zusammenfallen lassen.[5])

So leicht jedoch, als sich Andrássy die Sache vorgestellt haben mochte, war sie doch nicht durchzuführen.[6]) Weder die

---

[1]) Im Frühjahr 1879 hatte Andrássy einer ihm befreundeten Person, die mit dem Wiener Rothschild in geschäftlicher Verbindung stand, vom Urlaub gesprochen. Das Wiener Rothschildsche Haus berichtete diese Neuigkeit nach Paris, und Bismarck glaubte mit Sicherheit, den Pariser Rothschild als die Quelle der weiteren Verbreitung bezeichnen zu können. Prinz Reuß, Wien, 26. und 29. Juni 1879.

[2]) Reuß an Bismarck, 29. Juni 1879.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 24. Mai 1879. Wenckheim erzählte selbst den Verlauf der Audienz dem Baron Orczy.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem, 27. Mai 1879.

[6]) Idem ad eandem, 30. Mai 1879.

politische Situation noch der Wille des Monarchen waren seinem Verlangen günstig. Da wurde der Minister im Juni von einer schweren Erkrankung befallen, die ihn sich über alle Bedenken hinwegsetzen ließ. Von einem scharfen Ritt zu Pferde ganz durchnäßt heimgekehrt, beging Andrássy die Unvorsichtigkeit, sich nicht rasch umzukleiden. Er, der stets für Katarrhe sehr empfänglich gewesen, verspürte alsbald ein starkes Frösteln. Die von den Aerzten befürchtete Lungen- und Rippenfellentzündung stellte sich auch wirklich ein. Andrássy hustete sehr stark, warf Blut aus und war von einer ganz unglaublichen Gereiztheit und Nervosität. Obgleich sich sein Zustand besserte, machte er doch auf seine Umgebung den Eindruck, daß er sich für lange jeder ernsteren Beschäftigung werde enthalten müssen. Seine Krankheit gab bereits Anlaß zur Beunruhigung in Europa. Sehr lebhaften Anteil an derselben nahm vor allen der Monarch, der ihn mit seiner hohen Gemahlin im Krankenzimmer besuchte. Der Kaiser lud ihn auch ein, anstatt in der von Ueberschwemmungen heimgesuchten Theißgegend, wohin er sich begeben wollte, die Zeit der Rekonvaleszenz in Ischl, dem Aufenthaltsort des Monarchen, zu verbringen.[1]) Andrássy erholte sich wohl in der würzigen Luft des Salzkammergutes, von wo er am 6. August in Wien eintraf,[2]) aber die glücklich überstandene Krankheit hatte seine Sehnsucht nach Ruhe nicht vermindert und zum wenigsten in ihm den Entschluß zum Rücktritt erschüttert. Weder in der Oeffentlichkeit noch in der diplomatischen Welt hatte man eine Ahnung davon, daß der wieder genesene Minister des Aeußern noch immer an seine Entlassung denke. Die Zeitungen, die sich während seiner Krankheit soviel mit dieser Angelegenheit befaßten, nahmen jetzt gar keine Notiz mehr davon, als wenn sie gänzlich abgetan wäre. Plötzlich aber verbreitete sich zur allgemeinen Ueberraschung am 10. August die Nachricht, Andrássy scheide aus dem Amte. So sorgfältig war das Geheimnis gehütet worden, daß Andrássy noch einige Tage vorher dem deutschen Botschafter, mit dem er konferierte, nicht die geringste Andeutung machte, sondern ihm vielmehr sagte, er werde am 20. August dem Kaiser Vortrag halten, sich dann auf sein Gut nach Terebes begeben, von wo aus er die Geschäfte weiter leite.[3]) Auch Kaiser Franz Josef I. hüllte sich

[1]) Nach Briefen des Baron Orczy an seine Mutter vom 6. bis 22. Juni 1879. Reuß an Bismarck, 19. Juni 1879.

[2]) Reuß, 7. August 1879.

[3]) Ibidem an Bismarck, 13. August 1879.

in tiefes Stillschweigen. Gegenüber Kaiser Wilhelm, mit dem er am 9. August in Gastein zusammentraf und der voll Lobes über Andrássy war, äußerte der Monarch, daß dieser sein ganzes Vertrauen besitze. Mit keinem Worte aber erwähnte er, daß ein Wechsel in der äußeren Leitung der Monarchie bevorstehe. Nur dem deutschen Botschafter sagte der Kaiser: Andrássy trage sich mit „bösen Gedanken“ und sei kein Mann, der lange und gern arbeite, was Reuß auf Urlaubsabsichten des Ministers deutete.[1]) Wie sich später herausstellte, hatte Franz Josef I. Kaiser Wilhelm gegenüber den Rücktritt Andrássys nicht berührt, weil er noch immer hoffte, es werde ihm gelingen, den Minister anderen Sinnes zu machen und ihn umzustimmen.[2]) Denn das ist sicher und erleidet keinen Zweifel, wie es auch Fürst Reuß bestätigt, daß das Verlangen zur Entlassung ausschließlich von Andrássy selbst ausging. Ganz und gar gegen den Willen des Kaisers, der sich lange sträubte, seine Zustimmung zu erteilen.[3]) Andererseits aber schreckte der Kaiser vor der Verantwortung zurück, Andrássys eben hergestellte Gesundheit zu untergraben. Aus dieser Ursache fügte er sich endlich nach vielem Sträuben und Drängen zum Bleiben dem wiederholt vorgebrachten Wunsche Andrássys.

Als die Begegnung der beiden befreundeten Monarchen in Gastein stattfand und Franz Josef I. sich über den Rücktritt noch stillschweigend verhielt, hatte er bereits dem Grafen Andrássy die von diesem erbetene Entlassung bewilligt. „Verschiedene Umstände,“ schrieb der Minister am 6. August, also drei Tage vor der Gasteiner Entrevue, an Graf Károlyi in London, „die Dir teils bekannt sind, teils mündlicher Mitteilung vorbehalten bleiben mögen, haben mir die Ausführung meines Vorhabens bisher unmöglich gemacht. Noch vor Beginn der Delegationssession hatte ich Seiner Majestät meine Absicht vorgetragen,[4]) nach Schluß derselben erlaubte ich mir, darauf zurückzukommen; allein jedesmal gab es zwingende Motive, welche mein vorläufiges Verbleiben erheischten.“ Die „zwingenden Motive“ entsprangen nicht nur der Hoffnung

---

[1]) Geheimer Legationsrat von Bülow an das Auswärtige Amt in Berlin, Salzburg, 13. August 1879.

[2]) Reuß, 18. August 1879.

[3]) Idem, 13. August 1879, und Baron Orczy an seine Mutter, 22. August 1879.

[4]) Also noch vor dem 27. Februar 1879. Das steht eigentlich im Widerspruch zur Angabe Orczys, daß Béla Wenckheim erst im Mai 1879 den Monarchen deswegen sondierte. Dieser Widerspruch wäre nur so zu erklären, daß im Mai bereits ein zweiter Sondierungsversuch Wenckheims stattfand.

des Monarchen, Andrássy doch noch zum Verbleiben auf seinem Posten bewegen zu können. Der Minister selbst hatte die Empfindung, daß er nicht gehen dürfe, ehe der politische Horizont nicht geklärt sei und der Kaiser noch seines Rates benötige. „Nun endlich," heißt es weiter in dem Briefe an Károlyi, „da die Russen den Balkan geräumt haben und der Berliner Friede im großen und ganzen verwirklicht ist; nun, da die Resultate unserer politischen Aktion nach außen vorliegen und von innen keine Anfechtung mehr erfahren können, durfte ich, ohne den geringsten Schein, irgendeiner Gefahr oder Schwierigkeit ausweichen zu wollen, wieder an mich selbst denken und Seiner Majestät meine Bitte wieder vortragen. Der allergnädigste Herr," fährt Andrássy fort, „Allerhöchstdessen Unterstützung mir in schweren Zeiten nie gefehlt hat, hat mir auch diese Huld nicht versagt und mir die Erfüllung meiner Bitte zu versprechen die Gnade gehabt." [1]) Dieses Schreiben Andrássys ist von um so größerer Wichtigkeit, als es mit voller Billigung von dessen Inhalt durch den Kaiser selbst an Graf Károlyi abgesandt wurde.[2]) Bedarf es einer noch wirksameren Widerlegung der in den oppositionellen Zeitungen vorgebrachten Behauptungen, daß Andrássy „über seine eigene Schwelle stolperte", nachdem er sich „so ängstlich und starr" an das von ihm „festgehaltene Portefeuille" geklammert habe? [3])

Doch nicht bloß die noch nicht überwundene Abneigung des Kaisers, seinen Minister zu verabschieden, sondern auch die politischen Verhältnisse nötigten zur vorläufigen Hütung des Geheimnisses. Ehe die Welt Kenntnis davon erhielt, sollte früher die Frage der Nachfolgerschaft geregelt werden. Hierüber wurde lange zwischen dem Kaiser und dem abtretenden Minister verhandelt. Bei der ersten Verlautbarung von der Entlassung waren die „lachenden Erben", wie Reuß die Beust, Szécsen, Hübner nennt, nach Wien gekommen.[4]) Zu ihnen gehörte auch der gemeinsame Finanzminister Baron Hofmann, der sich mit der Hoffnung schmeichelte, er könnte berufen sein, nach Andrássy in das Palais am

---

[1]) Andrássy an Graf Károlyi, Wien, 6. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Auf die Kopie des dem Kaiser vorgelegenen Schreibens vom 6. August bemerkte Andrássy eigenhändig: „Wurde erst weggesendet, nachdem Eure Majestät Einsicht genommen haben," wozu der Monarch gleichfalls eigenhändig bemerkte: „Gesehen."

[3]) „Neue Freie Presse", 13. August 1879.

[4]) Reuß, 13. August 1879.

Ballplatz einzuziehen.[1]) Aber Orczy hatte recht, dem deutschen Botschafter zu sagen, daß Andrássy nie einen dieser „Sturmvögel", deren Tendenzen er zu genau kenne, dem Monarchen als seinen Nachfolger vorschlagen würde.[2]) Dazu ward der Londoner Botschafter Graf Aloys Károlyi erkoren, nachdem auch der Kaiser gefunden, „daß," wie Andrássy an seinen Freund schreibt, „kein anderer so wie Du zur Uebernahme dieser Aufgabe geeignet erscheint". Sowohl Franz Josef I. als auch Andrássy legten das größte Gewicht darauf, daß schon Name und Stellung des neuen Ministers es weithin erkennen lassen, daß der Wechsel „keine Aenderung, keine Schwenkung in der Politik der Monarchie bedeute". Der Herrscher und dessen bisheriger Ratgeber waren überzeugt davon, daß unter allen zur Verfügung stehenden Diplomaten kein anderer so sehr diesen Anforderungen entspreche als Károlyi. Doch nicht nur nach außen hin sollte dessen Ernennung die Stetigkeit in den leitenden Grundsätzen versinnbildlichen. Auch nach innen hin hielt es gerade der Kaiser für höchst wünschenswert, daß der neue Minister des Aeußern ein Ungar sei, „um," wie sich Andrássy in dem Schreiben an Károlyi ausdrückt, „besonders nach den letzten Wahlen[3]) jedem Ueberhandnehmen föderalistischer oder feudaler Veilletäten einen Riegel vorzuschieben, ferner um zu vermeiden, daß die Opposition die Besorgnisse vor einer einseitig slawischen Politik zur Diskreditierung unserer Orientaktion ausbeute". Andrássy stellte dem Grafen Károlyi seine Unterstützung in Aussicht und teilte ihm mit, daß Tisza und Taaffe, die allein in das Geheimnis seines Rücktrittes eingeweiht seien, sich nur für den Fall beruhigt erklären, wenn er, Károlyi, die auf ihn gefallene Wahl annehme. Gleichzeitig schilderte er ihm den persönlichen Verkehr mit dem Kaiser als einen geradezu idealen. „Ich diene," lauten die Worte Andrássys, „Seiner Majestät über 13 Jahre und weiß, daß es keinen Monarchen in Europa gibt, dessen persönliche Eigenschaften jeder Intrige so den Boden entziehen und den Dienst zu einem so angenehmen gestalten." [4])

Mochte Andrássy seinem Freunde auch noch so sehr zureden, dem Rufe des Kaisers zu entsprechen, so wußte er doch nur zu gut, wie behaglich sich Károlyi in seiner jetzigen Stellung als Botschafter in London fühle und wie schwer es ihm fallen würde,

---

[1]) Reuß, 13. August 1879 und Baron Orczy an seine Mutter, 23. August 1879.

[2]) Reuß, 13. August 1879.

[3]) Bezieht sich auf die österreichischen Wahlen für den Reichsrat.

[4]) Andrássy an Károlyi, Wien, 6. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

sich in eine ihm neue Sphäre einzugewöhnen. Der Minister machte daraus auch kein Hehl vor dem Monarchen, der aber meinte: „Die besten Bischöfe sind die, die es nicht werden wollen.“ [1]) Das erste Telegramm, das als Antwort auf den Brief Andrássys aus London in Wien eintraf, schien dem Kaiser recht zu geben, daß Károlyi der an ihn ergangenen Aufforderung Folge leisten werde.[2]) Bald jedoch ergab es sich, daß der Londoner Botschafter mißverstanden worden und daß Andrássys Befürchtung, Károlyi werde Schwierigkeiten machen, nicht unbegründet war. Eine wie hohe Meinung auch sonst der Londoner Botschafter von seinen Talenten als Vertreter Oesterreich-Ungarns im Auslande hatte,[3]) so fühlte er sich doch „unbedingt untauglich“ zur Uebernahme der Leitung des Ministeriums des Aeußern. Wohl sähe er in der Betrauung damit die höchste und schönste Befriedigung seines Ehrgeizes, allein richtige Selbsterkenntnis verbiete es ihm, zum Schaden des Dienstes ein „ungenügender“ Minister zu werden. Károlyi bat, seine Ablehnung nicht als Mangel an Ergebenheit zu nehmen. Doch könnte er bei seiner „totalen parlamentarischen Unfähigkeit“ gerade aus Ergebenheit für den Kaiser und die Monarchie sich nicht auf den Platz stellen, wohin man ihn berufe. Nicht nur sei er kein geborener Redner, sondern wäre überhaupt unfähig, öffentlich zu sprechen, eine Debatte zu leiten oder die ministerielle Politik gegenüber oppositionellen Rednern zu verteidigen; auch besitze er nicht die Arbeitskraft, wie sie für die tägliche Tätigkeit des Ministers des Aeußern erfordert werde. „Ich würde,“ schreibt der Botschafter an Andrássy, „nicht bloß persönlich eine ganz erbärmliche und lächerliche Rolle spielen, sondern die Politik selbst, die ich zu vertreten hätte, würde so sehr darunter leiden, daß ich bald unter dem Hohn- und Spottgelächter der Blätter und im wohlverstandenen Interesse der Regierung das Feld würde räumen müssen. Das wäre der traurige, aber unausbleibliche Schluß meiner öffentlichen Laufbahn, welche ich sonst mit Ehren bestanden.“ [4])

Gegenüber einer derart entschiedenen Absage konnte und durfte nicht weiter Graf Károlyi als künftiger Minister des Aeußern in Betracht kommen. Nunmehr mußte nach einer anderen, hierzu

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 6. August 1879.

[2]) Károlyi an Andrássy, London, 14. August 1879. In diesem Schreiben erwähnt Károlyi, zuerst ein Telegramm in diesem Sinne abgesandt zu haben.

[3]) Ibidem, London, 13. August 1879.

[4]) Ibidem.

mehr geeigneten Persönlichkeit gesucht werden. Die Auswahl war nicht sehr groß. Selbst die politischen Gegner Andrássys hätten sich in größter Verlegenheit befunden, in ihren eigenen Reihen einen passenden Erben für den abtretenden Minister zu bezeichnen.[1]) Andrássy dachte einen Moment an Graf Ferdinand Trauttmansdorff, der sich bei den Verhandlungen Taaffes mit der Majorität des österreichischen Reichsrates bemüht hatte, ein der auswärtigen Politik Andrássys günstiges Ministerium ins Leben zu rufen.[2]) Allein Trauttmansdorff hatte schon zu einer Zeit, als ihn der Kaiser noch vor Taaffe zum österreichischen Ministerpräsidenten machen wollte, erklärt: nicht die nötigen Nerven zu besitzen, um den an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen.[3]) Somit konnte auf ihn jetzt schon gar nicht gezählt werden. Als mutmaßliche künftige Minister des Aeußern wurden Richard Metternich und Feldzeugmeister Mollinary, auch der Statthalter von Galizien, Graf Potocki, und der ehemalige ungarische Ministerpräsident Szlávy genannt.[4]) Auf keinen von diesen Männern vermochten sich der Kaiser und Andrássy zu vereinigen. Die richtige Lösung der Nachfolgerfrage bereitete große Sorgen. Unter diesen Umständen mußte sich wie von selbst die Aufmerksamkeit auf Haymerle lenken, an den ja Andrássy schon im Frühling 1879 als seinen provisorischen Stellvertreter gedacht hatte. Andrássy wußte, daß der Botschafter am italienischen Hofe ein sehr gescheiter und höchst ehrgeiziger Mann sei, der alles daran wenden werde, um sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen. Auch hatte Haymerle, was mit ins Gewicht fiel, sich bisher und auch am Berliner Kongreß als gleichgesinnter Vertreter der Politik Andrássys bewährt.[5]) Ihn schlug er daher zu seinem Nachfolger vor. Noch ehe jedoch Haymerle die Berufung nach Wien erhalten hatte, traf in Wien ein Schreiben von ihm ein, worin er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß der Entschluß seines Chefs kein unwiderruflicher sein werde und dieser sein begonnenes Werk nicht anderen Händen überlassen möge.[6]) Nachdem Haymerle in den Besitz der Ver-

[1]) Reuß, 15. August 1879.

[2]) Ibidem, 8. Februar 1879.

[3]) Idem, Wien, 22. Januar 1879.

[4]) Ibidem. „Neue Freie Presse", Abendblatt, 13. August 1879.

[5]) Orczy an seine Mutter, 25. u. 26. August 1879.

[6]) Haymerle an Andrássy, Bad Rippoldsau (Großherzogtum Baden), 18. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. Andrássy bemerkte eigenhändig auf dem Schreiben Haymerles: „Diesen Brief bekam ich heute, also noch bevor Haymerle die Berufung erhalten konnte."

ständigung gelangt war, sich aus dem Bad Rippoldsau, wo er eben weilte, nach Wien zu begeben, traf er da am 25. August ein. Andrássy versetzte es in sehr gute Stimmung, als sich der Botschafter bereit erklärte, an die Spitze des Ministeriums des Aeußern zu treten. Die Entscheidung selbst wurde für den Moment vorbehalten, bis der Kaiser aus dem Brucker Lager nach seiner österreichischen Residenz zurückgekehrt sein werde.[1]) Von Wichtigkeit war es, daß endlich der Mann gefunden war, den Andrássy dem Kaiser als die Kraft bezeichnen durfte, dem mit Vertrauen und Beruhigung die fernere Leitung der bisherigen Politik überlassen werden könne. Denn nicht zum geringsten handelte es sich darum, durch die Wahl des neuen Ministers des Aeußern in Berlin nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als sollte durch den Rücktritt Andrássys ein Abschwenken von seiner Richtung erfolgen.

In der deutschen Hauptstadt, wo man jetzt gar nicht mit der Demission Andrássys rechnete, hatte die Nachricht davon mit der Gewalt einer Bombe gewirkt. Kaiser Wilhelm äußerte, er sei geradezu außer sich über die Absicht Andrássys. Es mag, meinte der deutsche Herrscher, an seine Stelle treten, wer da will, eine Persönlichkeit wie Graf Andrássy ist unmöglich, da niemand wie er das Vertrauen von uns und Rußland, also die Richtung des Drei-Kaiser-Verständnisses, zu erhalten vermag, und auch unter den schwierigsten Verhältnissen erhalten hat. Wenn auch Rußland in neuester Zeit, sagte der greise Kaiser, nicht „grün" auf Oesterreich zu sprechen war, so ist doch das Vertrauen auf Graf Andrássy gewiß nicht beim Kaiser Alexander geschwunden. Der deutsche Monarch war so sehr von der Notwendigkeit der Erhaltung Andrássys auf seinem Platze durchdrungen, daß er Fürst Bismarck ermächtigte, dem Grafen seine Ansicht über dessen Rücktritt „glühwarm" auszusprechen und ihn um alles zu bitten, daß er seinen Vorsatz ja nicht ausführe.[2]) Kaiser Wilhelm ließ die Sorge um dies befürchtete Ereignis keine Ruhe. Am nächsten Tage, den 19. August, nachdem er sich am 18. in der erwähnten äußerst schmeichelhaften Weise über die Demission Andrássys geäußert, wiederholte er Herrn von Radowitz gegenüber seine Worte: Vielleicht gelingt es Bismarck doch noch, die Ausführung des unglücklichen Vorsatzes zu verhindern.[3])

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. August 1879.

[2]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, 18. August 1879.

[3]) Radowitz an Bismarck, 19. August 1879.

Wie sein Herrscher war auch Fürst Bismarck von Besorgnissen für die Zukunft erfüllt. Prinz Reuß hatte sofort dem Sektionschef Baron Orczy diese Gefühle des Reichskanzlers verdolmetscht, der den Abgang Andrássys für eine Kalamität halten werde, da selbst beim besten Willen dieser Personenwechsel nicht ohne tiefen Einfluß auf die innere wie äußere Politik Oesterreich-Ungarns bleiben könne.[1]) In der Tat befürchtete Fürst Bismarck, Andrássy sei vor der Uebermacht der früher von Erzherzog Albrecht vertretenen militärisch-konservativen Partei zurückgewichen, mit deren Unterstützung Fürst Gorčakov vor einigen Jahren innerhalb des Drei-Kaiser-Bündnisses zum Nachteile Deutschlands einen engeren Bund zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn stiften wollte.[2]) Diese Annahme wurde jedoch rasch durch Fürst Reuß erschüttert, der berichtete, daß nur Ruhebedürfnis und die Pflege der Gesundheit die einzig wahren Ursachen des Rücktrittes seien.

Dies wurde ferner noch bestätigt durch eine im Auftrage des Kaisers von Freiherrn von Beck, dem Chef der Militärkanzlei, an den Berliner Militärbevollmächtigten Fürst Liechtenstein gerichtete Weisung, die zur Kenntnis der höchsten Kreise Deutschlands gebracht werden sollte. In diesem Schriftstück hieß es: „Ich muß Eurer Durchlaucht hierbei besonders betonen, daß der Anlaß sowohl für das Enthebungsgesuch des Ministers als für dessen Annahme durch Seine k. u. k. apostolische Majestät ausschließlich in den Gesundheitsverhältnissen des ersteren zu suchen sei, und daß weder die Verhältnisse im Innern der Monarchie, wie die Neubildung des Ministeriums, noch die Frage der Besetzung von Novi-Bazar in irgendwelcher Weise von maßgebendem Einflusse waren.“[3]) Gleichwie Beck auf Befehl des Kaisers versicherte, daß mit dem Ausscheiden des Ministers aus dem öffentlichen Dienste kein Systemwechsel verbunden sei und die Freundschaft mit Deutschland weiterhin gepflegt werden solle,[4]) gab auch Andrássy selbst beruhigende Erklärungen. Zur Bekräftigung dessen, wie tief schon die Annäherung zwischen den beiden Nachbarstaaten Wurzel geschlagen habe, erzählte er dem deutschen Botschafter, daß Erz-

[1]) Reuß an Bismarck, 13. August 1879.

[2]) Fürst Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 5. September 1879.

[3]) Feldmarschalleutnant Beck an den Fürsten Liechtenstein, Wien, 22. August 1879. Ungedruckt.

[4]) Ibidem. Hier lautete es noch: „Desgleichen soll durch die Bildung eines neuen Ministeriums in der diesseitigen (Oesterreich) Reichshälfte keinerlei Aenderung in der bisherigen Politik hervorgerufen werden.“

herzog Albrecht, der bisher als der enragierteste Anhänger eines russisch-österreichisch-ungarischen Bündnisses gegolten, jetzt zu ihm gekommen sei, um ihn zu beschwören, daß er seinen Platz nicht verlasse. Sie sind — habe ihm der Erzherzog gesagt — der Träger der für Oesterreich-Ungarn allein möglichen Politik; nur die Allianz mit Deutschland gewähre jetzt der Monarchie Sicherheit gegen Rußland und eine Bürgschaft für den Einfluß auf den Orient, den Oesterreich-Ungarn haben müsse. „Glauben Sie mir," fügte Andrássy dem hinzu, „ich werde, wenn ich auch nicht mehr Minister bin, ein tätiger und nützlicher Freund Deutschlands bleiben." Andrássy erwähnte noch, er habe sich in diesem Sinne auch zum Kaiser geäußert, dem gegenüber er betonte, daß es ihm als Mitglied des ungarischen Reichstages noch kräftiger denn als Minister des Aeußern möglich sein werde, die guten Beziehungen zu Deutschland zu fördern. Stände doch die Vorlage des neuen Armeegesetzes bevor, das stark angefeindet werden wird und ohne dessen Bewilligung Oesterreich-Ungarn ein wertloser Alliierter bleibe.[1]) Bedurfte es für Bismarck noch weiterer Beweise dafür, daß alle Alarmgerüchte, die durch das Entlassungsgesuch erzeugt wurden, auf Unwahrheit beruhen, so sollte er auch diese bald aus dem Munde Andrássys selbst erhalten. Der deutsche Kanzler konnte nunmehr seinem Herrscher bestätigen, daß der Rücktritt ebensosehr dem tatsächlichen Bedürfnis nach Erholung als im vollen Einverständnis mit dem Kaiser erfolge, als politisches Manöver zur Vorbereitung seines künftigen Wiedereintrittes. Nachdem sich die parlamentarischen Gegner Andrássys abgenutzt und ihre Kämpfe untereinander dem Kaiser die Bildung einer konservativ-liberalen Regierungsfraktion gestatteten, sollte auf dieser Basis die Rückkehr des aus dem Amte scheidenden Ministers des Aeußern ermöglicht werden.[2]) Indem der Kaiser und König Franz Josef I. dem deutschen Botschafter gegenüber erwähnte, daß ihm selbst der Wechsel im Ministerium höchst unangenehm sei, und er es noch gar nicht fassen könne, wie Andrássy ohne Staatsgeschäfte in ländlicher Zurückgezogenheit leben werde, fügte der Monarch rasch die auch Fürst Reuß überraschenden Worte hinzu: „Er (Andrássy) kommt ja bestimmt wieder."[3]) Wie ernst diese Kombination in Aussicht genommen war, dafür bürgt auch der Ausspruch Andrássys, daß er, wofern die Ereignisse eine große Aktion

[1]) Reuß an Bismarck, 22. August 1879.
[2]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 29. August 1879.
[3]) Reuß an Bismarck, 23. September 1879.

erheischen und der Kaiser seiner wieder benötige, sofort zu dessen Verfügung stehe.[1]) Diese eventuelle Rückkehr in der Stunde der Gefahr war eher möglich, wenn Andrássy jetzt freiwillig ging, als wenn er warten hätte wollen, bis sein Sturz erfolge. Nicht nur in Berlin sah man Andrássy mit einem „Gefühl der Wehmut", wie sich Staatssekretär von Bülow äußerte,[2]) aus seinem bisherigen Wirkungskreise scheiden. Auch in London hatte man das volle Verständnis für die Bedeutung dieses Ereignisses. Fast alle bedeutenderen englischen Zeitungen widmeten Andrássys Begabung und Loyalität die größte Anerkennung. Man wußte es in England zu würdigen, daß das Zusammenwirken Großbritanniens mit Oesterreich-Ungarn in der letzten schweren Krise des Kontinentes sein Werk gewesen. Lord Salisbury, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Englands, schrieb damals an Andrássy, wie sehr ihm die englische Regierung zu Dank verpflichtet sei für das Vertrauen und die Harmonie, die jetzt glücklicherweise zwischen den beiden Staaten bestehe.[3])

Nicht der gleichen Anerkennung konnte sich, wenigstens nicht von allen Seiten, Graf Andrássy im Momente seiner Demission in Oesterreich erfreuen. In dem vornehmsten Blatte der österreichischen Opposition war zu lesen, daß er der Verfassungspartei stets ein Fremder gewesen, der sich allgemach in einen Gegner und aus einem Gegner in einen erbitterten Feind verwandelte.[4]) Auf eine für die Verfassungspartei so maßgebende Persönlichkeit, wie den früheren Handelsminister des Ministeriums Auersperg, Freiherrn von Chlumecky, machte dagegen der im August angekündigte Rücktritt Andrássys den Eindruck „tiefster Betrübnis". „Eine der sichersten und festesten Bürgschaften für die Aufrechthaltung der gegenwärtigen Staatsordnung," schrieb Chlumecky an den Minister des Aeußern, „geht damit verloren, und mit tiefer Besorgnis sieht man der Zukunft entgegen. Wohin wird wohl dieses arme Oesterreich getrieben werden! Möge allzu schweres Unheil vermieden werden!"[5]) „Das Vaterland" aber,

---

[1]) Reuß an Bismarck, 30. August 1879.

[2]) Graf Emerich Széchenyi (Botschafter in Berlin seit der Versetzung Károlyis nach London) an Andrássy, Berlin, 30. August 1879. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Lord Salisbury an Andrássy, 31. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) „Neue Freie Presse", 17. August 1879.

[5]) Freiherr von Chlumecky an Andrássy, Brunn am Gebirge, 14. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

als Organ der feudalen Kreise, gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß durch das Scheiden Andrássys die Zeit der von ihm begründeten gebundenen Marschroute zu Ende sei.[1]) In Ungarn jubelten zuerst die Oppositionellen, weil sie hofften, daß der Sturz des Ministers des Aeußern bald auch den ihres grimmigsten Gegners, des Ministerpräsidenten Koloman von Tisza, nach sich ziehen werde. Bald freilich dämpften sie ihre Freude, weil sie fanden, daß der „Parlamentarier" Andrássy von ihnen doch noch weit mehr zu fürchten sei als der ungarische Ministerpräsident.[2]) Die der Regierung zugetanen ungarischen Blätter aber beschlich die Besorgnis, daß mit Andrássy die „Säule des Liberalismus und der konstitutionellen Zustände" falle, und man vor der in Oesterreich um sich greifenden und an die Macht gelangten Reaktion auf der Hut sein müsse. Alle Parteien in Oesterreich-Ungarn hatten das Gefühl, daß der Abgang Andrássys einen tiefbedeutsamen Wendepunkt in der Geschichte der Monarchie bedeute.

---

[1]) „Das Vaterland."

[2]) Reuß an Bismarck, 30. August 1879.

Neuntes Kapitel

Entstehungsgeschichte des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses

Als Andrássy Minister des Aeußern wurde, fand er einen Zustand vor, der nicht sehr günstig für die Monarchie war. Während Rußland und Deutschland in einer traditionell ungemein innigen Intimität lebten, begegneten beide Reiche uns mit dem denkbar größten Mißtrauen. Nur allmählich gelang es Andrássy, diesen Bann zu brechen und Oesterreich-Ungarn seinen Platz in der Zwei-Kaiser-Entente zu sichern, aus dem der Drei-Kaiser-Bund entstand. Andrássy bezeichnete damals dem Kaiser Franz Josef I. als vornehmste Aufgabe einer richtigen Politik das Bestreben: Oesterreich-Ungarn die Mitte jenes Dreiecks einnehmen zu lassen, das die drei Kaisermächte bilden, damit keiner der beiden Alliierten — Deutschland und Rußland — dem anderen näher stehe als uns. Als letztes Ziel schwebte ihm dabei die friedliche Lösung unserer „unnatürlichen" Allianz mit Rußland vor, und daß an deren Stelle das alleinige Bündnis mit Deutschland trete.[1]) In der Hoffnung auf das Gelingen dieses Planes wurde Andrássy bestärkt durch die vollzogene Annektierung von Elsaß und Lothringen, die Deutschland von diesem Moment an mit der steten Gefahr eines Revanchekrieges bedrohte. Der österreichisch-ungarische Minister war überzeugt, daß Bismarck eben deswegen fühlen mußte, daß er unserer Freundschaft ebenso benötige, als wir der seinigen mit Rücksicht auf unsere Stellung zu Rußland. Freilich, solange der Bestand des Deutschen Reiches durch das Drei-Kaiser-Bündnis geschützt war und

[1]) Eigenhändige Denkschrift Andrássys über die orientalische Frage. Undatiert. Nach dem Inhalte aus dem Jahre 1886. „Ich erinnere mich, damals (bald nach Uebernahme des Ministeriums des Aeußern) Eurer Majestät als unsere Aufgabe bezeichnet zu haben, daß wir vorerst trachten müßten, die Mitte jenes Dreieckes einzunehmen, welche die drei Kaisermächte in ihrer Allianz formierten, damit keiner der beiden Alliierten dem anderen näher stehe als uns. Wenn dies geschehen, so war die unnatürliche Allianz mit Rußland friedlich zu lösen und an ihrer Stelle ein Bündnis mit Deutschland allein abzuschließen." Gräflich Andrássysches Archiv.

Oesterreich-Ungarn in einer gewissen Isolierung gegenüber den anderen Mächten dastand, hielt der deutsche Kanzler unentwegt an dem bisherigen Verhältnis zu dreien fest. So oft ihm auch Andrássy eine Allianz zu zweien — zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn — nahe legte, spielte Fürst Bismarck den Tauben.[1])

Andrássy war jedoch zu sehr durchdrungen davon, der Monarchie ihre Selbständigkeit zu wahren und sie von der Gebundenheit zu befreien, in der sie durch die Drei-Kaiser-Entente gegenüber Rußland festgehalten wurde, als daß er nicht getrachtet hätte, sie aus dieser zu befreien. Das war aber nur auf dem Wege einer Allianz mit Deutschland zu erreichen, die Deckung gegen feindliche Bestrebungen Rußlands bot. Andrássy richtete sein ganzes Denken und Fühlen darauf, alle solchem Bemühen entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen und gleichzeitig eine Situation zu schaffen, die Oesterreich-Ungarns bisheriger Isoliertheit ein Ende machte und Bismarck nötigte, der Monarchie vor Rußland den Vorzug zu geben. Der Minister säumte nicht, die hierzu nötigen Vorkehrungen zu treffen. Die Reise Franz Josefs I. nach Venedig benahm Italien jeden Vorwand zu einem Angriff und auch die Gelegenheit zu einer gegen uns gerichteten Allianz. Ferner trachtete Andrássy England zu gewinnen und Frankreich zur Ueberzeugung zu bringen, daß wir legale Verbündete Deutschlands sein könnten, ohne Ziele zu verfolgen, die der französischen Nation feindlich wären.[2]) Rußland tat das übrige, um des österreichisch-ungarischen Ministers seit langem erwogenen Plan zur Reife zu bringen.

Anstatt daß Rußland alles aufgewandt hätte, Andrássys Absichten zu durchkreuzen, stellte sich das Zarenreich in immer schärferen Gegensatz zum Deutschen Reiche. Schon seit dem Jahre 1874 bestand zwischen St. Petersburg und Berlin eine Spannung, hervorgerufen durch die Haltung des russischen Kabinettes in der spanischen Anerkennungsfrage.[3]) Noch mehr vertiefte sich die Kluft, als Alexander II. und Gorčakov 1875 die Rolle der Retter des angeblich von Deutschland bedrohten Friedens und der Schutzgeister Frankreichs auf sich nahmen. Niemals hat Bismarck dem russischen Staatskanzler die Rolle verziehen, die er in der berühmten Affäre „Krieg in Sicht?" spielte.[4]) Beide Ereignisse

---

[1]) Eigenhändige Denkschrift Andrássys über die orientalische Frage. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Eigenhändige Denkschrift Andrássys über die orientalische Frage (1886).

[3]) Siehe S. 130 des 2. Bandes.

[4]) Siehe das 9. Kapitel des 2. Bandes: „Krieg in Sicht?"

hatten es dem Lenker der deutschen Politik zum Bewußtsein gebracht, daß er für Zeiten der Gefahr nicht mehr so unbedingt wie 1870 auf die russische Macht werde zählen können. Bismarcks Blick, dem kein höheres Ziel als die Sicherung des von ihm begründeten Deutschen Reiches vorschwebte, mußte sich infolge der eingetretenen Trübung unserer Monarchie zuwenden, die ihm in den Tagen der spanischen Anerkennung und der „Krieg-in-Sicht"-Frage ausgezeichnete Dienste geleistet hatte. Seitdem dürfte er sich mehr mit dem Gedanken einer Allianz zu zweien zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn befreundet haben. Noch war jedoch Bismarck Rußland innerlich nicht entfremdet. Die bisher zur Schau getragenen wenig freundlichen Gesinnungen des Zarenreiches konnte er noch immer auf Rechnung des durch seine — Bismarcks — überragende Größe verletzten Gorčakov setzen. Wie der deutsche Kanzler behauptet, habe er ja auch während des Russisch-Türkischen Krieges und zur Zeit des Berliner Kongresses sich stets als aufrichtiger Freund des nordischen Nachbars erwiesen und förmlich dessen Geschäfte gefördert.

Gerade deswegen bäumte sich sein ganzer Zorn auf, als die russische Presse nach dem Berliner Kongresse wie eine losgelassene Meute auf ihn losfuhr und in allen möglichen Varianten den Satz wiederholte: der deutsche Kanzler habe Rußland auf dem Berliner Kongresse verraten und es um die Früchte des siegreichen Krieges mit der Türkei gebracht. Als nun die „Times" am 2. August einen Artikel brachte, in dem es hieß, daß Bismarck auf dem Berliner Kongreß in dem Kampf Rußlands mit England den Ausschlag zugunsten dieser Macht gegeben, da befahl der Kanzler dem Auswärtigen Amte von Kissingen aus, den Timesartikel nicht ohne Erwiderung zu lassen. Nach seinem Diktate hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu schreiben, daß der Verfasser des Timesberichtes über den Verlauf der Berliner Kongreßverhandlungen keine andere Absicht verfolge, als im Interesse Englands die Verstimmung der Panslawisten gegen Deutschland zu schüren und dieses mit Rußland gänzlich zu verfeinden. Wenn dagegen russische Zeitungen über Deutschlands Stellung auf dem Berliner Kongresse Lügen verbreiten, so leite sie hierbei das natürliche Bestreben, die eigenen Fehler und Mißgriffe auf die Schultern Fremder zu überwälzen. Die Wahrheit sei vielmehr, daß Deutschland jeden Antrag Rußlands in der Versammlung der ersten Minister Europas unterstützte. Was das russische Kabinett nicht den Mut hatte, zu fordern, darauf mußte es verzichten. Russischer zu sein als Rußland selbst, war nicht die Auf-

gabe der deutschen Politik. Alles, was die russischen Bevollmächtigten erreichten, wurde nur mit Hilfe Deutschlands durchgesetzt, das hierfür nicht auf Dankbarkeit rechne.[1]) Fast gleichzeitig — am 9. August — ordnete Bismarck an, daß dem russischen Geschäftsträger in Berlin, von Arapov, in vorsichtiger und vertraulicher Weise ähnliche Eröffnungen gemacht werden sollten. Er wünschte, daß dem russischen Diplomaten nahe gelegt werde, wie wohl selten auf einem Kongreß eine große Macht ohne Verfolgung eigener Interessen sich einer anderen so rückhaltlos zur Verfügung gestellt habe, als Deutschland dem Zarenreiche. Anstatt Dank hierfür zu ernten, zwinge die jetzige Haltung Rußlands das Deutsche Reich, an die Zukunft zu denken und sich nicht für Fragen, die es eigentlich nichts angehen, mit anderen Mächten zu entzweien. Der deutsche Botschafter in St. Petersburg, General Schweinitz, hatte dagegen den Auftrag, der russischen Zeitungskampagne gegenüber vollkommenes Stillschweigen zu beobachten. Nur wenn er mit Fragen bestürmt würde, wie Bismarck darüber denke, hätte er sich einer ähnlichen Sprache zu bedienen, wie sie Arapov genüber anbefohlen worden war. Doch müßte Schweinitz betonen, er vermute nur, daß sich Bismarck täglich durch die ihm gewiß sehr bedauerliche Situation die Frage aufdränge, ob er gegenüber seinem Kaiser noch länger die Verantwortlichkeit für eine Politik tragen könne, die Deutschland isoliere und allmählich ausschließlich vom Willen Rußlands abhängig machen werde. Es scheine ihm — hatte Schweinitz noch zu bemerken —, daß sein Chef bis zum Berliner Kongreß im festen Vertrauen auf Kaiser Alexander nie das Eintreten einer solchen Eventualität befürchtete. Nun aber dürfte ihn die russische Politik selbst zu dieser besorglichen Rechnung mit der Zukunft nötigen.[2])

Noch mehr sollte das Vertrauen Bismarcks auf Rußland durch den Bericht des General Schweinitz vom 8. August erschüttert werden. Der Petersburger Botschafter meldete an diesem Tage, daß Kaiser Alexander jetzt mehr wie je sein eigener Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei und vollkommen unter der Einwirkung des Kriegsministers Miljutin stehe.[3]) An diesem Manne, der im Verein mit dem Konstantinopler russischen Botschafter

---

[1]) Graf Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters an das Auswärtige Amt in Berlin. Kissingen, 8. August 1879.

[2]) Graf Bismarck im Auftrage seines Vaters an das Auswärtige Amt in Berlin. Kissingen, 9. August 1879.

[3]) Schweinitz, Petersburg, 8. August 1879.

Fürsten Lobanov zu den eingefleischtesten Deutschhassern gehörte,[1]) hing Alexander II. mehr als an irgendeiner Persönlichkeit. Er hielt Miljutin für den Roon der russischen Armee.[2]) Vollkommen beeinflußt vom Kriegsminister und dem Konstantinopler Botschafter, ließ sich Alexander II. uneingeschränkt von den in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Strömungen leiten. Der Zar kannte jetzt keine dringendere Sorge, als die um seine Popularität; war ihm doch nicht unbekannt, daß sie durch den Ausgang des Krieges sehr vermindert worden war. Er befand sich daher in stets gereizter Stimmung gegenüber dem Ausland, das ihn, seiner Ansicht nach, um die Früchte des Sieges gebracht habe. Von solchen Gefühlen beseelt, beklagte er sich zu General Schweinitz, daß Rußland eigentlich leer ausgegangen sei, während Oesterreich-Ungarn zwei Provinzen gewonnen habe. Er machte es der deutschen Politik zum Vorwurf, daß sie überall Partei für Oesterreich-Ungarn nehme, auch wenn die russische Regierung nichts fordere. Ebenso beschwerte er sich darüber, daß bei der Liquidation auf dem Balkan Deutschland im Verein mit Oesterreich-Ungarn in den Kommissionen immer gegen die russischen Bevollmächtigten stimme. „Wenn Sie wollen," — apostrophierte er den Botschafter in deutscher Sprache — „daß die Freundschaft, die uns hundert Jahre lang verbunden hat, weiter bestehe, so sollten Sie dies ändern." Dann französisch fortfahrend, was Alexander II. stets tat, wenn er sehr ernst wurde, fügte er mit Bezug auf die Haltung der russischen Presse noch die Worte hinzu: „Cela finira d'une manière très-serieuse."[3])

Fürst Bismarck war es jetzt klar, daß er für die neue deutschfeindliche Richtung nicht mehr Gorčakov allein, sondern vor allem den Zaren selbst verantwortlich machen müsse, der sich in so aggressiver Weise in Abwesenheit seines Staatskanzlers geäußert hatte. Bismarck war entschlossen, sich von seinem gewohnten Gange auch nicht durch Drohungen aus dem Munde des russischen Kaisers abbringen zu lassen. Sie könnten höchstens, wie er sagte, ihn nötigen, die bisherige Unparteilichkeit zwischen den beiden Freunden aufzugeben, gewiß nicht zugunsten der drohenden Seite.[4])

---

[1]) Bismarck an Radowitz, Kissingen, 18. August 1879.

[2]) Radowitz an Graf Bismarck in Kissingen. Berlin, 15. August 1879. Nach mündlichen Mitteilungen Saburovs, des russischen Gesandten in Athen, der damals auf der Durchreise in Berlin weilte.

[3]) Schweinitz, St. Petersburg, 8. August 1879.

[4]) Fürst Bismarck, 11. August 1879.

In welchem Sinne der Kanzler dies meinte, bezeugt am besten seine Verfügung, daß der Bericht des deutschen Botschafters Schweinitz vom 8. August über die gereizte Stimmung Alexanders II dem Grafen Andrássy mitgeteilt werde. Auch diesem waren beglaubigte Nachrichten über das persönliche Eingreifen des Zaren in die auswärtige Politik zugekommen. Wie ist es möglich — äußerte er unter dem Eindrucke der Lektüre der Schweinitzschen Depesche — Vertrauen zu einer solchen Politik zu hegen? Der Minister illustrierte diese Schaukelpolitik mit der Anführung der Tatsache, daß man sich in Rußland 1878 zu Drohungen gegenüber dem Wiener Kabinette hinreißen ließ, während vor kurzem dem Petersburger Botschafter Baron Langenau gesagt wurde, man habe das größte Vertrauen zur weisen Politik Franz Josefs I.[1])

Fürst Bismarck hielt es für nötig, den Bericht des Generals Schweinitz auch dem Kaiser Wilhelm vorzulegen. In vorsichtiger Weise, wie der Kanzler betonte, sollte dem Kaiser hierüber von Radowitz Vortrag gehalten werden. Es war keine leichte Aufgabe, dem greisen Herrscher die Meinung beizubringen, daß die große Undankbarkeit Rußlands die deutsche Regierung nötige, ihre Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und England sehr schonend zu behandeln. Kaiser Wilhelm mußte gesagt werden, daß das ganze jetzt von Rußland befolgte System: in tadelndem und gleichzeitig befehlendem Tone Deutschlands Unterstützung zu verlangen, ohne daß man wüßte, wofür, nur den Zweck verfolge, Verstimmung zu erzeugen. Fürst Bismarck war es bei dieser Darlegung vor allem darum zu tun, seinen Kaiser zu orientieren. Er wollte ihm Klarheit über die momentane Lage verschaffen, damit ihm nicht von anderer Seite die Meinung beigebracht werde, es handle sich um eine plötzliche Wendung der deutschen Politik.[2]) Kaiser Wilhelm vermochte sich allerdings den vorgebrachten Argumenten nicht zu verschließen. Aber er schob alle Schuld für dieses feindselige Vorgehen auf Gorčakov, dem es gelungen sei, den Kaiser Alexander durch allerlei Einflüsterungen gegen Deutschland in Harnisch zu bringen. Kaiser Wilhelm unterschied sehr zwischen dem russischen Staatskanzler und dem Zaren, von dem er voraussetzte, daß er bald zu besserer Einsicht gelangen werde. Wenn er daher auch die von Bismarck eingeschlagene Politik billigte, forderte er doch von seinem Kanzler, daß er die persön-

---

[1]) Reuß, 22. August 1879.

[2]) Graf Bismarck im Auftrage seines Vaters an Radowitz, Kissingen, 15. August 1879.

lichen Gefühle des Zaren schone. Kein wie immer gearteter Zweifel an dessen bewährter Freundschaft für Deutschland sollte zur Schau getragen werden.[1])

Mitten in diesen Besorgnissen Bismarcks, als Kaiser Alexander II. immer mehr dem Einflusse des deutschfeindlichen Fanatismus eines Miljutin verfiel,[2]) kam die Kunde von dem bevorstehenden Rücktritt Andrássys. Der deutsche Kanzler brachte dieses Ereignis sofort mit den neuesten Vorgängen in Rußland in innigsten Zusammenhang. Vor seinem weitausblickenden Geiste erhob sich schon das Gespenst einer gegen Deutschland gerichteten Koalition zwischen Rußland, Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Es schien ihm nicht unmöglich, daß Andrássy über Bord geworfen werde, um für eine deutschfeindliche Politik auch in unserer Monarchie Platz zu schaffen.[3]) Von Andrássy selbst wünschte er Aufklärungen über die befürchtete bedrohliche Gestaltung der Zukunft zu erhalten. Am 13. August telegraphierte Bismarck aus Kissingen an Fürst Reuß nach Wien, er hege das Verlangen einer persönlichen Zusammenkunft mit Graf Andrássy, dem er die Wahl des Ortes und den Zeitpunkt der Begegnung überlasse. Fürst Reuß hatte überdies noch hinzuzufügen, daß sich Bismarck am 18. August nach Gastein begebe und es daher dem Belieben Andrássys anheimgestellt sei, ob er mit dem deutschen Kanzler am Schlusse von dessen Gasteiner Aufenthalt, also gegen Mitte September, zusammentreffen wolle. Baron Orczy depeschierte diesen Auftrag des Fürsten Bismarck an den in Terebes weilenden Grafen Andrássy.[4]) Leider kennen wir nicht den Eindruck, den diese unerwartete Meldung im Minister des Aeußern erzeugte. Wir wissen nur, daß er von seinem Landgute aus die Antwort erteilte, er wolle seinen deutschen Kollegen in Gastein aufsuchen, und daß sich seine Absichten mit denen Bismarcks decken.[5])

Am 21. August kehrte Andrássy aus Terebes nach Wien zurück; hier hatte er sofort eine mehrstündige Audienz beim Kaiser. Im Sinne der Weisung des Monarchen, ihn nach seiner Ankunft in Wien an die von Bismarck gewünschte Zusammenkunft zu er-

---

[1]) Radowitz an Bismarck, Berlin, 17. August 1879.

[2]) Graf Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters an Radowitz, Kissingen, 12. August 1879.

[3]) Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Gastein, 5. September 1879.

[4]) Telegramm des Baron Orczy an Andrássy in Terebes. Wien, 13. August 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Reuß, Wien, 15. August 1879.

innern,[1]) dürfte er gewiß auch diesen Gegenstand einer eingehenden Erörterung unterzogen haben. Nach der Audienz sagte er dem deutschen Botschafter, Bismarck werde es ganz natürlich finden, wenn er nicht früher nach Gastein komme, ehe nicht die Frage seiner Nachfolgerschaft entschieden sei. Ginge er vor Austragung dieser Angelegenheit dahin, so könne er sicher sein, daß man in Wien behaupten würde, Oesterreich-Ungarn habe sich seinen Minister des Aeußern von Deutschland auswählen lassen. Solch unsinnige Redereien aber müssen vermieden werden. Aus diesem Grunde vermochte Andrássy noch nicht den Tag zu bestimmen, an welchem er nach Gastein reisen wollte.[2])

* * *

In der Zeit bis zum Eintreffen Andrássys in dem berühmten Thermenbad von Gastein spielten sich Ereignisse ab, die ganz und gar geeignet waren, den Gedankenaustausch zwischen unserem Minister des Aeußern und dem deutschen Reichskanzler bis zur Tat zu verdichten. Das offizielle und nichtoffizielle Rußland sowie dessen Presse hielten nicht inne in der Hetze gegen Deutschland. Der Groll nahm immer schärfere Konturen an. In bitterer Weise die deutsche Politik besprechend, schrieb die „Agence Générale Russe“ am 10. August: „Frei vom Ballast der Traditionen, eröffnet sie eine neue Aera im Gang der Kabinette, und besonders des unsrigen.“ Es blieb wirklich nicht nur bei Redensarten und bloßen Drohungen dritten Personen gegenüber. Am 15. August entschloß sich Alexander II., seine Klagen über die deutschen Vertreter bei den zur Regelung der Balkanverhältnisse eingesetzten Kommissionen mittels eines Briefes direkt an seinen Freund und Neffen Kaiser Wilhelm I. gelangen zu lassen. Damit wollte der Zar, wie er Schweinitz gegenüber bemerkte, sein Herz ausschütten, da es doch zu traurig wäre, wenn es zu einem Zerwürfnis kommen sollte. Als der General entgegnete, dazu fehle es ja an jedem sachlichen Anlaß, erwiderte Alexander: „Das ist es ja eben.“ [3]) Der russische Kaiser glaubte aber doch Grund zur Klage zu haben, denn sonst hätte er seinem kaiserlichen Neffen nicht sagen können, daß Ruß-

---

[1]) Auf das Telegramm Orczys an Andrássy vom 13. August vermerkte der Kaiser eigenhändig: „Bitte mich an diese Angelegenheit in Wien wieder zu erinnern.“

[2]) Reuß, Wien, 22. August 1879.

[3]) Schweinitz, Carsko-Zeló, 19. August 1879.

land durch Bismarck zum Vorteile Oesterreich-Ungarns geschädigt werde. „Ist es denn," fragte er den Kaiser, „eines wahrhaften Staatsmannes würdig, sich von persönlichen Momenten beeinflussen zu lassen, wenn es sich um das Interesse zweier großer Staaten handelt, die wie geschaffen füreinander sind, und von denen der eine (Rußland) dem zweiten (Deutschland) im Jahre 1870 derartige Dienste leistete, die Kaiser Wilhelm selbst als solche bezeichnete, die ihm stets unvergeßlich bleiben werden?" Alexander wollte die hieraus sich ergebenden verhängnisvollen Folgen nicht verschweigen und schloß seinen Brief mit den Worten: „Möge uns Gott davor bewahren und Sie erleuchten." [1])

Kaiser Wilhelm selbst fand, daß der Brief, den man die „Brief Ohrfeige" genannt,[2]) doch sehr stark sei. Es war ihm daher sehr angenehm, durch die vorangegangenen Darlegungen des Kanzlers auf diese Wendung einigermaßen vorbereitet gewesen zu sein. Den Angriff Alexanders auf Bismarck brandmarkte Kaiser Wilhelm als eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und Undankbarkeit. Hier lag wirklich ein akuter Konflikt zwischen dem Zaren und dem Reichskanzler vor.[3]) Der deutsche Kaiser schrieb sofor- an Bismarck in dieser Angelegenheit. Aufs lebhafteste bedauerte er, gezwungen zu sein, dem Fürsten mit derart unangenehmen Dingen die Kur zu stören. Sich förmlich entschuldigend, sagte er zu Radowitz, was könne denn er dafür? Er bedürfe des Rates Bismarcks, und in dieser Sache gerade mehr als in jeder anderen.[4]) Er forderte denn auch vom Kanzler des Reiches, daß er eine Antwort an den Zaren verfasse. In dieser sollten alle Anklagen widerlegt, doch Alexander II. kein Zweifel an der alten Gesinnung Deutschlands gelassen werden.[5])

Bismarck wollte jedoch mit der Ausführung der Beantwortung so lange aussetzen, bis er den Grafen Andrássy in Gastein gesprochen habe. Er war entschlossen, den Grafen mittels Briefes zu bitten, bald dorthin zu kommen.[6]) Ehe die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner in Gastein stattfand, wo Bismarck mittlerweile zum Gebrauch der Kur eingetroffen war, ließ der Kanzler

---

[1]) Alexander II. an Kaiser Wilhelm I. Carsko-Zeló, 15./3. August 1879, abgedruckt bei Horst Kohl: „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen", S. 215—217.

[2]) Otto von Bülow an Radowitz, Königsberg, 6. September 1879.

[3]) Schweinitz an Radowitz, St. Petersburg, 23. August 1879.

[4]) Radowitz an Bismarck, 19. August 1879.

[5]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, 18. August 1879.

[6]) Bismarck an das Auswärtige Amt in Berlin. Gastein, 22. August 1879.

dem Kaiser von dem österreichischen Badeorte aus seine Bemerkungen über das Schreiben Alexanders II. vom 15. August zukommen. Es ist bedauerlich, meinte Bismarck, daß ein derartiger Brief überhaupt geschrieben werden konnte. Wollte der deutsche Kaiser in ähnlichem Tone erwidern, so wäre das gleichbedeutend mit Kriegserklärung. Aber im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und bei seiner Kenntnis der Greuel des Krieges werde es der Kaiser gewiß vorziehen, von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Zaren zu appellieren. Ungeachtet dies als der allein richtige Weg erscheine, dürfe doch auch die Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden, daß Kaiser Alexander vollkommen seinen deutschfeindlichen Ratgebern verfallen sei, deren verderblichen Einflüssen er in seiner eigenen Persönlichkeit kein Gegengewicht entgegenzusetzen vermöge. Es sei ausgeschlossen, daß der jetzt fern weilende Gorčakov eine Rolle in dieser Affäre spielte. Trotz der Altersschwäche sei der Staatskanzler doch noch immer zuviel Politiker, um einen Brief wie den vom 15. August gutzuheißen, der überhaupt nicht das Gepräge seines Stils trage.[1]) Der entscheidende Minister sei Miljutin, der vor und jetzt nach dem Kriege an der ostpreußischen Grenze große Massen von russischer Kavallerie und Artillerie konzentrieren ließ. Der russische Kriegsminister gehöre zu jener Partei, die anstatt des Krieges mit der Türkei ihn lieber gegen Oesterreich-Ungarn geführt hätte. Er war es, sagt Bismarck, der vor zwei Jahren die Anfrage aus Livadia durch General Werder veranlaßte, ob Deutschland in einem russisch-österreichisch-ungarischen Kriege neutral bleiben werde, um dann, nach Ueberwindung der österreichisch-ungarischen Monarchie, im Bunde mit Frankreich und vielleicht auch mit dem geschwächten Oesterreich-Ungarn über das Deutsche Reich herzufallen. Welche Motive auch immer Miljutin leiten mögen, ob ihn der Eifer für ein konstitutionelles Rußland unter Großfürst Konstantin, für eine Republik oder nihilistische Bestrebungen zur Aktion drängen: gewiß ist nur, daß er im Drei-Kaiser-Bund ein Hindernis für seine Pläne sieht, für deren Verwirklichung ihm ein Weltbrand mehr Aussichten bietet. Fürst Bismarck hegte keine Hoffnung, daß es gelingen werde, Kaiser Alexander seiner

---

[1]) Mit dieser am 24. August 1879 ausgesprochenen Ansicht steht im Widerspruch, was Bismarck später in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, II. Band, S. 219, behauptete, daß er dem Schreiben vom 15. August sofort die Mitarbeiterschaft Gorčakovs angesehen habe. Insbesondere wollte dies Bismarck aus dem Artikel des Blowitz in der „Times“ vom 1. November 1879 gefolgert haben.

Umgebung zu entziehen, in der sich kein einziger Staatsmann von europäischer Tragweite befinde. Alle Personen um den Zaren schienen ihm bemüht, dessen zerrüttete Nerven dazu zu benützen, um in ihm den Glauben zu erwecken, seine persönliche Sicherheit sei nur in einem Kriege und nie im Frieden geschützt. Bismarck hielt es daher für verfehlt und sogar für vergeblich, unter diesen Umständen den Zaren durch Nachgiebigkeit entwaffnen zu wollen. Jedes Zurückweichen Deutschlands, sagte er, wird nur die Folge haben, Miljutin und seinen Freunden die Handhabe dafür zu bieten, dem Kaiser Alexander beweisen zu können, daß Drohungen das einzig richtige Mittel seien, Zugeständnisse zu erlangen.

Am wenigsten delikat fand der Kanzler im Brief Alexanders die ewige Betonung der Dankbarkeit, zu der Deutschland dem russischen Reiche verpflichtet sei. Deshalb dünkte es ihn unerläßlich, daß Kaiser Wilhelm in seiner Antwort endlich einmal die gegenseitige Rechnung einigermaßen richtigstelle. Denn für Bismarck stand es außer allem Zweifel, daß Rußland seit fünfzig Jahren aus dem Bündnis mehr Vorteile zog als Preußen. Trotzdem beansprucht Rußland immer neue Bezahlung. Schon kurz nach dem Kriege sagte Alexander zu Bismarck: Ihre Regierung ist mir Dank schuldig, und sie könnte ihn mir durch Abtretung von Nordschleswig betätigen. Nun komme der Zar mit einer neuen Präsentierung seiner Rechnung. Ist das billig und recht? fragt der deutsche Kanzler. Ist denn die wohlwollende Neutralität Rußlands im Jahre 1870 nicht durch die Deutschlands im Türkenkriege bezahlt, die eine Intervention Oesterreich-Ungarns gegen das Zarenreich hinderte? Bismarck aber wirft noch überdies die Frage auf: ob denn überhaupt Deutschland so sehr in der Schuld Alexanders stecke, wie dieser behaupte? Graf Andrássy — führt er an — bestreitet das, da nach dessen Ansicht nicht die Haltung Rußlands, sondern ausschließlich die Ungarns und der Deutsch-Oesterreicher die Neutralität der Monarchie veranlaßte.[1]) Und, betont Bismarck weiter,

---

[1]) Hierzu bemerkt Kaiser Wilhelm: Nach mündlich gegebenen bestimmten Aeußerungen Alexanders, im Falle einer Intervention Oesterreich-Ungarns dieses mit 200000 Mann zu bedrohen, konnte Deutschland das V. und VI. Armeekorps nach Frankreich nachrücken lassen, die bis dahin gegen Oesterreich-Ungarn stehenbleiben mußten. Erst nach den Siegen vom 14. bis 18. August sank Oesterreich-Ungarns Hoffnung auf Einrücken in Schlesien, daher er, Kaiser Wilhelm, die Andrássysche Argumentierung nicht annehmen könne. Wie bereits im ersten Bande dieses Werkes dargelegt wurde, hat Andrássy im Kronrat vom 20. Juli den Ausschlag zugunsten der Neutralität gegeben. Richtig ist

lag es denn nicht im ureigensten Interesse Rußlands, zu verhindern, daß nach Besiegung Deutschlands das siegreiche Frankreich mit Oesterreich-Ungarn an seinen polnischen Grenzen erscheine? Nach all dem könne doch die Dankbarkeit Deutschlands nicht so weit gehen, daß deshalb die deutsche Politik für immer der russischen untergeordnet und ihr zuliebe die Zukunft besserer Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn geopfert werden müßte.

Mit dieser letzten Andeutung betrat der deutsche Kanzler das Gebiet seiner politischen Berechnungen, die ihn seit den ersten Alarmgerüchten aus Rußland ununterbrochen, im wahren Sinne des Wortes, Tag und Nacht beschäftigten. Er bedurfte für seine große Schöpfung der Rückendeckung, und diese glaubte er jetzt nur allein in einer Allianz mit uns zu erblicken. Die Entscheidung ward ihm nicht leicht, nachdem er bislang stets eine ausgesprochene Hinneigung zu Rußland bekundet hatte, einfach deshalb, weil ihn die russische Anlehnung eine viel gesichertere dünkte als die an unsere Monarchie. Nunmehr jedoch fielen die Grundlagen hinweg, die in seinen Augen den Ausschlag für die Bevorzugung Rußlands gegeben hatten. Sie beruhten in erster Reihe und ausschließlich auf den dynastischen Beziehungen und der persönlichen Freundschaft zwischen Alexander II. und Kaiser Wilhelm I. Sobald diese ins Schwanken geriet und den Wert der Verläßlichkeit verlor, bildete sie auch nicht mehr den Tragbalken für eine dauernde, über alle Zufälligkeiten hinaus gesicherte Allianz. Daher erkannte es Bismarck für ein unabweisliches Gebot der deutschen Politik, dem Verkehr mit Oesterreich-Ungarn eine noch eifrigere Pflege angedeihen zu lassen, als dies bis zu diesem Augenblick geschehen war. Mit aller Wärme trat nun der Kanzler für die Gestaltung eines solchen Verhältnisses zu uns ein. Mit der Monarchie, sagte er seinem Herrscher, hat Deutschland mehr Momente der Gemeinsamkeit als mit Rußland. Die deutsche Stammesverwandtschaft, geschichtliche Erinnerungen, die deutsche Sprache, das Interesse der Ungarn für Deutschland — all das schienen Bismarck wesentliche Elemente zu sein, die unbedingt dazu beitragen, ein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn bei der deutschen Nation volkstümlicher, vielleicht auch haltbarer als ein russisches

---

nur, daß bis zu den Siegen vom 14. bis 18. August es in Wien noch immer eine starke höfisch-klerikal-militärische Partei gab, die im Falle deutscher Niederlagen zum Angriff auf Deutschland übergegangen wäre. Mit diesen Elementen hatte jedoch Andrássy nichts zu tun, vielmer mußte er immer auf dem „Qui vive?“ ihr gegenüber stehen, um sie am Losschlagen zu hindern.

zu machen. Seine Gedanken darüber, wie er sich die Pflege guter Beziehungen zur Monarchie vorstellte, wollte der Kanzler seinem Kaiser des näheren erst nach der Zusammenkunft mit Graf Andrássy eröffnen.

Nach einem von Bismarck verfaßten Entwurfe sollte nun Kaiser Wilhelm selbst an Alexander schreiben. Das vorgelegte Schriftstück ließ kein Nachgeben erkennen, trug aber doch alle Merkmale des Entgegenkommens an sich. Mit Nachdruck wurde die Beschuldigung zurückgewiesen, als wären die deutschen Kommissäre mit russenfeindlichen Instruktionen versehen. Auch hatte der Deutsche Kaiser in aller Form aufs bestimmteste zu erklären, Alexander müsse falsche Informationen über Bismarck erhalten haben. Sei es doch gewiß, daß der Kanzler in den siebzehn Jahren seiner Ministerschaft stets der Anwalt Rußlands gewesen und während dieser ganzen Zeit nie gegen den Zaren und dessen Reich auch nur ein Wort gesagt oder geschrieben habe. In seinem Alter, sollte ferner noch der greise Fürst hervorheben, sei er weit entfernt von einer Aenderung der bisherigen Richtung und auch für künftig entschlossen, die Freundschaft mit dem Zaren zu pflegen, die für Wilhelm ein heiliges Vermächtnis der Väter bilde, über das einst Gott von ihm Rechenschaft fordern werde.[1]) Das Wort „heiliges Vermächtnis“ (legs sacré) hatte Bismarck in dem Antwortschreiben Wilhelms I. sich nur als diplomatische Formel gedacht, dazu bestimmt, auf den Zaren Eindruck zu machen. Damit sollte erreicht werden, die russische Tür, wie der Kanzler sich ausdrückte, so lange offen zu lassen, bis nicht die österreichisch-ungarische Assekuranz unter Dach gebracht sei. Aber selbst wenn dies bereits geschehen, erachtete es der Kanzler noch immer für sehr nützlich, mit dem russischen Herrscher auf gutem Fuße zu bleiben — soweit natürlich Deutschlands Interessen und dessen Ehre es zulassen.[2])

* * *

Als der Entwurf Bismarcks bereits in Händen des Kaisers war, begab sich Graf Andrássy am 26. August nach Gastein, woselbst er in später Abendstunde eintraf. Mit größter, seit dem Brief Alexanders sich von Tag zu Tag steigernder Ungeduld hatte der deutsche Kanzler seiner Ankunft entgegengesehen, um von ihm

---

[1]) Entwurf der Antwort Kaiser Wilhelms an Alexander II.

[2]) Bismarck an Bülow, Gastein, 2. September 1879.

Aufklärungen darüber zu erhalten, ob der Verdacht heimlicher Verständigung der Monarchie mit Rußland begründet oder der alte Kurs der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland noch in Geltung sei. Zu seiner Beruhigung empfing er sehr rasch von der Begegnung mit dem österreichisch-ungarischen Minister den Eindruck, daß die Monarchie keine Schwenkung vorgenommen, sondern noch ebenso fest zu Deutschland halte wie zuvor. Nach den ersten Begrüßungen teilte Bismarck sofort dem Grafen Andrássy mit, daß Rußland ihn dränge, mit dessen Bevollmächtigten in allen noch schwebenden orientalischen Fragen gegen Oesterreich-Ungarn zu stimmen. Setze Deutschland, meinte der Kanzler, dieser Aufforderung Widerstand entgegen, so beschwöre es die Gefahr herauf, sich pour les beaux yeux de l'Autriche mit Rußland zu überwerfen. Diese Haltung des russischen Reiches mache es für das an der ganzen Frage gar nicht interessierte Deutsche Reich zu einer Sache von erhöhter Wichtigkeit, daß es zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einer Verständigung komme.

Freimütig wie Bismarck bekannte auch Andrássy seine Besorgnisse über die russischen Rüstungen und die Unruhe der russischen Politik ein, die der Monarchie gegenüber dermaßen wankelmütig, ja anmaßend und bedrohlich auftrete, daß man in Wien jedes Vertrauen zu ihr verloren habe. Der Zufall, sagte er, scheine in Rußland zu regieren.

Andrássy ging in seinen Enthüllungen sehr weit. Deutlich ließ er durchblicken, daß sich Oesterreich-Ungarn und Frankreich bereits England gegenüber gebunden hätten, in allen Fragen des Orients geschlossen gegen Rußland zu stimmen — eine Andeutung, aus der Bismarck den Schluß zog, daß bei längerer Dauer dieses Verhältnisses es unbedingt zu einer engeren Verbindung zwischen unserer Monarchie und Frankreich kommen werde. Ja, der deutsche Kanzler meinte sogar, die Wahl Haymerles zum Nachfolger Andrássys, wie insbesondere die Kallays zum Sektionschef im Ministerium des Aeußern deuten offenbar dahin, daß sich Oesterreich-Ungarn die Annäherung an Frankreich für alle Fälle offenzuhalten gedenke. Auch schien es ferner Bismarck, daß im Zusammenhang mit diesem Plane von der Kandidatur des Fürsten Richard Metternich, des ehemaligen Botschafters am Hofe Napoleons III., zum Minister des Aeußern die Rede gewesen sei.[1])

---

[1]) Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Gastein, 31. August 1879.

Zwischen Andrássy und Bismarck kam es zu einer vollkommen befriedigenden Aussprache. Der österreichisch-ungarische Minister machte kein Hehl daraus, daß sich die Monarchie im Hinblick auf Rußlands unberechenbare Haltung die Sympathien der Westmächte warmhalten müsse, insbesondere solange es von Deutschland keine Gewißheit habe, auf dessen Beistand gegen ungerechte russische Zumutungen rechnen zu können. Hierauf entgegnete der Kanzler, auch er wolle wissen, wie sich Oesterreich-Ungarn verhalten würde, falls Rußland mit Deutschland bloß deshalb Händel suche, weil es sich von ihm nicht als Instrument gegen die Monarchie gebrauchen lasse. Hier fiel ihm Andrássy ins Wort, indem er lebhaft und wiederholt versicherte, daß dann die ganze Monarchie unter dem begeisterten Beifall all ihrer Bewohner und mit dem vollen Aufgebot ihrer Macht an der Seite Deutschlands zu finden sein werde. Bismarck bezweifelte nicht die Aufrichtigkeit dieser Sprache, da sie durch das eigene Interesse Oesterreich-Ungarns diktiert sei. Würde doch die Stellung der Monarchie gefährdet sein, wenn es Rußland allein oder im Bunde mit Frankreich gelänge, Deutschland zu vergewaltigen. Ob aber, fragte er, die Parlamente der gleichen Ansicht sein würden, in denen, wie überall, die Staatsmänner sehr schütter gesät wären. Der Kanzler war wohl überzeugt davon, daß Deutschland bei einem Angriff Rußlands die Sympathien der Monarchie für sich hätte; aber er befürchtete, daß trotzdem auf keine schnelle militärische Hilfe zu rechnen sein werde. Man würde in der Monarchie große Neigung für Neutralität bekunden und einen ernsten Entschluß von den ersten Ergebnissen des Feldzuges abhängig machen. Bismarck brachte den alten deutschen Bund in Erinnerung, der eine Art gegenseitiger Assekuranz gewesen, zu dem man allerdings nicht mehr zurückkehren könne. Allein zu seiner eigenen Information als Privatmann frage er, ob Andrássy eine analoge Friedensliga zwischen den beiden mitteleuropäischen Mächten für eine nützliche Institution halte und ob er glaube, daß sein Monarch ähnlichen Gedanken zugänglich sein würde. Im Falle der Bejahung, fügte der Kanzler hinzu, würde er diese Frage in geheimer Form an Kaiser Wilhelm gelangen lassen. Auch wenn, sagte er weiter, seine Anregung jetzt nicht durchführbar wäre, könnte sie doch in späterer Zukunft im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gegenüber unberechtigten Angriffen verwirklicht werden. Deutschland sei mit

dem, was es habe, zufrieden und verlange nichts als friedliche Zustände.

Hierauf entgegnete Andrássy: Oesterreich-Ungarn befinde sich in gleicher Lage. Nicht nur dessen Herrscher, versicherte er, habe für immer verzichtet, je wieder eine Rolle in Deutschland zu spielen. Sogar Erzherzog Albrecht sei derselben Ansicht. Und was Andrássy schon bei früherer Gelegenheit über den Erzherzog gegenüber dem Prinzen Reuß erwähnt hatte, wiederholte er nun auch dem Fürsten Bismarck. Der Erzherzog, sagte Andrássy, habe ihn in jüngster Zeit wiederholt besucht, um ihm zu beteuern, daß er durch die Ereignisse der letzten Jahre zur Ueberzeugung gekommen sei, das Heil der Monarchie beruhe nicht mehr auf dem Zusammengehen mit Rußland, sondern auf dem innigsten Anschlusse an Deutschland. Nach diesem Glaubensbekenntnisse des Erzherzogs, noch mehr aber mit Rücksicht auf die Stimmung der Ungarn und der Deutschen in Oesterreich, glaubte Andrássy sich berechtigt — dies seine Worte — die Treue der Monarchie für ein deutsches Bündnis mit Sicherheit verbürgen zu können. Eine Verabredung in diesem Sinne — was wohl im Sinne eines Bündnisses mit Deutschland heißen soll — wollte der Minister beim Kaiser und König Franz Josef I. befürworten und nach allem, meinte Andrássy, dürfe er einer günstigen Aufnahme seines Vorschlages beim Monarchen entgegensehen können. Das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu England, erörterte der Graf dann noch, mache im gegenwärtigen Augenblicke eine in erster Linie gegen Frankreich gerichtete Abmachung untunlich; in keinem Falle würde sie den Beifall des britischen Kabinetts erhalten. Denn England bedürfe jetzt so lange Frankreichs, als es nicht wüßte, was es von Deutschlands künftiger Politik zu erwarten habe. Sollte aber Frankreich allein Deutschland angreifen, so sei dessen Rücken ja durch Oesterreich-Ungarn gedeckt und die deutsche Macht stark genug, um den Besitz von Metz und Straßburg zu wahren. Nur wenn Rußland den Franzosen durch einen Angriff auf das Deutsche Reich beizuspringen gedächte, wäre Oesterreich-Ungarn, mit oder ohne England, bereit, mit Einsetzung aller seiner Kräfte gegen Frankreich und Rußland Hilfe zu leisten; hierfür würde es auch eine vertragsmäßige Verpflichtung übernehmen. Durch ein solches Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, schloß Andrássy diese Darlegung, wäre dann der europäische Frieden verbürgt, nach dessen Sicherung alle Nationen heißes Verlangen haben. In Frankreich sei das Friedensbedürfnis der Majorität der Bevölkerung so stark, daß

die Regierung dem nicht entgegentreten könnte. Selbst in Rußland bedrohe nur eine Clique in der nächsten Umgebung Alexanders den Frieden, teils aus revolutionären Gelüsten, teils aus persönlichen Gründen. Daher sei es die Pflicht aller friedliebenden Regierungen, ihre Länder dagegen zu schützen. Die Erfüllung dieser Aufgabe, erklärte noch der Minister, erscheine ihm von solcher Wichtigkeit, daß er, wenn auch Deutschland Neigung dazu zeige, ihr nähertreten und sogar die Zeit seines Rücktrittes verschieben wolle. Selbst wenn seine Gesundheit noch schlechter wäre, würde er es trotzdem für seine Pflicht erachten, sie einzusetzen, um dem Frieden Europas einen so wirksamen Dienst zu erweisen. Denn von seinem Nachfolger, dem die Geschäfte neu wären, dürfte nicht die Leichtigkeit und Sicherheit der Behandlung derselben erwartet werden, wie sie eine Verständigung dieser Art erfordern. Bismarck, den dies Entgegenkommen und Eingehen auf seine Ideen ungemein angenehm berührte, hatte hierauf keine andere Antwort, als daß er für jetzt noch ohne Ermächtigung zum Abschlusse wäre. Sofort werde er jedoch die Befehle Kaiser Wilhelms einholen und Andrássy von dessen Entscheidung durch einen Expreßboten verständigen. Nur so viel könne er bereits sagen, daß, wie immer die Befehle seines Herrschers lauten mögen, er es für ein dringendes Gebot erachte, Andrássy seinen Besuch in Wien zu erwidern. Dies wolle er schon aus Erkenntlichkeit dafür tun, daß Andrássy ungeachtet seiner erschütterten Gesundheit die anstrengende Fahrt nach Gastein zu ihm nicht gescheut habe. Der österreichisch-ungarische Minister nahm dieses Versprechen Bismarcks mit Dank entgegen. Dann meinte er, dessen Rückreise über Wien könnte um so weniger auffallen, als der Unterschied der Distanz zwischen der Route über Salzburg—Berlin uud München—Wien—Berlin nur eine Stunde betrage; außerdem sei Bismarck schon dreimal in Gastein gewesen, ohne die Kaiserstadt an der Donau auch nur zu berühren.[1])

Der Inhalt dieser Unterredung zwischen den beiden Staatsmännern schließt wohl jeden Zweifel daran aus, daß der erste Schritt zur Anregung eines Bündnisses zwischen der Monarchie

---

[1]) Die ganze Darstellung auf Grundlage des 62 Bogenseiten starken Berichtes Bismarcks an Kaiser Wilhelm vom 31. August 1879. Es ist derselbe, dessen Bismarck in seinem Briefe an Andrássy vom 3. September 1879 gedenkt. („Aus Bismarcks Briefwechsel", II. Band, S. 525.) Bismarck spricht da nur von 60 Seiten.

und Deutschland von Bismarck unternommen wurde. Andrássy war daher im Jahre 1886 vollkommen berechtigt, zu sagen: „Bismarck war veranlaßt, es — das Bündnis — anzubieten.“ [1])

Seit der Kanzler zweimal seine auf eine Allianz abzielenden Anträge überhört hatte, wartete unser Minister des Aeußern in größter Ruhe und Zurückhaltung auf diesen Moment, der für ihn einen wahren Triumph bedeutete. Richtig hatte er die Zeichen der Zeit gedeutet, die ihm sagten, daß Rußlands Politik Bismarck zum Abschluß eines Defensivbündnisses mit unserer Monarchie drängen werde. Nun war wirklich dieser Augenblick gekommen. Vor ihm stand jetzt Bismarck, in dem die aufmerksame Beobachtung der russischen Vorgänge die unerschütterliche Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Defensivallianz mit Oesterreich-Ungarn zum förmlichen Dogma entwickelt hatte. Dieser politische Glaubenssatz war in ihm besonders seit dem Briefe Alexanders II. vom 15. August 1879 so stark geworden. Nun zögerte er nicht, mit offenen Karten vor Andrássy hinzutreten und ihm mit Vermeidung aller kleinlichen Schachzüge ehrlich zu sagen, wessen er zur Sicherstellung Deutschlands benötige. Bismarcks Vertrauen zu Andrássy wurde von diesem auch durch verständnisvolles Eingehen auf des Kanzlers offenherzigen, von allen diplomatischen Ausflüchten befreiten Ton gelohnt. Würde Andrássy sich nicht einer gleichen Redeweise bedient haben, so wäre Deutschland, wie der Kanzler selbst gesteht, Rußland gegenüber gezwungen gewesen, bonne mine à mauvais jeu zu machen. Dann hätte er nicht ausweichen können, Rußland auf dem Balkan jede ihm erwünschte Gefälligkeit zu erweisen. Das Hauptmotiv der bisherigen Zurückhaltung: die Rücksichtnahme auf die Pflege guter Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn würde in dem politischen Kalkül des Kanzlers keine Rolle mehr gespielt haben. [2])

---

[1]) Denkschrift Andrássys über die orientalische Frage aus dem Jahre 1886. Gräfl. Andrássysches Archiv. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“, 2. Band, S. 238, sagt Bismarck, daß Andrássy aus seiner, des Kanzlers, Darlegung gefolgert habe: „Gegen ein russisch-französisches Bündnis ist der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches.“ Konnte Andrássy sich damals wirklich so geäußert haben, nachdem in der Unterredung der beiden Staatsmänner Frankreich nur leichthin erwähnt wurde und Bismarck selbst das Hauptgewicht auf die drohende Haltung Rußlands legte? Siehe auch Blum: „Fürst Bismarck und seine Zeit“, V. Band, S. 238.

[2]) Bericht Bismarcks vom 31. August 1879.

Von einer Andrássy nahestehenden Seite ist erzählt worden, daß sich die beiden Staatsmänner bei ihren Konferenzen förmlich „in den Haaren lagen“ und es zwischen beiden Kämpfern ein „starkes Ringen“ gab.[1]) Der 62 Bogenseiten umfassende Bericht Bismarcks an seinen Kaiser läßt das nicht ahnen. Vielmehr macht er den Eindruck, daß die Besprechungen ohne große Emotionen und in Uebereinstimmung verliefen. Nicht mit einem einzigen Worte deutet Bismarck an, daß zwischen ihm und Andrássy eine Verschiedenheit der Ansichten über die Natur des Bündnisses geherrscht habe. Und doch wird mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Andrássy schon in Gastein von einem bloß allgemeinen Schutz- und Trutzbündnis, wie es Bismarck anstrebte, nichts wissen wollte, dagegen das Hauptgewicht auf eine mit der Spitze gegen Rußland gerichtete Allianz legte. Sollte Bismarck, der in seinem Bericht vom 31. August aufs eingehendste die Notwendigkeit des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn darlegte, absichtlich den zwischen ihm und Andrássy obwaltenden Gegensatz unerwähnt gelassen haben? Gedachte er der Forderung Andrássys nur nicht, um seinem Kaiser, noch ehe er dessen Einwilligung zum Bündnisse überhaupt sicher war, nicht bekennen zu müssen, wie schwer er sich selbst zu einer Form des Vertrages bequeme, die er wahrscheinlich genötigt sein werde, ihm, dem Kaiser, zu empfehlen? Zwei Zeugnisse stehen sich hier über diese Angelegenheit diametral gegenüber. Auf der einen Seite das Schweigen Bismarcks, auf der anderen ausführliche Mitteilungen über das Verlangen Andrássys, kein allgemeines, sondern ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis schließen zu wollen.[2]) Nur allein vom beteiligten österreichisch-ungarischen Minister selbst liegt keine unmittelbare Angabe über die Vorgänge in Gastein vor. Wir kennen bloß eine einzige Aeußerung Andrássys über das, was in Gastein verhandelt wurde.

In seinem Briefe vom 1. September sagt er, daß dort von einem Defensivabkommen, einer Art Assekuranz in dem Sinne die Rede war, „jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinsam abzuweisen, sowie daß der Casus foederis auch in dem Falle eintreten soll, wenn eines der beiden Reiche

---

[1]) Dieser Ausdrücke bedient sich Dóczi, natürlich in mehr figürlichem Sinne, in seinem Feuilleton: „An der Wiege des Dreibundes“ in der „Neuen Freien Presse“, 13. Oktober 1904.

[2]) Dóczi, a. a. O.

von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieser kooperieren würde." [1])

Daraus jedoch, daß Bismarck etwas später in einem Schriftstücke sagt, es wäre seine Absicht, in Wien Andrássy gegenüber den Gedanken einer generellen Allianz gegen jeden Angreifer wieder aufzunehmen, [2]) darf wohl gefolgert werden, daß der österreichisch-ungarische Minister in Gastein davon nichts hören mochte. Er kam vielmehr mit einem Gegenantrag, der sich auf ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis bezog. [3]) Bestanden auch in dieser Hinsicht Differenzen zwischen Bismarck uud Andrássy, so schieden sie doch in voller Einigung darüber, in der Form einer Allianz ein starkes Bollwerk zum Schutze des von Rußland bedrohten Friedens zu errichten. Unmittelbar nach der Heimkehr des Ministers schrieb Baron Orczy an seine Mutter: „Gyula (Julius Andrássy) ist sehr kontent von Gastein zurückgekehrt. Er hat sich mit Bismarck à fond ausdiskuriert, und sie scheinen sich sehr verstanden zu haben." [4]) Und Andrássy selbst äußerte dem deutschen Botschafter gegenüber seine große Befriedigung über den Verkehr mit Bismarck, der ihm genußreiche Stunden gewährte. [5]) Beide Staatsmänner hatten sich vorläufige Geheimhaltung ihrer Verabredung zugesagt. Bismarck war überzeugt, daß sie, wenn sie zustande käme und später bekannt werden sollte, ganz gewiß in Deutschland populär sein und Vertrauen in eine ruhige Zukunft erwecken würde. In seinem großen Berichte vom 31. August erbat sich der Kanzler von Kaiser Wilhelm die formelle Ermächtigung, in Wien, wohin er sich in etwa 14 Tagen begeben wollte, mit Andrássy die Grundlage, wie er sagt, zu lediglich auf gegenseitigen Schutz gegen unprovozierte Angriffe und gegen bedrohliche Koalitionen betreffenden Verabredungen zu schaffen. Gleichzeitig beruhigte der Kanzler seinen Monarchen darüber, daß er in der

---

[1]) Andrássy an Bismarck, Schönbrunn, 1. September 1879. Der Brief ist in Uebereinstimmung mit der im Gräflich Andrássyschen Archiv vorhandenen Abschrift ganz in englischer Uebersetzung bei Busch: „Bismarck, some secret pages, of his history", III. Band, S. 257—260, veröffentlicht. In „Aus Bismarcks Briefwechsel", 2. Band, S. 522—524, sind aus dem in deutscher Sprache gegebenen Texte des Andrássyschen Briefes sehr bezeichnende Stellen weggelassen worden.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow, 14. September 1879.

[3]) Dóczi: „An der Wiege des Dreibundes", „Neue Freie Presse", 13. Oktober 1904.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 29. August 1879.

[5]) Reuß an Bismarck, Wien, 30. August 1879.

Kaiserstadt nichts sagen werde, was nicht vorher die kaiserliche Genehmigung erhalten hätte. Aber selbst dann noch, wenn der Herrscher auf seinen Antrag nicht eingehen sollte, hielt es Bismarck für nötig, in Wien dem Grafen Andrássy mündlich die Gründe auseinanderzusetzen, die Kaiser Wilhelm veranlassen, die Hand nicht anzunehmen, die Oesterreich-Ungarn ohne aggressive Tendenz, rein im Interesse des Friedens, darzubieten scheint. Mit großer Sorge für die Zukunft sah Bismarck der Entscheidung seines kaiserlichen Herrn entgegen. Wie immer sie auch lauten mochte, er war entschlossen, alles, was nur in seinen Kräften stehe, daranzuwenden, um, wie er bemerkt, zu verhüten, daß die österreichisch-ungarische Politik unter anderer Leitung als der des Grafen Andrássy mehr als bisher in das Fahrwasser Frankreichs hinübergleite.[1])

* * *

Noch ehe der Bericht Bismarcks vom 31. August in Händen Kaiser Wilhelms war, hatte dieser am 29. August an Bismarck nach Gastein die telegraphische Weisung ergehen lassen, daß er in keinem Falle nach Wien reisen solle, „selbst wenn" — wie es in der Depesche heißt — „Warschau günstig abläuft."[2]) Kaiser Wilhelm besorgte, daß Rußland Bismarcks Anwesenheit in Wien sofort als eine Rupture mit sich ansehen werde.[3]) Sein Bestreben war vielmehr, jetzt jeden für Alexander II. unangenehmen Zwischenfall zu vermeiden. Hatte er doch eben ganz auf eigene Faust[4]) den Generalfeldmarschall Freiherrn von Manteuffel mit seinem Antwortschreiben zur Begrüßung des in Warschau eingetroffenen Zaren gesandt. Wilhelm I., der noch immer Oesterreich-Ungarn Revanchegelüste zuschrieb,[5]) hielt unerschüttert zu seinem kaiserlichen Neffen, mit dem er bis ans Ende seines Daseins in ungetrübter Freundschaft leben wollte. Weder aus persönlichen noch aus politischen Gründen war Bismarck geneigt, sich die Andrássy bereits in Aussicht gestellte Fahrt nach Wien verbieten

---

[1]) Bericht Bismarcks an Kaiser Wilhelm, Gastein, 31. August 1879.

[2]) „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen Bismarcks", II. Band, S. 521.

[3]) Marginalnote Kaiser Wilhelms zum Berichte Bismarcks vom 24. August 1879.

[4]) Bismarck an Andrássy, Gastein, 3. September 1879 in: „Aus Bismarcks Briefwechsel", 2. Band, S. 526. Der Brief wurde zum erstenmal von Sigmund Singer in der „Neuen Freien Presse" vom 31. März 1895 veröffentlicht.

[5]) Bülow an Bismarck, Berlin, 30. August 1879.

zu lassen.[1]) Für den Fall, als Kaiser Wilhelm doch auf seiner Weisung beharren sollte, war der Kanzler schon um diese Zeit entschlossen, um Enthebung von seiner Würde einzukommen. Die Kur, telegraphierte er an den Staatssekretär von Bülow, mache ihm an und für sich schon geistige Arbeit schwer und gefährlich. Vollends werde ihm der Mut dazu durch derartige Befehle wie der eben erlassene, genommen; er könne im Dienste nicht so gesunden, wie er es für denselben sein müsse.[2]) Noch am Abend des 30. August erstattete der Staatssekretär im Sinne der von Bismarck ihm erteilten Aufklärungen dem Kaiser Vortrag; infolgedessen gab er seine Zustimmung zum Besuche Bismarcks in Wien. Der deutsche Monarch hoffte jedoch im stillen, daß durch seinen Brief und die Sendung Manteuffels die ganze Reise nach Wien bedeutungslos werden würde. In größter Erregung erwartete er daher das Resultat der Mission Manteuffels, da er schwere Bedenken gegen das allzufrühe Aufgeben der von seinen Ahnen überkommenen Beziehungen zu Rußland hatte.[3]) Er klammerte sich förmlich an das ihm vom Kanzler selbst an die Hand gegebene Schlagwort: „Heiliges Vermächtnis." Und nun mußte Bismarck die Erfahrung machen, daß er einen Fehler begangen hatte, als er selbst in das Antwortschreiben an Alexander II. diesen Ausdruck aufnahm. Nicht auf den russischen Kaiser, wie er beabsichtigt, sondern auf Kaiser Wilhelm machte die Erwähnung des heiligen Vermächtnisses der Väter den tiefsten Eindruck. Wilhelm I. glaubte nunmehr einen Eid zu brechen, wenn er davon abginge.[4]) Er war entschlossen, sich nicht gegen Dritte zu binden, ehe Rußland nicht feindlich handle, wozu Bismarck bemerkte: „Dann wollen aber die Dritten vielleicht nicht mehr."[5]) Erst nach langer, lebhafter Vorstellung gelang es Staatssekretär von Bülow, den Kaiser wenigstens vom Werte der österreichisch-ungarischen Allianz zu überzeugen.[6])

---

[1]) Bismarck an Bülow, Gastein, 30. August 1879. Im „Anhange zu den Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, S. 521, ist nur ein Teil aus diesem Schreiben mitgeteilt.

[2]) Bismarck an Bülow, Gastein, 30. August 1879. Dieser Passus an Bülow über seine Absicht, zurückzutreten, fehlt im „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, S. 521.

[3]) Bülow an Bismarck, 30. August 1879.

[4]) Bismarck an Bülow, Gastein, 3. September 1879.

[5]) Bemerkung Bismarcks zum Telegramm Bülows vom 30. August 1879.

[6]) Bülow an Bismarck, 30. August 1879.

Mittlerweile war Manteuffel in Warschau vor Kaiser Alexander II. erschienen. Als ihm der Generalfeldmarschall davon sprach, daß er Kaiser Wilhelm selten so schmerzlich bewegt gefunden als bei der Lektüre des Drohungen enthaltenden Briefes vom 15. August, fuhr der Zar auf und bestritt auf das lebhafteste, daß es ihm je in den Sinn gekommen, Derartiges tun zu wollen. Nicht wegen der Detailfragen, fügte er hinzu, empfinde er ein schmerzliches Gefühl, sondern wegen der ausgesprochenen Hinneigung Deutschlands zu England und Oesterreich-Ungarn, wodurch die Macht Rußlands im Orient geschwächt werde. Es gelang Alexander, unterstützt von dessen Umgebung, Manteuffel so vortrefflich zu umgarnen, daß dieser, anstatt, wie es ihm Kaiser Wilhelm anbefohlen, zu warten, bis Alexander eine Zusammenkunft vorschlage, eine solche selbst beantragte. Mit Freude ging der Zar sofort hierauf ein; in einem Telegramm dankte er für die Offenheit der Sprache des Kaisers Wilhelm in seiner Antwort. Da kein Schatten des Mißtrauens unter ihnen herrsche und zur Bannung eines solchen ihm überhaupt als das beste Mittel eine persönliche Begegnung erscheine, lud Alexander seinen kaiserlichen Onkel ein, mit ihm am 3. September in der Grenzstation Alexandrovo zusammenzutreffen. Ein Wiedersehen — hieß es in dem Telegramm — mit Kaiser Wilhelm würde ihn, Alexander, sehr glücklich machen; davon verspreche er sich das schöne Resultat der Erhaltung der alten Freundschaft und die Befestigung der guten Beziehungen zwischen ihren Ländern, wie sie sie von ihren Vätern ererbten.[1]) Der Zar konnte seine Ungeduld nicht meistern; so rasch als möglich wollte er wissen, wie sein kaiserlicher Onkel die Einladung aufgenommen. Wiederholt erkundigte er sich bei Manteuffel, ob denn noch keine bejahende Antwort eingetroffen sei.[2]) Der russische Kaiser hatte um so mehr Grund zur Unruhe, als es gar nicht so sicher war, daß der Deutsche Kaiser seinem Wunsche auch entsprechen werde. Ursprünglich rechnete Wilhelm I. vielmehr darauf, daß nach der Sendung Manteuffels Alexander ihm einen Besuch in Königsberg machen werde. Graf Pückler-Muskau war bereits angewiesen worden, alle Vorbereitungen zum Empfange des Zaren zu treffen. Das Verlangen Kaiser Wilhelms, seinen Neffen zu sehen, überwog jedoch alle Bedenken. Selbst der Versuch der antirussisch gesinnten Kaiserin Augusta, ihren Gemahl von der Reise nach Alexandrovo abzuhalten, blieb

---

[1]) Diesen Brief hatte Manteuffel im Auftrage des Zaren am 30. August an Kaiser Wilhelm depeschiert.

[2]) Manteuffel an Kaiser Wilhelm, Warschau, 31. August 1879.

erfolglos.[1]) Der Zar atmete daher auf, als endlich die Zustimmung Wilhelms I. eintraf. Sofort telegraphierte Alexander an seinen kaiserlichen Onkel, er sei sehr glücklich, daß der Kaiser komme, und er mache sich ein Fest daraus, ihn Mittwoch, den 3. September, empfangen zu können.[2])

Fürst Bismarck vermochte es nicht zu fassen, daß Kaiser Wilhelm ungeachtet des Briefes vom 15. August sich nach Alexandrovo begebe, noch ehe der Zar seinen Besuch in Preußen gemacht.[3]) Die Umgebung Alexanders II., die ihn nicht nach Berlin reisen lassen wollte, ängstigte ihn derart mit der Furcht vor Attentaten,[4]) daß der Zar ohne umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen wirklich nicht wagte, jetzt eine Fahrt nach der deutschen Hauptstadt zu unternehmen. Dieses Motiv wirkte derart auf Kaiser Wilhelm, daß er seinem Neffen vollkommen recht gab, nicht nach Berlin zu reisen.[5]) Gleichzeitig aber ließ er Bismarck bedeuten, daß er im Verkehre mit dem Zaren jedes politische Gespräch meiden und keine wie immer gearteten Zusagen machen werde. Er gehe nur nach Alexandrovo, um klar zu sehen, wie sein Neffe zu diesem „unbegreiflichen" Brief vom 15. August gekommen, und um die Anklagen gegen den Kanzler persönlich zurückzuweisen.[6])

Konnte Bismarck auch nicht mehr die Entrevue der beiden Kaiser in Alexandrovo hindern, so legte er gerade deswegen das größte Gewicht darauf, daß sein Monarch noch vor dem 3. September zur Kenntnis seines Berichtes vom 31. August gelange. Kaiser Wilhelm sollte volle Einsicht in die ebenso intrigante wie aggressive Politik Rußlands erhalten, die jetzt von Miljutin, dem bösen Genius Alexanders II., geleitet werde.[7])

In dem großangelegten Vortrage vom 31. August schilderte Bismarck dem Kaiser Wilhelm, wie es seit zwei Jahren sein Bemühen gewesen, ihn nicht in die Lage zu bringen, zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn wählen zu müssen. Wußte er doch, wie peinlich seinem Monarchen ein solcher Entschluß geworden wäre. Deshalb suchte er zu Lebzeiten Alexanders II. und Kaiser

---

[1]) Bericht Bülows vom 27. September 1879 nach Mitteilungen des Oberstkämmerers Redern, dem Kaiser Wilhelm selbst diese Details erzählte.

[2]) Alexander II. an Kaiser Wilhelm, 31. August 1879.

[3]) Bismarck an das Auswärtige Amt in Berlin, 31. August 1879.

[4]) Mittnacht, „Erinnerungen an Bismarck", 16.

[5]) Kaiser Wilhelms Marginalbemerkung, 31. August 1879.

[6]) Radowitz an Bismarck, Berlin, 1. September 1879.

[7]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 6. September 1879.

Wilhelms I. die Entscheidung zu vermeiden, obgleich ihm klar war, daß Deutschland auf keine Sympathien des russischen Thronfolgers rechnen dürfe. Ungeachtet dieser wenig erfreulichen Aussicht wollte der Kanzler nichts unterlassen, um die Bande zwischen Rußland und Deutschland inniger zu knüpfen. Bereits im August 1876 hatte denn auch Freiherr von Manteuffel in vorsichtiger Weise, wohl zum Zweck der Orientierung, beim Zaren den Antrag vorgebracht, mit Deutschland ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen. Während Alexander II. gegenüber dem Versuche vertragsmäßiger Festlegung der Beziehungen zwischen den beiden Reichen den Tauben spielte, forderte er dagegen ziemlich unverblümt Zusicherungen von Kaiser Wilhelm wegen „Inschachhaltung" Oesterreich-Ungarns. Ganz deutlich wurde der russische Kaiser mit diesem Verlangen, als er direkt in Livadia an den deutschen Militärbevollmächtigten General Werder die Frage richtete: „Was werden Sie tun, wenn ich mit Oesterreich Krieg bekomme?" Erzürnt über Werder, der sich verleiten ließ, diese Anfrage nach Berlin zu telegraphieren, hatte damals Bismarck an den mit dem Vortrage bei Kaiser Wilhelm in Baden-Baden betrauten Legationsrat Otto von Bülow die Weisung ergehen lassen, er, der Kanzler, würde auf der Stelle der Leitung der Geschäfte entsagen, wenn dem General Werder nicht schweigendes Anhören und Ignoranzerklärung befohlen werden sollte. Diese Haltung Rußlands benutzte Bismarck, um November 1876 Gorčakov durch Schweinitz sondieren zu lassen, ob er gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen eingehen würde. Der russische Staatskanzler wies eine solche Zumutung rundweg ab.[1]) All diese Umstände, sowie Rußlands Undankbarkeit für die Haltung Deutschlands während des Krieges und der Dauer des Berliner Kongresses, meinte jetzt Bismarck, seien untrügliche Beweise dafür, daß Alexander mit Bewußtsein sein Ohr der Wahrheit verschließe. Er höre nicht auf Šuvalov, Valuvjev und Saburov, den russischen Gesandten in Athen, die ihn auf die bedenklichen Folgen der aufreizenden Sprache der russischen Presse aufmerksam machten. Sein Gehör besitze ausschließlich Miljutin, der alle Vorbereitungen zu einem Kriege treffe. Nach solchen Vorgängen, sagte Bismarck dem Kaiser Wilhelm, sei es nicht mehr möglich, die Sicherstellung für die Zukunft aufzuschieben; das einzig wirk-

---

[1]) Bericht Bismarcks, 31. August 1879. Herbert Bismarck an Bill Bismarck, Trient, 24. August 1879. Schweinitz an Bülow, Yalta, 1. November 1876.

same Mittel hierzu sehe er allein in einem Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn. Bismarck versicherte dem Kaiser, daß er den Bund nur zu schließen brauche, um dadurch den Krieg sofort zu verhindern. Dagegen wird ihn Rußland in absehbarer Zeit beginnen, wenn es merke, daß die Einigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unterblieben sei.

In seinem Berichte vom 31. August steht Bismarck noch auf dem Standpunkt, daß das Bündnis als Abwehr zu schließen sei, ohne die Uebernahme weiterer Pflichten gegenüber unserer Monarchie. Könnte dies geschehen und es geschehe doch nicht, betonte der Kanzler, so würde er es weder mit seinem Amte noch mit seinem Gewissen vereinbaren können, daß diese Gelegenheit zur Sicherstellung Deutschlands und seines Friedens versäumt wurde. Zur Beruhigung der russophilen Gefühle seines Monarchen führte Bismarck noch weiter an, daß eine solche Defensivallianz Rußland nicht verletzen könnte; ermangle sie doch jeder Absicht sowie der Möglichkeit zu einem Angriffe, daher diesem Defensivbund auch keine gegen das Zarenreich gerichtete Spitze zu eigen sei. Außerdem habe ja ein ähnliches Assekuranzbündnis zwischen Preußen und dem früheren Oesterreich in Form des Deutschen Bundes 50 Jahre lang bestanden, ohne daß Rußland je dessen Existenz als eine Bedrohung empfunden hätte. Eine aggressive oder feindselige Tendenz könne dieser Defensivallianz in keinem Falle zugeschrieben werden. Denn wollte Oesterreich-Ungarn Rußland angreifen, so müßte es das, wie zur Zeit des Deutschen Bundes, auf eigene Faust und Gefahr tun.[1])

Kaiser Wilhelm war aufs tiefste vom Inhalt und Ton der Bismarckschen Denkschrift ergriffen. Auch dem Kronprinzen versicherte er wiederholt, sie sei vortrefflich. Er sagte aber trotzdem, er müsse selbst sehen und prüfen, ob die Dinge in Wirklichkeit schon so weit gediehen seien, wie sie der Kanzler darstelle. Es könnten ja Augenblicke kommen, die der von Bismarck anempfohlenen Politik entsprechen; solche Allianzen wären jedoch entschieden gegen seine bisherigen Grundsätze.[2]) Gleichzeitig ließ er den Fürsten Bismarck durch den Staatssekretär von Bülow benachrichtigen, daß er den Bericht vom 31. August für so lange als „non convenu“ betrachte, bis er nicht den Zaren in Alexandrovo gesprochen haben würde.[3])

---

[1]) Bericht Bismarcks vom 31. August 1879.

[2]) Bülow an Bismarck, 2. September 1879.

[3]) Marginalbemerkung Kaiser Wilhelms zum Bericht vom 31. August 1879.

In dem russischen Grenzort, wo die Begegnung der beiden Kaiser vor sich ging, wurde Wilhelm I. mit aller Herzlichkeit von seinem kaiserlichen Neffen empfangen. Er drückte ihm sofort sein Bedauern über den Brief vom 15. August aus, der nie dem Kanzler als Drohung zu gelten hatte. Sich selbst persiflierend meinte er dann: „Ich muß gestehen, eine Dummheit begangen zu haben.“ [1]) Noch fügte er hinzu: Es scheine, als hätte Fürst Bismarck dem Fürsten Gorčakov dessen „dummen“ Erlaß von 1875 noch immer nicht vergessen können.[2]) Er, der Zar, habe damals dem Staatskanzler davon abgeraten; doch sei dieser bereits ein Mann, der sich überlebt habe und von ihm fast gar nicht mehr zu Rate gezogen werde. Es sei ja zu nichts nütze, daß der deutsche Kanzler jetzt seinen Groll auf Rußland übertrage. Der Zar erklärte schließlich, er wolle nur Frieden und wünsche nichts sehnlicher, als die besten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland.[3])

Vollkommen überzeugt und durchdrungen von der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Sprache Alexanders sowie dessen Umgebung kehrte Wilhelm I. nach seiner Residenz zurück. Für ihn bestand kein Zweifel mehr darüber, daß sein Kanzler die ganze Lage zu schwarz beurteilt hatte. Weniger als je war er denn auch geneigt, sich dem Willen des Fürsten Bismarck zu fügen. Er glaubte diesem schon damit Genüge getan zu haben, daß er sich seinem Neffen gegenüber mit keinem Worte gebunden und freie Hand behalten hatte.[4]) Man merkte es dem greisen Herrscher sichtlich an, wie er sich nunmehr, seit der Aussprache mit dem Zar, erleichtert fühlte von dem Drucke, der in den letzten Tagen so schwer auf ihm gelastet. Er war jetzt heiter und freundlich. Die ihm nahestehenden Personen gewannen aus seiner Haltung die Vorstellung, daß er ganz und gar der „russischen Stimmung“ verfallen sei.

Diese Empfindungen seines kaiserlichen Herrn benutzte Generalfeldmarschall von Manteuffel zu einem Vorgange, den er

---

[1]) Legationsrat Otto von Bülow an Bismarck, Königsberg, 7. September 1879. Dieser Ausspruch Alexanders fehlt in den Aufzeichnungen Wilhelms I. über die Zusammenkunft in Alexandrovo.

[2]) Damit ist das berühmte Zirkular Gorčakovs gemeint, das die Worte enthielt: „Maintenant la paix est assurée.“

[3]) Memoir des Kaisers Wilhelm über seine Begegnung mit Alexander II. 4. September 1879.

[4]) Radowitz an Bismarck, Berlin, 5. September 1879.

besser hätte unterlassen sollen. Der, wie es heißt, für ihn allzu starke Dunst der russischen Schmeicheleien war ihm zu Kopf gestiegen, hatte ihn derart berauscht, daß er jetzt einen Ordensaustausch anregte, der sich auch auf Miljutin erstrecken sollte.[1]) Fürst Bismarck versetzte die Kunde davon in die größte Aufregung. Schon wollte er darin ein „embryonisches Olmütz" erblicken. Auch meinte er, die Ordensverleihung an Miljutin müßte sich genau so ausnehmen, wie wenn man anfangs Juli 1870 dem Herzog Gramont den preußischen Adlerorden verliehen hätte. Bismarck war geneigt, diesen Schlag ins Gesicht nur unter der Bedingung in den Kauf zu nehmen, wenn der Kaiser die Einigung mit Oesterreich genehmigt und die Ordensaffäre dazu dienen soll, Rußland eine goldene Brücke zu bauen und die Möglichkeit ruchloser Cäsarenkriege in die Ferne zu rücken. Sollte dies nicht geschehen, war er bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Er erinnerte an den Grafen Brandenburg, der 1850 an seinen Warschauer Erlebnissen „broken-hearted" starb. Dies Beispiel des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten wollte Bismarck wohl nicht befolgen, aber auch nicht zugeben, daß ihm ein zweites Olmütz auf sein Konto geschrieben werde.[2])

* * *

Bismarck konnte die Lösung der von ihm aufgeworfenen Frage, wie sie in Alexandrovo versucht worden, wirklich keine Befriedigung gewähren. Nicht plötzlich und nicht aus Rankünе gegen Rußland wollte er das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und dadurch die Angliederung an England bewirken. Es war tief innere politische Ueberzeugung bei ihm, daß diese Allianz zum Heile Deutschlands und des europäischen Friedens zustande kommen müsse. Und gerade sein Kaiser durfte das von ihm anzustrebende Friedenswerk nicht stören. Das konnte nur allein Oesterreich-Ungarn, falls es sich weigerte, auf sein Anerbieten einzugehen. Aber gerade von dorther kam soeben die stärkste Ermunterung, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten. Während Kaiser Wilhelm sich nach Alexandrovo begab, um mit dem Zaren den „Versöhnungskuß" auszutauschen, hielt Andrássy seinem Monarchen im Brucker Lager (an der Grenze Ungarns) einen ausführlichen Vortrag über seine Besprechungen mit Bismarck und über ihre Absicht, ein „Defensiv-

---

[1]) Legationsrat Otto von Bülow an Radowitz, Königsberg, 6. September 1879.

[2]) Bismarck an Legationsrat Otto von Bülow, Gastein, 5. September 1879.

abkommen, eine Gattung Assekuranz", zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu schließen. „Ich fand den Kaiser," schrieb hierüber Andrássy an den Kanzler, „so durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Abmachung, daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte. Seine Majestät sieht darin nicht nur keine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwischen den drei Reichen zu erhalten, sondern heute die einzig mögliche Art, das Damoklesschwert, welches über unseren Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen, um den Frieden nicht nur zum Heile der beiden, sondern auch zum Wohle des Dritten praktisch sicherzustellen." Im Einvernehmen mit dem Kaiser und König Franz Josef I. erklärte Andrássy dem Fürsten Bismarck nun auch schriftlich, daß er entschlossen sei, bis zur Erledigung der schwebenden Angelegenheit noch im Amte zu verbleiben. Er sei ermächtigt, fügte er hinzu, von Bismarck, sobald dieser die prinzipielle Genehmigung Kaiser Wilhelms konstatieren kann, eine Textierung des Vertrages entgegenzunehmen und auch selbst eine solche vorzuschlagen. Nicht früher fühlte sich Andrássy beruhigt, ehe er, wie er sich ausdrückte, die Fackel nicht gelöscht sehe, die Kaiser Alexander halb unbewußt auf dem europäischen Pulverfasse herumschwingt, und solange der Friede Europas von einem Miljutin, Jomini oder gar einem Ignatjev abhänge. Bei der Art des Zaren, etwas nicht zu wollen und sich von seiner Umgebung doch in die entgegengesetzte Richtung fortreißen zu lassen, hielt es Andrássy für eine „europäische Notwendigkeit", so rasch als möglich den aus solcher Schwäche des russischen Kaisers entspringenden Gefahren durch ein Defensivbündnis vorzubeugen. „So schwer ich," schloß er seinen Brief an Bismarck, „die Ausführung meines schon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufschiebe — so wäre es mir als Diener meines Kaisers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürst, eine solche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterschreiben zu können. Oesterreich hat seinerzeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen geschont hätten, abzulehnen. Es tut mir wohl, konstatieren zu können, daß man bei uns diesmal die gleichen Fehler nicht begehen wird." Andrássy erwartete nun den deutschen Kanzler in Wien, dem er sagte: „daß sich mein Kaiser stets freut und sich jetzt besonders freuen wird, Sie hier zu sehen, ist selbstverständlich." [1])

---

[1]) Andrássy an Bismarck, Schönbrunn (bei Wien), 1. September 1879.

Bismarck verständigte hierauf sofort den Grafen Andrássy, daß er noch nicht im Besitze der Entschließungen Kaiser Wilhelms sei; sobald er diese erhalte, werde er ihm Kenntnis davon geben. Gleichzeitig sandte er den Brief Andrássys an den deutschen Herrscher, dem er nochmals angelegentlichst das Defensivbündnis empfahl.[1]) Am 6. September wiederholte der Kanzler seine Bitte. Er stellte dem Kaiser vor, daß, wenn die Ablehnung nach dem Zarenbrief vom 15. August bekannt würde und für diesen keine andere „Remedur" geboten worden sei als das, was bisher geschehen, weder das preußische noch das deutsche Selbstgefühl der bürgerlichen und militärischen Kreise darin eine Befriedigung finden werde.[2]) Zur Unterstützung seiner Vorschläge wünschte Bismarck auch den Kronprinzen Friedrich Wilhelm in alles eingeweiht zu sehen; er gab sich der Hoffnung hin, daß der Beistand des Thronfolgers den von ihm unternommenen „Feldzug" siegreich enden lassen werde.[3])

Kaiser Wilhelm befand sich zu dieser Zeit bei den Manövern in Königsberg, wohin ihn der Legationsrat Otto von Bülow als Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes begleitete. Ihm war in diesen kritischen Tagen die Mission zugefallen, den deutschen Herrscher für den Vorschlag Bismarcks zu gewinnen. Seine Stellung war keine leichte, dafür um so verantwortungsreicher. Otto von Bülow war entschlossen, jeden verfehlten Versuch immer wieder zu erneuern. Hierbei rechnete er auf den Charakter des Kaisers, bei dem, wie er meint, der Baum nicht auf den ersten Hieb fällt, aber nach häufigen Wiederholungen doch semper aliquid haeret, um dann den „Hauptcoup" zu führen. Als treue Freunde und verständnisvolle Helfer Bismarcks standen Otto von Bülow der Generaladjutant Lehndorff und Albedyll, der Chef des Militärkabinetts, zur Seite. Trotz dieser Unterstützung fühlte der Legationsrat, wie heiß er um die Chancen des Sieges mit dem Kaiser werde ringen müssen, der gerade jetzt von seltener Frische und Klarheit des Geistes war, womit sich große Entschiedenheit und Ruhe paarte.[4]) All das aber, äußerte der Legationsrat, werde ihn nicht abhalten, seine Schuldigkeit zu tun,

---

[1]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 5. September 1879.

[2]) Ibidem, Gastein, 6. September 1879.

[3]) Bismarck an Staatssekretär von Bülow, Gastein, 6. September 1879.

[4]) Otto von Bülow an Radowitz, Königsberg, 6. September; idem an Staatssekretär von Bülow, 7. September 1879.

tapfer zu fechten, wozu ihm Radowitz, wie er diesen bat, den Daumen halten möge.[1])

Der Legationsrat hatte recht, mit Beklommenheit dem Vortrage beim Kaiser entgegenzusehen. In der Tat prallten, wie er berichtet, alle ihm von Bismarck an die Hand gegebenen Argumente an der Festigkeit des Monarchen ab, der seine ablehnende Entschließung bereits innerlich getroffen hatte.[2]) Von entscheidender Einwirkung auf ihn war sein Gespräch mit Miljutin in Alexandrovo gewesen. Der russische Kriegsminister hatte es verstanden, den deutschen Fürsten zu kaptivieren. Er sagte ihm, daß sich im Orient eine Tripelallianz zwischen England, Frankreich und Oesterreich-Ungarn gegen Rußland vorbereite; dieses sei daher genötigt, militärische Vorbereitungen an der Grenze zu treffen. Diese Erklärung schien Kaiser Wilhelm so einleuchtend, daß er dem Legationsrat von Bülow gegenüber bemerkte: wenn dem so ist, werde Rußland doch nicht so selbstmörderisch sein, um auch mit Deutschland anzubinden; das könne er nicht glauben. Er habe — meinte der Monarch weiter — vielmehr die vollste Ueberzeugung gewonnen, daß Rußland nach wie vor zum Deutschen Reiche halten wolle, wie es auch sein Interesse gebiete. Mit dieser Ueberzeugung im Herzen verbiete ihm sein Gewissen, auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen. Seine Lage, setzte er fort, sei eine überaus schwierige und peinliche. Er befinde sich in einem schrecklichen Dilemma, wolle aber lieber vom Schauplatz abtreten und die Regierung seinem Sohne übergeben, als wider seine bessere Einsicht handeln und eine Perfidie gegen Rußland begehen. Nachdem der Kaiser diese Worte bestimmt und ruhig, ohne jeden Anflug von Animosität oder Verbitterung gesprochen, fügte er noch hinzu: er habe dem Fürsten Bismarck das Terrain offengehalten; wolle er mit Graf Andrássy in eine Besprechung über gewisse Möglichkeiten in der Zukunft eintreten, so mag es geschehen. Aber eine Allianz — nein, da gehe er nicht mit. Eine solche würde doch immer ihre Spitze gegen Rußland kehren und in ihren Folgen unberechenbar sein. Habe doch Fürst Bismarck früher selbst den Grundsatz aufgestellt, daß sich das Deutsche Reich nicht durch Allianzen die Hände binden dürfe, zu welcher Meinung er, der Kaiser, sich noch jetzt bekenne.

---

[1]) Otto von Bülow an Radowitz, Königsberg, 6. September 1879.

[2]) Otto von Bülow an den Staatssekretär von Bülow, Königsberg, 7. September 1879.

Auch könnte er nicht vergessen, daß der Kanzler selbst ehedem gelegentlich erklärte, Oesterreich-Ungarn sei unzuverlässig. Das ganze Gespräch, aus dem deutlich hervorging, daß Kaiser Wilhelm das volle Bewußtsein habe, sich inmitten einer bedeutungsvollen Krisis zu befinden, machte auf Otto von Bülow den Eindruck, daß auch in der Zukunft auf eine Sinnesänderung seines kaiserlichen Herrn kaum zu rechnen sei.[1])

Am 7. September erneuerte Bismarck von Gastein aus seinen Ansturm auf die Ueberzeugung des Kaisers: daß er perfid und unloyal gegen Alexander II. handeln würde, falls er jetzt von ihm abfiele. Der Kanzler suchte ihm die Schwenkung des Zaren deutlich zu machen und ihm zu veranschaulichen, warum Alexander und Miljutin jetzt von Freundschaftsversicherungen für Deutschland übertriefen. Man habe eben, wie dies auch Manteuffel selbst bestätige, vergeblich an die französische und italienische Türe angeklopft. Bismarck sagte dem Kaiser, er wisse es aufs bestimmteste, daß Orlov, der russische Botschafter in Paris, bei seiner jüngsten Anwesenheit in Petersburg eröffnete, Frankreich brauche den Frieden und fühle sich zum Angriff auf Deutschland zu schwach, wenn außer Rußland nicht noch eine dritte Macht im Bunde sei. Die Sondierung Italiens dagegen habe mit dem Ergebnis geendet, daß es militärisch viel zu wenig kräftig sei, um auf seine Hilfe rechnen zu können. Alle diese Umstände, erörterte der Kanzler, machen es begreiflich, warum jetzt der Zar die deutsche Allianz als die beste bezeichne. Allerdings, bemerkte der Kanzler in sarkastischem Tone, nur für so lange, als sie die einzige ist, die man haben kann. Wird Frankreich mächtiger und Oesterreich-Ungarn Deutschland entfremdet, dann erleidet die Situation auch sofort eine Änderung. Der Kanzler erinnert daran, daß selbst der dem preußischen Königshause wohlgesinnte Kaiser Nikolaus I. keinen Augenblick zögerte, Preußen in Olmütz seiner russischen Politik zu opfern. Ganz das gleiche sei auch in der Zukunft von Alexander II. zu erwarten. Tritt dieser Fall ein und Deutschland steht Rußland isoliert gegenüber, so wird das, wie 1854, zum Anschluß an die Westmächte gedrängte Oesterreich-Ungarn nicht mehr bereit sein, dem Deutschen Reiche gegen das Zarenreich Hilfe zu leisten. Diese aber sei nötig gegenüber dem slawophilen Rußland, das seit dem Falle Napoleons III. den Frieden Europas bedrohe. Es

---

[1]) Otto von Bülow an den Staatssekretär von Bülow, Königsberg, 7. September 1879.

ist, führt Bismarck aus, als ob Rußland unter der Leitung der slawischen Propaganda die Erbschaft des Napoleonischen Cäsarismus übernommen hätte und damit die Mission, die schwarzen Punkte am Horizonte des europäischen Friedens zu bilden. In des Kanzlers Augen gibt es zwischen Deutschland und der unberechenbaren Naturgewalt dieser slawischen Revolution keine Verständigung. Ihm scheint es auch undenkbar, daß Alexander, ebensowenig wie der Thronfolger, sich so weit von ihr loszureißen vermöchte, um dem von der Regierung entfesselten Deutschenhaß Trotz zu bieten.

Welchen Sinn — fragte Bismarck den Kaiser — sollte es haben, in Wien mit Andrássy die Verhandlungen fortzusetzen, wenn er ihm nicht zugleich sagen könnte: sein Herrscher wünsche gleich Franz Josef I. das Defensivbündnis. Soll seine Anwesenheit in der Kaiserstadt in politischer Beziehung kein Aufsehen erregen und Beunruhigung erzeugen, dürfte er sich dort höchstens zwei Tage aufhalten. Komme er, Bismarck, ohne Ermächtigung zum Abschluß, so werde Andrássy seinen Rücktritt nicht weiter verschieben wollen. Eine spätere Verhandlung jedoch mit dem von ihm persönlich wenig gekannten Nachfolger von Berlin aus zu führen, meinte der Kanzler, verbürge nicht die gleiche Sicherheit des Erfolges wie heute, wo Kaiser Franz Josef I. seine Zustimmung bereits erteilte und die beiden Unterhändler — er und Andrássy — das vollste persönliche Vertrauen zueinander hegen. Um so leichter könne auch Kaiser Wilhelm seine Billigung aussprechen, als es sich ja nicht um ein Trutz-, sondern nur um ein Schutzbündnis handle. Im Gefühle seiner Verantwortlichkeit stellte Fürst Bismarck daher den Antrag: Kaiser Wilhelm möge ihn ermächtigen, Andrássy im Prinzipe die kaiserliche Genehmigung zu einer Verabredung mit ihm bekanntzugeben, deren Inhalt folgend zu lauten habe: Beide Mächte versprechen sich gegenseitig, auch fernerhin für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege der friedlichen Beziehungen zu Rußland einzutreten; sollte trotzdem eines der beiden Reiche von Rußland allein oder im Bunde mit andern angegriffen werden, seien sie verbunden, diesen Anschlag gemeinsam abzuwehren.

Fürst Bismarck drängte ohne Rücksicht auf die damals stattfindenden Manöver seinen Souverän zur Entscheidung. Die Sache schien ihm zu dringend, um noch einen Aufschub erleiden zu dürfen. Die Geschichte, sagte er dem Kaiser, beweise es hinlänglich, daß versäumte Gelegenheiten in der Regel nie wiederkehren. Jetzt biete sich die günstige Möglichkeit einer „Asse-

kuranz“, die nicht nur Deutschlands Frieden mit Rußland befestige, sondern auch den mit Frankreich, und außerdem der gefährlichsten Koalition: der von Rußland, Frankreich und Oesterreich-Ungarn gegen das Deutsche Reich, jeden Boden entziehe.[1])

Mochte Bismarck was immer für schlagende Argumente für seinen Vorschlag vorbringen, sie blieben doch ohne greifbares Resultat. Otto von Bülow, der auch weiterhin die Ansichten seines Chefs beim Kaiser zu vertreten hatte, war außer sich vor Verzweiflung. Gott weiß — heißt es in einem seiner Berichte —, wie er gerungen habe, allein seine Kräfte reichten nicht aus, um die in Alexandrovo empfangenen Eindrücke zu erschüttern. Seit vielen Jahren hatte man den Monarchen nicht so übel gelaunt gesehen wie am 8. September nach dem Vortrage des Legationsrates. Schon eine ziemlich unverfängliche Meldung brachte ihn in Harnisch und erpreßte ihm den Ausruf: ob sich denn heute alles verschworen habe, ihn zu töten. Während der Berichterstattung selbst brauste der Kaiser wiederholt auf. Mit der Faust auf den Tisch schlagend, äußerte er, daß er keine Allianz schließen wolle und jetzt, nachdem er vor acht Tagen Alexander II. die Hand gedrückt, keine solche Perfidie begehen könne. Wieder sprach er davon, lieber abzudanken, als so etwas zu tun. Der Kronprinz, der ganz auf seiten Bismarcks stand, aber ungefragt Bedenken hatte, persönlich einzugreifen,[2]) meinte, es werde unendlich schwer fallen, seinen Vater von seinen siebzig Jahre lang gehegten russophilen Anschauungen zur Ansicht des Kanzlers zu bekehren. Er gab den Rat, die Erlaubnis zu Besprechungen mit Andrássy als Leitfaden für die Zukunft zu benützen; sei die Allianz nicht dringend, so könnten ja die beiderseitigen Unterredungen einstweilen eine Abmachung ohne Unterschriften herbeiführen.[3]) Davon konnte jedoch keine Rede sein, da Andrássy sich auf eine solche „dilatorische“ Lösung keinesfalls einlassen würde, wie dies Bismarck selbst sofort bezeugte. Nun meinte Otto von Bülow, es gäbe seinem Dafürhalten nach nur noch ein Mittel, das zum Ziele führen könnte: der persönliche Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser.[4]) Bismarck wäre auch bereit gewesen, nach Stettin zu kommen, wohin Wilhelm I. reiste; aber durch Arbeit, Aufregung und die Kur war er vollkommen entkräftet. Hatte er doch sogar Andrássy bitten

---

[1]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 7. September 1879.

[2]) Otto von Bülow an das Auswärtige Amt, Königsberg, 9. September 1879.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

müssen, ihn erst nach dem 20. September in Wien zu erwarten.[1]) Er fühle sich, schrieb er an demselben Tage an Radowitz, außer stande, dem Kaiser noch länger zu dienen. Vielleicht wäre ihm dies noch möglich, wenn er das Glück hätte, daß in entscheidenden politischen Fragen seine und des Herrschers Ansichten sich deckten. Da diese Voraussetzung fehle, vermögen seine völlig erschöpften Kräfte die dadurch entstehenden Reibungen und Nervenaufregungen nicht mehr zu ertragen. Er habe, lauten seine Worte, die Folgen ähnlicher Friktionen, wie sie in Nikolsburg und Versailles stattfanden, noch heute nicht in seiner Gesundheit überwunden. Jetzt werden es 17 Jahre, daß er ohne Unterbrechung sein Leben in solchen Kämpfen verbringe, womit er wohl seine Dienstpflicht dem Kaiser und Reiche gegenüber erfüllt habe. Nunmehr mögen sich jüngere Kräfte dazu bereit finden lassen.[2])

Für den Verlauf dieser schweren Krise war es wirklich verhängnisvoll, daß zu dieser Zeit sowohl der Kanzler als auch der Staatssekretär von Bülow krank waren und sich nicht nach Stettin begeben konnten. Wie Otto von Bülow bemerkt, ruhte jetzt die ganze Last des Durchkämpfens auf seinen und des Radowitz' Schultern, also auf zwei Personen, die dem Kaiser gegenüber nicht die Autorität verantwortlicher Minister hatten.[3]) Was Bismarck aus der Ferne sagte, ohne die Wucht seiner persönlichen Rede und Einwirkung, blieb ohne den gewünschten Erfolg. Der Kaiser äußerte einmal: Wenn man ihm nachweise, daß Rußland Feindliches gegen Deutschland im Schilde führe, sei er bereit, sich dem Verlangen Bismarcks zu fügen.[4]) Als ihm nun der Kanzler die Telegramme des Pariser Botschafters Fürsten Hohenlohe über russische Anknüpfungsversuche mit Frankreich vorlegen ließ,[5]) fuhr der Kaiser gereizt auf: er halte sich an die Aeußerungen seines kaiserlichen Neffen, die in seinen Augen schwerer wiegen als jene Mitteilungen.[6])

An Bismarck selbst aber schrieb der Kaiser: vielleicht werde einst unter der Herrschaft des Thronfolgers eine Gefahr zu befürchten sein, jetzt gewiß nicht; einer allenfallsigen Eventualität halber sich jedoch die Hände zu binden, verstoße gegen seine

---

[1]) Bismarck an das Auswärtige Amt, Gastein, 9. September 1879.

[2]) Bismarck an Radowitz, Gastein, 9. September 1879.

[3]) Otto von Bülow, Stettin, 12. September 1879.

[4]) Otto von Bülow an das Auswärtige Amt, Danzig, 11. September 1879.

[5]) Telegramme Hohenlohes, Paris, 10. September 1879.

[6]) Otto von Bülow an Radowitz, Stettin, 12. September 1879.

politische Ueberzeugung und sein Gewissen. Um jedoch ihn, Bismarck, beim Kaiser Franz Josef und dem Grafen Andrássy keiner Desavouierung auszusetzen, gebe er die Ermächtigung zu Unterredungen über künftige zu treffende Maßnahmen gegenüber einer in der Zukunft möglichen Bedrohung durch Rußland. Mit dem größten Nachdruck kam der deutsche Monarch immer wieder darauf zurück, daß er in keinem Falle die Vollmacht zum Abschluß einer Konvention oder gar einer Allianz erteile. Wilhelm I. schmeichelte sich mit der Illusion, daß seine und des Kanzlers Anschauungen wieder übereinstimmen werden, da er sonst nicht mehr getrost in die Zukunft blicken könnte, die sich dann für ihn sehr düster gestalten müßte. Sei ihm doch schon diese Episode recht schmerzlich; daher sehe er der Antwort Bismarcks auf seine „bedingte" Ermächtigung mit Ungeduld entgegen und sei überzeugt, daß sie ein Einverständnis ergeben werde. Mit den Worten: Das wolle Gott! schloß der Kaiser seine Weisung.[1])

Ein Schreiben Manteuffels hatte den deutschen Kaiser in der Hoffnung bestärkt, daß der Kanzler mit ihm übereinstimmen werde. Er glaube, berichtete der Generalfeldmarschall, aus einem an ihn gerichteten Briefe Bismarcks ersehen zu können, daß dieser das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn nicht im Gegensatz zu Rußland regeln wolle. Vielmehr trachte der Kanzler, die guten Beziehungen zum Zarenreiche zu erhalten, womit er das Bestreben verbinde, daneben die Bundesfreundlichkeit mit der österreichisch-ungarischen Monarchie zu sichern. Diese Politik verfolge das Ziel, das Deutsche Reich Rußland gegenüber selbständiger, unabhängiger zu machen und, falls dieses panslawistischen Einflüssen verfallen sollte, Deutschland eine Allianz zu verbürgen.[2]) Sowohl der Kaiser als auch Manteuffel hatten Bismarck mißverstanden. Beide übersahen, daß er nicht von „Fühlung" mit unserer Monarchie, sondern stets von „Sicherstellung" gesprochen. Daher der Optimismus Kaiser Wilhelms, daß Bismarck glücklicherweise nur das wünsche, wozu er ihn ermächtigte.[3]) Die Enttäuschung blieb natürlich nicht aus. Der Kanzler war so sehr von der Unerläßlichkeit seines Antrages durchdrungen, wie er ihn verstand, daß es für ihn hierin kein Zurückweichen gab. Im wahren Sinne des Wortes mobilisierte er auf der ganzen Linie alle Kräfte, die ihm zur Verfügung standen, um die Annahme seines Vorschlages durchzusetzen. Graf Stolberg, als

---

[1]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, Danzig, 10. September 1879.

[2]) Manteuffel an Kaiser Wilhelm, Topper, 9. September 1879.

[3]) Otto von Bülow an Radowitz, Stettin, 13. September 1879.

Reichskanzler-Stellvertreter, sollte persönlich in Stettin zum Vortrage erscheinen.[1]) Auch Moltke war bestimmt, sich für diesen Zweck in Bereitschaft zu halten.[2]) Der deutsche Botschafter in London, Graf Münster, mußte in alles eingeweiht werden, um von Lord Beaconsfield zu erfahren, was von ihm zu erwarten sei, wenn Deutschland aus Rücksicht für Oesterreich-Ungarn und England mit Rußland in Händel geraten sollte.[3]) Außerdem ordnete Bismarck an, daß durch einen eigenen Artikel — nicht Communiqué — der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die öffentliche Meinung darauf vorbereitet werde, daß Deutschland gegen seinen Willen dazu gedrängt werde, zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu optieren.[4]) Auf die dringende Bitte des Legationsrates Otto von Bülow erklärte sich nunmehr auch der Kronprinz bereit, persönlich auf den Kaiser einzuwirken. Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage wollte er nicht länger zögern; Erfolg davon versprach er sich allerdings nicht.[5])

Wie die Dinge lagen, mußte jeden Augenblick mit dem Eintritt der Krisis gerechnet werden; sie konnte entweder mit dem Rücktritt des Kanzlers oder der Abdankung Kaiser Wilhelms enden. Radowitz besorgte, daß wenn der Brief des Kaisers vom 10. September, der sowohl den Abschluß einer Konvention als auch einer Allianz ablehnte, in die Hände Bismarcks gelange, dieser sofort seinen Abschied fordern werde. Das wollte Radowitz um jeden Preis verhüten. Wie schwach auch die Hoffnung auf Erfolg war, so hatte er doch die Empfindung, daß noch einmal das Menschenmögliche versucht werden müsse, um das unberechenbare Unheil eines akuten Zerwürfnisses zwischen Kaiser und Kanzler zu verhüten. Radowitz war daher der Meinung, der kaiserliche Brief solle nicht vor dem 14. September an Bismarck abgesandt werden, so daß er frühestens am 15. und spätestens am 16. in Gastein eintreffe. Gleichzeitig wollte er den Kanzler durch ein Telegramm von der Absendung des Schreibens benachrichtigt wissen, damit dieser vor dessen Empfang von jeder weiteren Entschlußfassung abgehalten werde. Den hierdurch gewonnenen Spielraum gedachte

---

[1]) Bismarck an das Auswärtige Amt. Gastein, 9. September 1879. Stolberg an das Auswärtige Amt, Wernigerode, 10. und 11. September; idem an Bismarck, 13. September; Bismarck an Stolberg, 13. September 1879.

[2]) Bismarck an Radowitz, Gastein, 14. September 1879.

[3]) Ibidem.

[4]) Bismarck an Radowitz, Gastein, 11. September 1879.

[5]) Legationsrat von Bülow, 11. September 1879.

Radowitz zu einem letzten Versuch bei Kaiser Wilhelm benützen zu lassen.[1])

Noch vor Ausführung dieses Kriegsplanes richtete Otto von Bülow an Radowitz eine prinzipielle Frage. Er wollte wissen, ob es ihm zur Schonung der Gefühle des Kaisers gestattet wäre, am Schlußantrag Bismarcks eine Aenderung vorzunehmen. Der Legationsrat meinte, es wäre sehr nützlich, wenn er dem Monarchen als eventuelle Friedensstörer generell eine oder mehrere Mächte bezeichnen dürfte. Auf diese Art sollte Rußland ganz unerwähnt bleiben. Aus dem Verkehr mit seinem kaiserlichen Herrn hatte der Legationsrat den Eindruck gewonnen, daß diesen nichts so sehr gegen Bismarcks Antrag einnehme als dessen Animosität gegen Rußland. Werde dagegen die Allianz mit Oesterreich-Ungarn nur im Interesse des Friedens empfohlen, Rußland dabei aber außer Spiel gelassen, so sei, wie Bülow meinte, wenigstens eine leise Aussicht auf günstigen Ausgang vorhanden.[2]) Bismarck gefiel natürlich der Vorschlag sehr gut, da er ja mit seinen eigenen Intentionen übereinstimmte. Viel Hoffnung machte sich Bismarck nicht, mit der bloß generellen Bezeichnung des Gegners durchzudringen und hauptsächlich, wie er bemerkt, Englands wegen. Doch wünschte er, daß dem Souverän noch nichts davon erwähnt werde, da er, der Kanzler, sich hierin irren könnte.[3])

Otto von Bülow hatte das springende psychologische Moment, das Wilhelm I. sich so scharf ablehnend verhalten ließ, mit richtigem Blick erkannt. Am 14. September vermochte er endlich zu melden: daß sich an diesem Tage die Aussichten auf eine günstige Lösung entschieden vermehrt hätten. Ein solches kaum mehr erwartete Resultat hatte der kluge und sehr behutsam vorgehende Legationsrat in der Tat durch Nichterwähnung Rußlands erreicht. Im Einvernehmen mit dem alten Praktiker General Albedyll hatte er sich entschlossen, von Rußland speziell gar nicht mehr zu sprechen. Er fühlte sich ganz glücklich, daß nunmehr auch Bismarck die nur generelle Bezeichnung des Angreifers billigte. So ausgerüstet begab sich Otto von Bülow zum Vortrage beim Kaiser, den er in sehr guter Laune fand. Der Legationsrat verstand es, dem Monarchen die Meinung beizubringen, als

---

[1]) Radowitz, 13. September 1879.

[2]) Zwei Telegramme des Otto von Bülow an Radowitz, 13. September 1879.

[3]) Bismarck an Otto von Bülow, 14. September 1879.

bestünde zwischen ihm und dem Kanzler eigentlich keine gar so große Verschiedenheit der Ansichten, da sie ja beide Frieden und vor allem friedliche Beziehungen zu Rußland wünschten. Indem der greise Herrscher dies zugab, äußerte er sich doch sehr scharf gegen den Schlußantrag Bismarcks betreffs Rußland. Diesen Moment benützte der Legationsrat zur Bemerkung, daß diese Stelle durch eine generelle Bezeichnung ersetzt werden solle. Die Mitteilung erfreute den Kaiser sehr; nun fand er, daß damit die Sache schon ein anderes Gesicht erhalte. Sein Mißtrauen war aber noch immer nicht ganz gebannt. In diesem Stadium entwarf Otto von Bülow ein kurzes Résumé der Berichte Bismarcks, wobei der Legationsrat miteinlaufen ließ, daß sich die Spitze von dessen Politik nicht gegen Rußland, sondern nur gegen die antideutsche panslawistische Revolutionspartei richte. Jetzt schien es sogar dem Kaiser, daß er so ziemlich jedem der vom Legationsrat vorgetragenen Sätze beistimmen könne. Bald darauf verfiel er jedoch wieder auf sein altes Leitmotiv: gegen seinen kaiserlichen Neffen keine Perfidie begehen zu wollen. Wie an einen wahren Notanker in der Gefahr klammerte sich hierauf der Monarch an die vom Legationsrat hingeworfene Anregung, daß ja eventuell der Entwurf der Verabredung — von mehr wollte der Kaiser noch immer nichts wissen — dem Zaren mitgeteilt werden könnte, als Beweis dafür, daß nichts Böses gegen ihn im Schilde geführt werde. Dieser Einfall erfreute sich so sehr des Beifalls des Herrschers, daß er Otto von Bülow sogar bat, ihn dem Fürsten Bismarck als vom Souverän selbst ausgehend darzustellen.[1]) Der Legationsrat zweifelte nicht daran, daß im Falle der Ablehnung dieses Mittelweges durch den Kanzler der ganze Erfolg auf dem Spiele stehe.[2]) Bismarck war sofort bereit, seine Hand zu diesem Wunsche zu bieten, da, wie er sagte, eine künftige Mitteilung des Vertrages schon von Andrássy selbst angeregt worden war.[3]) Dagegen lehnte er es ab, den Entwurf vor dem Beginne der Wiener Besprechungen vorzulegen, wie es der Kaiser wünschte. Bismarck wollte vorher sicher sein, daß der Herrscher auch das Prinzip billige, auf dem er beruhen sollte und ob er in der neuen Fassung von Andrássy angenommen würde. Nicht nur, daß sich der Kanzler zu solch einer vielleicht vergeblichen Arbeit zu erschöpft

---

[1]) Otto von Bülow, 15. September 1879.

[2]) Idem, Stettin, 14. September. Zwei Berichte von diesem Tage.

[3]) Bemerkung Bismarcks, 15. September 1879.

und zu leidend fühlte, besorgte er auch, der Kaiser werde die unerschöpfliche Redaktionsfrage benützen wollen, um der definitiven Entscheidung zu entgehen. Der fortwährenden Verzögerung sollte nun ein Ende bereitet werden. Bismarck forderte, daß Stolberg unverzüglich zum Vortrage zu melden sei.[1] Kaiser Wilhelm war ziemlich ungehalten, als Otto von Bülow den erteilten Auftrag ausführte. Ein Mitwisser mehr, rief er aus. Der Monarch beruhigte sich erst, als er hörte, daß Graf Stolberg auch in seiner Eigenschaft als Vizekanzler und als Vertreter des erkrankten Staatssekretärs von Bülow vor ihm erscheine. Dann sagte er noch: Man scheint zu vergessen, daß auch er nur ein Mensch sei und über wichtige Staatsangelegenheiten keinen Vortrag entgegennehmen könne, wenn er erschöpft vom Manöverfelde heimkehre. Die Angelegenheit, fügte er noch hinzu, kann ja gar nicht so dringlich sein, und er gab seinen Entschluß kund, Stolberg erst am folgenden Tag — 17. September — in Berlin zu empfangen. Jeder weitere Versuch Otto von Bülows ward in barscher Weise zurückgewiesen. Der Kaiser wollte nicht begreifen, wozu überhaupt noch ein weiterer Vortrag nötig sei. Er habe, betonte er sehr nachdrücklich, dem Fürsten Bismarck seine Ansicht zu erkennen gegeben, und dabei bleibe es. Handelt es sich doch vorläufig nur um Pourparlers und um eine demnächst von den beiden Ministern, aber nicht von ihm, dem Kaiser, zu unterfertigende Urkunde.[2]

Noch ehe Stolberg von Kaiser Wilhelm gehört wurde, unternahm Bismarck selbst abermals einen Versuch, seinen Souverän zum Nachgeben zu bewegen. Er stellte ihm vor, es müsse auf einem Mißverständnis beruhen, wenn der Kaiser geglaubt habe, sein Kanzler wollte ihm eine Koalition mit Oesterreich-Ungarn, England und Frankreich gegen Rußland anraten, das sei ihm nie eingefallen. In niemandes, am wenigsten in dem Kopfe eines österreichisch-ungarischen Ministers könnte der Gedanke eine Stätte gefunden haben, Rußland im Frieden, ohne zwingenden Grund, anzugreifen, um die Kastanien für England aus dem Feuer zu holen. Oesterreich-Ungarns klare Aufgabe sei die Defensive. Selbst wenn Kaiser Wilhelm, führte Bismarck weiter aus, die Defensiv-Allianz mit der österreichisch-ungarischen Monarchie abgelehnt hätte und diese nachher von Rußland angegriffen würde, müßte Deutschland, auch ohne Vertragspflicht, Oesterreich-Ungarn

[1] Bismarck an das Auswärtige Amt, Gastein, 15. September 1879.
[2] Otto von Bülow an Radowitz, Stettin, 15. September 1879.

beistehen, falls dieses Gefahr liefe, zu unterliegen. Das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland im Stich gelassenen Oesterreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. Deutschland müßte also auch ohne Gegenseitigkeit so handeln, als befände es sich im Besitze eines Bündnisses.

Bismarck ging noch einen Schritt weiter und warf die Frage auf, was denn geschehen würde, falls Rußland die Absicht hätte, Deutschland anzugreifen, noch ehe dieses Oesterreich-Ungarn seinen Alliierten nennen könnte? Er zweifelte nicht daran, daß ein solcher Mangel ganz gewiß zum Krieg führen müsse. Nicht nur Neid und Haß, sondern auch die Ueberzeugung der Russen, daß nach der Besiegung Deutschlands Rußland die Herrschaft über Osteuropa und den Orient zufalle, werden den Zusammenstoß erzeugen. Schwer müßte dann das Fehlen des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn gebüßt werden. Wo gebe es denn eine Sicherheit dafür, daß das Versäumte überhaupt noch, selbst mit den schwersten Opfern, gutgemacht werden könnte? Ist es denn nicht möglich, daß Oesterreich-Ungarn von Rußland schon gewonnen sei, vielleicht durch das Versprechen der Wiedergabe Schlesiens oder einer kaiserlichen Stellung in Süddeutschland mit Mainz und Ulm? Es sind, wie Bismarck äußert, in diesem Jahrhundert schon solche politische Revirements nicht nur geplant, sondern auch ausgeführt worden, die ein Jahr vorher viel unwahrscheinlicher aussahen als das von ihm angedeutete Zukunftsbild.

Nochmals wiederholte der Kanzler, daß Deutschland nur mit dem friedliebenden, konservativen Oesterreich-Ungarn, nicht aber mit der eroberungssüchtigen und kriegerischen slawischen Revolution ein Bündnis schließen könne. Er begreife wohl, sagte er, das Widerstreben des Kaisers, doch zwinge ihn, als Minister des Reiches, die von ihm seit Wochen Tag und Nacht erwogene Situation, auf der Forderung der Genehmigung des Abschlusses mit Oesterreich-Ungarn zu beharren. Mit seinem Gewissen, meinte er weiter, könne er es nicht vereinigen, eine stärkere Bürgschaft der Zukunft abzuweisen, wenn sie angeboten werde. Aus der Haltung des Zaren vermöge er nur so viel zu entnehmen, daß Rußland jetzt und einstweilen mit Deutschland befreundet bleiben will, bis es Frankreich gegen dasselbe gewonnen oder Oesterreich-Ungarn ihm entfremdet habe.[1])

---

[1]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Gastein, 15. und 16. September 1879.

Nun nahte in Berlin der entscheidende Moment, wo der Kaiser sagen mußte, ob er noch ferner mit seinem Kanzler gehen oder sich von ihm trennen wolle. Die Krisis verschärfte sich immer mehr. Denn auch Graf Stolberg war entschlossen, im Weigerungsfall ebenso aus dem Dienste zu scheiden wie der Kanzler selbst. Der Stellvertreter Bismarcks in der obersten deutschen Staatsbehörde schob alle Schuld auf die unglückselige Zusammenkunft von Alexandrovo, die beim Kaiser die Erinnerung an jede üble Behandlung von russischer Seite verwischt zu haben schien. Unter diesen Umständen glaubte auch Graf Stolberg nur dann auf ein Gelingen rechnen zu dürfen, wenn dem Kaiser die Ueberzeugung beigebracht werden könnte, daß das abzuschließende Bündnis sich nicht aggressiv gegen Rußland richte, sondern vor allem zur Wahrung des Friedens bestimmt sei.[1]) Fürst Bismarck erklärte sich einverstanden damit, daß Stolberg in diesem Sinne dem Kaiser Vortrag halte — immer unter der Voraussetzung, daß es ihm, Bismarck, gelänge, Andrássy für die neue Fassung zu gewinnen. Wenn dieser jedoch nicht darauf einginge, so hielt der Kanzler seinen Schlußantrag im Berichte vom 7. September aufrecht, der seiner Meinung nach in der praktischen Wirkung dieselbe Tragweite besitze wie die generelle Bezeichnung. Bismarck stimmte zu, daß der Inhalt der Wiener Verabredungen dem Kaiser zu unterbreiten sei, desgleichen solle künftige Mitteilung an Kaiser Alexander festgesetzt werden.[2])

Am 17. September hielt Graf Stolberg seinen Vortrag. Sofort konnte er die Wahrnehmung machen, den Kaiser beschäftige sehr stark der Umstand, daß in dem Vorschlage Bismarcks nicht ausdrücklich der Fall erwähnt sei, was zu geschehen habe, wenn eine der beiden kontrahierenden Mächte einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat unternähme. Zur Verhütung neuer Verzögerungen schlug der Vizekanzler vor, die Genehmigung an die ausdrückliche Bedingung zu knüpfen, daß in dem gedachten Falle die Verpflichtung des anderen Vertragsschließers zur Hilfeleistung nicht bestehe. Nach einstündigem Vortrage gelang es Graf Stolberg, die kaiserliche Zustimmung in formeller Weise zu erreichen. Der Monarch erteilte sie, wie er dem Vizekanzler ausdrücklich sagte, mit dem vollen Bewußtsein, daß die eigentliche, wenn auch defensive Spitze der zu treffenden Abmachung gegen Rußland

---

[1]) Graf Stolberg an Bismarck, Berlin, 14. September 1879.

[2]) Bismarck an Stolberg, Gastein, 16. September 1879.

gerichtet sei. Aber auch Graf Stolberg ließ den Kaiser nicht im unklaren darüber, daß es noch sehr ungewiß sei, ob Graf Andrássy darauf eingehen werde, Rußland nicht ausdrücklich als den angreifenden Teil genannt zu sehen und daß man dann auf neue Anträge des Kanzlers aus Wien gefaßt sein müsse. Der Vizekanzler hielt es für gewagt, schon jetzt mit solchen hervorzutreten. Er war zufrieden, errungen zu haben, was errungen werden konnte. Seinem vornehmen Charakter entspricht es, daß er sich den Erfolg nicht allein zueignete, sondern offen einbekannte, daß ohne die nötige vorhergehende Vorbereitung des Kaisers durch den Legationsrat Otto von Bülow er nie zu einem Ende gekommen wäre.[1]) Nunmehr konnte an Bismarck nach Gastein das günstige Resultat telegraphiert werden.[2]) Der Kanzler durfte jetzt frohgemut die Reise nach Wien antreten, allerdings beschwert mit dem zu seinem Antrag vom Kaiser genehmigten Zusatz Stolbergs: daß wenn eine der beiden Mächte einen Angriffskrieg unternehme, die andere Macht zu einer Hilfe nicht verpflichtet sei.[3]) Der Schauplatz der neuen Unterhandlungen war jetzt nach Wien verlegt. Ein Ereignis von größter Bedeutung sollte sich innerhalb der Mauern der Kaiserstadt an der Donau abspielen.

---

[1]) Stolberg an Bismarck, Berlin, 17. September 1879.

[2]) Radowitz an Bismarck, Berlin, 17. September 1879.

[3]) So lautet der von Stolberg am 17. September formulierte Zusatzartikel Stolbergs.

Zehntes Kapitel

Bismarck in Wien und Abschluß des Bündnisses

Bismarck," — schrieb Andrássy am 9. September an seine Frau — „mit dem wir uns trotz der Küsserei von Alexandrovo besser verstanden haben als je, kommt am 20. hierher. Ich zweifle nicht, daß wir die gegenseitige Assekuranz abschließen und dann kann ich mit dem Bewußtsein gehen, daß ich, was ein Mensch nur erreichen konnte, für das Wohl der Monarchie erreicht habe."[1]) Begreiflich daher, daß Graf Andrássy dem Besuche des Fürsten Bismarck in Wien mit Spannung entgegensah. Hatte er doch nicht weniger als Bismarck das Bedürfnis, eine Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland vollzogen zu sehen gegenüber der unruhigen, fast revolutionären Politik Rußlands. Der österreichich-ungarische Minister war überzeugt, daß Rußland eine Aktion nach außen suche, um sich vor den inneren Schwierigkeiten zu retten. Er klagte darüber, daß in Petersburg aus den nichtigsten Vorfällen Anklagen gegen die Mächte geschmiedet werden, die doch nichts andres als die ehrliche Durchführung des Berliner Kongresses wollen.[2]) Es war Andrássy nicht unbekannt, daß die russische Regierung schon im Frühjahr 1879 durch den General Türr in Italien anfragen ließ, ob es bei einem Angriff auf unsere Monarchie auf dessen Mitwirkung rechnen könnte.[3]) Auch wußte er, daß Rußland in Paris um die Allianz Frankreichs werbe. Es fiel ihm ferner auf, daß der Montenegriner wieder den Mund etwas voller nahm und mit dem Hinweis auf die Karte von San Stefano sich beschwerte, Oesterreich-Ungarn habe ihm Gebiete genommen, die er eroberte.[4]) Diese übermütige Sprache hinderte freilich den Balkanfürsten nicht, bald darauf in Wien zu erscheinen, um dem Kaiser seine Dankbarkeit

---

[1]) Graf Andrássy an seine Frau. Schönbrunn (bei Wien), 9. September 1879 (ung.). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[2]) Reuß, Wien, 8. September 1879.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 20. September 1879.

[4]) Reuß, Wien, 8. September 1879.

für die vielen Gnaden auszusprechen, die er ihm erwiesen.[1]) Nikita von Montenegro ging dabei genau nach russischem Rezept vor. Denn während Rußland Italien und Frankreich für seine aggressiven Pläne zu gewinnen trachtete, ließ zur selben Zeit Alexander II. dem Kaiser Franz Josef I. versichern, daß ihm jeder Gedanke an äußere Verwicklungen ferne liege und er sich nur den inneren Angelegenheiten widmen wolle. Unter solchen Umständen hielt es Andrássy für nötig, ehestens den Unruhe erzeugenden Maßnahmen Rußlands, wie er sagte, einen Riegel vorzuschieben. Als das wirksamste Mittel hierzu erschien ihm die Verständigung mit Bismarck, und er gab dem Fürsten Reuß die Erklärung ab, daß sowohl der Monarch wie er selbst noch die gleichen Gesinnungen hegen, denen er in Gastein Ausdruck verliehen.[2])

* * *

Gerade in diesen Tagen, noch ehe die welthistorische Begegnung zwischen Andrássy und Bismarck in Wien stattfand, ging die Besetzung des Limgebietes vor sich, als letztes Nachspiel der Okkupation Bosniens und der Hercegovina. Sie erfolgte auf Grundlage der so lange von der Türkei verzögerten Konvention mit unserer Regierung.

Hätte Oesterreich-Ungarn den Anschauungen seines Militärbevollmächtigten, des Oberst Raab, in Konstantinopel beigepflichtet, so wäre es nie zu diesem Resultat gekommen. Immer wieder behauptete dieser, die Türkei würde unter keinen Bedingungen die Konvention abschließen. Das Arge dabei war nur, wie Andrássy annahm, daß der Oberst aus persönlichen Gründen gegen den Botschafter Grafen Zichy sich zu solcher Ansicht bekenne, dem er nicht den Erfolg einer derartigen politischen Aktion gönne. Der Militärbevollmächtigte hatte sich zur Begründung seiner Auffassung auf die Möglichkeit einer russisch-türkischen Allianz berufen. Der Minister des Aeußern meinte, wenn eine solche zustande käme, könnte sie nur das Ziel zur Voraussetzung haben, die Konvention und deren Durchführung zu verhindern. Aber gerade dieses Streben sei ein Beweis mehr dafür, wie nötig die Konvention war und wie unerläßlich deren Ausführung sei, ehe Rußland und die Türkei in die Lage kämen, ihr hemmend in den Weg zu treten.[3])

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. September 1879.

[2]) Reuß, Wien, 8. September 1879.

[3]) Vortrag Andrássys, 28. Juni 1879. Ungedruckt.

Als sicher darf angenommen werden, daß die Pforte aus den parlamentarischen Konflikten Oesterreichs und Ungarns den Mut geschöpft hatte, sich so lange der Unterzeichnung der Konvention zu widersetzen. Erst als die Beratungen der Parlamente in Wien und Budapest einen friedlichen Abschluß gefunden, zögerte die Türkei nicht länger, die Okkupation der beiden verlorenen Provinzen auch gesetzlich anzuerkennen. Doch noch im letzten Momente kämpfte der damalige türkische Minister des Aeußern, Karatheodory, darum, den in der geheimen Deklaration vom 13. Juli 1878 ausgesprochenen „provisorischen" Charakter der Okkupation auch in der Konvention vom 21. April 1879 festzuhalten. Er verlangte, daß der Text der geheimen Deklaration wörtlich in die Konvention übernommen werde. Allein Andrássy wehrte sich aufs entschiedenste, in Vertragsform den provisorischen Charakter der Okkupation anzuerkennen. Der Minister des Aeußern sagte, er habe wohl in Berlin dem Drängen der Türkei nachgegeben, sei hierbei jedoch von der Auffassung ausgegangen, daß sich der provisorische Charakter nur auf die in der Deklaration in Aussicht genommene Verständigung über die Durchführung der Okkupation, nicht aber auf diese selbst beziehe. In bündigster Form erklärte er daher, lieber ganz auf die Konvention zu verzichten, als sich einem Verlangen zu fügen, das nun nach erfolgter Okkupation, ohne Hilfe der Türkei, keinen Sinn mehr habe.[1]) Die Pforte ließ denn auch ihre Forderung fallen. An die Stelle der Deklaration vom 13. Juli 1878 trat nun mit Genehmigung des Sultans die Konvention vom 11. April 1879. In diesem Schriftstück begnügte sich die Pforte ausdrücklich mit der Erwähnung der Souveränitätsrechte des Sultans. Im Gebet der Mohammedaner wurde der Name des Kalifen erwähnt und die ottomanische Flagge konnte auch weiter auf den Minaretts gehißt werden.[2]) Die offizielle türkische Anschauung hätte gerne in diesem Vorbehalt die Anerkennung aller ursprünglichen Rechte des Kalifen auf Bosnien und die Hercegovina erblickt, die nach ihrer Auffassung durch den Berliner Vertrag und die Aprilkonvention nur zeitweilig suspendiert worden seien. Andrássy hingegen betrachtete das Zugeständnis betreffs der Souveränität als ein bloß ideelles, das heißt als ein solches, das nur insoferne Geltung habe,

---

[1]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

[2]) Artikel II der Konvention vom 21. April 1879, abgedruckt im „Das Staatsarchiv", Bd. 36, S. 293.

als neben dem Artikel 25 des Berliner Vertrages und den Bestimmungen der Aprilkonvention noch Raum für die Betätigung der Souveränität des Sultans übrigbliebe. All das, was daher in der Konvention über die Souveränitätsrechte des Beherrschers der Türkei nicht enthalten sei, falle naturgemäß Oesterreich-Ungarn zu.[1])

Nachdem der Türkei der wirkliche Besitz der beiden Provinzen entglitten war, konnte sie sich mit dem Schatten von Anerkennung der Souveränitätsrechte des Padischah zufrieden geben. Um so eher, als die Konvention mancherlei nicht unwichtige Zugeständnisse für sie enthielt. Ausdrücklich ward konstatiert, daß Oesterreich-Ungarn nur die Verwaltung Bosniens und der Hercegovina besorge,[2]) deren Steuereinkommen für das Wohl beider Provinzen verwendet werden müsse.[3]) Die türkischen Münzen blieben im Verkehr,[4]) und außerdem erhielten die Muselmanen die Gewähr freier Religionsübung zugesichert.[5]) In einem eigenen Artikel der Aprilkonvention wurden auch noch die Modalitäten des Einmarsches der österreichisch-ungarischen Truppen im Sandžak von Novi-Bazar festgesetzt. Demnach sollten in Priboï, Priépoliyé und Biélopoliyé österreichisch-ungarische Garnisonen untergebracht werden.[6])

Man könnte hier nun fragen, warum Andrássy in diesem Zusammenhange nicht auch zur Besetzung des ganzen Sandžaks von Novi-Bazar schritt und sich nur mit dem in der Aprilkonvention zugestandenen Garnisonsrechte begnügte.[7]) Die Gegner seiner Politik haben ihn ja deswegen mit ihrer herben Kritik auch nicht verschont. Das Nächstliegende, wozu man die Monarchie auch aufforderte, wäre allerdings gewesen, den ganzen Sandžak zu besetzen. Durfte aber Andrássy das Verhältnis zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn so lange ungeregelt lassen, bis es ihm gelungen, die Zustimmung der Hohen Pforte zur gänzlichen Okkupation des Sandžaks zu erzwingen? Das eigenste Interesse der Monarchie drängte zur raschen Lösung dieser Frage. Solange da keine Ordnung geschaffen

---

[1]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.
[2]) Artikel I der Konvention.
[3]) Artikel III.
[4]) Artikel IV.
[5]) Artikel II.
[6]) Artikel VIII und IX samt Annex zur Konvention.
[7]) Aeußerung Andrássys in der österreichischen Delegation, 5. März 1879.

war, hatte es Rußland oder Italien immer in der Macht, eine Koalition der Türkei, Serbiens und Montenegros gegen das Verbleiben unserer Truppen auf dem Balkan ins Leben zu rufen. Eine solche Verbindung dieser Staaten hätte sich vor allem des nicht geregelten Zustandes zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei bemächtigt, um die Stellung der Monarchie in Bosnien zur Erörterung durch die Mächte zu bringen. In jedem Falle mußte alles aufgeboten werden, die Okkupation Bosniens und der Hercegovina gegen jede Gefährdung sicherzustellen, da ein entgegengesetzter Vorgang das Ansehen als Großmacht erschüttert hätte. Das Verbleiben in den beiden Provinzen hing aber nach der Ansicht Andrássys in erster Linie von dem festen Fußfassen im Sandžak ab, das gleichsam als militärisches Vorwerk für die Behauptung Bosniens und der Hercegovina gelten konnte. „Novi-Bazar" — meinte Andrássy — „ist für Bosnien, was der Besitz des Bosporus für das Schwarze Meer ist," womit er nur ausdrücken wollte, daß Oesterreich-Ungarn niemals die Bildung großslawischer Staaten gestatten dürfe, die die beiden Provinzen gefährden könnten. Er war auch durchdrungen davon, daß die Einbekennung der Tatsache, wir seien unfähig oder unentschlossen, einige Garnisonspunkte am Lim zu besetzen, erklären hieße, „daß wir auch Bosnien auf die Dauer nicht halten können."[1]) Andrássy hielt jeden Aufschub der Verständigung mit der Pforte bis zum nächsten Frühjahr für eine große Gefahr. Deshalb trachtete er, jetzt mit ihr zu einem Abkommen zu gelangen. Wie leicht konnte nicht bei weiterer Verzögerung eine den Absichten Oesterreich-Ungarns feindliche Partei die Herrschaft in Konstantinopel an sich reißen! In diesem Augenblick aber hatte Andrássy der Pforte gegenüber in der griechischen Frage, in der Angelegenheit der Donaufestungen und in den noch unerledigten Grenzberichtigungen starke Hebel in Händen, um die Türkei zu einem Entgegenkommen zu veranlassen. War denn nicht auch zu besorgen, daß bei längerem Zaudern, wie man dies in Bosnien erlebt, die widerstrebenden Elemente den Winter zur Organisierung eines heftigen Widerstandes benützen könnten!

Andrássy stand vor der Wahl: auf die Okkupation des Sandžaks vorläufig zu verzichten; die Garnisonierung in ihrem ganzen Umfange ins Werk zu setzen oder aber unter Aufrechterhaltung dieses Rechtes eine teilweise Besetzung ins Auge zu

---

[1]) Andrássy an den Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

fassen. Bei der Auffassung, die Andrássy von der Bedeutung des Sandžaks für den Besitz von Bosnien und der Hercegovina hatte, konnte von einem, wenn auch nur vorläufigen Verzichte nicht die Rede sein. Eine sofortige Besetzung des ganzen Sandžaks aber würde die militärischen und finanziellen Kräfte Oesterreich-Ungarns sehr in Anspruch genommen haben. Wenigstens ließen die von Militärs eingeholten Gutachten keinen Zweifel darüber, daß die administrative und militärische Beherrschung Novi-Bazars sich ungleich schwieriger als die von Bosnien und der Hercegovina gestalten würde. Bei der wilden Sinnesart der völlig mittellosen Bevölkerung des Sandžaks und mit Rücksicht darauf, daß dies Gebiet sich geographisch nicht innerhalb der Machtsphäre der Monarchie befand, wären die Opfer dieser Okkupation sehr bedeutende gewesen. Sie hätten sich wesentlich gesteigert, wenn das bewaffnete Eindringen in diesen Teil des Balkans ohne Zustimmung und im Gegensatz zur Türkei erfolgt wäre. Zwangen schon militärische Erwägungen zur Entsagung auf die Besetzung des ganzen Sandžaks, so geboten in viel höherem Grade die damit verbundenen politischen Gefahren, von einem derartigen Unternehmen abzusehen. „Unser Erscheinen an der Grenze von Albanien“ — bemerkte Andrássy — „müßte von der Türkei wie eine immediate Bedrohung dieser Provinz, als ein demaskierter Angriff auf Salonichi empfunden werden. Es hätte die Pforte, wie das tiefe Widerstreben des Sultans selbst gegen eine gemeinsame Besetzung zeigt, in offenen oder heimlichen Widerstand gegen unsere Position gedrängt und uns schließlich gezwungen, gegen die Türkei selbst feindlich aufzutreten.“ [1])

Doch nicht nur die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit dem Osmanenreiche nötigte Andrássy zum Verzichte auf die Okkupation des Sandžaks. Er besorgte, und nicht ohne Grund, daß eine bewaffnete Besitznahme im Gegensatze zur Türkei das Signal zu deren Vernichtung gewesen wäre, während es doch in unserem Interesse lag, allen haltbaren Elementen der europäischen Türkei als Stütze zu dienen. Beim ersten Kugelwechsel zwischen unseren und türkischen Truppen würde Rußland, das ohnehin nach einem Anlaß dazu suchte, die Räumung des von ihm besetzten Teiles des Balkans unterlassen haben, um mit seiner ganzen Macht auf dem Schauplatze des Krieges zu bleiben. Andrássy zweifelte nicht daran, daß dann von Rußland Mazedonien, Ostrumelien, Serbien

---

[1]) Andrássy an den Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

und Montenegro das Zeichen zur gänzlichen Abschüttelung der türkischen Herrschaft gegeben worden wäre. In diesem Falle hätte sich Oesterreich-Ungarn genötigt gesehen, entweder zu gestatten, daß russische Truppen in Konstantinopel einziehen oder hätte selbst seine Truppen dahin beordern müssen, um den Russen zuvorzukommen. „Hierzu war die Monarchie aber dermalen nicht vorbereitet“ — bemerkte Andrássy gegenüber dem Herzog von Württemberg.

Unter diesen Umständen erübrigte nur noch ein Weg, und dieser wurde auch von Andrássy eingeschlagen: er sicherte Oesterreich-Ungarn das Recht auf militärische Besetzung des Sandžaks im Einvernehmen mit der Türkei. „Diese Modalität“ — lauten des Ministers Worte hierüber — „macht es möglich, uns dieses Ausfallstor nach dem Orient offenzuhalten, ohne daß wir es nötig hätten, davor auch in Friedenszeiten mit unserer ganzen Macht Wache zu stehen.“ Dieses Verhältnis enthob die Monarchie, solange die Pforte nicht selbst auf den Sandžak verzichtete, bei klugem und zielbewußtem Vorgehen daselbst in normalen Zeiten eine bedeutende Truppenmacht unter den Waffen zu erhalten. Andererseits gewann Oesterreich-Ungarn durch das Garnisonsrecht einen vorgeschobenen Posten, der Bosnien verteidigte und zugleich die Möglichkeit bot, etwaigen Angriffen gegenüber nicht an der Grenze des Landes halten zu müssen, sondern ohne Auseinandersetzung mit dem Nachbarstaate, rechts- und vertragsmäßig auch darüber hinaus, dem Feinde entgegenzutreten. Damit wäre dann erwiesen gewesen, daß es an der Grenze Bosniens für uns „keine Pyrenäen mehr gibt“. „Derselbe, viel diskutierte, aber wenig begriffene Modus“ — äußerte Andrássy weiter — „läßt uns, während Rußland in Ermanglung eines Prätextes sich zurückziehen muß, für den Fall eines Zusammensturzes der Türkei in nächster Nähe des Schauplatzes erscheinen, um auch einer solchen Eventualität gegenüber unser Interesse zu wahren.“ [1])

Immer aber, wie im ersten Stadium der Orientkrise, blieb Graf Andrássy, ungeachtet aller Wandlungen, die sie durchlief, treu seinem Grundsatz: Die Türkei solange als möglich, entsprechend dem Interesse der Monarchie, in ihrem nunmehrigen Bestande zu erhalten und zu schützen. Er war überzeugt davon,

---

[1]) Graf Andrássy an den Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

daß schon allein die Gegenwart unserer Truppen neben den türkischen im Sandžak von Novi-Bazar viel zur Sicherung der Existenz des Ottomanischen Reiches beitragen werde. „Auf diese Art" — heißt es in dem Schreiben an den Herzog von Württemberg — „bringt die gemeinsame Besetzung des Sandžaks den Grundgedanken unserer Orientpolitik zum präzisesten Ausdruck. Es ist die Erhaltung der Türkei so lange und insoferne als sie durch nichts Besseres zu ersetzen ist, Verhinderung uns feindlicher großslawischer Formationen, wenn die türkische Herrschaft dem Falle unterliegt; Bekämpfung der unnatürlichen russischen Präponderanz durch eine Politik, welche die berechtigten Interessen der slawischen Völker in Schutz nimmt, ohne dem mohammedanischen Elemente den Vernichtungskampf zu erklären; eine Politik, die nur durch Oesterreich-Ungarn befolgt werden kann,[1]) welches christlich ist, ohne durch eine spezielle slawische Richtung gebunden zu sein; eine Politik, welche nicht in großslawischem Sinne die unmögliche Konkurrenz mit Rußland aufnimmt,[2]) sondern von der Ueberzeugung geleitet ist, daß die humanitären und politischen Interessen Europas den maßgebenden Einfluß im Oriente derjenigen Macht zuweisen müssen, welche Christen und Mohammedaner, Slawen und Nichtslawen gleicherweise gerecht werden kann, nicht aber derjenigen Macht, welche von Hause aus gedrängt ist, einen großen Teil jener Völker seiner slawischen Mission zu opfern." [3])

Ließ Andrássy in der Aprilkonvention noch einen Schatten der Hoheitsrechte des Sultans bestehen, so dachte er trotzdem nicht daran, je wieder aus Bosnien und der Hercegovina herauszugehen. Als die Monarchie genötigt war, die beiden türkischen Provinzen zu besetzen, verband Andrássy damit sofort, wie er selbst sagt, das hohe Ziel, uns von diesem festen Stützpunkte aus den Orient politisch und materiell zu erschließen. Im Namen Europas hatte er das Mandat zur Okkupation übernommen, weil es ein leitendes Motiv der europäischen Politik war: durch unser Dazwischentreten die Vereinigung von Serbien und Montenegro und damit die gewaltsame Slawisierung dieser Hälfte des Orientes zu verhindern.[4]) Wäre der Sandžak von Novi-Bazar zwischen

---

[1]) Von Andrássy selbst unterstrichen.

[2]) Gleichfalls von Andrássy unterstrichen.

[3]) Andrássy an den Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

[4]) Graf Andrássy an den Feldzeugmeister Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

Serbien und Montenegro aufgeteilt worden, so hätte dies die Absperrung Oesterreich-Ungarns vom Orient bedeutet und würde den Keim zur Bildung eines slawischen Großstaates gelegt haben. „Bosnien“ — schreibt hierüber der Minister des Aeußern an den Herzog von Württemberg — „wäre aus einer Position, die zu politischem und materiellem Einfluß im Orient führen sollte, zu einer Sackgasse geworden. Wir wären militärisch von feindlich gesinnten Nachbarn umklammert, handelspolitisch lahmgelegt gewesen. Denn jede Eisenbahn, jede Fahrstraße, die unseren Handel nach dem Meere tragen sollte, hätte von dem guten Willen Serbiens und Montenegros abgehangen.“ [1]) Deutlicher als dies Andrássy in den Delegationen zu tun vermochte, enthüllte er seine Gedanken gegenüber dem Herzog von Württemberg, dem die Aufgabe zufiel, in den neubesetzten Provinzen die politischen Endzwecke der auswärtigen Leitung militärisch zu verwirklichen. Hätten die sogenannten „Antibosnier“ vollen Einblick in die letzten Absichten Andrássys gewinnen und ihn hören können, wie er sich gegenüber dem Feldzeugmeister Herzog von Württemberg äußerte, ihr Spott darüber wäre gewiß verstummt, daß die starke österreichisch-ungarische Monarchie nur aus Furcht vor den zwei kleinen Fürstentümern Serbien und Montenegro, Bosnien und die Hercegovina besetzte. Andrássy blickte weiter voraus als seine politischen Gegner. Er sagte damals: „Die Zukunft hätte die Gefahren dieser Situation (Abhängigkeit der Monarchie von dem guten Willen Serbiens und Montenegros) noch viel bedrohlicher gestaltet. Die Türkei wäre, von uns gänzlich isoliert, kaum imstande gewesen, ihre Stellung in Albanien zu halten und der größte Teil dieser Provinz wäre naturgemäß Montenegro zugefallen. „Schließlich hätten“ — führt Andrássy aus — „unvorhergesehene Ereignisse oder der natürliche Lauf der Dinge zu einer Vereinigung der benachbarten Fürstentümer unter einer Dynastie führen und damit einen slawischen Großstaat schaffen können, der naturgemäß expansive Wirkung nach Bosnien und Dalmatien entwickeln mußte.“ [2])

Am 8. September überschritt Feldzeugmeister Herzog von Württemberg die Grenze und hatte rasch die ihm übertragene Aufgabe zur vollen Zufriedenheit gelöst. Seiner klugen Voraus-

---

[1]) Graf Andrássy an den Feldzeugmeister Herzog von Württemberg, 6. August 1879. Ungedruckt.

[2]) Ibidem.

sicht, reichen Erfahrung und seinem diplomatischen Takt war es zu danken, daß es nirgends zu einem Zusammenstoß mit den Türken kam, die sich überall zurückzogen, wo unsere Truppen erschienen. Andrássy stellte dem Herzog das diesen sehr ehrende Zeugnis aus, daß er in staatsmännischer Erfassung des Grundgedankens der Regierung, die „politische Konzeption derselben in glänzender Weise realisiert“ habe.[1]) Der Minister des Aeußern selbst war hocherfreut über das glückliche Resultat. „In den letzten Tagen,“ schrieb er hierüber an seine Frau, „begann ich schon zu fürchten, daß die Soldaten ihrer Gewohnheit nach in Novi-Bazar einen Bock schießen, und wenn nur der geringste Zusammenstoß (mit den Türken) vorkommt, würde alles — Blätter, Minister und Soldaten — schreien, daß ich die Monarchie in die äußerste Gefahr gebracht habe. Der Kriegsminister,“ fährt er fort, „schläft schon, wie er dem Kaiser gestand, keine Nacht mehr, sieht überall Schreckgespenster. Das hiesige neue Ministerium hat ein langes Protokoll gegen den Einmarsch zusammengeschrieben, und das, nachdem Taaffe sich vollkommen damit einverstanden gezeigt. Wie wäre alles über mich hergefallen! Gott sei Dank wird schon heute oder morgen der größte Teil einmarschiert sein und dank der schlechten[2]) Konvention begleiten uns die Türken mit demonstrativer Freundschaft hinein, nachdem wir die Russen hinausgeleitet haben.“[3])

* * *

Gerade zur Zeit, als Andrássy von der Sorge der Besetzung des Limgebietes befreit war, erhielt er am 20. September ein Schreiben aus Gastein von Bismarck. In diesem teilte ihm der Kanzler mit, es sei ihm gelungen, alle „entgegengesetzten Wirkungen“ zu überwinden. Kaiser Wilhelm, heißt es da, sei bereit, auf eine Verabredung einzugehen, jedoch nur auf der Grundlage, wie sie zwischen ihm (dem deutschen Monarchen) und Graf Stolberg am 17. September vereinbart worden.[4]) Es sollte also festgesetzt werden, daß sich beide Mächte verpflichten, auch fernerhin für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege

---

[1]) Oskar Teuber, „Feldzeugmeister Herzog Wilhelm von Württemberg“, S. 182.

[2]) Natürlich hier in ironischem Sinne.

[3]) Andrássy an seine Frau, Schönbrunn, 9. September 1879. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[4]) Siehe S. 266 dieses Bandes.

ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten. Nur in dem Falle, als Deutschland oder Oesterreich-Ungarn von einer oder von mehreren Mächten angegriffen würde, hätten beide Alliierte die Verpflichtung, gemeinsam den Gegner zu bekämpfen. Kaiser Wilhelm gab die Ermächtigung, auf dieser Basis zwischen den beiden Nachbarstaaten ein Defensivbündnis zu schließen, „bedingungslos und mit oder ohne bestimmte Zeitdauer“. Hierüber wollte Bismarck mit Andrássy mündliche Besprechungen pflegen, worauf dann deren Ergebnis dem Deutschen Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Der Kanzler zweifelte keinen Augenblick, diese zu erlangen, wenn auch Franz Josef I. dem deutschen Vorschlage zustimme.[1])

Alles hing davon ab, ob Graf Andrássy auf den Vorschlag eingehen werde, eine Defensivallianz „bedingungslos mit oder ohne bestimmte Zeitdauer“ abzuschließen, in der Rußland nicht ausdrücklich als der angreifende Teil genannt wurde. Hierüber mußten die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern in Wien, wo Bismarck am 21. September eintraf, sehr bald Aufschluß gewähren.

Wie der Kanzler selbst erzählt, wurde er während der ganzen Fahrt von Gastein bis Wien aufs entgegenkommendste begrüßt. In Linz war die Stimmung der Bevölkerung so erregt, daß er aus Besorgnis, in Wiener Kreisen Mißverständnisse zu erregen, die Fenstervorhänge seines Waggons zuzog und sich nicht mehr zeigte. Aehnlich herzlich war der Empfang in Wien selbst; er konnte sich nicht am Fenster seines Hotels zeigen, ohne freundliche Demonstrationen der vor demselben Wartenden oder der dort eben Vorübergehenden hervorzurufen.[2]) Der deutsche Botschafter Fürst Reuß hatte den Eindruck, daß die Begrüßung des Kanzlers durch die Wiener keine künstlich arrangierte, sondern eine spontane war. Mit Rücksicht darauf, daß die gesamte Presse, das klerikale „Vaterland“ ausgenommen, nur Worte der Sympathie für Bismarck hatte, meinte damals Fürst Reuß: das „österreichisch-ungarische Volk“ habe wirklich das instinktmäßige Gefühl, daß es seinen besten Freund in Deutschland suchen müsse und auch finde — ein Gefühl, das durch die unsichere Haltung Rußlands immer mehr

---

[1]) Bismarck an Andrássy, Gastein, 20. September 1879. Das Original befindet sich im Gräfl. Andrássyschen Archiv, veröffentlicht ist der Brief in: „Aus dem Briefwechsel Bismarcks“, 2. Band, S. 528, und bei Busch, „Bismarck, some secret pages of his history“, 3. Band, S. 266.

[2]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, 2. Band, S. 244—245.

ausgebildet worden ist und nun darin seinen Ausdruck erhält, daß man dem ersten Ratgeber des Kaisers Wilhelm zeigen will, welch hoher Wert auf die deutsche Freundschaft gelegt wird.[1]) Wie das Publikum, so zeichnete auch der Monarch Bismarck durch eine sehr huldreiche Aufnahme aus, und Andrássy unterließ nichts, um sich dem Gast des Kaisers angenehm zu erweisen. Nach dem zu Ehren Bismarcks veranstalteten Hofdiner gab auch der Minister des Aeußern ein solches, bei dem es sehr heiter zuging. Der Kanzler, der keinen Frack mitgebracht hatte, bat ausdrücklich um die Erlaubnis, in Stadttoilette beim Diner erscheinen zu dürfen, wodurch die Festlichkeit sofort einen gemütlichen Charakter erhielt. Baron Orczy als Teilnehmer schreibt hierüber: „Bismarck war sehr heiter, wie überhaupt seine Art eine joviale ist, beinahe gemütlich.“[2])

Die üblichen Gastereien unterbrachen nur den regen Austausch der Gedanken, der zwischen den beiden Ministern stattfand, die ihrerseits wiederum lange Besprechungen mit dem Kaiser hatten. Am Tag nach seiner spät abends erfolgten Ankunft — den 22. September — gab Bismarck die Erklärung ab, daß er die Ermächtigung nur zu einer generellen Verabredung besitze. Sowohl der Kaiser als auch dessen Minister erhoben dagegen Einwendungen.[3]) Sie sagten: nirgends seien mehr gefährliche Umwälzungen zu befürchten als in Frankreich, was natürlich nicht ohne Rückwirkung auf dessen äußere Politik bleiben könnte. Jetzt freilich, solange das Ministerium Waddington die Geschäfte leite, sei eine Bürgschaft für die Ruhe gegeben. Doch der geringste politische Luftzug vermöchte dieses friedliche Anlehnung an England suchende Ministerium zu stürzen. Die gefährlichste Wirkung davon wäre ein Bündnis Frankreichs mit einem panslawistischen Rußland unter dem Hinzutritt Italiens. Der Kaiser und Andrássy wiesen darauf hin, daß es nicht Rußland, sondern nur der verständigen und friedliebenden Weigerung der jetzigen französischen

---

[1]) Reuß, Wien, 23. September 1879.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 24. September 1879.

[3]) Bismarck gibt von seinen Unterredungen mit dem Kaiser und Andrássy in seinem für Kaiser Wilhelm bestimmten Memorandum, Wien, 24. September 1879, eine zusammenhängende Darstellung, ohne zu sagen, wann er mit dem Monarchen und wann mit dem Minister gesprochen habe. Er stellt die Sache so dar, als hätte die Unterredung gleichzeitig mit dem Kaiser und Andrássy stattgefunden, was nicht der Fall war. Nur ihre Argumente waren so ziemlich dieselben.

Regierung zuzuschreiben sei, daß ein russisch-französisches Bündnis bisher unverwirklicht geblieben. Dagegen sei es sehr wahrscheinlich, daß Frankreich, wenn dieses Ministerium durch Symptome monarchischer Bestrebungen gegen die französische Republik erschüttert würde, der russischen Allianz in die Hände getrieben werde, der es bis jetzt widerstrebe. Gegen die generelle Fassung machten der Kaiser und Andrássy noch aus einem anderen Grunde Bedenken geltend. Sobald von einer allgemein gehaltenen, gegen jeden Angreifer gerichteten Defensivallianz Deutschlands und Oesterreich-Ungarns etwas bekannt würde, so unterliege es keinem Zweifel, daß man sie sofort als gegen Frankreich gerichtet deuten werde. Seien bisher doch nur wenige eingeweihte Kreise davon unterrichtet und die Tatsache noch gar nicht ins öffentliche Bewußtsein übergegangen, daß Rußland den Frieden der Monarchie, besonders den des Deutschen Reiches, gefährde. Traditionell erscheine Frankreich als Friedensstörer in den Augen der Welt, somit werde jede Verabredung, selbst defensiver Natur, nach wie vor einen antifranzösischen Charakter haben. Dies sei auch die Auffassung Englands, das im Interesse des Weltfriedens den höchsten Wert auf die Erhaltung des Ministeriums Waddington lege.

Ohne Rückhalt wurde daher dem Fürsten Bismarck erwidert, man sei wohl gerne bereit, sich zum Beistande gegen ein mit Rußland verbündetes Frankreich zu verpflichten. Aber, wurde hinzugefügt, Kaiser Franz Josef wolle sich die Freiheit wahren, dem befreundeten englischen Kabinette der Wahrheit gemäß antworten zu können, daß er an keiner gegen Frankreich gerichteten Verabredung beteiligt sei und sich auch so lange davon fernhalten wolle, als dieses Land keinem Oesterreich-Ungarn und Deutschland feindlichen Bündnisse beitrete. Wie Bismarck selbst bekennt, war er außerstande, diese Argumentation ihrem sachlichen Inhalte nach zu widerlegen, einfach deshalb nicht, weil er sie als richtig ansehen mußte. Er war auch so loyal, dies zuzugeben. Das konnte ihn freilich nicht hindern, seinerseits offen den Kaiser und Andrássy auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß es unter solchen Umständen, da er nur auf genereller Grundlage verhandeln dürfe, überhaupt zu keinem Vertrage kommen werde. Hierauf gaben der Monarch und dessen Minister zu, es wären sehr unsichere politische Gestaltungen zu befürchten, wenn es zu keiner Verständigung käme. Doch wollten beide, der Kaiser und Andrássy, die Erreichung des so dringend und wünschenswerten und den Gesinnungen der Völker Deutschlands wie Oesterreich-Ungarns

höchst entsprechenden Zieles lieber einstweilen noch hinausschieben, ehe sie dem beistimmten, was Bismarck wünschte. Sie zögerten, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß einerseits die gegenwärtige günstige Situation Frankreichs gefährdet und dieses veranlaßt werde, den Werbungen Rußlands um seine Allianz entgegenzukommen; andererseits wollten sie nicht, daß die wachsende Intimität der Monarchie mit England erkalte. Voller Zustimmung erfreute sich dagegen die Forderung Kaiser Wilhelms, daß ein abzuschließendes Bündnis nur defensiver Natur sein dürfe und ihm jeder aggressive Charakter fremd sein müsse. Der Kaiser selbst sagte, er würde sich nie dazu hergeben, einen Angriffskrieg zu unternehmen, am allerwenigsten einen so unfruchtbaren und gefährlichen wie den gegen Rußland. Wüßte er doch selbst im Falle des Sieges nicht, welchen Nutzen ein solcher für die Monarchie haben könnte. Wollte er sich, bemerkte der Kaiser weiter, durch England und Frankreich zum Angriff auf Rußland drängen lassen, so läge es doch für alle Welt klar, daß in einem solchen Kriege die Hauptanstrengung und die größte Gefahr auf seiten unserer Monarchie wären, da die beiden anderen Staaten für die russische Macht unerreichbar seien. Als hierauf Bismarck an die Behauptungen Miljutins betreffend den Koalitionskrieg gegen Rußland erinnerte, sagte Franz Josef: das glaubt Miljutin doch selbst nicht, für so töricht kann uns niemand halten. Graf Andrássy aber nannte die Angabe des russischen Kriegsministers eine außergewöhnliche Unwahrheit.[1])

Am 24. September hatten Bismarck und Andrássy eine Beratung darüber, was gemäß ihrer „gewissenhaften Ueberzeugung“ für die Sicherstellung des europäischen Friedens „vorzukehren und zu tun obliegen möchte“. Nachdem der Kanzler sein schon im Briefe vom 20. September entwickeltes Programm zu Protokoll gegeben, erklärte Graf Andrássy, daß er mit dem Gedanken, der diesem Vorschlag zugrunde liege, im ganzen einverstanden sei. Doch müsse er gegen den Abschluß eines Uebereinkommens in der von Bismarck beantragten Form Bedenken geltend machen; über diese könne er nicht hinwegkommen, ja sie würden ihm gar nicht gestatten, seinem Souverän die Annahme des gemachten Vorschlages in der Fassung des Kanzlers zu empfehlen. Hierüber entwickelte sich zwischen beiden Staatsmännern ein „eingehend gepflogener Meinungsaustausch“, durch den jedoch die Ansicht

---

[1]) Memorandum Bismarcks für Kaiser Wilhelm, Wien, 24. September 1879.

Andrássys nicht erschüttert wurde. Nunmehr brachte der österreichisch-ungarische Minister seinerseits einen Vorschlag vor, der den „Grundgedanken eines rein defensiven Uebereinkommens in anderer Form" präzisierte, für dessen Annahme und getreue Durchführung einzutreten er sich anheischig machte. In dem vorliegenden Protokolle, worin dieser Vorschlag erwähnt wird, fehlt die nähere Bezeichnung seines Wesens. Nach allem, was wir wissen, kann sich der „Grundgedanke eines rein defensiven Uebereinkommens in anderer Form" nur darauf bezogen haben, daß Andrássy den Fall eines Angriffes Rußlands klar und deutlich ausgesprochen wünschte, von wechselseitiger Hilfe wider Frankreich aber nichts wissen wollte. Bismarck erwiderte, daß er „nach reiflicher Prüfung" des Andrássyschen Vorschlages bekennen müsse, daß ihn seine Instruktionen nicht ermächtigen, auf dieser Basis zu einem bindenden Abkommen zu schreiten. Jedoch sei er bereit, auf der von seinem Kollegen proponierten Grundlage weiter zu verhandeln, um eine Fassung zu finden, die „den Grundgedanken und die praktischen Zwecke seines ursprünglichen Vorschlages in einer für beide Teile annehmbaren Form verwirklichen würde".

Nach längeren Unterhandlungen einigten sich Bismarck und Andrássy über „den Entwurf eines Uebereinkommens", das sie „ihrer Ueberzeugung gemäß" ihren beiderseitigen Souveränen zur „Gutheißung" zu empfehlen übernahmen.[1]) Ursprünglich gedachten die beiden Staatsmänner den „Entwurf" zuerst zu unterschreiben; davon kamen sie jedoch ab, um der Sanktion ihrer Herrscher nicht vorzugreifen.[2]) Die Textierung entspricht genau dem Wortlaute des Defensivvertrages, der 1888 veröffentlicht worden. In demselben versprechen sich die beiden Vertragsschließer, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen, falls einer von ihnen von Rußland angegriffen würde und demgemäß auch nur gemeinsam und übereinstimmend den Frieden zu schließen (Artikel I). Sollte jedoch eine andere Macht einen der beiden Kontrahenten angreifen, so ist der nichtbeteiligte Teil verpflichtet, dem Gegner seines Bundesgenossen keine Hilfe zu leisten, dagegen muß er zugunsten seines Alliierten mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung beobachten. Wenn aber der Angreifer von Rußland, sei es durch militärische Maßnahmen, unterstützt

[1]) Protokoll vom 24. September 1879.

[2]) Ibidem.

wird, so tritt sofort die in Artikel I festgesetzte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes ein (Artikel II).

Um den friedlichen Charakter des abzuschließenden Vertrages vor jeder Mißdeutung zu bewahren, vereinbarten die beiden Minister, daß er geheim bleibe und einer dritten Macht nur „im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung“ mitgeteilt werde (Artikel IV).

Ganz von Andrássys Hand rührt im „Entwurfe“ die Bestimmung her, daß sich die beiden Souveräne Kaiser und König Franz Josef I. und Kaiser Wilhelm I. nach den in Alexandrovo von Alexander II. ausgesprochenen Gesinnungen der Hoffnung hingeben, daß sich die Rüstungen Rußlands in Wirklichkeit nicht als bedrohlich für sie erweisen werden und sie aus diesem Grunde auch für jetzt keinen Anlaß zu einer Mitteilung an den Zaren hätten. Sollte sich jedoch diese nicht erfüllen, so würden es die beiden Kontrahenten als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, „daß sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten“.[1]) In seinem Vortrage an den Kaiser sagt übrigens Andrássy ausdrücklich, daß dieser ganze Passus des Entwurfes von ihm herrühre, von Bismarck angenommen und als besonderer Artikel seinen Platz im „Entwurf“ gefunden habe.[2])

Dagegen stellte, wie Andrássy dem Kaiser berichtete, der deutsche Kanzler den Antrag, daß die Dauer des Abkommens auf fünf Jahre mit eventueller stillschweigender Verlängerung auf weitere drei Jahre festzusetzen sei.[3]) In dem III. Artikel des „Entwurfes“ ist denn auch eine fünfjährige[4]) Dauer für den Bestand des Vertrages angenommen. Ferner wurde bestimmt, daß ein Jahr[5]) vor Ablauf dieses Termines die beiden Souveräne über die Frage in Verhandlung treten werden, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten; ebenso über die fernere Dauer oder eventuelle Abänderung einzelner Modalitäten werden sie ein Abkommen treffen. Sollte jedoch im Verlaufe des ersten Monates[6]) des letzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgen, so

---

[1]) „Entwurf“ des Defensivvertrages. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Vortrag Andrássys, undatiert. Ungedruckt.

[3]) Ibidem.

[4]) „Entwurf.“

[5]) Ibidem.

[6]) Ibidem.

gilt der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert.[1])

Dieses Resultat ihrer gegenseitigen Vereinbarungen meldete Andrássy seinem Monarchen mit den Worten: „Im Text ist überall Rußland klar genannt und sind hiermit alle Punkte nach dem Wunsche Eurer Majestät angenommen. Bismarck erklärte nunmehr, keine prinzipielle Einwendung zu haben. Morgen hoffe ich die vorläufige Unterfertigung des Uebereinkommens und des Protokolls."[2])

Von verschiedenen Seiten wird erzählt, daß der letzte Akt der Unterredung nicht gerade ruhig verlief, sondern in einen hochdramatischen Akkord ausklang. So soll Fürst Bismarck, nachdem er die Abschrift der letzten Redaktion des Allianzentwurfes in die Hand genommen, sich plötzlich von dem Diwan erhoben haben und, das Papier fast zerknitternd, dem Grafen Andrássy so nahe getreten sein, daß dieser fast seinen Atem hören mußte. Der Graf schnellte jetzt gleichfalls von seinem Sitze empor, um den „Gegner" stehenden Fußes zu erwarten. Regungslos und mit scharfem Blick sah er dem Fürsten ins Auge, fest entschlossen, allem, es möge kommen, was da wolle, standzuhalten. „So weit wären wir auf dem Papier," hätte hierauf Bismarck gesagt. „Ich kann Ihnen nun nichts mehr sagen als: Bedenken Sie, was Sie tun. Zum letztenmal rate ich Ihnen, lassen Sie Ihren Widerstand fallen. Nehmen Sie," soll der Kanzler mit erhobener Stimme, mit drohender Miene gerufen haben, „meinen Vorschlag an. Ich rate Ihnen gut, denn sonst ... sonst — muß ich den Ihrigen annehmen." Diese letzten Worte soll Bismarck, der bisher eine drohende Haltung eingehalten hatte, wieder in gewohnter Weise gesprochen und lächelnd hinzugefügt haben: „Es wird aber verflucht viel Mühe kosten."[3])

Vollkommen glaubwürdige Männer überliefern mit einigen Variationen den Verlauf dieser Szene, die jeder von ihnen nach

---

[1]) „Entwurf".

[2]) Konzept des Vortrags Andrássys, undatiert. Ungedruckt.

[3]) Ludwig Dóczi: „Andrássy und Bismarck", „Neue Freie Presse", 2. Dezember 1906. Mit einigen Variationen ward diese Szene zuerst von Gustav Steinbach 1890 in „Nord und Süd" 53. Band („Graf Julius Andrássy") S. 317. Nach einer Aufzeichnung Kónyis aus dem Jahre 1888 wurde sie von Marczali wiedergegeben in seinem Artikel „Zur Geschichte des österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses", „Deutsche Revue" 1906, S. 269. Auch Graf Andrássy jr. bestätigt, den Verlauf dieser Szene entsprechend der im Texte gegebenen Darstellung aus dem Munde seines Vaters vernommen zu haben.

ihrer Aussage aus dem Munde des Grafen Andrássy selbst vernommen hat. Keiner der Zeugen bestimmt jedoch genau den Tag des Ereignisses.

Wie dem aber auch immer sei, so ist es für die Sache von höchster Bedeutung, daß Bismarck selbst seiner innersten Ueberzeugung nach ganz auf seiten Andrássys stand und, wie es scheint, nur Gegeneinwürfe vorbrachte, um der Form zu genügen. In seinem Memorandum, mit dem er die Akten der Wiener Verhandlungen Kaiser Wilhelm vorlegte, gibt er dem österreichisch-ungarischen Vorschlag den Vorzug vor dem vom deutschen Herrscher so eifrigst befürworteten generellen Antrag. Der Kanzler sagt: Der Angriff, dem Oesterreich-Ungarn zunächst am meisten ausgesetzt wäre, ist von Italien zu besorgen, wenn da die Irridenta der staatsmännischen Erwägung der Italiener über den Kopf wächst. Nach dem „Entwurfe“ hätte die Monarchie diesen Kampf allein auszutragen und müßte ihm auch allein gewachsen sein. Würde aber infolge der generellen Bestimmung Deutschland zur Teilnahme an diesem Kriege gezwungen sein, so träte die Gefahr ein, daß der österreichisch-ungarisch-italienische Krieg in einen europäischen ausarten könnte. Im Sinne des „Entwurfs“ dagegen wäre jedoch Deutschland auch dann noch nicht zur Mitwirkung verpflichtet, wenn Frankreich im Bunde mit Italien, oder, was weniger wahrscheinlich ist, ohne Italien mit Oesterreich-Ungarn Händel bekäme. Bismarck fährt in seiner Darstellung fort: Auch wenn zwischen der Türkei und der Monarchie Novi-Bazars oder der Albanesen wegen Zwistigkeiten entstünden, so würde dadurch Deutschland gar nicht berührt. Erst der Krieg mit Rußland, dessen Auftreten auch Deutschlands Sicherheit gefährdet, vermag den Casus foederis herzustellen.

Fürst Bismarck eignete sich also vollkommen den von Kaiser Franz Josef und Andrássy vertretenen Standpunkt gegenüber Rußland und Frankreich an. Ausdrücklich sagt er, daß ein mit Oesterreich-Ungarn gegen Frankreich gerichtetes Abkommen die französische Politik in eine bisher nicht vorhandene Gemeinschaft mit der russischen bringen würde.

Aus all dem folgerte Bismarck, daß der Vorschlag Andrássys den deutschen Interessen in höherem Maße entspreche, als dies bei einem generell gehaltenen Bündnisse der Fall wäre. Aufs wärmste empfiehlt er daher den österreichisch-ungarischen „Entwurf“ zur Annahme. Mit dessen Hilfe allein sei Deutschland gegen die Gefahren geschützt, die, wie er betont, die Zukunft in sich

birgt. Nur ganz leise deutet er jetzt an, was geschähe, wenn der Souverän seinen Rat unberücksichtigt ließe und noch weiter an seiner russophilen Anschauung festhielte. Schwerlich, so äußert er sich am Schlusse seines Memorandums, wird ein Minister des Auswärtigen, der sich seiner Verantwortlichkeit gegenüber der Krone und dem Lande bewußt ist, den Mut finden, kommenden bedrohlichen Ereignissen entgegenzugehen, ohne der von ihm vorgeschlagenen Fürsorge sicher zu sein.[1])

Was Bismarck jedoch nach seinem eigenen Geständnis in dem Memorandum aus Courtoisie für den Kaiser nicht aussprach,[2]) das sagte er rückhaltlos dem beim Monarchen weilenden Legationsrat Otto von Bülow. Für den Fall der Ablehnung betraute er diesen, in seinem Namen Kaiser Wilhelm zu eröffnen, daß er unter solchen Verhältnissen nicht länger Minister bleiben könnte. Bei diesem Entschlusse — heißt es in der Weisung — leite ihn nicht bloß die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, die Friktion zu überwinden, die von der geschäftlichen Arbeit unzertrennlich ist, sobald er sich die leitenden Grundgedanken des Kaisers nicht mehr anzueignen vermag; sei es doch gewiß, daß er im allerhöchsten Dienste nie mit seiner Gesundheit und seinen Kräften gegeizt habe. Was ihn, hebt der Kanzler hervor, in erster Reihe zu solchem Schritte bewege, sei vielmehr die Ueberzeugung, daß die Zurückweisung des österreichisch-ungarischen Antrages ein so verhängnisvoller politischer Fehler wäre, daß ihm das Gefühl der politischen Mitverantwortlichkeit für denselben unerträglich sein würde. Bismarck war es bitter ernst mit seinem Vorsatze. Nur wenn der Kaiser auf seinen Ratschlag höre, solle Otto von Bülow den an ihn gerichteten Brief als ungeschrieben betrachten.[3])

* * *

Die Situation war außerordentlich ernst. Welche Stellung wird Kaiser Wilhelm gegenüber dem Antrage Bismarcks einnehmen? Zu Fürst Hohenlohe, den der Kanzler beauftragt hatte, auch seine Meinung dem Monarchen über die unbedingte Notwendigkeit des Defensivbündnisses klarzulegen, sagte Wilhelm I.: Nun, wir wollen abwarten, was aus Wien kommt.[4]) Aber

---

[1]) Memorandum Bismarcks, Wien, 24. September 1879.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow, Wien, 24. September 1879.

[3]) Bismarck an Legationsrat Otto von Bülow, Wien, 24. September 1879.

[4]) Hohenlohe an Bismarck, Straßburg, 23. September 1879. Nach den Manövern weilte damals der Kaiser in Straßburg. In den „Denkwürdigkeiten" Hohenlohes, II. Band, S. 276, fehlt diese Bemerkung Wilhelms I.

das Eintreffen des Memorandums vom 24. September aus Wien brachte doch keine Entscheidung. Die Abneigung des damals in Baden-Baden weilenden Kaisers gegen den ihm vorliegenden Vertragsentwurf blieb nach wie vor eine sehr starke. Auf den Vorschlag Otto von Bülows behielt er nur das Memorandum und die wichtigeren der früheren Berichte Bismarcks bei sich zurück, um, wie er äußerte, sich noch eingehender zu „approfundieren". Da der Legationsrat noch nicht die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die Ablehnung unüberwindlich sein werde, hielt er es für richtig, vorläufig von der ultima ratio, der Demission des Kanzlers, keinen Gebrauch zu machen. Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so meinte er auch jetzt, daß nur das persönliche Eingreifen Bismarcks ein günstiges Resultat herbeizuführen vermöchte.[1]) Davon aber wollte der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Bismarck nichts hören. Er sei nicht reisefähig — lautete seine Antwort — und würde überdies den schriftlich vorgebrachten Gründen auch mündlich nichts weiteres hinzufügen können. Der Kanzler bestand darauf, die Benützung seines vertraulichen Erlasses nicht länger zu verschieben; er bedürfe endlich der Gewißheit, da ihn deren Entbehrung aufreibe.[2])

Aber auch der Kaiser kämpfte einen harten Kampf mit sich. Er vermochte nicht über das Bedenken hinwegzukommen, daß er durch Annahme des Entwurfes illoyal an seinem Neffen handle und überdies durch Nichtbeachtung des Vertrages von 1873 einen Akt der Treulosigkeit an diesem begehe. Zwar hatte Bismarck den Kaiser gerade über den letzten Punkt beruhigt, in dem die Petersburger Verabredung von 1873 durch die Wiener Vereinbarungen vom selben Jahre ganz abgeändert worden seien.[3]) Ueberdies habe sich Kaiser Alexander in den letzten Krisen nie auf den Petersburger Vertrag von 1873 berufen, womit er ja selbst anerkannte, daß er ihn nicht mehr als zu Recht bestehend betrachte.[4])

Allein Bismarck mochte sagen, was er wollte, des Kaisers Gewissen bäumte sich trotzdem noch immer gegen die Zumutung, er solle einen gegen Rußland gerichteten Traktat unterschreiben, nachdem er kurz vorher dessen Beherrscher die Hand gedrückt.

---

[1]) Otto von Bülow an Bismarck, Baden-Baden, 26. September 1879.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow, Berlin, 27. September 1879.

[3]) Siehe S. 84 und 90 des 2. Bandes.

[4]) Bismarck an den Kaiser, Gastein, 18. September, und sein Memorandum, Wien, 24. September 1879.

Für den greisen Kaiser war es eine wirklich äußerst peinliche Situation. Auf der einen Seite die Angst, treulos an dem alten Freunde zu handeln, und auf der anderen doch wieder die Sorge, im Falle der Weigerung die wichtigsten Interessen des Staates preiszugeben. Kaiser Wilhelm wußte sehr genau, was auf dem Spiele stehe. Die Vorstellungen Bismarcks, Stolbergs, der beiden Bülows, des Radowitz und zuletzt die Aufklärungen Hohenlohes konnten ja nicht ohne Eindruck auf ihn bleiben. Nun wollte er noch den Ratschlag seines Generalissimus, des Grafen Moltke, hören. Schon am 17. September hatte er zugesagt, auch dessen Meinung zu vernehmen.[1]) Graf Moltke stand ganz auf seiten Bismarcks. Noch in Stettin hatte er ihn durch Otto von Bülow seines vollen Einverständnisses versichern lassen. Mit der ihm eigenen Autorität trat der Feldmarschall für das Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn ein, ohne daß man bei einem kombinierten russisch-französischen Angriffe in eine gefährliche Situation käme.[2]) Auch er war der Ansicht, daß es von Wichtigkeit sei, Rußland als den eventuellen Gegner im Vertrage zu nennen. Die gleichen Motive wie Bismarck leiteten auch ihn; er kam zum selben Resultate, daß bei einer bloß generellen Fassung Deutschland in die Lage geraten könnte, Oesterreich-Ungarn gegen einen italienischen Angriff Hilfe leisten zu müssen. Als Graf Stolberg den Grafen Moltke bat, sich, falls ihn der Kaiser berufen sollte, gerade dieses Argumentes zu bedienen, sagte er das ohne langes Bedenken auch zu.[3]) Am 25. September gelangte nun Moltke wirklich zum Vortrage. Seinen Ausführungen gegenüber, daß das Schutzbündnis notwendig sei, da Kaiser Alexander ungeachtet seiner Freundschaftsversicherungen von der panslawistischen Richtung fortgerissen werden könnte, verhielt sich der Kaiser ganz rezeptiv. Nur als Moltke Italien als Grund gegen eine generelle Fassung des Vertrages geltend machte, stimmte ihm Wilhelm I. zu. Der Feldmarschall versicherte nach der Audienz, alles im Interesse des Bündnisses Nötige dem kaiserlichen Herrn vorgetragen zu haben.[4])

Aber auch diese Unterredung mit Moltke hatte die schwebende

---

[1]) Stolberg an Bismarck in Gastein, Berlin, 17. September 1879.

[2]) Legationsrat Otto von Bülow an das Auswärtige Amt in Berlin; Stettin, 16. September 1879.

[3]) Stolberg an Bismarck in Gastein, Berlin, 17. September 1879.

[4]) Legationsrat Otto von Bülow an Bismarck, Baden-Baden, 26. September 1879.

Angelegenheit um keinen Schritt vorwärts gebracht. Der Kaiser blieb dabei, daß Rußland im Vertrag nicht besonders genannt werden dürfe. Wenn er darauf einginge — äußerte er am 27. September mit sehr scharfer Betonung zum Legationsrat — könnte ihn ja Alexander wegen Illoyalität zum Duell fordern. Solche Verträge bleiben kein Geheimnis, und wenn der Zar davon erführe, so werde er ihm das bis ans Grab nicht vergessen. Warum, fuhr er nach einiger Zeit fort, ist denn Frankreich nicht genannt, das eine für Deutschland viel drohendere Stellung einnimmt? Als ihm Otto von Bülow entgegnete, daß nach Bismarcks Bericht der Andrássysche Entwurf à prendre ou à laisser sei, erwiderte der Kaiser mit einem Anstrich von Bitterkeit: Graf Andrássy wolle eine gegen Rußland gerichtete, er, der Kaiser, eine generelle Fassung, und er glaube doch, seine Ansicht stehe der Andrássyschen Auffassung mindestens gleichberechtigt gegenüber. Den Entwurf selbst nannte der Kaiser eine Koalition gegen Rußland, und als ihm Bülow einwarf, es sei doch sehr zu beachten, daß der Kanzler früher stets für das Zarenreich gewesen sei, äußerte der Monarch: „Jawohl, Fürst Bismarck ist ein eminenter Staatsmann." Halte er das Projekt nach seinem Gewissen für nötig, was von ihm, dem Kaiser, nicht eingesehen werden könne, so möge er es mit dem Kronprinzen durchführen, der andere Ansichten hege als sein Vater. Er aber, der Kaiser, gehe nicht mit, sondern trete lieber ab. Noch vor diesem Ausspruch aber hatte Wilhelm I. gegenüber dem Legationsrat bemerkt: Es muß eine andere Fassung gefunden werden; wenn nebst Rußland auch Frankreich genannt würde, ließe sich eher über die Sache sprechen. Aus der neuerlichen Unterredung empfing Otto von Bülow abermals den Eindruck, daß keine Aussicht vorhanden sei, den Vertragsentwurf angenommen zu sehen, solange der Kaiser nicht den Gedanken einer von ihm zu begehenden Perfidie loswerden könne.[1])

In diesem kritischen Momente ließ sich Graf Stolberg am 26. September zum schleunigen Vortrag beim Kaiser melden.[2]) Das geschah unmittelbar nach einer Sitzung der Staatsminister, in der Bismarck seinen Kollegen eröffnet hatte, er werde aus dem Dienste scheiden, wenn der Kaiser noch weiter auf seiner Weigerung beharre. Graf Stolberg sollte nunmehr im Auftrage der Staatsminister den Monarchen zur Nachgiebigkeit bewegen.[3]) Aus

[1]) Otto von Bülow an Radowitz, Baden-Baden, 27. September 1879.

[2]) Stolberg an Otto von Bülow, Berlin, 28. September 1879.

[3]) Bismarck an Andrássy, 29. September 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Baden-Baden kam jedoch die Antwort, der Kaiser könne den Grafen nicht vor dem 1. Oktober empfangen.[1]) Stolbergs persönliches Eingreifen war aber deshalb dringend nötig geworden, damit Wilhelm I. die ganze Situation noch einmal klar übersehen könne, ehe Bismarck endgültige Entschlüsse fasse. Der Kaiser selbst sagte am 29. September zum Legationsrat von Bülow, er hoffe, die Besprechung mit Graf Stolberg werde schließlich doch die Möglichkeit einer Lösung bieten. Wie Wilhelm selbst gestand, beschäftigte ihn Tag und Nacht die Regelung der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. Und als ihm am 29. September Otto von Bülow im Sinne der vertraulichen Weisung vom 27. September die Mitteilung machte, Bismarck sei im Falle der Ablehnung zum Rücktritt fest entschlossen, entgegnete der Kaiser, das hätte ihm auch schon Manteuffel gesagt und das sei ja eben der Punkt, der ihn so schwer bedrücke.[2])

Am Tage, als Otto von Bülow Kaiser Wilhelm von der Absicht des Kanzlers in Kenntnis setzte, schrieb dieser selbst einen sehr ausführlichen Brief an Graf Andrássy. Ohne Rückhalt gab er ihm bekannt, daß nunmehr Stolberg als Vertreter des Staatsministeriums den letzten Versuch in Baden-Baden unternehme. „Die Brücke," — heißt es in dem Briefe — „auf welcher mein allergnädigster Herr dergleichen unhaltbare Positionen zu verlassen noch am ehesten geneigt ist, besteht in einem unter Vorsitz des Königs abzuhaltenden Ministerkonseil. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Seine Majestät zu diesem Zwecke demnächst nach Berlin kommen und dem einstimmigen Votum seiner Minister zugänglich sein werde. Sollte es wider Erwarten mißlingen, so würde ich in der Tat Ihrem Beispiele folgen und mein Amt niederlegen." In einem Atemzug mit dieser Erklärung vertraute Bismarck dem Grafen Andrássy unter dem Siegel „freundschaftlicher Verschwiegenheit" an, daß die zwischen ihm und Andrássy vereinbarte Politik schon ihre guten Früchte zeitige. Denn wie er aus direkter, sehr diskreter Quelle aus Livadia erfahren, vermute man dort ziemlich die Wahrheit und setze voraus, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn einen territorialen Garantievertrag geschlossen hätten. Anstatt daß diese Vermutung in Livadia Empfindlichkeit erregte, habe sie dort vielmehr die Wirkung gehabt, daß man nunmehr gerne wieder die Entente à trois

---

[1]) Otto von Bülow an Stolberg, Baden-Baden, 28. September 1879.

[2]) Otto von Bülow an Bismarck, Baden-Baden, 29. September 1879.

erneuern und gegenseitige Verpflichtungen zur Erhaltung des Statusquo in der Türkei eingehen möchte, so daß im Orient territoriale Veränderungen nur mit Zustimmung der drei befreundeten Kaiserhöfe zulässig sein sollen. Man gab sich jetzt in Rußland, wie Bismarck weiter erfahren, den Anschein, lebhafte Genugtuung darüber zu empfinden, daß durch die vorausgesetzte Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Grundlage des Drei-Kaiser-Verhältnisses wiederhergestellt und gesichert sei. „Ich bin“ — schloß der Kanzler sein Schreiben — „sehr angegriffen und ruhebedürftig und beschränke mich auf diese wenigen Zeilen, die ich aber doch für notwendig hielt, um Ihnen Gewißheit zu geben, daß ich fest an unserer Abrede halte und das Geschäft nicht aufgebe. Ich bedaure, daß die Schwierigkeiten, denen ich begegne, zeitraubend sind und Sie und mich in einer, mir wenigstens schwer erträglichen Ungewißheit in suspenso erhalten. Das Ergebnis wird aber — heißt es weiter — wenn auch nicht prompt, doch meiner Ueberzeugung nach das von uns erstrebte sein. Nur bitte ich Sie, nicht kurzerhand die Geduld zu verlieren. Hohes Alter und räumliche Trennung wollen ihr Recht haben.“ [1])

Graf Andrássy war selbstverständlich von den Versicherungen des Fürsten Bismarck, an der getroffenen Abrede festzuhalten, sehr befriedigt. Dagegen meinte er, der Kanzler habe die russischen Auffassungen „kaum gründlich“ erkannt, und Andrássy trug Bedenken, nach den gemachten Erfahrungen dem Kaiser die Erneuerung einer Abmachung mit Rußland betreffs des Orients zu empfehlen. [2])

Bereits im Mai 1879 hatte er dem Monarchen abgeraten, sich nach Berlin zu einer neuerlichen Begegnung mit Alexander II. zu begeben, um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als sollte der in Oesterreich-Ungarn unpopuläre Versuch einer Wiederbelebung der Drei-Kaiser-Entente unternommen werden. [3]) Jetzt,

---

[1]) Fürst Bismarck an Graf Andrássy, Berlin, 29. September 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. Der Brief wurde von mir in der „Neuen Freien Presse“ vom 6. Oktober 1909 veröffentlicht. Einen Teil davon publizierte S. Singer. In dem Aufsatze: „Die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses“, mitgeteilt in den „Tagebuchblättern“ von Moritz Busch, 3. Band, S. 351, wird nur einfach der Brief Bismarcks vom 29. September erwähnt. Der nicht genannte Verfasser dieses Aufsatzes, der wohl Busch selbst sein dürfte, muß für seine Darstellung die Akten selbst vor Augen gehabt haben.

[2]) Eigenhändige Bemerkung Andrássys zum Brief Bismarcks vom 29. September 1879.

[3]) Reuß an Bismarck, Wien, 20. Mai 1879.

nach San Stefano, mochte er von derartigen Bemühungen noch viel weniger hören. Graf Andrássy wünschte „pure et simple" die Annahme seines Entwurfes in Berlin.[1]) Das aber lag nicht in der Intention Kaiser Wilhelms. Nur in dem Falle wollte er den Vertrag genehmigen, wenn er an Alexander schreiben könnte, er stehe im Begriff, mit Oesterreich-Ungarn einen solchen Vertrag abzuschließen, in dem sich beide Mächte die Pflege guter Beziehungen zu Rußland versprechen und außerdem gegenseitige Hilfe gegenüber Angriffsplänen zusagen. Ein solcher Vorgang schien ihm ein nötiges Zeichen seines freundschaftlichen Entgegenkommens für die Erklärungen, die eben Saburov in Berlin abgegeben hatte. Dieser russische Diplomat, der bisher Gesandter in Athen gewesen und in Gemeinschaft mit Šuvalov zu den wärmsten Fürsprechern eines guten Verhältnisses Rußlands zu Deutschland gehörte, war gerade während der Verhandlungen über den Defensivvertrag in besonderer Mission in Berlin eingetroffen. Im Auftrage Alexanders II. hatte er an Fürst Bismarck die Frage zu richten, ob dessen Gesinnungen für Rußland noch immer die gleichen seien wie 1877, worauf der Kanzler entgegnete: Sollte er noch weiterhin Ratgeber Kaiser Wilhelms bleiben, so würde er seinen Einfluß in dem gleichen Sinne ausüben wie vor dem Kongresse und während desselben, nie aber könnte er Bestrebungen unterstützen, durch die Oesterreich-Ungarn gefährdet würde.

Nun erwiderte der Russe, er finde diese Haltung des Kanzlers ganz natürlich, um so mehr, als die russische Politik in Zukunft auf der Basis des Berliner Vertrages stets eine defensive bleiben werde. Gerade dieser Ausspruch bestärkte Bismarck in der Ueberzeugung, in demselben eine Probe der Richtigkeit seiner Kaiser Wilhelm gemachten Vorschläge zu erblicken. Ebenso klar war ihm, daß die friedlichen Versicherungen Saburovs nur auf der Voraussetzung beruhen, daß Deutschland mit Oesterreich-Ungarn einig sei, und sie sofort einer Aenderung unterlägen, falls das Gegenteil angenommen werden könnte. Bismarck war überhaupt nicht sicher, ob der russische Staatsmann aus eigenem Antriebe oder ermächtigt von Alexander II. die Erklärungen über die defensive Richtung der russischen Politik erteilte — lehnte Saburov es doch ab, die von ihm gemachten Aeußerungen zu Papier zu bringen und mit seiner Unterschrift zu versehen. Der Kanzler

---

[1]) Reuß an Bismarck, Wien, 4. Juni, woraus hervorgeht, daß der Kanzler der Anschauung Andrássys zustimmte.

fühlte sich zum Zweifel an der Aufrichtigkeit Saburovs noch durch dessen weitere Eröffnungen angeregt. In drei, sechs Stunden lang währenden Unterredungen hatte der Russe das Thema von Deutschlands Neutralität in künftigen Kriegen mit England, von Bündnissen, Teilung der Türkei und Eroberung Konstantinopels erörtert — lauter Dinge, die Bismarck mit Recht auf weitgehende russische Pläne schließen ließen.[1])

Kaiser Wilhelm, hocherfreut über die, wie er meinte, durch den Mund Saburovs gegebenen Friedensversicherungen Alexanders, wollte wissen, welche Antwort Bismarck hierauf erteilte. Seiner Ansicht nach wäre für ihn deren Kenntnis bei seinen Besprechungen mit Graf Stolberg sehr wichtig.[2]) Weniger erfreut von dieser Anfrage war Bismarck. Er sah darin nur das Bestreben, die Entscheidung hinauszuschieben. Jede Verschleppung jedoch dünkte ihn gefährlich, da Andrássy Wien verlasse und die Russen dort voraussichtlich ebenso weitreichende Anerbietungen machen wie in Berlin durch Saburov. Sie, die Russen — rief er aus — werden gewiß bestrebt sein, Oesterreich-Ungarn Deutschland wegzufischen oder doch gegen dieses zu irritieren. Bismarcks Geduld schien nun endlich zu Ende zu gehen. Jetzt forderte er den Legationsrat von Bülow auf, sich im Interesse des Staatsministeriums nicht länger hinhalten zu lassen und vom Kaiser eine bestimmte Erklärung mit Ja oder Nein zu verlangen. Außerdem sollte der Monarch bewogen werden, über die wichtige Angelegenheit in den nächsten Tagen doch unter seinem Vorsitz einen Ministerkonseil abzuhalten.[3])

Während Bismarck nochmals auf Vermeidung jeder Verschleppung drängte, die für Deutschland nur von größtem Nachteil sein könnte, kam aus Baden-Baden von Otto von Bülow die Nachricht, daß das „Spiel" sofort gewonnen wäre, wenn dem Kaiser das Zugeständnis eines geeigneten Briefes an Alexander II. gemacht würde.[4]) Wie Otto von Bülow berichtete auch Graf Stolberg, der zum letzten Sturm auf den sich hartnäckig weigernden Kaiser in

---

[1]) Bismarck an Kaiser Wilhelm, Berlin, 1. Oktober 1879.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow, Baden-Baden, 1. Oktober 1879.

[3]) Bismarck an Otto von Bülow, Berlin, 2. Oktober 1879.

[4]) Bülow an Radowitz für Bismarck, 2. Oktober 1879. In diese Zeit muß Bismarcks Memorandum: „Deutschland und Rußland seit dem Berliner Kongreß 1879" fallen, von dem das „Bismarck-Jahrbuch" I. Band S. 125—130 ein Bruchstück veröffentlicht. Darin wird schon der Aufenthalt Bismarcks in Wien erwähnt. Er verließ dieses am 24. September.

Baden-Baden erschienen war, daß der Souverän unbedingt auf einer brieflichen Mitteilung an den kaiserlichen Neffen beharre.

Bereits am 2. Oktober hatte der Kanzler den deutschen Botschafter in Wien beauftragt, Andrássy zu sondieren, ob er auf eine Beschränkung der Geheimhaltung eingehen würde, womit Bismarck dem Verlangen seines Herrschers entgegenkommen wollte. Er hatte gemeint, der Graf könnte dies zugestehen, da es als verbürgt gelten dürfe, daß Rußland die ganze Vereinbarung mit der Monarchie „einlenkend und friedlich" aufnehmen würde.[1]) Von vornherein aber hielt Bismarck eine Mitteilung vor Abschluß des Vertrages grundsätzlich für unmöglich, da dies nur zur Zerstörung des Abkommens von russischer Seite führen müßte.[2]) Als nun Reuß dem Grafen Andrássy das von Stolberg zu Papier gebrachte Verlangen Kaiser Wilhelms vorlas, zeigte es sich sofort, daß Bismarck die Situation sehr richtig beurteilt hatte.

Vor allem war Andrássy dagegen, daß in dem eventuellen Briefe Kaiser Wilhelms an Alexander von einem „Vertrage" gesprochen werde. Die bloße Erwähnung davon müßte unbedingt die Folge haben, daß man in Petersburg die Mitteilung des ganzen Textes des Vertrages verlangen werde. Er machte daher einen „Gegen-" oder, wie er sich verbessernd sagte, „Parallelvorschlag", der in folgendem bestand: Kaiser Wilhelm sollte nach genehmigter Unterzeichnung des Vertrages das zwischen den beiden Ministern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vereinbarte und unterschriebene Memorandum,[3]) das ja implicite eine Abmachung enthalte, vollinhaltlich dem Zaren mitteilen. Hierzu wäre dann vom Deutschen Kaiser aus eigener Entschließung die Erläuterung hinzuzufügen: das Abkommen enthalte zugleich das stillschweigende Einverständnis der beiden Regierungen, daß man einen Angriff auf eines der beiden Reiche als gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gerichtet betrachten würde und in diesem Sinne auch von ihm, Kaiser Wilhelm, aufgefaßt werde. Dieser Modus

---

[1]) Bismarck an Reuß, Berlin, 2. Oktober 1879.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow, 2. Oktober 1879.

[3]) Das „Memorandum" wurde von Marczali in seinem Aufsatze: „Zur Geschichte des österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses" („Deutsche Revue", 1906) veröffentlicht. Marczali behauptet S. 272, daß nicht dieses, sondern ein kürzeres Memorandum nach Petersburg gesendet wurde. Soviel mir bekannt, gibt es kein anderes als das von Marczali veröffentlichte Memorandum. Diesem selbst wohnt aber nur eine das russische Kabinett informierende Bedeutung inne, dem man ja nicht die volle Wahrheit über das Bündnis sagen wollte.

schien Andrássy einerseits den Zweck des Kaisers Wilhelm zu erfüllen, anderseits der Nötigung vorzubeugen, von der Existenz des Vertrages Erwähnung zu tun und dessen Text bekanntgeben zu müssen. Von der textuellen Mitteilung befürchtete Andrássy gefährliche Rückwirkungen auf Frankreich und Italien, und, da auch der Inhalt des Vertrages dann kein Geheimnis bleiben werde, unerwünschte Erörterungen in den Parlamenten. Falls jedoch sein Parallelvorschlag bei Kaiser Wilhelm nicht durchdringen sollte, war der österreichisch-ungarische Minister bereit, hierin der Zustimmung seines Monarchen versichert, aus der Geheimhaltung des Vertrages nach erfolgter Unterzeichnung keine Conditio sine qua non zu machen. „Dagegen“ — schrieb Andrássy an Bismarck, und hierin trafen sich die Anschauungen der beiden Staatsmänner — „müßte ich eines unter allen Umständen als ausgeschlossen betrachten, nämlich Mitteilung über Existenz und Inhalt des Vertrages, bevor dessen Genehmigung durch Seine Majestät den Kaiser Wilhelm erfolgt oder gesichert wäre. Ohne der Entscheidung meines allergnädigsten Herrn vorgreifen zu wollen, würde ich lieber auf den Abschluß einer Abmachung überhaupt renoncieren, jedenfalls aber für meine Person auf die weitere Teilnahme an Verhandlungen auf dieser Basis verzichten müssen.“ [1])

Noch ehe dieses Schreiben Andrássys in Berlin eintraf, hatte Prinz Reuß bereits dessen Inhalt telegraphisch Bismarck bekanntgegeben. Aus dem Schlußpassus des Briefes folgerte der Kanzler, daß Rußland bereits Oesterreich-Ungarn annehmbare Bedingungen gemacht haben müsse. Er besorgte, daß die Russen in Wien schneller sein werden als die deutsche Politik.[2]) In seinen Augen gestaltete sich nach den Berichten aus Wien die Lage von Tag zu Tag gefährlicher. Die übertriebene Russenfreundlichkeit des Kaisers und dessen Skrupel, Alexander II. gegenüber eine Illoyalität zu begehen, streiften schon stark an Schädigung des eigenen Landes. Bismarck konnte sich nicht mehr verhehlen, daß die Aufopferung der deutschen und preußischen Interessen zugunsten Rußlands kein Geheimnis bleiben werde. Er befürchtete davon in Deutschland

---

[1]) Andrássy an Bismarck. Schönbrunn, 3. Oktober 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. Der Brief ist in englischer Sprache veröffentlicht von Busch: „Bismarck, some secret pages of his history“, 3. Band, S. 273—276. Zur Stelle: „. . . erfolgt oder gesichert“ machte Bismarck nach Busch, a. a. O., S. 275, die Bleistiftbemerkung: „Sehr wichtig.“

[2]) Bismarck an Stolberg, Berlin, 3. Oktober 1879.

eine verhängnisvollere Wirkung als von den seinerzeitigen Vorgängen in Olmütz, einfach aus dem Grunde, weil die Unterordnung unter die Botmäßigkeit des Zaren jetzt freiwillig und nicht, wie 1850, gezwungen erfolge. Bismarck war tief betrübt, daß alle seine Ratschläge an dem „russischen Rütli“ zerschellten, wie er den Kaiser, dessen Bruder und die Prinzessin Alexandra nannte.[1]) Es schmerzte ihn, das von ihm gezimmerte Reich ohne jede Nötigung in die Lage wie zur Zeit des Siebenjährigen Krieges versetzt zu sehen. Er war durchdrungen davon, daß Kaiser Wilhelm die Zukunft des Landes in einer Weise gefährde, die später der beste Wille nicht wieder werde gutmachen können. Von einer Wiederholung all seiner schon vorgebrachten Argumente erwartete Bismarck keinen Erfolg mehr. Er erhoffte diesen nur noch davon, daß Stolberg den Kaiser mit aller Entschiedenheit vor die Wahl stelle, heute — am 3. Oktober — zuzustimmen oder am nächsten Tage keine Minister mehr zu haben. Damit sollte der verfassungswidrigen Fortsetzung persönlicher Politik des Kaisers vorgebeugt werden, die die Krisis unheilbar und deren Folgen sehr schwer mache.[2]) Die schleunigste Beendigung der Verhandlungen tat wirklich not. Andrássy wünschte baldigste Entscheidung. Kaiser Franz Josef, teilte er dem deutschen Botschafter mit, wolle ihn nicht entlassen, bis das „Geschäft“ nicht abgemacht sei. Sein Verbleiben im Amt habe jedoch Grenzen. Andrássy verhehlte auch nicht die Gründe, warum er über eine gewisse Zeit hinaus nicht länger die Agenden des Ministeriums des Aeußern leiten könne. Am 6. Oktober, sagte er, käme Baron Haymerle nach Wien, wo dann auch der österreichische Reichsrat zusammentrete; das wäre der Moment für ihn, gänzlich aus seinem bisherigen Wirkungskreise zu scheiden. Unmöglich vermöchte er als demissionierter Minister den vielfachen Anfragen, die seitens der Abgeordneten vertraulich an ihn gerichtet zu werden pflegen, Rede und Antwort zu stehen. Auch abgesehen davon, müßte zur Zeit des versammelten Reichsrates das „gemeinsame Reichsministerium“ komplett sein.

Für Andrássy, der bereit war, eventuell auch nach seiner Entlassung als Bevollmächtigter der Krone jeden Augenblick nach Wien zu kommen, um den Vertrag zu unterzeichnen, gab es außer den bereits angeführten Motiven noch ein sehr gewichtiges Argument,

---

[1]) Busch „Tagebuchblätter“, II. Band, S. 563.

[2]) Bismarck an Stolberg. Undatiert, kann aber nach dem Inhalt nur vom 3. Oktober 1879 sein.

das ihn auf raschesten Abschluß dringen ließ. Nichts fürchtete er mehr als einen Schachzug Rußlands, der alles wieder in Frage stellen könnte. Die von Andrássy mit Mißtrauen verfolgte Sendung Saburovs nach Berlin ließ seine bösen Ahnungen als nicht unbegründet erscheinen. Von diesem Schritte bis zu dem Verlangen Kaiser Alexanders an Kaiser Wilhelm, das Drei-Kaiser-Bündnis zu erneuern, war es wirklich nicht allzuweit. Sollte, wie Andrássy voraussetzte, der Zar einen solchen Vorschlag machen, dann würde höchstwahrscheinlich Kaiser Wilhelm den Vertrag mit Oesterreich-Ungarn nicht eher unterzeichnen wollen, bis er die näheren Modalitäten des russischen Antrages kennen gelernt haben werde. Von neuen Verabredungen zu dreien, besonders mit Bezug auf den Orient, versicherte Andrássy, werde sein Nachfolger ebensowenig wissen wollen wie er selbst. Ein wieder aufgewärmtes Drei-Kaiser-Bündnis, wie sich Andrássy ausdrückte, begegnete überdies im Lande der größten Antipathie. Aber auch die Regierung selbst verlöre wieder das Benefizium, das sie durch das bloße Faktum des engen Freundschaftsverhältnisses mit Deutschland gewonnen habe. Wie sehr, betonte Andrássy, ein solches Benefizium bestehe, beweisen zur Genüge die mannigfachen Kundgebungen der Ungarn und Deutschösterreicher, die in der Allianz mit dem Deutschen Reiche freudig eine Garantie gegen die Möglichkeit einer slawischen Politik begrüßten. Nicht nur nach innen, sondern auch nach außen hin, legte Andrássy dar, würde schon die Spur einer Wiederbelebung des Drei-Kaiser-Bundes einen sehr üblen Rückschlag auf die Westmächte ausüben. Die nächste wahrscheinliche Folge davon wäre eine englisch-französische Allianz, und diese nicht zu wünschen, bemerkte Andrássy, hätte sowohl Oesterreich-Ungarn wie Deutschland allen Grund.[1])

* * *

In der Geschichte dürfte wohl ein solches Ringen um einen Vertrag, wie es seit der zweiten Hälfte September zwischen Souverän und Minister andauerte, kaum seinesgleichen haben. Das ganze Aufgebot der höchsten Staatsbeamten in Gemeinschaft mit dem Kronprinzen Friedrich[2]) drang in den Kaiser, sich dem von der Sorge für das Wohl Deutschlands diktierten Vorschlage seines ersten Ministers nicht zu widersetzen. Staatssekretär von Bülow,

---

[1]) Berichte des Prinzen Reuß vom 2. und 3. Oktober 1879.

[2]) Martin Philippson, „Das Leben Kaiser Friedrich III.“, 2. Auflage, S. 353.

Graf Stolberg, Graf Moltke und die übrigen Mitglieder des Ministeriums kämpften Schulter an Schulter mit Fürst Bismarck für die Unterzeichnung des österreich-ungarisch-deutschen Vertrages. Nur Manteuffel allein, durch dessen Schuld die verhängnisvolle Zusammenkunft von Alexandrovo zustande kam, wollte den Kanzler überreden, in die gewünschte generelle Bezeichnung und Nichtgeheimhaltung des Vertrages einzustimmen, damit der Herrscher nicht zur Abdankung gezwungen werde. Sollte — so apostrophierte der Generalfeldmarschall den Kanzler — das wirklich das Ende der glorreichen Regierung des Kaisers sein? Sollte wirklich ein politischer Akt des Mannes, durch dessen Rat und Beistand der Kaiser seine Triumphe errungen hat, die Veranlassung zu dessen Abdikation werden? Sollte eine solche Lösung überhaupt im Interesse des Staates liegen?[1]) Vermochte sein alter Kaiser, an dessen Seite Bismarck so lange Jahre wirkte, den Kanzler nicht zum Aufgeben des von ihm eingenommenen Standpunktes zu bewegen, so war gewiß nicht zu erwarten, daß dies Manteuffel gelingen werde, der allzusehr im russischen Fahrwasser stak. In dem Widerstreit der Meinungen zwischen Kaiser und Kanzler gab es keine Lösung von der Art, wie sie Manteuffel betrieb. Hier, wo sich Welten von so entgegengesetzter Anschauung gegenüberstanden, war eine ausgleichende Vermittlung gänzlich ausgeschlossen. Entweder mußte zum Schaden des Deutschen Reiches die russenfreundliche Auffassung des Kaisers oder zum Wohle Deutschlands Bismarcks Gedanke einer Defensivallianz mit Oesterreich-Ungarn gegen das panslawistische Rußland siegen. Darin liegt das Tragische des Kampfes zwischen dem Herrscher von Deutschland und dessen großem Kanzler, daß jeder von ihnen, überzeugt von der Richtigkeit seiner Sache, bereit war, seine Stellung dafür zu opfern: der Kaiser die Krone, Bismarck die Kanzlerwürde.

Noch immer war es jedoch zweifelhaft, ob sich Wilhelm I. dem Rate seines Kanzlers zugänglich zeigen werde. Die Gewissenskämpfe des Kaisers dauerten an, und stets kam er darauf zurück, eine Illoyalität zu begehen, wenn er zuließe, daß Rußland im Vertrage allein als Störenfried genannt werde. Man sagt, hält er Bismarck vor, daß die innere Gärung in Rußland durch die Allianz mit Oesterreich-Ungarn zurückgehalten würde. Dazu sei aber die offizielle Kenntnisnahme dieser edlen Absicht nötig. Ist es aber möglich, Rußland in offizieller Weise zu verständigen, daß man es für

---

[1]) Manteuffel an Bismarck. Baden-Baden, 29. September 1879.

den alleinigen Feind halte? Aus diesem Grunde, folgert der Kaiser, muß die Nennung des Zarenreiches aus dem Vertrag entfallen und an dessen Stelle eine generelle Bezeichnung treten, wobei jedoch beiläufig erwähnt werden kann, daß man mit dem Worte „generell“ die edle Absicht der Friedenssicherung im Auge gehabt habe. Das ist es, bemerkte Wilhelm I., worauf er antrage.

Der deutsche Monarch sträubte sich nicht nur gegen die Nennung des Zarenreiches im Vertrage, auch gegen dessen sofortige Ratifizierung. Sei doch, wie er meinte, der Angreifer auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ja noch gar nicht vorhanden, wie überhaupt bindende Verträge ohne dringende Veranlassung ein zweischneidiges Schwert bilden. Insbesondere wandte sich der Kaiser gegen die von Andrássy angeführten Gründe für eine sofortige Ratifizierung. Er wollte es nicht gelten lassen, daß im entgegengesetzten Falle die jetzige günstige Gestaltung der französischen Politik gefährdet und die Intimität zwischen Oesterreich-Ungarn und England erkalten könnte. Es war ihm unfaßlich, wie man so große politische Kombinationen von den zwei Augen eines Ministers der französischen Republik abhängig machen könne, der im Begriffe stehe, gestürzt zu werden. Die englisch-österreichisch-ungarische Intimität, ruft der Kaiser aus, muß wahrlich auf sehr schwachen Füßen stehen, wenn deren Festigkeit nur durch den Zeitpunkt der Ratifizierung eines Vertrages verbürgt sei. Mit Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit Frankreichs und die Befürchtung der Erkaltung der Beziehungen zu England dünkte es Wilhelm I., daß Miljutins Behauptungen über eine Koalition gegen Rußland doch nicht so ganz aus der Luft gegriffen sein müssen. Der Deutsche Kaiser blieb dabei, daß er nicht so optimistisch über Frankreich denken könne wie Graf Moltke. Deshalb forderte er, daß, soll schon Rußland im Vertrage genannt werden, durch denselben auch Oesterreich-Ungarn sich verpflichten müsse, im Falle eines Krieges mit Frankreich Deutschland seine ganze Macht zur Verfügung zu stellen.[1])

Noch hatte der Kaiser dieses Schreiben an Bismarck nicht ganz beendigen können, als er sich infolge der gemeinsamen Stellungnahme aller Minister für den Kanzler am 4. Oktober 11 Uhr nachts zu dem Entschlusse einer bedingten Anerkennung des Vertrages durchrang. Das hieß aber noch immer nicht so viel, daß er seinen Standpunkt geändert hätte oder in seiner Auffassung der Lage er-

---

[1]) Otto von Bülow an das Auswärtige Amt in Berlin. Baden-Baden, 4. Oktober 1879.

schüttert worden wäre. Welche Antwort, will er jetzt von Bismarck wissen, sollte er Alexander geben, wenn dieser nach Mitteilung des Memorandums an ihn die Frage richtet: Was habt Ihr denn auf Grundlage dieses Memorandums beschlossen, doch wahrscheinlich ein gegenseitiges Abkommen? Und was tun, wenn Alexander weiter sagt: ehe er diese Verabredung nicht kenne, vermöge er keine Entscheidung zu treffen und verlange daher Einblick in den Vertrag. Da jedoch dieser in seiner gegenwärtigen Fassung nicht vorgelegt werden könne, müsse ja die Weigerung auf den russischen Kaiser den allernachteiligsten Eindruck machen. All diese Umstände veranlaßten Kaiser Wilhelm noch am 4. Oktober, also auch nach der bedingten Billigung des Vertrages, wieder auf seine Forderung der bewaffneten Hilfe Oesterreich-Ungarns gegen Frankreich zurückzukommen. Mit den Worten: „Sonst ist keine partie égale", und Bismarck solle diesen Punkt dem Grafen Andrássy ganz besonders ans Herz legen, schloß der kaiserliche Brief.[1])

Das Schreiben Wilhelms I. vom 4. Oktober, dem als Einlage das vom 2. Oktober beigegeben und von Graf Goltz überbracht worden war, vernichtete wieder die Befriedigung Bismarcks, die er über die erteilte Zustimmung zum Vertrage empfunden hatte. Nun wußte er genau, was unter „bedingter Anerkennung" zu verstehen sei. Nach Eintreffen der Kunde, daß der Monarch endlich seinen Sinn geändert habe, war der Kanzler davon abgegangen, das für den 5. Oktober einberufene Staatsministerium amtlich von seinem Rücktritt zu verständigen. Er wollte sich mit einem Urlaub zur Erholung seiner infolge der aufreibenden Kämpfe stark erschütterten Gesundheit begnügen. Jetzt dagegen, nach der neuerlichen Weigerung Wilhelms I., stand der Entschluß in Bismarck fest, seinen ersten Vorsatz auszuführen. Otto von Bülow wurde beauftragt, dies dem Kaiser mitzuteilen. Davon sollte er nur dann keinen Gebrauch machen, wenn Wilhelm I. ohne Aufschub die telegraphische und schriftliche Vollmacht für den Prinzen Reuß zur Unterzeichnung des Vertrags in Wien erteile.[2]) Der Legationsrat kam nicht in die Lage, sich des Befehles seines Chefs zu bedienen. Wohl nicht ganz glatt, aber doch ohne Zuhilfenahme neuerlicher Androhung der Demission Bismarcks vollzog der Kaiser, hierzu durch Otto von Bülow bewogen, am 5. Oktober um halb sieben Uhr abends die Voll-

---

[1]) Kaiser Wilhelm I. an Bismarck, 4. Oktober 1879.

[2]) Bismarck an Otto von Bülow. Berlin, 5. Oktober 1879, 5 Uhr 40 Min. nachmittags.

macht für Prinz Reuß, die diesem noch am selben Abend übersandt wurde. Der Monarch konnte sich nicht enthalten, dem Legationsrat gegenüber zu bemerken, er habe die Bevollmächtigung nur in der Hoffnung ausgestellt, daß Bismarck in Wien den Versuch machen werde, die Bedingung wegen Frankreichs durchzusetzen. Nach dem Wortlaut der Vollmacht, fügte er noch hinzu, sei er wohl zur Ratifikation, für die er die Frist von vierzehn Tagen bestimmte, verpflichtet; wenn jedoch sein Verlangen keine Erfüllung fände, trete für ihn von neuem die Existenzfrage ein, die zur Abdankung führen müsse. Der Kaiser berief sich darauf, daß ja mit Andrássy über die Unterstützung Oesterreich-Ungarns gegen Frankreich noch nicht einmal verhandelt worden, was der Legationsrat auf der Stelle mit dem Hinweis auf den Bericht Bismarcks aus Wien vom 24. September widerlegte. Zur Wahrung seines Gewissens, entgegnete hierauf der Deutsche Kaiser, müsse er an Bismarck die dringende Bitte richten, seine Bedenken dem Grafen Andrássy wenigstens noch einmal mitzuteilen. Nach der Auffassung des Legationsrates wollte der Kaiser damit zu verstehen geben, daß wenn der Kanzler dieses Zugeständnis seinem Gewissen mache, ihm dadurch der Vollzug der Ratifikation erleichtert würde, auch wenn der diesbezügliche Schritt in Wien erfolglos bliebe. Dann wieder meinte Wilhelm I., er habe vom Kanzler noch keine Antwort darüber erhalten, was zu tun sei, wenn Alexander II. nach Uebersendung des Memorandums um Bekanntgabe des Vertrages ersuche.[1])

Man begreift es, wenn Bismarck durch die ununterbrochen vorgebrachten Skrupel seines Herrschers fast zur Verzweiflung getrieben wurde. Immer wieder mußte er dem Monarchen wiederholen, daß die Ablehnung eines Vertrages, der Oesterreich-Ungarn verpflichte, Deutschland für den Fall eines Angriffes von seiten Frankreichs und Rußlands beizustehen, sich vor dem Reiche weder durch ihn, den Kanzler, noch durch einen anderen Minister verantworten lasse. Auch darüber mußte Bismarck seinen Herrscher von neuem beschwichtigen, daß von Begehung einer Illoyalität keine Rede sein könne, weil er nach dem Beispiele seiner Vorfahren den Frieden Deutschlands durch ein Defensivbündnis schützen wolle, das ja doch nur erst dann zur Geltung gelange, wenn Alexander II. oder dessen Nachfolger die Ruhe nicht mehr aufrecht zu erhalten vermöchten.[2])

---

[1]) Legationsrat Otto von Bülow, Baden-Baden, 5. und 6. Oktober 1879.
[2]) Bismarck an Otto von Bülow für den Kaiser, Berlin, 6. Oktober 1879.

Bismarck trachtete den Kaiser ferner über die eventuelle Anfrage des Zaren betreffs des Vertragstextes zu beruhigen. Man müsse, war seine Ansicht, erst abwarten, ob das überhaupt geschehen werde und in welcher Form. Sei das Memorandum als Ergebnis der Wiener Besprechungen in Petersburg zur Kenntnis gebracht worden, so müßte, wie sich Bismarck äußert, das Fragen nach weiteren Abmachungen als eine diplomatisch nicht übliche, sogar beleidigende Zudringlichkeit erscheinen.[1]) Tief ergriff es den Kanzler, als ihm Otto von Bülow aus Baden-Baden mitteilte, daß der Kaiser durch die fortwährenden Aufregungen an Schlaflosigkeit und hochgradiger Nervosität leide.[2]) Freilich waren auch Bismarck und der Staatssekretär von Bülow nicht besser daran, indem sie beide, nach der Versicherung des Kanzlers, schon seit Wochen keine anderen als schlaflose Nächte kannten.[3])

Wie große Stürme auch Bismarck mit seinem kaiserlichen Herrn wegen des Vertrages zu bestehen hatte, so krönte schließlich doch der Erfolg seine Ausdauer. Am 7. Oktober meldete ihm Prinz Reuß aus Wien, daß Andrássy und er in Gegenwart Haymerles um 2 Uhr nachmittags die Defensivallianz unterzeichnet hätten. Graf Andrássy begleitete die Unterfertigung mit dem Ausrufe, welch lebhafte Genugtuung es ihm bereite, daß der letzte Federstrich, den er im Amte tue, das Abkommen befestige, durch welches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur noch inniger gestaltet werden sollen. Hierzu bemerkte sein Nachfolger Baron Haymerle: Er könne Graf Andrássy nicht genug dankbar dafür sein, daß er ihm dieses Vermächtnis hinterlassen habe.[4])

Aber fast wäre es zu früh gewesen, zu frohlocken. Die Leidensgeschichte Bismarcks mit seinem kaiserlichen Herrn war noch nicht zum Schluß gelangt. Mit einemmal berief sich der Kaiser darauf, daß seine Forderung wegen Hilfe Oesterreich-Ungarns im Kampfe gegen Frankreich noch nicht erfüllt worden — einfach nur um die Ratifikation zu verweigern. Bismarck, der hierüber sehr bestürzt war,[5]) schrieb jetzt an den Kronprinzen, er fürchte, daß die Krisis wieder brennend geworden.[6]) Der Kaiser scheint

[1]) Randbemerkung Bismarcks zum Berichte Otto von Bülows vom 7. Oktober 1879.

[2]) Otto von Bülow an Graf Stolberg, 6. Oktober 1879.

[3]) Bismarck an Otto von Bülow, Berlin, 8. Oktober 1879.

[4]) Reuß, zwei Berichte vom 7. Oktober 1879.

[5]) Stolberg an Otto von Bismarck für den Kaiser, Berlin, 6. Oktober 1879.

[6]) Bismarck an den Kronprinzen in Venedig, Berlin, 7. Oktober 1879.

geglaubt zu haben, daß er, seitdem sich der Kanzler mit einem ihm am 6. Oktober bewilligten Urlaub zufrieden gegeben habe, unter allen Umständen des ferneren Dienstes seines Kanzlers sicher sei.[1]) In dieser Beziehung ließ aber Graf Stolberg dem Monarchen keinen Zweifel. In seinem Auftrage mußte Otto von Bülow dem Kaiser sagen, daß im Falle der Zurückziehung der Genehmigung nicht nur der sofortige Rücktritt des Kanzlers, sondern auch der des gesamten Staatsministeriums bevorstehe.[2]) Auch diese Drohung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Wie Otto von Bülow am 8. Oktober, wahrscheinlich auf Befehl des Kaisers selbst, berichtete, würde diesem die Ratifikation wesentlich erleichtert werden, wenn man ihm gleichzeitig mit der Vertragsurkunde auch den Entwurf eines seinen Empfindungen Rechnung tragenden Briefes an Alexander II. vorlegte, der später abzusenden wäre.[3]) Sofort antwortete Bismarck, daß die Verweigerung der Ratifikation in neuerer Zeit ohne Beispiel wäre, den Bruch mit Oesterreich und den Ministerwechsel in Berlin nach sich ziehen müßte. Die Mitteilung des Memorandums in Petersburg, fügte er hinzu, solle, wie verabredet worden, gemeinschaftlich und erst nach der Ratifikation erfolgen. Er sei, bemerkte außerdem der Kanzler, überzeugt, daß man in Wien nichts dagegen einwenden werde, wenn der Kaiser nach der Sanktion des Vertrages eine gesonderte Mitteilung in St. Petersburg zu machen wünsche. Nur der Text des Vertrages selbst, dessen Geheimhaltung zugesagt worden, dürfe Rußland nicht bekanntgegeben werden.[4])

Unter diesen Umständen hielten es Bismarck und Stolberg an der Zeit, noch einmal Graf Moltke in die Bresche zu stellen.[5]) Mit seiner Autorität als großer Feldherr sollte er dem Kaiser abermals vorstellen, welch zweifelhaften Wert eine auf einen französischen Angriff ausgedehnte Defensivallianz mit Oesterreich-Ungarn hätte. Am 12. Oktober hielt Moltke tatsächlich über diesen Gegenstand dem Kaiser einen einstündigen Vortrag.[6]) Sein Gutachten, das er Otto von Bülow vorher zeigte, war ganz im Sinne Bismarcks gehalten.[7]) In seinem Memoir führte er aus, daß ein Bündnis mit Oesterreich-

---

[1]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, 6. Oktober 1879.

[2]) Stolberg an Otto von Bülow für den Kaiser, Berlin, 6. Oktober 1879.

[3]) Otto von Bülow an das Auswärtige Amt, Baden-Baden, 8. Oktober 1879.

[4]) Bismarck an Otto von Bülow, Berlin, 8. Oktober 1879.

[5]) Radowitz an Otto von Bülow, 8. Oktober 1879.

[6]) Otto von Bülow an das Auswärtige Amt, Baden-Baden, 12. Oktober 1879.

[7]) Idem, Baden-Baden, 11. Oktober 1879.

Ungarn gegen einen östlichen Feind für Deutschland einen viel höheren Wert besitze als gegen einen westlichen. Denn der Krieg mit Rußland berühre die österreichisch-ungarische Monarchie unmittelbar, nötige sie daher zu einer äußersten Kraftanstrengung, deren Wirkung für das Deutsche Reich sich gleich anfangs äußere. Anders sei die Lage gegenüber Frankreich beschaffen, von dem die Monarchie nicht sofort unmittelbar bedroht werde.[1]) Aber auch die an das Eingreifen Moltkes geknüpften Erwartungen erfüllten sich nicht. Ohne irgendwie Erregung zu zeigen, lehnte der Kaiser am 13. Oktober die Vollziehung der Ratifikation ab, weil ihm nicht gleichzeitig der Entwurf zu einer Mitteilung nach St. Petersburg vorgelegt worden. Als das Sonderbarste an dem ganzen Vorgang fällt es jedoch auf, daß Wilhelm I. nicht im geringsten im Zweifel über die Notwendigkeit seiner rechtzeitigen Unterzeichnung des Vertrages war. Zu Otto von Bülow sagte er: Er wisse, daß die Frist am 21. Oktober ablaufe.[2]) Freilich, wer, wie Otto von Bülow, den Kaiser so aus unmittelbarster Nähe beobachten konnte, hätte wohl bemerken müssen, daß der Kaiser namentlich unter dem Drucke des bedeutsamen Vortrages Moltkes mit sich darüber einig geworden war, es gebe keine Flucht, er müsse den Vertrag rechtzeitig unterzeichnen. Otto von Bülow, dem in diesem welthistorischen Kampfe um die Allianz als einem der vorzüglichsten und geschicktesten Mitarbeiter Bismarcks ein ganz hervorragendes Verdienst zukommt,[3]) verstand es vortrefflich, seinen kaiserlichen Herrn auf den richtigen Weg zu leiten. Anstatt zu drängen, beschränkte er sich darauf, wiederholt an den Termin zu erinnern, wie die Innehaltung desselben eine Pflicht der Loyalität und Vertragstreue für Deutschland bilde. Insbesondere dies Argument war von unfehlbarem Einflusse auf den in Sachen der Ehre und Ritterlichkeit so vornehm denkenden Fürsten. So ist es, wie Otto von Bülow hierzu bemerkt, unter Mitwirkung der momentan weichen, gütigen und resignierten Stimmung des Kaisers gekommen,

---

[1]) Memoir Moltkes, Freiburg i. B., 10. Oktober 1879.

[2]) Otto von Bülow, 13. u. 15. Oktober 1879.

[3]) Der anonyme Verfasser des Aufsatzes: „Zur Geschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses" („Deutsche Revue" 1906, S. 122) verwechselt Otto von Bülow mit dem Staatssekretär von Bülow, der damals schon sehr schwer krank war und am 20. Oktober 1879 starb. Er hat doch noch den Abschluß des Bündnisses erlebt, wozu er im gesunden und kranken Zustande, solange es seine Kräfte nur zuließen, mitwirkte. Bernhard von Bülow gehörte zu den eifrigsten Anhängern der Allianz mit Oesterreich-Ungarn. Otto von Bülow war dann seit 1881 Gesandter in Stuttgart.

daß die Ratifizierung ohne den befürchteten Kampf erlangt werden konnte und gewissermaßen als reife Frucht in den Schoß fiel. Am 16. Oktober konnte der Legationsrat nach Berlin melden, daß der Monarch um 10 Uhr vormittags die Sanktionierung des Bundesvertrages mit Oesterreich-Ungarn vollführt habe.[1])

Ein gewaltiges, nur in heißem Ringen mit dem Oberhaupte des Deutschen Reiches durchgesetztes welthistorisches Ereignis hatte sich vollzogen. Was dem alten Oesterreich nicht gelungen, machte jetzt der von den Zentralisten so vielfach angefeindete Dualismus zur Tat, womit er sich als maßgebender Faktor, als eine starke Säule der Großmachtstellung der Monarchie erwies. Wie oft wurde nicht in früheren Zeiten der Anlauf genommen, ein Bündnis zwischen Alt-Oesterreich und Preußen zu schließen, zum letztenmal 1854, als die Westmächte der Türkei gegen Rußland zu Hilfe eilten. Als Kaiser Nikolaus durch Besetzung der Donaufürstentümer ganz Europa gegen sich in Harnisch brachte, meinte der ungemein österreichisch gesinnte Friedrich Wilhelm IV., dieser Fehler müßte benützt werden, um dem Kaiser von Oesterreich die führende Stelle im Deutschen Bunde zu erwerben. Der preußische König bot Franz Josef I. seine Macht an, damit er im Vereine mit Preußen einen schiedsrichterlichen Spruch in der orientalischen Frage fällen könne. Zwei Jahre lang verhandelte in diesem Sinne der damalige preußische Oberst Freiherr von Manteuffel in Wien. Als endlich Franz Josef I. diesem erklärte, er gehe auf die Vorschläge seines Königs nicht ein, da erwiderte der Oberst: Er danke Gott für diese Entscheidung. In seiner Eigenschaft eines treuen Dieners seines Fürsten habe er wohl dessen Ansichten vertreten müssen, nunmehr jedoch, nach dem Scheitern des Versuches, dürfe er es frei aussprechen, wie er sich als Preuße glücklich fühle, daß eine solche, sein Vaterland in den Genetiv (sic!) gegen Oesterreich stellende Vereinbarung nicht zustande gekommen sei.[2])

Es bedurfte erst des Zusammenbruches des alten Oesterreich auf dem Schlachtfeld von Königgrätz und der Zertrümmerung seiner Ansprüche auf die Vorherrschaft in Deutschland, um den Gedanken an eine Allianz zwischen der Monarchie und dem in dem Norddeutschen Bunde verkörperten Preußen wieder aufleben zu lassen. Schon in Nikolsburg 1866 hatte Bismarck die Emp-

---

[1]) Otto von Bülow an Stolberg, zwei Berichte vom 16. Oktober 1879.

[2]) Manteuffel an Kaiser Wilhelm I., Topper, 9. September 1879.

findung, daß für den damals zerstörten Deutschen Bund, in dem Oesterreich und Preußen mehr feindlich als friedlich nebeneinander existierten, früher oder später ein Ersatz werde geschaffen werden müssen. Der Kanzler hielt mit dem Bestreben zur Verwirklichung dieser Idee so lange zurück, als ihm die Person Kaiser Alexanders II. und auch die dem Herzen Wilhelms I. näherstehenden Beziehungen zu Rußland ausreichende Bürgschaft dafür zu bieten schienen, Deutschland gegen die Gefahr europäischer Isolierung gedeckt zu wissen.[1]) Nie wäre auch Bismarck von der vermittelnden Stellung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn abgegangen, die Wilhelm I. der Wahl der Option zwischen diesen beiden Mächten enthoben und ihm innerhalb des Drei-Kaiser-Bündnisses eine ausschlaggebende Rolle sicherte, wenn ihn nicht die panslawistische Umgebung des Zaren dazu förmlich gezwungen hätte. Aber auch in Oesterreich bedurfte es einer tiefgehenden Wandlung, um ein Freundschaftsbündnis zwischen der Monarchie und Deutschland zu ermöglichen. Es mußten vor allem am Hofe, in der Gesellschaft und im Volke Oesterreichs die antipreußischen Gesinnungen überwunden werden, die eine Annäherung an den Gegner aus dem Jahre 1866 unendlich erschwerten. Man weiß ja, wie Beust diesen Gegensatz zu nähren strebte und wie er für seine Revanchegelüste in den höchsten Kreisen Unterstützung fand. Ein Glück muß es genannt werden, daß ihm die Ungarn, deren Blick Preußen gegenüber unbeeinflußter war, entgegentraten und Andrássy des Sachsen Rachepolitik erfolgreich bekämpfte. Erst mit der Uebernahme der Leitung der äußeren Angelegenheiten durch den bisherigen ungarischen Ministerpräsidenten wurde auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vollkommen mit der Richtung aufgeräumt, die bis dahin ihr vornehmstes Ziel in der Niederringung Preußens erblickte. Erst nachdem es Andrássy im Verein mit Deák gelungen war, das alte Oesterreich in eine dualistische Monarchie umzuwandeln und er die weiteren Bedingungen für eine intimere Annäherung an Deutschland geschaffen hatte, vermochte Bismarck tatsächlich an die Realisierung des ihm seit 1866 vorschwebenden Gedankens heranzutreten. Es bleibt das unbestreitbare Verdienst Andrássys, daß er nach Herstellung des Dualismus zielbewußt schon als ungarischer Ministerpräsident danach strebte, was er dann als Minister des Aeußern zur Ausführung brachte. Er war es, der Oesterreich-Ungarn aus seiner Isoliertheit

---

[1]) Bismarck an den Kaiser, Gastein, 31. August 1879.

befreite, allmählich, Schritt für Schritt, die Freundschaft mit Deutschland großzog, der Monarchie zuerst ihren Platz im Drei-Kaiser-Bündnis eroberte, um dann den Drei-Kaiser-Bund in den Zweibund umzugestalten. Mit Benützung der Verhältnisse errang er den Erfolg, Bismarck in eine Lage zu bringen, die ihn nötigte, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu wählen und selbst die Initiative zur Begründung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses zu ergreifen. Die größte Leistung staatsmännischer Kunst Andrássys aber liegt darin, daß er, ungeachtet des Widerstandes Bismarcks, diesen dennoch veranlaßte, das Bündnis auf jener Grundlage zu errichten, die vollkommen den vom österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern aufgestellten Forderungen entsprach. Andrássy hat hierbei als der schaffende und, was nie außer acht gelassen werden darf, sein Ziel unverrückt im Auge behaltende Kopf gewirkt. Freilich war dies nur mit einem Staatsmanne wie Bismarck möglich, der sich nicht von kleinlichen Rücksichten leiten ließ, sondern sich stets von den großen Interessen des Reiches erfüllt zeigte. Bismarcks immer stärker werdendes Vertrauen zu dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern ward zum mächtigen Antrieb für den Kanzler, Oesterreich-Ungarns unversehrte Erhaltung als einen Faktor seiner Politik in Rechnung zu ziehen. Zu nicht geringer Befriedigung und Ermunterung mochte für ihn bei diesem Bestreben die Wahrnehmung dienen, daß auch der Beherrscher Oesterreich-Ungarns seit der Entlassung Beusts und dem Einzuge Andrássys in das Ministerium am Wiener Ballplatze mit der Vergangenheit gebrochen und sich aufrichtig der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland widme. Es mag hier ganz besonders betont werden, daß Andrássy seine deutschfreundliche Politik als Minister des Aeußern in vollem Einverständnis mit seinem Souverän führte. In dieser Beziehung herrschte seit November 1871 keinen Moment ein Gegensatz zwischen dem Monarchen und dessen Minister. Als es im Spätherbst 1879 zur Anregung der Defensivallianz kam, da war Franz Josef I. in Erkenntnis der großen Wichtigkeit dieses Vorschlages für die Monarchie mit allem Eifer und ganzer Hingabe bestrebt, dieses Werk friedlichen Einvernehmens zu fördern. Kein Geringerer als Bismarck hat dem Kaiser das Zeugnis ausgestellt, daß er bei ihm das nötige Verständnis und die Bereitwilligkeit zum Abschluß des Vertrages fand.[1]) Wohl ein vielverheißendes Zeichen des Entgegenkommens lag in dem Besuche, den Franz Josef I. dem

---

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 246.

deutschen Kanzler im Hotel Imperial in Wien abstattete. Eine starke Stütze fanden der Herrscher und sein Minister an den liberalen Deutsch-Oesterreichern und den Ungarn, die, ohne Kenntnis von der wahren Tragweite der Begegnung Andrássys und Bismarcks zu besitzen, mit ihren Gefühlen und Empfindungen durchaus auf Seite des Freundschaftsbundes standen.

Welch große Bedeutung den Vorgängen in Gastein und in Wien beigemessen wurde, erhellt am deutlichsten aus den Aeußerungen maßgebender Persönlichkeiten. Lord Salisbury, der das Einverständnis zwischen Deutschland und der Monarchie freudig begrüßte, sagte dem deutschen Botschafter: England und das Deutsche Reich bedürfen eines im Osten kräftigen Oesterreich-Ungarn; Rußland wäre der ewige Störenfried in Europa, besonders seit es dem Panslawismus verfallen sei.[1]) Der König von Italien sprach Keudell, den deutschen Botschafter in Rom, mit den Worten an: Er bringe wohl gute Nachrichten, denn die Befestigung der deutsch-österreichisch-ungarischen Freundschaft bilde eine neue Garantie des allgemeinen Friedens.[2]) Nachdem sowohl Bismarck als auch Andrássy dem französischen Botschafter in Wien, Teisserenc de Bort, die beruhigendsten Versicherungen über ihre Absichten erteilt hatten, erklärte Waddington, daß man in Frankreich über die Folgen des Kanzlerbesuches in der Kaiserstadt an der Donau keine Befürchtungen hege, vielmehr in demselben eine Bürgschaft des Friedens erblicke.[3])

Wesentlich verschieden beurteilten die nicht zum panslawistischen Lager gehörenden russischen Diplomaten die Situation. Šuvalov meinte: Nach dem Frieden von San Stefano habe Rußland Oesterreich-Ungarn verloren und jetzt auch die Freundschaft Deutschlands.[4]) Der Wiener Botschafter Novikov verfolgte mit großer Sorge die Entwicklung der Dinge und suchte von Andrássy Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Wiener Besprechungen nichts Bedrohliches für Rußland enthalten. Mit einem Ausdruck im Gesichte, der noch mehr verriet als seine Sprache, erwähnte Novikov dem Minister, wie bedauerlich es für ihn sei, in der Lage zu sein, sich jetzt Gewißheit über die friedfertigen Gesinnungen

---

[1]) Graf Münster an Bismarck, London, 14. Oktober 1879.

[2]) Keudell an Bismarck, Rom, 4. Oktober 1879.

[3]) Berichte des Grafen Wesdehlen (als Vertreter des von Paris abwesenden Botschafters Hohenlohe), Paris, 2. Oktober, und Reuß, Wien, 2. Oktober 1879.

[4]) Graf Wesdehlen, Paris, 4. Oktober 1879.

Oesterreich-Ungarns gegenüber Rußland verschaffen zu müssen; es wäre doch so leicht gewesen, ungetrübte gute Freundschaft zu erhalten. Nicht mit Unrecht begleitet Prinz Reuß diesen Ausruf des Bedauerns Novikovs mit der Bemerkung: Der russische Botschafter, der es immer sehr ehrlich gemeint hat, weiß besser als jeder andere, wo die Schuld zu diesem getrübten Verhältnis zu suchen ist.[1])

Nach der Ratifizierung des Defensivvertrages durfte Bismarck erleichtert von dem Drucke aufatmen, den ihm bisher der „Cauchemar des coalitions“ verursacht hatte.[2]) Wohl wurde er die Sorge nicht los, es könnte in Oesterreich-Ungarn wieder die Möglichkeit einer Deutschland feindseligen Politik eintreten und abermals Männer von der Gesinnung Thuguts, Schwarzenbergs, Buols, Bachs oder Beusts zur Macht gelangen.[3]) Deshalb hätte er es wohl gerne gesehen, wenn der von ihm geschlossene Vertrag nicht nur diplomatisch, sondern auch von den gesetzgebenden Körpern in Deutschland und Oesterreich-Ungarn sanktioniert worden wäre.[4]) Gegen einen solchen Vorgang dürften aber bei uns — an Beweisen hierfür mangelt es — staatsrechtliche Bedenken erhoben worden sein. Wenn diese Idee auch keinen Anklang fand, so beruhigte sich Bismarck doch bei dem Gedanken, daß, wie er sagte, für jetzt wenigstens, alle Anwandlungen, deutsch-feindliche Wege einzuschlagen, durch die persönliche Ehrlichkeit und Treue des Kaisers und Königs Franz Josef niedergehalten werden.[5]) In dieser Beziehung hatte Bismarck auch keine Täuschung erlebt. Das Bündnis, das nach dem eigenen Ausspruche des Kanzlers sowohl den Interessen, den historischen Traditionen wie der öffentlichen Meinung Deutschlands entspreche,[6]) faßte auch in den Herzen der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns immer tiefer Wurzel als ein Element der Erhaltung der Monarchie und des Friedens und hat seine kräftige Ausbildung durch den Beitritt Italiens zum Zweibund in der Form des Dreibundes erhalten.

Zu den Sonderbarkeiten des ganzen Prozesses, den der Defensivvertrag in seinen mannigfachen Stadien zu durchlaufen hatte, gehörte es ganz gewiß, daß ihn Andrássy nicht mehr als leitender,

---

[1]) Reuß, Wien, 6. Oktober 1879.

[2]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II, S. 224 u. 233.

[3]) Ibidem S. 255.

[4]) Ibidem S. 249.

[5]) Ibidem S. 255.

[6]) Ibidem S. 257.

sondern als bereits demissionierter Minister abschloß — ein in den Annalen der Geschichte wohl einzig dastehender Fall. Wie es Andrássy mit „besonderem Stolze“ erfüllte, dieses für die „beiden Reiche so segensvolle Werk“ vereint mit Bismarck vollbracht zu haben, so verließ er auch seinen Posten nicht in gekränkter, sondern, wie er selbst versichert, „in fröhlicher Stimmung“. Unterzeichnete er doch dieses vom 10. Oktober 1879 datierte und an den Kanzler gerichtete Schreiben mit den Worten: „Im dreizehnten Jahre meiner „Regierung“, im ersten meiner Freiheit.“ [1]) Auf seinem neuen, der Leitung der öffentlichen Geschäfte von nun an entrückten Wege aber gab ihm der Monarch mit einem warmen Nachruf das Geleite. Dem sofort nach Unterzeichnung des Vertrages abtretenden Minister des Aeußern sagte der Herrscher: Nur mit „Widerstreben und Bedauern“ erfülle er seine Bitte um Entlassung, als Beweis des hohen Wertes, den er, der Kaiser und König, auf die Erhaltung seiner Gesundheit lege. „Sie haben,“ heißt es im Handbillett, „während einer Reihe von Jahren, einer der ereignisreichsten und denkwürdigsten Epochen, die Last schwerer Verantwortung mit Mut, Kraft und Erfolg getragen und können mit vollberechtigter Befriedigung aus einem Wirkungskreise scheiden, in welchem Sie der Monarchie und meinem Hause die hervorragendsten Dienste geleistet haben.“ Mit der Versicherung seines „vollsten Vertrauens“ entließ Franz Josef I. seinen bisherigen Minister des Aeußern, der auf die Regierung des Monarchen während der acht Jahre, da er an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten stand, Glanz und Ruhm gehäuft hatte. Es war nur natürlich, daß unter solchen Umständen der Monarch nicht der Hoffnung entsagen wollte, den Rücktritt Andrássys noch nicht als „Abschluß eines staatsmännischen Wirkens“ betrachten zu müssen und darauf rechnete, daß dieser bereitwilligst dem Rufe des Kaisers und Königs folgen werde, „so oft und auf welchem Felde immer Ich,“ wie es in dem Abschiedsschreiben heißt, „Ihre bewährten Dienste wieder in Anspruch nehmen sollte.“ [2])

---

[1]) Abgedruckt im „Bismarck-Jahrbuch“.

[2]) Handbillett vom 8. Oktober, veröffentlicht in der „Wiener Zeitung“ vom 9. Oktober 1879.

Elftes Kapitel

Andrássys letzte Lebensjahre

Weniger leicht, als er es sich vorgestellt haben mochte, wurde Andrássy das Verlassen einer ihm durch sieben Jahre liebgewordenen erfolgreichen Tätigkeit. Nicht wie ein Berufsgeschäft hatte er sie ausgeübt, sondern im Bewußtsein der Erfüllung einer patriotischen Pflicht und Mission. Große Befriedigung mußte ihm dabei allerdings der warme Abschied gewähren, den ihm die Beamten des Ministeriums des Aeußern bereiteten. Wie sehr hatten sich in dieser Hinsicht seit 1871 die Verhältnisse geändert! Als er zu jener Zeit, nach dem Sturze Beusts, das Ministerpalais am Wiener Ballplatz bezog, empfing man ihn mit unfreundlichen, von mancher Seite sogar mit feindseligen Gefühlen. Jetzt aber — 1879 — waren alle Mitglieder des Ministeriums tief ergriffen, einige weinten sogar,[1]) als sie ihren bisherigen Chef scheiden sahen. War Andrássy vielleicht persönlich auch nicht so beliebt wie sein mit Auszeichnungen sehr freigebiger Vorgänger, so ersetzte diesen doch das stolze Gefühl, daß sich unter seiner Leitung das Ministerium des Aeußern eines Ansehens und einer Macht erfreute, wie dies vor ihm nicht der Fall gewesen. Von dem Nimbus, der die Person Andrássys umgab, war auch ein Glanzstrahl auf das Haus am Ballplatz gefallen. Nicht wenig hatte das dazu beigetragen, den innigen Zusammenhang zwischen dem genialen Führer und dessen Untergebenen zu schaffen, wie er nunmehr bestand. Andrássy selbst vermochte nicht ohne Rührung von den Aeußerungen der Anhänglichkeit zu reden, die ihm seine Beamten in letzter Stunde erwiesen.[2])

Andrássy durfte sich ins Privatleben mit dem erhebenden Gefühle zurückziehen, der äußeren Politik für lange Zeit die Bahn vorgezeichnet zu haben, auf der sie weiterschreiten mußte, wofern das Wohl und der Friede der Monarchie gesichert bleiben sollten. Sein Nachfolger Freiherr von Haymerle war in dieser

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 12. Oktober 1879.

[2]) Ibidem.

Hinsicht auch eins mit seinem früheren Chef. Er identifizierte sich vollkommen mit der von diesem eingeschlagenen Richtung. „Ich freue mich," schrieb der neue Minister des Aeußern an den Berliner Botschafter, „mein Amt unter so glücklichen Auspizien anzutreten, wie sie das innige und neugekräftigte Einverständnis zwischen den beiden mitteleuropäischen Großmächten für mich bilden. Dasselbe ist in meinen Augen eine wertvolle Erbschaft, welche ich aus den Händen meines Vorgängers übernehme. Die darauf beruhende Intimität und Herzlichkeit zwischen den beiden Kabinetten zu pflegen und ihnen alle Bürgschaften der Dauer zu geben, wird meine unablässige Sorge sein." [1])

An seine ehemalige Wirksamkeit als Minister des Aeußern sollte Andrássy bald nach seinem Rücktritt durch ein Lebenszeichen Bismarcks als Antwort auf seinen „Abschiedsgruß" vom 10. Oktober in sehr angenehmer Weise gemahnt werden. Der seit zwei Monaten kranke Kanzler, „zwischen Bett und Sofa" lebend, schrieb endlich am 18. Dezember 1879 aus Varzin an seinen ehemaligen Kollegen: „Wenn ich auf unsere gemeinsame Arbeit zurückblicke, so ist die einzige wohltuende Erinnerung, die sich für mich daran knüpft, die an den persönlichen und geschäftlichen Verkehr mit Ihnen, verehrter Graf. Für das schließliche Ergebnis unserer Anstrengungen steht uns allerdings die Genugtuung zur Seite, daß zwischen Aachen und Mehadia die Mehrheit der ehrlichen Leute uns dankbar für den Dienst ist, der beiden großen Reichen erwiesen ist. Die Sorge vor Krieg," konstatiert Fürst Bismarck mit Befriedigung, „ist überall dem Vertrauen zum Frieden gewichen; aber si vis pacem, para bellum, nicht unsere guten Absichten, nur unsere verbündeten Streitkräfte sind die Bürgen des Friedens. Ihre Herbst-Zeitlosen in Wien[2]) wissen das so gut wie unsere Fortschrittler in Berlin, aber die Fraktion steht ihnen höher als das Vaterland, und die eigene Person noch höher als die Fraktion." [3])

Auch in dem Briefe vom 21. April 1880, den Andrássy an den damaligen Fürsten Karl von Rumänien richtete, zitterte das große Ereignis der letzten Jahre nach. Gegen Mitte Oktober 1879

---

[1]) Haymerle an Graf Emerich Széchenyi in Berlin, Wien, 9. Oktober 1879. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) In der Reichstagsrede vom 14. Juni 1882 bediente sich Bismarck wieder dieses Ausdruckes, der auf Herbst und dessen Anhang gemünzt ist.

[3]) Dieser Brief wurde von S. Singer in der „Neuen Freien Presse" 31. März 1895 veröffentlicht: „Briefe Bismarcks an Andrássy".

hatte ihm der Fürst, der in Andrássy stets den „aufrichtigen Freund“ Rumäniens erblickte, sein Bedauern über dessen Scheiden aus dem Ministerium des Aeußern ausgedrückt.[1]) Fürst Karl hatte nicht vergessen, daß es Andrássy gewesen, der 1875 mit Rumänien einen Handelsvertrag geschlossen. Unter allen Mächten war Oesterreich-Ungarn die erste Macht gewesen, die auf diese Weise auf internationalem Gebiete die Berechtigung Rumäniens zum Eingehen handelspolitischer Verträge anerkannt — ein Verdienst, das Fürst Karl nicht genug würdigen konnte. Lag doch darin der Keim zur Unabhängigkeit Rumäniens.[2]) Andrássy war daher sehr erfreut, daß der Fürst ihm jetzt einen wesentlichen Anteil an der Herstellung guter und aufrichtiger Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien zuschrieb,[3]) ein Zeugnis, das Andrássy mit den Worten quittierte: „Ich glaube nicht unbescheiden zu sein, wenn ich zugeben muß, daß ich nach Kräften dazu beigetragen habe.“ Er fügt noch hinzu, er hätte nicht den Mut gehabt, sich ins Privatleben zurückzuziehen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, das einst bestandene Mißtrauen[4]) in sein Gegenteil zu verwandeln. Hielt er doch die Politik Oesterreich-Ungarns und Rumäniens durch ein und dasselbe Ziel verbunden. „Nach meiner Ansicht nämlich,“ heißt es in dem Briefe, „die ich nun als Privatmann unumwunden aussprechen kann, hat Rumänien sowohl in seinem nationalen als im europäischen Interesse den gleichen Beruf wie Oesterreich-Ungarn — eine wirksame Barriere zu bilden gegen die Slawisierung eines Teiles von Europa und speziell des Orients. Es ist ihre gemeinsame Aufgabe, das Zusammenfließen der nord- und südslawischen Elemente zu verhindern. Eine Abweichung von dieser Richtung würde für Oesterreich viel Gefahren, für

[1]) Fürst Karl von Rumänien an Graf Andrássy, Bukarest, 29. September/11. Oktober 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) „Aus dem Leben König Karls,“ Bd. II, S. 451. Ueber den Handelsvertrag siehe Constantin J. Baicoianu, „Geschichte der rumänischen Zollpolitik“, S. 185.

[3]) Fürst Karl von Rumänien an Graf Andrássy, 29. September/11. Oktober 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Mon pays et moi avons eu l'occasion, Mr. le Comte, de nous convaincre de la merveillante amitié et de la cordiale sympathie qui animaient Votre Excellence à notre égard. Je considère donc comme un véritable devoir de donner expression au nom de la Roumanie ainsi qu'en mon propre nom aux sentiments de gratitude et de reconnaissance que nous conservons à Votre Excellence.“ In „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. IV, S. 249, wird dieser Brief nur ganz kurz erwähnt.

[4]) Siehe Bd. I, S. 454—455 dieses Werkes.

Rumänien den Untergang nach sich ziehen müssen.“ Andrássy glaubte sich vollauf berechtigt, dem Fürsten Karl die Versicherung zu erteilen, daß mit ihm auch der Kaiser und der neue Minister des Aeußern, Freiherr von Haymerle, von gleichen Anschauungen über diesen wichtigen Punkt erfüllt sind. Andrássy zweifelte auch nicht, daß den Fürsten der Abschluß des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses in seiner doppelten Eigenschaft als Fürst von Rumänien und als Hohenzoller angenehm berührt haben werde. Seiner Meinung nach brauche Rumänien nur zu wollen, um im gegebenen Augenblicke der Dritte im Bunde zu sein. In geeigneter Weise hätte der Fürst ja nur zu erklären, daß er entschlossen sei, im Falle eines Angriffes seine natürliche Anlehnung an die beiden verbündeten Reiche zu vollziehen. „Durch eine solche Erklärung,“ meinte Andrássy, „würde Rumänien nur tun, was Oesterreich-Ungarn und Deutschland getan haben: im vorhinein markieren, wo es im Falle eines Angriffes seine Stütze suchen wird. Eine solche Erklärung, wenn auch nur einseitig ausgesprochen, würde die beiden anderen Mächte moralisch binden.“

Graf Andrássy bat den Fürsten, sich nicht durch die Tatsache beirren zu lassen, daß man trotz dieser freundlichen Gesinnung Rumänien keinen Anschluß an das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis gewährte und außerdem dessen Ministerpräsidenten Bratianu sowohl in Wien wie in Berlin mit einer gewissen Reserve begegnete. Nur allein politische Rücksichten, sagt Andrássy dem Fürsten, waren es, die zu einem solchen Vorgange nötigten. Gerade in dem Momente, wo die Gefahr eines russischen Angriffes durch das Zustandekommen des Bündnisses beseitigt worden, hätte die „präventive“ Heranziehung eines dritten Staates leicht als offensive Bedrohung Rußlands aufgefaßt werden können, das weder die Monarchie noch Deutschland wünschen konnten. „Rückt aber,“ setzt Andrássy seine Auseinandersetzung fort, „die Möglichkeit einer solchen Gefahr wieder näher, so naturgemäß auch die Fortsetzung des Begonnenen! Eine Militärkonvention käme dann von selbst, und ich bin der Ueberzeugung, daß das von Eurer Königlichen Hoheit mit unbestreitbarem Ruhme geführte Heer sich an das meines allergnädigsten Herrn reihen würde, zur Erhaltung des Friedens oder zur siegreichen Entscheidung — jedenfalls zum Wohle beider!“ [1])

---

[1]) Das Konzept des Briefes im Gräfl. Andrássyschen Archiv. Der Brief selbst ist veröffentlicht in Bd. IV, S. 317—319 des Werkes „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“.

Fürst Karl von Rumänien war von dem Briefe Andrássys sehr erfreut. Viel Vergnügen bereitete ihm die darin vorkommende Versicherung, daß Haymerle die Gesinnungen Andrássys gegenüber seinem Lande teile. Er könne sich nur beglückwünschen — äußerte er nach Empfang des Schreibens — in den überzeugenden Worten Andrássys neuerlich die Gewähr dafür zu finden, daß das zwischen den beiden Regierungen hergestellte Verhältnis inniger Freundschaft in der Person des Freiherrn von Haymerle einen mächtigen Förderer gefunden habe.[1]) Der neue Minister des Aeußern, der von dem Brief seines Vorgängers Kenntnis erhalten, war mit dessen Inhalt vollkommen einverstanden. Nur wollte er nicht glauben, daß ihn Graf Andrássy selbst geschrieben. Erst als ihm Dóczi den unumstößlichen Beweis hierfür lieferte, äußerte er: „Ich habe nie gezweifelt, daß der Ideengang nur von Graf Andrássy sein könne; aber ich gestehe offen, daß ich nie gedacht hätte, daß er ein so prächtiges Deutsch schreibt.“ [2])

Vermochte Andrássy von nun an auch nicht mehr als Minister die Interessen der Monarchie zu fördern, so war er doch entschlossen, wie er in einer ungarischen Delegationssitzung äußerte, es als Mitglied der Gesetzgebung zu tun.[3]) Getreu seinem bisherigen öffentlichen Wirken bekannte er sich auch jetzt, besonders im Hinblick auf die eben in Wien stattgefundene Begegnung Franz Josefs I. mit Viktor Emanuel als unbedingten Anhänger der Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Königreich Italien.[4]) Mit der gleichen Hingebung wie früher und derselben Schärfe des Geistes wehrte er auch jetzt die Widersacher seiner im Orient befolgten Richtung ab. Er kreuzte die Klinge mit Graf Albert Apponyi und Desider Szilágyi, die die Okkupationspolitik für alle Uebel, die im Süden der Monarchie zutage traten, verantwortlich machten. Nachdem Andrássy gezeigt, daß der 1881 wegen anbefohlener Durchführung der Rekrutierung entstandene Aufstand in Dalmatien und der Hercegovina nicht, wie Apponyi behauptete, mit der Okkupation zusammenhänge, da eine ähnliche

---

[1]) Graf Hoyos an Haymerle, Bukarest, 5. Mai 1880.

[2]) Baron Ludwig Dóczi an Graf Andrássy, Wien, 21. Mai 1880 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv. Ich will hier nur noch erwähnen, daß, als Andrássy 1881 nach Rumänien reiste, er an der Grenze, wie er selbst berichtete, mit fürstlichen Ehren empfangen wurde. Andrássy an seine Frau, 10. September 1881 (ung.). Der Brief scheint aus Sinaia geschrieben zu sein. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Journal der ungarischen Delegation, IV. Sitzung vom 11. Oktober 1880.

[4]) Ibidem, II. Sitzung, 8. November 1881.

Revolte schon vorher, im Jahre 1869, ausgebrochen war, sagte er: „Ich glaube, daß die auf mich abgeschossenen Pfeile den Grafen Andrássy nicht treffen. Aber selbst wenn sie es täten und noch viel giftiger wären, habe ich immer ein Gegengift zur Verfügung, das in der Erwägung besteht, um wie viel eher würde ich dem Tadel dann ausgesetzt sein, wenn wir nicht das getan hätten, was wir taten.“ [1]) Von Szilágyi angegriffen, entgegnete Andrássy, wohl fühle er sich wie David Goliath gegenüber; trotzdem wage er es, wie David den Stein auf den Riesen zu werfen und voraussichtlich mit gleichem Erfolg. [2]) Er nahm es daher auch nicht ruhig hin, als sich Szilágyi auf das Zeugnis militärischer Kreise berief, die seine Ansicht bestätigen, daß die Okkupation jener politische Fehler sei, infolgedessen uns unsere Feinde dort am wirksamsten angreifen können. Hierauf entgegnete Andrássy: „Ich enthalte mich nicht, zu sagen, daß der Soldat, der sich zu einer solchen Anschauung bekennt, am besten täte, das Geld zurückzuzahlen, das seine Erziehung kostete. Ueberhaupt sage ich, der Politiker, der behauptet, die Besitznahme Bosniens und der Hercegovina wäre vom militärischen Gesichtspunkt aus gefährlich und nicht einsieht, wie nötig es war, diese Länder zu okkupieren, um im Falle des Krieges auf sicherer Grundlage zu ruhen — sei ein ebenso schwacher Politiker als der andere ein schwacher Soldat.“ [3])

Während Andrássy mit den Gegnern seiner Orientpolitik mehr oder minder heftige Sträuße bestand, gab es einen Augenblick, in dem es schien, als sollte er wieder den Weg zurück ins Palais am Wiener Ballplatz finden. Am 10. Oktober 1881 starb, gerade zwei Jahre nach seiner Ernennung zum Minister des Aeußern, Freiherr von Haymerle, der bisher die Freundschaft mit Deutschland und Italien pflegte und nicht minder bestrebt war, den Frieden im Orient zu erhalten. Auch war er bemüht, in freundlichere Bahnen zu Rußland einzulenken. Freiherr von Haymerle war zu kurze Zeit Minister des Aeußern, um zu durchgreifenden politischen Resultaten zu gelangen. Man könnte nicht behaupten, daß er sich durch neue Ideen auszeichnete. Er besaß auch nicht die Genialität und Großzügigkeit Andrássys. Doch gehörte er zu den begabtesten Diplomaten Oesterreich-Ungarns, erfüllt vom Streben, der Monarchie im Rate der Mächte ihr Ansehen zu wahren, zu dem

---

[1]) Journal der ungarischen Delegation, III. Sitzung, 3. Februar 1882.

[2]) Ibidem, IV. Sitzung, 23. April 1882.

[3]) Ibidem, V. Sitzung, 15. November 1882.

sie sich unter seinem Vorgänger in so glänzender Weise erhoben hatte.[1])

Wieder stand der Kaiser vor einer Neuwahl für den so überaus wichtigen Posten eines Ministers des Aeußern. Franz Josef I., der sich beim Empfang der Todesnachricht gerade auf der Gemsjagd in Steiermark befand, benachrichtigte sofort den ersten Sektionschef des Ministeriums des Aeußern, Benjamin von Kállay, daß er am 11. nach Schönbrunn zurückkehre, wo er ihn sofort nach seiner Ankunft erwarte.[2]) Der Kaiser, der Baron Béla Orczy, dem nunmehrigen Minister am königlichen Hoflager, sein tiefes Bedauern über das Ableben Haymerles ausdrückte, besprach mit diesem auch die Chancen der Personen, die für die Nachfolgeschaft in Betracht kämen. Franz Josef gedachte sehr lobend Kállays, dessen ruhiges und nüchternes Urteil sowie tiefe Kenntnis der auswärtigen Verhältnisse und des Orientes er rühmte. Diese Eigenschaften, meinte der Kaiser, würden ihn zum Minister befähigen, „aber," fügte der Monarch hinzu, „er hat noch zu wenig Karriere hinter sich, ich will mich mit der Besetzung nicht übereilen." Nach einer kurzen Pause und einigem Nachdenken richtete der Kaiser plötzlich an Orczy die Frage, ob er wohl glaube, daß Andrássy jetzt das Ministerium des Aeußern ambitioniere? Orczy, der den Tag vorher — 12. Oktober — mit Andrássy in Budapest zusammengetroffen war und bei dieser Gelegenheit dessen Ansicht kennen gelernt hatte, konnte mit Berechtigung antworten, es scheine ihm das nicht der Fall zu sein. Er sagte dem Herrscher, Andrássy vermeide es sogar, zu den Leichenfeierlichkeiten für Haymerle nach Wien zu kommen, damit nicht behauptet werden könne, er wolle sich selbst kandidieren. Dieselben Ursachen, betonte Orczy, die Andrássy vor zwei Jahren zum Rücktritt bewogen, bestünden noch heute; würde er sich jetzt trotzdem wieder nach dem Ministerium sehnen, könnte mit Recht behauptet werden, die von ihm früher vorgebrachten Gründe seien nicht ernst gewesen, er bereue schon seinen Entschluß. „Also," erwiderte hierauf der Kaiser, „Sie glauben, er ambitioniert es nicht? Ich muß gestehen, daß ich hierüber froh bin, denn er würde sich unter den vielfachen und unfertigen Zuständen nur abnützen. Ich werde jedenfalls, wenn ich nach Budapest komme, mit ihm sprechen, denn ich halte es für meine Pflicht, seinen Rat einzu-

---

[1]) Arneth, „Heinrich Freiherr von Haymerle" in „Deutsche Revue" 1882.
[2]) Ibidem, S. 44.

holen.“ [1]) Am 17. traf Andrássy in Wien ein, wo ihm Orczy sofort Mitteilung von der Aeußerung des Kaisers machte. Dem Grafen war, wie er selbst bemerkte, ein Stein vom Herzen gefallen, daß der Monarch jetzt nicht auf seine Dienste zähle. Sei doch die Lage der auswärtigen Angelegenheiten gar nicht so verlockend; vor dem Erfolge oder der Erfolglosigkeit des Taaffeschen Experimentes möchte er überhaupt keinen wie immer gearteten Einfluß ausüben. Er wisse, sagte Andrássy, daß der Kaiser sehr gerne die Befriedigung der Tschechen sähe; wenn jedoch er Minister des Aeußern wäre, so würde seine Befragung ganz unvermeidlich sein, und deshalb halte er es für besser, für den Moment „extra ictum“ zu bleiben. [2]) Am 20. wurde Andrássy vom Kaiser empfangen. Er beobachtete selbst Orczy gegenüber ein tiefes Schweigen über die Audienz. [3]) Nur als er am 28. bei Orczy zu Besuch weilte und der dort gleichfalls anwesende berühmte ungarische Romanschriftsteller und Abgeordnete Jókai in scherzhaftem Tone ihm zu seiner Ministerschaft gratulierte, wurde Andrássy sehr nervös. Der Minister am königlichen Hoflager hatte den Eindruck, daß es Andrássy am liebsten wäre, wenn ihn die Ereignisse in den Vordergrund schieben würden. Solange dieser Zwang nicht eintrat, gestattete er auch seinem Ehrgeize keine Macht über seine Entschlüsse. [4]) Im Grunde wäre Andrássy nur dann bereit gewesen, wieder Minister zu werden, wenn sich der Kaiser zu einer Aenderung in den leitenden militärischen Stellen hätte entschließen können. Dazu scheint aber keine Aussicht vorhanden gewesen zu sein. Auch war es Andrássys Meinung, der Monarch habe es ihm doch verübelt, daß er in vollem Besitze von dessen Vertrauen aus dem Ministerium geschieden sei.

Bei dieser Zurückhaltung Andrássys und der geringen Neigung des Kaisers, seinen ehemaligen Minister wieder in den Staatsgeschäften zu verwenden, [5]) mußte der Graf außer aller Kombination bleiben.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. Oktober 1881 (ung.).

[2]) Ibidem, 17. Oktober 1881 (ung.).

[3]) Ibidem, 20. Oktober 1881 (ung.).

[4]) Ibidem, 28. Oktober 1881 (ung.).

[5]) Nach Friedjung, „Graf Kálnoky“ in Bettelheims „Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog“, S. 364, hätte der Kaiser, die Fähigkeiten Andrássys und Kálnokys abwägend, gesagt, der ungarische Staatsmann sei geeigneter, in einer Zeit zu wirken, da ein politischer Knoten zerhauen werden müsse, Kálnoky dagegen, wenn ein solcher behutsam zu lösen sei.

Interessant ist es jedoch, daß unter all den Männern, die dem Kaiser für das Auswärtige Amt geeignet erschienen — einen Moment dachte er auch an den gemeinsamen Finanzminister Szlávy als interimistischen Leiter[1]) —, gerade jene Persönlichkeit nicht genannt wurde, auf die hernach tatsächlich die Wahl fiel: Graf Kálnoky, der Botschafter am russischen Hofe. Hatte Haymerle von ihm gesagt: „Ich werde ihn einmal zu meinem Nachfolger vorschlagen,“[2]) so heißt es andererseits, daß ihn Andrássy dem Kaiser empfohlen haben soll.[3]) Gewiß ist nur, daß die beiden Staatsmänner Andrássy und Kálnoky einander nicht besonders sympathisch waren. Freilich tritt das nicht in dem für den nachmaligen Minister des Aeußern äußerst charakteristischen Schreiben hervor, das er an seinen früheren Chef aus Anlaß von dessen Rücktritt richtete. In diesem Briefe drückte er Andrássy seine Bewunderung dafür aus, daß er während seiner Ministerschaft in schlagender Weise die für die Monarchie so wichtige Frage gelöst habe: ob bei deren dualistischer Gestaltung eine Großmachtspolitik, eine einheitliche kräftige Aktion nach Außen überhaupt möglich sei? Indem Kálnoky anerkannt, daß es Andrássy gelungen sei, in „beiden Reichshälften“ das Gefühl der Zusammengehörigkeit, den Sinn für die europäische Machtstellung der Monarchie neu zu beleben, glaubte er andererseits seine Besorgnis nicht verhehlen zu dürfen, daß die durch den persönlichen Einfluß Andrássys für den Minister des Aeußern erkämpfte, aber nicht gesicherte Position unter den leidenschaftlichen Angriffen einer gehässigen Opposition wieder verloren gehen könnte. Kálnoky schwebte im Interesse der Großmachtspolitik als erstrebenswertes Ziel eine stramme, einheitliche oberste Leitung vor; diese, die von ihm als bleibende verfassungsmäßige Institution gedacht war, sollte ihren weithin sichtbaren Ausdruck in der Schaffung der Würde eines Reichskanzlers finden. „Wir brauchen,“ sagt er in seinem Briefe an Andrássy, „einen Reichskanzler. Es wäre ja nicht notwendig, daß dadurch der dualistischen Gestaltung, der selbständigen Stellung der beiden Reichshälften irgendwie nahegetreten werde, dieselbe sollte im Gegenteil dadurch befestigt werden, daß ein Reichskanzler die Reichsinteressen zu wahren hat und dafür verantwortlich gemacht werden kann. Es sollte dies la clef de voute des ganzen Gebäudes sein und zu dessen Befestigung dienen. Die

---

[1]) Tagebuch Orczys, 13. März 1881 (ung.).

[2]) Arneth, „Freiherr von Haymerle“, „Deutsche Revue“ 1882, S. 42.

[3]) Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers“, II. 107.

Zukunft," schließt er diese Ausführung, „birgt manche ernste Gefahren. Oesterreich-Ungarn braucht sie nicht zu fürchten, wenn es einig und entschlossen ist im Wollen und Handeln. Treten die Gefahren näher, so muß doch die Führung des Reiches einer Hand anvertraut werden. Und dann ergibt sich der Reichskanzler von selbst." [1]) Andrássy soll damals vom Briefe Kálnokys geäußert haben, es sei das Gescheiteste, was ihm aus den Kreisen der österreichisch-ungarischen Diplomaten bei Gelegenheit seines Scheidens vom Auswärtigen Amte zugekommen wäre. [2]) Damit hat er jedoch nicht seine Billigung der von Kálnoky angeregten Neubelebung der Reichskanzlerwürde, wie sie unter Beust bestanden, zu erkennen geben wollen. Um so weniger vermochte das Andrássy, als er ja selbst 1871 nicht den Titel eines Reichskanzlers angenommen und Beust auch sein Rücktritt mit dem Hinweis darauf erleichtert werden sollte, daß der Kaiser unter den obwaltenden Umständen nicht mehr eines Reichskanzlers, sondern nur noch eines Ministers des Aeußern bedürfe. [3]) Es ist daher ganz ausgeschlossen, daß Andrássy, einer der Schöpfer des Dualismus, wenn er Kálnokys Brief würdigte, auch dessen Ansicht über ein Reichskanzleramt zugestimmt habe.

* * *

Mit Bismarck kam Andrássy wieder infolge eines sich in seinem Hause abspielenden Familienfestes in Verbindung. Seine Tochter, die als Schönheit gefeierte Gräfin Ilona, sollte sich demnächst mit dem Grafen Ludwig Batthyány, dem nachmaligen Gouverneur von Fiume, verheiraten. Dieses Ereignis bot Bismarck, wie er sagt, die erfreuliche Veranlassung, an „unsere langjährigen Beziehungen anzuknüpfen" und seine und der Fürstin herzliche Glückwünsche darzubringen. „Ich richte dieselben," schreibt der Kanzler, „gleichzeitig an Sie und die Frau Gräfin, der ich mich zu Gnaden empfehle, und bitte Sie, der Braut meinen Wunsch und meine Ueberzeugung auszudrücken, daß sie in der Wahl des Gemahls ebenso glücklich gewesen ist wie in der Wahl ihrer Eltern. Ich bin dessen sicher, nachdem ich den Grafen Ludwig

---

[1]) Kálnoky an Andrássy, St. Petersburg, 20. Oktober 1879. Gräfl. Andrássysches Archiv. Ein Teil des Briefes wurde von Friedjung veröffentlicht in seinem Artikel über Kálnoky, a. a. O., S. 361—362.

[2]) Friedjung, a. a. O., S. 361.

[3]) Siehe Band I dieses Werkes, S. 630.

Batthyány im vergangenen Jahre hier kennen gelernt und ihm mit den Meinigen ein gutes Andenken bewahrt habe." [1]) Dieses Schreiben des Fürsten Bismarck traf gerade am Tage der Hochzeit — 23. Juni — ein und „überraschte", wie Andrássy versichert, ihn, Frau und Tochter, die zu seinen, des Kanzlers, wärmsten Verehrern gehören, und erfüllte alle „mit Freude und Stolz". Nach dem Ausdrucke des Dankes dafür, daß Bismarck inmitten einer Tätigkeit, „die jeden Nerv und Minute" in Anspruch nimmt, doch noch Zeit fand, „eines entfernten Freundes" zu gedenken, schloß Andrássy seinen Brief mit den Worten: „Ich folge, obwohl in ländlicher Ruhe, doch jedem Ihrer Schritte mit Spannung und Teilnahme und hege nicht nur die Hoffnung, sondern die feste Ueberzeugung, daß Sie auf dem Gebiete, auf welchem Sie jetzt in heißem Kampfe stehen, auch diesmal Sieger bleiben werden, daher ich Ihnen nichts zu wünschen habe als Gesundheit und Geduld." [2])

Das Privatleben gönnte Andrássy nicht die Muße, viel an seine eigene Person zu denken. Wenn er auch nicht mehr in dem Maße wie zuvor mitten in dem nervenaufreibenden Getriebe der Leitung der auswärtigen Geschäfte stand, so war seine Zeit doch seit dem Rücktritte fast immer den Verhandlungen der Delegationen oder des Magnatenhauses gewidmet. Dort, im ungarischen Oberhause, dessen Mitglied er war, hatte er für die liberalen Maßregeln des Ministeriums Tisza in die Bresche zu treten. Am 30. November 1883 wurde im Unterhaus des ungarischen Reichstages in dritter Lesung das Notzivilehegesetz über die Mischehen zwischen Juden und Christen angenommen. Gegenüber der antisemitischen Bewegung, wie sie sich zumal in dem berüchtigten Tisza-Eszlárer Ritualprozeß [3]) offenbarte, sollte durch die Einbringung des Gesetzes über die Mischehen zwischen Christen und Juden vor ganz Europa eine Kraftprobe des in Ungarn herrschenden liberalen Geistes geboten werden. Davon aber wollten die

[1]) Bismarck an Andrássy, Berlin, 16. Juni 1882. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) „Bismarck-Jahrbuch", IV. Band, S. 236. Andrássy an Bismarck, Budapest, 26. Juni 1882. Die Stelle vom „heißen Kampfe" bezieht sich auf die Tabakvorlage, die Bismarck, nachdem sie schon einmal abgelehnt worden, jetzt durchzubringen versuchte.

[3]) Im Jahre 1883 wurde ein Prozeß gegen mehrere Juden angestrengt, die man beschuldigte, daß sie zum Zwecke ritualer Gebräuche am 1. April 1882 das Christenmädchen Ester Solymossy ermordet hätten. Der Gerichtshof von Nyiregyháza fällte in dieser die Gemüter so sehr aufregenden Affäre am 3. August 1883 ein freisprechendes Urteil.

klerikal-konservativ gesinnten Mitglieder des Magnatenhauses nichts wissen, denen es gelungen war, die jüngsten Aristokraten, die bisher noch nie die Hallen der Gesetzgebung betreten hatten, zu ihrer Verstärkung als willfährigen Heerbann zu mobilisieren. Mit hochmögenden Damen, feudalen Besitzern von Rennställen, und — als Novum — mit den jungen aristokratischen Sportsmen vereinigte sich die Kirche, um die Vorlage des Unterhauses raschestens zu Fall zu bringen. Dieser Kampf zwischen Liberalismus und Klerikalismus veranlaßte Graf Andrássy, im Oberhause eine seiner glänzendsten Reden zu halten. Wenn er es auch nicht billigte, daß unmittelbar nach dem Tisza-Eszlárer Prozeß das Ehegesetz eingebracht worden, und er auch überzeugt war, daß mit Ausnahme von einigen verkrachten Edelleuten nur wenige Christen Jüdinnen zu Frauen nehmen werden, hielt er es nach seiner ganzen Vergangenheit und Denkungsart doch für Pflicht, einem so freiheitlichen Gesetzentwurfe, wie es das Notzivilehegesetz war, seine vollste Unterstützung zu leihen. Aus freiem Willen, sagte er, und nicht unter dem Drucke der Verhältnisse müsse der Staat Konzessionen gewähren. In seinen Augen war es nur gestattet, sich auf die gesetzlichen Vertreter des Volkes als den Ausdruck der öffentlichen Meinung zu berufen, nicht aber auf die Masse, als deren Repräsentant. Die Menge, betonte er, applaudierte Nero, als er im Zirkus die Anhänger des Christentums wilden Tieren vorwerfen ließ, und ebenso jubelte sie Beifall, als das später allmächtig gewordene Christentum die Verächter seiner Lehren auf den Scheiterhaufen sandte. Andrássy bestritt es aufs entschiedenste, daß infolge dieses Gesetzes die Absorption der christlichen Gesellschaft durch das Judentum zu besorgen sei. Ebenso scharf wandte er sich gegen die Behauptung des Grafen Georg Apponyi, daß durch die Annahme des Ehegesetzes nur Wasser auf die Mühle der Revolution getrieben werde. Modesache sei es, entgegnete er, jeden Fortschritt der Menschheit als revolutionär zu bezeichnen. Revolutionen entstehen nur dann, rief er Apponyi zu, wenn man so lange wartet, bis die Fragen, die zu lösen sind, mit elementarer Gewalt an die Pforten des Staates klopfen. Auch die Beredsamkeit Andrássys vermochte den klerikal-feudalen Ring nicht zu sprengen. Mit sechs Stimmen Majorität ward das Ehegesetz im Oberhause abgelehnt. Unter Aufrechterhaltung seines ersten Beschlusses leitete das Unterhaus den Gesetzentwurf wieder an das Magnatenhaus zurück, behufs, wie es heißt, nochmaliger eingehender Beratung und Annahme. Gleichzeitig stellte Irányi

den Antrag, die Regierung anzuweisen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Zivilehe einzubringen. Tisza war entschlossen, nur dem Verlangen nach abermaliger Beratung des Notzivilehegesetzes durch das Oberhaus zu entsprechen. Am 12. Januar 1884 gelangte es auch dort zur Verhandlung. Schon lange vorher ließen die Grafen Cziráky und Graf Georg Apponyi in Budapest das Gerücht verbreiten, der Kaiser würde es sehr gerne sehen, wenn der Gesetzentwurf neuerdings abgelehnt würde. Graf Andrássy war überzeugt, daß, soweit er seinen König kannte, dieser unmöglich einen solchen Wunsch ausgesprochen habe, schon wegen der damit verbundenen Folgen. In einem sehr ausführlichen Briefe an seinen Freund Baron Nopcsa, den Obersthofmeister der Kaiserin und Königin Elisabeth, hatte er hierauf hingewiesen und ihm auch die Gründe auseinandergesetzt, warum er die Aktion der Magnaten nicht billigen könne. Nimmt das Oberhaus, meint er, den Gesetzentwurf über die Mischehen an, so dürfe mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden, daß es nicht sobald in Ungarn einem Menschen einfallen werde, die Einführung der obligatorischen Zivilehe zu verlangen. Im gegenteiligen Falle aber werde es in Ungarn niemand zu hindern wissen, daß nicht sehr rasch ein diesbezüglicher Antrag vor das Unterhaus gelange. Andrássy sah voraus, daß bei fortgesetztem Widerstande der Magnaten die bevorstehenden Reichstagswahlen unter dem Schlagwort: semitisch oder antisemitisch vor sich gehen werden; es schien ihm sogar sehr wahrscheinlich, daß der Sieg auf seiten der Antisemiten sein werde, zu deren Lager auch der größte Teil der äußersten Linken gehöre. Eine noch bedeutendere Gefahr erblickte Andrássy in der Stärkung der ultraklerikalen oder Apponyischen Partei. Mit Besorgnis erfüllte es ihn ferner, daß unter solchen Umständen die jetzige Regierungspartei in die Minderheit geraten könnte. Geschieht das, so würde der König in die Lage kommen, zwischen der äußersten Linken, die unmöglich sei, und der Apponyischen Partei zu wählen, was der Krone, wie Andrássy bemerkt, aus tausend Gründen nicht erwünscht sein könne. Mit ziemlicher Gewißheit hatte Andrássy vermutet, daß Tisza schwerlich an der Spitze der Regierung bleiben würde, wenn der Gesetzentwurf noch einmal im Magnatenhaus fiele. Das wurde ihm nun durch den Ministerpräsidenten selbst bestätigt. Um so leichter konnte sich Tisza zu einem solchen Schritte entschließen, als er sicher war, dann als Triumphator an der Spitze einer Opposition zurückzu-

kehren, die nicht nur die obligatorische Zivilehe, sondern auch noch andere liberale Forderungen auf ihre Fahne schreiben würde.

Andrássy befürchtete auch noch, daß aus der Ablehnung des Magnatenhauses ein Kulturkampf entstehen werde, der bedeutend schwerere Formen annehmen werde als in Frankreich. Dort seien die Bischöfe und Pfarrer schlecht bezahlte Staatsdiener, die kein Geld zur Agitation zur Verfügung haben. Wie anders liege jedoch der Fall in Ungarn, wo es sehr, sehr reiche Kirchenfürsten mit einem jährlichen Einkommen von oft 600000 Gulden gebe!

Sei es nicht naturgemäß, fragt Andrássy, daß die zur Regierung gelangte Opposition es sich als ihre erste Aufgabe angelegen sein lassen werde, die Macht der reichen Bischöfe zu brechen? Wird sich hierzu nicht als kräftigstes Mittel die Wegnahme des kirchlichen Vermögens empfehlen, wie es in Frankreich, Italien und Belgien geschehen? Diese Idee, versicherte Andrássy, wird viel volkstümlicher sein als das ganze Gesetz über die Judenehen. Aus dem Munde der klügeren und weitsichtigeren Kirchenfürsten konnte es der Graf ja selbst vernehmen, daß sie die gleichen Besorgnisse hegten wie er. Sagten sie es ihm doch rundheraus, daß sie gar nicht wünschten, wieder Sieger im Magnatenhause zu bleiben. Andrássy, dem dieser Konflikt vor Augen schwebte, erschien nichts beklagenswerter, als wenn wegen dieses Gesetzes der bisher bestandene Friede zwischen der Geistlichkeit und der Gesetzgebung in Ungarn getrübt würde, schon aus dem Grunde, weil sich hierzu sofort eine Nationalitätenhetze gesellen würde. Der Graf verurteilte um so schärfer das Vorgehen der Gegner des Notzivilehegesetzes, als er deutlich genug hinter die Kulissen blicken und dort die eigentlichen Urheber des ganzen Streites gewahren konnte.

Diese ganze Darlegung Andrássys verfolgte den Zweck, Baron Nopcsa zu bewegen, nach Budapest zu kommen, gemeinsam mit den liberalen Magnaten zu stimmen, um durch das Erscheinen des Trägers eines hohen Hofamtes das stark verbreitete Gerücht zu widerlegen, daß dem Monarchen mit dem Falle des Ehegesetzes gedient wäre.[1])

Andrássy hatte mit prophetischem Blicke die Entwicklung der Zukunft vorausgeschaut. Die neuerliche Ablehnung des Gesetzentwurfes am 12. Januar 1884 durch das Magnatenhaus mit Hilfe

---

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, Terebes, 5. Januar 1884. Gräfl. Andrássysches Archiv.

der elf österreichischen Aristokraten, der sogenannten „ungarischen Indigenen“,[1]) führte wohl noch nicht zur Demission Tiszas, aber in erster Reihe zur Reform des ungarischen Magnatenhauses und nachher, mit Umgehung des Notzivilehegesetzes, direkt zur obligatorischen Zivilehe.[2]) Bei der Reform des Magnatenhauses spielte auch Andrássy eine Rolle. Als sie 1884 auf die Tagesordnung gelangte, trat er in Gegensatz zum Regierungsentwurf, der eine unbegrenzte Anzahl von ernannten Mitgliedern des ungarischen Oberhauses in Aussicht nahm. Andrássy erklärte sich für ein Wahlsystem, in dessen Sinne die „geborenen“ Magnaten und die Komitate gewählte Mitglieder in das Magnatenhaus entsenden konnten. In dieser Hinsicht näherte er sich Desiderius Szilágyi, der zwischen der Kategorie der geborenen und der zu ernennenden Gesetzgeber das Element der gewählten Mitglieder einfügen wollte.

* * *

Im Osten Europas hatten sich die Verhältnisse sehr kritisch gestaltet, und der Verlauf dieser Ereignisse bot Andrássy sehr bald Gelegenheit, sich wieder mit der äußern Politik zu befassen, auf deren Gang er so lange von bestimmendem Einflusse gewesen. Ehe dies geschah, hatte er noch getrachtet, Bismarck durch Vermittlung des deutschen Botschafters Prinz Reuß für eine günstigere Gestaltung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu gewinnen. Der Kanzler fand jedoch, daß die auf eine Minderung der Zölle bezüglichen Wünsche Andrássys sehr wohl vom ungarischen Standpunkt aus erklärlich seien, aber von dem der deutschen Zollpolitik aus derzeit nicht erfüllt werden könnten, da für diese vielfach andere Erwägungen in Betracht kämen. „Es handelt sich“ — schrieb Bismarck an den Prinzen Reuß — „für uns nicht bloß darum, gegen die russische und überseeische Konkurrenz, sondern einigermaßen auch der ungarischen und rumänischen landwirtschaftlichen Produktion gegenüber uns zu schützen. Dieselbe arbeitet wohlfeiler als wir, hat besseren Boden zur Verfügung und geringere Abgaben, namentlich an Kommunallasten, zu tragen. Bismarck berief sich ferner darauf, daß durch Anlage von Eisenbahnnetzen und deren Ausbeutung der Grundwert der ungarischen und rumä-

---

[1]) Der Gesetzartikel VII 1885 regelte die Reform des Magnatenhauses.

[2]) Der Gesetzartikel XXXI 1894 ordnete die Einführung der obligatorischen Zivilehe in Ungarn an, die mit dem 1. Oktober 1895 in Kraft trat.

nischen Güter gerade auf Kosten der deutschen Landwirtschaft künstlich emporgeschraubt worden. Außerdem hätten infolge der gesteigerten Kraft der Transportmittel die ungarischen und russischen Produzenten den deutschen Landwirten ihre ehemaligen Abnehmer „abgewonnen“. Diesen Schaden, meinte er, müßten die deutschen Zölle ausgleichen, da sonst die Landwirtschaft Deutschlands den Konkurrenzkampf nicht bestehen könnte. Trotzdem glaubte Bismarck nicht jede Hoffnung auf eine Verständigung vernichten zu sollen. Er schloß seine Weisung an Prinz Reuß mit den Worten: „Daß die Wünsche des Grafen Andrássy für die Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen seinerzeit in Betracht kommen, ist demungeachtet meine Meinung, für die Zukunft und im Prinzip verhalte ich mich dagegen nicht ablehnend. Aber wir werden erst dann imstande sein, hierüber zu verhandeln, wenn wir eine Gestaltung des eigenen Marktes auf Grund unserer gegenwärtigen Zollpolitik zu überblicken vermögen. Solange das Ergebnis unserer eigenen Maßnahmen nicht feststeht, sind derartige Verhandlungen für uns verfrüht.“ [1]) Nicht lange jedoch hatte Andrássy Zeit gehabt, seine Aufmerksamkeit den zollpolitischen Angelegenheiten zu widmen. Die Entwicklung der bulgarischen Frage nahm ihn rasch vollauf in Anspruch. Der erste gewählte Fürst von Bulgarien, Alexander von Battenberg, war in Konflikt mit Rußland geraten, das selbständige Regungen des neuen bulgarischen Herrschers nicht dulden und in Bulgarien seinen Einfluß zum herrschenden machen wollte. Der damalige österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Kálnoky, enthielt sich in dem Streite zwischen dem Zaren und Bulgarien jeder Förderung oder Begünstigung des Battenbergers. In dieser Hinsicht ging er bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegenüber Rußland. Die Willfährigkeit Kálnokys vermochte doch nicht das Mißtrauen Petersburgs gegen unsere äußere Politik zu bannen. Als am 18. September 1885 der Staatsstreich von Philippopel die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien bewirkte — der erste Einbruch in den Berliner Vertrag und zugleich eine schwere Schlappe für Rußland auf dem Balkan — faßte beim russischen Kabinett der Verdacht tiefere Wurzel, daß Kálnoky ein zweideutiges Spiel treibe. Obgleich die Schaffung eines unabhängigen Bulgariens im Interesse der Monarchie lag, mißbilligte Kálnoky trotzdem den revolutionären Akt von Philip-

---

[1]) Kopie der Weisung Bismarcks an Reuß, Berlin, 29. April 1885. Gräfl. Andrássysches Archiv.

popel, nur um Rußland einen deutlichen Beweis seiner korrekten Gesinnung zu geben. In seiner Rede vom 7. November 1885 brandmarkte er die Leiter der großbulgarischen Bewegung als Streber, deren Vorgehen, wenn es verallgemeinert würde, die totale Anarchie auf der Balkanhalbinsel erzeugen müßte. Graf Andrássy, der von der orientalischen Politik der Monarchie eine andere, weit ausgreifendere Vorstellung als Kálnoky hatte, war gar nicht mit dessen Haltung einverstanden. Nach der mit Rußlands Unterstützung im August 1886 erfolgten Verjagung des Battenbergers aus Bulgarien glaubte Andrássy nicht länger mit seinem Proteste zurückhalten zu sollen, den gerade er aus begreiflicher Delikatesse nicht in der Delegation vorbringen mochte. Er entschloß sich daher, ihn diskret an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen. „Für die Regierung" — schreibt er in der für den Monarchen bestimmten Denkschrift[1]) — „konnte ich nicht, gegen die Regierung wollte ich nicht sprechen. Es hätte dies den Anschein der politischen Aktion gehabt, die fern von meinen Zielen liegt. Dagegen konnte ich mich der Ueberzeugung nicht erwehren, daß ich meine Pflicht nicht erfüllt hätte, wenn ich angesichts unserer gegenwärtigen Politik nicht jedes Bedenken beiseite gesetzt hätte, um Eurer Majestät meine Ansichten und Besorgnisse ehrfurchtsvoll zu unterbreiten."

Für Andrássy galt es als unzweifelhaft, daß Oesterreich-Ungarns Machtsphäre nur im Osten Europas zu suchen sei; dort müsse sie eine dominierende Stellung einnehmen, um eine Entwicklung im Orient zu hindern, die in erster Linie die Ruhe und Interessen der Monarchie, in zweiter die Europas gefährden könnte.

„Rußland allein," sagt er, „steht diesem Bestreben der Monarchie entgegen," über das er weiter äußert, daß weder dessen Fürsten noch das russische Volk selbst den Gedanken aufgegeben haben, es werde ihnen gelingen, alle slawischen Elemente, wenn auch nicht dem russischen Reiche zu inkorporieren, so doch unter dessen Oberhoheit zu bringen. „Diese Idee ist" — fährt er fort — „eine wesentlich nationale, und kein russischer Monarch hat bis jetzt die Absicht oder den Mut gehabt, dieselbe zu desavouieren. Dieser nationalen Tendenz ist es zuzuschreiben, daß selbst trotz der sorgsamen Pflege unseres guten Einvernehmens mit Rußland während des sogenannten Drei-Kaiser-Bündnisses zwischen Ruß-

---

[1]) Diese von Andrássys Hand in deutscher Sprache niedergeschriebene Denkschrift, die im Konzepte vorliegt, besteht aus 42 Folioseiten. Ungedruckt.

land und unserer Monarchie Gegensätze der Interessen bald latent sich fühlbar machten, bald offen zutage traten." Andrássy war durchdrungen davon, daß, im Gegensatz zu Kálnoky, jene Politik fortgesetzt werden müßte, die seit 1875 mit Vermeidung selbst des geringsten Fehlers konsequent das Ziel verfolgte, der Monarchie im Oriente die Führerrolle zu sichern. Er fand es ebenso bedauerlich wie bedenklich, aus was für Gründen immer, auch nur einen Teil des bereits Erreichten wieder in Frage stellen zu lassen.

„Was wir zu tun hatten" — heißt es in der Denkschrift — „war, das Erreichte festzuhalten. Wie reife Früchte mußten uns weitere Erfolge in den Schoß fallen, wie dies auch jetzt noch trotz der begangenen Fehler geschieht." Seiner Ansicht zufolge mußte an dem Defensivbündnis ausschließlich mit Deutschland festgehalten und der Anschluß Rußlands an dasselbe zurückgewiesen werden.[1] Dagegen konnte man sehr wohl in Fragen des monarchischen Prinzips und gegenüber etwaigen Revanchegelüsten Frankreichs im Einverständnis mit Deutschland und Rußland wirken; nur wäre im vorhinein und ausdrücklich jede Beschränkung der selbständigen Bestimmung in neu auftauchenden Orientfragen abzulehnen gewesen. Graf Andrássy warf selbst die Frage auf: war das möglich oder nicht? Seine Antwort hierauf lautet: „Für diejenigen, die in dem Freundschaftsbündnisse mit Deutschland nur eine Kondeszendenz des Kaisers Wilhelm oder einen Herzensdrang Bismarcks erblicken, mag die Beantwortung dieser Frage eine zweifelhafte sein. Für diejenigen aber, die wissen, wie die Dinge sich gestaltet haben, kann es in dieser Richtung keine Ungewißheit geben." — „War es nun möglich," — sagt der Graf an einer anderen Stelle seiner Denkschrift — „Bismarck zu einem Vertrage zu bringen, der uns Deutschlands Kooperation sicherte, ohne daß Deutschland die volle Reziprozität gegen Frankreich von uns erreichen konnte, so war es zehnmal leichter, ihn nach Unterschrift des Vertrages in dem Bündnisse festzuhalten. Anstatt dies zu tun, sind wir tatsächlich in ein dem Drei-Kaiser-Bündnisse ähnliches Verhältnis eingetreten, welches weder dessen seinerzeitige Notwendigkeit noch dessen Vorteile für sich hatte." In der denkbar schärfsten Weise äußerte sich Andrássy in der Denkschrift über die Orientpolitik Haymerles und Kálnokys, über

[1]) Graf Kálnoky hatte den 1881 mit Rußland abgeschlossenen Vertrag 1884 für drei Jahre erneuert. Siehe Friedjung: „Kálnoky", a. a. O., III. Band, S. 363.

die er folgendes Urteil fällt: „Hat der Berliner Kongreß Rußland aus der Balkanhalbinsel herausgeleitet, so haben meine Nachfolger es wieder dahin zurückgeführt.“ Er vermochte es nicht zu billigen, daß Bulgarien von uns der russischen Machtsphäre überlassen wurde. Noch weniger konnte er das Kálnoky von ihm abgedrungene Geständnis begreifen, daß im polnischen Schlosse Skierniewice[1]) die Verabredung getroffen worden war, jede im Oriente neu auftauchende Frage vorerst einer Besprechung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu unterwerfen. „Graf Kálnoky“ — sagt Andrássy — „sah in dieser Abmachung keinen Nachteil, ich jedoch erblickte in derselben außer dem Aufgeben unseres Selbstbestimmungsrechtes eine Abweichung von den durch Jahre konsequent verfolgten Zielen und den Verlust der wesentlichsten Erfolge, welche wir erreicht hatten.“ Diese Politik Kálnokys erfüllte Andrássy mit großen Besorgnissen für die Zukunft. Er konnte sich nicht enthalten, sehr schädliche Wirkungen als das Resultat der eingeschlagenen neuen Richtung zu signalisieren.

„Ich befürchtete“ — lauten seine Worte — „und befürchte noch, daß uns diese unnatürliche Kooperation (mit Rußland) in ihren Konsequenzen früher oder später, aber sicher vor folgende Alternative stellen wird: entweder Verzichtleistung auf unsere natürliche Machtsphäre oder Zweiteilung der Macht auf der Balkanhalbinsel und als Folge davon: Krieg.“ Es schien Andrássy auch, daß die selbst nur scheinbare Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses von nachteiligem Einfluß auf das Verhältnis zu Deutschland werden könnte: In dem natürlichen Bestreben, jede Kollision zwischen seinen beiden Alliierten — Oesterreich-Ungarn und Rußland — zu verhindern, vermochte das Deutsche Reich nicht mehr der im Oriente uninteressierte Verbündete zu bleiben, sondern mußte zum Schiedsrichter, zum „Zünglein an der Wage der Entscheidung“ werden. „Es konnte“ — wie Andrássy ausführt — „nicht mehr wie früher hauptsächlich die österreichischen, sondern müßte nunmehr in gleicher Linie auch die russischen Interessen im Auge behalten. Auf solchem Wege nun hat unsere Politik ihr Recht auf Selbstbestimmung gänzlich verloren, indem sie sich faktisch dem vorherigen Einverständnisse mit Rußland untergeordnet findet.“ Nach dieser Darlegung faßte Andrássy sein Urteil über die Kálnokysche

[1]) In Skierniewice hatte am 15. September 1884 eine Zusammenkunft zwischen den Monarchen Franz Josef I., Kaiser Wilhelm I. und Alexander III. stattgefunden. Alexander II. war bereits am 13./1. März 1881 einem nihilistischen Attentat zum Opfer gefallen.

Politik dieser Zeit dahin zusammen: die Monarchie habe sich ohne Not in eine falsche Stellung begeben, aus der allein, nicht aber aus den momentanen inneren Verhältnissen der Balkanländer die Schwierigkeiten entspringen, denen sich damals Oesterreich-Ungarn gegenübergestellt sah.[1]) Gemäß seinen Anschauungen für das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie, plädierte Graf Andrássy in der ungarischen Delegation für ein entschiedenes Auftreten Oesterreich-Ungarns; er wünschte ferner, daß die Initiative ergriffen werde, um dem im August 1887 zum Fürsten von Bulgarien erwählten Prinzen Ferdinand von Koburg die Anerkennung der europäischen Mächte zu verschaffen. In der tapfern Verteidigung Bulgariens wie in der raschen und selbständigen Anerkennung von dessen Fürsten sah Andrássy unsern Beruf — das Gegengewicht zu der dort nach Einfluß ringenden russischen Politik. Andrássys Initiative ist es auch zuzuschreiben, daß die Regierung sich zu dem Grundsatz bekennen mußte: Pflicht und Interesse gebieten es der Monarchie, die Freiheit der Balkanvölker zu verteidigen. Ueberhaupt war er der Ansicht, daß nur durch kraftvolles Auftreten — wie er sagte — Rußland imponiert werden könne.[2])

* * *

Die größte Genugtuung für seine Politik gewährte Andrássy das Jahr 1888. Ihre glänzende Rechtfertigung erhielt sie, als am 3. Februar 1888 die Veröffentlichung des zwischen der Monarchie und Deutschland geschlossenen Bündnisses vom 7. Oktober 1879 erfolgte.[3])

Gegenüber den fortwährenden Rüstungen Rußlands und der ewigen Betonung von seiten der Panslawisten, daß die Monarchie das Bündnis mit Deutschland zum Zwecke aggressiver Pläne geschlossen, hatten Bismarck und Kálnoky es für nötig erachtet, all diesen unwahren und mit Absichtlichkeit verbreiteten Gerüchten durch die Publikation des Vertrages ein entschiedenes Dementi entgegenzusetzen. Dieser Vertrag, der schon seit November 1887 für den Kaiser von Rußland kein Geheimnis mehr war,[4]) bedeutete

---

[1]) Die ganze Darstellung nach der ungedruckten Denkschrift Andrássys aus dem Jahre 1886.

[2]) Reden Andrássys in den ungarischen Delegationssitzungen vom 5. März und 5. November 1887.

[3]) Aus dem Wortlaute des in den amtlichen Zeitungen veröffentlichten Vertrages wurde die Bestimmung über dessen Dauer weggelassen.

[4]) Rede Bismarcks vom 6. Februar 1888.

für die Monarchie das denkbar wertvollste Erbe, das ihr ein Minister des Aeußern hinterlassen konnte. Er bildete die stärkste Wehr gegen panslawistische Angriffsgelüste, und die ganze Monarchie konnte jetzt erleichtert im Gefühle des Bewußtseins aufatmen, daß sie in der Stunde des Krieges mit Rußland Deutschland als mächtigen Bundesgenossen an ihrer Seite finden werde. Wenn Bismarck auch sagte, die Bekanntgabe des Vertrages vom 7. Oktober 1879 werde irrtümlich als Ultimatum, Warnung und Drohung ausgelegt,[1]) so hatte gewiß die öffentliche Meinung doch die richtige Witterung, als sie an der vom Kanzler bekämpften Ansicht festhielt. Die Publikation des Defensivbündnisses rettete in jenen Tagen den Frieden.

Sie entschädigte aber auch Andrássy für die vielen Angriffe, die er während seiner ministeriellen Tätigkeit zu erdulden gehabt. Vergessen war mit einem Male der Groll, den er gegen sich wegen der Okkupation Bosniens und der Hercegovina hervorgerufen. Jetzt wurde er bei der liberalen Verfassungspartei zum volkstümlichsten Manne. Professor Eduard Sueß, der stets mit Wärme für die orientalische Politik Andrássys eingetreten war, unterließ es nicht, dem ehemaligen Minister des Aeußern zu seinem großen Erfolge zu gratulieren, worauf dieser ihm antwortete: „Was mich anbelangt, so hatte ich weder damals noch jetzt ein anderes Gefühl als das, meine Pflicht getan zu haben.“ [2]) Mit der ungeteilten Anerkennung der Deutsch-Oesterreicher verband sich der Enthusiasmus der Ungarn. Auch im Kreise der ungarischen Opposition ging ein großer Wandel vor sich. Haben wir es ja vor nicht langem erlebt, daß deren Führer, Albert Graf Apponyi, es offen vor aller Welt bekannte, daß er mit Unrecht Andrássys Politik bekämpft habe.[3])

* * *

Man kann wohl sagen, daß sich Andrássy nie zum Worte meldete, ohne daß weittragende, sehr gewichtige Enunziationen aus

---

[1]) Rede Bismarcks vom 6. Februar 1888.

[2]) Andrássy an Professor Eduard Sueß, Budapest, 8. Juli 1888. Mitteilung des Professors Sueß.

[3]) Albert Graf Apponyi, „Lebenserinnerungen eines Staatsmannes“, Wien, Heller & Cie., 1912, S. 51—52. Auch Desiderius Szilágyi bekannte später, daß er geirrt und die Folgen nicht ihm, sondern Andrássy Recht gegeben hätten. Schriftliche Mitteilung einer Persönlichkeit, zu der sich Szilágyi wiederholt in diesem Sinne äußerte.

seinem Munde zu vernehmen gewesen wären. Als er sich am 5. April 1889 im Ausschusse des Magnatenhauses erhob, um zur Wehrvorlage zu sprechen, die damals so große Aufregung hervorgerufen und selbst das Ministerium Tisza ins Wanken zu bringen schien, konnte man gefaßt sein, daß der ehemalige Minister des Aeußern eine bedeutende Rede halten werde. Andrássy enttäuschte auch seine Zuhörer nicht. Mit der ihm eigenen Klarheit, Sicherheit und Vertiefung in den Gegenstand vermied er es, an den einzelnen Paragraphen der Wehrvorlage haften zu bleiben. Vielmehr versetzte er sich auf eine Höhe des Standpunktes, von dem aus er die große, über das künftige Schicksal der Monarchie entscheidende Frage erörterte, ob mit dem Bestande Oesterreich-Ungarns eine andere als eine einheitliche Armee vereinbar sei? Mit Entschiedenheit trat er denjenigen entgegen, die unter den neuen Verhältnissen in Europa für eine selbständige ungarische Armee plädierten, in weiten Kreisen den Glauben verbreiteten, daß die ungarische Jugend die militärische Laufbahn nur dann mit Beruhigung einschlagen könne, wenn eine selbständige ungarische Armee zustande käme; daß die gemeinsame Armee ein fremder Körper sei, in welchem zu dienen wohl gesetzliche Pflicht ist, den aber als akzeptiertes Wehrsystem aufzufassen dem Landesverrat nahe komme. „Wenn ich," entgegnete er, „diese Idee für richtig halten und glauben könnte, daß sie dem Interesse Ungarns und der Monarchie am besten entspräche, würde ich es für ein Verbrechen halten, ihre Verwirklichung (der selbständigen ungarischen Armee) hinauszuschieben, oder ich würde es mindestens für nötig halten, sie als ein zu erreichendes Ziel sogleich auszustecken." In sachgemäßer Weise legte Andrássy dann die Unzukömmlichkeiten und schweren Gefahren dar, die mit der Trennung des Heeres in zwei voneinander unabhängige Körper verbunden sein würden. Von welch unermeßlichem Nachteile wären nicht im Kriege zwei selbständige Oberkommanden! Aber selbst dann, wenn nur ein Oberfeldherr befehligte, käme dieser in die Lage, sich Unterkommandanten gegenüber zu befinden, die er nicht kennt und die ihn nicht kennen, womit schon eine der wesentlichsten Bedingungen des Erfolges verloren sei. Welche Reibungen würden erst entstehen, wenn der gemeinsame Monarch einen Oesterreicher oder einen Ungar zum Oberfeldherr ernennen wollte. Unausbleiblich werde dann jeder Teil behaupten, er diene um teures Geld und mit großen Opfern nur als Kanonenfutter für fremde Heerführer und Generalstäbler. Andrássys Ansicht nach

gleicht daher der Gedanke einer selbständigen ungarischen Armee „jenem tiefgrünen Wiesenland, das den Unerfahrenen unwiderstehlich anzieht; nur der es betreten hat, überzeugt sich, daß es keine Wiese, sondern gefährlicher Sumpfboden ist“. Er verwarf die Institution der selbständigen Armee, weil weder Oesterreich noch Ungarn allein sich gegen den sie bedrohenden Feind verteidigen könnten. Zur Verteidigung der Grenzen sei bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse und der Entwicklung der Armee nur eine politische und militärische Großmacht berufen. „Das,“ lauten seine Worte, „kann für sich und allein weder Oesterreich noch Ungarn, sondern nur beide zusammen leisten. Dies ist die europäische Mission der Doppelmonarchie; ohne sie hätte weder der österreichische noch der ungarische Teil eine anerkannte Existenzberechtigung.“ Andrássy, der stets, selbst im Widerspruch zu Deák, im wohlverstandenen Interesse Oesterreichs und Ungarns eine Lanze für die Großmachtstellung der Monarchie eingelegt hatte, nannte es auch jetzt den größten Irrtum, sie als eine bloße Rangfrage zwischen den Regenten aufzufassen, an der nur die Eitelkeit der Dynastien beteiligt sei, während sie für die Nationen eine Bürde bedeute. „In den großen internationalen Fragen,“ läßt er sich vernehmen, „in den Fragen des europäischen Gleichgewichtes, von denen heute auch die Sicherheit eines jeden Staates abhängt, entscheiden ausschließlich die Großmächte, und zwar nicht vom rechtlichen Standpunkte, sondern als militärische Großstaaten.“ Indem aber Andrássy die Notwendigkeit der gemeinsamen Armee betonte, wußte er zugleich sehr wohl, daß psychologische Momente mitwirkten, sie in Ungarn zu keiner beliebten Einrichtung zu machen, und den Wunsch nach dem selbständigen ungarischen Heere auslösten. Er konnte ja nicht vergessen, daß es Zeiten gegeben, in denen der Zweck und die Aufgabe des Heeres die Erhaltung des absolutistischen Systemes und der Unterdrückung Ungarns gewesen. Doch war er berechtigt, dem entgegenzuhalten, daß seit 1867 und mit dem Tage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sich der Beruf des Heeres völlig verändert habe. Seine Bestimmung kann nun nicht mehr sein, das nationale Bewußtsein, die freiheitlichen Regungen niederzuhalten und sich in Gegensatz zum bestehenden Dualismus zu stellen, dessen Mitschöpfer der oberste Kriegsherr selbst gewesen. „Es ist im Gegenteile notwendig,“ rief Andrássy aus, „daß jeder Angehörige des Heeres, Offizier wie Soldat, in der Armee das Bollwerk all dessen erblicke, was er zu Hause lieben gelernt, was

in der Monarchie zu Recht besteht. Die gemeinsame Armee kann nicht etwas Fremdes, Drittes im Staate sein, sondern nur die gemeinsame Schutzwehr und das gemeinsame Eigentum beider Teile der Monarchie." Auch suchte Andrássy die Furcht zu bekämpfen, als könnte das gemeinsame Heer als wirksames Mittel zur Germanisierung Ungarns verwertet werden. Diese Angst sei darum unbegründet, weil die Erlernung der deutschen Sprache nur insofern gewünscht werde, als es der militärische Dienst unabweislich erfordert. Auch fand er, daß in der Erlernung der deutschen Sprache für die ungarische Nation nichts Demütigendes liegen könne. „Ich glaube," äußerte er hierüber, „niemand wird behaupten können, daß jener Soldat, der außer der ungarischen auch die deutsche Sprache beherrscht, auf einer niedrigeren Kulturstufe stehe als beispielsweise der deutsche Soldat, der nur seine eigene Sprache kennt." All die Gründe, die Andrássy angeführt, bestärkten ihn in der Ueberzeugung, daß sowohl die Idee der einheitlichen österreichischen Armee, welche die staatliche Selbständigkeit Ungarns prinzipiell leugnete, wie auch die Idee der selbständigen ungarischen Armee, welche die Existenz der Monarchie negierte, in den „Papierkorb der Geschichte" gehören. Heute sind, wie er nachdrücklichst hervorhob, all die einander widerstrebenden Kräfte in dem neuen Wehrsystem unter dem Befehle des gemeinsamen Monarchen vereinigt. „Und ich bin," so schließt er seine großangelegte Rede, „vollkommen durchdrungen davon, daß — die geeignete Führung vorausgesetzt — auch wir ohne jede Ruhmredigkeit und frei von allem Chauvinismus mit aller Beruhigung sagen können, was der große Kanzler von Deutschland gesagt hat, daß nämlich die österreichisch-ungarische Armee niemand fürchtet als Gott. Den aber hat eine Monarchie, die nichts von fremdem Gut verlangt, sondern nur behalten will, was ihr gehört, nicht zu fürchten." [1])

Nur allein ein Andrássy durfte in diesem Sinne sprechen, ohne Gefahr zu laufen, gesteinigt oder zu einem Verräter an der heiligen Sache des Vaterlandes gestempelt zu werden. Wie konnte auch eine derartige schwere Beschuldigung gegen einen Mann erhoben werden, von dem es allgemein bekannt war, daß er seinen ganzen Einfluß für die Streichung des § 14 des Wehrgesetzes eingesetzt hatte, der eines der wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte

---

[1]) Andrássys Rede über die Einheit der österreichisch-ungarischen Armee vom 5. April 1889, ist noch im selben Jahre in deutscher Uebersetzung im Manzschen Verlage erschienen.

Ungarns konfiszierte.[1]) Andrássys energischem Eintreten ist es denn auch zu danken, daß der Paragraph in seiner ursprünglichen Form nicht aufrechterhalten wurde.[2]) Hat er doch in einer Audienz dem Monarchen rückhaltlos erklärt, er werde sich selbst an die Spitze der Opposition stellen, falls der ominöse Paragraph keine Umänderung erfahre. Die Stimme eines Patrioten von so reiner Gesinnung wie die Andrássys, an dessen Vaterlandsliebe kein Zweifel und kein Verdacht heranreichte, konnte nicht ungehört verhallen. Sie hat auch die tiefste Wirkung erzielt.

* * *

Die Rede für die Gemeinsamkeit der Armee war die letzte große staatsmännische Tat Andrássys. Schon senkten sich die Schatten des nahenden Todes auf ihn herab. Bereits seit längerer Zeit litt er an einer seinen Körper verheerenden Krankheit. Bereits 1881 wurde bei Andrássy das Vorhandensein von Nierensteinen konstatiert.[3]) Aber erst im Jahre 1886 fühlte der Graf sich so schlecht, daß er Wiener Aerzte um ihren Rat befragte. Die Konsultationen mit denselben ergaben ein günstiges Pro-

---

[1]) Der § 14 setzte das Rekrutenkontingent fest und fügte hinzu, daß dieses Rekrutenkontingent vor Ablauf von 10 Jahren nur dann in Frage kommen könne, wenn Seine Majestät im Wege der betreffenden verantwortlichen Regierungen die Vermehrung oder Verminderung des Kontingentes für notwendig erachte. Im bisherigen Wehrgesetz dagegen war die Ziffer des Rekrutenkontingentes nicht festgesetzt, sondern nur diejenige des Kriegszustandes. Diese Ziffer aber war für die Dauer von 10 Jahren bestimmt, nach deren Ablauf eine Lücke im Gesetze entstand, die notwendigerweise ausgefüllt werden mußte und die Regierungen zwang, die Mithilfe der Legislativen in Anspruch zu nehmen. Nach dem neuen Gesetz würde jedoch nach Ablauf der 10 Jahre, wenn keine Aenderung beantragt wird, das einmal festgesetzte Kontingent in Kraft bleiben und somit die Regierung der Mühe überhoben sein, eine neue Vorlage zu machen. Darin wollte der größte Teil des Reichstags eine Schmälerung der parlamentarischen Rechte erblicken. Siehe auch die Einleitung zur ungarischen Ausgabe der Rede Andrássys in „Oscsó kőnyvtár“ („Billige Bibliothek“). Die Einleitung entstammt der Feder des Grafen Julius Andrássy jr.

[2]) Obgleich der österreichische Reichsrat schon das Wehrgesetz entsprechend den Wünschen der Kriegsverwaltung angenommen hatte, wurde dennoch infolge des Widerstandes in Ungarn von einem gemeinsamen Ministerrate die Abänderung des § 14 beschlossen. Es wurde bestimmt, daß die auf die Erneuerung des Wehrgesetzes bezüglichen Vorlagen beiden Parlamenten noch vor Ablauf der 10 Jahre seiner Wirksamkeit unterbreitet werden müssen.

[3]) Friedrich Korányis „Rückerinnerungen an die letzte Krankheit des Grafen Julius Andrássy (ung.) im „Aerztlichen Wochenblatt“ („Orvosi Hetilap“) 1890, S. 94.

gnostikon für die Zukunft. Sowohl Professor Widerhofer als auch Professor Ultzmann nahmen unabhängig voneinander sehr eingehende Untersuchungen vor, und beide stimmten darin überein, daß ein leichter Katarrh des Nierenbeckens und eine partielle Behinderung des Kreislaufes in den Nieren vorhanden sei. Ultzmann vermutete außerdem noch einen geringfügigen Katarrh der Blase. Man unterließ es, zu prüfen, ob sich Steine vorfinden, da sich keine sicheren Anzeichen für deren Bestand zeigten. Die Möglichkeit, daß es deren geben könnte, wurde jedoch nicht ausgeschlossen. Widerhofer wollte Andrássy nach Karlsbad senden,[1]) wogegen jedoch Ultzmann, als die eigentliche Autorität für derartige Leiden, sein Veto einlegte. Im übrigen sprach sich Ultzmann sehr befriedigt über das Aussehen des Kranken aus.[2]) In der Tat vermochte Andrássy auch weiterhin dem von ihm so sehr geliebten Reitsport obzuliegen, wie er überhaupt nicht genötigt war, an seiner gewohnten Lebensweise irgendeine Veränderung eintreten zu lassen.[3]) Erst gegen Ende des Jahres 1888, als das Leiden des Grafen mit größerer Heftigkeit auftrat, wurde auch der Budapester Professor Géza Antal zur Behandlung zugezogen. Dieser äußerte sich dahin, daß die auftretenden Blutungen nicht in der Niere, sondern in der Blase ihren Ursprung haben. Nach dieser von ihm vertretenen Meinung wünschte Antal eine Untersuchung mit dem Zystoskop. Andrássy jedoch, der eine starke Abneigung gegen chirurgische Eingriffe bekundete, wollte davon nichts hören.[4]) Anfangs Januar 1889 gestaltete sich sein Zustand weit schlimmer als im vergangenen Jahre. Den größten Teil des Tages verbrachte er im Bette; außerhalb desselben vermochte er sich nur auf einen Stock gestützt aus einem Zimmer ins andere zu bewegen. Er selbst hatte, wie er sich ausdrückte, die Empfindung, derart heruntergekommen zu sein, daß er nie mehr zu etwas nütze sein werde. Gegen Ende Januar besserte sich allmählich wieder sein Befinden. Trotzdem meinte er, würde er nicht wagen, nach soldatischer Art

---

[1]) Wie mir die Gräfin Ludwig Batthyány mitteilt, hatte Widerhofer es noch nach Jahren bedauert, daß man nicht seinem Rate gemäß den Grafen Andrássy nach Karlsbad geschickt habe.

[2]) Dr. Klempa, Hausarzt des Grafen Andrássy, an die Gräfin Ludwig Batthyány, Budapest, 4. Juni 1886. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. Dr. Klempa gibt ein Resumé der zwei Konsultationen mit Widerhofer und Ultzmann in Wien.

[3]) Mitteilung der Gräfin Ludwig Batthyány.

[4]) Korányi, a. a. O., S. 95.

zu sagen: „Melde gehorsamst, daß ich aus dem Spital eingerückt bin." Doch fühlte er wieder Lust zur Arbeit, die jetzt seine einzige Zerstreuung bildete. Noch aber war er nicht kräftig genug, um den Verkehr mit Menschen zu pflegen, die er jetzt sogar mied.[1]) Dieser wiedererwachten Arbeitslust verdankte man seine große Rede für die Einheit der Armee. Gerade an diesem Tage jedoch — 5. April 1889 — bekam die Außenwelt den ersten deutlichen Beweis seines kranken Zustandes. Er war genötigt, um die Erlaubnis zu bitten, seine Ausführungen sitzend halten zu dürfen. Fortwährend wechselten die Symptome der Krankheit. Bald war er frei von Schmerzen, bald quälten ihn diese sehr stark, insbesondere infolge der angewandten Behandlung. Im Monat Juni 1889 fühlte sich Andrássy so wohl, daß die Aerzte — Professor Ultzmann aus Wien und Professor Géza Antal aus Budapest — ihm abrieten, nach Karlsbad zu reisen, was nur von schädlicher Wirkung auf seine Gesundheit sein könnte; er sei so weit hergestellt, um tun zu können, was ihm beliebe.[2]) Ja, Professor Ultzmann sagte ihm: „Sie werden sich sehr bald überzeugen, daß Ihr Leiden nur ein vorübergehendes war, und da der Entzündungsherd behoben ist, würde ich Ihnen Gastein empfehlen." [3]) Drei Tage nach diesem Ausspruch des berühmten Wiener Arztes, der selbst nach zwei Wochen verschied, stellte sich ohne jeden merkbaren Anlaß die Krankheit Andrássys mit erhöhter Heftigkeit ein. Seit dieser Zeit gab es ununterbrochene Blutungen der Blase. Mit Rücksicht auf den entzündlichen Charakter des Leidens hielten es die Budapester Aerzte für geraten, sich gegen den Gebrauch der Gasteiner Thermen auszusprechen. Zu dieser Zeit empfahl ihm der Banus von Kroatien und nachmalige ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Héderváry, die Kneippsche Wasserkur in Wörishofen mit der Versicherung, daß deren Leiter, der oberbayerische Pfarrer Kneipp, schon wahre Wunderkuren vollbracht habe.[4]) Andrássy studierte nun eifrig die Schriften Kneipps, die ihm sehr gut gefielen. „Was er sagt," schrieb er hierüber an Nopcsa, „zeugt von nüchternem Verstand;

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, Obersthofmeister der Kaiserin und Königin Elisabeth; Tiszadob (Ungarn), 25. Januar 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Baron Nopcsa, Budapest, 9. Juni (1889). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Idem ad eundem, Tiszadob, 7. Juli 1889. Ibidem. In diesem Briefe teilt Andrássy die Worte Professor Ultzmanns mit. Bereits am 25. Januar 1889 sagte ihm Ultzmann: „Die Krankheit ist sehr schmerzlich, Sie werden sich aber bald überzeugen, daß sie nur vorübergehend war."

[4]) Andrássy an Nopcsa, Tiszadob, 7. Juli 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv.

„ich dachte," bemerkt er hierzu mit Humor, ungeachtet seiner Schmerzen, „der wäre gut als Minister bei uns." [1]) Doch wurde nichts aus der Reise. Anstatt nach Wörishofen begab sich der Graf nach dem 5400 Fuß über dem Meeresspiegel gelegenen Orte Hesdát, acht Stunden entfernt von Klausenburg. In seinem leidenden Zustande bereitete ihm die warme Teilnahme der Kaiserin und Königin Elisabeth große Freude, die sich stets über den Verlauf der Krankheit berichten ließ. Andrássy war hierfür voll Dankbarkeit. „Du weißt," schreibt er an seinen Freund, Baron Nopcsa, „welch hohe Meinung ich immer von ihrem Geist und Herzen hatte, aber seitdem ich einige ihrer Gedichte gelesen, ist diese Meinung bis zur höchsten Bewunderung gestiegen, und dazu, daß sich in ihr mit so viel Verstand, der selbst dem größten Manne zur Ehre gereichen könnte, so viel Gemüt vereint, kann ich kurz nur sagen, daß eine zweite solche Frau nicht auf der Erde existiert. Eines betrübt mich jedoch," setzt er hinzu, „und das ist, daß nur so wenige Menschen wissen, was sie ist. Ich möchte wünschen, daß die ganze Welt davon Kenntnis habe und sie so bewundere, wie es eine so seltene Persönlichkeit verdient." In Andrássys Augen erhöhte es den Wert der Frau auf dem Throne, daß sie sich nicht um Politik kümmere. „Das ist," wie er sich in dem Briefe an Nopcsa vernehmen läßt, „keine dankbare Aufgabe, obgleich das wahrscheinlich für sie bei ihrem Verstande leicht wäre. Daß sie aber ihren großen Geist und ihr großes Herz, im Vergleich zu denen die berühmte Maria Theresia nur die Fähigkeiten einer guten Hausfrau besaß, so sehr zu verbergen sucht, als wenn es sich nicht geziemen würde, sie zu zeigen, vermag ich nicht genug zu bedauern." Andrássy erbaute sich an dem Gedanken, daß er einer der wenigen glücklichen Menschen sei, die Gelegenheit hatten, eine solche Frau zu kennen und zu bewundern, von deren Größe unter den vielen Millionen ihrer Untertanen kaum einer einen rechten Begriff habe. [2])

Ursprünglich gedachte der Graf in Hesdát, von wo aus er diese Hymne auf die in der Tat ungemein bedeutende Fürstin anstimmte, bis zum 5. September zu verweilen, um sich dann nach seinem Terebeser Landgut zu begeben. Hier wollte er den Kaiser erwarten, der sich für drei Tage — vom 11. bis 14. September —

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Tiszadob, 7. Juli 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Andrássy an Nopcsa, Hesdát, 6. August (1889). Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

als Gast hatte ankündigen lassen, wofern Andrássy, wie ihm der Generaladjutant Graf Paar schrieb, geneigt wäre, dem Monarchen sein Kastell für diese Zeit zu überlassen. Sofort antwortete Andrássy, daß er es mit großem Vergnügen zur Verfügung stelle, „womit ich," heißt es in dem Briefe an Nopcsa, „nur die Wahrheit gesagt habe, da ich den Kaiser schon lange nicht gesehen habe und mich daher freue, ihn bei mir sehen zu können." Nur eine Sache machte ihm Sorge — daß während des Aufenthalts in Terebes der Herrscher mit ihm von Politik reden könnte. Andrássy aber nahm sich fest vor, dem aus dem Wege zu gehen und zu trachten, das eventuell vom Kaiser begonnene politische Gespräch auf ein anderes Thema überzuleiten. „Meine Aufgabe als Hausherr," meint er, „kann doch keine andere sein, als dem Kaiser sein Verweilen hier so angenehm als möglich zu gestalten. Wenn ich aber von der jetzigen auswärtigen Politik sprechen müßte und es nicht in meiner Natur liegt, zu verschweigen, was ich denke, könnte mich Seine Majestät mit Recht für einen ungezogenen Menschen halten. Man sagt, daß auch Kálnoky hierherkommt, das wäre sonderbar! Dann würde es schon schwerer sein, von der auswärtigen Politik nicht zu sprechen; ich hoffe jedoch, daß es trotzdem gehen wird — jedenfalls wird keiner von uns etwas verlieren, wenn wir nicht politisieren." [1]) Hatte Andrássy auch am 5. November 1887 in der Delegation seine Zustimmung zur Leitung der äußeren Angelegenheiten durch Graf Kálnoky ausgesprochen, so war dies im Grunde nur mit Rücksicht auf die damalige sehr bedrohliche Lage der äußeren Situation geschehen. In Wahrheit billigte er Kálnokys Politik nachher so wenig wie vorher. Nicht Krankheit, wie in den Zeitungen zu lesen stand, verhinderte ihn, im Sommer 1889 in der ungarischen Delegation zu erscheinen, sondern sein entschiedener Gegensatz zu der von ihm mißbilligten Politik Kálnokys. „Ich werde," wie er sich gegenüber Nopcsa äußert, „an den Delegationen nicht teilnehmen, da ich überzeugt davon bin, daß wir die günstigste Gelegenheit, die Monarchie gegen Gefahren der nächsten Zukunft zu sichern, bereits versäumten und auch weiterhin versäumen werden. Auf diplomatischem Gebiet haben wir kaum etwas getan, was wir aber taten, das war eine Ungeschicklichkeit nach der anderen. Es kommt daher die Zeit, wo jeder das bedauern und jeder die ver-

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Hesdát, 6. August (1889). Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.). Der Kaiser kam damals infolge der böhmischen Manöver nicht nach Terebes.

säumte Zeit und die ungeschickte Politik verurteilen wird.“ Mit seiner Gegenwart in der Delegation und seinem Stillschweigen, wenn er hierzu überhaupt die Ueberwindung gehabt hätte, wollte Andrássy die Fehler Kálnokys nicht decken. Andererseits hielt er es für schädlich, den Minister in öffentlicher Sitzung anzugreifen — solange der Kaiser mit dessen Führung der Staatsgeschäfte zufrieden war. „Unter diesen Umständen,“ schloß er seinen Brief an Nopcsa, „finde ich keinen besseren Ausweg, als den Delegationen fernzubleiben. Ich war krank, somit wird es jedermann natürlich erscheinen, daß ich während dieser großen Hitze nicht hier (Budapest) bin. Mit diesem Entschlusse werden sich jedenfalls zwei Leute freuen — Kálnoky und ich.“ [1]) Diese entschiedene Verurteilung des damaligen Ministers des Aeußern wird man am ehesten begreifen, wenn man bedenkt, daß seiner Ansicht nach sowohl Haymerle als Kálnoky seine Politik „verpfuscht“ hatten.[2])

Früher als der Graf beabsichtigte, verließ er den hochgelegenen Ort in Siebenbürgen, um sich auf seine Besitzung von Tiszadob zu begeben. Eine neuerliche Untersuchung daselbst hatte das betrübende Ergebnis, daß der Patient, wie dieser wenigstens behauptet, bisher ganz falsch behandelt worden sei. Andrássy erzählt in einem seiner Briefe, die Aerzte mußten gestehen, daß sie sich im Irrtum befanden, als sie das Vorhandensein eines Blasensteines oder eine Erkrankung der Nieren annahmen. Volle Einigkeit herrschte übrigens auch jetzt nicht unter den ihn behandelnden Doktoren. Fest stand nur das eine, daß alle Medikamente versagten und die Blutungen nun schon seit acht Wochen währten. Ja, die fortwährenden Eisumschläge waren bereits von sehr schädlichem Einflusse auf den bisher guten Magen. Andrássy war bereits derart erschöpft, daß er nicht einmal mehr die Kraft besaß, mit Hilfe eines Stockes im Zimmer herumgehen zu können. Von einer Untersuchung des Blaseninnern mit einem elektrisch beleuchteten Apparate, dem sogenannten Zystoskop, wollte man die endgültige Diagnose abhängig machen. Die Blutuntersuchung hatte schon festgestellt, daß ein bösartiger Polyp nicht vorhanden sei. Mit Ruhe und voller Fassung sah Andrássy dem Tage der Untersuchung entgegen, die seine Aerzte ihm als eine „Operation“ bezeichneten.

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Budapest, 9. Juni (1889). Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Mündliche Mitteilung des verstorbenen Ministers des Aeußern, Grafen Aehrenthal, der ausdrücklich betonte, daß Andrássy sich des Ausdruckes „verpfuscht“ bediente.

Und doch wünschte er, sie schon überstanden zu haben, um volle Klarheit über seine Lage zu erlangen. „Ich habe viel gelitten," schrieb er in diesen Tagen an seinen Freund, „die Schmerzen sind oft so unausstehlich, daß ich sie selbst dem größten Verbrecher nicht wünschen möchte. Doch," fügt er mit einem Seitenblick auf die auswärtigen Verhältnisse hinzu, „ertrüge ich alles leichter, wenn ich fühlen würde, daß niemand mehr meiner bedarf. Indessen ist es bedauerlich, daß mich jeder Tag vom Gegenteil überzeugt, und der Gedanke ist quälend, daß ich vielleicht gerade dann ein unbrauchbarer Krüppel sein werde, wo ich eben von Nutzen sein könnte." [1]) Denn selbst während seiner schlimmsten Leiden zog ihn die Politik an, der er ununterbrochen seine Aufmerksamkeit widmete. Er ist erfreut, zu hören, daß die Kaiserin und Königin Elisabeth Zeuge der Begegnung Franz Josefs mit Kaiser Wilhelm in Gastein gewesen, da sie durch ihre Gegenwart nur Gutes zu stiften vermöge. „Geschah dort (in Gastein) etwas und in welcher Art," liest man in einem seiner Briefe, „ich weiß es nicht. Für alle Fälle habe ich den Eindruck, daß diese Zusammenkunft nützlicher sein wird für die Monarchie als die von Skiernewice und von Kremsier. [2]) Jetzt bedaure ich erst recht nicht, daß ich seinerzeit auch ohne Aufforderung meine Ansichten dargelegt habe, die aber Kálnoky nicht zu teilen schien." [3])

Am 19. August nahmen endlich Professor Dittel aus Wien und Professor Antal die Untersuchung der Blase mit der elektrischen Lampe (Zystoskop) vor. Das Ergebnis der Beleuchtung des Blaseninnern bestätigte nur, was man schon vermutet hatte: Daß man Andrássy seit anderthalb Jahren ganz fälschlich wegen Blasenstein und Nierenentzündung behandelte. Mit Hilfe des Zystoskops wurde festgestellt, daß sich in der Blase ein sogenanntes Papilloma, eine Art von Polyp, befinde, der den Blasenkatarrh und die Blutungen verursachte. Im Namen seiner anwesenden Kollegen sagte Dittel dem Grafen, daß wenn Eiseneinspritzungen nichts nützen sollten, man die Geschwulst durch einen operativen Eingriff von außen herausschneiden müßte. Doch würde es sich mehr empfehlen, beiläufig den Verlauf von vier Wochen abzuwarten

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Tiszadob, 11. August 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Am 25. August 1885 besuchte Alexander III. den Kaiser Franz Josef in Kremsier.

[3]) Tordaszentlászló, 19. August (1889). Gräfl. Andrássysches Archiv. Damit ist die Denkschrift vom Jahre 1886 gemeint.

und hernach bei fortgesetzter Blutung zur Operation zu schreiten, die selbst dann vorgenommen werden müßte, wenn das Bluten aufgehört, aber wieder eingetreten sei.

Zu allgemeiner Ueberraschung besserte sich der Zustand Andrássys wesentlich, so daß die Aerzte zu keinem Entschluß über die Vornahme der Operation gelangen konnten. Der Graf vermochte jetzt wieder eine Stunde lang spazierenzugehen und die Blutung war minimal. Infolge dieses günstigen Befundes erklärten die Aerzte, daß die Blutungen binnen wenigen Tagen ganz aufhören und somit in den nächsten Wochen keine Operation erforderlich sein werde. Doch meinten sie, es wäre unverzeihliche Illusion, glauben zu wollen, daß die Blutungen ohne operativen Eingriff zu beseitigen wären. Andrássy war entschlossen, ob man ihm über seine Lage die Wahrheit sagte oder nicht, für den Fall des Wiederbeginnes der Blutungen selbst die Vornahme der Operation zu fordern. „Sie wird," äußert er mit dem Ausdrucke der Resignation, „helfen, wenn sie gelingt, aber sie wird selbst dann helfen, wenn sie nicht gelingt, denn jedenfalls wird es besser sein als der Zustand, in dem ich mich noch vor ein paar Wochen befand." [1])

Nachdem die Blutungen sich wirklich nicht wiederholten, aber die Schmerzen trotzdem nicht aufhörten, nahm Professor Dittel unter Assistenz zweier Budapester Aerzte am 9. November in dem am Ofener Donaukai [2]) gelegenen Andrássyschen Palais eine neuerliche elektrische Beleuchtung der Blase vor, die zwei Stunden währte und dem Grafen, da er nicht narkotisiert werden durfte, „alle Begriffe übersteigende Qualen" bereitete. Professor Dittel teilte hierauf mit, daß die Geschwulst fast gänzlich geschwunden sei. Die noch auftretenden Schmerzen führte er auf den bestehenden Rest der Geschwulst zurück. Unter diesen Umständen wollten die Aerzte nichts mehr von der Operation wissen, deren Vornahme von ihrer Seite jetzt sogar ein Verbrechen wäre. Sie rieten daher Andrássy, ein wärmeres Klima aufzusuchen und sich viel im Freien aufzuhalten. „Ich gehe gern," sagte er, „denn im Winter, wenn vor meinem Blick die gefrorene und schneebedeckte Donau sich ausdehnt, fühle ich mich stets wie eine Flasche Champagner zum Frappieren ins Eis gesteckt." [3]) Mit Rücksicht jedoch darauf, daß

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Budapest, 27. September 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Gegenwärtig „Margit-Rakpart" genannt.

[3]) Korányi a. a. O.

eine längere Reise von Nachteil wäre, empfahlen die Doktoren als Uebergangsstation Abbazia. Von hier aus sollte sich der Graf, sobald er der ärztlichen Behandlung nicht mehr benötige, nach Mentone oder einem anderen ähnlichen, in gleichen Wärmegraden gelegenen Orte begeben. Andrássy entschloß sich in der Tat, nach etwa vierzehn Tagen die Fahrt nach Abbazia anzutreten, wo er, so lange ihn nicht die Neugier der Menschen von dort vertreibe, zu verbleiben gedachte; anderenfalls wollte er nach San Remo übersiedeln, das er bereits aus früherer Zeit kannte, und wo er hoffte, still und ruhig leben zu können.[1])

Kaum war Andrássy in Volosca (bei Abbazia) eingetroffen, als sich sein Zustand sofort verschlimmerte. Der Arzt von Volosca meinte, die durch die Eisenbahnfahrt verursachten Erschütterungen trügen die Schuld daran. Andrássy ließ den am 27. Dezember in Abbazia angelangten Professor Billroth zu sich bitten. Wollte der berühmte Wiener Chirurg den Grafen über seinen wahren Zustand nur hinwegtäuschen, als er ihm nach vorgenommener Untersuchung sagte: Von dem sogenannten Papilloma sei keine Spur mehr vorhanden, woran er jetzt leide, sei nichts als ein Blasenkatarrh, die großen Schmerzen jedoch kämen von den Medikamenten, die ihm Ultzmann und Antal seinerzeit verschrieben hätten. „Daraus," klagt Andrássy, „soll nun der Mensch klug werden! Alle drei (Ultzmann, Antal, Billroth) sind anerkannte Autoritäten, und jeder sagt was anderes! Man sollte meinen, in einem Narrenhaus zu sein! Indessen, da die beiden ersten tot sind, bleibt nichts anderes übrig, als das zu tun, was der Lebende sagt."[2])

Abermals besserte sich der Gesundheitszustand Andrássys, er blickte wieder vertrauensvoller in die Zukunft. Aus der Volascaer Villa, deren schöne und stille, von den Kurgästen unbehelligte Lage ihn sehr befriedigte, schrieb er an Baron Nopcsa: „Ich bin überzeugt, daß, wenn ich nur erst so weit bin, um ins Freie hinausgehen zu können, dies mir sehr gut tun wird; bis jetzt allerdings habe ich den Garten, ungeachtet des herrlichen Wetters, nur vom Fenster aus gesehen."[3]) Schon dachte er daran, Ende März

---

[1]) Andrássy an Nopcsa, Budapest, 10. November 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Nopcsa, Volosca, 28. Dezember 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[3]) Andrássy an Nopcsa, 28. Dezember 1889. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.). Alle hier für die Darstellung der Krankengeschichte benützten Briefe Andrássys an Nopcsa sind eigenhändig von dem Grafen selbst geschrieben.

wieder nach seiner geliebten Heimat zurückzukehren, deren Boden er jedoch nicht mehr lebendig betreten sollte. Nachdem Professor Dittel, der am 2. Februar in Volosca am Krankenlager Andrássys erschienen war und mit Hilfe mikroskopischer Untersuchung das bedrohliche Fortschreiten krebsartiger Neubildungen in der Blase konstatiert hatte, verschlimmerte sich rasch das Leiden des Grafen. Unmittelbar nach der Untersuchung schrieb einer der ihn behandelnden Aerzte, Professor Glaz, am 2. Februar an Professor Korányi nach Budapest: „Die Leiden des Grafen sind groß, Opiate verträgt er nicht, und da kämpfen wir mühsam gegen die schweren Symptome." [1]) Am 17. Februar verfiel er um Mitternacht in Agonie, worauf er 3 Uhr morgens den 18. Februar schmerzlos in Anwesenheit seiner Kinder in den Armen seiner Frau verschied. [2])

Als sich die Nachricht vom Ableben Andrássys verbreitete, stand die ganze Welt unter der überwältigenden Wucht des Eindruckes, daß einer der größten Staatsmänner der neuesten Zeit die

---

[1]) Korányi, „Rückerinnerungen an die Krankheit Andrássys" in „Aerztliches Wochenblatt", S. 15 (ung.).

[2]) Ich habe den Verlauf der Krankheitsgeschichte meinem geehrten Freunde, dem bekannten Wiener Urologen Herrn Dr. Alfons Hanć zur Begutachtung mitgeteilt. Er hatte die Freundlichkeit, sich hierüber, soweit er sich auf Grundlage meiner im Texte gegebenen Darstellung ein Urteil über den Verlauf der Krankheit zu bilden vermochte, folgend zu äußern: Die Blutungen signalisierten den Beginn eines schweren Leidens. Es mag dahingestellt bleiben, ob es nicht zweckmäßig gewesen wäre, die im Jahre 1886 konstatierte Zystitis lokal zu behandeln. Ein Versäumnis nach dieser Richtung kann nicht auf Ultzmanns Rechnung gesetzt werden, da selbst ein noch so tüchtiger Arzt unmöglich seine Prognose oder Therapie auf Jahre hinaus zu bestimmen vermag. Auch Antal trifft keine Schuld, weil er nicht in die Lage kam, die Diagnosse festzutellen. Entschieden verhängnisvoll war die von Andrássy 1886 verweigerte zystoskopische Untersuchung, die Antal vorschlug. Damals wäre ein operativer Eingriff sicherlich eher indiziert gewesen als drei Jahre später, wo der Organismus des Kranken durch die lange anhaltenden Blutungen herabgekommen war. Mit Rücksicht darauf, daß diese allen Medikamenten zum Trotz nicht aufhörten, erscheint es geradezu unbegreiflich, daß kein operativer Eingriff — eventuell eine Sectio alta (hoher Blasenschnitt und Entfernung des Neugebildes) zu rechter Zeit vorgenommen wurde. Es war ja doch eine Indicatio vitalis! Dr. Hanć vermutet, daß die zeitweilige Besserung daher kam, daß durch den Eingriff zum Behufe der zystoskopischen Untersuchung — unter Voraussetzung der richtigen Diagnose — und durch lokal angewendete Medikation ein Teil des Papilloms entfernt wurde. Eine offene Frage bleibt es, ob ungeachtet aller Idiosynkrasie des Kranken gegen die üblichen narkotischen Mittel es nicht doch möglich gewesen wäre, sie ihm auf irgendeine Art beizubringen und dadurch die entsetzlichen Qualen zu lindern.

Augen für immer geschlossen habe. Dies spiegelten die Nekrologe der Zeitungen aller Länder ohne Rücksichtnahme der Parteistellung wider. Nicht nur Ungarn betrauerte in ihm nächst Deák seinen größten Sohn, auch die ganze Monarchie hatte in ihm einen ihrer bedeutendsten Männer zu beklagen. Franz Josef I. verlor an Andrássy einen treuen, hingebenden, stets verläßlichen Ratgeber. Prinz Reuß war im Recht zu sagen: Wenn der Verewigte auch schon seit elf Jahren fern von den Geschäften stand, so liebte es der Kaiser doch, ihn zu sehen und über innere und äußere Dinge mit ihm zu sprechen.[1]) Gleich dem Herrscher empfand auch die Kaiserin und Königin Elisabeth schwer den Tod des Grafen, der ihr ein treuer, ergebener Freund gewesen und dem sie auch immer aufrichtig zugetan war. Fürst Bismarck gab sofort in einem Telegramm an die Gräfin Andrássy seiner Wertschätzung des Verstorbenen Ausdruck, der ihm, wie er in dem Kondolenztelegramm sagt, stets „ein persönlicher und politischer Freund“ gewesen.

Angemessen der Größe des Verlustes, fand auch unter ungeheurer Beteiligung und in Gegenwart des Monarchen die Einsegnung der Leiche des Verstorbenen im Vestibule der ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest statt, wohin die sterblichen Ueberreste des Entseelten aus Volosca[2]) gebracht worden waren. Von Budapest aus wurde der Sarg nach Terebes überführt, wo der Körper des entseelten Grafen für immer zur ewigen Ruhe beigesetzt wurde. Ungarn selbst ehrte damals sofort das Andenken Andrássys, indem mittels Gesetzartikels III : 1890 die Errichtung einer Statue desselben auf Staatskosten beschlossen wurde. Sie ziert heute, den Grafen hoch zu Roß darstellend, als ein Zeichen bleibender Erinnerung den herrlichen Platz vor dem ungarischen Parlament in Budapest.

---

[1]) Reuß an Bismarck, Wien, 18. Februar 1890.

[2]) In der Villa zu Volosca, in der Andrássy seine Seele aushauchte, befindet sich im Vestibül derselben folgende Inschrift: „Julius comes Andrássy laboribus immortalibus pro patria perfectis vita ad finem vergente in hoc amoenissimo sinu cara familia amicisque circumdatus quietem repperit desideratum anno domini MDCCCLXXXX.

Zwölftes Kapitel

Charakteristik

Graf Andrássy hat seiner Politik und seinem Schaffen als Staatsmann so sehr den Stempel seiner Individualität aufgedrückt, daß eine Biographie ohne Schilderung der Persönlichkeit Stückwerk bleiben müßte. Seine Geschichte erhärtet am besten den Satz, daß jede Handlung kalt läßt, wofern wir nicht auch den Menschen mit allen seinen Eigenschaften sehen, von dem sie ausgeht. Andrássy war schon dem Aeußern nach eine ungewöhnliche Erscheinung, ein Kopf, dem man nicht leicht ein zweites Mal begegnet und der sich dem Beschauer für immer ins Gedächtnis einprägt. Wer ihn sah, empfing den Eindruck, sich hier einem Manne von großer Intelligenz gegenüber zu befinden. Die Natur hatte ihn ebenso reich mit körperlichen wie geistigen Vorzügen ausgestattet. In seiner Jugend wurde er von den Frauen als schöner Mann gefeiert und verwöhnt. Aber er war nie das, was man einen schönen Mann nennt, denn sein Antlitz hatte infolge der großen Ereignisse, deren aktiver Zeuge er wurde, frühzeitig einen ernst-männlichen Ausdruck angenommen. Mit seinen dunkeln, geistsprühenden Augen, dem von Kämpfen durchwühlten Gesichte, dem hagern, dabei aber eleganten und schmiegsamen Körper, machte er auf alle einen faszinierenden Eindruck.

Die Kühnheit, Großzügigkeit und Entschlossenheit, die Andrássys Politik kennzeichnen, wurzeln tief in seinem Wesen. Mit ihm hätte Bismarck gewiß die Kartenpartie verloren, die er gegenüber Blome gewann, als er das Maß von dessen Wagemut im Hasardspiele erprobte. Als unerschrockener Reiter, der sich auf einem wild dahinstürmenden Rosse wohl und in seinem Elemente fühlte, bebte er auch im Leben vor der Gefahr nicht zurück. Je drohender sie sich auftürmte, desto größeres Gefallen fand er an ihrer Bewältigung, und um keinen Preis wäre er von dem einmal begonnenen Wagestück zurückgetreten. So setzte er einmal sein Leben daran, um dem Grafen Stephan Széchenyi zu beweisen, daß die junge Generation ebenso mutig sei wie die frühere. In einer Gesellschaft, in der auch Andrássy sich befand,

klagte nämlich Graf Stephan Széchenyi über den Verfall der Tapferkeit und richtete an die anwesenden jungen Magnaten die Frage, wer von ihnen wohl so viel Mut aufbringe, um auf der einzigen Kette der im Bau begriffenen Donaubrücke von Pest nach Ofen hinüberzuklettern. Nachdem Széchenyi noch in wegwerfendem Tone bemerkt hatte: „Wenn ich jünger wäre, würde ich es sofort wagen, aber die jetzige Generation riskiert nicht gern ihren Kragen," erklärte Andrássy und gleich ihm eine Schar seiner Genossen, aufgereizt durch diese Verachtung des von ihnen so verehrten Grafen, daß sie bereit seien, das Wagestück zu unternehmen. Während jedoch seine Freunde, vom Anblick der frei über dem Wasser schwebenden Kette ernüchtert, die Sache lieber sein ließen, vollführte Andrássy unter der mit Schreck gemischten Bewunderung der Zuschauer den schauerlichen Gang, der ihm jeden Augenblick das Leben kosten konnte.[1]) Im Gegensatz zu Napoleon I., der gesagt hatte: „Was liegt mir an einer Feigheit, ich fürchte nicht, eine solche zu begehen, wenn sie mir nur nützlich ist,"[2]) hätte Andrássy eine solche auch dann nicht verübt, wäre sie selbst mit den größten Vorteilen für ihn verknüpft gewesen. Feigheit bedeutete in seinen Augen den tiefsten Stand moralischer Verkommenheit. Proben von aufopferndem Heldenmut gab er auf dem Schlachtfeld von Schwechat ebenso wie 1849 als Gesandter der Kossuthschen Regierung in Konstantinopel. Die Lage seiner Landsleute war damals eine verzweifelte in der Türkei. Als daher eines Tages ein ihm völlig unbekannter Armenier zu ihm kam und ihn fragte, ob er seine nach der Türkei geflohenen Kompatrioten retten wolle, erklärte er sich freudigst bereit dazu. In diesem Falle, bemerkte der Armenier, möge er mit ihm kommen, doch müßte er sich die Augen verbinden lassen. Ohne Zaudern nahm Andrássy diese Bedingung an. Nur aus Vorsicht steckte er eine Pistole zu sich. So bewaffnet, bestieg er mit verbundenen Augen in Gesellschaft des Armeniers einen Wagen, ohne zu wissen, wohin es gehen solle. Nach langer Fahrt an dem betreffenden Ort angelangt, wurde er endlich über eine Stiege in ein Zimmer geleitet, wo man ihm die Binde abnahm. Hier befand er sich einem alten Pascha gegenüber, der ihn aufforderte, er solle die Namen der ungarischen Flüchtlinge aufschreiben, für die dann türkische Reisepässe ausgestellt werden würden.

---

[1]) Szöts, „Andrássy-Anekdoten", S. 19 (ung.).
[2]) Mémoires de Madame de Rémusat, Bd. I, S. 108.

Dieser mutigen Tat Andrássys hatten es viele seiner Landsleute zu danken, daß sie aus der Türkei nach England oder Frankreich flüchten konnten, wodurch sie der Gefahr der Auslieferung an die damalige österreichische Regierung entgingen.[1])

Mit seiner Kühnheit hielt seine Offenheit und Aufrichtigkeit gleichen Schritt. Andrássy war weit entfernt von jenem Hang zur Intrige, wie sie den Diplomaten des achtzehnten Jahrhunderts eigen war und von seinem Vorgänger Graf Beust mit besonderer Geschicklichkeit betrieben wurde. Sein Grundsatz, wozu er sich auch in einem Briefe an seine Frau bekannte, war, in allen Lagen des Lebens stets den geraden Weg zu gehen.[2]) Die Diplomaten wußten sehr gut, daß in ihm das Wahrheits- und Gerechtigkeitsgefühl ungemein ausgebildet sei.[3]) Auch Kaiser Alexander II. mußte gestehen, wie tief in ihm sein Vertrauen zur Ehrlichkeit und politischen Loyalität Andrássys wurzle.[4]) Kaiserin Augusta pries in Ausdrücken uneingeschränkter Bewunderung den Grafen als den Gipfel von Ehre und als den Typus eines „preux Chevalier".[5]) Fürst Bismarck baute fest auf jedes Versprechen, das ihm während der Ministerschaft Andrássys vom Wiener Ballplatze aus gegeben wurde. Gewiß, nur diese Ueberzeugung von dessen unerschütterlicher Treue ließ einen Mann wie den deutschen Kanzler Andrássy in offener Reichstagssitzung seinen „Freund" nennen, der ihm stets die Wahrheit und dem auch er immer die Wahrheit sage.[6]) Der „ungarische Graf" — so hieß Andrássy in Berlin — war aber auch jederzeit bereit, für sein Wort einzustehen. „Wie jeder Mensch," meinte er einmal, „habe auch ich Fehler, meiner Ansicht nach sogar viele. Aber eines hat mir noch niemand zum Vorwurf gemacht, daß ich nicht den Mut hätte, das einmal Ausgesprochene unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, mögen die Folgen davon für mich oder für andere welche immer sein."[7])

---

[1]) Emanuel Konyi, „Rückerinnerungen an Graf Julius Andrássy", erschienen im „Nemzet", 19.—21. Februar 1890 (ung.).

[2]) Andrássy an seine Frau, 31. August 1872. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Lord Loftus: „Diplomatic reminiscences", second series, Bd. I, S. 359.

[4]) Baron Bechtolsheim an Andrássy, Gorni-Studen, 1. Oktober 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) „Letters and memoirs from Sir Morier", 2. Band, S. 283.

[6]) Rede Bismarcks vom 19. Februar 1878. Wie der ehemalige Gesandte Marquis de Gabriac in seinen „Souvenirs d'Autriche et d'Allemagne" 1870—72, S. 229, erwähnt, habe er außer Schwarzenberg keinen Staatsmann gekannt, der Bismarck so sympathisch gewesen wäre wie Andrássy.

[7]) „Journal der ungarischen Delegation". Sitzung vom 8. November 1881.

Gerade deshalb, weil er sein gegebenes Wort so hochhielt, war er auch äußerst vorsichtig, sich durch ein solches zu binden. Er sagte: „Versprechen ist schwer, halten leicht.“ Auch in der Politik hütete er sich, leichtfertig feste Erklärungen abzugeben. So äußerte er 1876 in einer Delegationssitzung, er könne sich den stündlich wechselnden und unberechenbaren Ereignissen gegenüber absolut keinen Minister mit einem fixen Programm vorstellen. Daher war er ein Feind aller unnötigen Prophezeiungen, weil, wie er sagte, es Beispiele genug dafür gebe, „daß sich die ministeriellen Wetterpropheten oft gemeldet, oft schönes Wetter angezeigt haben, aber dennoch plötzlich der Regenguß darauf gekommen ist“.[1])

Mit dieser Ehrlichkeit und Geradheit des Charakters war eine gewisse Schlauheit vereinbar. Der deutsche Botschafter General von Schweinitz, der Andrássy das Zeugnis ausstellt, daß er in den sechs Jahren ihrer gemeinsamen Wirksamkeit in Wien ihm gegenüber „stets offen, treu und wahr gewesen“, derselbe deutsche Botschafter berichtete an Fürst Bismarck, daß sich Mut, Selbstvertrauen und Schlauheit bei Andrássy in bewunderungswürdiger Vereinigung zusammenfinden.[2]) Die Dosis Schlauheit, die ihm Schweinitz zumißt, war aber nichts als eine höchst praktisch angewandte Menschenkenntnis, gepaart mit Voraussicht und kluger Berechnung. Andrássy besaß das Talent, die Menschen im Fluge zu erfassen und nach ihren Fähigkeiten einzuschätzen. Hatte er ja auch eine Art, den Menschen in die Augen zu blicken, als wollte er in deren Innerem eine „Hausdurchsuchung“ vornehmen.[3]) Und auch die Kunst verstand er, die nicht allen Menschenkennern eigen ist, die von ihm erkannten und taxierten Menschen richtig zu behandeln. So wußte er Leute für seine Pläne zu verwerten und sich aus ihnen geeignete Werkzeuge zu schaffen. Nie hat man daher von ihm die Klage vernommen, daß ihn seine Menschenkenntnis getäuscht oder üble Erfahrungen bereitet hätte.

Der Besitz der Macht, die so leicht die edelsten Intentionen des Menschen verdirbt, hat hierin bei Andrássy keinen Wandel geschaffen.

---

[1]) „Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates.“ 7. Sitzung der 5. Session, 10. Oktober 1872.

[2]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 11. November 1871. Waecker-Gotter an Bismarck, Budapest, 22. November 1871 erwähnt, daß die Leute, die den Grafen Andrássy näher kennen, sagen, Lüge sei ihm fremd, und daß er diese gewiß nicht als Sport betreibe.

[3]) Ludwig Dóczi, „Andrássy im Umgang“ in „Neues Pester Journal“, 6. Januar 1907.

Nie ist er auch nur einen Augenblick in seiner Liebe für echte, wahre Freiheit schwankend geworden, und immer waren die Worte, mit denen er sie pries, von zündender Wirkung. „Gott möge es verhüten," heißt es in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen, „daß es je gelinge, die ungarische Nation ihres freien Geistes zu berauben und an seiner Stelle ausschließlich das Interesse für materielle Vorteile in unseren Herzen einzubürgern. Haben wir die Freiheit verloren, dann können wir wohl noch immer grammatikalisch Ungarisch sprechen, aber wirkliche Ungarn sind wir trotzdem nicht mehr. In der Verbreitung und Einbürgerung der wahren, echten Freiheit auf diesem Teile der Erde beruht unsere Mission, verleugnen wir sie, so besteht auch kein Existenzrecht mehr für unsere isolierte Rasse in Europa."[1]) Sowohl als ungarischer Ministerpräsident wie auch als Minister des Aeußern hat er stets die Fahne des Liberalismus hochgehalten. In dieser Beziehung kannte er kein Transigieren mit dem Opportunismus. Wie er stets selbst von nie gestillter Sehnsucht nach freier, frischer Luft erfüllt war, so erblickte er auch in politischer Freiheit das stärkste Mittel zur Verhütung von Fäulnis der Sitten und Anschauungen der Völker. „Die größte Macht," heißt es in einer seiner Reden, „gerät ins Schwanken, sobald sie den Pfad der Gesetzlichkeit verläßt. In einem verfassungsmäßigen Staate gleicht die Willkür der bösen Seele, die auch noch nach dem Tode schreckt."[2]) Aus dieser Liebe für Freiheit schöpfte er das Gefühl von Unabhängigkeit nach oben und unten. Andrássy, der nicht zur Befriedigung seines Ehrgeizes an der Macht klebte und im Amte nur so lange verblieb, als er damit dem Staate einen Dienst zu leisten vermeinte, war es unmöglich, selbst vor den Stufen des Thrones anders zu reden, als es seiner wirklichen Ueberzeugung entsprach. Franz Josef I., von dem Andrássy sagte, daß er eine aufrichtige Sprache nicht nur zu würdigen wisse, sondern geradezu verlange,[3]) schätzte daher auch an seinem Minister den männlichen Ernst, seine Offenheit und Ritterlichkeit in hohem Grade. Der Graf hätte auch gemeint, nicht nur eine Selbsterniedrigung zu begehen, sondern auch das Interesse des Staates und des Monarchen zu schädigen, wenn er mit der Wahrheit hinter dem Berge gehalten hätte. Nur weil auch der Kaiser und König davon durch-

---

[1]) Ungedruckte Aufzeichnungen Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Lederer, „Andrássys Reden", Bd. I, S. 118 (ung.).

[3]) Denkschrift Andrássys aus dem Jahre 1886. Gräfl. Andrássysches Archiv.

drungen war, daß sein Minister ihm nie etwas sagen oder raten würde, was gegen die Wohlfahrt der Monarchie verstöße, konnte sich solch ein harmonisches Zusammenwirken herausbilden, wie es zwischen Franz Josef I. und Graf Andrássy bestand. Sagte dieser doch einmal selbst, die leitenden Grundgedanken während seiner ministeriellen Tätigkeit waren dem Kaiser und ihm so gemeinsam, daß oft sie selbst nicht mehr auseinander halten konnten, welches die eigensten Ideen des Monarchen und welche die des Ministers waren.[1])

Die gleiche Unabhängigkeit bewahrte sich Andrássy nach unten. Emporgetragen von der öffentlichen Meinung, zögerte er keinen Moment, sich ihr entgegenzustellen, wenn sie ihm Ziele zu verfolgen schien, die seiner besten Ueberzeugung nach dem Staate zum Nachteil gereichen mußten. Heißt es ja einmal in einer seiner besten Reden: „Wenn ich mehr Feinde habe, so hat die Monarchie deren weniger.“ Das ist um so höher zu schätzen, als er kein Verächter der öffentlichen Meinung war. „Das allgemeine Vertrauen,“ äußerte er hierüber, „ist nicht nur der höchste Lohn, sondern auch der stärkste Wegweiser; denn es ist ein Schatz, den selbst die egoistischsten Naturen nicht veräußern im Bewußtsein dessen, daß, wenn sie es täten, sie den Indianern gleichen würden, die Glasperlen für Gold eintauschten.“[2]) Trotzdem war für ihn die Volkstümlichkeit kein Schatz, den er wie ein Geizhals eifersüchtig hüten zu müssen glaubte. Sie war ihm, nach seinem eigenen Ausdruck, nicht der Endpunkt seines Strebens. Vielmehr bedeutete die Popularität für ihn ein Gut, das man den Mut haben müsse, seinem Volke zu opfern. Das tat er auch, als er 1878 in der orientalischen Krisis eine der öffentlichen Meinung Oesterreichs und Ungarns entgegengesetzte Politik zum Durchbruch zu bringen trachtete. Mit seinem unerschrockenen Wesen hängt es aufs innigste zusammen, daß er ungeachtet der hochgehenden Wogen der Erregung, ja erbitterter Feindschaft, kein Haarbreit von dem Wege abwich, den er sich für seine orientalischen Pläne vorgezeichnet. Sein Mut und seine Ausdauer wurden später durch die Rückkehr der Volkstümlichkeit gelohnt, die er für einen Augenblick verloren hatte.

Man kann wohl sagen, daß Andrássy eine der populärsten Gestalten der Monarchie gewesen. In höherem Grade als Metternich und Schwarzenberg besaß er das Zeug, die Massen für sich zu elektrisieren.

---

[1]) Denkschrift Andrássys aus dem Jahre 1886. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Lederer, „Andrássys Reden“, Bd. I, S. 124 (ung.).

Nicht nur in Budapest, auch in Wien kannte ihn jedermann, und als die Kronprinzessin Stephanie ihren Einzug in ihre neue Vaterstadt hielt, wurde er von der Bevölkerung bejubelt. Er verstand es, nicht bloß die Gesellschaften, in denen er erschien, für sich zu gewinnen, sondern auch das Volk, das in ihm den Mann erblickte, der einst für die Freiheit gekämpft und auch in der Fülle der Macht den Idealen seiner Jugend nicht untreu geworden. Der eigentliche Boden seiner Volkstümlichkeit, auf dem er aufgewachsen und groß geworden, war jedoch sein Heimatland: Ungarn. Er war von innigster, geradezu fanatischer Liebe für seine Nation erfüllt, was ihn aber nicht abhielt, die strengsten Anforderungen an sie zu stellen. In seinem Gedankenkreis wies er ihr die höchsten Regionen an: stets sollte sie unter dem Banner westeuropäischer Zivilisation und des wahren Liberalismus fortschreiten. Gleich den großen Gestalten des modernen Ungarn, einem Széchenyi, Kossuth, Déak, ist auch er dem Herzen der Nation nahe gestanden. In ihm verehrte und liebte sie den zu idealem Ausdruck gelangten Typus des echten Ungarn. Er, der sehr viel auf Rasse hielt, war stolz darauf, der ungarischen Rasse anzugehören, für deren gute Eigenschaften er voll Bewunderung war, ohne ihre Fehler zu verkennen. Ungemein hoch veranschlagte er die Begeisterungsfähigkeit und das heilige Feuer der ungarischen Nation. Deshalb verurteilte er auch nichts mehr, als wenn diese kostbaren Güter zur Irreführung der Jugend mißbraucht wurden. Ihm war es stets darum zu tun, Ungarn dem anderen Staate der Monarchie gleichzustellen, „denn," meinte er, „wer sich jemand an den Nacken hängt, kann ihm nicht zur Stütze dienen; hierzu muß man auf eigenen Beinen stehen, und zwar so fest als möglich." [1]) In seinem Verhältnis zur ungarischen Nation war Andrássy durchaus Idealist. Sein ritterlicher, vornehmaristokratischer Charakter, seine lautere Denkungsart, seine Freiheitsliebe, der Zauber persönlicher Liebenswürdigkeit ließen ihn in den Augen der ungarischen Nation als die höchste Potenz ihrer eigenen Eigenschaften und Tugenden erscheinen. Er fühlte sich eins mit ihr. „Voll Hoffnung," lautet es in einer seiner Reden, „blicke ich in die Zukunft, denn ich vertraue der Nüchternheit meiner Nation, ihrer Energie und der Gerechtigkeit ihrer Grundsätze." [2]) Diese Wechselwirkung und Harmonie zwischen der Nation und ihrem großen Sohn machte es erklärlich, daß ganz Ungarn, selbst als er nicht mehr

---

[1]) A. von Okolicsányi, „Beiträge zur Charakteristik des Grafen Andrássy" in „Deutsche Revue" 1890, Bd. II, S. 170.

[2]) Lederer, „Andrássys Reden", Bd. I, S. 123 (ung.).

Minister war, auf jeden Ausspruch Andrássys wie auf ein erlösendes Wort lauschte. Andrássy hat den politischen Gedankenschatz Ungarns mit neuen Ideen bereichert. Wie sehr er auch an die Kraft und Stärke Ungarns glaubte, dünkte ihn dessen von zahlreichen Gegnern bedrängte Existenz nicht genügend in bloß nationaler Abgeschlossenheit gesichert. Er war der erste Ungar, der, selbst im Gegensatz zu Deák, den Mut fand zur Proklamierung der These, daß die Großmachtstellung der Monarchie Ungarn den alleinigen und besten Schutz für sein Dasein gewähre. Während seiner ganzen Tätigkeit blieb er dieser Anschauung treu, die er Ungarn als politisches Vermächtnis hinterließ. Es war nur ein Ausfluß dieser Erkenntnis, daß er ebenso entschieden wie kräftig für die Harmonie mit dem Träger der Krone und die Erhaltung der gemeinsamen Armee als der wirksamsten Stütze der Großmachtstellung der Monarchie eintrat. Doch wünschte er, daß dem nationalen Charakter und der nationalen Individualität ein größerer Spielraum im Heere gesichert werde. Bevor er 1889 seine berühmte Rede über das Heer hielt, teilte er dem obersten Kriegsherrn mit, daß er in derselben wohl für die gemeinsame Armee eintreten, zugleich aber auch darauf hinweisen werde, daß in ihr dem nationalen Element ein größerer Wirkungskreis einzuräumen sei.

Obgleich das Emporkommen und die Blüte Ungarns und der Monarchie das Ideal seines Lebens bildete, war Andrássy in der Politik doch durch und durch Realist. Auf die Frage einer Dame, was er in der Kunst suche, schrieb er in deren Stammbuch: „Was ich in der Politik verachte: das Ideal.“[1])

Nichts verschmähte er mehr im Leben als das Jagen nach unerreichbaren Zielen. Er war ein genauer Rechner und erwog im Geiste sehr eingehend die Kräfte des Gegners. Diese Eigenschaft bewahrte ihn denn auch vor raschen, unüberlegten Entschlüssen. Es dauert lange, sagte er einmal, ehe ich den Fuß über eine Schwelle setze; ist es aber geschehen, dann gibt es kein Zurückgehen mehr. Wie irrig ist es daher, Andrássy als einen Mann hinzustellen, der in seinem ganzen Denken und Fühlen rhapsodisch und schwunghaft gewesen wäre. Jede Tat offenbart sich bei ihm vielmehr als die Folge reiflicher Erwägung, als das Resultat seiner Anschauung über den Beruf des Staatsmannes, von dem er äußerte, daß es seine vornehmste Pflicht wäre, keine Dummheiten zu machen. Darin sah er die Quintessenz diplomatischer Kunst. Scheinbar liegt ein Widerspruch darin, daß der

[1]) Okolicsányi, „Beiträge zur Charakteristik des Grafen Andrássy“ in „Deutsche Revue“ 1890, 2. Band, S. 170.

Mann, in dessen Kopf sich die Ideen förmlich überstürzten, dennoch einer der vorsichtigsten Politiker war. Andrássy hätte es für das größte Vergehen gegen den Staat gehalten, auch nur ein Wort auszusprechen, von dem er überzeugt gewesen wäre, daß es unerfüllt bleiben müsse. Was er prophezeite, traf ein, und was er in Angriff nahm, verwirklichte sich.

Charakteristisch für ihn war die Art und Weise seines Arbeitens. Obgleich er selbst nicht gern schrieb,[1]) hatte er doch den ausgesprochensten Sinn für die Finessen des Stiles. Seine Ideen sollten in die feinste Form gegossen und für jede Nuance des Gedankens der schönste, prägnanteste Ausdruck gefunden werden. Dieser Anforderung war um so weniger leicht zu entsprechen, als er von seinen Mitarbeitern verlangte, sie sollten seine Intentionen, über die er anfangs nur flüchtige Andeutungen machte, förmlich erraten und dann auch sofort zu Papier bringen können. Schlagfertig, witzig und geistreich, wie er war, haben doch die Gedanken in seinem Kopfe die schwersten Geburtswehen durchzumachen gehabt. Andrássy bevorzugte deswegen die seiner Mitmenschen, die die Eigenschaft besaßen, auch nur halbwegs angedeutete Ideen rasch ihrem ganzen Umfange nach zu erfassen. Das hat denn auch die Arbeit mit ihm sehr erschwert, insbesondere zur Zeit, als er Minister des Aeußern war, wo es viel und sofort zu schreiben gab. Begreiflich, daß er dann vor allem jenen Beamten des Ministeriums sein Vertrauen schenkte, denen, wie Dóczi und Teschenberg,[2]) die glückliche Begabung zu eigen war, seine Gedanken, gleichsam im Fluge erhaschend, aufzufassen und zu fixieren. Auch dann ging die Sache nicht so einfach vonstatten.

Das erfuhr auch Dóczi, als er seine erste Depesche für Andrássy niederschreiben sollte. Der Minister hatte ihn, wie es hieß, zu

[1]) Aeußerung Melchior Lónyays.

[2]) Unter der Chiffre L. D. (jedenfalls Ludwig Dóczi) ist im „Fremdenblatt" am 26. Februar 1886 aus Anlaß des am 25. Februar erfolgten Ablebens Teschenbergs eine sehr warm empfundene Charakteristik dieses ausgezeichneten Mannes erschienen. In dem Artikel über Teschenberg heißt es: „Teschenberg war ein freidenkender, vorurteilsloser Staatsmann, der in vielen wichtigsten Phasen innerer und äußerer Politik mit freiem Rat und feiner Feder eingegriffen hat. — Als Publizist war er wohl das eleganteste, vielleicht das einzige Muster für den Stil eines Mannes, der wirken will und nicht agitieren darf, der nur Wahres schreiben soll und doch nicht sagen darf, was wahr ist, wie es eben unvermeidlich ist, wenn Männer der Tat zugleich überreden sollen, ehe die Tat verkündet werden darf. Es gibt nicht drei Publizisten in Wien und vielleicht noch weniger in Deutschland, die ein Deutsch schreiben, wie es ihm nicht Kunst, sondern zweite Natur war."

einem „Dischkurs“ nach dem „Stöckel“ der Ofener Hofburg rufen lassen, wo Andrássy damals wohnte. Er selbst las Dóczi einen aus Petersburg eingelangten Bericht unseres dortigen Botschafters, des Baron Langenau, vor. Ueber dieses Aktenstück sprach dann Andrássy drei Viertelstunden lang, ohne seinem Beamten auch nur anzudeuten, welchen Zweck er damit verbinde. Die Rede des Ministers bildete eine scharfe Widerlegung und Kritik der russischen Auffassung, wie sie Langenau seinem Chef übermittelt hatte. Als sich Dóczi am Schluß der von ihm mit gespanntem Interesse angehörten Erörterung gegen Mitternacht mit dem Ausdruck des devotesten Dankes für den gebotenen Genuß zurückziehen wollte, sah ihn der Graf groß an und meinte: „Sie glauben doch nicht, daß ich das alles nur gesagt habe, um Sie zu amüsieren? Ich will, daß Sie das, was ich angeführt habe, auch niederschreiben.“ — „Ja, dann hätte ich ja stenographieren müssen.“ — „Was, Stenographie“ — entgegnete Andrássy — „so weit ist die Sache noch lange nicht reif. Ich möchte nur das Gesprochene dem Wesen nach vor mir sehen.“ Nachdem Dóczi die ganze Nacht an seinem Resümee gearbeitet, sandte er es dem Minister am Morgen zu. Mittags meldete er sich selbst. Da kam ihm Andrássy mit dem Manuskript in der Hand freundlich, aber ironisch lächelnd entgegen. „Sie haben das sehr präzis und schön gemacht. Aber wissen Sie auch, daß, wenn ich Ihr Opus an unseren Botschafter abschicke, der Krieg mit Rußland unvermeidlich wäre?“ Als der auf diese Weise apostrophierte Dóczi etwas betreten bemerkte, er habe an eine Depesche gar nicht gedacht, fiel ihm der Minister lachend ins Wort: „Aber ich, und nun wollen wir eine daraus machen.“ [1])

Schon diese kleine Geschichte beweist, wie der Vorgang bei Abfassung diplomatischer Aktenstücke unter dem Ministerium Andrássy ein ganz origineller war. Gemäß seinem Grundsatze, daß es das wichtigste sei, ein Aktenstück vor allem richtig zu lesen, begann Andrássy seine Tätigkeit damit, daß er ein eingelangtes Telegramm oder eine Depesche mehrmals durchnahm und einige ihm bemerkenswerte Stellen darin mit Rotstift anstrich. Nachdem dies geschehen, wurde der betreffende Referent, der die Antwort zu verfassen hatte, gerufen. Er ließ diesen ganz unorientiert über seine eigene Ansicht. Dagegen verfolgte er mit lauerndem Blick den Beamten, während dieser die Depesche studierte.

Für Andrássy war es immer ein stiller Triumph, den er nicht ohne gutmütige Schadenfreude genoß, wenn er den Referenten

---

[1]) Mitteilung des Baron Dóczi.

auf dem Holzwege begriffen sah und dieser sich bloß an den buchstäblichen Sinn des Aktenstückes hielt, ohne dessen wahren Inhalt zu begreifen. Zuweilen gönnte er sich die Genugtuung, den Hofrat, den er zur Mitarbeiterschaft herangezogen, in seiner falschen Auffassung durch ermunternde Zurufe zu bestärken. Je mehr sich dieser durch seine angebliche Billigung irreführen ließ, um so mehr bestärkte sich in Andrássy die Ueberzeugung, daß er selbst das Richtige getroffen habe. Auch kam es zuweilen vor, daß er dem Referenten, der den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, absichtlich Opposition machte, um auf diese Weise seine eigene, mit der Meinung des Beamten übereinstimmende Ansicht bestätigt zu hören. Hatte der Referent nur intuitiv gehandelt, ohne seine Position auch mit Sicherheit verteidigen zu können, dann wies ihm der Minister mit freundlicher Ironie nach, daß er wohl im Recht sei, ohne jedoch genau zu wissen, warum er es auch wäre. Nach der Feststellung des Kernpunktes — das war eine besondere Eigentümlichkeit der Gedankenarbeit Andrássys — ging er sofort auf die Konklusion über. Noch ehe die Depesche in ihren einzelnen Teilen entworfen wurde, mußte bereits die Schlußfolgerung fertig sein, auf die es ihm vor allem ankam. Alles übrige war für ihn nur Einleitung, Beiwerk zur Unterstützung seiner These. Wußte er einmal, was er beweisen wollte, flossen ihm die Gründe hierfür in überreicher Fülle zu. Er diktierte sie auch alle dem Referenten in die Feder, so wie sie ihm in den Kopf kamen. Und als würde er vor dem eigenen Reichtum seiner Einfälle erschrocken sein, unterbrach er sich plötzlich und sagte dem Beamten, der bereits viele Bogen mit Bemerkungen angefüllt hatte: es sei doch eigentlich unnötig, so viele Argumente anzuführen, das mache die Depesche nur lang und konfus. Vermochte jedoch der Referent, mit dem er gerade arbeitete, nicht rasch genug seinem Gedankenfluge zu folgen, dann wurde er ungeduldig, denn es hat vielleicht nie einen ungeduldigeren Minister als Andrássy gegeben. Wer den Anforderungen rascher und guter Leistung nicht entsprechen konnte, war bald abgetan; er wurde nie mehr verwendet. Die weitere Schwierigkeit im Zusammenwirken mit dem Minister lag darin, daß die Reinschrift stets *seine* Depesche sein sollte, so wie er sie sich ausgedacht hatte, und nicht das Geistesprodukt des Referenten. Nicht selten ereignete es sich, daß das bereits fertiggestellte Opus, mit dem der Hofrat vor ihm am nächsten Tage erschien, von neuem von Grund aus zerfasert und in allen seinen Teilen umgestürzt wurde.

Die ganze Depesche erfuhr nun eine Umstellung, kein Satz blieb an seinem Orte. Andrássy modelte so lange daran herum, bis er fand, daß sie jetzt wirklich das Gepräge seines Geistes widerspiegle und das Ebenbild seiner markanten Ausdrucksweise sei.[1])

Die größte Aversion hatte der Minister gegen jene Hofräte, die sich ihm gegenüber zur Unterstützung ihrer Ansichten auf Autoritäten beriefen. Einmal mußte Hofrat Falke über eine internationale Angelegenheit berichten. Zum Beweise dafür, wie man in gelehrten Kreisen über diese Frage denke, reichte ihm der Hofrat eines der hierauf bezüglichen Werke Bluntschlis.[2]) Ruhig überflog Andrássy die betreffende Stelle, nach deren Durchnahme er äußerte: „Mein lieber Hofrat, ich schätze ja Bluntschli sehr hoch, aber über ihm gibt es einen noch größeren Herrn und das ist — der Naturverstand."[3]) Nichts imponierte ihm daher auch weniger als das unpraktische Gelehrtentum. Er pflegte zu sagen: „Zwischen dem Blick eines Gelehrten und dem Endziel steht immer ein Buch."[4]) Auch nannte er jeden einen Gelehrten, dem er auf höfliche Weise den gesunden Menschenverstand absprechen wollte.[5]) Ueberhaupt war er der Ansicht — dies seine eigenen Worte — daß ein Pfund Verstand mehr wiege als alle Wissenschaft und daß es bei der Erziehung der Jugend vor allem auf die Ausbildung und Entwicklung der geistigen Fähigkeiten ankomme.[6]) Bei jeder Gelegenheit protestierte Andrássy gegen die Ueberschätzung der Schulweisheit. Nichts wäre aber verfehlter, als aus all dem zu folgern, daß er ein Verächter wahrer Gelehrsamkeit und echter Wissenschaft gewesen. Er war nur gegen jede falsche Benützung des Gelernten, mochte es auch von dem größten Gelehrten ausgehen. Er selbst las gerne und viel, was alle ihm nahestehenden Personen bestätigen. Ohne mit seiner Belesenheit zu prunken, wußte er sie stets zu rechter Zeit anzuwenden. Die Bücher seiner Bibliothek sind mit vielen eigenhändigen Randbemerkungen bedeckt. Er war ein Bewunderer Shakespeares und Goethes. Vom ersten Teil Faust war er be-

[1]) Auf Grundlage eines Feuilletons von Dóczi über Andrássys Art und Weise, zu arbeiten.

[2]) Wahrscheinlich Bluntschlis Werk über das moderne Völkerrecht.

[3]) Mitteilung des ehemaligen Sektionschefs im Ministerium des Aeußern, von Wavrik.

[4]) Mitteilung des Sektionschefs von Wavrik.

[5]) Dóczi, „Julius Andrássy und die Kunst", „Neues Pester Journal", 24. März 1907.

[6]) Aeußerung Andrássys vor einem jüngeren Zeitgenossen.

geistert, dessen zweiter Teil war ihm zu transzendental. Unter den ungarischen Dichtern liebte er vor allem Petöfi, dann Arany und Jókai. Große Anziehungskraft übte auf ihn Macaulay aus. In der Romanliteratur gab er Bulwer den Vorzug, der am meisten seinem Geschmack entsprach. Suchte er doch im Roman die Darstellung der Wirklichkeit in idealer Auffassung, und den Kampf der Charaktere mit den realen Verhältnissen.[1]) Wenig Geschmack konnten ihm die Philosophen vom Fach abgewinnen, vor allem war er ein Gegner der Lehre Schopenhauers. Oefter hörte man ihn sagen: „Dies oder jenes studiere ich nicht, wenn ich's wüßte, hätte ich zu viel Mühe, es zu vergessen." Ueberhaupt war er der Ansicht, daß das menschliche Hirn nur eine gewisse Anzahl von Läden enthalte, mit deren Anfüllung man vorsichtig zu Werke gehen müsse, „denn man braucht doch auch Platz fürs Denken." [2]) Besonders umfangreich war sein geschichtliches Wissen, was seine zahlreichen Reden zur Genüge bekunden. Dabei kam ihm zustatten, daß er Deutsch, Französisch und Englisch vollkommen sprach und schrieb.[3]) Ein Zeichen seiner Achtung vor der Wissenschaft ist es, daß er nicht Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften werden wollte. Als ihn diese in Anerkennung seiner großen Verdienste um das Land, hierin einer alten Sitte folgend, zu ihrem Präsidenten wählen wollte, lehnte er dies ab und ließ sich ungeachtet allen Zuspruches von seinem Entschluß nicht abbringen. Er fühlte sich nicht berufen, an die Spitze des ersten wissenschaftlichen Institutes Ungarns zu treten. „Hat mich" — antwortete er der Deputation — „Bismarck einmal in meinem ihm gegenüber bekundeten Widerstande nicht erschüttern können, so wird das auch Euch nicht gelingen." [4]) Dagegen empfand er es als

---

[1]) Okolicsányi a. a. O., S. 172 und Dóczi a. a. O.

[2]) Okolicsanyi a. a. O., S. 172.

[3]) Schriftliche Mitteilung einer Persönlichkeit, die Andrássy nahegestanden. Siehe auch W. J. Wyatt „Hungarian Celebrities" 151.

[4]) Mitteilung Paul Gyulais. Nach den mir von meinem geehrten Freunde Professor Gustav Heinrich, dem Generalsekretär der ungarischen Akademie der Wissenschaften, zugekommenen Mitteilungen wurde Andrássy auf Antrag Paul Gyulais und Karl Szász' zum Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften kandidiert. Andrássy lehnte diese Ehrung sofort mit der Begründung ab, daß zu dieser Würde nur ein Mann passe, der sich in erster Reihe als Schriftsteller ausgezeichnet habe. 1889 kam im Direktionsrat der Akademie Andrássys Kandidatur neuerdings zur Sprache. Man ging aber zur Tagesordnung über, da man wußte, daß Andrássy auf seiner Weigerung beharre. Hierauf wurde dann Baron Lorand-Eötvös, ein Mann der Wissenschaft, zum Präsidenten gewählt. Andrássy war Mitglied des Direktionsrates der Akademie.

hohe Auszeichnung, als ihm der berühmte ungarische Schriftsteller Paul Gyulai, der seine Rede über die Einheit der Armee herausgab, ein Honorar hierfür überreichte. „Das ist das erste Honorar in meinem Leben," sagte Andrássy, und er war so sehr erfreut darüber, daß er das erhaltene Geld zur Erinnerung unter einem Glassturz verwahrte.[1])

Weniger als die Poesie zog ihn die Musik an. Mit dem Ausdruck des Bedauerns gestand er selbst, eine im Grunde unmusikalische Natur zu sein.[2]) Merkwürdigerweise gefielen ihm trotzdem gerade Wagners Opern.[3]) Ungemein erfreuten ihn die Schöpfungen der Malerei, der Bildhauerkunst und die Erzeugnisse des Kunstgewerbes. Ihm verdankt man die Entdeckung des großen ungarischen Malers Munkácsy. Während eines Besuches in der Bildergalerie des ungarischen Nationalmuseums fesselte seinen Blick ein Landschaftsbild, zu dem das Institut auf dem Wege einer Verlosung gelangt war. Sofort hatte Andrássy, der damals ungarischer Ministerpräsident war, erkannt, daß dies kleine Werk ein bedeutendes Talent zum Urheber habe. Als er hörte, daß das Bild von einem jungen Mann namens Munkácsy herrühre, ließ er diesen zu sich rufen. Er fragte ihn: „Haben Sie Geld, um sich ausbilden zu können?" Auf die bündige Antwort: „Nein," fragte er wieder: „Würden Sie ein Stipendium annehmen?" Als Munkácsy freudig bejahte, schrieb Andrássy an den damaligen Kultus- und Unterrichtsminister Baron Josef Eötvös, daß er dem jungen Künstler das größte zur Verfügung stehende Stipendium verleihen möge. Auf diese Weise eröffnete er diesem den Weg zur Ausbildung und glänzenden Entfaltung seiner großen Gaben. Gleich Munkácsy hat Andrássy alle hervorragenden Künstler, denen er im Leben begegnete, wie seinesgleichen behandelt. Bezeichnend hierfür ist folgende Aeußerung von ihm. Irgendein Graf oder ein Baron wunderte sich einst über seine Intimität mit Munkácsy, worauf Andrássy die Frage an ihn richtete: „Ich bitte Dich, kennst Du den Raffael?" — „Selbstverständlich." — „Na, siehst Du," sagte Andrássy, „und wer war zu Zeiten Raffaels Minister des Aeußern?"

Andrássy bewunderte nicht bloß Bilder, Skulpturen, Antiquitäten, sondern zeigte sich auch als ein opferwilliger Mäzen. Noch mehr als die Kunst entzückte ihn jede Naturschönheit.

---

[1]) Mitteilung Paul Gyulais.

[2]) Dóczi, „Julius Andrássy und die Kunst" in „Neues Pester Journal", 24. März 1907.

[3]) Ibidem.

Dieser Begeisterung für die Natur verdankte Andrássy den Sinn für das Natürliche und Einfache. Er haßte jede Phrase sowie alles Schwulstige, das zur Verhüllung des wirklichen Tatbestandes dient. Er trachtete vielmehr die Dinge bis in ihre innerste Wurzel hinein zu ergründen. Hierbei kam ihm sein scharfer, die Ereignisse sofort in ihrem Zusammenhange erfassender intuitiver Blick zustatten. Kein Geringerer als der geniale Josef Eötvös hob es als eine ganz besondere Eigentümlichkeit Andrássys hervor, daß er zum Erstaunen seiner Ministerkollegen im Ministerrate häufig selbst dann den Nagel auf den Kopf traf, wenn es sich um ein Referat über seinem Wissenskreise ganz fremde Gegenstände handelte.[1]) Hierzu befähigte ihn vor allem seine Gabe, die Erscheinungen gleichsam aus der Vogelperspektive zu erfassen, wobei er sich in geringem Maße um die Einzelheiten kümmerte, an denen mittelmäßige Menschen so leicht kleben bleiben. Er selbst äußerte sich hierüber: „In meiner politischen Laufbahn, und das war vielleicht ein Fehler, habe ich stets das Endziel in seiner Gänze vor Augen gehabt und weniger die Details und die Formalitäten.“[2]) Mit solcher Deutlichkeit stand das Wesentliche vor ihm, daß er meinte, es mit den Händen greifen zu können. Alles, was nicht von entscheidendem Ausschlag war und ihn nur verwirren könnte, überwälzte er auf die Schultern anderer. Er pflegte dann zu sagen: „Das kann auch ein Hofrat machen.“[3]) Damit stand in Verbindung, daß ihm der Sinn für Verwaltung und geschäftliche Ordnung mangelte. Es war ein offenes Geheimnis, daß auf seinem Schreibtisch stets die genialste Unordnung herrschte[4]) und dadurch oft manches wichtige Dokument in Verlust geriet. Wegen dieser seiner „Schlamperei“ mußte Andrássy einst in einer Ausschußsitzung der österreichischen Delegation die Neckerei des präsidierenden Delegierten Dumba über sich ergehen lassen. Der Minister hatte sein Fernbleiben von der Sitzung infolge eines dringenden Vortrages beim Monarchen entschuldigen lassen. Als er etwas später doch in der Sitzung erschien, richtete Dumba an die anwesenden Delegierten folgende Worte: „Nun werde ich Ihnen mitteilen, was Seine Exzellenz Graf Andrássy dem Kaiser gesagt

---

[1]) Das bestätigt auch Koloman von Széll.

[2]) Journal der ungarischen Delegation, 4. Sitzung, 23. April 1882.

[3]) Mitteilung der Frau Ida von Ferenczy, der ehemaligen Vorleserin der Kaiserin und Königin Elisabeth. Frau von Ferenczy gegenüber machte Andrássy wiederholt ähnliche Aeußerungen.

[4]) Reuß an Bismarck, erwähnt dies in einem seiner Berichte.

hat." Lachend rief ihm Andrássy zu: „Nur heraus damit." — „Der Herr Minister des Aeußern" — erzählte Dumba — „hat dem Monarchen berichtet, daß er einen vorteilhaften Vertrag geschlossen, von dem der Kaiser so befriedigt war, daß er den Wunsch zu erkennen gab, den betreffenden Akt auch zu sehen. Hierauf nun erwiderte Graf Andrássy, nachdem er sämtliche Taschen seines Rockes vergeblich durchsucht hatte: „Ich habe ihn nicht bei mir, werde ihn aber sofort holen." Nach einiger Zeit aber mußte Seine Exzellenz zurückkehren und dem Monarchen das Geständnis machen: „Majestät, ich kann den Vertrag nicht finden." Natürlich erregte diese scherzhafte Darstellung allgemeines Gelächter, in das auch Andrássy selbst einstimmte.[1])

Um die Geschäftsgebarung im Ministerium des Aeußern unter Andrássy hat sich überhaupt ein ganzer Kranz von Anekdoten gerankt, die ihn auch im Verkehr mit Diplomaten äußerst nonchalant zeigen. Als er einmal von der Jagd heimkehrte, mußte er sich rasch umkleiden, um einem Hoffeste beizuwohnen. Während der Toilette wurde der englische Botschafter Sir Buchanan gemeldet, ein Diplomat von überaus reizbarem und empfindlichem Naturell. Der Sohn Albions vermochte kaum mehr seine Ungeduld darüber zu unterdrücken, daß der Minister ihn, den Vertreter der Königin von England, warten ließ. Nach einiger Zeit trat Andrássy angekleidet aus seinem Arbeitszimmer in den Salon und sagte dem schon sehr erregten Botschafter: „Verzeihung, aber Sie repräsentieren die Königin, da hätte es sich nicht gebührt, Ihre Majestät im Hemde zu empfangen." Sir Andrew Buchanan mußte nach solcher Anrede seinen Grimm verbeißen und gute Miene zum bösen Spiel machen.

Mitunter kam es auch vor, daß, während der Botschafter einer Großmacht auf der Hauptstiege des Ministerpalais sich zu ihm begab, Andrássy auf einem Nebenweg in den Hof enteilte, um auf seinem Lieblingspferd den ihm liebgewordenen Ritt in den Prater zu unternehmen. Diesem Vergnügen hätte er um keinen Preis entsagt, mochte der Botschafter auch seine Flucht vor ihm bemerkt haben. Oft äußerte Andrássy, daß er vor einem wichtigeren Entschlusse reiten müsse. Während er auf seinem Pferde im Galopp dahinjagte, vermochte er rascher und schärfer zu denken, als wenn er vor dem Schreibtisch gesessen wäre. Unter der Last der größten Sorgen vor der Eröffnung des Berliner Kongresses vergaß er nicht,

[1]) Mitteilung des Professors Eduard Sueß, der in der betreffenden Sitzung anwesend war.

an Graf Károlyi zu schreiben, ihm Platz für seine zwei Reitpferde zu besorgen.[1])

Die Nörgler und Feinde Andrássys haben den mangelnden Sinn für Ordnung zu einem Kapitalverbrechen des Ministers stempeln wollen. Die Leitung der Geschäfte hatte jedoch darunter nie gelitten, und große Erfolge wurden dadurch auch nicht hintangehalten. Als Sektionschef von Wavrik einen aus dem Ausland zurückgekehrten Diplomaten fragte, wie man denn dort über die unbureaukratische Führung des Ministeriums des Aeußern denke und ob sie nicht Tadel errege, entgegnete der Angesprochene: „Im Auslande merke man von all dem nichts, sondern gewahre nur den großen Zug, der jetzt durch die ganze äußere Politik der Monarchie gehe.“ [2]) Von den Erfolgen, an denen Andrássy ja so reich war, haben seine Gegner gleichfalls sehr viel auf Rechnung seines ihm stets treugebliebenen Glückssternes setzen wollen. Seiner Hand wohnte in der Tat die Zauberkraft einer Wünschelrute inne: was immer sie anfaßte oder berührte, führte zu günstigem Ausgange. Nichts ist ihm eigentlich mißglückt. Mit vollem Recht schrieb Andrássy das nicht dem Zufall, sondern seiner eigenen Kraft zu, die von bestimmendem Einflusse auf die Ereignisse gewesen sei. Deák hielt ihn deshalb für einen kostbaren und unersetzlichen Mann. Als einige Ministerkollegen bei ihm über die etwas heftigen Ausbrüche des leicht erregbaren Temperaments Andrássys Beschwerde führten und von ihm Abhilfe der fast schier unerträglich gewordenen „Tyrannei“ ihres Chefs verlangten, vertröstete sie der Führer der Parlamentsmajorität in der ihm eigentümlichen derben Redeweise: „Ihr wißt ja,“ — sagte er ihnen — „wie es in einer kleinen Menage zugeht. Wenn da ein Teller zerbricht, so wettert die Hausfrau auch, aber ein Malheur ist's nicht und zu Mittag merkt man nichts davon. Wenn aber die Suppenschüssel zerhaut wird, so ist das Unglück schon groß, da es viel Teller, doch nur e i n e Suppenschüssel gibt. Unsere Suppenschüssel aber ist Andrássy, und an die soll niemand rühren.“ [3]) Leuten, die ihn ein bloßes Glückskind nannten,[4]) antwortete er voll Selbstbewußtsein: „Wenn

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 6. Juni 1878. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Mitteilung des gewesenen Sektionschefs von Wavrik.

[3]) Mitteilung Emanuel Kónyis. Siehe auch „Neues Wiener Tagblatt“, 19. Februar 1890.

[4]) Siehe diesbezüglich Kállays „Denkrede über Andrássy“ im „Akadémiai Értesitö“ („Akademischer Berichterstatter“) 1891, S. 335.

einer einmal Glück gehabt, kann das Glück gewesen sein, und wenn einer einmal Unglück gehabt hat, mag es Unglück gewesen sein. Wenn aber jemand immer Unglück hat, so ist es seine Schuld, und wenn jemand immer Glück gehabt hat, sein Verdienst." Andrássy war Optimist und überzeugt davon, daß schließlich der gute Wille und die gerechte Sache siegen müßten. Weil ihm alles gelang, sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben, faßte er auch alles mit dem größten Selbstvertrauen an. Er hatte, wie sich ein Zeitgenosse über ihn ausdrückt, eine glückliche Hand und ein noch glücklicheres Auge für Situationen, die verfahren waren.[1]) Hierbei kam ihm die große Kunst zustatten, die Menschen nach seinem Willen zu lenken und sich nicht von diesen leiten zu lassen. Er hatte aber keineswegs die Sucht, für unfehlbar zu gelten. Nur meinte er, häufig die Erfahrung gemacht zu haben, daß andere noch weniger untrüglich seien und er es noch immer zu bereuen gehabt habe, wenn er den Rat eines anderen befolgt hätte."[2])

Wie alle Naturen, denen Entschlußfähigkeit[3]) eigen ist, wußte er seiner Umgebung ungemein zu imponieren und diese mit Vertrauen zu seiner Führung zu erfüllen. Selbst die ihm grollten, verstand er durch seine bezaubernde Liebenswürdigkeit zu entwaffnen. Er besaß die seltene Gabe, mit jedermann nach dessen Art zu sprechen. Die Bauern seiner Besitzungen redete er mit Vorliebe bei ihrer Arbeit an, ließ sich von ihnen ihre landwirtschaftlichen Angelegenheiten erzählen, was sie auf die Meinung brachte, dem Gutsherrn wichtige Belehrungen erteilt zu haben, und ihr Selbstbewußtsein erhöhte.[4]) In leutseliger Weise verkehrte er mit seinen Bauern, von deren Klugheit, gesundem Sinn und Mannesstolz er sehr vorteilhaft dachte.[5]) Im Umgang mit Menschen verschiedenen Standes spielte sich Andrássy nie auf den herablassenden Grandseigneur heraus, und so derb er auch sein konnte, ist ihm doch nie ein absichtlich verletzendes Wort über die Lippen gekommen.[6]) Personen, die er oft Tage und Wochen warten ließ,

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. März 1877.

[2]) Andrássy an seine Frau. Ohne Datum. „Schließlich entschied die Erwägung, daß ich es noch immer bereute, wenn ich den Rat eines Dritten befolgte." (Ung.). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Stolberg, 28. Februar 1878, gedenkt rühmend dieser Eigenschaft Andrássys.

[4]) J. Fuhrmann, „Fioretti" in „Neues Pester Journal", 25. Dezember 1906.

[5]) J. Fuhrmann, „Aus alter besserer Zeit" in „Neues Pester Journal", 24. Dezember 1905.

[6]) (Karl Szász) „Tagebuch-Aufzeichnungen eines Deputierten," II. 14.

ehe sie ihn sprechen konnten, und die deshalb auf ihn zürnten, versöhnte er sich in wenigen Minuten. Ohne Unterschied forderte er sowohl von Fremden wie von Bekannten, daß sie es sich nicht verdrießen lassen dürften, so oft bei ihm vorzusprechen, bis sie es erreichten, zu ihm zu gelangen. An den Grafen Seherr Thoß, der sich bei ihm wegen seines vergeblichen Bemühens, ihn zu sehen, beschwerte, schrieb er: „Gerade von meinen alten Freunden erwarte ich, daß sie mit mir keine Faxen machen, aber auch von mir keine erwarten." [1])

Andrássy schrieb ungern und empfand es auch als Zwang, öffentlich reden zu müssen. Er erblickte darin nur eine „unangenehme Emotion" und wich, soweit es anging, allen Veranlassungen dazu aus. [2]) Andrássy hatte die entschiedene Empfindung, kein geborener Redner zu sein, was um so merkwürdiger ist, als er ja einem Lande entstammt, wo die Rednerkunst geradezu heimisch ist. Seine Zunge war schwer, das Organ spröde und klanglos. Nur mühsam rangen sich ihm die Worte von den Lippen. Der Zuhörer merkte die physische Anstrengung, die es ihn kostete, die Sprache zu meistern. Und doch gab es wenige, die, nach dem Zeugnis von Zeitgenossen, so wirkungsvoll zu reden verstanden wie Andrássy. Der sonst so ruhige, nie in Affekt geratende Artus, einer der Protokollführer der Ministerberatungen, beantwortete die an ihn gerichtete Frage, ob Andrássy denn auch wirklich so ausgezeichnet gesprochen, als es im Protokoll zu lesen stand, dahin: „Es war prächtig, ihn anzuhören." [3]) In den Konferenzen war er gefürchtet, da er sofort jede Blöße, die sich ein Minister gab, benützte, um ihn lächerlich zu machen. [4]) Aber auch im Parlament und in den Delegationen hatte man wahre Angst vor ihm, wenn er sich zum Worte meldete. Herbst bat ihn, er möge doch nicht jeden Tag in die Sitzungen kommen, da man ihn schon wie die Pest fürchte und es unmöglich sei, gegen seinen Willen auch nur eine Streichung am Budget durchzusetzen. [5])

[1]) Andrássy an Graf Seherr Thoß, Ofen, 22. April 1868, veröffentlicht im „Pester Lloyd", 30. Mai 1897.

[2]) Andrássy an seine Frau, Pest, 7. Dezember (1866?). „Sie wissen, daß für mich das Reden immer eine unangenehme Emotion ist, und wenn man mir sagt, ich solle nicht sprechen, so befolge ich das immer lieber." (Ung.) Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Mitteilung des gewesenen Sektionschefs von Wavrik.

[4]) Idem.

[5]) Andrássy an seine Frau, ohne Datum, Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. „Herbst sagte mir, er bitte mich darum, ich solle nicht jeden Tag in die Sitzung kommen, da man mich schon wie die Pest fürchtet, nachdem sie mir gegenüber schon keine Streichung mehr vorzunehmen wissen." (Ung.)

Hatte Andrássy einmal die ersten physischen Schwierigkeiten überwunden und war er warm geworden, dann wußte er zu packen und selbst die widerstrebendsten Geister in den Bann seiner Anschauungen zu zwingen. Mit der Größe des Gegenstandes, den er zu vertreten hatte, wuchs in ihm die Kraft, seine Zuhörer fortzureißen, auf die er die eigene Wärme der Ueberzeugung zu übertragen verstand. Er verschmähte zu diesem Behufe nicht die Waffen des Witzes, des Spottes und der Ironie, die ihm so reichlich zur Verfügung standen, um die Gegner zu zerschmettern. Seine Reden waren ein wahres Füllhorn von Gedanken und blitzenden Einfällen. Graf Anton Szécsen irrte, als er meinte, Andrássy bediene sich nur der bildlichen Ausdrücke, um die Unklarheit seiner Ideen zu verhüllen.[1]) Im Gegenteil. Die bildliche Darstellung seiner Gedanken vermittelte vielmehr erst recht deren Verständnis und steigerte ihre Anschaulichkeit und Wirkung. Andrássy liebte das schlagfertige, würzige Gleichnis, das immer ins Schwarze traf und die Zahl seiner Gegner verminderte. Man hat behauptet,[2]) daß den größten Erfolg seine improvisierten Reden erzielten. Nach dem durchschlagenden Eindruck seiner Reden vom 30. November 1878 und vom 5. April 1889 zu urteilen, die er mit aller möglichen Sorgfalt ausarbeitete, möchte man zur gegenteiligen Ansicht neigen. Eines ist gewiß, daß Andrássy ungeachtet seiner sprachlichen Mängel in der Geschichte des österreichisch-ungarischen Parlamentarismus als Redner einer der ersten Plätze gebührt.

Die Politik hatte nicht die Herzenseigenschaften Andrássys absorbiert. Er blieb auch als Staatsmann ein guter Mensch, ein Gatte und Vater, der sich vor allem im Kreise seiner Familie wohl fühlte. Im Bewußtsein, daß ihn die Staatsgeschäfte mehr, als ihm lieb sein konnte, von dem Verkehr mit seinen nächsten Angehörigen fernhielten, meinte er, es sei nicht gut, die Gattin eines berühmten Mannes zu sein.[3]) Aus den Briefen, die er an die Gräfin Katinka richtete, eine ebenso schöne wie geistreiche und gemütvolle Frau, spricht das innigste Gefühl für seine Familie. „Gott möge Sie und die Kinder," schreibt Andrássy, „mir noch lange mit allen ihren guten und schlechten Eigenschaften erhalten, von denen die schlechten gering, die guten

---

[1]) Mitteilung des verstorbenen Grafen Friedrich Schönborn.

[2]) Neményi, „Graf Julius Andrássy" in „Gegenwart", Bd. XIV, 1878.

[3]) Andrássy an seine Frau, Wien, 27. Januar, ohne Jahresangabe. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

aber zahlreich sind.“ Ein andermal heißt es wieder: „Gott segne Euch. Küssen Sie jedes meiner lieben kleinen Kinder, sie sollen sich zuweilen ihres Vaters erinnern, der sie von Herzen liebt und alle umarmt; sie sollen daran denken, wie süß das Wiedersehen ist, was auch mein Trost ist. Küssen Sie sich selbst tausendmal.“ [1]) Selbst in Momenten höchster Bedrängnis dachte er mehr an seine Familie als an sich selbst. So bestieg er den Kahn, auf dem er sich bei höchst stürmischem Wetter mit Lebensgefahr zu seinem auf hoher See befindlichen Schiffe begeben soll, mit dem Gedanken an seine in weiter Ferne weilenden Angehörigen; er ist glücklich darüber, daß seine Frau in dieser kritischen Stunde nicht an seiner Seite ist. [2]) Man sah Andrássy vor Freude weinen, als sein Sohn Theodor nach Beendigung des Feldzuges in Bosnien gesund und frisch ins Elternhaus zurückkehrte. [3]) Der Maler Horowitz, der einige Zeit im Hause Andrássys verbrachte, als dieser 1873 während der Cholera nach Reichenau übersiedelt war, kann nicht genug das schöne Familienleben des Grafen rühmen. [4]) Auch war es ihm inniges Bedürfnis, sich durch den Aufenthalt auf seinen Besitzungen von der Last der Geschäfte zu erfrischen. Jeden freien Augenblick benützte er, um aus der Stadt nach Töketerebes oder Tiszadob, seiner eigenen Schöpfung, zu flüchten. „Kein Schulkind,“ äußerte er voll Ekstase, „kann sich mehr der Ferien erfreuen als ich.“ [5]) Nach seinem Eintritt in den Ruhestand betrieb er die Viehzucht und den Weinbau. Ganz besonders stolz war er auf seine eigenen Weine und auf die Anerkennung, die diesen gezollt wurde. Fürst Bismarck erhielt zu jedem Weihnachtsfest einen Korb Szomoroder aus den Kellereien von Szöllöske. Mit Vorliebe zitierte Andrássy den Ausspruch des Kanzlers: „Schweninger meint, Ihr Samo (Szomoroder) sei eine treffliche Medizin, er ist mir entschieden die angenehmste.“ [6])

Es kann die hohe Meinung, die wir von Andrássy haben, nicht

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Athen, 4. November 1869. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. Diesen Brief schrieb Andrássy, als er in der Suite des Kaisers die Orientreise unternahm.

[2]) Andrássy an seine Frau, Ismailia, 18. November (1869). Gleichfalls aus der Zeit der Orientreise.

[3]) J. Fuhrmann, „Aus alter besserer Zeit“ in der Weihnachtsbeilage des „Neuen Pester Journal“, 24. Dezember 1905.

[4]) Mündliche Mitteilung des Malers Horowitz.

[5]) Andrássy an seine Frau, Terebes (Zempliner Komitat in Ungarn), 3. August, ohne Jahresdatum. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[6]) J. Fuhrmann, „Aus alter besserer Zeit“ a. a. O.

schmälern, wenn wir auch seiner kleinen menschlichen Schwächen gedenken. Dank seiner schlanken, geschmeidigen Figur hatte er sich lange ein im Verhältnis zu seinen Jahren jugendliches Aussehen zu bewahren gewußt. Unendliche Freude bereitete es ihm, die Bestätigung hiervon auch aus dem Munde von Fremden zu hören, selbst wenn sie den niederen Ständen angehörten. Als er mit dem Zempliner Obergespan Stephan von Molnár über die Kettenbrücke von Pest nach Ofen ging, vergaß er infolge seines lebhaften Gespräches den Zollbetrag von zwei Kreuzern zu zahlen. Der eifrige Zöllner aber rief ihm laut nach: „He, junger Mann, so geht das nicht. Kommen Sie nur zurück und lösen Sie eine Brückenmarke." Andrássy drehte sich hierauf um und gab dem Brückeneinnehmer eine kleinere Banknote. Als dieser wechseln und ihm den Rest zurückgeben wollte, lehnte der Graf dies mit den Worten ab: „Behalten Sie nur das Geld, Sie verdienen es, da Sie mich für einen jungen Mann gehalten haben." Zum Obergespan aber sagte er: „Siehst Du, Steffi, das Kompliment, das dieser Mann mir im Zorne machte, tut mir viel wohler, als was mir andere nur aus Höflichkeit spenden." Für Sympathiebezeigungen war er sehr empfänglich, besonders wenn sie von schönen Frauen kamen, denen er gerne gefiel. Er war stolz und eitel auf seinen Geist und die Fähigkeit, alles mit Leichtigkeit zu erfassen. Trotzdem vergällte es ihm nicht die Laune, wenn ihn die Karikaturisten jener Tage zur Zielscheibe ihres Spottes nahmen. Als er sich im Berliner „Kladderadatsch" nicht gut getroffen fand, sandte er der Redaktion seine Kabinettphotographie in Begleitung von ein paar eigenhändig geschriebenen Zeilen. Jeder Hausgenosse hatte den Auftrag, alle auf ihn bezüglichen Karikaturen zu kaufen. In großen schönen Mappen sammelte sie Andrássy und ließ sie im Vorsaale des Ministerpalais am Ballplatz auflegen.[1]) Nicht dieselbe Unempfindlichkeit setzte er bei seinen Widersachern voraus. Als er ungarischer Ministerpräsident war, gründete er illustrierte Witzblätter, um durch diese seine Gegner von der Opposition lächerlich machen zu lassen.[2]) Gleich vielen hervorragenden Menschen, die sich vom Schicksal ganz besonders begünstigt wähnen, war auch er in einzelnen Dingen abergläubisch oder vielmehr von einer ausgesprochenen Vorliebe für gewisse Gewohnheiten. In seinem Leben spielte eine ganz besondere Rolle der Freitag. Er war überzeugt, daß ihm alles, was er an diesem

[1]) J. Fuhrmann, „Aus alter besserer Zeit", a. a. O

[2]) Mitteilung des Hofrates von Berczik, der im Pressebureau Andrássys tätig war.

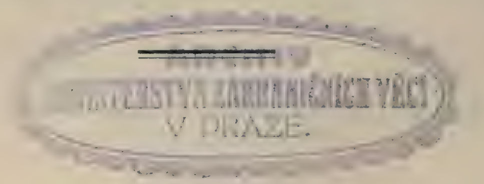
Tage unternehme, auch glücken müsse. An einem Freitag hatte er als Gesandter der ungarischen Regierung die türkische Grenze überschritten, an einem Freitag um seine Gattin geworben, an einem solchen Tag war ihm sein erster Sohn geboren und erhielt er selbst die Erlaubnis zur Rückkehr aus der Verbannung in die geliebte Heimat. So stark war sein Glaube an den ihm Glück bringenden Tag, daß er seine Tochter Ilona an einem Freitag heiraten ließ.[1])

Niemand hätte es gewiß übler genommen als Andrássy, wenn man ihm gegenüber von dem Grundsatze Cromwells abgegangen wäre, der zu seinem Porträtisten sagte: Malt mich wie ich bin, laßt Ihr auch nur eine Narbe weg, zahle ich keinen Groschen. Andrássy wollte nicht bloß geschmeichelt sein. Er war eher alles denn ein Poseur, und nichts widerstrebte ihm mehr, als sich ein für die Außenwelt berechnetes Gesicht zurechtzulegen. Aus diesem Grunde vermied er die Abfassung von Memoiren, die seiner Meinung nach bei einem Mann, der selbst in die Ereignisse eingegriffen, unwillkürlich zur Selbstverhimmelung führen müssen.[2]) Seine Taten allein sollten seine Memoiren bilden. Keinen beredteren Fürsprecher vermochte er sich vor dem Richterstuhle der Nachwelt zu wählen. Er gehörte zu den Staatsmännern, die über ihre Lebenszeit hinaus Dauerndes geschaffen haben. Er hat den modernen ungarischen Staat aufbauen helfen und ihm im Rahmen der dualistischen Monarchie seinen Platz in der Weltpolitik gesichert. Er hat aber auch Oesterreich-Ungarn zu einer Machtstellung emporgehoben, wie sie diese Monarchie nicht wieder seit den Zeiten eines Kaunitz und Metternich einnahm. Auch errichtete er eine feste Brustwehr für die Monarchie in der Allianz mit Deutschland, deren Wohltat nach ihm Generationen genossen. Gemeinsam mit Bismarck schuf er den Zweibund und damit die Grundlage für die spätere Ausgestaltung dieser Allianz zum Dreibund zur Erhaltung des Weltfriedens. Andrássy gebührt daher ein Ehrenplatz in der Ruhmeshalle der Geschichte.

---

[1]) J. Fuhrmann, „Aus alter besserer Zeit", a. a. O.

[2]) S. Singer, „Briefe Bismarcks an Andrássy" in „Neue Freie Presse", 31. März 1895.



Personenregister

A

Abdul Hamid, Sultan 2. 5. 10. 13. 37. 55. 65 f. 75. 122. 126. 137. 148. 157. 159 f. 163. 209. 270 f. 273.
Aksanov 76.
Albedyll, General 254. 262.
Albert, König von Sachsen 177.
Albrecht, Erzherzog 61 f. 79. 82. 107. 142. 171. 221 f. 240.
Aleko Pascha, türk. Botschafter in Paris 10 f. 161. 163.
Alexander II., Kaiser von Rußland 2 ff. 6 ff. 17. 26. 29 f. 32. 36 ff. 40. 42. 44. 46. 48 f. 51. 53. 56 ff. 62 ff. 69. 72. 75 f. 82 f. 85. 89 ff. 95. 97. 101 f. 104. 110. 114. 118. 134. 139. 220. 228 ff. 245 ff. 251. 256 ff. 269. 283. 287. 289. 291 f. 294 ff. 300 f. 303. 306. 326. 348.
Alexander III., Kaiser von Rußland 330.
Alfonso, König von Spanien 21.
Alexander, Prinz von Hessen 89. 91.
Alexander von Battenberg, Fürst von Bulgarien 326.
Alexandra, Prinzessin 296.
Andrássy, Gräfin Katinka, Gemahlin Julius Andrássys 321. 344 f. 365.
— Graf Theodor 155. 366.
Antal, Géza, Professor 336 f. 341. 343.
Apponyi, Graf Albert 173. 199. 315. 331.
— Graf Georg 322 f.
von Arapov, russ. Geschäftsträger in Berlin 228.
Artus, Protokollführer 364.
Auersperg, Fürst Adolf 184. 205. 223.
Augusta, Deutsche Kaiserin 86. 247. 348.

B

von Bach, Frhr., Minister des Innern 309.
Batthyány, Graf Ludwig 320 f.
— Gräfin Ilona 320 f. 368.
Beaconsfield, Lord, engl. Premierminister 30 f. 38. 48 f. 51 f. 55. 61. 66. 86. 89. 108 f. 115. 117. 121. 132. 138. 141. 164. 261.
Bechtolsheim, Baron 37. 44. 46. 73. 77. 79.
Beck, General, Chef der Militärkanzlei 60 ff. 77. 146. 152. 162. 221.
Beust, Graf 20. 27. 29 ff. 33. 35. 38. 48 f. 61. 66. 176 ff. 203. 216. 306 f. 309. 311. 320.
Billroth, Professor, Chirurg 343.
Bismarck, Fürst Otto, deutscher Reichskanzler 16. 18 ff. 22. 24 ff. 41 ff. 47 ff. 54 f. 57. 71 ff. 80 f. 86 f. 97 ff. 105. 108 ff. 116 ff. 123 f. 126 ff. 138 ff. 167. 175 ff. 179 f. 188. 208. 220 ff. 225 ff. 277 f. 280 f. 283 ff. 312. 320 f. 325 f. 330 f. 345. 348. 366.
— Fürstin 138.
Bombelles, Graf, Obersthofmeister des Kronprinzen Rudolf 18. 20. 24.
Bratiano, rumän. Ministerpräsident 314.
von Braun, Kabinettsdirektor 203.
von Broglie, Herzog 18. 21.
Buchanan, Sir Andrew, engl. Botschafter in Wien 361.
von Bülow, Staatssekretär 57. 72. 99 ff. 223. 246. 250. 259. 264. 288. 297. 302.
— — Otto, Geheimer Legationsrat 249. 254 ff., 258 f. 261 ff. 267. 286 ff. 293. 300 ff.
Buol-Schauenstein, Graf 64. 309.
Buttler, Johnstone 38.
Bylandt-Rheydt, Graf, Kriegsminister 211.

C

Cairoli, ital. Ministerpräsident 125.
Calice, Sektionschef 176.

Carnarvon, Lord 89.
Černajev 11.
von Chlumecky, Frhr., Handelsminister 80. 223.
Chotek, Graf, Botschafter in Petersburg 179.
Corti, Graf, ital. Minister des Aeußern 110. 114. 125. 149.
Crispi 125.
Cziráky, Graf 323.

D

Deák, Franz 306.
Decazes, Herzog 21.
Denbigh, Lord, „Graf von Habsburg“ 23. 38.
Depretis, siehe von Pretis, Freiherr.
— ital. Ministerpräsident 87.
Derby, Lord, engl. Minister des Aeußern 27 ff 34. 36. 46. 66. 89.
Dittel, Professor 341 f. 344.
Dóczi, Baron Ludwig, Hofrat 169. 315. 354 f.
Dönhoff, Graf, kaiserl. deutscher Botschaftsrat 24.
Dondukov-Korsakov, Generalgouverneur von Bulgarien 140.
Dumba, Delegierter 182 f. 360 f.
Dunajevski 195.

E

Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich und Königin von Ungarn 79. 214. 338. 341. 345.
Elliot, Lord, engl. Botschafter in Wien 70 f. 124.
Eötvös, Baron Josef, Kultus- und Unterrichtsminister 359 f.
Etienne, Redakteur 182.

F

Falk, Max, Redakteur 17. 169 f.
Falke, Hofrat 357.
Ferdinand, Prinz von Koburg, Fürst von Bulgarien 330.
Földváry, Michael 13.
Fournier, französischer Botschafter 96.
Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn 17. 22 f. 25. 38. 41. 46. 56 ff. 60. 63 ff. 69. 72. 76 ff. 82. 89. 92. 95. 102. 124 f. 132. 139. 142 f. 145 f. 148 f. 155 f. 159. 162. 166. 175. 177. 179. 184 f. 187 f. 203 ff. 225 f. 230 f. 240. 253. 257. 260. 269. 278 ff. 283 ff. 296. 305. 307 ff. 314 f. 317 ff. 323 f. 327. 335. 338 ff. 345. 350 f. 353. 361.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen 74. 111. 250. 254. 258 f. 261. 289. 297. 302.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 305.

G

Giskra, Delegierter 106. 198.
Gladstone 30. 89.
Glaz, Professor 344.
Goltz, Graf 300.
Gorčakov, Fürst, russ. Staatskanzler 4. 15 f. 28. 42 f. 47 f. 66 f. 69 f. 79. 82. 84 ff. 90. 94. 97 f. 109. 118 f. 131 f. 134. 139 f. 221. 226 f. 229 f. 234. 249. 251.
Greuter 195.
Grocholski, Minister 195.
Gurko, russ. Kavalleriegeneral 6. 8. 53.
Gyulai, Paul, ungar. Schriftsteller 359.

H

Hadji Loja 151. 153.
Hamburger, russ. Staatsrat 37.
Hartington, Lord 89.
von Haymerle, Frhr. 87. 108. 150. 212 f. 219 f. 238. 296. 302. 311 f. 314 ff. 319. 328. 340.
Haynald, Erzbischof von Kalocsa 23. 199.
Dr. Herbst, Eduard, Abg. 106 f. 166 ff. 175. 181 ff. 191 ff. 196. 198. 205. 364.
Hödel, Klempnergeselle 111.
von Hofmann, Frhr. Leopold, gemeins. Finanzminister 167. 185. 216.
Hohenlohe, Fürst Chlodwig, deutscher Botschafter 259. 286. 288.
— Prinz Konstantin, Obersthofmeister 78.

Hohenwart, Graf, Abg. 21. 168.
Horowitz, Maler 366.
von Hübner, Graf, Botschafter 216.

I

Ignatjev, Graf 2. 4. 9. 57. 67. 70. 75. 82. 90ff. 98. 102. 139.
Irányi, Daniel 322.

J

Jókai, Maurus, Abg. und Romanschriftsteller 318.
Jovanović, Baron, Feldmarschalleutnant 147. 151. 154.

K

Kaas, Baron Ivor 20.
von Kallay, Benjamin, Sektionschef 238. 317.
Kálnoky, Graf 319f. 326ff. 339ff.
Karatheodory, türk. Bevollmächtigter 110f. 128. 130. 132ff. 159. 270.
Karl, Fürst von Rumänien 5ff. 10. 52. 312ff.
Károlyi, Graf Aloisius, österr. Botschafter in Berlin 57. 71f. 74. 76. 87. 99ff. 108. 124. 178. 211. 215ff. 362.
Keudell, deutscher Botschafter in Rom 308.
Khuen-Héderváry, Graf, Banus von Kroatien 337.
Klapka, Honvédgeneral 17.
Kneipp, Pfarrer 337.
Konstantin, russ. Großfürst 234.
Korányi, Professor 344.
Krauß, General, stellvertr. Vorstand der Militärkanzlei 77.
Krüdener, russ. General 7.
Kuranda, Delegierter 106. 193.

L

Langenau, Baron, österr.-ung. Botschafter in Petersburg 15f. 77. 94. 230. 355.
Layard, Sir Charles, außerord. Gesandter in Konstantinopel 16. 26. 37. 96. 137.
Lehndorff, Generaladjutant 254.
Liechtenstein, Fürst, Berliner Militärbevollmächtigter 221.
Lobanov, Fürst, russ. Botschafter in Konstantinopel 229.
Loftus, Lord Augustus, engl. Botschafter beim russ. Hofe 55.

M

Madarász, Josef 169.
von Manteuffel, Frhr. 245ff. 249. 251f. 256. 260. 290. 298. 305.
Mehemed Ali Pascha 128.
Mehemed Assim Pascha 160.
Melikov, Loris, russ. General 6.
Metternich, Fürst Richard 219. 238.
Mezenzov, russ. Generaladjutant 9.
Mihalović, Erzbischof 23.
Milan, Fürst von Serbien 48. 53.
Miljutin, russ. Kriegsminister 228f. 234f. 248f. 252. 255f. 281. 299.
Mollinary, Feldzeugmeister 219.
von Molnár, Stephan, Zempliner Obergespan 367.
Moltke, Graf, 261. 288. 298f. 303f.
Munkácsy, ung. Maler 359.
Münster, Graf, deutscher Botschafter in London 261. 308.
Murad, Ex-Sultan 54.

N

Namyk Pascha 67f. 73.
Nelidow, Botschaftsrat 67. 73.
Nigra 149.
Nikita, Fürst von Montenegro 104. 268. 269.
Nikolaus I., Kaiser von Rußland 256. 305.
— russ. Großfürst 5. 7f. 65ff. 72f. 75. 103.
Nobeling 111.
Nopcsa, Baron, Obersthofmeister 323f. 337ff. 343.
Northcote, Sir St., engl. Schatzkanzler 26.
Novikov, russ. Botschafter in Wien 56. 67. 69. 72. 75. 91f. 94. 139. 174. 308f.

O

Okolicsányi, Botschaftsrat 149.
Olga, Königin von Württemberg 82f.
Orczy, Baron Béla 94. 142. 167. 174. 186. 190. 217. 221. 231. 244. 279. 317. 318.

Orlov, russ. Botschafter in Paris 256.
Osman Pascha 7f. 51ff.

P

Paar, Graf, Generaladjutant 339.
Palmerston, Lord 30.
Pepoli, Marchese G., Senator 149.
Peter der Große, Kaiser von Rußland 4.
von Philippović, Frhr. Feldzeugmeister 146f. 150ff. 154f. 161.
Pius IX. 20f. 23.
von Plener, Freiherr, Ernst 196f.
Potocki, Graf, Statthalter von Galizien 219.
von Pretis, Frhr., Finanzminister 80. 166. 170. 184.
Prinzessin von Montpensier 21.
Pückler-Muskau, Graf 247.
von Pulszky, August 199.
— — Franz 46.

R

Raab, Oberst, österr. Militärbevollmächtigter in Konstantinopel 269.
Radowitz 127. 220. 230. 233. 255. 259. 261f. 288.
Reuf Pascha, türk. Kriegsminister 65.
Reuß, Prinz, deutscher Botschafter in Wien 16. 148f. 166. 174ff. 190. 195. 198. 200. 205. 210. 214ff. 221. 231f. 240. 244. 269. 278. 294f. 300ff. 309. 325f. 345.
Ring, Baron, preuß. Diplomat 94.
Rudolf, Kronprinz von Oesterreich-Ungarn 18. 24.

S

Saburov, russ. Gesandter in Athen 249. 292f. 297.
Safvet Pascha, Großwesir 26. 68. 137. 160.
Salisbury, Lord, engl. Minister des Aeußern 2. 89. 96ff. 101. 111. 113f. 117. 121. 124. 126. 128f. 138. 160. 223. 308.
Schaup, Delegierter 190.
Schönburg, Fürst 24.
Schwarzenberg, Fürst 309.
von Schweinitz, General, preuß. Botschafter 20. 228ff. 232. 249. 349.
Seherr Thoß, Graf 364.
Sermed Efendi, türk. Generalkonsul in Budapest 11.
Server Pascha 68. 73.
Skobelev, russ. General 51.
von Somssich, Paul 14.
Stephanie, Kronprinzessin von Oesterreich-Ungarn 352.
Stolberg, Graf, deutscher Botschafter in Wien 20ff. 24. 41f. 46f. 72. 80f. 154. 159. 260f. 264. 266f. 277. 288ff. 293f. 296. 298. 303.
Sturm 201.
Sueß, Professor Eduard, Naturforscher 106. 196f. 331.
Suleiman Pascha, türk. General 7f. 53.
Šuvalov, russ. Botschafter in London 28f. 36. 47. 96ff. 109. 113ff. 124. 131f. 134. 139. 158f. 249. 292. 308.
Szápáry, Graf, Feldmarschalleutnant 151ff.
Széchenyi, Graf Emerich, österr.-ung. Botschafter in Berlin 178f. 312.
— Graf Stephan 346f.
Szécsen, Graf Anton 199. 216. 365.
von Széll, Koloman, ungar. Finanzminister 170ff.
Szilágyi, Desiderius 169. 201f. 315f. 325.
Szlávy, Finanzminister 219. 319.

T

Taaffe, Graf 205f. 217. 219. 277.
Tahir Bey, Adjutant des Sultans 10ff. 20.
von Tegetthoff, Feldmarschalleutnant 154ff.
Teisserenc de Bort, franz. Botschafter in Wien 308.
von Teschenberg, Hofrat 354.
Thugut 309.
Thun, Graf Sigismund 178.
Thurn-Taxis, Fürst, Oberststallmeister 24.
Tisza, Koloman, ungar. Ministerpräsident 11ff. 17. 44ff. 102. 143ff. 172ff. 180. 200. 202. 217. 224. 321. 323. 325.
Todleben, General 52. 94.

Trauttmansdorff, Graf Ferdinand 178f. 219.
Türr, ital. General 268.

U

Ultzmann, Professor 336f. 343.
Dr. Unger, Josef, Minister 195f.

V

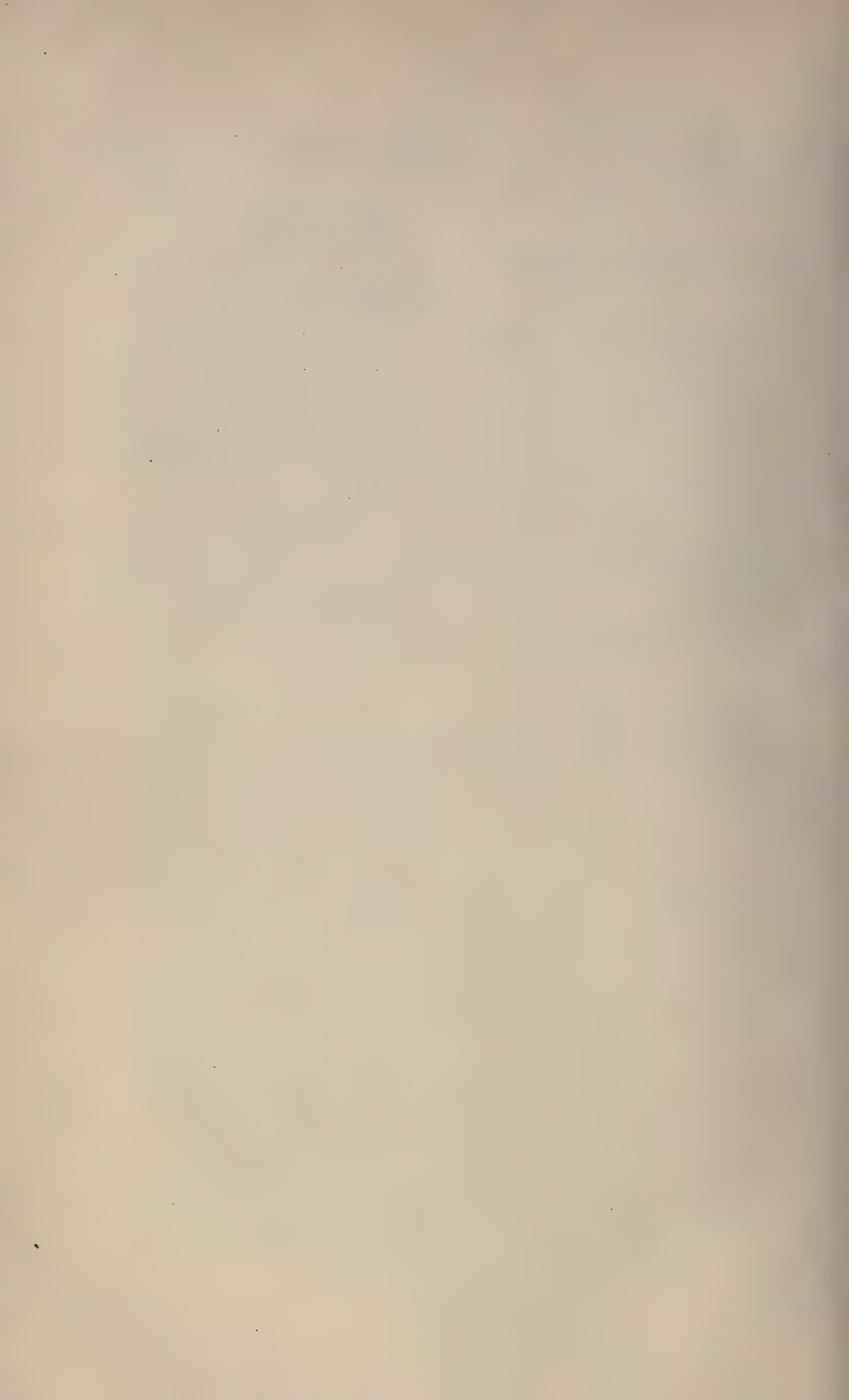
Vallier, Graf St., franz. Botschafter in Berlin 111.
Valujev, russ. Domänenminister 139. 249.
Vessel Pascha 53.
Viktor Emanuel, König von Italien 61. 308. 315.
Viktoria, Königin von England 55. 65f.

W

Waddington, franz. Minister des Aeußern 88. 104. 110. 113. 117. 136. 138. 177. 308.
von Wavrik, Sektionschef 362.
Wedel, Graf, Major 153.
Weiß von Starkenfels 195.
Wellesley, engl. Militärattaché im russ. Hauptquartier 49.
Wenckheim, Graf 178.
— Baron Béla, Minister 213.
von Werder, General 85. 89. 234. 249.
Widerhofer, Professor 336.
Wilhelm I., König von Preußen und Deutscher Kaiser 41. 43. 49. 57. 61. 74. 91. 100f. 104. 111. 149. 194. 215. 220. 222. 230. 232f. 235ff. 244ff. 277ff. 281. 283. 285ff. 341.
Wilhelm, Herzog von Württemberg, Feldzeugmeister 147. 162. 177. 210. 274ff.
Wolfrum 196.

Z

Zichy, Graf Franz, österr.-ung. Botschafter in Konstantinopel 15. 26. 75. 96. 160. 204. 269.



Berichtigung für den II. Band

S. 410, 4. Anmerkung, hat es anstatt „Ibidem" zu heißen: „Alexander II. an Franz Josef I., 5. Mai 1877." Ungedruckt.

Berichtigung für den III. Band

S. 23, Z. 11, hat es anstatt „Michalović" zu heißen „Mihalović".

Auf Grundlage eines undatierten Briefes Andrássys verlegte ich die beabsichtigte Reise des Kaisers und Königs Franz Josef I. nach Terebes in das Jahr 1889, wobei ich S. 339, Anmerkung, sagte, daß die Fahrt nach diesem Orte überhaupt nicht stattgefunden habe. Wie mir jedoch auf meine diesbezügliche Anfrage von Seiner Exzellenz Eduard Graf Paar, Generaladjutant Seiner Majestät, gütigst mitgeteilt wird, erfolgte die Reise des Kaisers nach Terebes tatsächlich im Jahre 1887, und zwar weilte Seine Majestät im Schlosse des Grafen Andrássy vom 11. bis 14. September. Die Anwesenheit des Kaisers fand aus Anlaß von Manövern statt. Für den von mir mitgeteilten Inhalt des Andrássyschen Briefes ist es übrigens ganz irrelevant, ob derselbe in das Jahr 1887 oder 1889 verlegt wird.



GRAF JULIUS ANDRÁSSY

SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

NACH NEUEN QUELLEN VON

EDUARD VON WERTHEIMER



DRITTER BAND

LETZTE LEBENSJAHRE

CHARAKTERISTIK ANDRÁSSYS

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

